

MARTIN LIEPACH

# Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung

*Schriftenreihe  
wissenschaftlicher Abhandlungen  
des Leo Baeck Instituts*

53

---

**Mohr Siebeck**

Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen  
des Leo Baeck Instituts

53



# Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung

Zur politischen Orientierung der Juden  
in der Weimarer Republik

von

Martin Liepach



J. C. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Liepach, Martin:*

Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung : Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik / von Martin Liepach. – Tübingen : Mohr, 1996

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts; 53)

ISBN 3-16-146542-3 / eISBN 978-3-16-163583-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

NE: Leo Baeck Institute: Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen . . .

© 1996 Leo Baeck Institut Jerusalem · J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Das Buch wurde von Typomedia in Scharnhausen gesetzt, gedruckt und gebunden von Franz Spiegel in Ulm.

ISSN 0459-097-X

## Vorwort

Das Londoner Leo Baeck Institut hat sich, abgesehen von der Herausgabe der Jahrbücher, seit über dreißig Jahren vornehmlich mit der politischen Geschichte der deutschen Juden befaßt – ihrer Rolle in der deutschen Gesellschaft, im öffentlichen Leben, ihrem politischen Engagement und der daraus entstehenden Problematik. Die Resultate dieser Forschung wurden in vielen Sammelbänden dieser Schriftenreihe und in Einzelstudien niedergelegt.

Die politischen Ausrichtungen der deutschen Juden, ihr Wahlverhalten und ihre Betätigung in den politischen Parteien, sind uns dabei stets ein wichtiges Thema geblieben. Erst kürzlich (1992) veröffentlichten wir die Ergebnisse einer mit dem Salomon Ludwig Steinheim-Institut gemeinsam veranstalteten Konferenz zum Thema „Juden und deutsche Arbeiterbewegung“. Über die politischen Orientierungen der deutschen Juden von Jena bis Weimar hat der israelische Historiker Jacob Toury schon vor drei Jahrzehnten ein meisterhaftes Werk geliefert, das seine Gültigkeit weiter behält. Ebenso bahnbrechend war Ernest Hamburgers Arbeit über die Juden im öffentlichen Leben während derselben Zeitspanne. Für die Zeit der Weimarer Republik haben wir beide Vorarbeiten verrichtet.

Es ist uns daher eine besondere Genugtuung, daß wir nunmehr in unserer Schriftenreihe die Arbeit eines jungen deutschen Wissenschaftlers vorstellen können, der diese Thematik weiter intensiv verfolgt hat. Martin Liepach hat die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland und ihr Wahlverhalten in ihrer ganzen Breite gründlichst unter Anwendung neuer methodischer Ansätze analysiert, und kann einschneidende Resultate verzeichnen. Hier folgt ein junger deutscher Historiker in den Fußstapfen jüdischer Historiker der älteren Generation. Es ist nicht zuletzt symbolisch für die Ausweitung unserer Studien, für das heutige Zusammenwirken von Juden und Nichtjuden auf dem Gebiet der deutsch-jüdischen Historiographie und für den Stellenwert dieser Thematik in der jetzigen deutschen Forschung.

Auch wir möchten an dieser Stelle der Alfried Krupp von Bohlen Halbach-Stiftung sowie der Robert Bosch-Stiftung danken. Ihre Zuwendungen haben es uns ermöglicht, eine Studie zu publizieren, die die Geschichte der Juden in Deutschland in den fünfzehn Jahren vor der nationalsozialistischen Machtergreifung weiter erhellt.

London/Oxford im Januar 1996

Arnold Paucker, Peter Pulzer



## Dank

Das vorliegende Buch wäre nie zustande gekommen ohne die tatkräftige Unterstützung zahlreicher Personen und Institutionen, denen ich zu außerordentlichem Dank verpflichtet bin: meinem Doktorvater Prof. Dr. Jürgen W. Falter und seinen Mitarbeitern am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung in Berlin für ihre Bereitschaft, mir jederzeit mit Rat und Tat beiseite zu stehen; der Friedrich-Naumann-Stiftung, ohne deren Promotionsstipendium eine derartig zeitintensive Studie nicht möglich gewesen wäre; der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in Deutschland, insbesondere Prof. Dr. Reinhard Rürup, die es mir mehrfach ermöglichte, auf den Doktorandenkolloquien zur deutsch-jüdischen Geschichte meine Ergebnisse zur Diskussion zu stellen und zugleich neue Anregungen zu erhalten; der Alfred Krupp von Bohlen Halbach-Stiftung sowie der Robert Bosch-Stiftung für ihre Zuwendungen zur Veröffentlichung der Arbeit.

Ganz besonders herzlich bedanken möchte ich mich bei Dr. Arnold Paucker und Prof. Dr. Peter Pulzer, die die Publizierung der Studie in der Wissenschaftlichen Schriftenreihe des Leo Baeck Instituts förderten.

Nicht zuletzt möchte ich meinen Eltern, meiner Familie sowie zahlreichen Freunden und Bekannten für deren kleine und große Hilfestellungen Dank sagen.

Bei dieser Schrift handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der Studie, die im Wintersemester 1993/94 vom Fachbereich Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen wurde.

Die Arbeit wurde 1994 mit dem Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgezeichnet.

Oberursel, Dezember 1995

Martin Liepach



## Inhaltsverzeichnis

	Vorwort . . . . .	V
	Dank . . . . .	VII
	Abkürzungsverzeichnis . . . . .	VIX
1.	Die Fragestellung . . . . .	1
1.1	Der Stand der Forschung . . . . .	1
1.2	Der Aufbau der Arbeit und Arbeitshypothesen . . . . .	9
2.1	Die neuen Formen des Antisemitismus in der Weimarer Republik . . . . .	15
2.1.1	Jüdische Politiker in der Öffentlichkeit . . . . .	16
2.1.2	Weitere neue Stereotypen des Antisemitismus . . . . .	26
2.2	Die problematische Bindung des deutschen Judentums an den Liberalismus . . . . .	30
2.3	Die Spannungen innerhalb des deutschen Judentums . . . . .	44
2.3.1	Die Auseinandersetzungen um die Möglichkeiten einer deutsch-jüdischen Symbiose . . . . .	44
2.3.2	Der Streit um die Ostjuden . . . . .	60
2.4.	Demographische und ökonomische Faktoren . . . . .	71
2.4.1	Demographische Struktur . . . . .	71
2.4.2	Berufs- und Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung . . . . .	73
2.4.3	Inflation und Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf das jüdische Wirtschaftsleben . . . . .	83
2.4.4	Jüdische Reaktionen auf Inflation und Weltwirtschaftskrise . . . . .	89
3.	Die Zeitungsauswertung . . . . .	95
3.1	Der Schild . . . . .	97
3.1.1	Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten . . . . .	97
3.1.2	Politik und Wahlkampf . . . . .	99
3.2	Die C. V.-Zeitung . . . . .	108
3.2.1	Der Centralverein und Wahlen . . . . .	109
3.2.2	Das Erscheinungsbild der „wählbaren“ Parteien in der C. V.-Zeitung . . . . .	112

3.2.2.1	Die Wirtschaftspartei . . . . .	112
3.2.2.2	Die Deutsche Volkspartei (DVP) . . . . .	114
3.2.2.3	Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) . . . . .	119
3.2.2.4	Das Verhältnis zwischen der C. V.-Zeitung und dem Jungdeutschen Orden von 1924 bis 1930 . . . . .	122
3.2.2.5	Die Deutsche Staatspartei . . . . .	129
3.2.2.6	Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei (BVP) . . . . .	138
3.2.2.7	Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) . . . . .	141
3.2.2.8	Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) . . . . .	144
3.3	Das Israelitische Familienblatt . . . . .	145
3.3.1	Die Reichstagswahl 1928 . . . . .	146
3.3.2	Die Reichstagswahl 1930 . . . . .	149
3.3.3	Die Reichstagswahlen 1932 . . . . .	154
3.4	Die jüdische Rundschau . . . . .	160
3.4.1	Der Wandel in der Wahrnehmung innenpolitischer Themen . . . . .	163
3.4.2	Die Reichstagswahlen 1932 . . . . .	171
3.6	Die liberale Presse . . . . .	174
3.6.1	Das Wahlkampfjahr 1924 . . . . .	178
3.6.2	Das Wahljahr 1928 . . . . .	185
3.6.3	Die Reichstagswahl 1930 . . . . .	190
3.6.4	Die Reichstagswahlen 1932 . . . . .	200
3.6.5	Quantitative Analyse . . . . .	208
4.	Die Datenanalyse . . . . .	211
4.1	Datengrundlage und statistische Methoden . . . . .	211
4.1.1	Was wird gemessen? . . . . .	212
4.1.2	Wie wird gemessen? . . . . .	215
4.1.3	Die ausländischen Juden – Eine Arbeitshypothese . . . . .	219
4.2	Das großstädtische Judentum . . . . .	221
4.2.1	Die Wohngegenden der Juden – Eine Vorstellung der Datensätze . . . . .	222
4.2.2	Die Bindung an die Demokraten . . . . .	226
4.2.3	1930 – Ein Entscheidungsjahr für die jüdischen Wähler? . . . . .	235
4.2.4	1932 – Stimmen für die Republik . . . . .	246
4.2.5	Nichtwähler und Juden – Ein überraschender Zusammenhang . . . . .	252
4.3	Das Dorf- und Kleinstadtjudentum . . . . .	257
4.3.1	Die konfessionelle Verteilung in Baden und Hessen . . . . .	258
4.3.2	Zur politischen Orientierung der Dorf- und Kleinstadtjuden in Hessen . . . . .	263
4.3.3	Zur politischen Orientierung der Dorf- und Kleinstadtjuden in Baden . . . . .	275

4.4	Gab es im Juli 1932 ein strategisches Wahlverhalten? . . . . .	282
4.5	Einige besondere Stimmbezirke . . . . .	294
5.	Resümee und Ausblick . . . . .	299
6.	Literatur . . . . .	311
6.1	Quellen . . . . .	311
6.2	Nachschlagewerke . . . . .	312
6.3	Zeitgenössische Darstellungen . . . . .	312
6.4	Darstellungen . . . . .	313
7.	Anhang . . . . .	325
7.1	Datensatzdokumentation . . . . .	325
7.2	Tabellen . . . . .	327
	Personenregister . . . . .	331



## Abkürzungsverzeichnis

Abg. St.	Abgegebene Stimmen
abs.	absolut
Bev.	Bevölkerung
BT	Berliner Tageblatt
BVP	Bayerische Volkspartei
C. V.	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStp	Deutsche Staatspartei
Dt. Reich	Deutsches Reich
DVP	Deutsche Volkspartei
EHL	Einheitsliste (DVP und DStp)
FZ	Frankfurter Zeitung
gem.	gemischt
get.	getauft
Gült. St.	Gültige Stimmen
J. T. A.	Jüdische Telegraphen Agentur
JVP	Jüdische Volkspartei
kath.	katholisch
Kath.	Katholiken
K. C.	Kartell-Convent
LT	Landtagswahl
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LBI	Leo Baeck Institut
N	Anzahl der Fälle
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NW	Nichtwähler
PPK	Pro-Palästina-Komitee
prot.	protestantisch
Protest.	Protestanten
RDP	Radikal-Demokratische Partei
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RT	Reichstagswahl
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei

Selbst.	Selbständige
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sonst.	Sonstige Parteien
Ungült. St.	Ungültige Stimmen
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VnJ	Verband der nationaldeutschen Juden
VUD	Vereinigung Unabhängiger Demokraten
VZ	Vossische Zeitung
Wahlber.	Wahlberechtigte
Wirtschaftsabt.	Wirtschaftsabteilung
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland
Zx	Zentrum
1924 I	Reichstagswahl Mai 1924
1924 II	Reichstagswahl Dezember 1924
1932 I	Reichstagswahl Juli 1932
1932 II	Reichstagswahl November 1932

# 1. Die Fragestellung

Die vorliegende Arbeit untersucht das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in den Wahlen zum Reichstag in der Weimarer Republik zwischen 1924 und 1932 sowie in zwei Landtagswahlen und den Berliner Kommunalwahlen 1925 und 1929. Bei den bisher bekannten Untersuchungen über das Wählerverhalten in den Reichstagswahlen während der Weimarer Republik erwies sich die Konfessionsvariable als eines der aufschlußreichsten Merkmale. Dieses gilt für die beiden großen christlichen Konfessionen; wenig Beachtung wurde hingegen bisher dem jüdischen Bevölkerungsanteil geschenkt. Dies mag zunächst verständlich erscheinen, da die Beantwortung der Frage nach der nationalsozialistischen Wählerschaft ein zentraler Bestandteil für die Erklärung des Erfolges und der Durchsetzung des Nationalsozialismus ist. In der Historischen Wahlforschung standen folglich Untersuchungen zur parteipolitischen Herkunft und zum Sozialprofil der NSDAP-Wählerschaft im Vordergrund. Für die Bewertung von Wahlvorgängen ist es jedoch ebenso wichtig, das gesamte Spektrum der Wähler- und Parteiengruppierungen in Betracht zu ziehen, da sich Veränderungen in der Parteienlandschaft meist komplexer vollziehen, als zunächst auf den ersten Blick zu vermuten ist. Wahlergebnisse beschreiben gesellschaftliche Veränderungen und artikulieren politische Stimmungen der Bevölkerung, setzen aber auch zugleich neue Prozesse in Gang. In diesem Kontext soll das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik ab 1924 untersucht werden. Primär ist die Fragestellung, ob es Präferenzen für bestimmte Parteien gegeben hat und wenn ja, für welche.

## 1.1 Der Stand der Forschung

Obwohl die Literatur über die Juden in der Weimarer Republik mittlerweile sehr umfangreich ist, blieb bisher die Frage nach dem Wahlverhalten und der politischen Orientierung der deutschen Juden für diesen Zeitraum weitgehend unbeachtet oder ein eher am Rande behandeltes Thema. Dieses Defizit kann auch nicht das 1992 erschienene, vorzügliche und instruktive Buch Peter

Pulzers beheben, der in seinem Werk dieser Frage ein gut dreißigseitiges Kapitel widmet.<sup>1</sup> Im strengeren Sinne läßt sich nicht von einem derzeitigen Stand der Forschung zu diesem Thema sprechen. Es existieren bestenfalls Einschätzungen des jüdischen Wahlverhaltens zumeist in kleineren Abschnitten verschiedener Aufsätze. Scheinbar präzise quantitative Schätzungen ruhen auf höchst schwankendem Grund. Zusammengenommen sind die Interpretationen teilweise überschneidend, teilweise widersprechend und basieren in keinem Fall auf adäquaten statistischen Auswertungsverfahren. Dabei soll in Rechnung gestellt werden, daß quantifizierende Methoden erst in den letzten fünfzehn Jahren, verstärkt durch neuere EDV-Technik, in der Geschichtswissenschaft Eingang gefunden haben.

In dem bereits angesprochenen Werk präsentiert Pulzer in zehn Tabellen die Entwicklungen der prozentualen Stimmenanteile der gültigen Stimmen der verschiedenen Parteien in den drei Großstädten Berlin, Frankfurt a.M. und Hamburg für den Zeitraum zwischen 1924 und 1932. Dabei betrachtet und vergleicht er vor allem die Entwicklung in ausgewählten Stadtteilen und Verwaltungsbezirken mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil. Die rein deskriptive Beschreibung von Gewinnen und Verlusten in Verbindung mit der Betrachtung des jüdischen Bevölkerungsanteils ergibt noch kein Bild vom jüdischen Wahlverhalten. Pulzer weist auf die Schwierigkeiten hin. Oft genug wurden in der Vergangenheit, vor allem in der Frage nach der parteipolitischen und sozialen Herkunft der NSDAP-Wählerschaft, aus derartigen Überlegungen fehlgeleitete Schlüsse gezogen.<sup>2</sup> Etwas überraschend, da er zuvor auf die methodischen Schwierigkeiten hingewiesen hatte, präsentiert Pulzer am Ende des Kapitels eine sehr konkrete Einschätzung zum Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Ausgehend von der Überlegung, daß zahlenmäßig die gesamte jüdische Bevölkerung rund eine Viertel Million Wahlberechtigte stellte und somit rein rechnerisch vier Reichstagsabgeordnete hätte wählen können, kommt er zu dem Schluß:

„It is reasonable to assume that up to and including 1928, Jewish voters were responsible for electing one SPD and two DDP deputies; after 1930 two SPD and one Zentrum deputy: not enough to save those parties – or the Jews.“<sup>3</sup>

Rein rechnerisch waren für die Erringung eines Abgeordnetenmandats im Reichstag 60 000 Stimmen notwendig. Umgerechnet würde das bedeuten, daß vor 1930 rund 50 Prozent der Juden DDP und rund 25 Prozent SPD gewählt hätten, nach 1930 etwa die Hälfte der jüdischen Wahlberechtigten für die SPD und etwa ein Viertel für das Zentrum gestimmt hätten. Offen bleiben das Zustandekommen der Einschätzung, daß die deutschen Juden gerade die zuvor genannten Parteien gewählt haben sollen, und der Grund für die Gewichtung

---

<sup>1</sup> Peter Pulzer, *Jews and the German State. The Political History of a Minority, 1848–1933*, Oxford 1992.

<sup>2</sup> Was nicht ausschließt, daß aus einer falschen Prämisse richtige Schlüsse gezogen werden.

<sup>3</sup> Pulzer, *Jews and the German State*, *op. cit.*, S. 323.

der jüdischen Wählerstimmen. Eine Nachprüfbarkeit der Ergebnisse ist nicht möglich, da keine Daten genannt werden, auf die sich die Einschätzung stützt. Das Ergebnis ist, wie der Autor selbst zugibt, eine Vermutung.

Seine Mutmaßung hat Pulzer bereits in einer früheren Darstellung geäußert.<sup>4</sup> In dem von ihm und Ernest Hamburger verfaßten Aufsatz „Jews as Voters in the Weimar Republic“ verweisen die Verfasser auch auf die einzigen Prozentzahlen zum jüdischen Wahlverhalten, deren Herkunft und Berechnungsgrundlage bekannt sind.<sup>5</sup> Sie stammen aus einem Aufsatz von Arnold Paucker aus dem Jahre 1972. Paucker berechnete auf der Basis von Interviews folgende Werte für das jüdische Wahlverhalten:<sup>6</sup>

Vor 1930: DDP 64%; SPD 28%; DVP 4%; KPD 4%.

Nach 1930: Staatspartei 19%; SPD 62%; DVP 3%; KPD 8%; Zentrum 5%; Nichtwähler 3%.

Den Prozentwert für die SPD nach 1930 hält Paucker für etwas zu hoch. Dieses Mißverhältnis ergäbe sich aus der Tatsache, daß er in seinen Interviews zu wenige bayerische Juden befragt hätte. Eine Korrektur nach oben wäre bei dem Wert der DVP anzusetzen, die von den bayerischen Juden gegenüber der DDP favorisiert worden wäre. Auch müßten der Wirtschaftspartei und der SAP einige Stimmen eingeräumt werden. Insgesamt meint er jedoch, mit diesen Zahlen das jüdische Wahlverhalten in der Weimarer Republik zu erfassen („a fairly accurate picture of Jewish voting patterns in the Weimar Republic“).<sup>7</sup>

Bemerkenswert sind zwei Feststellungen: Zum einen weichen die Zahlen Pauckers teilweise erheblich, insbesondere für das Zentrum nach 1930, von der Vermutung Pulzers ab, zum anderen ist Paucker der einzige Verfasser, der überhaupt, wenn auch nur im Zusammenhang für den Zeitraum nach 1930, Wahlenthaltung als mögliches Wahlverhalten ins Auge faßt. In einer 1995 erschienenen Veröffentlichung macht Paucker Angaben über Zeitpunkt und Anzahl seiner Interviews: Bei der 1963 durchgeführten Umfrage wurden genau 100 Personen befragt, die zu fast 70% in Berlin ansässig gewesen waren. Über 65% der Befragten waren Mitglieder des C. V. gewesen.<sup>8</sup>

In seinem 1986 erschienenen Aufsatz modifiziert Paucker seine bisher vorgelegten Zahlen. Die auf Grundlage der durchgeführten Interviews berechneten Prozentsätze würden unter anderem den SPD-Anteil in der Endphase der Weimarer Republik überschätzen, da das Umfragesample zu viele jüdische

---

<sup>4</sup> Ernest Hamburger / Peter Pulzer, „Jews as Voters in the Weimar Republic“, in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, S. 65 f.

<sup>5</sup> *Ibid.* S. 55.

<sup>6</sup> Arnold Paucker, „Jewish Defence against Nazism in the Weimar Republic“, in *Wiener Library Bulletin*, New Series 26/7, 1972, S. 26 f.

<sup>7</sup> *Ibid.*, S. 27.

<sup>8</sup> Arnold Paucker, „Das Berliner liberale jüdische Bürgertum im ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘“, in *Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien*. Herausgegeben von Reinhard Rürup, Berlin 1995, S. 221 f.

Befragte aus Großstädten enthalten würde. Realistischer wäre folgende prozentuale Stimmenverteilung unter der jüdischen Wählerschaft:

„... support for the political Catholicism was larger and may have increased to some 15% – 20%. The move to the SPD, apart from the major cities, was smaller, particularly in rural areas amongst the Orthodox. At most 55% voted Socialist, perhaps 5% Communist. Nevertheless it amounts to a considerable Jewish shift to the left.“<sup>9</sup>

In einem ein Jahr später erschienenen Aufsatz wiederholt Paucker seine Einschätzung, daß 1932 gut 70 Prozent der deutschen Juden für die Arbeiterparteien gestimmt hätten. Einschränkend fügt er hinzu, dieser sehr hohe Prozentsatz sei jedoch eher für das großstädtische Judentum repräsentativ.<sup>10</sup> Gegenüber seinen ersten Veröffentlichungen aus den Sechziger Jahren korrigiert Paucker damit doch deutlich seine Einschätzung:

„Es läßt sich nicht mit Genauigkeit feststellen, wie sich die jüdischen Stimmen verteilten. In den letzten freien Reichstagswahlen dürften SPD und Zentrum je 25–30% der jüdischen Stimmen erhalten haben, wobei aber eher eine höhere Stimmenabgabe für die Sozialdemokraten zu veranschlagen wäre, besonders in den Novemberwahlen. Der effektive Zusammenbruch der Staatspartei hat wahrscheinlich auch dazu geführt, daß gerade in diesen Wahlen viele Juden von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machten. – Ohne Zweifel hat übrigens auch die KPD 1930–1932 einen gewissen jüdischen Stimmenzuwachs zu verzeichnen gehabt, was nur teilweise der zunehmenden jüdischen Verproletarisierung zuzuschreiben ist. Auch zur Sozialistischen Arbeiterpartei stießen vor allem jüngere jüdische Menschen.“<sup>11</sup>

Die Zahlen weichen erheblich von den ermittelten Ergebnissen der zitierten Umfrage ab. Das gilt insbesondere für das Zentrum. Die vermeintlichen 25 bis 30 Prozent an jüdischen Zentrumsstimmen sind das Fünf- bis Sechsfache des auf Interviewbasis festgestellten Stimmenanteils. Aber auch die Prozentangaben für die Sozialdemokraten differieren deutlich. Während Paucker zunächst nur den

<sup>9</sup> Arnold Paucker, ‚Jewish Self-Defence‘, in *Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943*. Herausgegeben von Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 45), S. 59. Nicht korrekt wiedergegeben ist die Aussage Pauckers bei Maurer. Maurer macht aus den vermuteten 15–20 Prozent Stimmenanteilen für den politischen Katholizismus 15–20 Prozent für das Zentrum. Trude Maurer, *Die Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland (1780–1933)*, Tübingen 1992, S. 116.

<sup>10</sup> Arnold Paucker, ‚The Jewish Defense against Antisemitism in Germany‘, 1893–1933, in Jehuda Reinharz (Hrsg.), *Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses*, Hannover-London 1987, S. 122, Anm. 35.

<sup>11</sup> Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, 2. Aufl., Hamburg 1968, S. 273, Anm. 95. Fast identisch äußerte sich Paucker bereits drei Jahre früher. Arnold Paucker, ‚Der jüdische Abwehrkampf‘, in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1965, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 457, Anm. 191.

Anteil für die SPD auf 25 bis 30 Prozent veranschlagte, berechnete er später aufgrund der Interviews einen Anteil von 62 Prozent jüdischer Wählerstimmen für die Sozialdemokratie.

In der Literatur wurden die Modifizierungen Pauckers jedoch nicht immer zur Kenntnis genommen. Je nach Kenntnisstand und im Sinne der eigenen Argumentationslinie beziehen sich die jeweiligen Verfasser auf eine der verschiedenen Abhandlungen Pauckers oder den Aufsatz von Hamburger und Pulzer. So unterstreichen Flade und Hannot in ihren Darstellungen den vermeintlich deutlichen Anteil jüdischer Zentrumsstimmen nach 1930 mit einem Verweis auf Paucker.<sup>12</sup> Ebenso bezieht man sich auf Paucker, wenn man eine Tendenz nach links unter der jüdischen Wählerschaft festmachen möchte.<sup>13</sup> Auf Hamburger und Pulzer stützen sich Richarz und Heß in ihren Darstellungen.<sup>14</sup> Mit Bezug auf Paucker sowie Hamburger und Pulzer äußert George L. Mosse:

„Auch wenn viele Juden nach 1930 zunehmend in die Nähe der Sozialdemokraten rückten oder gar Mitglieder dieser Partei wurden, die nunmehr praktisch die einzige war, die für die Interessen der Juden eintrat, hielten viele dennoch weiterhin zur Staatspartei, einem inzwischen unbedeutenden Überrest des politischen Liberalismus.“<sup>15</sup>

Die Aussage Mosses erstaunt, da gerade die Autoren, auf die er sich stützt, wie gezeigt, behaupten, daß eine ganz erhebliche Abwanderung jüdischer Wähler von der Staatspartei stattgefunden habe. Nicht ganz deutlich zu interpretieren ist Werner E. Mosse, ob er das jüdische Wahlverhalten gemeint hat, wenn er schreibt: „Wichtige Teile des deutschen Judentums hielten der DDP bis zum bitteren Ende die Treue, manche selbst noch der Deutschen Staatspartei.“<sup>16</sup>

<sup>12</sup> Walter Hannot, *Die Judenfrage in der katholischen Tagespresse Deutschlands und Österreichs 1923–1933*, Mainz 1990, S. 261; Roland Flade, *Juden in Würzburg 1918–1933*, Würzburg 1985, S. 80. Beide beziehen sich auf Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, op. cit.

<sup>13</sup> Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge – Louisiana State University Press 1980, S. 29. Martin Schumacher, ‚Jüdische Pressestimmen zum Tode von Friedrich Ebert und zur Neuwahl des Reichspräsidenten 1925‘, in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 4 (1975), S. 342. Beide Darstellungen beziehen sich auf die Ergebnisse der Interviews in Paucker, *Jewish Defence against Nazism*, op. cit.

<sup>14</sup> Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Bd. 3, 1918–1945, Stuttgart 1982, S. 31. Jürgen C. Heß, ‚Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik‘, in Hans Vorländer (Hrsg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 96.

<sup>15</sup> George L. Mosse, ‚Deutsche Juden und der Liberalismus: ein Rückblick‘, in *Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London. Sankt Augustin 1986, S. 179.

<sup>16</sup> Werner E. Mosse, ‚Einleitung: Deutsches Judentum und Liberalismus‘, in *Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London. Sankt Augustin 1986, S. 19. Weitere Einschätzungen, die einen allgemein gehaltenen Charakter tragen: P.B. Wiener, ‚Die Parteien der Mitte‘, in *Entscheidungsjahr 1932*.

Eine weitere Zahl zum Abstimmungsverhalten der jüdischen Bevölkerung, die in der Literatur im Umlauf ist, ist die zeitgenössische Vermutung des ehemaligen Generalsekretärs der Fortschrittlichen Volkspartei und Mitglieds des Organisationsausschusses der Deutschen Demokratischen Partei, Reinhold Issberner, aus dem Jahre 1920. In seinen Folgerungen ging es Issberner darum, zu zeigen, daß der „jüdische Einfluß“ in der Partei viel geringer sei als immer behauptet wurde und daß die DDP keine „Judenpartei“ sei.

„Man kann die Zahl der Juden in Deutschland auf 600 000 berechnen. Da nicht nur die Kommunistische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratie und die Mehrheits-Sozialdemokratie zahlreiche Juden unter ihren Anhängern zählt, sondern auch die Deutsche Volkspartei, da ferner sogar in der Deutschnationalen Volkspartei und im Zentrum eine, wenn auch beschränkte Anzahl von Juden vorhanden ist, so ist es hoch gerechnet, wenn man annimmt, daß der vierte Teil der deutschen Juden, also 150 000, sich nach der Revolution zur Deutschen Demokratischen Partei bekannt hat. Da zu diesen 150 000 aber auch alle nicht wahlfähigen Personen gehören, so haben im Höchsthalle bei den Nationalwahlen 100 000 Juden für die Deutsche Demokratische Partei gestimmt. Das sind also nicht ganz 2%. Selbst, wenn man nun annehmen sollte, daß bei den Reichstagswahlen von 1920, bei denen die Demokraten mehr als die Hälfte ihrer Wähler einbüßten, sämtliche Juden der Partei treu geblieben sind, so würden diese auch nur 4% Prozent der Wähler ausmachen.“<sup>17</sup>

Die Zahlen Issberners mutieren in der Darstellung Fries, ohne sich auf eine der beiden Wahlen festzulegen, zu der Aussage, daß von ungefähr 250 000 wahlberechtigten Juden 150 000 für die Demokraten gestimmt hätten.<sup>18</sup> Wie dem Zitat zu entnehmen ist, veranschlagte Issberner die Anzahl jüdischer Wählerstimmen in der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung für die DDP im Höchsthalle auf 100 000; zu der Zahl der jüdischen Wahlberechtigten machte er überhaupt keine Angaben.

Doch das ist erst der Anfang einer wundersamen Zahlenvermehrung. Die von Frye gemachte Aussage wurde von weiteren Autoren übernommen und umformuliert. Gestützt auf Frye schreibt Richarz: „Nach Schätzungen des DDP-Generalsekretärs wählten 1920 etwa 60 Prozent der wahlberechtigten Juden die DDP und machten damit 4 Prozent ihrer Wähler aus.“<sup>19</sup>

---

*Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik.* Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1965, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 305; Moshe Zimmermann, „Die aussichtslose Republik“ – Zukunftsperspektiven der deutschen Juden vor 1933, in *Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte*, München 1990, S. 167; Chaim Seeligmann / Givat Brenner, ‚Die Reichstagswahlen des 14. Septembers 1930 im Spiegel der jüdischen Presse‘, in *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 170.

<sup>17</sup> Reinhold Issberner, *Demokratisches ABC Buch*, Berlin 1920, S. 43.

<sup>18</sup> Bruce B. Frye, ‚The German Democratic Party and the „Jewish Question Problem“ in the Weimar Republic‘, in *Year Book XXI of the Leo Baeck Institute*, London 1976, S. 147.

<sup>19</sup> Richarz, *Jüdisches Leben*, *op. cit.*, S. 30 u. S. 68, Anm. 30. Flade wiederum stützt sich in seiner Darstellung auf die Aussage Richarzs. Flade, *op. cit.*, S. 77 u. S. 386, Anm. 20.

Fehlerhaft ist die Quellenübertragung bei Hamburger und Pulzer: „One DDP organiser calculated that if 60% of the Jewish electorate voted DDP that would have amounted 3 per cent of the DDP vote in 1919 and 6 per cent in 1920.“<sup>20</sup> Und unter Verweis auf Frye notiert Jones, daß von geschätzten 200 000 (!) jüdischen Wahlberechtigten ungefähr die Hälfte für die DDP gestimmt hätten.<sup>21</sup> Donna Harsch wiederum stützt sich auf Jones und verdichtet ihre Aussage zu der Feststellung: „Es ist geschätzt worden, daß bis 1930 ungefähr fünfzig Prozent der 200 000 wahlberechtigten Juden für die DDP stimmte.“<sup>22</sup> Ohne eine Quellen- oder Berechnungsgrundlage zu benennen, stellt Richard F. Hamilton die Vermutung an, daß in der Reichstagswahl 1928, als die DDP 4,9 Prozent der gültigen Stimmen erreichte, der jüdische Stimmenanteil ein Zehntel des gesamten Stimmenaufkommens zugunsten der Demokraten ausmachte.<sup>23</sup>

Eine weitere zeitgenössische Einschätzung zum jüdischen Wahlverhalten stammt von Johannes Schauff. Schauff, vom Juli 1932 bis 1933 Zentrumsabgeordneter im Deutschen Reichstag, hatte im Januar 1928 eine „politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen“ veröffentlicht. Primär ging er der Frage nach, wieviele Katholiken in der Vergangenheit für das Zentrum gestimmt hatten. Sein Untersuchungszeitraum umfaßte die Wahlen zwischen 1871 und 1924. Um Aufschluß über die Verteilung der katholischen Stimmen in der Reichstagswahl im Dezember 1924 zu erhalten, betrachtete Schauff die Ergebnisse der Kreise mit mehr als 90 Prozent katholischer Bevölkerung in den Ländern Preußen, Württemberg, Baden und Bayern. Die Verteilung der Stimmen in diesen Kreisen sah er, unter Nichtberücksichtigung des kleinen Anteils von Nichtkatholiken, als repräsentativ für die Verteilung der katholischen Stimmen im Parteienspektrum für die jeweiligen Länder an. In einem weiteren Schritt faßte er die Verteilung in den vier Ländern entsprechend der Gewichtung der katholischen Einwohnerschaft zusammen und erklärte das Ergebnis für repräsentativ für das Abstimmungsverhalten der wählenden Katholiken im Deutschen Reich.<sup>24</sup>

Ohne größer in eine Methodendiskussion einzusteigen, sei zu der Vorgehensweise kritisch angemerkt, daß durch das Kriterium der Auswahl der Kreise bereits eine Schieflage entstand. Denn wie Schauff selbst zugab, waren unter den

<sup>20</sup> Hamburger / Pulzer, *op. cit.*, S. 13.

<sup>21</sup> Larry Eugene Jones, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933*, Chapel Hill N. C. 1988, S. 381.

<sup>22</sup> Donna Harsch, ‚Der Sklarek-Prozeß 1929 und die sozialdemokratische Reaktion‘, in *Juden und die deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Tradition*. Ein Sammelband herausgegeben von Ludger Heid und Arnold Paucker, Tübingen 1992 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 49), S. 202, Anm. 56.

<sup>23</sup> Hamilton, *Who voted for Hitler?*, New York 1982, S. 561, Anm. 38.

<sup>24</sup> Johannes Schauff, ‚Die deutschen Katholiken und die Zentrumsparlei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871‘, in *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Neuausgabe hrsg. v. Rudolf Morsey, Mainz 1975, S. 104–129.

Kreisen, die mehr als 90 Prozent Katholiken auswiesen, ländliche Kreise eindeutig übervertreten.<sup>25</sup> Entsprechend problematisch ist es daher, die Ergebnisse für repräsentativ für ein Land, erst recht für das ganze Deutsche Reich, zu erklären.

Man kann leicht erahnen, daß die für den katholischen Bevölkerungsanteil angewandte Vorgehensweise auf den jüdischen Bevölkerungsanteil nicht übertragbar ist. Schließlich gab es keine Kreise mit 90 Prozent Juden. Dennoch gibt Schauff eine Verteilung der jüdischen Stimmen für die Reichstagswahl im Dezember 1924 an, ohne daß ersichtlich wird, wie die Zahlen zustande kamen. Danach wählten von 272 000 jüdischen Wählern 15 000 die Deutsche Volkspartei, 115 000 die Deutsche Demokratische Partei, 113 000 stimmten für die Sozialdemokraten, 22 000 für die Kommunisten, 5 000 für die Wirtschaftspartei und den Bayerischen Bauernbund, und 2 000 Stimmen entfielen auf andere Parteien.<sup>26</sup> Interessanterweise stimmten nach Schauff keine Juden für das Zentrum oder die Bayerische Volkspartei.

Die Problematik sämtlicher genannter Zahlen ist offenkundig, handelt es sich doch eher um mit „viel Fingerspitzengefühl“ vorgenommene Einschätzungen als um Schätzungen im Sinne der Anwendung empirischer Methoden. Legt man für Schätzungen die Kriterien an, daß ihnen sowohl eine explizit gemachte Annahme als auch ein offenkundiges Datenmaterial zugrunde liegen, so werden die dargelegten Äußerungen einem wissenschaftlich fundierten Anspruch nicht gerecht.

Gemeinsam ist allen Überlegungen, daß die jüdische Bevölkerung in der Weimarer Republik zunächst liberal wählte, mit einem eindeutigen Gewicht zugunsten der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Was die Endphase der Weimarer Republik betrifft, so gehen die Meinungen auseinander. Insbesondere fällt auf, daß eine große Unsicherheit vorherrscht, in bezug auf die Reichstagswahl des Jahres 1930. Unter Verwendung der Kategorien „vor 1930“ und „nach 1930“ wird um die Reichstagswahl des Jahres 1930 selbst ein Bogen gemacht. Dabei gibt es allen Grund, sich besonders dieser Wahl zu widmen. In dieser Wahl trat zum ersten Mal die Deutsche Staatspartei an, die aus einem Zusammenschluß der Deutschen Demokratischen Partei, der Volksnationalen Vereinigung und des antisemitisch vorbelasteten Jungdeutschen Ordens hervorgegangen war. Unter diesen Vorzeichen wurde in jüdischen Zeitungen und Zeitschriften aufgeregt diskutiert, ob die neue Partei noch ebenso wählbar sei wie zuvor die Deutsche Demokratische Partei.

Ist es schon problematisch, eine Verteilung der jüdischen Wählerschaft innerhalb des parteipolitischen Spektrums anzugeben, so verschärfen sich die methodischen Schwierigkeiten, wenn Autoren eine weitere Ausdifferenzierung hinsichtlich sozialer Herkunft, Alter oder religiöser Richtung vornehmen. So

---

<sup>25</sup> *Ibid.*, S. 109.

<sup>26</sup> *Ibid.*, S. 131.

äußern sich Hamburger und Pulzer beispielsweise zum jüdischen Wahlverhalten Mitte und Ende der Zwanziger Jahre:

„Small groups of voters, particularly in Western and Southern Germany, moved over to the DVP – they were mainly members of the Jewish upper and upper middle classes and had tended to support the National Liberals before 1914. The Zentrum and the Bavarian People's Party gained a few new members among the Orthodox Jews.“<sup>27</sup>

Es stellt sich die Frage, wie die Autoren zu dem Sozialprofil der jüdischen DVP-Wähler („upper and upper middle class“) kommen und woher sie ableiten, daß das Zentrum und die BVP Stimmen von den orthodoxen Juden bekamen. Individualbefragungen vor Wahlen, wie sie heute praktiziert werden, gab es in der Weimarer Republik nicht, erst recht nicht zum Wahlverhalten der jüdischen Wähler. Empirisch ist diese Aussage nicht belegbar. So bleiben generalisierende Aussagen zum Alters- und Sozialprofil oder zur Herkunft der religiösen Richtung unbewiesene – und wohl auch unbeweisbare – Annahmen.

Im Rahmen dieser Arbeit soll den bereits vorliegenden Prozentzahlen zum jüdischen Wahlverhalten nicht noch eine weitere hinzugefügt werden. Versuche, eine Schätzung auf gesicherter Datengrundlage zur Verteilung der jüdischen Wählerschaft innerhalb des Parteienspektrums vorzunehmen, wurden zwar angestellt. Allerdings wurden hierbei eine Reihe von Modellannahmen für das Verfahren der Ökologischen Regression verletzt, deren Erfüllung Voraussetzung für das in der Historischen Wahlforschung angewendete Verfahren sind.<sup>28</sup> Dennoch ist es im Rahmen dieser Arbeit möglich, auf Grundlage des benutzten Datenmaterials eine Reihe von Hypothesen zum jüdischen Wahlverhalten empirisch zu überprüfen.

## 1.2 Der Aufbau der Arbeit und Arbeitshypothesen

Die Arbeit gliedert sich in drei Hauptabschnitte:

- a) Einführung in die Thematik und Schilderung der Ausgangslage für die nachfolgenden Analysen;
- b) Systematische Auswertung von für das deutsche Judentum relevanten Zeitungen und Zeitschriften nach offenen oder verdeckten Wahlempfehlungen und Erforschung von Veränderungen des Meinungsklimas;
- c) Auswertung von Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlergebnissen hinsichtlich des Einflusses des jüdischen Bevölkerungsanteils auf den Erfolg der verschiedenen Parteien mittels quantitativer Methoden.

---

<sup>27</sup> Hamburger / Pulzer, *op. cit.*, S. 48.

<sup>28</sup> Zur Ökologischen Regression vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 441 ff. Jan-Bernd Lohmöller / Hartmut Bömermann, ‚Kontingenztafelschätzung aus Aggregatdaten‘, in *Historical Social Research*, 4 (1992), S. 3–69.

*ad a:*

Die Einführung in die Thematik ist eine Beschreibung der psychischen, sozialen und ökonomischen Lage der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik. Die Ergebnisse bilden die Arbeitshypothesen, vor deren Hintergrund die Frage nach dem Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung geklärt werden soll. Kernthese ist, daß sich die jüdische Bevölkerung in der Zeit der Weimarer Republik in einer neuartig „defensiven“ Position befand. Diese defensive Lage der jüdischen Bevölkerung kann im einzelnen durch folgende Punkte charakterisiert werden:

1. Während und nach dem Ersten Weltkrieg entstand eine Form des Antisemitismus, die eine neuartige ideologische Geschlossenheit annahm. In der Frühphase der Weimarer Republik nahmen erstmalig Juden in der deutschen Politik für kurze Zeit entscheidende Positionen ein. In der Regel hatten diese Politiker kaum eine oder gar keine Bindung an den Großteil der jüdischen Bevölkerung. Antirepublikanische Parolen konnten von da an mit antisemitischen Äußerungen zu einem neuen Stereotyp vereinigt werden. Mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg, der nachfolgenden Revolution und der Umwälzung in Rußland entstanden antisemitische Stereotypen, die eine neue Form des Antisemitismus schufen, derer sich die jüdische Bevölkerung in der Weimarer Republik zu erwehren hatte. Die Abschnitte 2.1.1 und 2.1.2 beschreiben die Rollen einiger jüdischer Politiker in den Anfangsjahren der Republik, die Reaktionen jüdischer Bevölkerungskreise, und skizzieren die neue Qualität des Antisemitismus.

2. Die Geschichte der Emanzipation der Juden ist eng verbunden mit der Geschichte des Liberalismus. Seit der Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts wird von der jüdisch-liberalen Weggemeinschaft gesprochen. Jede Krise des Liberalismus bedeutete zugleich eine Krisensituation für das Judentum.<sup>29</sup> Mit der Marginalisierung der liberalen Parteien gegen Ende der Weimarer Republik verloren die traditionellen Bündnispartner der deutschen Juden an entscheidendem Einfluß. Kapitel 2.2 beschreibt die historischen Wurzeln der Beziehung zwischen Liberalismus und Judentum.

3. Die Polarisierung im deutschen Judentum nahm in der Weimarer Republik zu. Der Assimilationsprozeß für einen Großteil der jüdischen Bevölkerung, das Konzept und der jüdische Beitrag zur Integration, wurde immer mehr von

---

<sup>29</sup> In Anlehnung an die englischsprachige Literatur wird in deutschen Publikationen in letzter Zeit eine Differenzierung zwischen „jüdischer Bevölkerung“ (Jewry) und „jüdischer Religion“ (Judaism) vorgeschlagen. Trude Maurer unterscheidet zwischen „Judentum“ als Bezeichnung für die Religion und „Judenheit“ als Synonym für „die Juden“ bzw. „die jüdische Bevölkerung“. Dieser Sprachregelung schließt sich der Verfasser nicht an. In Sinne einer sauberen Begriffsklärung scheint es nicht möglich, die angesprochene Differenzierung konsequent umzusetzen. Zudem können zahlreiche Zitate aus Quellen sowie aus der Literatur dieser Sprachregelung nicht unterworfen werden. Abgrenzend wurde jedoch versucht, die Bezeichnung „jüdische Bevölkerung“ für empirische, deskriptive Darstellungsteile, wie die Beschreibung der demographischen und wirtschaftlichen Lage der Juden, sowie für die Wahlanalyse zu verwenden. Maurer, *Minderheit*, *op. cit.*, S. 1, Anm. 2.

Zionisten auf der einen und nationaldeutschen Juden auf der anderen Seite in Frage gestellt. Die Auseinandersetzungen um den Umgang mit den zugewanderten Ostjuden sind ein weiterer Ausdruck der Unsicherheit. Kapitel 2.3 skizziert die Auseinandersetzungen unter den deutschen Juden und stellt die darin involvierten jüdischen Organisationen vor.

4. Die Inflation und die Ende der Zwanziger Jahre einsetzende Weltwirtschaftskrise verschärften das Krisenbewußtsein innerhalb der jüdischen Bevölkerung. Ob der jüdische Bevölkerungsteil in der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen wurde oder sie besser durchstand, ist derzeit noch ungeklärt. Subjektiv wurde innerhalb der jüdischen Bevölkerung die Wirtschaftskrise als besonders schmerzlich empfunden. Die spezifische demographische Situation und die Berufsstruktur der Juden wurden als belastende Faktoren gesehen. Abschnitte 2.4.1 bis 2.4.4 beschreiben die demographische Verteilung sowie die Berufs- und Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung und skizzieren die Auswirkungen von Inflation und Weltwirtschaftskrise auf das jüdische Wirtschaftsleben und die Reaktionen darauf.

*ad b:*

Die Presse war in der Weimarer Republik das Massenmedium mit der größten Breitenwirkung – das Radio hatte noch nicht die spätere medienwirksame Bedeutung; Fernsehen existierte nicht. Auch wenn im einzelnen die Determinanten der politischen Willensbildung in der Historischen Wahlforschung nicht geklärt sind und sich vielleicht auch nicht detailliert klären lassen; aus Plausibilitätsgründen scheint es sinnvoll, der Presse in der Weimarer Republik eine Rolle beim Wahlverhalten zuzubilligen. Die qualitative Auswertung hilft Hypothesen zu formulieren, deren Haltbarkeit in der quantitativen Analyse überprüft werden soll. Zugleich werden durch die Zeitungsanalyse die quantitativen Auswertungsergebnisse „erklärbar“ gemacht. Die Gefahr fehlgeleiteter Schlußfolgerungen verringert sich, da die Analysedaten nicht aus sich selbst heraus interpretiert werden, sondern durch Ergebnisse der Quellenarbeit untermauert werden.

Bei der Auswahl der auszuwertenden jüdischen Zeitungen bzw. Zeitschriften ist das Kriterium der Auflagenstärke zunächst das sinnvollste. Die größten jüdischen Blätter in Deutschland waren:

- „C.V.-Zeitung. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (60 000),
- „Hamburger Israelitisches Familienblatt“ (33 000),
- „Jüdische Rundschau. Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“ (15 000),
- „Der Schild. Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ (12 000).

Die in Klammern angegebenen Zahlen beziffern die Auflagenhöhen dieser Blätter im Jahre 1931.<sup>30</sup> Wie aus den Untertiteln ersichtlich wird, vertraten die

<sup>30</sup> *Lexikon des Judentums*, S. 898.

genannten Blätter innerhalb des jüdischen Spektrums unterschiedliche Richtungen. Das „Israelitische Familienblatt“ war die einzige der auflagenstarken jüdischen Zeitungen, hinter der keine Institution oder Organisation stand. Der Beachtung der unterschiedlichen relevanten, gesellschaftlichen und politischen Strömungen innerhalb des deutschen Judentums ist mit der getroffenen Auswahl Rechnung getragen.

Um nicht der Gefahr zu unterliegen, durch die Untersuchung spezifisch „jüdischer“ Zeitungen und Zeitschriften nur eine sektorielle Betrachtung vorzunehmen, wurde der Kreis der ausgewerteten Publikationen durch eine sequenzweise Untersuchung der liberalen Tageszeitungen „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“ und „Vossische Zeitung“ erweitert. Hinweise in der Literatur und in Memoiren deuten auf eine weite Verbreitung dieser Blätter innerhalb des bürgerlichen Judentums hin.

*ad c:*

Zur statistischen Überprüfung der Hypothesen zum Wahlverhalten wurde die jüdische Bevölkerung in zwei Gruppen geteilt: großstädtisches Judentum einerseits und ländliches und kleinstädtisches Judentum andererseits.

Die Analyse der politischen Orientierung der Großstadtjuden wurde auf der Grundlage der Städte Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln durchgeführt. 1925 wohnten in den vier genannten Städten 237 944 Juden. Dies entspricht einem Anteil von 42,2 Prozent an der gesamten jüdischen Bevölkerung. Definiert man, analog zu den Volkszählungskategorien, das großstädtische Judentum als die Anzahl der Juden, die in Städten mit über 100 000 Einwohnern lebten, so erfassen die vier Städte 63,1 Prozent des großstädtischen Judentums.

Für diese Städte wurden die Wohngegenden mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil aus den Volkszählungsdaten von 1925 und 1933 näher lokalisiert und die Wahlergebnisse auf kleineren Gebietseinheiten, z. B. Stadtteilen oder Verwaltungsbezirken, zusammengetragen und statistisch ins Verhältnis gesetzt. Ursprünglich beabsichtigt war, auch die Städte München, Leipzig und Breslau in die Analyse einzubeziehen. Die Ausführungsbestimmungen der einzelnen Statistischen Ämter der Großstädte wurden in der Praxis jedoch unterschiedlich gehandhabt. So existieren für Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln Auszählungen der konfessionellen Verteilung in den Stadtteilen (Verwaltungsbezirken). Für München, Breslau und Leipzig ist dies hingegen nicht der Fall.

Für die Analyse wurden fünf verschiedene Datensätze erstellt. Der Analysezeitraum umfaßt die Reichstagswahlen 1924 bis 1932 sowie die Berliner Kommunalwahlen 1925 und 1929. Die statistische Auswertung wurde mit multipler Regressionsanalyse, in einigen Fällen auch unter Verwendung bivariater Koeffizienten, durchgeführt.

In Anlehnung an die Kategorisierungen der Volkszählungen 1925 und 1933 wurde die Gruppe der Dorf- und Kleinstadtjuden der jüdischen Bevölkerungsgruppe zugeordnet, die in Orten unter 10 000 Einwohnern lebten. Illustrativ wurde anhand der Reichsländer Baden und Hessen das Wahlverhalten der Dorf-

und Kleinstadtjuden untersucht. Die Datensätze wurden am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin erstellt. Sie beziehen sich auf die niedrigste Aggregationsebene, für die amtliche Wahl- und Sozialdaten ausgewiesen wurden: die Gemeinden und Städte Badens und Hessens. Der Analysezeitraum umfaßt die Reichstagswahlen zwischen 1928 und 1932 und jeweils eine Landtagswahl. Methodisch wurde die Auswertung durch Bildung von Kontrastgruppen sowie durch Anwendung der multiplen Regressionsanalyse durchgeführt. Zur Absicherung der Ergebnisse wurden in einigen Fällen weitere Modelle mit dem „Kreis- und Gemeindedatensatz des Deutschen Reiches 1920–1933“ durchgerechnet.



## 2.1 Die neuen Formen des Antisemitismus in der Weimarer Republik

Seit Beginn der Weimarer Republik wurde der latent vorhandene Antisemitismus in der Bevölkerung von völkischen Gruppierungen in neuen, politischen Varianten geschürt. Den Juden wurde der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Niederlage im Ersten Weltkrieg angelastet. Nach Kriegsende nahm der Antisemitismus eine Schärfe und ideologische Geschlossenheit an, die vor Kriegsbeginn nicht vorstellbar waren. Schon bald nach dem Zusammenbruch verbreiteten die Alldeutschen Blätter die Behauptung, die Juden seien die Drahtzieher der Revolution und damit die Schuldigen an der derzeitigen politischen Situation.<sup>31</sup> Im Oktober 1918 hatte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, die Mitglieder aufgefordert, „die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen.“<sup>32</sup>

Die Beschuldigungen fielen auf fruchtbaren Boden. Ein großer Teil der Bevölkerung war nicht bereit, die militärische Situation zu akzeptieren und den inneren Umbruch mitzuvollziehen. Die Nachricht von Waffenstillstandsverhandlungen hatte Millionen von Gläubigen aus ihren Illusionen gerissen. Sie hatten fest an den Sieg geglaubt und brauchten jetzt einen Glaubensersatz, in den sie sich flüchten konnten. Die Resonanz blieb nicht aus. Dies belegen die Zahlen der Mitgliederentwicklung völkischer Gruppierungen. Am 1. 10. 1919 schlossen sich verschiedene deutsch-völkische Verbände zum Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund zusammen. Er bildete die größte und radikalste antisemitische Organisation in der Frühzeit der Weimarer Republik. Mit dem Zusammenschluß wurden ein höherer Organisationsgrad und eine größere Verbreitung antisemitischer Ideen erreicht.<sup>33</sup>

Für die Kumulation von Klischees brauchten sich die Antisemiten nicht weit

---

<sup>31</sup> *Alldeutsche Blätter*, 4. Januar 1919, Nr. 1, S. 1, Leitartikel.

<sup>32</sup> Zitiert nach Werner Jochmann, ‚Die Ausbreitung des Antisemitismus‘, in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), S. 440.

<sup>33</sup> Mitgliederentwicklung des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, der auf Initiative des Alldeutschen Verbandes, Reichshammerbund und Deutschvölkischen Bund entstand: Ende 1919 25 000, Ende 1920 110 000, Ende 1921 150 000. *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 562.

umzuschauen, um Horrorszenarien für große Kreise des Bürgertums zu entwickeln. Während der Jahre 1918/19 standen eine Reihe politisch exponierter Juden an der Spitze der Räte- und Revolutionsbewegung. Erstmals nahmen Juden in der Politik Schlüsselstellungen ein, die ihnen zuvor nie zugestanden worden waren. Im Kaiserreich waren Juden Bürger zweiter Klasse gewesen. Gleichsam über Nacht ergaben sich für sie neue Möglichkeiten und Freiheiten. Selbst nicht auf die neue Situation vorbereitet, äußerten sich die jüdischen Verbände und Organisationen sehr zurückhaltend. Doch dies wurde in der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet, dafür um so mehr die Tätigkeit einzelner Politiker jüdischer Abstammung.

### 2.1.1 Jüdische Politiker in der Öffentlichkeit

Am 1. Januar 1919 gründete sich die KPD in Berlin mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Spitze, die an den ursprünglichen Prinzipien der marxistischen Theorie festhielten, zumal sie das Beispiel der Oktoberrevolution vor Augen hatten. Die Gründung ging aus einem Zusammenschluß von Spartakusbund und „Bremer Linksradiكالen“ hervor. Mit der Besetzung von Zeitungsgebäuden durch Bewaffnete, Einsetzung eines Revolutionsausschusses und der Proklamierung der Absetzung der Regierung Ebert-Scheidemann entfesselten die Berliner Linksradiكالen den sogenannten „Januaraufstand“. Der Aufstand, der ohne strategisches Konzept geführt wurde, wurde bald niedergeworfen. Angehörige der Garde-Schützen-Kavallerie-Division ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919.<sup>34</sup>

Rosa Luxemburg war nicht das einzige jüdische Mitglied des spartakistischen Führungskreises, jedoch hat sie die allerstärksten antisemitischen Haßtiraden ausgelöst. Sie wurde als „typische jüdische“ Vertreterin des Radikalismus dargestellt, um die ganze Revolution als jüdischen Umsturz zu diskreditieren. Äußerungen Rosa Luxemburgs zum jüdischen Problem existieren nicht, die Judenfrage sowie ihre eigene jüdische Herkunft hat sie ignoriert.<sup>35</sup> Der Anteil der

<sup>34</sup> Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München – Wien 1984, S. 16. Angress bezeichnet die Benennung des Januaraufstandes als „Spartakusaufstand“ als unzutreffend. Auch die Rolle Rosa Luxemburgs in diesem Aufstand sei sehr ambivalent. Ihre Publizität in dieser Sache erfolgte vor allem durch die Veröffentlichung ihrer Leitartikel während des Aufstandes zur Unterstützung der Revolutionäre. Ursprünglich sei sie jedoch dem durch die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) ausgelösten Aufstand entgegengetreten. Vgl. Werner T. Angress, ‚Juden im politischen Leben der Revolutionszeit‘, in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), S. 232.

<sup>35</sup> Peretz Merchav, ‚Jüdische Aspekte in der Einschätzung von Rosa Luxemburg‘, in *Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung*, Internationales Symposium, Dezember 1976. Herausgegeben von Walter Grab, Institut für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Beiheft 2, S. 189.

Juden an der Spartakusführung war hoch. Eine ganze Reihe prominenter Personen waren bereits während des Krieges verhaftet und verurteilt worden: neben Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Paul Levi, Rosi Wolfstein und August Thalheimer, um nur einige zu nennen. Karl Liebknecht wurde fälschlicherweise für einen Juden gehalten.<sup>36</sup>

Noch tiefere Spuren hinterließ die Rolle prominenter Juden in der Revolution in Bayern. In dem katholisch-konservativen Land löste deren Beteiligung an der Revolution antisemitische Reaktionen aus, die noch Jahre andauern sollten. In der Nacht zum 8. November 1918 wurde unter Führung des jüdischen Journalisten und Unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner die Republik ausgerufen. Eine sozialistische Volksregierung wurde gebildet und eine konstituierende Nationalversammlung versprochen. Zusammen mit dem Sozialdemokraten Auer bildete Eisner eine Regierung, in der er das Präsidium und das Außenministerium, Auer das Innenministerium übernahm. In derselben Nacht floh der bayerische Monarch. Staatliche Organe traten bei Ausbruch der Revolution nicht mehr als Machtfaktoren in Erscheinung. Kriegsmüdigkeit, Überforderung durch die Zentralbehörden in Berlin, antipreußische Ressentiments, der Zusammenbruch Österreichs und die Sorge, Bayern könne Schauplatz des Krieges werden, ließen eine Atmosphäre entstehen, die weder ausgesprochen antimonarchistisch noch prorepublikanisch war, die jedoch der „berlinhörige“ Monarch unterschätzt hatte, was ihn zur Zielscheibe bayerischen Mißmuts machte. Seine Flucht brachte die Monarchie in Deutschland endgültig ins Rutschen und ebnete der Republik den Weg. Binnen 48 Stunden dankten die Fürsten von nicht weniger als 23 Dynastien, einschließlich der Hohenzollern, ab.<sup>37</sup>

Kurt Eisner war in den Jahren 1899 bis 1905 Redakteur beim „Vorwärts“ gewesen. Dort schied er nach einem Konflikt mit der SPD-Führung zusammen mit vier anderen Kollegen, darunter Gradnauer, aus der Redaktion aus. Eisner, ursprünglich dem revisionistischen Flügel der SPD nahestehend, orientierte sich im Laufe der Kriegsjahre immer weiter nach links. Als der Bruch der Unabhängigkeitssozialisten mit der SPD kam, beteiligte er sich aktiv am Aufbau der Münchener USPD-Gruppe und wurde deren erster Vorsitzender. In München

---

<sup>36</sup> Ludger Heid, „Mehr Intelligenz als körperliche Kraft“ Zur Sozialgeschichte ostjüdischer Proletarier an Rhein und Ruhr 1914–1923“, in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 15 (1986), S. 353. Zur Quelle und Widerlegung der jüdischen Abstammung Karl Liebknechts, vgl. Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 161, Anm. 66.

<sup>37</sup> Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 234–251. Bauer sieht den tiefstehenden Wunsch nach möglichst rascher Beendigung des Krieges bereits artikuliert in den Streiks im Januar 1918 in München, bei denen Eisner verhaftet wurde. *Die Regierung Eisner 1918/19*, Ministerratsprotokolle und Dokumente eingeleitet und bearbeitet von Franz J. Bauer unter Verwendung der Vorarbeiten von Dieter Albrecht, Düsseldorf 1987, S. XXXV.

hielt er sich seit 1910 als freier Journalist auf.<sup>38</sup> Am 21. Februar 1919 wurde er von dem jungen Aristokraten Anton Graf Arco auf Valley, dessen Vorfahren mütterlicherseits jüdischer Abstammung waren, erschossen, als er sich auf dem Wege zum Landtagsgebäude befand. Dort wollte er die Eröffnung des im Januar gewählten Parlaments vornehmen und seine Rücktrittserklärung verlesen. In der Januarwahl hatte die USPD lediglich 2,5% der abgegebenen Stimmen und somit nur drei Sitze im Landtag erhalten.<sup>39</sup> Angriffe aus den Reihen der Kommunisten und eine permanente Annäherung der SPD an das bürgerliche Lager hatten zudem die politische Manövriermöglichkeiten Eisners erheblich gemindert. Seine Ermordung bedeutete das Signal zur Konterrevolution und zur weiteren politischen Polarisierung.

Eisner war häufig Ziel von antisemitischen Angriffen der konservativen Presse. Die Kölnische Volkszeitung bezeichnete ihn als „hergelaufenen, rassefremden Eindringling“ und sein Regime als „rohe Diktatur“.<sup>40</sup> Die Kreuzzeitung, das 1848 begründete Organ der preußischen Konservativen, brachte folgenden „Nachruf“ auf Eisner: „Eisner war einer der übelsten Vertreter des Judentums, die in der deutschen Geschichte der letzten Monate eine so bezeichnende Rolle gespielt haben. In hervorragender Weise vereinigten sich in ihm zwei Eigenschaften seiner Rasse, der geschichtlich begründete Internationalismus – auch Eisner war ja Ausländer von Geburt (!) – und die blutsmäßig begründete Eitelkeit im Gegensatz zur deutschen Sachlichkeit.“<sup>41</sup>

Distanzierend erklärte die Konferenz der bayerischen Rabbiner zu den Vorgängen in München, „daß das Judentum in die politische Betätigung des Einzelnen nicht eingreifen und darum auch für eine solche Betätigung nicht verantwortlich gemacht werden kann.“<sup>42</sup>

Der Chefredakteur von dem „Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden“, Breslauer, schrieb drei Jahre nach der Ermordung Kurt Eisners, im März 1922: „Unauslöschlich aber hat sich dem Gedächtnis des ganzen deutschen Volkes die Wirksamkeit eines jüdischen Ministers eingepägt und die Erinnerung an sein verhängnisvolles Eingreifen in den Gang unserer politischen Entwicklungen wird allen Wandel der Zeiten überdauern. Was Kurt Eisner am deutschen Vaterland im allgemeinen und an Bayern im besonderen gesündigt hat, das wiegt zentnerschwer gegenüber allen Verdiensten, die früheren, jetzigen

<sup>38</sup> Zur Kurzbiographie Kurt Eisners siehe *ibid.*, S. XXX-XXXVI; Falk Wiesemann, ‚Kurt Eisner. Studie zu einer politischen Biographie‘, in Karl Bosl (Hrsg.), *Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen*, München 1969, S. 387–426.

<sup>39</sup> Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 244 ff.

<sup>40</sup> Kölnische Volkszeitung, 4. Dezember 1918, Nr. 953 zitiert nach Rudolf Morsey, *Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 32, Düsseldorf 1966, S. 118.

<sup>41</sup> Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), 21. Februar 1919, zitiert nach Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 248.

<sup>42</sup> *Israelitisches Familienblatt*, 13. Februar 1919, 21. Jg., Nr. 6, S. 4.

und späteren jüdischen Ministern zugeschrieben werden können. Sein Gedächtnis ist mit dem Vorwurf des Landesverrates belastet, begangen in der Zeit allerschwerster Heimsuchung des deutschen Volkes, und die Bayern werden in alle Ewigkeit seinen Namen mit den schrecklichsten Tagen in Verbindung bringen, die ihr schönes Land jemals durchlebt hat. . . . Bayern war dasjenige deutsche Land, in dem noch vor wenigen Jahren der Antisemitismus nur eine Ausnahmeerscheinung war. Heute herrscht gerade dort eine Feindseligkeit gegen die Juden, die in keinem anderen Teil des Reiches überboten werden kann. Und diese Stimmung ist entstanden, in jener Zeit, als der landfremde Jude Eisner Bayern ‚beherrschte‘. Auch die Schrecken der Rätezeit hätten diese Stimmung nicht erzeugen können, wenn sie schon durch Eisners unheilvolle Wirksamkeit vorbereitet worden wären.“<sup>43</sup>

Nach der Ermordung Eisners entstand ein Machtvakuum. Mühevoll rauften sich SPD, USPD und bürgerliche Parteien zusammen, um am 17. März im Landtag zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten und eine neue Regierung unter Führung des vormaligen Kulturministers des Eisnerkabinetts, Johannes Hoffmann (SPD), zu wählen. Doch Hoffmann wurde noch weniger als sein Vorgänger der zunehmenden Polarisierung und Radikalisierung Herr. Am 7. April wurde er von der Proklamierung einer bayerischen Räterepublik überrascht, die von Unabhängigen und Anarchisten getragen wurde.

Zum Staatsoberhaupt der ersten Räterepublik wurde der jüdische Anarchist Ernst Toller proklamiert. Weitere wichtige Personen jüdischer Abstammung, die in dieser Phase zum Führungskreis der revolutionären Bewegung gehörten, waren Gustav Landauer, Erich Mühsam, Otto Neurath und Arnold Wadler.<sup>44</sup> Vor allem die Aktivitäten des Wohnungskommissars Wadler beunruhigten das Bürgertum. Mit dem Hinweis auf das Wohnungselend in den großen Städten beschlagnahmte er sämtliche Spekulationsgrundstücke, registrierte alle großen Wohnungen und quartierte dort Arbeiterfamilien ein.<sup>45</sup> In der Nacht vom 12. zum 13. April erfolgte dann ein von der Regierung Hoffmann unterstützter Putschversuch. Diese Situation nutzte Eugen Leviné dazu, die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Schichten der Arbeiterschaft zu bewaffnen und den Putsch der Mehrheitssozialdemokraten niederzuschlagen. Am 14. April

---

<sup>43</sup> Jüdische Minister. *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden*, März 1922, Nr. 3, S. 1f.

<sup>44</sup> Zur Person Gustav Landauers siehe Elkana Margalith, ‚The Dilemmas of Gustav Landauer‘, in *Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung*, Internationales Symposium, Dezember 1976. Herausgegeben von Walter Grab, Institut für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Beiheft 2, S. 132–146; Paul Breines, ‚The Jew as Revolutionary – The Case of Gustav Landauer‘, in *Year Book XII of the Leo Baeck Institute*, London 1967, S. 75–84; Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 253–267. Gustav Landauer war einer der wenigen Juden im revolutionären Spektrum, der stets seine Zugehörigkeit zum Judentum betonte und sich auch mit der Judenfrage literarisch auseinandersetzte. Jochmann, *Antisemitismus*, *op. cit.*, S. 428, Anm. 62.

<sup>45</sup> Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 274–277.

wurde die zweite, nunmehr kommunistische Räterepublik ausgerufen.<sup>46</sup> Am 1. Mai marschierten Regierungstruppen in München ein und setzten mit einem Blutbad der Räteherrschaft ein Ende. Die Auswirkungen dieser Ereignisse sollten jahrzehntelang die bayerische Politik beeinflussen.

Zwei der sechs Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten, der am 10. November 1918 geformten revolutionären Regierung, waren Juden: Otto Landsberg (SPD) und Hugo Haase (USPD). Otto Landsberg war Rechtsanwalt in Magdeburg und dort Stadtverordneter von 1903 bis 1909. In den Jahren 1912 bis 1918 war er Mitglied des Reichstags, 1919 kurzfristig Reichsminister der Justiz. Seit 1890 war er Mitglied der SPD und dem rechten Flügel der Partei zuzuordnen. Bei Ausbruch der Revolution gehörte er der engeren Führung seiner Partei an. Mit der Berufung Landsbergs in den Rat der Volksbeauftragten beabsichtigten die Sozialdemokraten, Haase einen Juristen entgegenzusetzen, der ihm gewachsen war.<sup>47</sup> Zudem war Landsberg ein enger Vertrauter Friedrich Eberts. Von den Linksradikalen wurde er als der „Mephisto der Revolution“ geschmäht.<sup>48</sup>

Hugo Haase, Rechtsanwalt aus Königsberg, war in den Jahren 1897–1906 und 1912–1918 Mitglied des Reichstages.<sup>49</sup> Dort gehörte er innerhalb der SPD-Fraktion der kleinen, aber gewichtigen Gruppe der Rechtsanwälte an, zu der seine jüdischen Kollegen Ludwig Frank, Joseph Herzfeld sowie später auch Otto Landsberg und Oskar Kohn gehörten. Von 1911 bis 1916 war er neben Ebert Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion. Zugleich war er seit 1911 in einer umstrittenen Wahl neben August Bebel zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Als Bebel 1913 starb, übte Haase allein Partei- und Fraktionsvorsitz gleichzeitig aus.<sup>50</sup> Wegen der Frage der Kriegsbewilligungskredite geriet er jedoch mit der Mehrheit seiner Partei immer mehr in Konflikt. 1914 stimmte er noch für die Bewilligung, ab März 1915 enthielt er sich der Stimme, und im Juni 1915 forderte er zusammen mit Karl Kautsky und Eduard Bernstein in dem Manifest „Das Gebot der Stunde“ die Arbeiter öffentlich auf, gegen die Regierung Stellung zu beziehen, da sie eine Politik der Eroberung befürworte.<sup>51</sup> Als er im März 1916 gegen den Willen der Fraktion das Wort im Reichstag ergriff, um die Ablehnung des Notetats zu begründen, kam es zum Bruch zwischen Haase und dem Parteivorstand sowie der Fraktion. Haase und seinen Anhängern

<sup>46</sup> *Ibid.*, S. 263.

<sup>47</sup> *Ibid.*, S. 168–173; Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben. Regierungsmitglieder Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19), S. 509–515; Joseph Walk, *Kurzbiographie zur Geschichte der Juden 1918–1945*. Herausgegeben vom Leo Baeck Institute Jerusalem, München – New York – London – Paris, 1988, S. 214.

<sup>48</sup> Siegmund Kaznelson, *Juden im Kulturbereich*, Berlin 1959, S. 561.

<sup>49</sup> In der Reichstagswahl 1907, bei der die SPD fast die Hälfte ihrer im Jahre 1903 errungenen Mandate einbüßte, verlor auch Haase sein Mandat. Angress, *Revolutionszeit, op. cit.*, S. 165.

<sup>50</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben, op. cit.*, S. 429.

<sup>51</sup> Angress, *Revolutionszeit, op. cit.*, S. 166.

wurde die Fraktionszugehörigkeit entzogen. Haase legte daraufhin auch den Parteivorsitz nieder – den Fraktionsvorsitz hatte er zuvor schon abgeben – und begründete mit siebzehn seiner Anhänger die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.<sup>52</sup>

Zu Ostern 1917 gründete sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, deren erster Vorsitzender Haase wurde. Zusammen mit Wilhelm Dittmann und Emil Barth vertrat er die USPD im Rat der Volksbeauftragten (RdV). In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember schieden sie aus dem RdV aus. Äußerer Anlaß war die Entscheidung der Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann und Landsberg, ohne Konsultation ihrer anderen Ratsmitglieder gegen die Meuterei der Volksmarine, die als Geisel den sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels genommen hatten, Truppen einzusetzen. Bereits zuvor waren sie häufig von den Mehrheitssozialisten überspielt worden. 1919 fiel Haase einem Attentat zum Opfer. Einer seiner letzten öffentlichen Auftritte vor seiner Ermordung war die Verteidigung Ernst Tollers, der in München wegen seiner Beteiligung an der Räterepublik des Hochverrats angeklagt war.<sup>53</sup>

Ähnlich war die Situation in der preußischen Staatsregierung. Auch sie bestand zunächst aus sechs Volksbeauftragten, darunter zwei Juden: Paul Hirsch (SPD) und Kurt Rosenfeld (USPD). Paul Hirsch war langjähriger Stadtverordneter in Berlin-Charlottenburg und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. Der Arzt und Politiker war in den Jahren 1918 bis 1920 preußischer Ministerpräsident. Bis zum März 1919 bekleidete er auch das Amt des Ministers des Inneren. Er sah vor allem die Gefahr von links kommen und fühlte sich verpflichtet, das ihm anvertraute Preußen von den „Zerschlagungsplänen“ eines Hugo Preuß zu retten. Später wurde er Bürgermeister von Dortmund. Daneben publizierte er eine Sammlung von Schriften zur Gemeindepolitik. Der jüdischen Gemeinde, aus der er früh ausgetreten war, trat er 1933 demonstrativ wieder bei.<sup>54</sup>

Kurt Rosenfeld wurde am 26. November 1918 vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Leiter des preußischen Justizministeriums ernannt. Der Berliner Rechtsanwalt galt als führender Vertreter der Linksopposition in der SPD. Nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien saß er für die SPD im Reichstag, 1931 wurde er SAP-Mitglied.<sup>55</sup>

Auch der Ministerpräsident von Sachsen, Georg Gradnauer, war jüdischer Abstammung. Der ehemalige Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und des „Vorwärts“ war von 1918 bis 1920 Ministerpräsident. 1921 vertraute ihm

---

<sup>52</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 437.

<sup>53</sup> Zur Kurzbiographie Hugo Haase siehe Walk, *op. cit.*, S. 136; Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 165 f. Eine nähere Charakterisierung und Beschreibung seiner Tätigkeiten und Aufgaben in Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 174–183 und Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 426–444.

<sup>54</sup> Walk, *op. cit.*, S. 155. Zur Person, Tätigkeit und Wirken Paul Hirschs siehe Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 193–203; Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 524–530.

<sup>55</sup> Walk, *op. cit.*, S. 314; Kaznelson, *op. cit.*, S. 563.

Reichskanzler Joseph Wirth das Reichsministerium des Inneren an. Gradnauer war neben Eduard David der exponierteste Mann auf dem rechten Flügel der SPD. Anfang 1916 war er in die Fraktionsleitung gewählt worden. Gradnauer gehörte zu den entschiedensten Verfechtern der Bewilligung der Kriegskredite. Dabei polemisierte er auch publizistisch scharf gegen Haase und seine Anhänger. Soweit die Verantwortung für die Spaltung der Sozialdemokratischen Fraktion und Partei auf ihren rechten Flügel fällt, so Hamburger, war er erheblich daran beteiligt.<sup>56</sup>

Auch in Berlin stand während der Revolutionswochen ein Jude an der Spitze: der Verleger Hugo Heimann (SPD), als Volksbeauftragter und Stadtverordneten-vorsteher. Schwerpunkt seines politischen Engagements war die Volksbildungsarbeit. 1889 stiftete er die erste öffentliche Bibliothek zur unentgeltlichen Benutzung.<sup>57</sup> Neben Heimann saßen in dem vierköpfigen Rat der Volksbeauftragten noch zwei weitere Juden, Kurt Rosenfeld und der Arzt und Politiker Hermann Weyl (SPD).<sup>58</sup>

Eine Reihe einflußreicher Persönlichkeiten in beiden sozialdemokratischen Parteien waren gleichfalls jüdischer Abstammung, beispielsweise Rudolf Hilferding und Siegfried Aufhäuser. Rudolf Hilferding löste Karl Kautsky als einflußreichsten Theoretiker der marxistischen Richtung ab. In seinem theoretischen Hauptwerk „Das Finanzkapital“ (1910) wandte er die marxistische Lehre auf das Bankwesen an. 1907 wurde er „Vorwärts“-Redakteur in Berlin, 1918 übernahm er die Leitung der „Freiheit“, des neuen Zentralorgans der USPD. Hilferding führte 1922 den übriggebliebenen rechten Flügel der USPD in die SPD zurück. 1923 bereitete er als Reichsfinanzminister die Beendigung der Inflation durch die Schaffung einer neuen Goldwährung vor. 1928 kehrte er nochmals als Reichsfinanzminister in das Kabinett Hermann Müllers zurück.<sup>59</sup> Siegfried Aufhäuser wirkte an der Neuregelung des Arbeitsrechts mit. Er gründete den Allgemeinen Angestellten Bund (Afa) und saß von 1921 bis 1933 für die SPD im Reichstag.<sup>60</sup>

Der Jurist Hugo Preuß fertigte den Entwurf für die Weimarer Verfassung. Preuß war Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei und Stadtverordneter in Berlin. Ein Aufsatz im Berliner Tageblatt vom 14. November 1918 unter der Überschrift „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?“ gab den Ausschlag zu seiner Berufung und dem Vorzug gegenüber dem Heidelberger Professor Max Weber.<sup>61</sup> Den ersten Entwurf der verfassungsrechtlichen Änderungen präsentierte er dem Rat der Volksbeauftragten bereits am 26. November 1918. 1918–1919 war er Staatssekretär und kurzfristig Reichsinnenminister. Er galt bei

<sup>56</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. 486–490.

<sup>57</sup> Zur Biographie Hugo Heimanns siehe *ibid.*, S. 530–533; Walk, op. cit., S. 144.

<sup>58</sup> Angress, *Revolutionszeit*, op. cit., S. 160.

<sup>59</sup> Kaznelson, op. cit., S. 564.

<sup>60</sup> *Ibid.*, S. 565.

<sup>61</sup> Nachdruck des Artikels in *Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte*, Hildesheim 1964, S. 365–367.

seiner Berufung zum Staatssekretär als der „am weitesten links stehende deutsche Staatsrechtler“.<sup>62</sup> Zugleich war er einer der Mitbegründer der DDP.<sup>63</sup> Unabhängig von der Bewertung, inwieweit er den Verfassungsänderungen seinen Stempel aufdrückte und ob er tatsächlich der „Vater“ der Weimarer Verfassung ist, wurde der Weimarer Staat schon bald nach der Annahme der Verfassung von nationalistischer Seite als „jüdische Mache“ diffamiert. Dazu schrieb er am 16. Februar 1924 in der Vossischen Zeitung:

„Während es gerade jetzt die nationale Pflicht jedes Deutschen ist, unverbrüchlich an der Reichsverfassung festzuhalten, die aus den Schrecken der Niederlage die deutsche Einheit gerettet hat, hetzen die sonderbaren Vaterlandsverteidiger gegen eben diese Verfassung, weil sie ‚undeutsch‘ sei. Es ist dies eines jener Schlagworte, die trotz ihrer bodenlosen Dummheit und Verlogenheit doch auf Wirkung in die Breite berechnet sind. Einmal ist das Schlagwort wie die ganze Agitation auf die antisemitischen Neigungen eines gewissen Publikums eingestellt; denn wenn diese Leute mit hämischer Betonung von ‚deutsch‘ und ‚undeutsch‘ sprechen, so meinen sie nicht die ganze Volksgemeinschaft und ihre Gegner, sondern sie rufen ganz bewußt den Antisemitismus zur Hilfe herbei.“<sup>64</sup>

Walter Rathenau, Sohn Emil Rathenaus, des Gründers der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) und Pioniers der Elektro-Wirtschaft, trat frühzeitig selbständig hervor.<sup>65</sup> Er war Ingenieur und Industrieller. In der Öffentlichkeit wurde er zunächst als Schriftsteller bekannt. 1912 und 1913 erschienen zwei seiner Hauptwerke, „Zur Kritik der Zeit“ und „Zur Mechanik des Geistes“. Nach dem Tode seines Vaters übernahm er im Jahre 1915 den Vorsitz des Aufsichtsrates der AEG. Im Oktober 1918 veröffentlichte Rathenau einen Aufsehen erregenden Artikel in der „Vossischen Zeitung“, in dem er für die Ablehnung unannehmbarer Waffenstillstandsverhandlungen eintrat und eine Massenerhebung des deutschen Volkes zur Abwehr der feindlichen Invasionsheere forderte.<sup>66</sup>

<sup>62</sup> Zur Person Hugo Preuß siehe Wolfgang Elben, *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919*. Herausgegeben von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1965, S. 45–69; Kaznelson, *op. cit.*, S. 561 f.; Angress, *Revolutionszeit, op. cit.*, S. 184–193.

<sup>63</sup> Der Vorstand der DDP ließ Preuß ohne weitere Erklärung von der Wahlliste der Partei für die kommende Nationalversammlung streichen, als durch Indiskretion der Artikel 29 des Preußischen Entwurfs bekannt wurde, der eine territoriale Veränderung Preußens und anderer Bundesstaaten vorsah, und ein Sturm der Entrüstung losbrach. Angress, *Revolutionszeit, op. cit.*, S. 188.

<sup>64</sup> Preuß, Die „undeutsche“ Reichsverfassung, in *Staat, Recht und Freiheit, op. cit.*, S. 474 f.

<sup>65</sup> Zur Person Walter Rathenaus vgl. Kaznelson, *op. cit.*, S. 578–581; Ernst Schulin, ‚Die Rathenaus. Zwei Generationen jüdischen Anteils an der industriellen Entwicklung Deutschlands‘, in *Die Juden im Wilhelminischen Deutschland*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1976, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33) S. 115–142.

<sup>66</sup> Kaznelson, *op. cit.*, S. 579.

Walther Rathenau wurde 1921, ohne Zugehörigkeit zum Reichstag zum Reichsminister für Wiederaufbau ernannt. Am 1. Februar 1922 wurde er unter Reichskanzler Wirth Außenminister. Rathenau selbst war nur einfaches Mitglied der DDP. Er unterzeichnete den Vertrag von Rapallo, der die deutsch-russischen Beziehungen regelte. Rathenaus Politik der Verständigung ging von dem Grundgedanken aus, daß Deutschland nur durch Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu einem Ausgleich mit Frankreich und den anderen alliierten Mächten gelangen könne und daß so die Besetzung weiterer deutscher Gebiete zu verhindern sei. Diese Politik führte zu einer wüsten, demagogischen Hetze der rechtsstehenden Parteien, Organisationen und Zeitungen gegen die Person Rathenaus. Die Kampagne wurde noch verstärkt durch antisemitische Agitatoren, die Rathenau als Repräsentanten und Beherrscher der „Judenrepublik“ verschrienen. Freikorps-Leute schmetterten Hetzlieder gegen Rathenau, die „gottverfluchte Judensau“, und versprachen: „Dem Rathenau, dem Walter, blüht auch kein hohes Alter.“<sup>67</sup>

Der Hauptgeschäftsführer Roth des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes schrieb in einem Artikel vom 13. Februar 1922: „Wir harren der kommenden Dinge; erklären aber mit aller Deutlichkeit, daß in Deutschland für einen Trotzky-Rathenau keine Statt ist. Wir sind zum Äußersten entschlossen und bereit.“<sup>68</sup> Am 22. Juni 1922 wurde Rathenau auf der Fahrt von seinem Haus im Grunewald zum Auswärtigen Amt von ehemaligen Offizieren und Freikorps-Leuten erschossen.

Die Liste der hier angeführten Persönlichkeiten erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf eine Systematik. Sie ist eher ein Spiegel, aus dem sich die Antisemiten mit einem beschränkten Betrachtungswinkel ein Zerrbild der Juden schufen und verbreiteten.

Analysiert man das starke Engagement von Juden in der Revolution, verdienen drei Aspekte Beachtung: Zum einen, nicht alle Juden identifizierten sich mit dem jüdischen Glauben, zum anderen, die große Masse der Juden verhielt sich in der Revolution genauso indifferent und passiv wie die Masse der nichtjüdischen Deutschen; zum dritten, die individuelle politische Betätigung von Juden wird nur vor dem Hintergrund jahrhundertlanger Ausgrenzung verständlich.

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich als Juden bezeichneten, fühlten sich als Mitglieder einer Gemeinschaft, in der zu verbleiben ihnen angesichts der Diskriminierung der deutschen Juden als eine Ehrenpflicht erschien. Bei Einzelnen mag auch die Rücksicht auf Angehörige der Familie

<sup>67</sup> *Ibid.*, S. 580.

<sup>68</sup> Eine Schrift, die zahlreiche Artikel Roths enthielt, wurde einen Monat vor der Ermordung Rathenaus unter dem Titel „Der Kandidat des Auslandes“ veröffentlicht. Konsequenterweise haben daher die Länderbehörden und auch endlich das Reichsgericht wegen dieser und zahlreicher anderer Schriften und Handlungen dem Schutz- und Trutz-Bund die Verantwortung für den Mord zugesprochen und Roth selbst wegen „geistiger Urheberschaft“ verurteilt. Jochmann, *Antisemitismus, op. cit.*, S. 464 f.

hinzugekommen sein, der Wunsch, ihre Gefühle durch Austritt aus dem Judentum nicht zu verletzen.“<sup>69</sup>

Die Bindung zahlreicher jüdischer Sozialdemokraten an ihr Judentum bestand bestenfalls auf dem Papier. Die zahlreichen jüdischen Aktivisten in der SPD geben daher kein repräsentatives Bild oder gar Aufschluß über die Bindung zwischen Sozialdemokratie und dem deutschen Judentum. Die Bindungen und Wurzeln jüdischer sozialdemokratischer Abgeordneter zum Judentum waren eher diffus. Die jüdische Öffentlichkeit reagierte zurückhaltend.<sup>70</sup> Das Israelitische Gemeindeblatt Köln merkte an:

„... sich einfach mit der Tatsache abzufinden, daß es nunmehr eine sozialdemokratische Regierung gibt, in deren engerem Ausschusse sogar ein Jude (!) sitzt. Es reicht nicht aus, daß viele sozialdemokratische Parteifunktionäre beider Gruppen dem Judentum teils wirklich angehören, teils ihm entstammen. Schon deshalb nicht, weil nur ganz wenige von ihnen sich einen Zusammenhang mit dem Judentum gewahrt haben.“<sup>71</sup>

Doch Differenzierungen interessierten die Antisemiten recht wenig, wenn sie von der „Judenrepublik“ sprachen. Bald kursierten von Irrtümern strotzende Listen über „jüdische“ Politiker. Unter dem Eindruck des ansteigenden Antisemitismus sah sich der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1924 gezwungen, dem Gerücht, seit der Begründung der Republik hätten der Reichsregierung 80% Juden angehört, mit einer eigenen Aufstellung entgegenzutreten.<sup>72</sup> Von jüdischer Seite war man immer wieder darauf bedacht, sich gegen statistisch aufgezoogene antisemitische Anschuldigungen bezüglich der „Verjudung“ der deutschen Politik mit eigenen Zahlen zu wehren. Zugleich distanzierte man sich aber auch häufig von den jüdisch genannten Politikern. So schrieb das Israelitische Familienblatt zu einem Angriff der Münsterischen Zeitung über die „Verjudung“ des preußischen Kultusministeriums:

„Auf einen Artikel hin erhielt der ‚Münsterische Anzeiger‘ von der Vertretung der jüdischen Gemeinde in Münster folgende Zuschrift: Der Satz: ‚Die jetzigen

<sup>69</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 412.

<sup>70</sup> Ausführlicher zur Reaktion von Liberalen, Zionisten und Orthodoxen auf das Verhalten jüdischer Politiker während der Revolutionszeit vgl. Pulzer, *Jews and the German State*, *op. cit.*, S. 210 ff.

<sup>71</sup> Israelitisches Gemeindeblatt Köln, 22. November 1918, zitiert nach Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 143.

<sup>72</sup> Angress kommt in einer eigenen Aufstellung zu dem Ergebnis, daß von den 423 Abgeordneten der verfassungsgebenden Nationalversammlung 18 Juden und 8 Personen jüdischer Abstammung waren. Jüdische Abgeordnete der SPD waren: Dr. Adolf Braun, Georg Davidsohn, Dr. Georg Gradnauer, Hugo Heimann, Gustav Hoch, Simon Katzenstein, Otto Landsberg, Dr. Hugo Sinzheimer; USPD: Dr. Oskar Kohn, Hugo Haase, Emanuel Wurm und nach dessen Tode Dr. Kurt Rosenfeld; DDP: Dr. Bernhard Dernburg, Dr. Carl Wilhelm Petersen und Georg Gotheim (alle Halbjuden), Erich Koch-Weser (Großvater Jude), Julius Lippmann (get.) und Eugen Schiffer (get.); DVP: Dr. Jakob Riesser (get.); DNVP: Anna von Gierke (Halbjüdin). Zur Diskussion um die richtigen Angaben vgl. Angress, *Revolutionszeit*, *op. cit.*, S. 153.

Zustände in Berlin, wo Terrorismus und Kulturkämpferei unter teilweiser Führung des Judentums herrschen‘ usw., ist nicht zutreffend. Im preußischen Kultusministerium, aus welchem die von dem ‚Münsterischen Anzeiger‘ bekämpften Maßnahmen stammen, sitzen überhaupt keine Juden. Wenn an irgend welchen anderen Regierungsstellen Juden mitwirken, so wirken sie nicht als Vertreter des Judentums; gehören dem selbigen häufig nur dem Namen nach an und haben sich häufig längst von demselben losgesagt. Es geht nicht an, für ihre Maßnahmen die Gesamtheit der Juden – bzw. das Judentum – verantwortlich zu machen.“<sup>73</sup>

In der Tradition, sich mit statistischen Angaben gegenüber antisemitischen Vorwürfen zu wehren, argumentierte noch im Jahre 1959 die ehemalige C.V-Aktivistin, Soziologin und Journalistin Eva G. Reichmann in einem Vortrag bei der Friedrich-Ebert-Stiftung: „In den ersten 19 Nachkriegskabinetten bis 1930 waren von 250 Reichsministern 5 jüdischer Abkunft: Preuß, Landsberg, Gradnauer, Rathenau und Hilferding. So sah politisch die sogenannte ‚Judenrepublik‘ aus.“<sup>74</sup>

Es bleibt festzuhalten, daß in Wahrheit die steile Kurve des Aufstiegs jüdischer Politiker in Machtpositionen frühzeitig wieder zu sinken begann. Bereits um die Jahreswende 1918/19 setzte der Abstieg wieder ein, als die Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten und der Vorläufigen Regierung in Preußen ausschieden. Im weiteren Verlauf der Weimarer Republik ergab sich wieder das alte Bild. Jüdische Politiker bildeten eine marginale Gruppe. Bei der Durchsetzung ihrer Rechte waren die Juden auf das Wohlgefallen anderer relevanter politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen angewiesen.

### 2.1.2 Weitere neue Stereotypen des Antisemitismus

An dieser Stelle soll nicht die Geschichte des modernen Antisemitismus dargestellt werden; zur Skizzierung der Lage der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik ist es jedoch notwendig, kurz auf die antisemitischen Stereotypen, die in dieser Zeit zum Tragen kamen, einzugehen und Reaktionen jüdischer Bevölkerungskreise zu schildern.<sup>75</sup> Eine ganze Reihe antisemitischer Stereotypen entstanden in der Zeit des Ersten Weltkrieges bzw. während der Revolution 1918/19. Mit diesen antisemitischen Vorwürfen hatte sich die jüdische Bevölkerung während der Weimarer Republik permanent auseinanderzusetzen.

Der überkonfessionelle „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ listete im

<sup>73</sup> Abwehr. *Israelitisches Familienblatt*, 3. Januar 1919, 21. Jg., Nr. 1, S. 4.

<sup>74</sup> Eva G. Reichmann, ‚Die Lage der Juden in der Weimarer Republik‘, in „*Die Reichskristallnacht*“. *Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung 1959, S. 26.

<sup>75</sup> Eine gute Zusammenfassung der Geschichte des modernen Antisemitismus bietet Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt 1988.

Jahre 1924 anlässlich der anstehenden Reichstagswahlen eine Sammlung der gängigsten antisemitischen Stereotypen unter dem Titel „Gegen die deutschvölkisch-antisemitische Giftmischerei“ auf. Auch zu den Reichstagswahlen 1930 findet sich eine Zusammenstellung antisemitischer Vorwürfe in den Mitteilungen des Vereins, unter dem Titel „Die gangbarsten antisemitischen Lügen“, wieder.<sup>76</sup> In dem Artikel unterteilte der Verein die antisemitischen Lügen zunächst in fünf Hauptkategorien:

- I. „Jüdische Weltherrschaft“; „Jüdische Internationale“
- II. Die Juden im Kriege; Dolchstoßlegende; Inflationsmärchen
- III. Die jüdische Moral
- IV. Die Berufsgliederung der Juden; „Verjudung“
- V. Die „Minderwertigkeit der jüdischen Rasse“

Die erste Kategorie umfaßte allein acht Stereotypen, darunter die Vorwürfe der „Jüdischen Weltfinanz“, der „Juden-Revolution“ und des „jüdischen Bolschewismus“. Bei den Anschuldigungen in der zweiten Kategorie handelte es sich durchweg um Stereotypen, die erst im Ersten Weltkrieg und in der Zeit danach entstanden.

Die Aufstellung läßt erahnen, welche Komplexität der Antisemitismus in seinen Anschuldigungen erreicht hatte. Die Anschuldigung „Der Jud ist an allem schuld“ erfuhr in der Weimarer Republik eine solche Diversifizierung, daß dies für die Abwehrarbeit erhebliche Konsequenzen hatte. Eine auf Aufklärung basierende Abwehrarbeit ging von den antisemitischen Behauptungen aus und stellte ihnen, unter Hinweis auf die Unrichtigkeit und Verwerflichkeit der Vorwürfe, den wahren Sachverhalt gegenüber oder versuchte, den Sachverhalt zu ändern, auf den sich die Vorwürfe bezogen. Eine derartige Vorgehensweise gleicht dem Kampf mit einer vielköpfigen Hydra. Mitte der Zwanziger Jahre umfaßte die Aufklärungsliteratur der vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im Philo-Verlag herausgegebenen Schriften 185 verschiedene Broschüren.<sup>77</sup>

In der Tat sind die jüdischen Zeitungen und Zeitschriften während der gesamten Weimarer Republik, also auch in den sogenannten „ruhigen Jahren“, voll von Versuchen, die gängigsten antisemitischen Stereotypen zu widerlegen. Selbst in der Beurteilung Mitte der Zwanziger Jahre, als sich die Auseinandersetzungen unter den einzelnen völkischen Parteien und Gruppierungen mehrten und deren Kräfte vorübergehend banden, schwang weiterhin Skepsis mit. Rückblickend auf das Jahr 1926 urteilte der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“:

„Es war immer noch ein Großkampfsjahr. Zwar, der offene Frontalangriff des Gegners war vielleicht nicht mehr so stark wie früher, der sichtbare Massen-

<sup>76</sup> Die gangbarsten antisemitischen Lügen. Abwehr-Blätter. *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, September 1930, Nr. 8/9, S. 95 ff.

<sup>77</sup> Zwei Jahre Arbeit im Centralverein. *C. V.-Zeitung*, 5. März 1926, 5. Jg., Nr. 10, S. 115.

sturm nicht mehr so groß. Dafür aber bediente sich der Gegner mehr und mehr jener Kampfmittel, denen das Prädikat einer ehrlichen Waffe weniger denn je zugesprochen werden kann.“<sup>78</sup>

Die antisemitische Hetze des kaiserlichen Deutschlands, verlautete die C. V.-Zeitung im selben Jahr, hatte nie zuvor den „Grad der Ruchlosigkeit“ erreicht, wie es Mitte der Zwanziger Jahre in der Weimarer Republik der Fall war. Die Gleichheit aller Staatsbürger, verfassungsmäßig verankert, schien im praktischen Leben zur Farce zu geraten.<sup>79</sup> Der jüdische Nationalökonom und Bankier Rudolf Kaulla notierte in seinem 1928 erschienenen Buch:

„Die Juden haben das Gefühl, daß ihre Gleichberechtigung im Deutschen Reich, trotzdem sie nun so lange schon besteht und gesetzliche Geltung besitzt, doch noch dauernd gefährdet sei und fortgesetzt von ihnen neu erworben werden müsse – dies weniger in dem Sinn, daß auf gesetzgeberischem Wege eine Rückgängigmachung der Emanzipation, wäre sie auch nur teilweise, ernstlich zu besorgen wäre, als vielmehr in dem Sinn, daß die Gleichberechtigung in der Verwaltungspraxis noch sehr vielfach nur auf dem Papier steht und daß es nur allzu leicht fällt, sie durch die Art der Handhabung der Gesetze praktisch unwirksam zu machen.“<sup>80</sup>

In ähnlicher Weise beklagte der Direktor des Centralvereins, Ludwig Holländer, daß die formale Gleichberechtigung eben nur eine Gleichberechtigung auf dem Papier gewesen sei.<sup>81</sup> Zahlreiche Fälle in der Rechtssprechung ließen die gesetzlich und ethisch begründete Objektivität gegenüber Juden vermissen. Der Centralverein beklagte 1926 eine „Vertrauenskrise in der deutschen Justiz“ und konstatierte, daß das Empfinden der deutschen Juden „den Grad erreicht hat, daß sie sich ausgesprochen rechtlos fühlen“.<sup>82</sup>

Zeitlich noch deutlich vor dem Aufstieg der Nationalsozialisten registrierten jüdische Vereine und Verbände ein gegenüber früheren Zeiten noch nie dagewesenes Ausmaß an antisemitischen Vorbehalten und Aktionen, mit dem Ziel, die jüdische Bevölkerung gesellschaftlich und wirtschaftlich auszugrenzen. Der Kartell-Convent, der Verband deutscher Studenten jüdischen Glaubens, meldete beispielsweise im November 1925, daß sich die Fälle mehrten, in denen sich Verbände weigerten, im sportlichen Wettkampf gegen jüdische Kommilitonen anzutreten.<sup>83</sup> Der Berliner Journalist Ernst Feder notierte über ein Gespräch im Februar 1928 mit Martin Carbe, dem Neffen Rudolf Mosses:

<sup>78</sup> Rückblick und Ausblick. *Abwehr-Blätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, Januar 1927, 37. Jg., Nr. 1/2.

<sup>79</sup> Rechtsstaat – oder? *C. V.-Zeitung*, 3. September 1926, 5. Jg., Nr. 36, S. 464 f.

<sup>80</sup> Rudolf Kaulla, *Der Liberalismus und die deutschen Juden: Das Judentum als konservatives Element*, München – Leipzig 1928, S. 70.

<sup>81</sup> 1928. *C. V.-Zeitung*, 6. Januar 1928, 7. Jg., Nr. 1, S. 1 f.

<sup>82</sup> Gleicher Schutz allen Staatsbürgern. *C. V.-Zeitung*, 17. September 1926, 5. Jg., Nr. 38, S. 499. Wir – und die Justiz. *C. V.-Zeitung*, 22. Oktober 1926, 5. Jg., Nr. 43, S. 537 f.

<sup>83</sup> Gegen die Beschimpfung der jüdischen Studenten. *C. V.-Zeitung*, 20. November 1925, 4. Jg., Nr. 47, S. 745.

„Mit Carbe Gespräch über die Zurückdrängung der Juden aus allen wichtigen Posten im Staat und Wirtschaft, sogar im Bankwesen. Carbe weist darauf hin, wie wenig sehr reiche Juden es noch gibt.“<sup>84</sup>

Anders als die „Inflationsmärchen“ glauben machen wollten, waren große Teile des jüdischen Mittelstands durch die Folgen der Inflation in ihrer existenziellen Grundlage bereits stark gefährdet. Verschärft wurde diese Krise im wirtschaftlichen Bereich durch die antisemitische Praxis. Boykottaktionen schädigten jüdische Geschäftsleute, jüdische Beamte und Angestellte machten mehr denn je die Erfahrung, daß offen angesprochen wurde, man wolle keine jüdischen Bewerber.<sup>85</sup> Im Protokoll der Hauptversammlung des Centralvereins im Jahr 1926 wurde notiert: „Der geheime Ausschluß der Juden greift immer mehr um sich und der Kreis der Berufe, der einem jungen Juden offen steht, schmilzt immer mehr zusammen.“<sup>86</sup>

In dieser Zeit wurde der Antisemitismus verschiedentlich mit einer Hochflut oder Welle verglichen, die das Land überschwemmt und nun ein Bild der Verwüstung hinterlassen hatte. Gleichsam wie die Hochflut in den Boden einsickert, sei der Antisemitismus in die verschiedenen Gesellschaftsschichten eingedrungen. Nun ginge es darum, die Verwüstungen, die die Hochflut – respektive der Antisemitismus – hinterlassen habe, zu beseitigen, was Jahre dauern würde.<sup>87</sup>

Für die Leser und Leserinnen dieser Publikation kann daher zu keinem Zeitpunkt Entwarnung hinsichtlich eines Abflauen des Antisemitismus gegeben gewesen sein. So schrieb im Jahre 1926 die Zeitschrift der jüdischen Frontsoldaten, „Der Schild“: „Das deutsche Judentum befindet sich in einem Kampf, es kämpft nicht nur für seine Anerkennung, es kämpft für seine Existenz.“<sup>88</sup>

Was die Bekämpfung und Abwehrarbeit antisemitischer Stereotypen anging, waren jüdische Organisationen darauf angewiesen, über ihren Rahmen hinaus gesellschaftliche Gruppen für sich zu gewinnen und zu mobilisieren.<sup>89</sup> Kein gutes Zeugnis konnte in dieser Hinsicht der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ 1928 ausstellen:

„Alle Spielarten des Antisemitismus, die politische, wie die wirtschaftliche, die religiöse wie die anthropologische, die heute mit penetranter Lautheit unser öffentliches Leben erfüllen, wären nie zu der von ihnen erreichten Stärke

<sup>84</sup> Ernst Feder, *Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten*. Herausgegeben von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1971, S. 155.

<sup>85</sup> Gesperrte Berufe. *C. V.-Zeitung*, 30. Juli 1926, 5. Jg., Nr. 31, S. 405. Die Hauptversammlung des Centralvereins. *C. V.-Zeitung*, 26. März 1926, 5. Jg., Nr. 13, S. 176 ff.

<sup>86</sup> Das Positive in der C. V.-Arbeit. *C. V.-Zeitung*, 1. April 1926, 5. Jg., Nr. 14, S. 193.

<sup>87</sup> Vgl. *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, Tätigkeitsbericht 1925/26, 23. Juni 1927, Nr. 11/12, S. 77 f. Zehn Jahre. Ein Rückblick. *C. V.-Zeitung*, 7. August 1924, 3. Jg., Nr. 32, S. 474.

<sup>88</sup> Auf Deutschlands hohen Schulen. *Der Schild*, 13. Dezember 1926, 5. Jg., Nr. 50.

<sup>89</sup> Zur jüdischen Abwehrarbeit vgl. die Darstellungen von Arnold Paucker.

gelangt, hätten sie sich nicht auf einen Fundus von Ressentiments stützen können, die von der Seite des Empfindens und des Gefühls her weite Kreise der nichtjüdischen Bevölkerung reif machten für den Angriff der antisemitischen Theorien auf ihren Intellekt. Diese Ressentiments haben innerhalb des deutschen Volkes eine beschämend weite Verbreitung, daß sie ihr Dasein ungestört von fast jeder ernstlichen Bekämpfung fristen können, da sich viele Führer politischer, kultureller und sozialer Bewegungen tatsächlich genieren, die antisemitische Verseuchtheit ihrer Anhängerschaft sich und anderen einzugestehen.“<sup>90</sup>

Die sogenannten „stabilen Jahre“ der Weimarer Republik verliefen für die jüdische Bevölkerung keineswegs im ruhigen Fahrwasser. Gegen Ende der Zwanziger Jahre, noch bevor die Nationalsozialisten ihren großen Durchbruch in den Parlamentswahlen erzielten, wurde Deutschland gar als „Weltzentrum des Antisemitismus“ empfunden.<sup>91</sup>

Neben der religiös motivierten Judenfeindschaft und dem „biologisch“ angelegten Antisemitismus trat in der Weimarer Republik der politische Antisemitismus entscheidend in den Vordergrund. Anders als im Kaiserreich, wo der Antisemitismus in der innenpolitischen Auseinandersetzung nur kurze Zeit eine Rolle gespielt und niemals das Kaiserreich selbst in Frage gestellt hatte, sondern bestenfalls als Kritik an der liberalen Wirtschaftsordnung zu verstehen gewesen war, wurde während der ganzen Dauer der Weimarer Republik mit Hilfe antisemitischer Stereotypen Opposition zum bestehenden politischen System bezogen. Diese neue politische Dimension des Antisemitismus meinte wohl auch Hugo Preuß, als er 1925 unter Zustimmung auf der Tagung des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden erklärte, daß in keinem modernen Kulturland der Antisemitismus so im Mittelpunkt des politischen Lebens stehe wie in Deutschland.<sup>92</sup>

## 2.2 Die problematische Bindung des deutschen Judentums an den Liberalismus

Wie bereits angedeutet, gibt der Blick auf die parteipolitische Herkunft jüdischer Politiker nicht zwangsläufig Aufschluß über politische Bindungen und Traditionen innerhalb des deutschen Judentums. Die Stellungnahmen aus dem jüdischen Spektrum negieren eher Verbindungen zu jüdischen Persönlichkeiten in der Politik, vor allem aus der Sozialdemokratie, indem sie auf die Distanz

<sup>90</sup> Kennen lernen! Zur Bekämpfung antisemitischer Ressentiments. Abwehr-Blätter. *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, 1. Oktober 1928, Nr. 17/18, 38. Jg., S. 127.

<sup>91</sup> Deutschtum und Judentum. *Der Schild*, 20. Dezember 1929, 8. Jg., Nr. 52.

<sup>92</sup> Die liberale Kundgebung. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 26. Juni 1925, 5. Jg., Nr. 26.

zwischen der Gesamtheit des deutschen Judentums und den exponierten Politikern verweisen. Will man die politischen Traditionen und Bindungen des deutschen Judentums erkennen und verstehen, so hilft hier ein Aufgreifen der historischen Verbindungslinien zwischen Liberalismus und der Emanzipationsbewegung.

Ende des 18. Jahrhunderts setzte ein Umwälzungsprozeß ein, der die Auflösung der ständisch verfaßten, zumeist absolutistisch regierten alteuropäischen Ordnungen bedeutete. Im Zuge der Ausprägung und der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft schreitet die Emanzipation der Juden einher. Gemeint ist damit in erster Linie die rechtliche Freisetzung der Juden von ihren alten Beschränkungen als Minderheit. Die Juden lebten bis dahin in einem festgefügtten Ghetto, außerhalb der ständischen Ordnung. Sie bildeten eine eigenartige Gruppe von Staatenlosen und Fremden, die nur in bestimmten Bezirken wohnen und nur bestimmte Berufe ausüben durften.<sup>93</sup>

Zur Beschreibung des Umbruchprozesses in der jüdischen Gesellschaft wird häufig das Begriffspaar Emanzipation – Assimilation gebraucht. Der erste Begriff bezeichnet eher die rechtliche Dimension der bürgerlichen Gleichstellung, der andere die soziale Einpassung der Juden in die bürgerliche Gesellschaft.<sup>94</sup>

Die Judenemanzipation, so formuliert Reinhard Rürup, war kein Kind der reinen Theorie, sondern ein Produkt des sich seit dem späten 18. Jahrhundert anbahnenden sozialen Wandels von der alten zur neuen Welt.<sup>95</sup> Zwar wurde die

---

<sup>93</sup> Jacob Allerhand, *Das Judentum in der Aufklärung*, Stuttgart 1980, S. 27. Für die Zeit um das Jahr 1815 macht Nipperdey drei soziale Typen von Juden aus: 1. ländliche Juden, die vom Hausier- und Not-, vom Geld- und Viehhandel lebten, 2. ländliches und städtisches Klein- und Hausgewerbe, 3. die eigentlichen Stadtjuden: Händler und Geldleute, auch sie waren zunächst meist sehr arm. Thomas Nipperdey, ‚Auf dem Weg zur Gleichberechtigung‘, in *Die Juden. Ein historisches Lesebuch*, Herausgegeben von Günter Stemberger, München 1990, S. 220.

<sup>94</sup> Heinz Holeczek, ‚Judenemanzipation in Preußen‘, in *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, Herausgegeben von Bernd Martin und Ernst Schulin, München 1981, S. 131. George L. Mosse gibt dem Begriff der Emanzipation eine andere Bedeutung als Holeczek. Er meint, die Emanzipation der Juden in Deutschland sei eine kulturelle Emanzipation gewesen. George L. Mosse, *Rückblick*, *op. cit.*, S. 174. Das ursprüngliche Wort Emanzipation entstammt dem lateinischen emancipatio und bedeutet die Freilassung eines Sklaven. Der Ausdruck wurde am Ende des 18. Jahrhunderts in die Politik übernommen, als die irischen Katholiken für ihre politische und religiöse Freiheit kämpften. Vgl. Jacob Katz, *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft 1770–1870*, Frankfurt 1986, S. 215. Zur Diskussion um die Datierung der erstmaligen Anwendung des Begriffes „Emanzipation“ auf die Judenfrage, vgl. Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 126–132. Volkov kritisiert den Begriff „Assimilation“ als analytisch unsauberer Terminus: „Erstens bezieht sich der Begriff auf soziale, kulturelle und psychische Prozesse, als ob sie ein und dasselbe wären; zweitens tendiert er dazu, die diesen Prozessen innewohnenden Wechselwirkungen zu verschleiern; und drittens bezeichnet er zugleich einen Prozeß und seine Ergebnisse.“ Shulamit Volkov, ‚Jüdische Assimilation und jüdische Eigenart im Kaiserreich. Ein Versuch‘, in *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), S. 333.

<sup>95</sup> Reinhard Rürup, ‚Judenemanzipation und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland‘, in Ernst Schulin (Hrsg.), *Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur Europäischen Geschichte*, Wiesbaden 1968, S. 176.

Emanzipation als Aufgabe mit einer ganz bestimmten Zielvorstellung formuliert, aber sie begründete sich auf einer kritischen Situationsanalyse aus der damaligen Zeit. Die auf der alten sozialen Ordnung rechtlich basierenden Schranken sollten durchbrochen werden. Die Diskussion begann bereits vor der Französischen Revolution. Als epochemachendes Buch wird das 1781 von Christian Wilhelm Dohm in Berlin veröffentlichte Werk „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ angesehen. Es löste eine ungewöhnlich breite und literarische Diskussion aus.<sup>96</sup> Dohm hatte bereits im Jahre 1780 eine Denkschrift vorgelegt, die wesentlich zur Verbesserung der Lage der Juden im Elsaß beitrug und die er dann, ohne sich als Verfasser selbst zu nennen, dem ersten Teil seines zweibändigen deutschen Werkes als Anhang beifügte.<sup>97</sup> Dohms Vorschläge betrafen die Juden, die bereits im Land lebten, aber immer noch als Fremde angesehen wurden. Neu war der Blickwinkel, das jüdische Problem nicht länger als Frage der Zulassung zu betrachten; hingegen ging es um ihre Aufnahme als Staatsbürger. Dohms Verdienst lag darin, daß er die notwendigen Bedingungen und die möglichen Folgen der Aufnahme von Juden erforschte, und zwar nicht nur für Juden allein, sondern auch für den Staat und die Gesellschaft, die sie aufnehmen sollte.<sup>98</sup>

Die Motivation Dohms für seine Abhandlung war keineswegs Philosemitismus, vielmehr hat sich Dohm stets gegen das Mißverständnis gewehrt, er habe eine „Apologie“ des Judentums geschrieben. Für die meisten Vorkämpfer der Emanzipation im 19. Jahrhundert spielten philosemitische Tendenzen eine höchst geringe Rolle. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war, daß der Zustand der Juden und ihre Stellung im Staat als unerträglich empfunden wurden, unerträglich aber in erster Linie für den Staat und die christliche Bevölkerung.<sup>99</sup> Wenn hier Abhilfe geschaffen werden sollte, mußte man nach neuen Mitteln und Wegen sinnen. Die bisherige Praxis, die Vertreibung über die Landesgrenzen oder einschränkende Verordnungen, war im Zeitalter der Aufklärung keineswegs mehr anwendbar. Dohm empfahl zur Verbesserung des damaligen Zustandes,

<sup>96</sup> *Ibid.*, S. 176. Ausführlich zur Person Christian Wilhelm von Dohm: Ilsegrit Dambacher, *Christian Wilhelm von Dohm. Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen aufgeklärten Beamtentums und seiner Reformbestrebungen am Ausgang des 18. Jahrhunderts*, Bern – Frankfurt 1974.

<sup>97</sup> Allerhand, *op. cit.*, S. 118. An der Ausarbeitung der Denkschrift zur Verbesserung der Lage der Juden im Elsaß war Moses Mendelssohn mitbeteiligt, vgl. Robert Liberles, 'The Historical Context of Dohm's Treatise on the Jews', in *Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London. Sankt Augustin 1986, S. 44. Moses Mendelssohn gilt in der Literatur als „der erste moderne Jude, der nicht nur als Zaungast an der Umweltekultur teilnahm, sondern tätiger Mitträger und Mitgestalter dieser Kultur war“. Heinz Mosche Graupe, *Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650–1942*, Hamburg 1977, S. 93.

<sup>98</sup> Katz, *Ghetto, op. cit.*, S. 71. Nach Darstellung Liberles hatte zum Zeitpunkt von Dohms Veröffentlichungen die öffentliche Diskussion in Westeuropa über die gesellschaftliche Situation der Juden bereits verschiedene Phasen durchlaufen. Liberles, *Dohm, op. cit.*, S. 66.

<sup>99</sup> Rürup, *Judenemanzipation, op. cit.*, S. 178.

den Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuzugestehen, die Aufhebung ihrer Sonderbesteuerung, Zulassung zu Handwerk und Ackerbau und zur allgemeinen Bildung sowie Aufnahme in christliche Schulen unter Belassung einer religiösen Autonomie. „Die Judenfrage war, darin waren sich alle fortschrittlich gesinnten Theoretiker und Praktiker einig, nur auf dem Wege der Emanzipation, der Befreiung von den traditionellen Rechtsbeschränkungen, zu lösen. Offen blieb jedoch zunächst, auf welche Weise diese Emanzipation geschehen sollte.“<sup>100</sup>

Durch die Französische Revolution wurde die Judenfrage praktisch wie theoretisch auf eine neue Ebene gehoben. Die Nationalversammlung zögerte zuerst, sämtlichen französischen Juden die volle Gleichberechtigung zuzugestehen, aber schließlich konnte man sich den auf die Prinzipien der Revolution gestützten Argumenten für die Judenemanzipation nicht entziehen. Ein Gesetz brachte am 13. November 1791 allen französischen Juden die sofortige und uneingeschränkte Gleichstellung.<sup>101</sup>

In Deutschland hielt man an der Auffassung fest, der Staat sei nicht nur ein Rechts-, sondern auch ein Erziehungsinstitut und habe seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auch hinsichtlich der Juden wahrzunehmen. Erst im Zuge der politischen Erschütterungen und Veränderungen durch Napoleon ergab sich die Notwendigkeit einer Judengesetzgebung.<sup>102</sup> In den sogenannten Konstitutionsedikten von 1807/08, die 1809 durch eine besondere Judenordnung ergänzt wurden, erklärte man zuerst in Baden die Juden zu Staatsbürgern, und ihre Rechtsstellung wurde deutlich verbessert, ohne daß damit eine volle Gleichstellung erfolgt wäre.<sup>103</sup> In Preußen brachte das Judenedikt vom 12. März 1812 den entscheidenden Durchbruch im Wandel vom geduldeten Schutzjuden zum preußischen Bürger jüdischen Glaubens. Auch wenn durch das Edikt nicht die unmittelbare rechtliche Emanzipation und die wirtschaftliche Freisetzung erreicht wurden, erwies es sich als zukunftsweisendes Gesetz.<sup>104</sup>

Damit war die erste Phase der Judenemanzipation abgeschlossen. Auf dem Wiener Kongreß konnten sich die Bundesmitglieder durchsetzen, die das Rad zurückdrehen wollten. So wurde die bürgerliche Gleichstellung der Juden im

<sup>100</sup> *Ibid.*, S. 179.

<sup>101</sup> *Ibid.*, S. 181.

<sup>102</sup> Vor allem die territorialen Veränderungen der verschiedenen Staatsgebiete und ihre zuvor unterschiedlich geltenden Regelungen machten eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften notwendig. Vgl. Rürup, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 182. Holeczek betont dagegen das Engagement der jüdischen Führungsschicht, das die Veränderungen einleitete. Die Zerstörung der alten traditionellen politischen Ordnung durch Napoleon bot die Möglichkeit der sozialen Umformung. Diese Chance, so Holeczek, hätte die jüdische Führungsschicht wahrgenommen. Holeczek, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 144.

<sup>103</sup> Rürup, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 182f.

<sup>104</sup> Hamburger datiert das preußische Judenedikt auf den 15. März 1812. Weiterhin verweist er mehr auf die restriktiven Elemente des Gesetzes. Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 9f.

Rheinland, dem Königreich Westfalen und einigen anderen Rheinbundländern wieder aufgehoben. Auch die aus dem Judenedikt in Preußen hervorgehenden Rechte wurden eingeschränkt.<sup>105</sup> Es folgte eine Phase der Reaktion, die die gleichen Ursachen hatte wie die allgemeine Reaktionsbewegung. Sie war vor allem durch wirtschaftliche, insbesondere landwirtschaftliche Krisen ausgelöst und durch die Anfänge des sozialen Wandels verschärft worden. Die Furcht vor liberalen und demokratischen Bewegungen bestimmte ihre Richtung.<sup>106</sup>

Kritiker der Emanzipation traten in die Öffentlichkeit. Fremdenhaß und Identitätsangst im „christlich-teutschen“ Kreis, bei den dort führenden Professoren Rühls und Fries und einem Teil der Burschenschaft, sind dafür genauso charakteristisch wie Krawalle von Bauern und Bürgern im Jahre 1819.<sup>107</sup> Erfolge, die im juristischen Bereich erzielt worden waren, wurden revidiert. Ein schmerzliches Beispiel ist der Beschluß des preußischen Staatsministeriums aus dem Jahr 1822. Danach wurden die Zugangsmöglichkeiten für Juden zu akademischen Lehr- und Schulämtern, was nach dem Dekret von 1812 möglich war, wieder aufgehoben.<sup>108</sup> Der direkte Zugang zu politischer Betätigung blieb auch weiterhin verschlossen. Über den Umweg der Literatur und des Zeitungswesens begannen einzelne Juden sich als Schriftsteller, Kritiker, Verleger oder politische Publizisten zu etablieren.<sup>109</sup>

Veränderungen fanden erst unter dem Druck der vorrevolutionären Lage von 1847 statt. Zwar wurden in der Mitte der Vierziger Jahre in einigen Ständekammern noch vor der Revolution emanzipationsfreudige Beschlüsse gefaßt, doch die entsprechenden Gesetzesentwürfe wurden nicht mehr vorgelegt, und es blieb der Revolution vorbehalten, den Fortschritt zu erzwingen.<sup>110</sup> Durch die Revolution von 1848 wurde die gesetzliche Grundlage erschüttert, auf der der Ausschluß der Juden von den Staatsbürgerrechten beruhte. In der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wurde ohne Schwierigkeiten der Paragraph 13 (später Paragraph 146 der Gesamtverfassung) angenommen, der bestimmte, daß das religiöse Bekenntnis den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedinge noch beschränke. Die Grundrechte der Frankfurter Versammlung wurden im Reichsgesetzblatt vom 28. Dezember

<sup>105</sup> Holeczek, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 150 f.

<sup>106</sup> Rürup, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 184 f.

<sup>107</sup> Nipperdey, *op. cit.*, S. 217. Für die Behinderung des Emanzipationsprozesses konstatiert Nipperdey regionale Unterschiede in Deutschland: „In Preußen war es eher die Idee des christlichen Staates, im Süden und außerpreußischen Norden waren es die Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen des agrarisch-handwerklichen Volkes, die der Emanzipation im Wege standen.“ *Ibid.*, S. 218.

<sup>108</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 12 f.

<sup>109</sup> Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 15), S. 4. Zu den bekanntesten Persönlichkeiten gehören Heinrich Heine und Ludwig Börne. Beide ließen sich zwar taufen, aber ihre jüdische Abkunft verleugneten sie nie. Zu einer etwas ausführlicheren Beschreibung jüdischer Verleger, Publizisten und Schriftsteller vgl. *ibid.*, S. 6–16.

<sup>110</sup> Rürup, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 190.

1848 veröffentlicht und von den meisten Staaten durch entsprechende Einführungsverordnungen übernommen. Die größeren Staaten Österreich, Preußen und Bayern haben dagegen die Frankfurter Grundrechte nie anerkannt.<sup>111</sup> Für die Juden in Preußen war das bedeutungslos, da noch vor der Veröffentlichung der Frankfurter Grundrechte der König Preußen eine Verfassung oktroyierte, die die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte vom religiösen Bekenntnis unabhängig machte.<sup>112</sup>

Eine zweite Reaktionsperiode folgte nach dem Scheitern der Revolution. Die Reaktion versuchte durch Rücknahmen und Verwaltungseinschränkungen noch einmal eine Revision, z. B. die Abnahme des Eides, damit das Richteramt auf Christen beschränkt blieb. Insgesamt gesehen konnten aber die grundsätzlichen Erfolge der Emanzipation bewahrt werden.<sup>113</sup>

Mit der Übernahme des Gesetzes des Norddeutschen Bundes auf das gesamte Reichsgebiet am 16. April 1871 war die Emanzipationsgesetzgebung für Deutschland endgültig abgeschlossen. Durch die Gültigkeit des Gesetzes für das gesamte Reichsgebiet waren damit von vornherein möglichen Revisionsbestrebungen einzelner Länder die Grundlage entzogen. Nach der Einteilung Hamburgers ergeben sich folgende Phasen:<sup>114</sup>

1. Die Periode der unvollständigen Emanzipation (1808–1847)
  - 1.a Erste Emanzipationsperiode (1808–1815)
  - 1.b Erste Reaktionsperiode (1815–1847)
2. Die gesetzliche Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung (1848–1869)
  - 2.a Zweite Emanzipationsperiode (1848–1849)
  - 2.b Zweite Reaktionsperiode (1849–1858)
3. Dritte Emanzipationsperiode (1859–1871)

Für die Zeit vom Ende der Fünfziger Jahre bis in die Siebziger Jahre spricht man häufig von der „jüdisch-liberalen“ Weggemeinschaft.<sup>115</sup> Ernest Hamburger schreibt: „Die dritte Emanzipationsperiode wird durch den weltweiten Vormarsch des Liberalismus in jener Zeit charakterisiert.“<sup>116</sup> Die allgemeine politische Stimmung änderte sich in dieser Zeit entscheidend. Dazu gehörten die italienische Einigungs- und Freiheitsbewegung von 1859 ebenso wie die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, die Einführung des liberalen Wahlrechts, die Ablösung des Absolutismus in Österreich durch eine konstitutionelle Regie-

<sup>111</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. 21 f. Die Beschreibung Nipperdeys, die Emanzipation habe sich 1848 prinzipiell durchgesetzt, ist irreführend. In Bayern blieb auch nach 1848 hinsichtlich der Zulassung zu öffentlichen Ämtern die alte Rechtslage bestehen. Vgl. Nipperdey, op. cit., S. 219 u. Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. 22.

<sup>112</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. 22.

<sup>113</sup> Nipperdey, op. cit., S. 219.

<sup>114</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. XIII f.

<sup>115</sup> Nipperdey, op. cit., S. 223; Werner E. Mosse, *Judentum und Liberalismus*, op. cit., S. 17.

<sup>116</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. 27.

rungsform oder die an die Übernahme der Regentschaft des Prinzen Wilhelm in Preußen geknüpften Erwartungen.<sup>117</sup> Der Vormarsch des Liberalismus zu dieser Zeit charakterisiert sich nicht unbedingt als ein machtpolitischer Siegeszug. Entscheidender ist, daß liberale Ideen zur Herrschaft gelangten und entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nahmen.

Die aktive Teilnahme der Juden am politischen Geschehen war vorerst gering. Es zeigte sich sogar, daß vor der Revolution 1848 nur ein kleiner Teil ein offen bekundetes politisches Interesse an den Tag legte. Ursache war jedoch nicht nur, daß die volle Emanzipation auf sich warten ließ, sondern auch die sich nur allmählich vollziehende Wandlung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Struktur des Judentums.<sup>118</sup> Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung verdiente sich ihren Lebensunterhalt in der nach wie vor hergebrachten Weise: Zahlreiche Hausierer und Makler übten weiterhin ihr ambulantes Gewerbe aus; die Anzahl der größeren und kleineren Geldverleiher, insbesondere in den ländlichen Gebieten, war noch immer beträchtlich, und vor allem Berufslose machten einen erheblichen Anteil in der Berufsstrukturierung der jüdischen Bevölkerung aus.<sup>119</sup> Das Festhalten an den alten Lebensformen wird auch für den religiösen Bereich konstatiert. Schätzungen zufolge gehörten im Vormärz 75 Prozent der Juden Deutschlands der orthodoxen Richtung an.<sup>120</sup>

Die Weggemeinschaft zwischen Liberalismus und Juden war im Vormärz noch nicht vollzogen. Manche gemäßigte Liberale traten nur zögernd für die Emanzipation ein, da weite Kreise des kleinen und mittleren Bürgertums die liberale Parole der gewerblichen Freiheit nicht ohne weiteres auch auf jüdische Mitbürger angewandt sehen wollten. Nur die radikalen Politiker identifizierten sich fast uneingeschränkt mit der jüdischen Forderung nach Gleichberechtigung. Jüdische Liberale neigten dieser Konsequenz zufolge durchweg dem radikalen Flügel zu.<sup>121</sup>

Das endgültige Scheitern der Revolution von 1848 veranlaßte einige Zeitgenossen, das Ende der liberalen Bewegung zu verkünden. Fast in ganz Deutschland wurde die Zensur wiedereingeführt, politische Organisationen

---

<sup>117</sup> Eine etwas ausführlichere Charakterisierung der politischen Veränderungen dieser Zeit vgl. Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, *op. cit.*, S. 27.

<sup>118</sup> Toury, *Orientierungen*, *op. cit.*, S. 1.

<sup>119</sup> *Ibid.*, S. 2.

<sup>120</sup> Quelle dieser Angabe ist eine orthodoxe Zeitschrift. Toury hält diese Zahl für etwas zu hoch und vermutet, bei vorsichtiger Berechnung seien mehr als 200 000 von den 350 000 bis 400 000 in Deutschland ansässigen Juden der Orthodoxie zuzurechnen. Toury, *Orientierungen*, *op. cit.*, S. 2.

<sup>121</sup> Letztendlich war, so Toury, der zu den Liberalen neigende Teil der jüdischen Gesamtheit weitgehend loyalistisch gesinnt. Toury führt als statistischen Beleg die Untersuchungsurkunden des „Deutschen Bundes“ gegen politisch Verdächtige an, nach denen der Anteil der Juden an den während der Jahre 1833 bis 1838 Verdächtigten und Verurteilten nicht einmal annähernd den entsprechenden Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung erreichte. Toury, *Orientierungen*, *op. cit.*, S. 24.

wurden aufgelöst und vorhandene Ansätze zur politischen Mitbestimmung getilgt. Neue Hoffnungen eröffneten sich, als gegen Ende der Fünfziger Jahre der reaktionäre Druck nachzulassen begann. Verheißungsvoll wurde von einer „Neuen Ära“ gesprochen.<sup>122</sup> Jacob Toury konstatiert für diesen Zeitabschnitt eine „grundlegende Wandlung“ der politischen Orientierung und gibt folgende Zahlen zur politischen Orientierung jüdischer Politiker und der jüdischen Gesamtbevölkerung an:<sup>123</sup>

	Jüd. Politiker		Jüd. Gesamtbev.	
	1858	1866	1858	1866
Konservative, Loyalisten	30%	10%	60%	14%
Gemäßigte Liberale	40%	35%	35%	50%
Demokraten/Fortschritt	18%	42%	4%	35%
Sozialisten	12%	13%	1%	1%

Toury bezeichnet seine Ergebnisse als „Schätzungen“. Auch wenn man beiseite läßt, daß Toury keine Quellen nennt, aus denen er seine Zahlen herleitet, bleibt immer noch kritisch anzumerken, daß er den Grad der Politisierung der jüdischen Bevölkerung deutlich überschätzt. Die Tabelle erweckt den Eindruck, als habe jeder einzelne unter der jüdischen Bevölkerung eine politische Orientierung besessen, die man außerdem einordnen könne. Zahlen über die Wahlbeteiligungen in den preußischen Regierungsbezirken bei den Landtagswahlen zwischen 1849 und 1866 zeigen, daß in den seltensten Fällen die Wahlbeteiligungen überhaupt über sechzig Prozent gelegen haben. Durch eine Reihe von Wahlvoraussetzungen war der Kreis der Wahlberechtigten auf durchschnittlich 10–16 Prozent der Gesamtbevölkerung reduziert.<sup>124</sup> Ein nicht unerheblicher Teil der Wahlberechtigten gab seine Stimme nicht ab, äußerte sich also nicht politisch für eine Richtung. Nimmt man an, daß politische Orientierung und Partizipation in einem nicht geringen Maße vom Grad der Integration abhängig sind, stellt sich angesichts des Emanzipationsprozesses die Frage, ob der Großteil der jüdischen Bevölkerung einer politischen Richtung zuzuordnen sei.

Es bleibt das Problem, warum sich mit Abschluß der rechtlichen Gleichstellung die Judenfrage nicht gelöst hatte. Auch im wirtschaftlichen Bereich hatten sich die Verhältnisse total verändert. Die noch zu Beginn des Jahrhunderts weitgehend marginalisierte Personengruppe der Juden hatte sich zu großen Teilen innerhalb von siebzig Jahren ökonomisch fest etabliert und war in das Bürgertum absorbiert worden. Die unerträgliche soziale Situation der Juden, die die frühen Befürworter der Emanzipation zu beseitigen trachteten, war nicht

<sup>122</sup> James Sheehan, *Der deutsche Liberalismus von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770–1914*, München 1983, S. 93.

<sup>123</sup> Toury, *Orientierungen*, op. cit., S. 115.

<sup>124</sup> Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1992, S. 31 u. 267 f.

mehr gegeben.<sup>125</sup> Hinter der Tatsache, daß die Judenfrage nicht in ruhigere Fahrwasser kam, steckt das gewaltige Konfliktpotential einer veränderten Gesellschaft. Die Krise der progressiven Träger dieser Gesellschaft war auch zugleich immer ein Rückschlag für die jüdische Situation. Evident wurde dies, als statt einer Phase der Konsolidierung eine ungeahnte wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Erschütterung eintrat. Die 1873 einsetzende Weltwirtschaftskrise traf das Deutsche Reich angesichts der außerordentlichen Konjunkturüberhitzung der „Gründerjahre“ äußerst hart. Die sozialen Kosten des vehementen wirtschaftlichen Wachstums der vergangenen Jahre machten sich nachdrücklich bemerkbar. Mit dem Tempo des sozialen Wandels hatten sich auch die Übergangsprobleme verschärft, vor allem vergrößerten sich die Spannungsmomente gegenüber den vorbürgerlichen und vorindustriellen Elementen des Herrschaftssystems. Für die Siebziger Jahre in Deutschland läßt sich ein ausgeprägtes Krisenbewußtsein verzeichnen, das die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Nöte bei weitem übertraf und auch jene Kreise der Bevölkerung umfaßte, deren wirtschaftliche Existenz nicht unbedingt betroffen war. Das Krisenbewußtsein äußerte sich in einer überwiegend vagen, aber heftigen antikapitalistischen Gesellschafts- und Kulturkritik.<sup>126</sup>

„Wichtiger noch war“, so bilanziert Reinhard Rürup, „daß in dieser Krise die liberalen Normen und Institutionen ins Wanken gerieten, daß die politische Theorie des Liberalismus binnen weniger Jahre ihre dominierende Stellung einbüßte, so daß Humanität, Rationalität oder Kosmopolitismus nun plötzlich in aller Öffentlichkeit und mit Zustimmung breiter, auch bürgerlicher Schichten als liberale Phrasen denunziert werden konnten. Der Nationalismus verlor seine Bindungen an die Positionen der bürgerlich-liberalen Bewegung und begann ein innenpolitisches Aggressionspotential freizusetzen, das zum Instrument konservativer Politik wurde und seine Spitze gegen ‚Reichsfeinde‘ unterschiedlichster Provenienz richtete. Im politischen Leben vollzog sich eine rasche Entmachtung der Liberalen und eine klare Wendung zum konservativ-autoritären Obrigkeitsstaat.“<sup>127</sup>

Die Krise hatte ihre Auswirkungen auf die Lage der jüdischen Bevölkerung. Ein Rückdrängen liberaler Positionen bedeutete eine Schwächung des wichtigsten politischen Fürsprechers des jüdischen Bevölkerungsteils. Die konservative „Kreuz-Zeitung“ legte im August 1878 ihren Lesern in dem ihr eigenen Stil die Zusammenhänge klar: „Die Verjudung macht reißende Fortschritte, und der

<sup>125</sup> Zum Wandel der Sozial- und Wirtschaftsstruktur des deutschen Judentums in dieser Zeit, vgl. Arthur Prinz, *Juden im deutschen Wirtschaftsleben. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850–1914*. Bearbeitet und herausgegeben von Avraham Barkai, Tübingen 1984 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 43).

<sup>126</sup> Reinhard Rürup, ‚Emanzipation und Krise – Zur Geschichte der ‚Judenfrage‘ in Deutschland vor 1890‘, in *Juden im Wilhelminischen Deutschland*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1976, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), S. 27.

<sup>127</sup> *Ibid.*, S. 27f.

Liberalismus ist es, der dieselbe fördert. Mehr und mehr kommt unser Volk in die Abhängigkeit von Geldleuten, und das sind leider meist Juden . . . Der Liberalismus schädigt unser Volk geistig und materiell . . . und daß hierdurch die nationale Kraft Deutschlands Schaden leidet, kann nicht geleugnet werden.“<sup>128</sup>

Die Situation der Juden war so weit konsolidiert, daß die rechtliche Gleichstellung nicht wieder Gegenstand von Angriffen reaktionärer Kreise sein konnte. Die wirtschaftlichen Umwälzungen der vergangenen Jahre hatten ihre sozialen Spuren hinterlassen. An die Stelle bürgerlich-liberaler Postulate war ein Klima der sozialen Aggression getreten, das sich in der Suche nach „Sündenböcken“ äußerte und vor allem für traditionell vorurteilsbesetzte und noch nicht voll integrierte Minderheiten gefährlich werden konnte.<sup>129</sup> Dieser Zeitpunkt einer neuerlichen Instrumentalisierung des Antisemitismus mit neuer „Sündenbock“-Funktion für die Juden wird allgemein als Geburtsstunde des modernen Antisemitismus angesehen.<sup>130</sup>

Die neue Judenfeindschaft konstituierte sich als Bestandteil einer diffusen, konservativen oder sich konservativ wählenden Antikonzeption, welche die von der Industrialisierung geförderte Säkularisierung aufhalten, den Liberalismus zurückdrängen und Staat und Gesellschaft an traditionellen oder retrospektiven Leitbildern ausrichten wollte. Neuartig an dieser Ausprägung des Antisemitismus war auch, daß er sich in politischen Organisationsformen konkretisierte. Er war Hauptprogramm- und Kernpunkt antisemitischer Parteien oder wurde Bestandteil des Programms bereits bestehender Parteien.<sup>131</sup>

<sup>128</sup> Zitiert nach Heinrich A. Winkler, ‚1866 und 1878: Der Machtverzicht des Bürgertums‘, in Carola Stern / Heinrich A. Winkler (Hrsg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, Frankfurt 1979, S. 48.

<sup>129</sup> Rürup, *Krise und Emanzipation*, *op. cit.*, S. 28. Als „Vater“ der sogenannten „Sündenbocktheorie“, d. h. der Schuldzuweisung für gesellschaftliche Mißstände auf die Juden als Erklärungsansatz für Antisemitismus, gilt der österreichische Sozialdemokrat Hermann Bahr (1894), vgl. Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 43.

<sup>130</sup> Rürup, *Emanzipation und Krise*, *op. cit.*, S. 56; Jochmann, *Antisemitismus*, *op. cit.*, S. 409; Rudolf Lill, ‚Zu den Anfängen des Antisemitismus im Bismarck-Reich‘, in *Saeculum*, 2 (1975), S. 218. Abweichend dazu Hans-Günter Zmarzlik, ‚Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich‘, in Bernd Martin / Ernst Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, S. 268. Nach seiner Ansicht etablierte sich erst nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein neuer Antisemitismus, der rassistisch radikal und ideologisch aggressiv war und mit detaillierten Vorschlägen zur Entrechtung der Juden aufwartete. Er kumulierte dann 1917, als er wesentlicher Teil der nationalistischen Ideologie reaktionärer Kreise des Bürgertums wurde. Für sein rasantes Umsichgreifen bedürfte es keinerlei Hypothese von einer vorgängigen Vergiftung durch einen neuen Antisemitismus. Die Jahrhunderte der Gewöhnung daran, im Juden den exemplarischen Fremden zu sehen, dem man nicht trauen darf, hätten genügt. Kritisch zur Theorie Zmarzliks ist jedoch anzumerken, daß sie es unterläßt, die Ausprägung und Entstehung ganz bestimmter antijüdischer Stereotypen in einem historischen Kontext zu erklären.

<sup>131</sup> Lill zufolge wurde im Jahre 1879 erstmals der Begriff des „Antisemitismus“ durch Wilhelm Marr verwendet. Lill, *op. cit.*, 218. Zwar gilt auch in Frankreich Marr als Schöpfer des Wortes „Antisemitismus“, aber Nipperdey u. Rürup weisen das Wort „antisemitisch“ bereits für das Jahr 1865 im Rotteck/Welckerschen Staatslexikon nach. Thomas Nipperdey / Reinhard Rürup, ‚Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs‘, in Reinhard

Doch warum richtete sich die Feindschaft gerade gegen die Juden und warum zu diesem Zeitpunkt? Eva Reichmann meint, die Emanzipation habe die Judenfrage nicht gelöst, sondern ihr Spannungszentrum von der rechtlichen auf die gesellschaftliche Ebene verlagert.<sup>132</sup> Reinhard Rürup stellt die auf den ersten Blick erfolgreiche Bilanz der Emanzipation in Frage. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung der Judenfrage im emanzipatorischen Sinne wäre nach seiner Ansicht der Abbau der überlieferten negativen Stereotypen gewesen. Doch religiöse und andere Vorurteile waren in Sitten und Gebräuchen noch weiterhin tief verankert. So wäre es neben aller Gesetzgebung auch notwendig gewesen, daß der Staat laut und deutlich erklärt hätte, daß er keinen Unterschied zwischen Juden und Christen mehr anerkenne. Doch gerade an dieser deutlichen Aussage ließen es die deutschen Staaten jahrzehntelang fehlen. Auch führte die Politik der stufenweisen Emanzipation in der Praxis dazu, daß jeder Emanzipationsfortschritt zugleich mit einer erneuten Bestätigung der Ungleichheit, der Andersartigkeit und der Minderwertigkeit in bürgerlicher Hinsicht gekoppelt war. Die Vorurteile wurden daher zumindest partiell von Fall zu Fall bestätigt. Jeder Fortschritt bedeutete somit eine erneute Fixierung des Trennenden. Zudem galt die Emanzipation nicht als Recht oder Anspruch der Juden, sondern als eine Ermessensangelegenheit des Staates, die allgemeinen politischen Überlegungen unterworfen war. Somit wurde aber zwangsläufig die Vorstellung genährt, daß die Emanzipation grundsätzlich widerrufbar sei, falls die Umstände sich änderten oder die Juden sich nicht den Erwartungen entsprechend verhielten. Eine weitere wesentliche Belastung des Emanzipationsvorganges habe sich dadurch ergeben, daß die Juden schon früh für die Benachteiligten und Kritiker des sich entwickelnden kapitalistischen Systems zur negativen Symbolfigur des Kapitalismus wurden. Die Politik der „bürgerlichen Verbesserung“ habe den Juden in der Regel zuerst den ökonomischen Bereich freigegeben, während staatsbürgerliche und bürgerliche Rechte weiterhin beschränkt blieben.<sup>133</sup>

---

Rürup (Hrsg.), *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 95.

Lill unterteilt die antisemitische Bewegung in drei Hauptrichtungen: „1. Die demagogisch-radikale, angeführt von längst vergessenen Literaten; 2. die sozialpolitisch und antisozialistische Aktion des Hofpredigers Adolf Stöcker (seit 1878); 3. die auf nationalkonservative Erneuerung zielende Initiative Heinrich v. Treitschkes (1879), die fünf Jahre später vom Philosophen Eduard v. Hartmann wieder aufgegriffen wurde.“ Lill, *op. cit.*, S. 220.

Zur Entstehung und den ersten Wahlerfolgen antisemitischer Parteien vgl. Hans Fenske, *Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte. Wahlrecht und Parteiensystem vom Vormärz bis heute*, Frankfurt 1974, S. 85 ff.; Wanda Kampmann, *Deutsche und Juden: Die Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt 1979, S. 280 ff.

<sup>132</sup> Eva G. Reichmann, *Flucht in den Hass. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, 5. Aufl., Frankfurt 1968, S. 17.

<sup>133</sup> Rürup, *Emanzipation und Krise*, *op. cit.*, S. 29 ff.; *idem*, *Judenemanzipation*, *op. cit.*, S. 194–196. Anders als Rürup sind Rainer Erb und Werner Bergmann der Auffassung, daß die Forderung nach „Emanzipation von den Juden“, die für Rürup ein wesentliches Merkmal des

Trotz des Endes der „liberalen Ära“ und des innenpolitischen Umschwungs 1878/79 gab es für den größten Teil der Juden keine Alternativen zu den Liberalen. In der Phase der Reichsgründung hätte die überwiegende Mehrheit der Juden, so Toury, die nationalliberale Partei unterstützt.<sup>134</sup> Die Nationalliberalen hatten sich im Herbst 1866 als rechter Flügel der Fortschrittspartei abgespalten. Sie setzten auf den Prozeß der Einheit Deutschlands, der auch im Interesse des Bürgertums sein mußte, da dadurch die feudale Aristokratie aus der politischen Führungsrolle gedrängt werden sollte. Die Bezeichnung „national“ ist zu dieser Zeit keineswegs den politischen Rechten zuzuordnen.

Vom Vormärz bis zur Reichsgründungszeit war die nationale Parole in erster Linie ein Ausdruck bürgerlicher Emanzipationsbestrebungen gewesen. Sie richtete sich gegen den landsässigen Adel als dem Träger der zahlreichen Einzelstaaten. Das Bürgertum dagegen begriff sich selbst als gesellschaftliche Verkörperung der deutschen Einheit.<sup>135</sup> Der Großteil der Juden fühlte sich damals mit dem deutschen Bürgertum national und liberal zugleich. Sie setzten auf die Parole Ludwig Bambergers „Durch Einheit zur Freiheit“. Drei Viertel der Juden sollen hinter den Nationalliberalen und ihrem Standpunkt in der Frage der Einigung gestanden haben.<sup>136</sup>

Die von Bismarck losgetretene Krise hatte für die jüdische Bevölkerung den Effekt, daß der zehn Jahre lang andauernde Versuch, im Nationalliberalismus eine gemeinsame politische Plattform mit der Mehrheit der Deutschen zu finden, gescheitert war. Nationale Töne wurden von nun an vor allem von den Rechten okkupiert. In dem neuen politischen Klima bedeutete das Eintreten für Juden seitens der Liberalen eher eine Belastung. Unter den Juden verbreitete sich das Gefühl, die Liberalen, insbesondere die Nationalliberalen, seien zu lauen und unzuverlässigen Freunden geworden.<sup>137</sup> Ein Großteil der Juden wandte sich wieder dem fortschrittlich-freisinnigen Flügel zu.<sup>138</sup> Für die Epoche der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg setzt Toury die politische Orientierung der jüdischen Gesamtbevölkerung folgendermaßen an:<sup>139</sup>

---

modernen Antisemitismus darstelle, schon lange vor 1870 auftrat. Die antisemitische Mentalität sei keinesfalls erst mit der Prägung des Begriffs „Antisemitismus“ in den Siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden. Rainer Erb / Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989, S. 11.

<sup>134</sup> Toury, *Orientierungen*, op. cit., S. 124.

<sup>135</sup> Winkler, *Machtverzicht*, op. cit., S. 37.

<sup>136</sup> Heinz Holeczek, ‚Jews and Liberals‘, in *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 91.

<sup>137</sup> Werner E. Mosse, *Judentum und Liberalismus*, op. cit., S. 18.

<sup>138</sup> Toury, *Orientierungen*, op. cit., S. 177.

<sup>139</sup> *Ibid.*, S. 275.

Parteien	Gesamtbevölkerung			
	1867/78 %	1879/92 %	1893/02 %	1903/14 %
Konservative und Freikonservative	4– 5	4– 2	1	1– 2
Zentrum	1– 2	2– 4	5– 6	5– 7
Nationalliberale	70–73	25–20	18–13	10–12
Fortschr./Freisinn und demokr. Volkspartei	19–20	65–67	66–67	65–61
Sozialisten (SPD u. a.)	1– 2	4– 8	9–13	16–19

Zwar weist Toury darauf hin, daß er die Nichtwähler außer Betracht läßt, dennoch setzt er, was formal falsch ist, „Gesamtbevölkerung“ als Kategorie über die Einträge in der Tabelle. Was die Berechnungsgrundlagen seiner Zahlen angeht, bleiben sie im Geheimen. Weder werden Quellen genannt, aus denen Zahlenangaben stammen, noch werden Annahmen explizit offengelegt, die Ausgangspunkt für seine wie auch immer gearteten Schätzungen sind.

Es bleibt zu konstatieren, daß das unter Historikern gepflegte Postulat quellenkritischer Interpretation im Zusammenhang mit quantitativen Angaben häufig außer Kraft gesetzt wird. Mit welcher Beliebigkeit Zahlen und Prozentwerte in der Geschichtsforschung genannt werden, macht die Aussage Hamburgers zum Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung im Kaiserreich deutlich, die zu anderen „Ergebnissen“ als Toury kommt:

„Wenn sich, wie wir schätzen (!), in den letzten 20 Jahren des Kaiserreichs ein Sechstel bis zu einem Viertel der Wähler aus anderen Kreisen als denen der Arbeiterschaft für die Sozialdemokratie erklärt hat, so dürfen etwa 30 000 bis 40 000 von 180 000 jüdischen Wahlberechtigten oder den etwa 150 000 jüdischen Wählern sozialdemokratisch gewählt haben.“<sup>140</sup>

Die Angaben Tourys tauchen immer wieder in der Literatur auf. Sie werden unkritisch übernommen und mitunter in einen neuen, problematischen Kontext gesetzt. Eva Reichmann äußert mit Bezug auf Toury, daß dem Gros der jüdischen Wähler im Kaiserreich keine andere Wahl geblieben sei, „als sich der politischen Linken anzuschließen.“<sup>141</sup> Auch werden mit dem Hinweis auf Toury neue Zahlen genannt. Paucker beispielsweise schreibt, daß schon im Kaiserreich die Juden zu etwa 85% links orientiert waren.<sup>142</sup>

Die Weggemeinschaft zwischen Liberalen und Juden war keineswegs problemlos, in gewissem Sinne sogar widersinnig. Einerseits waren Liberale die

<sup>140</sup> Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, op. cit., S. 147.

<sup>141</sup> Eva G. Reichmann, ‚Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden‘, in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), S. 519.

<sup>142</sup> Paucker, ‚Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft‘, in *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1976 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), S. 497, Anm. 49.

wichtigsten Bündnispartner der Juden im Kampf um Emanzipation und bürgerliche Gleichstellung, andererseits stellte sich der Liberalismus auf längere Sicht als Bedrohung für den Fortbestand des Judentums oder zumindest der jüdischen Gemeinde dar, denn der Liberalismus mit seinen rationalistischen und säkularisierenden Elementen untergrub bei seinen jüdischen Anhängern althergebrachte religiöse und soziale Sitten und Gebräuche.<sup>143</sup> Die liberalen Verfechter der Emanzipation hatten von Anfang an gemeint, daß die emanzipierten Juden einen Großteil ihrer Sonderart ablegen würden, mitunter wurde dies sogar theoretisch zur Vorbedingung der Emanzipation gemacht. Die gesellschaftliche Integration der Juden während des gesamten Emanzipationsprozesses war stets nur als Assimilation, als Abbau von Gruppenmerkmalen bis hin zum völligen Verlust der Gruppenidentität gedacht. Liberale Fürsprecher der Emanzipation wurden nicht müde, den Zweiflern zu erklären, daß die einmal emanzipierten Juden alles „Jüdische“ verlieren und „Normale“, d. h. im Prinzip ununterscheidbare Bürger werden würden und sich lediglich durch eine als Privatsache verstandene Religion von ihren Mitbürgern abheben würden.<sup>144</sup>

Die überwältigende Mehrheit der Juden in Deutschland war der Ansicht, daß sie keine Alternative habe, als den Emanzipationsprozeß zu akzeptieren, wie unvollständig dieser auch sein mochte, und den Assimilationsprozeß anzutreten. Die Rückkehr ins Ghetto war keine Alternative. Doch wohin sollte die Reise gehen? Durch die zionistische Bewegung wurde der Assimilationsprozeß grundlegend von einer Gruppierung innerhalb des deutschen Judentums in Frage gestellt. Der Zionist Kurt Blumenfeld schrieb:

„Der Liberalismus versuchte, den Juden einzureden, die Unterschiede zwischen Juden und Nichtjuden seien nur durch die Vorurteile zu verstehen, die im Laufe der fortschrittlichen Entwicklung verschwinden würden. In einer kommenden Generation könne dann mangels des fehlenden Objektes niemand mehr von einer Judenfrage reden. Ich betonte den Wert unserer Eigenart, unabhängig von allen Erwägungen politischer Nützlichkeit. Wenn dem Liberalismus das Verschwinden fühlbarer Besonderheiten notwendig erscheine, so erweise sich, daß er nur für Konformisten reizvoll sei.“<sup>145</sup>

Die Kontroverse innerhalb des Judentums war damit gegeben. Die Frage nach der Trennungslinie zwischen Assimilation und Identitätspreisgabe, zwischen dem Hoffen auf den Schmelztiegel einer bürgerlichen Gesellschaft und der Bewahrung kollektiver Sitten und Werte, brachte die Fraktionierung des Judentums in verschiedene Gruppierungen und bildete die Ausgangslage für Auseinandersetzungen, die sich während der Weimarer Republik verschärften.

<sup>143</sup> Werner E. Mosse, *Judentum und Liberalismus*, op. cit., S. 15 ff.

<sup>144</sup> Rürup, *Emanzipation und Krise*, op. cit., S. 33 f.

<sup>145</sup> Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962, S. 63.

## 2.3 Die Spannungen innerhalb des deutschen Judentums

Im folgenden soll für verschiedene Gruppierungen innerhalb des deutschen Judentums ein typologisches Bild entworfen, ihre Größe und Bedeutung für das deutsche Judentum ermessen und ihr politisches Selbstverständnis skizziert werden. Dabei dürfte klar werden, daß sich das deutsche Judentum keineswegs als monolithischer Block darstellt. Ersichtlich wird dabei, daß das liberale Judentum in der Weimarer Republik in steigendem Maße unter Druck geriet. Die Kritik der Zionisten am Assimilationsprozeß und an der Vorstellung von einer deutsch-jüdischen Symbiose als auch die Gründung des Verbandes der nationaldeutschen Juden nach dem Ersten Weltkrieg sind Ausdruck zunehmender Spannungen innerhalb des deutschen Judentums.

Die Verwendung des allgemein nicht definierten Begriffs „Symbiose“ wird verschiedentlich in der jüngeren Literatur kritisiert, da er die Betrachtung der Beziehung zwischen Juden und Nichtjuden nur auf den positiven Aspekt reduziere.<sup>146</sup> Im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit soll „Symbiose“ nicht als analytischer Begriff verstanden werden, sondern soll das beschreiben, worüber sich jüdische Zeitgenossen stritten, die Illusion und Problematik einer deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft.

Die Beschreibung des Umgangs der deutschen Juden mit den Ostjuden, die Darlegung von humanitärem Engagement oder auch Intoleranz, kann Aufschluß über den subjektiv erfahrenen gesellschaftlichen Freiraum oder Druck geben. Insofern ist das Verhalten der deutsch-jüdischen Kreise gegenüber den eingewanderten Juden aus dem Osten ein Indikator für den Druck, den die deutschen Juden, als Minorität der deutschen Gesellschaft, empfunden haben. Die Zuwanderung von Juden aus dem Osten bedeutete ein zusätzliches Element in der Polarisierung der Gegensätze im deutschen Judentum.

### 2.3.1 Die Auseinandersetzungen um die Möglichkeiten einer deutsch-jüdischen Symbiose

Walter Sulzbach teilt in seinem Mitte der Zwanziger Jahre erschienenen Aufsatz „Die Juden unter den Deutschen“ das deutsche Judentum in drei grundlegende Strömungen ein: assimilationsbereite Juden, nationaldeutsche Juden und Zionisten.<sup>147</sup>

<sup>146</sup> Maurer, *Entwicklung*, op. cit., S. 3 ff.

<sup>147</sup> Walter Sulzbach, ‚Die Juden unter den Deutschen‘, in *Der Jude*, IX, Sonderheft III, Deutschtum und Judentum, S. 1–11. Die Einteilung Sulzbachs wurde in der Forschungsliteratur übernommen. In seinem Buch *The Jews in Weimar Germany*, op. cit. klassifiziert Donald L. Niewyk die jüdische Gesamtheit in drei Gruppen, denen er jeweils ein Kapitel widmet:

1. The Jew as German Liberal: The Search for an Assimilationist Identity,
2. The Jew as Jewish Nationalist: The Quest for the Zionist Utopia,
3. The Jew as German Chauvinist: The Psychological Fruits of Rejection.

Bissig skizziert Alphons Silbermann den assimilierten Juden als jemanden, der weder radikal mit seiner Vergangenheit bricht, noch den dazu notwendigen Wagemut besitzt: „Er hält in der Vorstellung wie in der Wirklichkeit die Fiktion aufrecht, bei der ihm die jüdische Gemeinschaft eine rein religiöse Gemeinschaft ist, eine Assoziation von Einzelwesen, die nur durch ein theologisches Bild miteinander verbunden sind. Da es ihm schwerfällt, sich rigoros und endgültig von seinen geistig-religiösen Bindungen zu lösen, verweist er sie auf eine abstrakte und metaphysische Ebene. Er bedient sich gewisser, wenig Mühe und Umstände bereitender Teilaspekte rituell-formalistischer Handlungen, um sein Gewissen mitsamt den Vorteilen, die ihm die Auswirkungen der Emanzipation und Assimilation durchziehenden Prozesses gebracht haben, in ein ihm genehmes Bild einzubauen. Auf diesem Wege, also unter Beachtung einer durch Verlagerung abgeschwächten Fügsamkeit gegenüber traditionellen gläubig-religiösen Vorschriften, bewältigte oder überdeckte zumindest der assimilierte Jude in der Weimarer Republik das Dilemma, in dem er sich befand, jede Anpassung, Annäherung, Ähnlichkeit oder Kompromißbereitschaft vor sich selbst zu rechtfertigen.“<sup>148</sup>

Das eigentliche religiöse Leben der assimilierten Juden fand in einer weitgehend säkularisierten, liberalen Form statt. Elemente des Judentums waren verloren gegangen, ohne jedoch gänzlich aufgegeben worden zu sein. Nur noch bestimmte Residuen jüdischer Traditionen spielten eine Rolle. Der Spannungsbogen reichte unter den Liberalen von bewußter jüdischer Religiosität im Sinne der liberalen jüdischen Theologie bis zur totalen Indifferenz gegenüber allem Religiösen. Betont wurde in den verschiedensten Nuancen, daß man sich dem deutsche Volk zugehörig fühle und nichts weiter als eine religiöse Konfession bilde. Es gab keine deutschen Juden, sondern nur jüdische Deutsche. Das DVP- und Centralvereinsmitglied Kurt Alexander erklärte auf einer Veranstaltung:

„Für uns ist Deutschsein – und daran wollen wir immer denken – kein politischer sondern ein seelischer Begriff. Für uns ist Deutschsein ein inneres Erlebnis. Wir können in unserer Seele nicht mehr scheiden was deutsch ist und was jüdisch ist. Das Deutsche und das Jüdische sind in unserer Seele zu einer Einheit verschmolzen, und niemals, durch keine Macht der Welt, kann das

---

<sup>148</sup> Alphons Silbermann, ‚Deutsche Juden oder jüdische Deutsche? Zur Identität der Juden in der Weimarer Republik‘, in Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 349. Zur Diskussion um die Chancen einer deutsch-jüdischen Symbiose vgl. auch Peter Gay, ‚In Deutschland zu Hause . . . Die Juden der Weimarer Zeit‘, in *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, herausgegeben von Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 45), S. 31–43. Gay setzt sich in seinem Aufsatz kritisch mit dem Vorwurf Gershom Scholems auseinander, der Glaube an eine deutsch-jüdische Symbiose sei ein Aberglauben, eine Traumwelt gewesen. Reichmann verteidigt den Versuch, ein Mischungsverhältnis zwischen Deutschtum und Judentum zu finden und meint, die Idee einer erhofften Synthese von Deutschtum und Judentum habe einen Radikalismus gehabt. Reichmann, *Bewußtseinswandel*, op. cit., S. 611.

Deutsche, die Liebe zu unserem Heimatland, aus unserem Herzen herausgerissen werden.“<sup>149</sup>

Peter Gay beschreibt in einem seiner Aufsätze ein Interview, das das Zweite Deutsche Fernsehen mit einem jüdischen Zeitzeugen der Zwanziger und Dreißiger Jahre führte, der in Essen gewohnt hatte. Auf die Frage nach der jüdischen Kultur in Essen antwortete er: „Es gab keine jüdische Kultur in Essen in der Weimarer Republik.“ Gay schreibt, daß der Befragte nicht damit meinte, es habe keine gläubigen Juden gegeben, sondern die Kultur der deutschen Juden in Essen sei einfach eine deutsche Kultur gewesen.<sup>150</sup>

Gerade die kulturelle Auseinandersetzung war für Juden Form einer aktiven Teilhabe am Deutschtum. Die Beschäftigung mit Lessing, Goethe, Schiller und Kant war nicht oberflächlicher Schmuck, sondern „gelebter Beweis und Zeichen des jüdischen Deutschtums.“<sup>151</sup> 1927 schrieb der Darmstädter Philosophieprofessor Julius Goldstein, nicht gemeinsame „Volksheit“ verbinde, sondern gemeinsame „Kultur“, und Leo Wolff, liberales Berliner Gemeindeglied, erklärte 1932, daß die „seelische und geistige Physiognomie“ der deutschen Juden nicht durch die „Zugehörigkeit zum jüdischen Stamm, sondern durch die zur deutschen Kultur bestimmt“ werde.<sup>152</sup>

Laut Niewyks Angaben seien drei Viertel der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik der Gruppe der Liberalen zuzurechnen.<sup>153</sup> Hermand behauptet, 60% der deutschen Juden hätten zu den wohlhabenden Liberalen gezählt.<sup>154</sup> Scholem meint, daß 20% der Juden sich in ihrer Lebensführung mehr oder weniger konform mit der jüdischen Tradition verhielten.<sup>155</sup> Doch weder Niewyk noch Hermand oder Scholem geben eine Quelle für ihre

<sup>149</sup> „Tendenzrede“, gehalten zum 25. Jubiläum der „Sprevia“ am 3. November 1919, *K. C.-Blätter*, 9. Jg., November/Dezember 1919, S. 180.

<sup>150</sup> Gay, *Deutschland*, *op. cit.*, S. 40f. Ein weiteres interessantes Beispiel Gays ist der Schriftsteller Alfred Döblin. Döblin schrieb: „Ich fand, ich kannte eigentlich Juden nicht. Ich konnte meine Bekannten, die sich Juden nannten, nicht Juden nennen. Sie waren es dem Glauben nach nicht, ihrer Sprache nach nicht, sie waren vielleicht Reste eines untergegangenen Volkes, die längst in die neue Umgebung eingegangen waren.“ Zitiert nach *ibid.*, S. 40.

<sup>151</sup> *Ibid.*, S. 35. Die ungeheure Beliebtheit Kants bei den deutschen Juden gründet auf dem Inhalt seiner Aussagen. Seine Kernsätze über Freiheit und Brüderlichkeit ließen sich vorzüglich zitieren; und seine kritische Philosophie lieferte die Grundlage für eine Religion der Vernunft, die es emanzipierten Juden gestattete, ihre eigenen religiösen Anschauungen einer allgemeingültigen und geachteten – wie sie hofften – Weltanschauung einzufügen. Peter Gay, *Freud, Juden und andere Deutsche*, München 1989, S. 137. Toury skizziert übertrieben das Bild des jüdischen „Kulturdeutschen“, der sich aus der Verehrung der deutschen Klassiker ein Idealbild der Deutschen schuf. Toury, *Orientierungen*, *op. cit.*, S. 273.

<sup>152</sup> Zitiert nach Jost Hermand, ‚Juden in der Kultur der Weimarer Republik‘, in Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 18.

<sup>153</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 96.

<sup>154</sup> Hermand, *Kultur*, *op. cit.*, S. 17.

<sup>155</sup> Gershom Scholem, ‚Zur Sozialpsychologie der Juden in Deutschland 1900–1930‘, in Rudolf Thadden (Hrsg.), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen 1978, S. 258.

Prozentwerte an oder nennen eine Berechnungsmethode, auf deren Grundlage sie die Zahlen ermittelt haben. So bleiben die genannten Zahlen nichts anderes als subjektive Einschätzungen. Auch sind die Kategorien unscharf: wer ist ein wohlhabender Jude, und woran wird ein mehr oder weniger mit der Tradition konformgehender Jude erkannt?

Die Beschreibung des Selbstverständnisses assimilierter Juden durch Betrachtung organisatorischer Vertretungen – gleiches gilt auch für die anderen nachfolgend beschriebenen Strömungen des deutschen Judentums – ist nicht unproblematisch. Dieses Vorgehen ist eine Hilfskonstruktion. Repräsentativbefragungen von Bürgern zu bestimmten Einstellungen, wie wir sie heute kennen, gab es damals nicht.<sup>156</sup> Die Benutzung von Dokumenten des verbandlich organisierten Judentums in diesem Zusammenhang setzt sinnvollerweise als Arbeitsprämisse eine weitestgehende Deckungsgleichheit verbandlicher Aussagen und ihrer führenden Repräsentanten mit den Meinungen ihrer Mitglieder oder mit der Gruppe, für die sie in Anspruch nehmen, zu sprechen, voraus. Stellungnahmen von Organisationen oder Verbänden mögen aber mitunter von taktischen Gesichtspunkten geleitet sein.

Organisatorisches Forum der assimilierten Juden war der Centralverein (C. V.). In der Weimarer Republik nahm der Centralverein für sich in Anspruch, die Interessen von 300 000 deutschen Juden zu vertreten.<sup>157</sup> Nach Grabs Meinung waren gar 85% der jüdischen Bevölkerung Anhänger des Centralvereins.<sup>158</sup>

Der Centralverein hielt am Standpunkt der jüdischen Konfession in Deutschland fest. Programmatisch war auch schon die Wahl des vollständigen Namens: Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Sie drückte die Doppelstruktur des Centralvereins aus: jüdischer Glaube und deutsche Gesinnung.<sup>159</sup> Die Zugehörigkeit zur jüdischen Religion bedeutete in den Augen seiner Mitglieder nichts anderes als das Bekenntnis zu einer Konfession, wie es bei den beiden großen christlichen Konfessionen der Fall war, sie sollte aber auch nicht verleugnet werden. Zwar fühlte man sich durch Abstammung und Religion mit den Juden anderer Länder verbunden, doch Bestimmungsfaktoren der eigenen Identität waren die deutsche Sprache, Kultur und Sitten. Abstammung und Religion seien zwar wichtig und sollten nicht verleugnet wer-

---

<sup>156</sup> Gay versucht in seinem Aufsatz *In Deutschland zu Hause . . . Die Juden der Weimarer Republik* diesem Dilemma etwas zu entgehen, indem er Interviews mit Zeitzeugen einsetzt. Als Fehlerquelle bleibt jedoch der Zeitabstand, da die Interviews besagen, was die Interviewten heute über die damalige Zeit denken.

<sup>157</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, op. cit., S. 86, Anm. 20.

<sup>158</sup> Grab, *Die jüdische Antwort auf den Zusammenbruch der deutschen Demokratie 1933*. Beiträge zum Widerstand 1933–1945, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin 1988, S. 12.

<sup>159</sup> Dietz Bering, „Geeinte Zwienatur: Zur Struktur politischer Perspektiven im ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘“, in Thomas Koebner (Hrsg.), *Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930–1933*, Frankfurt 1982, S. 184.

den, doch diese beiden Elemente reichten nicht aus, um von einem jüdischen Volk zu sprechen.<sup>160</sup>

Während der Weimarer Republik behielt der C. V. das konstitutive Merkmal der religiösen Gemeinschaft bei. Als neuer Gesichtspunkt kam das Merkmal einer Schicksals- und Stammesgemeinschaft hinzu. Die deutschen Juden, so wurde betont, seien eine geschichtliche Gemeinschaft von eigener sozialer Struktur mit starken Überlieferungen innerhalb des deutschen Volkes.<sup>161</sup> Zu dieser Veränderung hat die Auseinandersetzung mit dem Zionismus beigetragen. In einigen Punkten näherte sich das Selbstverständnis des C. V. zionistischen Vorstellungen theoretisch an, ohne daß der C. V. dies sich eingestanden hätte. Ludwig Holländer, der Direktor des C. V., charakterisierte 1932 das Judentum als „eine Erscheinung, zusammengesetzt auf der Grundlage der religiösen Erkenntnis mit Wesentheiten, die auf dem Gebiet der Schicksalsgemeinschaft, der Abstammungsgemeinschaft und der alten nationalen Zusammengehörigkeit beruhen.“<sup>162</sup>

Bei der Verwendung des Terminus „Stammesgemeinschaft“ berief man sich auf die Präambel der Weimarer Verfassung, die von einem Deutschland der Stämme sprach. Die Vielfalt der in Deutschland wohnenden Volksgruppen erschien auch den Juden die Möglichkeit zur Begründung eines objektiven Heimatrechtes zu bieten.<sup>163</sup>

Gegründet wurde der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 26. März 1893 in Berlin. Am Gründungsprozeß war maßgeblich eine Schicht jüdischer Intelligenz beteiligt, deren Assimilation an die deutsche Umwelt am weitesten fortgeschritten war und die sich daher von antisemitischen Anfeindungen am tiefsten getroffen fühlte.<sup>164</sup> Extreme Gruppen der jüdischen Orthodoxie standen dem Centralverein in den frühen Jahren äußerst feindselig gegenüber. Die Bekämpfung des Antisemitismus wurde abgelehnt, da er als Geißelung Gottes oder gerechte Strafe empfunden wurde.<sup>165</sup> Von orthodoxer Seite änderte sich die Einstellung gegenüber dem C. V. in der Weimarer Republik. Das Mißtrauen der strenggläubigen Kreise wurde abgebaut, und auf der Hauptversammlung 1926 wiesen orthodoxe Führer darauf hin, daß es Streng-

<sup>160</sup> Sabine Pfennig-Engel, ‚Der Streit zwischen CV und ZVfD: die innerjüdische Diskussion am Ende der Weimarer Republik 1928–1933‘, in *Tribüne*, 97 (1986), S. 146.

<sup>161</sup> Reiner Bernstein, *Zwischen Emanzipation und Antisemitismus – die Publizistik der deutschen Juden am Beispiel der ‚C. V.-Zeitung‘, Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1924–1933*, Phil. Diss FU Berlin 1969, S. 56; Evyater Friesel, ‚The Political and Ideological Development of the Centralverein before 1914‘, in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1986, S. 130; Bering, *Zwienatur*, op. cit., S. 185.

<sup>162</sup> Dr. Ludwig Holländer: Warum sind und bleiben wir Juden? Ein Synagogenvortrag. *C. V.-Zeitung*, 16. Dezember 1932, 11. Jg., Nr. 51, S. 513. Zitiert nach Bernstein, op. cit., S. 57.

<sup>163</sup> Bernstein, op. cit., S. 58.

<sup>164</sup> Paucker, *Problematik*, op. cit., S. 489.

<sup>165</sup> *Ibid.*, S. 491.

gläubigen nicht nur erlaubt, sondern daß es auch im gewissen Sinne eine Pflicht sei, im Centralverein mitzuarbeiten.<sup>166</sup>

Offiziell galt für den Centralverein die parteipolitische Neutralität als oberstes Gesetz. Dies wurde auch immer wieder postuliert. Doch in der Realisierung waren dem enge Grenzen gezogen. In der praktischen Anwendung wurde unter den einzelnen Parteien unterschieden, inwiefern die eine oder andere Partei antisemitische Tendenzen zuließ oder bekämpfte.

Der Centralverein trug den Intentionen der Emanzipationsbewegung und den Ideen des Liberalismus weitgehend Rechnung, den nationalen Charakter des Judentums zugunsten der Assimilation aufzugeben. Assimilation bedeutete aber nicht die vollkommene Anpassung an die Umwelt, sondern den Versuch, die scheinbar gegensätzlichen Pole Integration und deutsch-jüdische Identität in Einklang zu bringen. Der C. V. betrachtete die Juden als völlig integriert auf der Basis von drei Faktoren: erstens historisch – Juden lebten seit Jahrhunderten auf deutschem Boden, zweitens kulturell – durch die zahlreichen Beiträge von Juden zur deutschen Kultur und drittens durch das willentliche Bekenntnis, loyaler deutscher Staatsbürger zu sein.<sup>167</sup> In der Praxis jedoch nährten sich vermehrt Zweifel an dem Erfolg des Assimilationsprozesses. Der Schriftsteller Georg Hermann vermerkte:

„Ich bin wie viele Tausende meinesgleichen deutscher Jude, oder wie man sagt: deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Wie viele meinesgleichen habe ich mich, solange ich denken kann, von religiösen Formalien völlig fern gehalten, habe mich aber trotzdem stets der Rasse nach als Jude, als typischer Westjude gefühlt. . . . Der Jude ist nicht Deutscher, war es nie ganz, auch der am meisten assimilierte nicht. Wie der Mann nicht die Frau ist. Sie leben zusammen, haben einen gemeinsamen Haushalt, essen zusammen, schlafen zusammen, glauben sich auch zu kennen, treten füreinander und für das gleiche ein, werden sich wohl mit den Jahrzehnten ähnlich, aber zum Schluss geht jeder seine eigenen Wege, hat seine eigenen Gedanken, sein eigenes Fühlen, seine eigene Veranlagung.“<sup>168</sup>

Hermanns Aufsatz erregte Aufsehen. Sein Bekenntnis wurde von seiten des C. V. durch einen seiner Sprecher, Dr. Katzenstein-Bielefeld, als subjektiv-emotional zurückgewiesen, sein Gegensatz zwischen Judentum und Deutschtum sei künstlich konstruiert.<sup>169</sup> Interessant erscheint jedoch, daß ein Mitglied des Kartell-Convents, der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glau-

---

<sup>166</sup> Vgl. auch die Liste der zahlreichen Rabbiner im C. V. bei Bernstein, *op. cit.*, S. 72.

<sup>167</sup> Jehuda Reinharz, ‚Deutschtum and Judentum in the Ideology of the Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens 1893–1914‘, in *Jewish Social Studies*, 1 (1974), S. 35.

<sup>168</sup> Georg Hermann, ‚Zur Frage der Westjuden‘, *Neue Jüdische Monatshefte*, 3. Jg., 10./25. Juli 1919, S. 400f.

<sup>169</sup> Reichmann, *Bewußtseinswandel*, *op. cit.*, S. 524.

bens, die Worte Hermanns als bezeichnend für die ganze Geistesrichtung dieser Zeit empfand.<sup>170</sup>

Als Zeuge für die Zweifel an der Ungelöstheit der deutsch-jüdischen Beziehung wird öfters der Schriftsteller Jakob Wassermann zitiert: „Ich bin Deutscher, und ich bin Jude, eines so sehr und so völlig wie das andere, keines ist vom anderen zu lösen“,<sup>171</sup> so seine scheinbar feststehende Kernaussage. An anderer Stelle bekannte er, es seien die Deutschen, „zu denen ich mich rechne, und zu denen ich mich stelle.“<sup>172</sup> Doch er konstatiert auch die Situation, daß ein Nichtdeutscher sich unmöglich eine Vorstellung machen kann, „in welcher herzbeengenden Lage ein deutscher Jude ist.“<sup>173</sup>

Doch weder Georg Hermann noch Jakob Wassermann vollzogen den Schritt, den eine ganze Reihe jüdischer Intellektueller machten, den Anschluß an den Zionismus. Der Zionismus hatte zweifelsohne nach dem Krieg und der doppelten Desillusionierung der Juden, durch die Niederlage im Krieg selbst und durch die versagte gesellschaftliche Anerkennung der Juden für ihren Einsatz, an zusätzlicher Attraktivität gewonnen.

Der Zionismus bildete sich als Gegenpart zur jüdischen Assimilierung in die Gesellschaft heraus. Er verstand sich als eine internationale oder national-jüdische, daher auch gesamtjüdische Angelegenheit. Er war ein internationales Phänomen und dies nicht nur im ideologischen Sinne.<sup>174</sup> Im Jahre 1896 hatte Theodor Herzl die Schrift „Der Judenstaat“ herausgegeben. In ihr schlug der Autor die Bildung eines Judenstaates vor, um die von ihm als nationale Frage angesehene Judenfrage durch die Konzentration eines möglichst großen Teils der Juden in einem Land zu lösen. Die Resonanz auf Herzls Schrift war so groß, daß sich bereits im darauffolgenden Jahr 200 Teilnehmer zum ersten Zionistenkongreß in Basel zusammenfanden. Theodor Herzl wurde zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Auf dem Kongreß wurde das „Baseler Programm“ verabschiedet, das mit dem Leitsatz begann: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“<sup>175</sup> In

<sup>170</sup> *Ibid.*, S. 524.

<sup>171</sup> Jakob Wassermann, ‚Mein Weg als Deutscher Jude‘, in *idem, Deutscher und Jude. Reden und Schriften 1904–1933*, herausgegeben und mit einem Kommentar versehen von Dierk Rodewald, Heidelberg 1984, S. 130. Zur Person Jakob Wassermanns vgl. Gay, *Freud, op. cit.*, S. 171 ff.; Reichmann, *Bewußtseinswandel, op. cit.*, S. 533; Hans Tramer, ‚Der Beitrag der Juden zu Geist und Kultur‘, in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), S. 349–352.

<sup>172</sup> Wassermann, *op. cit.*, S. 128.

<sup>173</sup> *Ibid.*, S. 125.

<sup>174</sup> Robert Weltsch, ‚Deutscher Zionismus in der Rückschau‘, in Hans Tramer (Hrsg.), *Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 27f.

<sup>175</sup> Jüdisches Lexikon, Bd. 5, Spalte 1587f. Herzl wußte nicht, daß bereits vor ihm eine Reihe anderer Personen ähnliche Anschauungen und Überlegungen formuliert hatten. Zur Vorgeschichte des Zionismus siehe *ibid.*, Spalte 1578 ff.

der Folgezeit etablierten sich in den verschiedenen Ländern nationale Organisationen. Die Vorstellung einer Heimstätte in Palästina blieb vorerst Utopie.

Konkrete politische Perspektiven ergaben sich, als im Jahre 1917 der damalige britische Außenminister, James Arthur Balfour, im Namen seiner Regierung einen Brief an Lord Rothschild, einen der exponiertesten Vertreter des Judentums in England, richtete. Dieser Brief ist als „Balfour-Deklaration“ bekannt geworden und enthielt die offizielle Anerkennung der zionistischen Bestrebungen seitens Englands und die Zusage der englischen Unterstützung für die Verwirklichung des zionistischen Strebens zur Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina. Der Deklaration schlossen sich bald alle zur Entente gehörenden Regierungen an. Der Zionismus war somit eine öffentlich anerkannte Bewegung geworden. Palästina rückte in den Mittelpunkt zionistischer Arbeit.<sup>176</sup>

Organisatorisches Forum der Zionisten in Deutschland wurde die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD). Die ZVfD ging aus der „National-jüdischen Vereinigung“ hervor, die Anfang 1897 von M.I. Bodenheim, David Wolfssohn und Fabius Schach in Köln begründet worden war. Auf dem zweiten offiziellen Delegiertentag am 31. Oktober 1897 wurde beschlossen, den bisherigen Namen in ZVfD zu ändern.<sup>177</sup> Bis zum Ersten Weltkrieg war die ZVfD eine der einflußreichsten Landesorganisationen in der Zionistischen Weltorganisation (ZWO).<sup>178</sup>

Der Zionismus basiert auf der Anschauung, daß die Juden ein Volk sind und daß daher die Judenfrage in allen ihren Erscheinungsformen eine Folge der anormalen Lage des jüdischen Volkes ist, die mit der Lage keines anderen Volkes vergleichbar ist. Aus dieser Prämisse ergab sich für die Zionisten die Folgerung, jede Verbesserung, die zur Lösung der Judenfrage beitrage, bewege sich lediglich an der Oberfläche, da sie immer nur einen Teilaspekt berücksichtige, ohne das tiefe Wesen des eigentlichen Problems zu erkennen. Die Judenfrage sei eine nationale Frage und nur auf dem politischen Wege mit der Schaffung eines Judenstaates lösbar.<sup>179</sup>

Der Zionismus wandte sich gegen die Assimilation, da diese letztendlich zur Auflösung des Judentums führen würde. Sie wurde von den verschiedenen Interpreten der zionistischen Ideologie teilweise als nicht wünschenswert, teils als unsittlich, teils als unmöglich abgelehnt. Assimilation galt als Synonym für ein Leben in Selbstverleugnung und Blindheit gegenüber einer feindlichen Umwelt.<sup>180</sup> Denn je weiter die Assimilation fortschreite, um so substanzloser würde die jüdische Nationalität. Die derzeitige Verfassung des Judentums sei lediglich

<sup>176</sup> *Ibid.*, Sp. 1599, Zu den Reaktionen auf die Balfour-Deklaration vgl. Reichmann, *Bewußtseinswandel*, *op. cit.*, S. 546 ff.

<sup>177</sup> Jüdisches Lexikon, Bd. 5, Sp. 1623f.

<sup>178</sup> *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933*, herausgegeben von Jehuda Reinharz, Tübingen 1981, S. IX.

<sup>179</sup> Jüdisches Lexikon Bd. 5, Sp. 1610.

<sup>180</sup> Volkov, *Kaiserreich*, *op. cit.*, S. 333.

eine überlieferte und habe an eigenen Werten nichts zu bieten. Als geistige, dynamische Kraft existiere das Judentum nicht mehr. Patriotische Deklarationen und Identitätserklärungen an das Deutschtum wurden als würdelos empfunden und verschmäht. Das säkularisierte Judentum, so der Vorwurf, hätte nicht mehr die überlieferte Lebensweise zum Inhalt, sondern das Bekenntnis zu einem Nationalismus mit einem politischen Programm.

„Der Zionismus wollte in gewisser Hinsicht die Wirkungen der Assimilation beseitigen, durch Gesinnung entgegenwirken der Realität des Lebens. Er betonte die Einheit des jüdischen Volkes. Das Bekenntnis zu dieser Abstraktion hätte eine gewaltige Macht. Die einzelnen Teile strebten zur Einheit, hatten in allgemeinen Umrissen ein gemeinsames Zukunftsideal.“<sup>181</sup>

Das gemeinsame Zukunftsideal war jedoch recht diffus. Dazu Robert Weltsch, der ehemalige Chefredakteur der zionistischen „Jüdischen Rundschau“: „Das Judesein bedeutete im Grunde nichts als die Bezeichnung eines Standortes, der an historisches Bewußtsein anknüpfte und sich mit einer politischen – in ihrer realen Ausprägung höchst verschwommenen – Zukunftsforderung verband.“<sup>182</sup>

So gab es denn auch eine gewisse Ratlosigkeit in bezug auf die jüdischen Kulturinhalte. Um diese zu beseitigen, versuchte der deutsche Zionismus eine gewisse Anlehnung an das Volksleben der Ostjuden.<sup>183</sup> Der Zionismus war nicht unbedingt eine politische Bewegung, die die Massenauswanderung nach Palästina vor Augen hatte, sondern eine Bewußtseinshaltung, die eine neue Deutung des geistigen und gesellschaftlichen Raumes, in dem die Juden lebten, nach sich zog. Schätzungen zufolge war nur eine kleine Minderheit von knapp 2000 deutschen Juden bis 1933 nach Palästina ausgewandert, von denen fast die Hälfte zurückkehrte.<sup>184</sup>

Auch bedeutete, Zionist zu sein, nicht unbedingt eine Umsetzung in eine religiöse Lebensweise. Ein Großteil der ZVfD-Mitglieder war genauso wenig religiös wie die Mitglieder des Centralvereins, doch sahen sich die Zionisten als wahre Vertreter der jüdischen Kultur.<sup>185</sup> Die säkulare Sichtweise der Nationaljuden war es auch, die orthodoxe Kreise an den Zionisten ablehnten. Der Zionismus wurde als Ausdruck weiter vordringender Säkularisierung gesehen. Zwar wurde der Einfluß des Ostjudentums auf den Zionismus begrüßt, da dadurch eine Wiederentdeckung religiöser Traditionen einherging, aber selbst-

<sup>181</sup> Weltsch, *Zionismus*, *op. cit.*, S. 27 f.

<sup>182</sup> *Ibid.*, S. 29.

<sup>183</sup> *Ibid.*, S. 34.

<sup>184</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 141; Hermand, *op. cit.*, S. 20. Eine Aufstellung der Auswanderungszahlen über die einzelnen Jahre in der Zeit der Weimarer Republik befindet sich bei Steven M. Poppel, *Zionism in Germany 1897–1933: The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1976, Appendix B, Table 7.

<sup>185</sup> Reinharz, *Dokumente*, *op. cit.*, S. XXX.

kritisch beklagten sie, daß nicht sie, sondern das Nationaljudentum diesen Prozeß ausgelöst habe.<sup>186</sup>

Der Antisemitismus wurde von den Zionisten als Reaktion auf diese anormale Situation angesehen. Der Versuch der Juden, durch Assimilation in die Volksgemeinschaft ihres „Wirtsvolkes“ einzudringen, werde mit der Abwehr dieses Volkes beantwortet. Der Antisemitismus wurde als eine Symptomerscheinung begriffen.<sup>187</sup> Die Erkenntnis, daß Antisemitismus nur ein Symptom sei, so die Zionisten, müsse zu einer tieferen Auseinandersetzung mit dem Judentum führen und mache klar, daß der jüdische Assimilationsgedanke zum Scheitern verurteilt sei.

Die Form, wie der C.V. seinen Abwehrkampf führte, war nach Ansicht der Zionisten von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Ende der Zwanziger Jahre standen die Zionisten jedoch vor der Frage, ob sie dem C.V. weiter das Monopol in der Bekämpfung des Antisemitismus überlassen oder ob sie andere Instanzen mobilisieren sollten. Zumindest wurde ab diesem Zeitpunkt die Frage des Antisemitismus für die Juden immer brennender und die Abwehrarbeit als völlig unzureichend angesehen. Bis dahin wurde die Frage des Antisemitismus von der ZVfD vor allem unter taktischen Gesichtspunkten behandelt.<sup>188</sup>

Nach der Balfour-Erklärung gewann die Palästinaorientierung der zionistischen Arbeit immer mehr an Gewicht. Seit dem 20. April 1920 hatte der Oberste Rat des Völkerbundes Großbritannien das Mandat über Palästina unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Balfour-Deklaration übertragen. Innerhalb kürzester Zeit war aus dem Traum einer kleinen Minderheit ein Faktor der Weltpolitik geworden.<sup>189</sup> Von liberalen Juden wurde dies mit großer Reserviertheit betrachtet. Für sie hatte sich an der Stellung der deutschen Juden nichts geändert, sie fühlten sich staatsbürgerlich, kulturell und national wie bisher als Glieder des deutschen Volkes.<sup>190</sup> Die Diskussionslinien um den Erfolg der Assimilation verliefen auch damit wie bisher. Die Argumentationen und Vorwürfe in der Diskussion zwischen Zionisten und Liberalen wurden mitunter einfach umgekehrt. Die Propagierung eines jüdischen Nationalstaats war in den Augen der Liberalen die größte Assimilation:

„Der nationaljüdische Gedanke ist eine Uebertragung der nationalistischen Welle, die heute durch Europa geht, auf das Judentum, daher stellt der Zionismus die radikalste Assimilation an die Ideen der Umwelt dar.“<sup>191</sup>

<sup>186</sup> Reichmann, *Bewußtseinswandel*, op. cit., S. 572ff.

<sup>187</sup> Jüdisches Lexikon, Bd. 5, Sp. 1611 u. Sp. 1614. Der Antisemitismus wird als „pathologische Judaephobie“ (L. Pinsker), „Randspannung“ (Kurt Blumenfeld) oder „sozialer Differenzaffekt“ (Arnold Zweig) verstanden. *Ibid.*, Sp. 1614.

<sup>188</sup> Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ZVfD vom 19. 2. 1930. Abgedruckt in Reinharz, *Dokumente*, op. cit., S. 470–472.

<sup>189</sup> Reichmann, *Bewußtseinswandel*, op. cit., S. 546.

<sup>190</sup> *Ibid.*, S. 548.

<sup>191</sup> Liberalismus und Zionismus. Eine Auseinandersetzung. Veranstaltung des Jüdisch-liberalen Jugendvereins in Berlin. *Israelitisches Familienblatt*, 18. April 1919, 21. Jg., Nr. 16, S. 2.

In ihren Publikationen berichteten Zionisten nur selten über tagespolitische Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland, außer wenn sie von direktem Interesse für die zionistische Sache waren. Bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik beschäftigte sich die Jüdische Rundschau nur dann mit Problemen des Antisemitismus, wenn die Redaktion oder die zionistische Führung es infolge von bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Ereignissen für notwendig hielten.<sup>192</sup>

„Der deutsche Zionismus hat während der republikanischen Periode in seiner repräsentativen Schicht die weitestmögliche Abstinenz von der deutschen Politik für die klügste Verhaltensweise der deutschen Juden erachtet. Er hatte dafür gute ideologische Argumente, entnommen dem Arsenal des theoretischen Nationalismus: der zionistische Jude kann sich nicht mit dem deutschen Volkstum identifizieren, auch wenn er, in einem liberalen Staate, auf volles Bürgerrecht Anspruch erheben darf. Die Schwäche dieser Position lag darin, dass sie, im Grunde, den deutschen Juden zumutete, die Metöken-Existenz freiwillig auf sich zu nehmen, wozu sie in ihrer Mehrheit nicht bereit waren – und das kann man ihnen nicht verargen.“<sup>193</sup>

Zwischen Zionisten und Nichtzionisten gab es nur eine begrenzte Zusammenarbeit.<sup>194</sup> In den Zwanziger Jahren wurde dies in zwei innerjüdischen Institutionen „Keren Hajessod“ und „Jewish Agency“ verwirklicht.<sup>195</sup> Eine weitere bemerkenswerte Ausnahmesituation trat bei den Reichstagswahlen 1930 ein. Drei Wochen vor der Wahl hatten sich neben dem C.V. und der ZVfD die Großloge des B'nai Brith, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und die Berliner Jüdische Gemeinde zu einem „Reichstagswahlausschuß“ zusammengefunden. Die Existenz dieses Ausschusses war sehr kurzlebig. Nach der Wahl ergingen sich der C.V. und die ZVfD in gegenseitigen Anschuldigungen über die Bereitstellung finanzieller Mittel.<sup>196</sup>

Die Politikabstinenz hatte nach Ansicht von Gross zur Folge, daß es dem Zionismus nicht gelang, sozialistisch gestimmte Teile der jüdischen Jugend für

<sup>192</sup> Reinharz, *Dokumente*, *op. cit.*, S. XXVIII.

<sup>193</sup> Walter Gross, ‚Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik‘, in Hans Tramer (Hrsg.), *Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 553.

<sup>194</sup> In der Sitzung vom 27. Oktober 1927 hatte der Landesvorstand der ZVfD seine Stellung zu den jüdischen Organisationen festgelegt. In der Frage der Behandlung des Centralvereins heißt es: „Es besteht keine Möglichkeit des Paktierens. Der Centralverein ist die charakteristische Vertretung des antizionistischen Judentums. . . Versuche, auf Ortsgruppen des C.V. freundschaftlich einzuwirken, um eine veränderte Stellung der Leitung des C.V. herbeizuführen, sind abzulehnen. Es hat sich gezeigt, daß dem C.V. gegenüber eine Politik der Änderung der Mehrheitsverhältnisse durch Beeinflussung der Leitung seitens lokaler Vertreter unmöglich ist.“ Nachdruck des Protokolls in Reinharz, *Dokumente*, *op. cit.*, S. 390–392.

<sup>195</sup> Bei „Keren Hajessod“ handelte es sich um einen Einwanderungs- und Siedlungsfond für Palästina. Die „Jewish Agency“ war ein Gremium aus Zionisten und Nicht-Zionisten zum Aufbau Palästinas. *Ibid.*, S. XLII.

<sup>196</sup> Pfennig-Engel, *op. cit.*, S. 154.

sich zu gewinnen. Gerade in der dritten zionistischen Generation sei die Vorstellung, eine Synthese zwischen Sozialismus und Zionismus zu schaffen, sehr verbreitet gewesen.<sup>197</sup> Der Zionismus war in gewisser Hinsicht Ausdruck einer Protesthaltung von Teilen der jüngeren jüdischen Generation gegenüber ihren Eltern. Sie wandten sich damit gegen die bürgerliche Normierung ihres Elternhauses und den als selbstverständlichen und einzigen Weg hingegenommenen Assimilationsprozeß.<sup>198</sup> Diese Tendenzen verspürte auch der Centralverein, der bemerkte, daß sich die jüngere Generation nicht mehr automatisch als Mitglieder rekrutieren ließen. Auf der Jahreshauptversammlung 1921 forderte der Historiker Ismar Freund „jüdische Inhalte“ und „jüdische Weltanschauung“, die den Mitgliedern und vor allem der Jugend ein jüdisches Ideal bieten müßten.<sup>199</sup>

Die Aussagen über die Anzahl der Zionisten differieren. Nach Angaben Bernsteins überstieg die Anzahl der organisierten Zionisten nie 20 000. Für diese Angaben legt er die Mitgliederbeiträge für die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ zugrunde.<sup>200</sup> Reinharz hält diese Quelle für äußerst unzuverlässig und bewertet die Angaben von Ludwig Pinner als realistischer. Danach wären zwei Prozent der jüdischen Bevölkerung Deutschlands Zionisten gewesen, dies entspricht einer Zahl zwischen 11 000 und 12 000.<sup>201</sup> 20 000 Mitglieder nennt dagegen auch Hermand, was etwa einem prozentualen Anteil von 3,5 an der Gesamtheit der deutschen Juden entspräche.<sup>202</sup> Niewyk beziffert für das Jahr 1923 zunächst 33 000 organisierte Zionisten, zwei Jahre später sei die Mitgliederzahl auf 22 000 gesunken. Er hält diese Zahlen für zu hoch. Realistischer erscheinen ihm die 8 739 Personen, die sich 1929 an der Wahl zum XVI. Zionisten-Kongreß beteiligt hätten.<sup>203</sup>

Die innerjüdische Auseinandersetzung gewann 1928 weiter an Brisanz. Stein des Anstoßes war ein in der Hauptversammlung des C. V. gefaßter Beschluß, der den Zionisten die Verantwortung dafür aufbürdete, daß die Juden nicht als

<sup>197</sup> Gross, *Schicksal*, *op. cit.*, S. 553.

<sup>198</sup> Einige Historiker betonen die Bedeutung der Protesthaltung für die Entstehung des Zionismus. Werner E. Mosse: „An ideology of protest was what German Zionism had largely been already since its inception.“ Werner E. Mosse, *German Jews: Citizens of the Republic*, in *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, herausgegeben von Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, 45), S. 48.

<sup>199</sup> Reichmann, *Bewußtseinswandel*, *op. cit.*, S. 569.

<sup>200</sup> Bernstein, *op. cit.*, S. 73.

<sup>201</sup> Reinharz, *Deutschum*, *op. cit.*, S. 22. Ludwig Pinner, ‚Vermögenstransfer nach Palästina 1933–1939‘, in Hans Tramer (Hrsg.), *Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 134.

<sup>202</sup> Hermand, *op. cit.*, S. 20.

<sup>203</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 156. Die Angaben Niewyks sind ungenau: 8 739 Stimmen waren bei der Wahl gültig. Insgesamt wurden 8 789 Stimmen abgegeben. Vgl. *Jüdische Rundschau*, 28. Juni 1929, 35. Jg., S. 315. Die Angaben Niewyks für 1923 und 1925 sind der Schekelstatistik entnommen. Diese ist für die Weimarer Zeit bei Poppel, *op. cit.*, Appendix B, Table 3 abgedruckt.

vollständige Deutsche betrachtet würden.<sup>204</sup> Der Vorwurf, der Zionismus bestätige das antisemitische Standardargument, daß die Juden nicht zum deutschen Volk gehören, und fördere dadurch den Antisemitismus, spielte in der innerjüdischen Diskussion eine erhebliche Rolle. Am 17. Februar 1928 schrieb die C.V.-Zeitung: „Die von den Zionisten in der Öffentlichkeit betriebene Propaganda hat es dahin gebracht, daß die früher nur von den Judengegnern betonte Trennung von ‚Deutschen‘ und ‚Juden‘ in der öffentlichen Meinung mehr und mehr an Boden gewinnt; immer mehr verbreitet sich die Vorstellung, als gehörten die deutschen Juden nicht zum deutschen, sondern vielmehr zu einem über die ganze Erde verstreuten, in Palästina beheimateten jüdischen Volk. Dieser Zustand bringt die Errungenschaften eines mehr als hundertjährigen Emanzipationskampfes in ernste Gefahr. Der C.V. muß daher wirksamer als bisher der zionistischen Anschauung entgegentreten, nach welcher das Judentum die Volk- und Kulturgemeinschaft aller Juden und Palästina ihr nationales und kulturelles Zentrum sein soll. Das von den Zionisten behauptete oder angestrebte jüdische Volk ist nicht das der auf dem C.V.-Standpunkte stehenden deutschen Juden; da diese in nationaler und kultureller Hinsicht ausschließlich dem deutschen Volk angehören.“<sup>205</sup>

Die Bewertungen in der Literatur über Verlauf und Stellenwert der Auseinandersetzungen zwischen Zionisten und Centralverein sind unterschiedlich. Der Centralverein bekämpfte außerhalb und innerhalb des deutschen Judentums jeden, der sich seinen Zielen entgensetzte. Jede jüdische Organisation in Deutschland bekam den Zorn des C.V. zu spüren, wenn sie die leichtesten Anzeichen von zionistischen Ideen zeigte.<sup>206</sup> Nach Ansicht Bernsteins gab die Gründung der paritätisch aus Zionisten und Nichtzionisten besetzten Jewish Agency im Jahre 1929 Anlaß zu einer nochmaligen Überprüfung der Haltung des C.V. Doch änderte sich nichts grundlegend an der Position des Centralvereins gegenüber den Zionisten.<sup>207</sup> Die Auseinandersetzungen des Centralvereins mit den Zionisten nahmen in den Zwanziger Jahren einen Stellenwert ein, die den Eindruck erwecken, der Zionismus sei das Hauptproblem des deutschen Judentums gewesen. Gleiches gilt aber auch im umgekehrten Maße für die Haltung einiger führender Zionisten gegenüber dem Centralverein.<sup>208</sup> Was die

<sup>204</sup> Pfennig-Engel, *op. cit.*, S. 146, Bernstein, *op. cit.*, S. 63.

<sup>205</sup> Zitiert nach Pfennig-Engel, *op. cit.*, S. 147.

<sup>206</sup> Chaim Schatzker, ‚Comments on Evyater Friesel’s Essay in Year Book XXXI‘, in *Year Book XXXII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, S. 99.

<sup>207</sup> Bernstein, *op. cit.*, S. 65. Die Darstellung Niewyks, derzufolge Eva Reichmann im September 1932 den Zionismus als eine neurotische Reaktion auf den Streß der vergangenen Zeit bezeichnet habe, bestätigt sich nicht bei Überprüfung der Quelle. Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 153. Eva Reichmann-Jungmann, „Die Judenfrage neugestellt?“. Kritisches zur Rede Kurt Blumenfelds beim zionistischen Delegiertentag in Frankfurt a. M.. *C. V.-Zeitung*, 23. September 1932, 11. Jg., Nr. 39, S. 393.

<sup>208</sup> Evyater Friesel, ‚A Response to the Observations of Chaim Schatzker and Abraham Margalio‘, in *Year Book XXXII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, S. 111. Vgl.: „Soll das so

Breitenwirkung der innerjüdischen Diskussion um das neue jüdische Selbstbewußtsein angeht, so wird vermutet, daß die Masse der Juden sowie die Mehrheit der jüdischen Intelligenz gegenüber dieser Diskussion indifferent blieb.<sup>209</sup>

Als Vertreter der radikalsten Form der Assimilation gründete sich der „Verband der nationaldeutschen Juden“. Seine Gründung am 20. März 1921 ist ein Indikator für die Virulenz der innerjüdischen Diskussion und die Unsicherheiten innerhalb des Centralvereins über seinen weiteren Kurs. Faktisch geriet der Centralverein zwischen zwei Fronten.<sup>210</sup> Einerseits die Zionisten, die dem Centralverein die Perspektivlosigkeit der Assimilation vorhielten und ein neues jüdisches Bewußtsein postulierten, andererseits die nationaldeutschen Juden, die dem C. V. vorwarfen, nachlässig in der Förderung patriotischer Positionen unter den deutschen Juden und inkonsequent in der Behandlung des höchst sensiblen Themas der deutschen Außenpolitik zu sein. Ebenso wie die Zionisten bildeten die nationaldeutschen Juden zahlenmäßig nur eine Minderheit. Realistische Schätzungen beziffern die Mitgliederstärke auf 3 500 Personen. Die Auflage ihres Verbandsblattes überstieg nie die Zahl von 6 000.<sup>211</sup> Doch in der Anfangszeit hatte der Centralverein befürchtet, der „Verband der nationaldeutschen Juden“ bekäme substantielle Unterstützung von den deutschen Juden oder würde das jüdische Image trüben oder gar beides. Wo immer deren Vorsitzender Naumann auf Veranstaltungen auftrat, schickte der C. V. eigene Redner, um Naumanns Einfluß auf die Zuhörerschaft zu vermindern und seine Argumente zu entkräften.<sup>212</sup>

Der Berliner Rechtsanwalt Max Naumann war innerhalb des Verbandes die entscheidende Schlüsselperson und blieb es auch nach dem Jahr 1926, als er den Vorsitz an den Physiker Alfred Peyser abgab.<sup>213</sup> Seine Stellung innerhalb des Verbandes war so dominierend, daß der Verband bald unter dem Spitznamen

---

weitergehen. Unglaubliche nationaljüdische Herausforderungen des Centralvereins.“ *C. V.-Zeitung*, 11. Juli 1930, 9. Jg., Nr. 28, S. 369.

<sup>209</sup> Graupe, *op. cit.*, S. 334, Reichmann, *Bewußtseinswandel, op. cit.*, S. 512f.

<sup>210</sup> Bereits 1903 hatte es eine kurzlebige „Vereinigung deutsch-nationaler Juden“ gegeben. Toury, *Orientierungen, op. cit.*, S. 270f.

<sup>211</sup> Carl L. Rheins, ‚The Verband nationaldeutscher Juden‘, in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 246, Anm. 24. Niewyk, *Jews in Weimar Germany, op. cit.*, S. 175. Pierson gibt für das Jahr 1926 eine Auflagenhöhe von 5 000 für das Verbandsblatt der Nationaldeutschen Juden an. Ruth Pierson, ‚Embattled Veterans – The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten‘, in *Year Book XIX of the Leo Baeck Institute*, London 1974, S. 40. Von 1922 bis 1925 hieß das Verbandsblatt „Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden“, ab 1925 „Der nationaldeutsche Jude“.

<sup>212</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany, op. cit.*, S. 173.

<sup>213</sup> Im September 1926 folgte Peyser, der wegen Arbeitsüberlastung ausschied, Georg Siegmann als Vorsitzender. Niewyk, *Jews in Weimar Germany, op. cit.*, S. 168. Naumann selbst wurde Ehrenvorsitzender. Rheins, *op. cit.*, S. 249, Anm. 45. Naumann war Mitglied der Nationalliberalen und später der Deutschen Volkspartei. Angaben zur Person Naumanns, vgl. *ibid.*, S. 243f.

„Naumannianer“ firmierte.<sup>214</sup> Politisch läßt sich ihr Ziel mit einem Satz aus dem Verbandsprogramm umreißen: „Wir wollen die Grundlage schaffen für gemeinsame Arbeit nationaldeutscher Juden und nationaldeutscher Nichtjuden zum Wiederaufbau des armen, zerschlagenen Vaterlandes.“<sup>215</sup> Zielgruppe ihrer Arbeit waren die von ihnen so genannten „Zwischenschichtler“. Gemeint waren damit die Mitglieder oder Sympathisanten des Centralvereins, die auf den nationalen Standpunkt mehr Wert legten als auf den jüdischen: „Der wahre Zwischenschichtler ist für uns verloren. Aber der einstige Mitläufer der Zwischenschicht ist uns willkommen, wenn er wirklich im Herzen nicht nur aus ‚Konjunkturgründen‘ der unsere ist und wenn er die Gepflogenheiten der Zwischenschicht ablegt.“<sup>216</sup>

Betont wurde nicht, daß man Deutscher *und* Jude sei, sondern Prämisse für alle politischen Positionen war, daß man zunächst Patriot war. Die eigenständige jüdische Identität sollte voll im Deutschtum aufgehen, absolut primär stand das Gefühl für das deutsche Volk. Durch nationales Verhalten glaubten die „nationaldeutschen Juden“ nationale Anerkennung hervorzurufen.

Naumann und Peyser und vermutlich eine weitere, nicht bestimmbare Anzahl von „Naumannianern“ blieben während der Weimarer Republik weiterhin Mitglieder des Centralvereins. Die Befürchtungen des Centralvereins, die „Naumannianer“ seien eine ernsthafte Konkurrenz, ließen gegen Ende 1925 nach. Ab dieser Zeit verwandte der C. V. keine weitere Energie auf die Auseinandersetzung mit dem „Verband der nationaldeutschen Juden“.<sup>217</sup>

Der „Verband der nationaldeutschen Juden“ war keine Abspaltung oder gar ein Ableger des Centralvereins, der sich etwas patriotischer und nationaldeutsch gesinnt für konservative Kreise des deutschen Judentums gab. Seine Positionen waren in der Frage des Umgangs mit den Zionisten als auch in der Bekämpfung des Antisemitismus und der Ostjudenfrage grundlegend verschieden von denen des Centralvereins. Den Antisemitismus reihten die „Naumannianer“ in die Reihe der „Anti-Bewegungen“ ein. Er sei niemals Aktion selbst, sondern stets eine Reaktion. Eine Abwehrtätigkeit gegen den Antisemitismus, wie der Centralverein sie betrieb, war für die nationaldeutschen Juden unvorstellbar.

Die Entscheidungsgrundlage für die Stimmabgabe bei Wahlen war allein die patriotische Haltung der jeweiligen Parteien, aber keinesfalls, wie der Centralverein es praktizierte, die Haltung der Parteien in der Frage des Antisemitismus.<sup>218</sup>

Auf das äußerste verdächtig war ihnen das internationale Element der zionistischen Bewegung. Eine Zusammenarbeit konnte es mit den Zionisten auf

<sup>214</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, op. cit., S. 168.

<sup>215</sup> Das Programm der nationaldeutschen Juden, *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden*, September 1921, Nr. 1.

<sup>216</sup> *Ibid.*

<sup>217</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, op. cit., S. 173 u. S. 175.

<sup>218</sup> *Ibid.*, S. 171.

keinen Fall geben und erst recht keine finanzielle Unterstützung: „Deutsch-fühlende Juden! Keinen Pfennig dem Palästinawerk!“<sup>219</sup>

Gerade die punktuelle Zusammenarbeit des Centralvereins mit den Zionisten und die gemeinsame Errichtung eines Fonds für Palästina wurden dem C. V. als Wackelkurs vorgeworfen. „Macht ein Ende dem Palästina-Rummel! Wer ein Deutscher ist, richte den Blick auf das Land um den deutschen Rhein! Nur Deutschland darf heute das Land unserer Liebe und unserer Sorge sein!“, lauteten die Appelle der nationaldeutschen Juden. Die finanzielle Unterstützung der Arbeit in Palästina sei nur im Sinne der britischen Regierung und schwäche die deutschen Interessen.<sup>220</sup>

Neben den Zionisten standen die Ostjuden auf dem Index der „Naumanianer“. Zionisten und Ostjuden wurden von ihnen mitunter in einen Topf geworfen. Das Ostjudentum sei ein unerschöpfliches Reservoir des Zionismus. Die Arbeit der Zionisten sei „Wühlarbeit“ und habe die „Zerreißung oft Jahrhunderte alter Heimatbindungen des deutschen Judentums“ zum Ziel.<sup>221</sup> Die einzigen Zionisten, die ihnen Respekt abnötigten, waren die, die konsequenterweise nach Palästina auswanderten. Zionisten, die in Deutschland weiterlebten, galten als Verursacher des Antisemitismus, da sie durch ihr Verhalten Zweifel an der patriotischen Haltung der deutschen Juden aufkommen ließen und ein schlechtes Beispiel gaben: „... der geistige Zionismus wird uns Allen, die wir uns als Deutsche fühlen, die Stellung zur Umwelt unerträglich machen.“<sup>222</sup>

Solidarität mit den Ostjuden war für den „Verband der nationaldeutschen Juden“ eine Sünde. Sie hofften, daß die Ostjuden bald wieder verschwinden würden. Die Ostjuden waren „lästige Ausländer“ und letztendlich durch ihr Verhalten ein Auslöser für den Antisemitismus. Die Verachtung gegenüber den Ostjuden war Ausdruck eines „selektiven“<sup>223</sup> Antisemitismus der „Naumanianer“, der sie von anderen Antisemiten kaum mehr unterschied: „Überall hören wir die gurgelnden, kreischenden Laute ihrer (der Ostjuden, Anm. d. Verf.) aufgeregten Gespräche. In allen Bahnwagen hocken sie und malen Ziffern in fettige Taschenbücher. In allen Kaffees bilden sie gestikulierend Gruppen,

<sup>219</sup> *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden*, Februar 1922, Nr. 2.

<sup>220</sup> Palästina-Rummel und Ghetto-Schule. *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden*, Juni 1925, Nr. 6. In dieser Angelegenheit protestierte der Verband der nationaldeutschen Juden gar beim deutschen Außenminister, Gustav Stresemann, gegen die Sammlung von Geldern für das Palästinahilfswerk. Stresemann schrieb dem Verband jedoch, daß die Sammlung von Geld für Palästina keineswegs gegen die deutschen Interessen laufe, sondern es vielmehr im deutschen Interesse sei, in Palästina eine starke jüdische Gemeinschaft zu haben. Rheins, *op. cit.*, S. 259.

<sup>221</sup> Zum 16. Zionistenkongress. Die Überwindung des Zionismus durch die Einheitsfront aller deutschen Juden, *Der nationaldeutsche Jude*, August 1929, Nr. 8.

<sup>222</sup> Stellungnahme des Vorstandes des Verbandes der nationaldeutschen Juden, *Mitteilungsblatt der nationaldeutschen Juden*, Februar 1922, Nr. 2.

<sup>223</sup> Der Ausdruck des „selektiven“ Antisemitismus stammt von Gay. Gay, *Freud, op. cit.*, S. 172.

laufen schreiend und tuschelnd von Tisch zu Tisch und zur Tür hinaus zum nächsten Notar, um rasch ein Haus zu kaufen oder ein gestern gekauftes ‚weiterzugeben‘.“<sup>224</sup>

### 2.3.2 Der Streit um die Ostjuden

In den Darstellungen über die Ostjuden während der Weimarer Republik nimmt vor allem die Phase bis Mitte der Zwanziger Jahre einen großen Raum ein.<sup>225</sup> Während dieser Zeit waren die Diskussionen um die Tragweite der ostjüdischen Einwanderung in ihrer innenpolitischen und außenpolitischen Dimension als auch ihre Bedeutung für das jüdische Leben in Deutschland in spiritueller und organisatorischer Hinsicht am stärksten. Von den vielfältigen Aspekten dieses Themas soll im folgenden lediglich auf die Reaktion deutsch-jüdischer Kreise auf die Zuwanderung ihrer osteuropäischen Glaubensbrüder eingegangen werden.

Der Begriff „Ostjude“ fand im ersten Jahrzehnt des Zwanzigsten Jahrhunderts Verbreitung und setzte sich im Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit der deutschen Okkupation Polens durch, vor allem auch in den Verbindungen „Ostjudengefahr“ und „Ostjudenfrage“.<sup>226</sup> Dabei war die Besetzung des Begriffes fast durchweg negativ. Die Ostjuden galten als das Gegenbild des modernen, emanzipierten deutschen Juden. Die Ostjuden wurden zum besonders sichtbaren Objekt des Judenhasses der Antisemiten und Nationalsozialisten. Als Stereotyp war der „Ostjude“ so verbreitet, daß allein die Bezeichnung einer Person als Ostjude entsprechende Assoziierungen verursachte. Während der Revolution 1918/19 wurde bei einer Reihe jüdischer Revolutionäre hämisch auf deren ostjüdische Abstammung hingewiesen. Der in Berlin geborene Führer

<sup>224</sup> Die Ostjudengefahr. J. Hobrecht. *Mitteilungsblatt der nationaldeutschen Juden*, September/Oktober/November 1922, Nr. 7.

<sup>225</sup> Das Thema „Ostjuden“ ist so umfangreich und komplex, daß sich in diesem Abschnitt lediglich auf eine Erörterung der Behandlung der „Ostjudenfrage“ seitens der deutschen Juden beschränkt werden soll. Als umfassendes Standardwerk gilt Trude Maurer, *Die Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986. Schalom Adler-Rudels Darstellung *Ostjuden in Deutschland 1880–1940*, Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 1) beruht im wesentlichen auf seinen Erinnerungen. Adler-Rudel hatte ab 1.1.1924 die Geschäftsführung des „Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands“ inne, zuvor war er Leiter des Berliner Büros. Dem Kapitel ‚Jewish Identity, Ostjuden, and Antisemitism in the Weimar Republic, in Steven E. Aschheim, *Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness 1800–1923*, University of Wisconsin Press 1982, S. 215–245, liegen in erster Linie Quellen aus den frühen Jahren der Weimarer Republik zugrunde. Jüngst erschienen ist Ludger Heid, *Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*, Hildesheim 1995.

<sup>226</sup> Maurer, *Ostjuden*, op. cit., S. 12. In korrekter Abgrenzung zum mit vielfachen Stereotypen und Bildern besetzten Begriff des „Ostjuden“ muß die alleinige Beschreibung der geographischen Herkunft „osteuropäische Juden“ lauten.

der Revolution in Bayern, Kurt Eisner, wurde als „galizischer Jude“ oder „landfremder Jude“ titulierte.<sup>227</sup>

Als geläufiger Begriff wurde „Ostjude“ in diffamierender und geringschätziger Absicht auch auf Gruppen angewandt, die keineswegs Ghettojuden waren. Antisemiten verknüpften ihn auf verschiedene Art mit einzelnen oder der Gesamtheit der Juden, um in abfälliger Weise auszudrücken, die jüdischen Bürger seien letztlich alle „Ostjuden“ oder deren Nachfahren. Die Benutzung des Ostjudenstereotyps für einen nicht akkulturierten Ghettojuden ist jedoch nur ein Element. Während der Zwanziger Jahre drückte die Bezeichnung „Ostjude“ nicht nur durchgehende Ablehnung aus, sondern bezeichnete in gewissen Kreisen höchste Wertschätzung. Auch entsprach sie nicht zuletzt dem Selbstverständnis vieler Einwanderer: Sie gründeten ihre eigenen Verbände.<sup>228</sup>

Seit Beginn der Achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts setzte eine verstärkte Wanderungsbewegung aus dem Osten Europas nach Westeuropa und Amerika ein. Zwischen 1880 und 1914 verließen etwa drei Millionen Juden, zumeist über deutsche Seehäfen, Osteuropa.<sup>229</sup> Die Gründe für diese Wanderungsbewegung liegen vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die in Osteuropa verspätet einsetzenden ökonomischen und sozialen Umwälzungen durch den Kapitalismus zerstörten das feudale Wirtschaftssystem. Im Handel, Erwerbsquelle für viele Juden, dominierten zunehmend Großkaufleute. Der Dorf- oder Marktgeher, der zwischen Dorf und Stadt hin und her pendelte, geriet immer mehr in Schwierigkeiten.<sup>230</sup> Zusätzlich hatten antisemitische Ausschreitungen eine erhöhte Auswanderungsbereitschaft zur Folge: So ist zu beobachten, daß nach der Vertreibung der Juden aus Moskau oder nach den Pogromen von 1881, 1903 und 1905 die Auswanderungszahlen sprunghaft anstiegen. Die Auswanderungszahlen über Hamburg sehen folgendermaßen aus: Im Jahre 1880 emigrierten 8000 Juden nach Amerika, im Jahre 1882 waren es 31000, 1887 62000, 1892 136000, von da an bis 1904 ca. 7000 jährlich, ansteigend während des Jahrzehnts bis 1915 auf 109000 Auswanderer jährlich.<sup>231</sup> Durch den Ersten Weltkrieg wurde die Not zusätzlich verschärft. Von acht Millionen Juden Osteuropas lebten vier Millionen im Kriegsgebiet.<sup>232</sup>

Die Angaben über die Anzahl der Ostjuden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sind problematisch. Deutschland war in erster Linie ein Land der ostjüdischen Durchwanderung. Die Zahlen geben daher nur eine

<sup>227</sup> Vgl. dazu Abschnitt 2.1.1.

<sup>228</sup> Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 16.

<sup>229</sup> *Ibid.*, S. 47. Ludger Heid, ‚Harry Epstein – Ein Anwalt der Ostjuden in der Zeit der Weimarer Republik‘, in Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 278; *idem*, *Intelligenz*, *op. cit.*, S. 337.

<sup>230</sup> Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, München 1990, S. 101. Zur Rolle der Juden im Wirtschaftsleben und ihre Verdrängung durch den Kapitalismus im einzelnen vgl. *ibid.*, S. 100–108.

<sup>231</sup> Adler-Rudel, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 5.

<sup>232</sup> Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 47.

beschränkte Auskunft, da sie eine Momentaufnahme darstellen. Der scheinbar ansteigenden Tendenz in der folgenden Tabelle bis zum Jahre 1925 widersprechen eine Reihe von Quellen. Die Ortsgruppe des Verbandes der Ostjuden in Breslau stellte bereits 1921 eine starke Rückwanderung nach Osteuropa fest, die durch die Arbeitslosigkeit in Deutschland und den Friedensschluß zwischen Sowjetrußland und Polen verursacht gewesen sei. In der Tat war Deutschland kein gastliches Pflaster für die Ostjuden. Neben den alltäglichen Anfeindungen waren es auch häufig wirtschaftliche Gründe, die die Ostjuden bewegten, weiter zu emigrieren. Infolge des Ruhrkampfes verließen nach einer Untersuchung des Arbeiterfürsorgeamts über 9000 Ostjuden Deutschland. Der Reichsinnenminister teilte im März 1924 mit, es sei „als sicher anzunehmen, daß etwa 2/3 der ostjüdischen Einwanderer das Land wieder verlassen haben; in Groß-Berlin z. B. hat sich ihre Zahl auf etwa 1/3 verringert; im Ruhrgebiet befinden sich höchstens noch tausend dieser Einwanderer“.<sup>233</sup>

Ostjuden im Deutschen Kaiserreich<sup>234</sup>

Jahr	Juden	Ausl. Juden	Ausl.-Anteil d. jüd. Bev. in %	Ostjuden	Ostjuden in % der ausl. Juden	Ostjuden in % aller Juden
1890	567 844			20 388		3,6
1900	586 833	41 113	7,0	34 360	83,6	5,9
1910	615 021	79 646	13,0	70 234	88,2	11,4
1910*	535 122	76 387	14,3			

\* nach dem Gebietsstand des Dt. Reichs von 1925

Ostjuden im Deutschen Reich 1925–1933<sup>235</sup>

Jahr	Juden	Ausl. Juden	Ausl.-Anteil der jüd. Bev. in %	Angehörige ost-euro. Staaten	Staatenlose	zusammen (Ostjuden)	Ostjuden in % der ausl. Juden	Ostjuden in % aller Juden
1925	564 379	107 747	19,1	75 600	9 908	85 508	79,4	15,2
1933	499 682	98 747	19,8	68 625	19 746	88 371	89,5	17,7

Interessant ist ein Vergleich der Populationen zwischen den Jahren 1910 und 1925. In diesem Zeitraum ging die jüdische Bevölkerung um 50 642 Personen zurück. Nimmt man den Gebietsstand des Deutschen Reiches des Jahres 1925 als Maßstab für das Jahr 1910 und vergleicht die Zahlen über die Größe der jüdischen Bevölkerung mit denen von 1925, so ergibt sich ein Zuwachs von 29 257 Personen, die Anzahl der ausländischen Juden nahm um 31 360 Personen zu. Die Bevölkerungszahl der deutschen Juden stagnierte. Die Zunahme der

<sup>233</sup> *Ibid.*, S. 68 ff.

<sup>234</sup> *Ibid.*, S. 72.

<sup>235</sup> *Ibid.*, S. 72.

gesamten jüdischen Bevölkerung ging allein auf die Zuwanderung der ausländischen Juden zurück.<sup>236</sup>

Felix Theilhaber hatte bereits 1921 in der zweiten Auflage seines Aufsehen erregenden Buches „Der Untergang der deutschen Juden“ den Nachweis erbracht, daß der Zuwachs des preußischen Judentums in den Jahren 1880 bis 1910 um ca. 52000 fast ausschließlich auf das Konto der ausländischen Juden ging.<sup>237</sup> Die Diskussion, ob das deutsche Judentum langfristig aussterben werde, wurde in den Zwanziger Jahren nicht allein von Experten in Fachzeitschriften geführt, sondern schlug sich auch in der allgemeinen jüdischen Publizistik nieder. Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden setzte 1925 einen Ausschuß für Bevölkerungspolitik ein, der 1928 eine Enquete bei 603 jüdischen Gemeinden in Preußen durchführte. Die Ergebnisse wurden ausführlich in der jüdischen Presse diskutiert, darunter etwa der größere Kinderreichtum ostjüdischer Familien und die Tatsache, daß die Erhaltung vieler Gemeinden nur infolge der Zuwanderung möglich war.<sup>238</sup>

Für die Verteilung der jüdischen Bevölkerung bzw. der jüdischen Ausländer in einigen Großstädten im Deutschen Reich ergibt sich für das Jahr 1925 folgendes Bild:

Jüdische Ausländer in Großstädten<sup>239</sup>

	Die gesamte Wohnbev. 1925	Die jüd. Wohnbev. 1925	Die jüd. Ausländer absolut	Die jüd. Ausländer in % der jüd. Bev.
Berlin	4024165	172672	43838	25,4
Königsberg	279926	4049	440	10,9
Stettin	254466	2615	162	6,2
Breslau	557139	23240	2006	8,6
Magdeburg	293959	2356	820	34,8
Halle	194575	1236	248	20,1
Erfurt	133579	819	128	15,6
Altona	185653	2049	1128	46,8
Kiel	213881	605	236	39,0
Hannover	422745	5521	1311	23,7
Münster	106418	580	23	4,0
Bochum	211249	1122	268	23,9
Dortmund	321743	3820	1200	31,4
Gelsenkirchen	208512	1441	326	22,6
Kassel	171234	2750	355	12,9

<sup>236</sup> Der prozentuale Anteil der jüdischen Bevölkerung an der deutschen Gesamtbevölkerung ging schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich zurück. Esra Bennathan, ‚Die demographische Struktur der Juden‘, in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1965, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 94.

<sup>237</sup> Adler-Rudel, *Ostjuden*, op. cit., S. 21.

<sup>238</sup> Maurer, *Ostjuden*, op. cit., S. 756f.

<sup>239</sup> *Ibid.*, S. 76 basierend auf Heinrich Silbergleit, *Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich*, Bd. 1, Freistaat Preußen, Berlin 1930, S. 24\*.

	Die gesamte Wohnbev. 1925	Die jüd. Wohnbev. 1925	Die jüd. Ausländer absolut	Die jüd. Aus- länder in % der jüd. Bev.
Frankfurt a. M.	467 520	29 385	5 753	19,6
Wiesbaden	102 737	3 088	1 098	35,6
Barmen	187 099	721	120	16,6
Düsseldorf	432 633	5 130	1 054	20,5
Duisburg	272 798	2 080	807	38,8
Elberfeld	167 577	2 335	387	16,6
Essen	470 524	4 209	1 173	27,9
Hamborn	126 618	818	476	58,2
Krefeld	131 098	1 626	80	4,9
Mühlheim (Ruhr)	127 400	626	86	13,7
Mönchen- Gladbach	115 302	951	85	8,9
Oberhausen	105 436	513	98	19,1
Köln	700 222	16 093	3 908	24,3
Aachen	55 816	1 420	139	9,8
Total	11 144 024	294 230	67 753	23,0

Die Ostjuden bildeten weder sozial noch kulturell einen homogenen Bevölkerungsteil. Die meisten kamen aus Polen und Österreich. Eine eigenständige Gruppe bildeten die aus Rußland stammenden Juden, die eine eigene Organisation in der Weimarer Republik gründeten: den Verband der russischen Juden.

Staatsangehörigkeit der jüdischen Ausländer in Preußen und Berlin 1925<sup>240</sup>

Staatsangehörigkeit	Preußen		Berlin	
	absolut	in % aller jüd. Ausl.	absolut	in % aller jüd. Ausl.
Polen	35 385	46,3	17 423	39,0
Tschechoslowakei	3 574	4,7	2 137	4,9
Österreich	9 498	12,4	5 326	12,1
Ungarn	2 480	3,3	1 904	4,3
Rumänien	2 156	2,8	1 634	3,7
Rußland (UdSSR)	6 986	9,1	5 185	11,8
Litauen	1 350	1,8	868	2,0
Lettland	1 037	1,4	849	1,9
Estland	56	0,1	43	0,1
Staatenlose	7 364	9,6	5 037	11,5
andere	6 051	8,5	3 432	7,8
	76 387	100	43 838	100

Die steigende Zahl der Ostjuden zu Beginn des Jahrhunderts veränderte die Sozialstruktur der Gemeinden und provozierte innerjüdische Spannungen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg, in den Jahren 1912–1914, war eine Auseinander-

<sup>240</sup> Maurer, *Ostjuden*, op. cit., S. 78.

setzung um das Wahlrecht der ausländischen Juden in den Gemeinden ausgebrochen, die bis in die Dreißiger Jahre anhalten sollte. „Liberale“ Gemeindevertreter versuchten, den Ostjuden das Wahlrecht auf Gemeindeebene vorzuenthalten oder einzuschränken. Die Zionisten kämpften dagegen als Fürsprecher der Ostjuden.<sup>241</sup>

Der enorme Bedarf an Arbeitskräften während des Ersten Weltkrieges veranlaßte die deutschen Behörden, Arbeiter aller Art für Deutschland aus dem polnisch-russischen Okkupationsgebiet anzuwerben oder auch in die Fabriken zu zwingen, um die im Feld stehenden Arbeiter zu ersetzen oder bislang freigestellte an die Front zu schicken. Diese Arbeiter, darunter viele Juden, wurden in der Rüstungsindustrie eingesetzt, wofür Kriegsgefangene wegen des zu hohen Sicherheitsrisikos nicht in Frage kamen. Propagandistisch hatten die deutsche und die österreichische Heeresleitungen im August 1914 öffentlich proklamiert, ihr Ziel sei es, die Juden Osteuropas von der russischen Herrschaft zu befreien. Darin hieß es u.a: „Juden in Polen! Wir kommen als Freunde und Erlöser zu Euch. Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: Gleiches, volles Bürgerrecht, wirkliche Glaubensfreiheit und Lebensfreiheit auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten.“<sup>242</sup>

Einer Denkschrift des Reichsinnenministeriums aus dem Jahre 1922 zufolge gab es 1915 ca. 50 000 ostjüdische Arbeiter in Deutschland. Bis 1922 kamen ca. 100 000 ostjüdische Arbeiter hinzu, von denen während des Krieges 30 000 eingewandert waren.<sup>243</sup> Gegen die ostjüdischen Arbeiter erhoben sich nicht nur die Stimmen der Antisemiten, die bereits 1916 eine Grenzsperrung gefordert hatten, auch die Sozialdemokraten standen der Zuwanderung skeptisch gegenüber. Die kritische Haltung geht auf die Vorkriegszeit zurück und hängt mit der Assimilationsfrage zusammen. Karl Kautsky bedauerte im Jahr 1914, daß die Ostjudenzuwanderung die Assimilation der Westjuden ins Stocken bringe. Doch diese Argumentation wird für die Sozialdemokraten weniger gewichtig gewesen sein. Entscheidender sind die Vorwürfe Kautskys, die Fremdartigkeit der Ostjuden und ihre berufliche Konkurrenz fördere den Antisemitismus.<sup>244</sup>

Während des Krieges gab es vermehrt Begegnungen zwischen Ostjuden und deutschen Juden, die bedeutsam und folgenreich waren. Neben dem Aufeinandertreffen an der Heimatfront durch die ostjüdischen Arbeitereinwanderungen gab es Kontakte von Kriegsteilnehmern an der Ostfront. Erst die direkte Begegnung mit dem Ostjudentum während des Ersten Weltkrieges war für viele deutsche Juden ein persönlicher Einschnitt. Die Juden Osteuropas galten als potentielle Verbündete der Mittelmächte, denn sie hofften auf Befreiung vom zaristischen Joch. Etwa 100 000 deutsche Juden standen im Ersten Weltkrieg

<sup>241</sup> Heid, *Harry Epstein, op. cit.*, S. 279.

<sup>242</sup> Jochmann, *Antisemitismus, op. cit.*, S. 504.

<sup>243</sup> Heid, *Harry Epstein, op. cit.*, S. 285; *idem, Intelligenz, op. cit.*, S. 339.

<sup>244</sup> Heid, *Intelligenz, op. cit.*, S. 346 f.

unter Waffen, davon 78 Prozent an der Front.<sup>245</sup> An der Ostfront kamen sie bei der Besetzung der polnischen, litauischen und weißrussischen Gebiete in direkten Kontakt mit ihren osteuropäischen Glaubensbrüdern. Sie waren beeindruckt von der Gastfreundschaft, der innigen jiddischen Frömmigkeit, der Solidarität, die ihnen entgegengebracht wurden.<sup>246</sup> Unter den Eindrücken, die das konkrete Zusammentreffen mit der ostjüdischen Kultur in dieser Zeit beschreiben, sind natürlich auch negativ abwertende Darstellungen zu finden, die stereotyp den Ostjuden als schmutzig, laut, roh, unsittlich, unehrlich oder kulturell rückständig diffamieren.

Der Krieg veränderte die Voraussetzung für die künftige Auseinandersetzung mit der „Ostjudenfrage“. Eine vorher eher abstrakte Frage wurde zur persönlichen Angelegenheit. Insbesondere in den Reihen der Zionisten wurde der Ostjude zu einem Gegenmythos, dessen Bild geradezu romantisiert wurde. Konkrete politische Berührungspunkte zwischen Ostjuden und Zionisten gab es nicht. So vermutet Adler-Rudel, daß wahrscheinlich auch kein einziger ausländischer Jude in der Leitung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg tätig gewesen sei.<sup>247</sup> Die erste Generation der Zionisten hatte in dem Ostjuden einen besseren, echteren Juden gesehen, doch war ihre Einstellung dem Ghetto gegenüber ähnlich kritisch wie die der liberalen Juden. Auch zogen sie keine persönlichen Konsequenzen aus der Kenntnis des Ostjudentums, zumal es den wenigsten ein Bedürfnis war, die ostjüdische Kultur kennenzulernen. Im Gegensatz zur ersten Generation der Zionisten hatte die zweite Generation einen direkten, persönlichen Kontakt erfahren. Sie meinten, in den Ostjuden das wahre Volk, einen eigenständigen Organismus, gefunden zu haben.<sup>248</sup>

Politisch sahen die Zionisten in den Ostjuden einen wertvollen, neuen Partner für die zionistische Bewegung. Im Jahre 1923 bezeichnete Alfred Landsberg, der Vorsitzende des ZVfD, die Ostjuden als eine „für unsere Propaganda besonders disponierte Schicht“.<sup>249</sup> Doch die Rekrutierungserfolge sollen äußerst gering gewesen sein. Eine genaue Studie über die Zusammensetzung der ZVfD fehlt.<sup>250</sup> Als überregionaler Vereinigung hatte sich im Jahr 1919 der „Verband der Ostjuden“ gegründet. In der Anfangsphase nahm die zionistische Vereinigung einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Entwicklung der ost-

<sup>245</sup> Reinharz, *Dokumente*, op. cit., S. XXXIV.

<sup>246</sup> Vgl. Reichmann, *Bewußtseinswandel*, op. cit., S. 538.

<sup>247</sup> Adler-Rudel, *Ostjuden*, op. cit., S. 26.

<sup>248</sup> Reichmann, *Bewußtseinswandel*, op. cit., S. 537–545; Maurer, *Ostjuden*, op. cit., S. 27 f. Maurer spricht sogar davon, daß die Zionisten einen „wahren Ostjudenkult“ während des Krieges entwickelt hätten. *Ibid.*, S. 28 u. S. 654.

<sup>249</sup> Maurer, *Ostjuden*, op. cit., S. 663.

<sup>250</sup> *Ibid.*, S. 633. An anderer Stelle schreibt Maurer, daß im Jahre 1923 mehrfach die „glänzende Entwicklung“ der Gruppe der Zionisten aus dem Osten erwähnt wird. *Ibid.*, S. 669.

jüdischen Organisation. Im Jahre 1930 waren etwa 100 Vereine dem Verband angeschlossen. Er hatte ca. 20 000 Mitglieder.<sup>251</sup>

Es entstünde jedoch ein falscher Eindruck, wenn man die Tätigkeit der Zionisten für die Ostjuden nur im Sinne einer Rekrutierungsideologie beschreiben würde. Zu den tatsächlichen, praktischen Arbeiten der Zionisten gehörte die Mitarbeit im Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands sowie die Unterhaltung und Leitung des Jüdischen Arbeitsamtes. Das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands war im Januar 1920 gegründet worden und wurde von einer breiten Basis jüdischer Verbände und Organisationen getragen. Zur finanziellen Unterstützung trug auch das American Jewish Joint Distribution Committee bei.<sup>252</sup> Das Arbeiterfürsorgeamt versorgte mittellose Flüchtlinge mit Essen und Übernachtungen, verteidigte deren legale Rechte und versuchte in Kontakt mit osteuropäischen Diplomaten Pässe zu bekommen. Denjenigen, die Deutschland nicht verlassen wollten, versuchte das Arbeiterfürsorgeamt bei der Arbeitssuche zu helfen.<sup>253</sup> Doch gelegentlich gab es auch von Experten der Ostjudenarbeit aus den Reihen der Zionisten Kritik an unzureichender Hilfeleistung und Unterstützung.<sup>254</sup>

Die Haltung der Mehrheit der deutschen Juden war ambivalent. Die deutschen Juden wahrten gesellschaftliche Distanz, gewährten aber den Ostjuden rechtliche und materielle Hilfe. Robert Weltsch, in der Weimarer Republik Chefredakteur der zionistischen „Jüdischen Rundschau“, urteilt rückblickend, sowohl unter demographischen wie unter kulturellen und sozialen Gesichtspunkten sei die ostjüdische Durch- und Einwanderung in Deutschland von größter Bedeutung gewesen. Doch die Beziehung der assimilierten deutschen Juden zu den weniger oder unterschiedlich assimilierten Juden aus dem Osten sei ambivalent gewesen. Einerseits hätten die deutschen Juden die Verpflichtung zum Beistand für die wegen ihres Judentums verfolgten Personen empfunden, andererseits hätten sie aber nicht gewünscht, mit ihnen identifiziert zu werden. Sie hätten ihre deutsche Loyalität betont und die kulturellen und sozialen Unterschiede zu den Ostjuden hervorgehoben. Für die deutschen bürgerlichen Juden der liberalen Ära, so Weltsch weiter, seien die Ostjuden „unsere Glaubensbrüder aus dem Osten“ gewesen, ein Objekt der Wohltätigkeit, aber nicht Söhne desselben Volkes.<sup>255</sup>

Die osteuropäischen Juden galten als noch nicht emanzipiert. Von ihnen wurde erwartet, daß sie den Emanzipationsprozeß in einer rasanten Geschwindigkeit vollziehen sollten, wofür deutsche Juden einige Generationen gebraucht

<sup>251</sup> *Ibid.*, S. 691.

<sup>252</sup> Eine Auflistung der Gründungsorganisationen ist bei Adler-Rudel, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 71 u. *idem*, ‚East European Jewish Workers in Germany‘, in *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957, S. 151 f. enthalten.

<sup>253</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 114.

<sup>254</sup> Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 660 f.

<sup>255</sup> Robert Weltsch, ‚Introduction‘, in *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957, S. XXI.

hatten. Zugleich wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, sie verzögerten die Normalisierung zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung und würden die „Judenfrage“ durch ihr Auftreten in das Bewußtsein der nichtjüdischen Umwelt rücken. Ganz offen schrieb im Juni 1928 das Israelitische Familienblatt:

„Sagen wir es unverblümt heraus: die Ostjuden sind in Deutschland unbeliebt; nicht bloß bei den Antisemiten, nein Juden, sogar gute Juden, sogar orthodoxe Juden, wünschen von Herzen, ihre ostjüdischen Brüder wären lieber im Osten geblieben.“<sup>256</sup>

Einen Beleg für die vielfach vorhandene Haltung der deutschen Juden gegenüber den Ostjuden liefert auch der Schriftsteller Jakob Wassermann. Aus seiner Abneigung gegenüber den Ostjuden macht er in seinem Essay „Mein Weg als Deutscher und Jude“ kein Hehl: „Sah ich einen polnischen oder galizischen Juden, sprach ich mit ihm, bemühte mich, in sein Inneres zu dringen, seine Art zu denken und zu erleben zu ergründen, so konnte er mich wohl rühren oder verwundern oder zu Mitleid, zur Trauer stimmen, aber eine Regung von Brüderlichkeit, ja nur von Verwandtschaft verspürte ich durchaus nicht. Er war mir vollkommen fremd, und wenn sich keine menschlich-individuelle Sympathie ergab sogar abstoßend.“<sup>257</sup>

Der Ostjude fiel als Jude auf, er stand damit absolut konträr zu den Bestrebungen der Mehrheit der deutschen Juden, sich anzupassen und zu assimilieren. Seine Lebensgewohnheiten, seine Kleidung, der Gebrauch der jiddischen Sprache, waren eine Provokation für die deutschen Juden, denn sie erinnerten sie an eine Vergangenheit, die sie längst vergessen glaubten. Die assimilierten Juden reagierten beunruhigt oder verstört auf die Tatsache, daß mit einem Mal die jiddische Kultur inmitten ihrer liberalen Zivilisation auftauchte. Die Abneigung gegenüber den Ostjuden ist auch in dem Kontext sozialer und kultureller Unterschiede sowie des geminderten Rechtsstatus des Ausländers zu sehen. Der Umgang der deutschen Juden mit den Ostjuden wird auch als ein Klassenproblem eingeschätzt.<sup>258</sup> In den großen Städten wohnten die Ostjuden in ghettoähnlichen Judenvierteln. Das bekannteste war das sogenannte „Scheunenviertel“ im Berliner Osten, unweit des Alexanderplatzes.<sup>259</sup>

Die Herablassung der deutschen Juden gegen den Juden aus dem Osten war auch eine Folge der Ambivalenz der deutschen Juden ihrem Deutschtum gegenüber: einerseits das Unbehagen am Deutschtum, andererseits die Identifikation mit den Deutschen. Die deutschen Juden wußten wohl, daß sie Deutsche waren, doch sie hatten das Gefühl, daß andere Deutsche es nicht immer

<sup>256</sup> Deutschland und die Ostjudenfrage. *Israelitisches Familienblatt*, 28. Juni 1928, 30. Jg., Nr. 26, S. 1.

<sup>257</sup> Wassermann, *op. cit.*, S. 115.

<sup>258</sup> Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 741, Heid, *Harry Epstein*, *op. cit.*, S. 295 f.

<sup>259</sup> Die Vossische Zeitung bezeichnete das Scheunenviertel 1926 als „ein verwahrlostes Stück Berlin“ und als „Schandfleck mitten in der Hauptstadt“. Und das Scheunenviertel? *Vossische Zeitung*, 27. November 1926, Nr. 284.

wüßten. Um ihrer Umwelt ihre Bindung zum Deutschtum zu zeigen, distanzierten sich die deutschen Juden um so deutlicher von ihren osteuropäischen Glaubensbrüdern. Diesen Gedanken der sozialpsychologischen Überkompensation beschreibt Gay für die Berliner Juden:

„Wenn sie sich also von den Ostjuden distanzieren, so richteten Berlins deutsche Juden damit zugleich einen Appell an ihre deutschen Mitbürger, sie voll anzuerkennen – nach dem altherwürdigen Grundsatz, daß zwei, die den gleichen Außenseiter ablehnen, sich nicht gegenseitig verachten werden.“<sup>260</sup>

Wenn man die Anwesenheit der Ostjuden schon nicht verhindern konnte, so war man dringlichst daran interessiert, sie möglichst schnell wieder abzuschieben. Auf der anderen Seite stand ein unbestimmtes Gefühl gemeinsamer jüdischer Herkunft. Verschiedentlich gab es Äußerungen von C. V.-Angehörigen oder Ortsgruppen, die sich offen oder mühsam kaschiert gegen Ostjuden richteten.<sup>261</sup> Die Haltung des Centralvereins basierte auf der Position, die Spannungen, die durch die ausländischen Juden hervorgerufen worden seien, beträfen alle Deutschen und sollten daher als ein Teil des generellen Ausländerproblems in Deutschland angesehen werden.<sup>262</sup> Jedoch reichte der Verweis auf den Handlungsbedarf deutscher Politik in dieser Angelegenheit nicht aus, um das Problem damit abzutun. Die Mitträgerschaft des C. V. für das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands ist – neben seiner karitativen Komponente – in die Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus einzuordnen. Der Mitarbeiter des Arbeiterfürsorgeamts, Dr. Leo Sklarz, erhielt auf Anfrage an den Centralverein nach den Gründen für den Beitritt des Centralvereins zum Arbeiterfürsorgeamt die Antwort, „daß es in Richtung der Centralvereinsarbeit, dem Antisemitismus seine Argumente zu entwenden, lag, wenn er ostjüdischen Zuwanderern, die im Falle ihrer Erwerbslosigkeit durch ihre eventuell unlautere Betätigung begründete Ursache antisemitischer Hetze gewesen wären, zu geordneter Tätigkeit verhalf“.<sup>263</sup>

Obwohl die Flüchtlinge Beifall von orthodoxen Juden für ihre Loyalität zu einem ungebrochenen Judentum erhielten, verloren viele deutsche Juden schnell die Geduld mit ihnen und kritisierten sie zunehmend: ihren Schulkindern fehle es an Disziplin; ihre Religionslehrer seien inkompetent; sie drängten, antiquierte religiöse Praktiken in der Synagoge wiederzubeleben; sie störten in der Gemeinde, da sie die Zionisten wählen würden, und sie würden den größten Teil des Wohlfahrtsfonds verbrauchen, ohne jedoch durch Zeit oder

<sup>260</sup> Gay, *Freud*, *op. cit.*, S. 205.

<sup>261</sup> Beispiele für Äußerungen gegen Ostjuden aus den Reihen des Centralvereins, siehe Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 645f.

<sup>262</sup> Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 645, Aschheim, *Brothers and Strangers*, *op. cit.*, S. 219.

<sup>263</sup> Dr. Leo Sklarz, Die Geschichte und Organisation der Ostjudenilfe in Deutschland seit dem Jahre 1914, Inaugural-Dissertation (Rostock 1926), S. 88. Zitiert nach Adler-Rudel, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 76f.

Geld die anliegenden Arbeiten in der Gemeinde oder im Centralverein zu unterstützen.<sup>264</sup>

Die Ostjuden zahlten selbstverständlich wie die anderen Gemeindemitglieder Steuern an die Gemeinde und durften daher ein Mitspracherecht in den Gemeindeangelegenheiten beanspruchen. Die liberalen Gemeinden fürchteten jedoch, von den Neuankömmlingen majorisiert zu werden. So gab es immer wieder Versuche, den ostjüdischen Gemeindemitgliedern das Wahlrecht vorzu-enthalten. Für eine Beschränkung des Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen auf deutsche Bürger fehlte die rechtliche Grundlage. Die Einführung einer Karenzzeit bis zum Erlangen des Wahlrechts wurde in einigen Gemeinden diskutiert und auch durchgesetzt.<sup>265</sup>

Harsch kritisierte der Duisburger Rechtsanwalt Harry Epstein das Demokratieverständnis der Liberalen: „Die Herren, die das Schicksal der jüdischen Gemeinden bestimmen, sind liberal, sind Mitglied der demokratischen Partei. Sie sind für volle Gleichberechtigung, für allgemeines Wahlrecht, für die Weimarer Verfassung, für das jüdische Sittengesetz, für freie Meinungsbildung, gegen Terror – nach außen! Drinnen rücken sie von den Ostjuden ab, wie Jakob Wassermann. Da gibt es keine Gleichberechtigung, kein Sittengesetz, nur Terror.“<sup>266</sup>

Im Jahre 1924 veröffentlichte der C. V.-eigene Philo-Verlag die Schrift „Die Ostjuden in Deutschland“. Sie war auf die politische Auseinandersetzung und die Wahlen zum Reichstag abgestimmt und wurde aus diesem Anlaß vom Centralverein „in Massen“ verbreitet.<sup>267</sup> Diese Schrift beschreibt die historischen Bedingungen, unter denen viele Ostjuden nach Deutschland kamen, die praktische Lösung der Ostjudenfrage in Deutschland und schildert positive Erfahrungen mit ostjüdischen Arbeitern.

In den Ausgaben der C. V.-Zeitung der späteren Jahre der Weimarer Republik kommen die Ostjuden, ihre Lebensweise, ihre sozialen Probleme oder gar eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Ostjuden und deutschen Juden so gut wie gar nicht vor. Die Not und die Probleme der Ostjuden waren kein Thema

<sup>264</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 117.

<sup>265</sup> Graupe, *op. cit.*, S. 362. Eine teilweise Aufzählung der liberalen Gemeinden, die den Ostjuden das Wahlrecht entzogen, vorenthielten oder versuchten es ihnen streitig zu machen, vgl. Heid, *Harry Epstein*, *op. cit.*, S. 281 f.

In Leipzig beispielsweise wurde das Gewicht der Stimmen der jüdischen Ausländer durch ein Kuriensystem drastisch reduziert. Im Jahr 1927 gab es dort 2942 inländische und 6146 ausländische Wahlberechtigte. Die Inländer wählten 25 Repräsentanten, also 1 Vertreter pro 118 Wähler, die Ausländer nur 8, also 1 Vertreter pro 768 Wähler. Der Antrag des einzigen Poale Zion-Vertreters auf Einführung des gleichen Wahlrechts wurde 1928 abgelehnt, die Liberalen wollten diese Frage nicht einmal erörtern. Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 617.

<sup>266</sup> Zitiert nach Heid, *Harry Epstein*, *op. cit.*, S. 290.

<sup>267</sup> Adler-Rudel, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 84. Hinter dem Pseudonym Rudolf Bertram als Verfasser der Schrift verbirgt sich der Leiter des Arbeiterfürsorgeamts Adler-Rudel, der der Poale Zion, der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation, angehörte.

publizistischer Darstellungen. Die gesellschaftliche Trennung zwischen Ostjuden und deutschen Juden fand in der Nichtbehandlung ostjüdischer Themen in der C. V.-Zeitung ihren Ausdruck. Sofern Ostjuden in der C. V.-Zeitung vorkamen, so spiegelte sich darin die Besorgnis der deutschen Juden wider, mit den Vorurteilen gegenüber den Ostjuden identifiziert zu werden, oder es kam ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den Ostjuden zum Ausdruck.<sup>268</sup>

## 2.4 Demographische und ökonomische Faktoren

### 2.4.1 Demographische Struktur

Die jüdische Bevölkerung in Deutschland während der Weimarer Republik weist einige Besonderheiten und Abweichungen im Vergleich zur gesamten deutschen Bevölkerung in ihrer demographischen Zusammensetzung, geographischen Konzentration und ihrer Berufs- und Sozialstruktur auf. Diese besonderen Merkmale werden nicht ohne ihre historischen Bezüge verständlich.

Die Volkszählung im Juni 1925 ermittelte 564 379 Juden. Diese Zahl entspricht 0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung des Reichsgebiets von 1925.<sup>269</sup> Acht Jahre später bei der nächsten Volkszählung im Juni 1933, ein knappes halbes Jahr nach der Machtergreifung Hitlers, war die jüdische Bevölkerung auf 499 682 Personen gesunken, eine Verminderung um 11,5 Prozent. Der prozentuale Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung war auf 0,8 Prozent zurückgegangen. In Preußen lebten im Jahre 1925 71,6 Prozent der jüdischen Bevölkerung Deutschlands.<sup>270</sup> Bei der Betrachtung der geographischen Verteilung fällt vor allem die Verstädterung der Juden auf.

---

<sup>268</sup> Laßt Euch nicht entmutigen. *C. V.-Zeitung*, 2. Januar 1931, 10. Jg., Nr. 1, S. 5.

<sup>269</sup> Die konfessionelle Kategorie gründete sich auf die Mitgliedschaft in organisierten und rechtlich anerkannten jüdischen Gemeinden. Im Fragebogen wurden die auf diese Weise erfaßten Personen als Glaubensjuden bezeichnet. Bennathan, *op. cit.*, S. 87 f.

<sup>270</sup> Jakob Lestschinsky, *Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandlung, Krise, Ausblick*, Berlin 1932 (Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, VII), S. 52.

Anteil der Juden an der Bevölkerung der deutschen Städte 1925<sup>271</sup>

Einwohnerzahl	Juden in % der ges. jüdischen Bevölkerung	Alle Einwohner in % gesamten Bevölkerung	Juden in % aller Einwohner
1. unter 10 000	17,2	53,3	0,3
2. 10 000–20 000	3,6	6,2	0,5
3. 20 000–50 000	6,0	8,0	0,7
4. 50 000–100 000	6,4	5,7	1,0
5. 100 000 und mehr	66,8	26,8	2,3
	100,0	100,0	0,9

Gut zwei Drittel der Juden in Deutschland konzentrierten sich auf die Großstädte Deutschlands. Ihr Anteil an der Bevölkerung von Großstädten über 100 000 Einwohnern war mehr als zweieinhalbmal so groß wie ihr durchschnittlicher Anteil an der Gesamtbevölkerung. Der Prozeß der Verstädterung hatte innerhalb eines Zeitraumes von siebzig Jahren eine rasante Geschwindigkeit angenommen. Berechnungen zufolge lebten im Jahre 1852 im Gebiet des künftigen Reiches (ohne Elsaß-Lothringen) 16 Prozent der Juden und 8 Prozent der Gesamtbevölkerung in Städten von über 20 000 Einwohnern. Bis 1933 wuchsen die entsprechenden Prozentsätze auf 81 und 43 Prozent an. 1933 befanden sich gar 71 Prozent der Juden, aber nur 30 Prozent der Gesamtbevölkerung in Großstädten von über 100 000 Einwohnern.<sup>272</sup>

Die Hälfte der jüdischen Bevölkerung konzentrierte sich 1925 auf sieben Städte Deutschlands, nämlich Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, Hamburg, Köln, Leipzig und München.

Konzentration der Juden in deutschen Großstädten 1925<sup>273</sup>

Stadt	Juden abs.	in % an der gesamten jüd. Bevölkerung	Juden in % der Gesamtbevölkerung
Berlin	172 672	30,6	4,3
Frankfurt a. M.	29 385	5,2	6,3
Breslau	23 240	4,1	4,2
Hamburg	19 794	3,5	1,8
Köln	16 093	2,8	2,3
Leipzig	12 594	2,2	1,9
München	10 068	1,8	1,5
<i>Gesamt</i>	238 846	50,3	2,9

<sup>271</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 91.

<sup>272</sup> Usiel O. Schmelz, „Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933“, in *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1 (1982), S. 36.

<sup>273</sup> Berechnung der Prozentanteile auf der Grundlage der Angaben von Lestschinsky, *op. cit.*, S. 66.

Die Sonderstellung Berlins als demographischem Zentrum der Juden in Deutschland verfestigte sich im weiteren Verlauf. Bis 1933 stieg der Anteil der jüdischen Bevölkerung Berlins an der Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung Deutschlands bis auf 36 Prozent.<sup>274</sup>

Auch innerhalb der Städte selbst gab es eine Konzentration der jüdischen Bevölkerung. In Berlin beispielsweise wohnten 1925 80 Prozent der gut 173 000 Juden in sechs der zwanzig Verwaltungsbezirke. In Hamburg wohnten 48 Prozent der Juden in den zwei Bezirken Rotherbaum und Harvestehude.<sup>275</sup> Über 80 Prozent der Frankfurter Juden lebten in den vier Stadtteilen westliche, nordwestliche und östliche Außenstadt sowie östliche Neustadt.<sup>276</sup>

Juden in fünf Berliner Verwaltungsbezirken Juni 1933<sup>277</sup>

Bezirk	Absolute jüdische Einwohnerzahl	Jüdische Einwohner in % der Berliner jüd. Ges.-Bev.	Alle Einwohner des Bezirks in % der Berliner Ges.-Bev.	Juden in % aller Einwohner des Bezirks
Charlottenburg	27 013	17,0	8,0	8,0
Wilmerdorf	26 607	16,5	4,7	13,5
Mitte	24 425	15,0	6,3	9,0
Prenzlauer Berg	18 051	11,0	7,4	5,8
Schöneberg	16 261	10,0	5,2	7,3
Berlin	160 564	100,0	100,0	3,8

Gründe für diese Konzentration sind in der Berufs- und Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung zu finden. Aber auch das Bedürfnis, als sich Minorität in einem bekannten sozialen Milieu zu bewegen, spielt eine Rolle.

## 2.4.2 Berufs- und Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung

Die jahrhundertelange Beschränkung ganzer Berufszweige für die Juden hatte in der Berufsstruktur der Juden in der Weimarer Republik noch ihre Spuren hinterlassen. Die allgemeine rechtliche Freisetzung durch den Emanzipationsprozeß bedeutet nicht, daß sich die jüdische Bevölkerung nun gleichmäßig, entsprechend dem Bild der Gesamtbevölkerung, auf die nun alle zugänglichen Berufe verteilte. Dazu war die Ausgangslage zu unterschiedlich. Wenn es den Juden jahrhundertlang nicht gestattet war, sich als Bauern niederzulassen und Grund und Boden zu erwerben oder zu pachten, so war es die logische Konsequenz, daß trotz der rechtlichen Freisetzung im letzten Jahrhundert der

<sup>274</sup> Schmelz, *op. cit.*, S. 36.

<sup>275</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 91, Anm. 5.

<sup>276</sup> *Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt*. Zweite Ausgabe. Enthaltend die Statistik der Jahre 1906/1907 bis 1926/1927, S. 68 f.

<sup>277</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 92.

Anteil der Juden in der Landwirtschaft in der Folgezeit äußerst gering blieb. So ergibt sich für Tätigkeiten im landwirtschaftlichen Bereich eine erhebliche Diskrepanz der jüdischen Berufsstruktur im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Die Anomalie der jüdischen Berufsstruktur bewirkte natürlich eine erhebliche Überrepräsentanz in anderen Berufszweigen. Der traditionelle Broterwerb des Judentums lag zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Handel. Nachstehende Tabelle gibt, so Lestschinsky, die Verteilung der Beschäftigungen unter den preußischen Juden anfangs des 19. Jahrhunderts (ohne Posen) mit ausreichender Genauigkeit wieder:<sup>278</sup>

Großhandel, Bankiers und Fabrikanten	2,0%
Mittelhandel	8,0%
Kleinhandel	40,0%
Hausierer	20,0%
<hr/>	
<i>Insgesamt Handel</i>	70,0%
Handwerker	7,0%
Hausdienst und Bediente	10,0%
Geistliche Synagogebeamte	2,0%
Freie Berufe	1,0%
Ohne Beruf, Unterstützungsempfänger und Bettler	10,0%
<hr/>	
<i>Zusammen</i>	100,0%

Der Wandel der jüdischen Berufsstruktur soll an dieser Stelle nicht im einzelnen bis zur Weimarer Republik nachgezeichnet werden. Die kurze Beschreibung der Berufsgliederung des deutschen Judentums zur Zeit der Anfänge der Emanzipation zeigt, daß die Juden im wirtschaftlichen Bereich eine Sondergruppe bildeten. Der ökonomische Integrationsprozeß der Juden in die Gesellschaft ist von diesem Ausgangspunkt zu betrachten.

Die folgende Tabelle belegt die Umschichtungen innerhalb der jüdischen Berufsstruktur, die als Ausdruck der wachsenden Annäherung der jüdischen Bevölkerung an die Gesamtstruktur zu verstehen sind. Zugleich belegt sie aber auch, daß von einer Anpassung der jüdischen Berufsstruktur an die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung keineswegs die Rede sein kann.

<sup>278</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 21. Zu den Quellen und Zahlen für das 19. Jahrhundert *ibid.*, S. 21 ff.

Die Erwerbstätigen und berufslosen Selbständigen bei den Juden und Nichtjuden in Preußen (1925)<sup>279</sup>

Wirtschaftsabteilung	Juden			Nichtjuden	
	absolut	in % an der jüd. Bev.	in % sämtl. Erwerbs- pers.	absolut	in % der nichtjüd. Bev.
Handel und Kredit*	111 384	49,3	4,89	2 164 398	9,8
Verkehrswesen	804	0,4	0,08	971 559	5,1
Industrie und Handwerk	49 318	21,9	0,63	7 722 481	36,7
Landwirtschaft	3 324	1,5	0,06	5 589 820	26,6
Freie Berufe, Beamte, Kirche, Heereswesen	19 621	8,7	1,54	1 257 843	6,0
Häusliche Dienste, Lohnar- beit wechselnder Art	6 338	2,8	0,58	1 085 097	5,1
Ohne Beruf und Berufsangabe	34 734	15,4	1,52	2 250 312	10,7
Insgesamt	225 523	100,0	1,06	21 041 510	100,0

\* Einschließlich Gast- und Schankwirtschaft und Versicherungswesen

Der Anteil der im Handel Beschäftigten ist bei den Juden fünfmal so groß wie bei den Nichtjuden; in den freien Berufen und bei den Beamten liegt die Quote eineinhalbmal so hoch wie bei den Nichtjuden, und schließlich ist der Anteil der Juden in der Abteilung „Ohne Beruf und Berufsangabe“ eineinhalb mal so stark besetzt wie bei den Nichtjuden. Umgekehrt liegen die Quoten der Nichtjuden in Industrie und Handwerk und in der Landwirtschaft deutlich höher als bei den Juden.

In dieser Tabelle sind die berufslosen Selbständigen mitaufgeführt. Die Tabelle gibt nicht das Bild der beruflichen Gliederung der wertschaffenden Erwerbstätigen wieder. Durch eine Ausschließung der berufslosen Einkommensgenießer ändern sich jeweils die Prozentpunkte. Das Verhältnis zwischen den jüdischen und nichtjüdischen Quoten erfährt durch die Ausschließung der berufslosen Selbständigen fast keinerlei Veränderung.<sup>280</sup>

Stellt man die jüdische und die nichtjüdische Bevölkerung im großstädtischen Bereich gegenüber, indem man die Berufsgliederung der Erwerbstätigen Berlins

<sup>279</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 75. Berechnung der Juden in % sämtlicher Erwerbspersonen auf der Grundlage der Angaben von Lestschinsky. Die Gliederung der Wirtschaftsabteilungen bei Lestschinsky entspricht nicht ganz der Einteilung, wie sie bei der Volkszählung 1925 vorgenommen wurde. Bei der Volkszählung gab es 7 Wirtschaftsabteilungen, die in 27 Wirtschaftsgruppen untergliedert wurden. Innerhalb der 27 Wirtschaftsgruppen gab es noch einmal eine Diversifizierung in 166 Wirtschaftszweige. Die 7 Wirtschaftsabteilungen waren: A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei; B. Industrie einschl. Bergbau und Baugewerbe; C. Handel und Verkehr einschl. Gast- und Schankwirtschaft; D. Verwaltung, Heereswesen, Kirche, freie Berufe; E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe einschl. Wohlfahrtspflege; F. Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit; G. Ohne Beruf und Berufsangabe. Vgl. Silbergleit, *op. cit.*, S. 85\*ff.

<sup>280</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 76.

betrachtet, fällt auf, daß die Quote der im Handel beschäftigten nichtjüdischen Personen in besonders hohem Maße ansteigt. Die Diskrepanz zwischen jüdischer und nichtjüdischer Berufsgliederung ist hier erheblich geringer als in der obigen Tabelle. Der Anteil der im Handel und Kreditwesen jüdischen Erwerbstätigen war 1925 lediglich gut doppelt so groß wie der der in dieser Wirtschaftsabteilung beschäftigten nichtjüdischen Erwerbstätigen.

Berufsgliederung der Erwerbstätigen Berlins(1925)<sup>281</sup>

Wirtschaftsabteilung	abs.	Juden in %		in % sämt. Er- werbs- pers.	Nichtjuden		
		mit berufslose Selbständige	ohne		abs.	in % mit berufslose Selbständige	ohne
Handel und Kredit Verkehrswesen	43 763 326	43,7 0,3	51,8 0,4	8,46 0,24	473 520 133 028	20,0 5,6	22,6 6,3
Industrie und Hand- werk	26 780	26,7	31,7	2,39	1 091 831	46,2	52,0
Landwirtschaft	121	0,1	0,1	0,61	19 759	0,8	0,9
Freie Berufe, Beamte Kirche, Heereswesen	6 854	6,6	7,8	4,01	164 249	7,0	7,8
Gesundheitswesen und Wohlfahrt	4 557	4,6	5,4	7,14	59 283	2,5	2,8
Häusl. Dienste, Lohn- arb. wechsl. Art	2 409	2,4	2,8	1,50	157 737	6,7	7,6
Ohne Beruf und Be- rufsangabe	15 653	15,6	—	5,62	263 092	11,2	—
<i>Zusammen</i>	<i>100 193</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>4,07</i>	<i>2 362 499</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Die Unterschiede in der Berufsstruktur zwischen Juden und Nichtjuden verschärfen sich, betrachtet man Staaten, in denen die Landwirtschaft eine weitaus wichtigere Rolle spielte. Innerhalb der Gliederung der jüdischen Erwerbstätigkeit nimmt der Anteil der im Handel und Kreditwesen Beschäftigten zu. Dies verwundert zunächst, da man erwartet, daß in Staaten mit hoch entwickelter Industrie der Handel auch mit aufblüht. Plausibel wird dies jedoch, zieht man die zuvor geschilderte Ausgangssituation im letzten Jahrhundert in Betracht. In dem Maße, wie durch die Industrialisierung neue Wirtschaftsbereiche geschaffen wurden, wendeten sich die Juden den außerhalb des Handels liegenden Berufen zu.

Gliederung der Erwerbstätigen (ohne berufslose Selbständige) bei Juden und Nichtjuden in Bayern 1925<sup>282</sup>

Wirtschaftsabteilung	Juden			Nichtjuden	
	absolut	in % der jüd. Bev.	in % sämtlicher Erwerbspers.	absolut	in % der nichtjüd. Bev.
Handel und Kredit	14 056	66,2	3,87	348 681	8,9
Verkehr	130	0,6	0,09	136 732	3,5
Industrie und Handwerk	4 031	19,0	0,30	1 331 540	33,8
Landwirtschaft	776	3,6	0,04	1 734 622	44,0
Öffentliche Dienste und freie Berufe	1 123	5,3	0,64	174 004	4,4
Gesundheitswesen und Wohlfahrt	714	3,4	1,16	60 575	1,5
Häusl. Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art	403	1,9	0,26	153 104	3,9
Zusammen	21 233	100,0	0,54	3 939 258	100,0

In eher traditionell geprägten Regionen hat anscheinend der ökonomische Integrationsprozeß der jüdischen Bevölkerung nicht in dem Tempo stattgefunden, wie dies für eher industriell geprägte Regionen oder gar die Großstädte gilt. Infolgedessen ist für die Großstädte eine fortgeschrittene Annäherung der Gliederung der jüdischen Erwerbstätigkeit an die der Nichtjuden zu verzeichnen. Ob die Juden zu dieser Entwicklung genötigt wurden oder ob dieser Prozeß ein freiwilliger war, darauf möchte sich Jakob Lestschinsky nicht festlegen: „Das statistische Material vermag keine Antwort darauf zu erteilen. Historische Ueberlegungen scheinen dafür zu sprechen, daß in den Vorkriegsjahren die zweite Eventualität für die Gestaltung der Berufswahl bei den Juden maßgebend war, in der Nachkriegszeit aber, nach den ruinösen Inflationsjahren, die besonders den jüdischen Mittelstand trafen, und im Verlauf der weiteren wirtschaftlichen Krise war es die nichtjüdische Konkurrenz, die die jüdischen Handelstreibenden aus ihren Stellungen verdrängte und der Industrie zutrieb, jedoch nicht in die Reihen der Unternehmer und ebensowenig in die führenden Stellungen, sondern in die Reihen der Arbeiter und des niederen Angestelltenpersonals.“<sup>283</sup>

Neben der besonderen Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung gegenüber der nichtjüdischen belegen die vorherigen Tabellen, daß in keiner Wirtschaftsabteilung von einer Dominanz der Juden die Rede sein kann. So liegt in Preußen der höchste jüdische Anteil im Handel und Kreditwesen bei 4,89 Prozent.

Betrachtet man die Wirtschaftsgruppen, so ergibt sich auch hier eine Konzentration der jüdischen Erwerbstätigen in einigen Bereichen. Lestschinsky ermittelte verhältnismäßig hohe Werte für den Prozentsatz der Juden in den Wirtschaftsgruppen, die einen privaten Charakter tragen und in welchen die persön-

<sup>282</sup> *Ibid.*, S. 80.

<sup>283</sup> *Ibid.*, S. 82.

lichen Qualitäten und Fertigkeiten die größte Rolle im Konkurrenzkampf spielen.<sup>284</sup>

Verteilung der Juden in den einzelnen Industriegruppen<sup>285</sup>

Industriegruppe	abs.	%	% Anteil im Verhältnis zur Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten	
			b. d. Juden	b. d. Nichtjuden
Bekleidungsindustrie	21 881	2,30	44,38	12,06
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	7 854	1,01	15,93	10,00
Textil-Industrie	2 511	0,51	5,09	6,24
Elektrotechnische Industr.	2 507	0,69	5,08	4,65
Baugewerbe	2 157	0,21	4,37	13,22
Papierindustrie	2 133	0,79	4,32	3,46
Herstellung v. Eisen und Metallwaren	1 831	0,32	3,71	7,37
Maschinen, Apparate und Fahrzeugbau	1 831	0,26	3,71	9,22
Holzgewerbe	1 817	0,36	3,68	6,56
Chemische Industrie	1 693	0,80	3,43	2,72
Leder-Industrie	942	1,13	1,91	1,07
Eisen- und Metallgewinnung	726	0,15	1,47	6,29
Industrie d. Steine u. Erden	507	0,13	1,03	4,86
Bergbau u. Salinenwesen	355	0,05	0,72	9,84
Musikinstrumente und Spielwarenindustrie	220	0,81	0,45	0,35
Kautschuk u. Asbest-Ind.	197	0,42	0,40	0,61
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsversorgung	156	0,15	0,32	1,38
	49 318	0,63	100,00	100,00

Auffallend ist in dieser Tabelle der hohe Anteil der Bekleidungsindustrie. Nimmt man als Bezugsgröße die Gesamtheit der jüdischen bzw. nichtjüdischen Erwerbstätigen, so waren beschäftigt in der Bekleidungsindustrie im Jahre 1925:

bei den Juden                    11,5%  
bei den Nichtjuden            5,0%.

Allein in Berlin konzentrierten sich fast zwei Drittel (65,5%) aller jüdischen Erwerbstätigen aus der Bekleidungsindustrie.<sup>286</sup> Die Textilwirtschaft gehört zu den wenigen Wirtschaftszweigen, in denen ein extrem hoher jüdischer Anteil am Gesamtvolumen zu verzeichnen ist. Dort waren nicht nur viele Juden in der Fertigung beschäftigt, auch eine erhebliche Anzahl von Firmen in der Fertigung und noch mehr im Handel sowie Vertrieb waren in jüdischem Besitz. Unter den im Deutschen Reich im Jahr 1930 tätigen 6 382 Firmen in der Textilproduktion (Spinnereien, Webereien) waren 1 127 in jüdischer Hand. Dies entspricht einem

<sup>284</sup> *Ibid.* S. 101.

<sup>285</sup> *Ibid.*, S. 97.

<sup>286</sup> *Ibid.*, S. 99f.

Prozentanteil von 17,7. Allein in Berlin waren 42,9 Prozent der in diesem Bereich fertigenden Firmen in jüdischem Besitz.<sup>287</sup>

Im Textilwaren-Großhandel (Gruppe II) erhöht sich der jüdische Anteil, berechnet für das Deutsche Reich im Jahr 1930, auf 39,4%, in Berlin waren es gar 61,5%. Im einzelnen ergibt sich folgender Überblick:

Jüdischer Anteil in der Textilwirtschaft im Jahre 1930<sup>288</sup>

Gruppe		Gesamtzahl der Firmen	Hiervon jüdisch	Anteil in %
I.	Spinnereien, Webereien, usw.	6382	1127	17,7%
II.	Textilwaren-Großhandlungen, *	9984	3938	39,4%
III.	Wirkereien und Strickereien	4926	983	20,0%
IV.	Großhandel mit Wirk- und Strickwaren	2874	1120	38,9%
V.	Posamentenfabriken	840	142	16,9%
VI.	Damen- u. Mädchenbekleidungsfabriken	1349	579	42,9%
VIa.	Damen- u. Mädchenbekleidungs-Großhandl.	133	81	60,9%
VII.	Damenmäntel-Fab. u. Großhandlungen	259	185	71,4%
VIII.	Herren- und Knabenkonfektion	661	390	59,0%
VIIIa.	Herren- und Knabenbekl.-Großhandl.	86	44	51,1%
Zusammen		27494	8589	=31,2%

\* einschl. Großhandel mit Gespinsten und Geweben aller Art

Auch für den weiteren Vertrieb bis zum Endverbraucher war der jüdische Anteil entscheidend. Für die frühen Dreißiger Jahre wird geschätzt, daß der jüdische Anteil im Einzelhandel 62 Prozent am gesamten deutschen Einzelhandelsumsatz in Bekleidungswaren ausmachte.<sup>289</sup> Ein derartig starkes jüdisches Engagement in einem Wirtschaftszweig hatte im Falle einer Krise natürlich eminente Auswirkungen auf die soziale Lage zahlreicher jüdischer Familien. Neben der Textilwirtschaft waren der Metallhandel, das Bankwesen und der Getreidehandel Wirtschaftszweige, in denen Juden in verhältnismäßig großer Anzahl tätig waren.<sup>290</sup>

Der Waren- und Produkthandel bildete den Wirtschaftsbereich mit dem bedeutendsten jüdischen Anteil in Deutschland. Obschon einige der bekanntesten Warenhäuser von Juden geführt wurden, wird vermutet, daß der Großteil jüdischer Unternehmen bis zuletzt klein bis mittelgroß geblieben ist.<sup>291</sup> Im

<sup>287</sup> Alfred Marcus, *Die wirtschaftliche Krise des deutschen Judentums*, Berlin 1931, S. 72. Die Liste enthält im einzelnen folgende Fertigungsstätten: Spinnereien, Webereien, Zwirnereien, einschl. Spulereien und Windereien, Nähfaden-, Garn-, Kunstseide-, Kunstwolle-, Kunstbaumwolle-, Putzwolle-, Polstermaterial-, Watte-, Filz-, Tuch-, Teppich-, Sack-, Planen-, Zelte-, und Decken-Fabriken.

<sup>288</sup> *Ibid.*, S. 92.

<sup>289</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 114.

<sup>290</sup> Vgl. dazu ausführlich, Marcus, *op. cit.*; Hans Mommsen, 'Zur Frage des Einflusses der Juden auf die Wirtschaft in der Zeit der Weimarer Republik', in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 362ff.

<sup>291</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 113.

Einzelhandel führten die Juden vornehmlich mittelständische Spezialgeschäfte. Schätzungen zufolge beschäftigten die 6,5 Prozent aller Einzelhandelsbetriebe im jüdischen Besitz sowohl 1928 wie 1932 etwa ein Viertel aller in dieser Branche tätigen Personen. Im letztgenannten Jahr soll auf die jüdischen Einzelhandelsbetriebe ungefähr ein Viertel des gesamten Einzelhandelsumsatzes entfallen sein.<sup>292</sup>

Noch markanter als in der Berufsgliederung sind die Unterschiede in der sozialen Stellung im Beruf zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung. Auffällig ist hier der hohe Anteil an Selbständigen und Angestellten und der dagegen geringe Anteil an Arbeitern unter den Juden. Von den 190 789 jüdischen Erwerbstätigen im Jahre 1925 waren 90 695 oder 47,5 Prozent selbständig (ohne die Heimarbeiter). Unter der jüdischen Bevölkerung war der Anteil der Selbständigen mehr als dreimal so groß wie unter den Nichtjuden; auch die Angestellten waren bei den Juden fast doppelt so häufig vertreten wie bei den Nichtjuden. Umgekehrt hingegen lagen die Verhältnisse bei den Arbeitern; dort verzeichneten die Nichtjuden eine mehr als fünfmal so hohe Quote als die Juden.<sup>293</sup>

	Bei Juden	Bei Nichtjuden
Eigentümer und Pächter	44,9	14,4
Leitende Beamte	2,6	0,7
<i>Zusammen Selbständige</i>	<i>47,5</i>	<i>15,1</i>
Techn. Angestellte u. Beamte	3,9	5,0
Aufsichtspersonal	0,2	1,3
Kaufm. Angestellte u. Beamte	29,7	10,9
<i>Zusammen Angestellte</i>	<i>33,8</i>	<i>17,2</i>
Arbeiter m. Berufsausbildung	5,8	32,0
Arbeiter ohne Berufsausbildung	2,6	16,1
Heimarbeiter	0,8	0,7
<i>Zusammen Arbeiter</i>	<i>9,2</i>	<i>48,8</i>
Mithelfende Familienangehörige	7,5	15,5
Hausangestellte	2,0	3,4
<i>Zusammen</i>	<i>9,5</i>	<i>18,9</i>
	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Diese Tabelle verzeichnet keinen Unterschied zwischen Angestellten und Beamten, sondern summiert beide Gruppen unter den Angestellten. Betrachtet man nur die Lohnempfänger, so waren unter den Juden dreimal so viel Angestellte zu finden wie unter den Nichtjuden. Der unterproportionale Arbeiteranteil unter den Juden reduziert sich etwas im Vergleich zur vorherigen Tabelle, da die große Gruppe der Selbständigen aus der Verteilung herausgenommen wurde.

<sup>292</sup> *Ibid.*, S. 114.

<sup>293</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 113.

Verteilung der Lohnempfänger<sup>294</sup>

Stellung im Beruf	Bei Juden	Bei Nichtjuden
Technische Angestellte und Aufsichtspersonal	9,3	9,1
Kaufmännische Angestellte	65,9	15,3
<i>Zusammen Angestellte</i>	75,2	24,4
Qualifizierte Arbeiter	13,0	45,7
Unqualifizierte Arbeiter	5,7	24,1
Heimarbeiter	1,7	1,0
<i>Zusammen Arbeiter</i>	20,4	70,8
Hausangestellte	4,4	4,8
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0

Unter der jüdischen Arbeiter- und Angestelltenschaft gab es eine starke Konzentration in der Bekleidungsindustrie. Die Bekleidungsindustrie in Preußen resorbierte allein zwei Fünftel aller jüdischen Angestellten in der Industrie. Von den 11 406 jüdischen Arbeitern Preußens, die in der Industrie beschäftigt waren (ohne die Heimarbeiter), waren allein 4807 (42,1%) in der Bekleidungsindustrie beschäftigt.<sup>295</sup>

„Bekleidung, Warenhäuser und Lebensmittel, in dieser Reihenfolge, trugen am meisten zu dem von Juden erreichten Geschäftsumsatz bei. Die durchschnittliche Größe, gemessen an Angestellten und Umsatz, war demzufolge bedeutender für jüdische Geschäfte als für andere. Auch waren jüdische Angestellte im Einzelhandel vorwiegend in jüdischen Geschäften zu finden: 33 000 gegenüber 15 000 in nichtjüdischen Firmen.“<sup>296</sup>

Langfristig hat der Anteil an jüdischen Lohnempfängern zugenommen. 1925 waren nahezu 50 Prozent unter den jüdischen Erwerbstätigen Lohnempfänger; unter den nichtjüdischen waren es gut 70 Prozent. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hatten sich noch 70 bis 80 Prozent der Juden als selbständige Kleinkrämer und Hausierer ihren Unterhalt verdient. Lestschinsky sieht in diesem Wandel eine Annäherung an die Struktur der nichtjüdischen Bevölkerung.<sup>297</sup> Die Einschätzung der „Normalisierung“ wird in der Literatur als ein aus der aktuellen Situation zu erklärendes „wishful thinking“ kritisiert. Eine Tendenz einer jüdischen „Produktivisierung“, d. h. eine Hinwendung zu manuellen Berufen oder gar „Proletarisierung“ ließe sich aus den statistischen Daten allein nicht herauslesen.<sup>298</sup>

Für die Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung ergibt sich insgesamt ein

<sup>294</sup> *Ibid.*, S. 116.

<sup>295</sup> *Ibid.*, S. 126.

<sup>296</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 114.

<sup>297</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 112.

<sup>298</sup> Abraham Barkai, ‚Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik‘, in Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Die Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 334.

überwiegend mittelständisch geprägtes Bild, ohne daß man dabei aufgrund des Datenmaterials eine genaue Abgrenzung zur Oberschicht oder Unterschicht vornehmen könnte. Es soll jedoch nicht verhehlt werden, daß eine derart typisierende Beschreibung Schwierigkeiten bereitet und auf tönernen Füßen steht. Die Angestellten repräsentieren ebenso wenig von ihrer Qualifikations- und Tätigkeitsart noch von ihrer Wirtschaftslage her die Mittelschicht, wie die Arbeiter die Unterschicht.<sup>299</sup> Das vorliegende Zahlenmaterial gibt wenig Aufschluß, wieviele der jüdischen Angestellten gehobener Positionen innehatten oder wieviele der jüdischen Angestellten zu niedrigeren Gehaltsgruppen zu zählen wären. Auch der Selbständigenbereich müßte diversifiziert werden, fallen doch unter diese Gruppe sowohl ein wohlhabender Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei oder ein Fabrikbesitzer, als auch ein am Rande der Existenz wirtschaftender Ladenbesitzer oder ein nur mit Hilfe seiner Frau arbeitender Flickschuster. Arme und Reiche, Angehörige der wirtschaftlichen Elite wie Proletarier, werden zusammengeworfen.<sup>300</sup>

Das jüdische Steueraufkommen überstieg in manchen Städten, Stadtteilen und Regionen das der Gesamtbevölkerung um das Drei- und Vierfache. Dabei handelt es sich jedoch um Durchschnittszahlen, deren Interpretation zu trügerischen Ergebnissen führen kann. Im Vergleich zu ihrer eigentlichen Bezugsgruppe, dem städtischen Mittelstand der Jahre 1925 oder 1933, verringert sich der Vorsprung der jüdischen Bevölkerung erheblich oder schlägt bei einzelnen Berufsgruppen gar in das Gegenteil um.<sup>301</sup>

Abschließend soll wiederum der Anteil der jüdischen Bevölkerung an den einzelnen sozialen Gruppen der Gesamtbevölkerung betrachtet werden. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 betrug der prozentuale Anteil der Juden in Preußen in sämtlichen Wirtschaftsabteilungen in den einzelnen Berufstellungen<sup>302</sup> unter den

---

<sup>299</sup> Basierend auf einer Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (1931), ordnete Rössiger 16% der Angestellten der Oberschicht, 42% der Mittelschicht, 42% der Unterschicht zu. Speier meint, man müsse diese Zahlen zugunsten der unteren Gruppe verändern, um ein wirklichkeitstreueres Bild zu erhalten. Hans Speier, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933*, TB-Ausgabe, Frankfurt 1989, S. 74 f.

<sup>300</sup> Bennathan zitiert in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Kriterien Geigers, um eine weitere Klassifikation der Selbständigen vorzunehmen. Nach einem Kriterium Geigers befanden sich im Jahre 1925 2,5% der Selbständigen in einer „kapitalistischen“, 55% in einer „mittleren“ und die übrigen 42,5% in einer „proletarischen“ Situation. Die Unterschiedslinie zwischen den drei Gruppen wurde je nach Funktion und Umfang der Produktionsmittel gezogen, die den einzelnen Individuen zur Verfügung standen. Diese Befunde beziehen sich auf die gesamte deutsche Bevölkerung. Da dieses Kriterium nicht ohne weiteres auf den jüdischen Bevölkerungsteil übertragbar ist, macht Bennathan keine Angaben über eine mögliche Aufschlüsselung unter den jüdischen Selbständigen. Bennathan, *op. cit.*, S. 123.

<sup>301</sup> Barkai, *Minderheitsgruppe*, *op. cit.*, S. 338.

<sup>302</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 120.

	%
Eigentümern und Pächtern	3,1
Leitenden Beamten	3,5
<i>Insges. unter den Selbständigen</i>	<i>3,1</i>
Kaufm. Angestellten und Beamten	2,8
Technischen Angestellten und Beamten	0,8
Aufsichtspersonal	0,2
<i>Insges. unter den Angestellten und Beamten</i>	<i>2,0</i>
Arbeitern mit Berufsausbildung	0,2
Arbeitern ohne Berufsausbildung	0,2
Heimarbeitern	1,1
<i>Insges. unter den Arbeitern</i>	<i>0,2</i>
Hausangestellten	0,5
Mithelfenden Familienangehörigen	0,5
<i>Zusammen</i>	<i>1,0</i>

Die dargelegten Zahlen geben Aufschluß über die ökonomische und soziale Gliederung der jüdischen Gesamtheit Deutschlands. Sie sagen nichts aus über den Grad des spezifischen Einflusses der Juden im deutschen Wirtschaftsleben. Nach außen hin hat sicherlich die wirtschaftliche Tätigkeit eines Georg Tietz mehr Beachtung gefunden als die von tausend jüdischen Schneidern und dementsprechend ein Klischee jüdischer Wirtschaftstätigkeit geprägt. Es soll auch hier nicht weiter auf die Topographie der jüdischen Wirtschaftsmacht in jüdischem einzelnen eingegangen werden.<sup>303</sup> Doch verteilten sich die Firmen, die im Besitz oder unter jüdischer Leitung standen, über die verschiedenen Industriezweige nicht im gleichen Verhältnis wie die jüdischen Erwerbspersonen – selbst rein zahlenmäßig betrachtet, ohne Berücksichtigung von Unterschieden der Größe, Umsatzes und des wirtschaftlichen Erfolges.<sup>304</sup>

### 2.4.3 Inflation und Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf das jüdische Wirtschaftsleben

Die Literatur zur deutsch-jüdischen Geschichte hat in den letzten Jahren einen beachtlichen Umfang angenommen. In der Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der Juden konkurrieren biographisch geprägte Ansätze mit strukturanalytischen Vorgehensweisen. Dennoch stellt sich die Situation für den Bereich der wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen nicht befriedigend dar. Für die Zeit der Weimarer Republik besitzen die Hyperinflation 1923 und die Ende der Zwanziger Jahre einsetzende Weltwirtschaftskrise eine besondere Bedeutung,

<sup>303</sup> Vgl. dazu Werner E. Mosse, *Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Élite 1820–1935*, Oxford 1987, S. 323–379.

<sup>304</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 109.

die weit über den ökonomischen Aspekt hinausgeht. Dennoch fehlt bisher eine systematische Untersuchung zur Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Juden in der Weimarer Republik, die zugleich die Auswirkungen der Inflation und der Weltwirtschaftskrise auf die jüdische Bevölkerung analysiert.<sup>305</sup> Die Veränderungen im ökonomischen Bereich während des Untersuchungszeitraums können für das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung von Bedeutung sein.

Berechnungen zufolge verloren die Geld- und Sachbesitzer in der Inflationszeit rund 150 Milliarden Mark in Form von Sparguthaben, Hypotheken, Obligationen, Aktien, Rentenkapital bei Versicherungen sowie als Sachbesitzer, die ihren Besitz veräußerten. Von dieser Summe erhielten einige Personengruppen etwa 70 Milliarden Mark zurückerstattet, die restlichen 80 Milliarden Mark waren unrettbar verloren gegangen.<sup>306</sup> Mit welchem Anteil die Juden an dieser Gesamtsumme beteiligt waren, läßt sich nicht genau ermitteln. Angenommen wird, daß das deutsche Judentum in diesen Jahren 4 bis 5 Milliarden Mark eingebüßt hat. Entsprechend belief sich der prozentuale Anteil am Schaden zwischen fünf und sechs Prozent. Damit befände sich die jüdische Bevölkerung überproportional unter den Geschädigten.<sup>307</sup>

Die Entwertung von Kapitalrücklagen wirkte sich auf die jüdische Wohlfahrtspflege aus. Allein die Berliner Jüdische Gemeinde verlor zwanzig Millionen Mark, eine Summe, die auf der Berechnungsgrundlage von 1924 für die Ausstattung des Wohlfahrtsprogramms in den folgenden dreizehn Jahren ausgereicht hätte.<sup>308</sup> Zudem wurde beklagt, daß die Inflationsperiode die finanziellen Rücklagen jüdischer Stiftungen zunichte gemacht und somit „katastrophale Folgen“ auf religiösem, kulturellem und sozialem Gebiet gehabt habe.

Zu den Inflationsgeschädigten gehörte in erster Linie der Mittelstand. Vor allem Rentner waren von der Entwertung ihrer Ersparnisse und Pensionen betroffen, eine Personengruppe, die unter der jüdischen Bevölkerung nicht unerheblich war, da die jüdische Altersstruktur eine erhebliche Überalterung aufwies.<sup>309</sup> Das ökonomische Schicksal der jüdischen Selbständigen, der größten sozialen Gruppe unter den Juden, hing vor allem davon ab, ob Wertanlagen eher in Geld oder Sachgegenständen festgelegt waren und ob es ihnen gelang, flexibel auf die ökonomische Situation zu reagieren. Für den jüdischen Handel sieht Niewyk strukturelle Wettbewerbsnachteile, die sich durch die Inflation ergeben hätten: „A few of them made fortunes, and a smaller number were

<sup>305</sup> Der erste Versuch, dieses Defizit zu beseitigen, ist von Donald L. Niewyk, ‚The Impact of Inflation and Depression on the German Jews‘, in *Year Book XXVII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, unternommen worden.

<sup>306</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 158.

<sup>307</sup> *Ibid.*, S. 158.

<sup>308</sup> Niewyk, *Inflation and Depression*, *op. cit.*, S. 25.

<sup>309</sup> Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933 waren knapp 16 Prozent der Juden 60 Jahre und älter. *Statistik des deutschen Reiches*, Bd. 451, H. 5, S. 17.

forced to file for bankruptcy. The rest – probably the vast majority of them – survived inflation and stabilisation, but weakened in capital assets and in ability to compete the commercial giants that emerged from war and inflation.“<sup>310</sup>

Um die Existenzschwierigkeiten des jüdischen Mittelstandes etwas auffangen zu können, wurde mit Hilfe der Berliner Jüdischen Gemeinde und entsprechenden Förderern eine Darlehenskasse ins Leben gerufen, die versuchen sollte, vor allem Selbständigen, die vor dem finanziellen Ruin standen, mit langfristigen Krediten zu versorgen.<sup>311</sup> Einen Hinweis auf die Auswirkungen der Inflation auf den jüdischen Mittelstand kann die Entwicklung der Studentenzahlen in Preußen geben:

Studentenzahlen in Preußen nach Konfessionen im SS 1911 und SS 1925<sup>312</sup>

Konfession	SS 1911		SS 1925	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Evangelisch	16 421	1 071	16 892	1 989
Katholisch	7 171	322	8 339	1 153
Jüdisch	2 005	207	1 336	340
Sonstige	246	58	1 180	157

Gegenüber dem Sommersemester 1911 stiegen die absoluten Studentenzahlen im Sommersemester 1925 für die beiden großen Konfessionen und die Gruppe der Sonstigen an. Die Anzahl der jüdischen Studenten und Studentinnen ging im gleichen Zeitraum von 2 212 auf 1 676 zurück, was einem Rückgang von rund 25 Prozent entspricht. Zwar nahm die Zahl der jüdischen Studentinnen gegenüber dem Kaiserreich zu, das Absinken der männlichen jüdischen Studierenden von 2 005 auf 1 336 bedeutete aber einen deutlichen Rückgang um 34 Prozent. Die Zahlen wurden von jüdischer Seite als Beleg für den Zusammenbruch des jüdischen Mittelstandes gewertet, der infolge seiner Verarmung die Kosten eines akademischen Studiums nicht mehr tragen konnte.<sup>313</sup>

Zahlen, die Aufschluß über die jüdische Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise geben, sind selten. Die Statistik der Landesarbeitsämter berücksichtigte nicht die Konfession der Arbeitslosen. Zahlenangaben stammen hauptsächlich aus Einrichtungen innerhalb der jüdischen Wohlfahrtspflege. Das orthodoxe Journal „Der Israelit“ schätzte im Februar 1932 die Zahl der jüdischen Arbeitslosen für das Jahr 1932 auf fünfzigtausend.<sup>314</sup> Dies würde eine Arbeitslosenquote unter den jüdischen Erwerbstätigen von 20,8% bedeuten, nimmt

<sup>310</sup> Niewyk, *Inflation and Depression*, op. cit., S. 21.

<sup>311</sup> Der jüdische Mittelstand von ehemals und heute. *C. V.-Zeitung*, 19. Dezember 1924, 3. Jg., Nr. 51, S. 821.

<sup>312</sup> Rückgang der jüdischen Studierenden Preußens. *C. V.-Zeitung*, 2. Juli 1926, 5. Jg., Nr. 27, S. 359.

<sup>313</sup> *Ibid.*

<sup>314</sup> Niewyk, *Inflation and Depression*, op. cit., S. 28. Niewyk steht dieser Zahl eher vorsichtig gegenüber.

man die Zahl der jüdischen Erwerbstätigen der Volkszählung 1933 als Berechnungsgrundlage. Zum Vergleich: Im Frühjahr 1932 standen 12,5 Millionen Beschäftigten mehr als sechs Millionen Arbeitslose gegenüber.<sup>315</sup>

Die 6032 registrierten jüdischen Arbeitssuchenden in Frankfurt im Jahr 1930 machten mehr als ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung aus. Im Jahr 1931 betrug die Arbeitslosigkeit unter den Frankfurter Juden im Alter zwischen 18 und 25 Jahren unter den Männern 36% und 70,9% unter den Frauen, in der Gesamtbevölkerung hingegen waren in dieser Gruppe 30,4% bei den Männern und 44,6% bei den Frauen ohne Beschäftigung.<sup>316</sup> In Berlin machten die fünfzehntausend Juden, die eine Beschäftigung suchten, mehr als neun Prozent der jüdischen Bevölkerung aus. Sie bedeuteten einen mehr als vierfachen Zuwachs der 1929 registrierten 3500 jüdischen Arbeitssuchenden.<sup>317</sup> Basierend auf den Daten des Berliner jüdischen Arbeitsnachweises schätzte Lestschinsky für Oktober 1932 rund 25 Prozent jüdische Arbeitslose.<sup>318</sup>

Letztendlich ist die Frage weiterhin ungeklärt, ob die jüdische Bevölkerung besonders hart von der Weltwirtschaftskrise getroffen wurde. Pauschale Urteile, wie die Abraham Barkais, die Wirtschaftskrise habe „den jüdischen ‚neuen Mittelstand‘, besonders die Masse jüdischer Angestellter, stärker als den nicht-jüdischen“ getroffen, sind in dieser Form nicht zu halten.<sup>319</sup> Zieht man die Daten über die jüdische Wirtschaftsstruktur heran und setzt sie in Beziehung zu Ergebnissen über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, so erhält man ein höchst widersprüchliches Bild.

Gerechnet nach der Volkszählung 1925 war der Anteil der jüdischen Selbständigen mit 47,5% und derjenige der jüdischen Angestellten mit 33,8% im Vergleich zur nichtjüdischen Bevölkerung extrem hoch. In der nichtjüdischen Bevölkerung machten die Selbständigen 15,1% und die Angestellten 17,2% aus. Zwischen 1913 und 1933 gingen die Realeinkommen der selbständigen Erwerbspersonen in Deutschland um 47,0%, die der Lohnempfänger nur um 18,7% zurück. Für den Vergleichszeitraum von 1925 bis 1933 beträgt der Rückgang des Realeinkommens bei den Selbständigen 29,3%, bei den ab-

<sup>315</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 124.

<sup>316</sup> *Ibid.* Niewyk macht keine Angaben über den Monat, aus dem die Zahl der jüdischen Arbeitssuchenden stammt. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden in Frankfurt betrug zu Beginn des Jahres 1930 38543 und stieg bis zum Jahresende kontinuierlich auf 52483 an. *Statistische Jahresübersicht der Stadt Frankfurt am Main*, S. 30.

<sup>317</sup> Niewyk, *Inflation and Depression*, *op. cit.*, S. 29. Als nicht korrekt erweist sich die Angabe Barkais, wonach 1932 die Hälfte der jüdischen Angestellten arbeitslos gewesen sei. In dem Werk von Marion Kaplan, *The Jewish Feminist Movement in Germany. The Campaigns of Jüdischer Frauenbund 1904–1938*, Westport – London 1979, auf das Bezug genommen wird, ist auf der angegebenen Seite keinerlei derartige Angabe vorhanden. Barkai, *Minderheitsgruppe*, *op. cit.*, S. 340.

<sup>318</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 151.

<sup>319</sup> Abraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt 1988, S. 15.

hängigen Erwerbspersonen lediglich 11,1%.<sup>320</sup> Insofern scheint die jüdische Bevölkerung mit ihrem hohen Selbständigenanteil härter getroffen worden zu sein.

Zieht man die Untersuchung von Michael Prinz über die Angestellten heran, so kommt man zu einem anderen Ergebnis. Nach der Untersuchung von Prinz war der durchschnittliche Arbeiter durch die Wirtschaftskrise ungleich härter getroffen worden als der durchschnittliche Angestellte. Anfang 1931 erreichte der Prozentsatz arbeitsloser kaufmännischer Angestellter mit 11,3% den bisherigen Höhepunkt aus dem Jahr 1926, überschritt diesen schon im nächsten Quartal und stieg bis 1932 auf den maximalen Wert von 17,6%. Damit lag er im Vergleich zur Arbeiterschaft relativ günstig, bei der zum selben Zeitpunkt 43,1% der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Das gilt auch für den Vergleich zu den technischen Angestellten, denn der freigewerkschaftliche Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) hatte zum selben Zeitpunkt rund 35% arbeitslose Mitglieder in seinen Reihen.<sup>321</sup> Auch wenn Prinz hier Arbeitslosenzahlen der kaufmännischen Angestellten Zahlen über die Arbeitslosigkeit organisierter Arbeitnehmer gegenüberstellt, die Ergebnisse sind interessant. Nimmt man dazu die Auszählung der Volkszählung 1925, wonach 29,7% der jüdischen Erwerbstätigen kaufmännische Angestellte und Beamte waren, so ergibt sich der Eindruck, der hohe Anteil jüdischer Angestellter habe sich als Vorteil in der Wirtschaftskrise erwiesen.<sup>322</sup>

In dieselbe Richtung geht ein Beitrag von Richard F. Hamilton. Er weist auf eine bisher wenig rezipierte Untersuchung hin, die sich mit der Entwicklung des Realeinkommens abhängig beschäftigter Personen befaßt. Das Realeinkommen der Arbeiter fiel von 100 Punkten im Basisjahr 1929 auf 93 im Jahr 1932. Für die in der Privatwirtschaft beschäftigten Angestellten stieg der Index im Jahr 1932 auf 113 Punkte.<sup>323</sup>

Nun muß aber angefügt werden, daß die jüdischen Angestellten unter allen Angestellten gerade zwei Prozent und unter den kaufmännischen Angestellten

---

<sup>320</sup> Berechnung der Prozentsätze nach Angaben von Dietmar Petzina / Werner Abelshäuser / Anselm Faust, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945*. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, München 1978, S. 106.

<sup>321</sup> Michael Prinz, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, Bielefeld 1986, S. 53.

<sup>322</sup> Zum Jahresende 1932 waren, nach der Berechnung von Priamus, mehr als 13% Prozent aller Angestellten ohne Arbeit gewesen. Die Arbeitslosenziffer der Angestellten blieb selbst 1932 noch erheblich unter der der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Heinz-Jürgen Priamus, *Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1979, S. 27.

<sup>323</sup> Richard F. Hamilton, ‚Die soziale Basis des Nationalsozialismus. Eine kritische Betrachtung‘, in Jürgen Kocka (Hrsg.), *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert*, Göttingen 1981, S. 370. Kritisch mit der Aussage und den Quellen Hamiltons setzt sich Prinz auseinander. Michael Prinz, ‚„Ein Bilderbuchverhalten an Mäßigung“? – Kritische Fragen zu den Angestellten in Weimar‘, in *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 89 ff.

2,8 Prozent ausmachten.<sup>324</sup> Eine eventuelle Sonderentwicklung der jüdischen Angestellten würde bei ihrem geringen Anteil statistisch kaum ins Gewicht fallen. So wäre es durchaus denkbar, daß ein großer Teil der jüdischen Angestellten bei jüdischen Selbständigen beschäftigt gewesen war. Damit wäre das wirtschaftliche Schicksal der jüdischen Angestellten eng an die ökonomische Entwicklung der jüdischen Selbständigen gekoppelt.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung im Juni 1933 war die Arbeitslosigkeit unter den jüdischen Angestellten überdurchschnittlich hoch. Während die Arbeitslosenquote unter den Angestellten reichsweit bei 21,5 Prozent lag, waren unter den jüdischen Angestellten 28,4 Prozent ohne Beschäftigung. Auch unter den jüdischen Arbeitern und jüdischen Hausangestellten war die Arbeitslosigkeit größer als im reichsweiten Durchschnitt. Daß die Arbeitslosenquote unter den jüdischen Erwerbspersonen insgesamt in der Statistik letzten Endes hinter der aller Erwerbspersonen des Reiches fiel, lag vor allem an dem überproportionalen Anteil jüdischer Selbständiger, der die Quote drückte. In der Veröffentlichung der Statistik des Deutschen Reiches führte das zu der fragwürdigen Tendenzaussage, die Glaubensjuden seien im ganzen genommen nicht so stark von der Erwerbslosigkeit betroffen worden wie die Reichsbevölkerung insgesamt.<sup>325</sup>

Die Erwerbslosigkeit der Glaubensjuden im Deutschen Reich 1933<sup>326</sup>

Stellung im Beruf	Sämtliche Erwerbspersonen des Reiches			Erwerbspersonen jüdischen Glaubens		
	überhaupt	darunter Erwerbspersonen		überhaupt	darunter Erwerbspersonen	
		Zahl	v. H.		Zahl	v. H.
Arbeiter	14 949 786	4 807 801	32,2	20 921	9 529	45,6
Angestellte	4 093 607	878 553	21,5	82 897	23 504	28,4
Hausangestellte	1 218 119	169 064	13,9	2 903	624	21,6
Zusammen	20 261 512	5 855 018	28,9	106 721	33 661	31,5
Erwerbspersonen insgesamt	32 296 074	5 855 018	18,1	240 487	33 661	14,0

Die Ergebnisse über die Erwerbslosigkeit der jüdischen Bevölkerung wurden viereinhalb Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ermittelt, also zu einem Zeitpunkt, als die verstärkte Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben in vollem Gange war. So gesehen sind die Ergebnisse eher in diesem Lichte zu betrachten, als daß sie Aufschluß über die ökonomische Entwicklung der vorangegangenen Jahre geben, zumal entsprechende Vergleichsdaten fehlen.

<sup>324</sup> Zahlen aus Volkszählung 1925, Lestschinsky, *op. cit.*, S. 121.

<sup>325</sup> *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 451, H. 5. S. 5/27.

<sup>326</sup> *Ibid.*, S. 5/28.

Die Frage nach den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die jüdische Erwerbstätigkeit bleibt weiterhin offen. Die Klärung dieses Punktes spielt für die vorliegende Arbeit eine weniger entscheidende Rolle. Wichtiger für die Untersuchung der Wahlentscheidung ist dagegen die Frage, wie die jüdische Bevölkerung subjektiv die Wirtschaftskrise erlebte und darauf reagierte; dies kann durchaus von der objektiven Entwicklung abweichen.

#### 2.4.4 Jüdische Reaktionen auf Inflation und Weltwirtschaftskrise

In der jüdischen Bevölkerung machte sich im Verlauf der Inflationszeit eine Stimmung breit, sich selbst als eine durch die Inflation besonders hart betroffene Bevölkerungsgruppe anzusehen. Die Meinungen und Einschätzungen aus dieser Zeit verraten, daß es häufig genug um mehr als um rein ökonomische Belange, sondern vielmehr um die existenzielle Frage des jüdischen Mittelstandes ging. So äußerte Ende 1925 die *C.V-Zeitung*: „... wir wagen, ohne statistische Unterlagen zu geben, die Behauptung, daß der jüdische Mittelstand durch den Krieg und die Nachkriegserscheinungen dem Untergange geweiht zu sein scheint.“<sup>327</sup>

Im Handel und im Bankwesen wurden die Krisenerscheinungen als besonders schmerzlich empfunden. Unzählmäßige jüdische Angestellte, so der Artikel weiter, hätten ihre Arbeit verloren. Unter der erschreckend zunehmenden Zahl der Selbstmorde stellten die von Juden einen besonders großen Prozentsatz dar.<sup>328</sup> Paradigmatisch stilisierte man die Gegend rund um den Berliner Alexanderplatz mit seinen grauen Mietskasernen zum neuen Wahrzeichen der jüdischen Wirtschaftslage: „Galt also einst der Kurfürstendamm als das Symbol des jüdischen Wohlstandes und Unternehmertums, so müßte heute wieder die Gegend um den Alexanderplatz als das Wahrzeichen des wirtschaftlichen Niedergangs der jüdischen Deutschen gelten.“<sup>329</sup>

Geradezu als erschreckende Bestätigung der Entwicklung wurde auf derselben Seite über einen Selbstmord eines jüdischen Börsenmaklers berichtet, der aus Verzweiflung über seine wirtschaftliche Lage Frau und Kind mit in den Tod nahm.<sup>330</sup> Statistiken zufolge war die jüdische Selbstmordrate seit 1922 steigend und lag in Berlin über dem vergleichbaren Promilleanteil von Protestanten oder Katholiken.<sup>331</sup>

Auch in den Jahren der wirtschaftlichen Konsolidierung der Republik wurde die Stimmung nicht besser. Anlässlich der Veröffentlichung der Steuerstatistik der

<sup>327</sup> Der Untergang des jüdischen Mittelstandes. *C. V.-Zeitung*, 13. November 1925, 4. Jg., Nr. 46, S. 729f.

<sup>328</sup> *Ibid.*

<sup>329</sup> Kurfürstendamm und Alexanderplatz. *C. V.-Zeitung*, 27. November 1925, 4. Jg., Nr. 48, S. 755.

<sup>330</sup> Selbstmord eines Börsenmaklers. *Ibid.*

<sup>331</sup> Jüdische Selbstmordstatistik. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 4. Oktober 1927, 7. Jg., Nr. 39–40.

Berliner Jüdischen Gemeinde fragte die *C. V.-Zeitung* im Februar 1926: „Wo ist der jüdische Wohlstand geblieben?“<sup>332</sup>

Eine Woche später veröffentlichte das Blatt unter der Überschrift „Die Alarnglocke läutet“ anonymisierte Auszüge aus Leserzuschriften, die die erdrückend schlechte wirtschaftliche Situation schilderten. Nach Bekunden der Redaktion gingen Zuschriften über Zuschriften ein, so daß in der folgenden Ausgabe weitere Auszüge aus Briefen folgten.<sup>333</sup> Angesichts dieser Lage notierte der Centralverein 1926 im Protokoll seiner Hauptversammlung: „Die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete, ganz abgesehen von der Boykottfrage, die nur eine Erscheinungsform des wirtschaftlichen Antisemitismus darstellt, ist stellenweise als bedrohlich anzusehen.“<sup>334</sup>

Auch für das Jahr 1927 sah die Stimmungslage nicht günstiger aus. Proletarisierungsfurcht und zunehmende Klagen über die Gefahren für den Handel durch die Warenhauskonzerne bestimmten das Bild.

„Wir sehen, wie das deutsch-jüdische Angestelltenheer dauernd aus jenen Kreisen des jüdischen Mittelstandes Zuzug erhält, der seine Kinder nicht mehr studieren lassen, aber auch sonst keine gesicherte selbständige, unabhängige Existenz mehr bieten kann. Die Lücken unseres Wirtschaftslebens, die im Bereich kaufmännischer oder akademischer Berufe liegen und die eine, einigermaßen selbständige Existenz gewährleisten, sind verstopft. Und wenn nicht neue Lücken erschlossen werden, so wird das deutsch-jüdische Proletariat, das in der sozialen Form der Angestellten tausend- und abertausendfach besteht, und dessen Struktur sich im gegenwärtigen Augenblick noch von dem sozialen Aufbau des deutschen Proletariats wesentlich unterscheidet, doch einmal von diesem verschluckt werden. Das wäre der Exitus des deutschen Judentums.“<sup>335</sup>

Als langfristige Lösung und Bewältigungsstrategie wurde in Organisationen und Verbänden sowie in Kreisen der jüdischen Fürsorge und Wohlfahrtstätigkeit die Beseitigung der anachronistischen Berufsstrukturierung des deutschen Judentums durch eine „Berufsumschichtung“ diskutiert. So sollten junge Menschen die Berufstradition durchbrechen und, statt Kaufleute oder Akademiker zu werden, ins Handwerk oder in die Landwirtschaft gehen, da diese in der Krise besser gewappnet seien.<sup>336</sup> Die Frage der „Berufsumschichtung“ wurde als

<sup>332</sup> Wo ist der jüdische Wohlstand geblieben? *C. V.-Zeitung*, 5. Februar 1926, 5. Jg., Nr. 6, S. 64.

<sup>333</sup> Die Alarnglocke läutet immer noch. Die Zuschriften hören nicht auf. *C. V.-Zeitung*, 19. Februar 1926, 5. Jg., Nr. 8, S. 88.

<sup>334</sup> Die Hauptversammlung des Centralvereins am 7. und 8. März 1926/ Aus dem Protokoll. *C. V.-Zeitung*, 26. März 1926, 5. Jg., Nr. 13, S. 176 f.

<sup>335</sup> Zur wirtschaftlichen Umschichtung der deutschen Juden. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 24. September 1927, 7. Jg., Nr. 38.

<sup>336</sup> Zur Lage des jüdischen Mittelstandes in Deutschland. *Israelitisches Familienblatt*, 29. August 1932, 34. Jg. Siehe auch: Neue Berufsquellen der deutschen Juden. *Israelitisches Familienblatt*, 16. Juli 1932, 34. Jg. Zu einer Pro- und Contra-Diskussion über die Beseitigung der jüdischen Wirtschaftsnot durch den Umzug von der Großstadt aufs Land, vgl. *C. V.-Zeitung*, 20. Februar 1931, 10. Jg., Nr. 8, S. 80 f.

keine wirtschaftliche oder gesellschaftliche, sondern schlechthin als jüdische Frage angesehen.<sup>337</sup>

„All diese Tatsachen machen das Problem der Berufsumschichtung der deutschen Juden zu einer der dringendsten Aufgaben, die gegenwärtig zu lösen sind. So gewiß es kein deutsches Judentum ohne Juden geben kann, so gewiß ist der Bestand des deutschen Judentums bedroht, wenn die deutschen Juden in ihrer Existenzfähigkeit gefährdet sind.“<sup>338</sup>

Dabei war das Modell der „Berufsumschichtung“ mit unterschiedlichen Vorstellungen besetzt. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten betrieb ein Siedlungsprojekt, um antisemitischen Vorurteilen entgegenzutreten und zu zeigen, daß auch Juden landwirtschaftlich tätig sein konnten. Von zionistischer Seite war bei der landwirtschaftlichen Ausbildung an eine berufliche Vorbereitung auf eine Auswanderung nach Palästina gedacht worden.<sup>339</sup> Werbend wies der 1908 gegründete „Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands“ auf die strukturellen Vorteile des Handwerks hin. Berufsberatung vor allem bei der Berufswahl der jüdischen Jugend wurde zum Gebot der Stunde erklärt.<sup>340</sup> Dennoch blieb die Stimmung gedrückt. In einem Aufruf an die jüdischen Angestellten im Vorfeld der Reichstagswahlen im Mai 1928 hieß es:

„Wohin soll es aber führen, wenn in einer Zeit, in der für den selbständigen jüdischen Mittelstand die wirtschaftlichen Vorbedingungen immer schlechter werden, eine Stellung für einen deutschen Juden zu finden ebenfalls Schwierigkeiten begegnet, Schwierigkeiten, die den Kampf ums Dasein bedenklich zu erschweren geeignet sind?“<sup>341</sup>

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise setzte den Maßnahmen im Bereich der „Berufsumschichtung“ enge Grenzen. Die Reaktion und Diskussion in der jüdischen Bevölkerung waren unterschiedlich und reichten von der Einschätzung, daß die Wirtschaftskrise die jüdische Gesamtheit erneut aufgrund ihrer einseitigen Wirtschaftsstruktur härter treffe als andere Bevölkerungsteile bis zum Verdrängen der Situation und dem Hoffen auf bessere Zeiten. Prägnant fragte Jakob Lestschinsky, ob die jüdische Krise eine Konjunkturkrise und somit nur eine vorübergehende Erscheinung oder aber eine Strukturkrise sei, die den Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem bedeute.<sup>342</sup> Registriert wurde aber auch ein weiteres Anwachsen des Antisemitismus im Wirtschaftsleben.

„Wer aufmerksam die Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens verfolgt, bemerkt auf Schritt und Tritt eine Not, unter der lediglich der Jude leidet, der er

<sup>337</sup> Jüdische Handwerker. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 23. Oktober 1925, 5. Jg., Nr. 43.

<sup>338</sup> Die Wirtschaftskrise der deutschen Judenheit. *Jüdisch-liberale Zeitung*, Januar 1927, 7. Jg., Nr. 2.

<sup>339</sup> Pierson, *op. cit.*, S. 145; Ulrich Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977, S. 81 ff.

<sup>340</sup> Der bedrohte Mittelstand. *C. V.-Zeitung*, 2. September 1927, 6. Jg., Nr. 35, S. 497 f. Die Zukunft des Handwerks. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 23. Oktober 1925, 5. Jg., Nr. 43.

<sup>341</sup> An die Angestellten. *C. V.-Zeitung*, 11. Mai 1928, 7. Jg., Nr. 19, S. 260.

<sup>342</sup> Lestschinsky, *op. cit.*, S. 142.

anheimfällt, aus keinem anderen Grunde, nur weil er Jude ist“, schrieb im Mai 1930 das Israelitische Familienblatt.<sup>343</sup>

Die Akzentuierungen in den einzelnen Artikeln waren ganz unterschiedlich. So lassen sich Artikel finden, die einen aufkommenden Wirtschaftsantisemitismus beklagen, ohne die strukturellen Momente der Krise zu beachten, andere Darstellungen benennen sowohl ein Anwachsen des Antisemitismus im Wirtschaftsleben, als auch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die spezifische Struktur der Juden im Wirtschaftsleben oder gehen nur auf die Besonderheiten der jüdischen Wirtschaftsstruktur ein.

„Es genügt wohl, die unbestreitbaren und unbestrittenen Erscheinungen zu erwähnen: zunächst die allzu starke Konzentration der Juden im Mittel- und Kleinhandel, der jetzt eine ungeheure Krise durchmacht, . . . und nicht zuletzt die Tatsache, daß die Schicht der jüdischen Selbständigen mehr und mehr in die abhängige Stellung des Arbeitnehmers gerät und unter dem wachsenden Wirtschaftsantisemitismus zu leiden hat. . . Die Wirtschaftskrise der deutschen Juden ist keine Konjunkturerscheinung, sondern erwächst aus der gesamten anormalen Wirtschaftsstruktur der Juden, die sich leider auch in anderen Ländern feststellen läßt.“<sup>344</sup>

Insbesondere eine verschärfte Konkurrenz im Handelssektor wurde wahrgenommen. Hier wurde nicht nur der jüdische Kleinhändler durch den sich ausbreitenden Großhandel strukturell getroffen. Der Wirtschaftsantisemitismus in Form des Boykotts jüdischer Geschäfte verschlimmerte die Notsituation.

„Der jüdische Kleinhändler sieht sich aus seiner wirtschaftlichen Position verdrängt, da er unfähig ist, den ungeheuren Konkurrenzkampf mit dem sich riesenhaft ausbreitenden Großhandel (Warenhäuser, Abzahlungsgeschäfte und dergleichen), der seine bisherige Funktion überflüssig macht, aufzunehmen.“<sup>345</sup>

Besonders schlecht war die Stimmung unter den jüdischen Angestellten im kaufmännischen Bereich. Das Israelitische Familienblatt beklagte, daß Firmen und Geschäfte vorrangig Nichtjuden im kaufmännischen Bereich mit Publikumsverkehr einstellten.<sup>346</sup> Der zionistische Aktivist Alfred Berger monierte 1931, daß eine bekannte jüdische Kaufhauskette inoffiziell den Versuch betreibe, den Anteil ihrer jüdischen Angestellten auf fünf Prozent zu reduzieren.<sup>347</sup>

<sup>343</sup> Zur Frage der jüdischen Wirtschaftsnot. *Israelitisches Familienblatt*, 15. Mai 1930, 32. Jg., Nr. 20.

<sup>344</sup> Neue Berufsquellen der deutschen Juden. *Israelitisches Familienblatt*, 16. Juli 1932, 34. Jg., Nr. 19. Ein Beispiel für die Betonung des Wirtschaftsantisemitismus ohne die Berücksichtigung der strukturellen Momente der Krise, vgl. Jüdische Wirtschaftsnot. *Israelitisches Familienblatt*, 30. Januar 1930, 32. Jg., Nr. 5.

<sup>345</sup> Zur Lage des jüdischen Mittelstandes in Deutschland. *Israelitisches Familienblatt*, 29. August 1932, 34. Jg., Nr. 34.

<sup>346</sup> Zur Frage der jüdischen Wirtschaftsnot. *Israelitisches Familienblatt*, 15. Mai 1930, 32. Jg., Nr. 20. Ähnlich äußerte sich die C. V.-Zeitung: Folgerungen und Folgen der Wirtschaftsnot. *C. V.-Zeitung*, 30. Januar 1931, 10. Jg., Nr. 5, S. 46f.

<sup>347</sup> Niewyk, *Inflation and Depression*, op. cit., S. 30.

Um eine ausdrückliche Stellungnahme bat die C.V.-Zeitung ihre Leser im Januar 1931 zu einem Artikel „Wege aus der Krise? Die Arbeitslosigkeit und das Schicksal“ des Diplomvolkswirts und Redaktionsmitglieds des Berliner Tageblatts, Günther Stein. Der Tenor des Artikels war durchweg negativ und prognostizierte ein Ansteigen der Dauerarbeitslosigkeit, die noch viel stärker als die Lohnarbeiterschaft die Angestellten, die freien Berufe und die kleinen und mittleren Existenzen betreffen würde, als es bisher der Fall sei.

„Wir stellen fest, daß die Juden als eine hauptsächlich im Mittelstand verankerte Volksschicht von der gegenwärtigen Krise ganz besonders stark betroffen wurden. Da dieser Mittelstand aber auch weiterhin das hauptsächlichste Angriffsziel weiterer Krisen sein wird, so bedarf es weder seherischer Begabung noch besonderer Skepsis, um vorauszu sehen, daß aus rein wirtschaftsstrukturellen Gründen das Judentum in seiner wirtschaftlichen Existenz weit mehr gefährdet ist als andere Volksteile.“<sup>348</sup>

Stein sah den Einzelhandel als Opfer der Krise des Kapitalismus. Als Weg aus der Krise empfahl er die Einführung der Planwirtschaft. Der Direktor des Centralvereins, Ludwig Holländer, schrieb zu diesem Artikel ein Vorwort, in dem er vorwegschickte, daß er die negative Einschätzung des Autors nicht teile, und die Leser aufforderte, ihre Meinung zu äußern:

„Es steht auch für mich fest, dass der Wandel in den Wirtschaftssystemen, insbesondere die Ausdehnung der grossen Konzerne, auf fast allen Gebieten die Arbeit für den jüdischen Wirtschaftler wesentlich erschweren wird. Auch die Boykottbewegung kann unter Umständen eine noch weit grössere Gefahr werden, als sie es schon darstellt. Der jüdische Wirtschaftler muss aber bedenken, dass er bisher in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur gelebt hat, und dass eine Erschwerung seiner Lage nur eine Fortsetzung derjenigen Zeiten bedeutet, die er bei den Erlassen der Gesetze über die Gleichberechtigung der Juden vorgefunden hat. Wenn die Juden mit der bei ihnen seit Jahrhunderten erprobten Findigkeit, Beharrlichkeit und bei ihrem grossen Fleiss die Wirtschaft auf ihre Lücken ansehen und sich insbesondere in der Frage ihrer Niederlassung mehr nach Gründen der inneren Zweckmäßigkeit als des angeblich äusseren Wohlergehens richten, wenn sie bei der Berufswahl die Frage wirklichen Bedürfnisses prüfen und gerade in diesen Dingen in der Zukunft weniger konservativ sein werden, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.“<sup>349</sup>

Die Leserbriefe in den nachfolgenden Ausgaben der C.V.-Zeitung lagen zum großen Teil auf der Linie Holländers. In den wenigsten Fällen setzten sich die Stellungnahmen kritisch argumentativ mit dem Aufsatz Steins auseinander. Stattdessen wurden Hoffnungen und Wünsche geäußert, die den pessimistischen Ansichten Steins entgegengestellt wurden. Dabei wurde darauf verwiesen, daß das Judentum schon immer in einer bedrängten Situation gewesen sei und dies

<sup>348</sup> Wege aus der Krise? Die Arbeitslosigkeit und das Schicksal. C. V.-Zeitung, 9. Januar 1931, 10. Jg., Nr. 2, S. 9f.

<sup>349</sup> *Ibid.*

durchgestanden habe oder daß die Wirtschaft dem Gesetz einer Wellenbewegung unterliege und den harten und schweren Zeiten auch wieder bessere folgen werden. Doch scheinen die Leserbriefe in der C.V.-Zeitung nicht unbedingt die Stimmung wiederzugeben. So beklagte der liberale Rabbiner Felix Goldmann ein dreiviertel Jahr später einen „Wirtschaftsfatalismus“ unter der jüdischen Bevölkerung: „Was aber die praktische Frage einer Änderung des Bestehenden und Wendung zum Besseren anbetrifft, so herrscht ein Fatalismus“.<sup>350</sup> Auch Goldmann beschwor die Juden, optimistischer in die Zukunft zu blicken und in die Lücken der Wirtschaftsordnung zu gehen.

---

<sup>350</sup> Kampf gegen die Verelendung. Ein Vorschlag zur Abwehr des Wirtschaftsfatalismus. *C. V.-Zeitung*, 4. September 1931, 10. Jg., Nr. 36, S. 429.

### 3. Die Zeitungsauswertung

Der Presse wird verschiedentlich ein gewichtiger Einfluß bei der Wahlentscheidung zugebilligt. Richard F. Hamilton stellte in seiner Untersuchung über 14 Großstädte fest, daß in jenen Städten, in denen die bürgerlichen Zeitungen nicht NSDAP-freundlich gesinnt waren, die Wahlergebnisse in den Wahlbezirken der Oberschicht höchstens den Stadtdurchschnitt erreichten, während in jenen Städten, in denen zumindest ein Teil der bürgerlichen Presse der NSDAP nicht abgeneigt war, die NSDAP in diesen Bezirken deutlich höhere Ergebnisse erreichte als im Stadtdurchschnitt. Dieser Zusammenhang führte ihn zu der Schlußfolgerung, die Presse sei eine von drei entscheidenden Kräften für den Aufstieg der Nationalsozialisten und deren Erfolge bei den Wahlen gewesen. Sie habe eine Einflußwirkung als lokaler Meinungsführer auf das Wahlverhalten gehabt.<sup>1</sup>

Bereits schon früher hatte Rudolf Heberle in seiner klassischen Untersuchung die Tatsache, daß die NSDAP seit Herbst 1928 in Itzehoe über eine eigene Tageszeitung verfügte und daß ab Frühjahr 1930 auch die ehemals bürgerliche „Kieler Zeitung“ zu den Nationalsozialisten überschwenkte, als sehr wichtig für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein bezeichnet.<sup>2</sup>

Problematisch an diesen Aussagen ist jedoch, daß die Wirkung von Medien auf individuelles Verhalten innerhalb der historisch-empirischen Wahlforschung aus einer Reihe von Gründen bisher nicht systematisch untersucht worden ist. Ein methodisches Problem ist, daß es über die Rezeption von Zeitungen aus der Zeit der Weimarer Republik keine Individualdaten gibt. Ein Zusammenhang zwischen Massenmedien und Wahlverhalten ist in der Kommunikationswirkungsforschung umstritten, auch wenn neuere Ansätze und Forschungsergeb-

---

<sup>1</sup> Die beiden anderen entscheidenden Faktoren waren nach Hamilton die bei weitem überragende Zahl von Parteiaktivisten in der NSDAP und deren starkes Engagement sowie die Bereitschaft zahlreicher Eliten („elite figures“), sich für die Nationalsozialisten zu verbürgen und sie damit aufzuwerten und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Hamilton, *Who voted for Hitler?*, op. cit., S. 421 f. Die Hypothese Hamiltons hinsichtlich des Einflusses der Presse erfährt durch Operationalisierung des Presseklimas bei Falter eine statistische Bestätigung, wenn auch in einem geringeren Maße, als Hamilton veranschlagt. Falter, *Hitlers Wähler*, op. cit., S. 325–339.

<sup>2</sup> Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932*, Stuttgart 1963, S. 165 f.

nisse eher dazu neigen, diese Einflüsse zu konzедieren, als ältere Studien.<sup>3</sup> Bei diesen Studien handelt es sich um empirische Analysen, deren dort erzielte Ergebnisse für die Zeit der Weimarer Republik nicht einfach reproduzierbar und überprüfbar sind.

Es soll daher im Rahmen der Arbeit nicht geklärt werden, ob die Presse einen Effekt auf die Wahlergebnisse hatte, sondern dies lediglich als plausibel unterstellt werden. Zu den Plausibilitätsüberlegungen gehört die Tatsache, daß dem Radio in der Weimarer Republik noch keine medienwirksame Bedeutung zukam; das Fernsehen existierte nicht. Die Gesamtauflage der deutschen Presse lag 1932 schätzungsweise bei ca. 42 Millionen Stück. Im statistischen Schnitt bedeutet das, daß jeder Haushalt eine täglich oder mindestens einmal pro Woche erscheinende Zeitung besaß.<sup>4</sup>

Absicht der nachfolgenden Presseauswertung ist es, für die spätere Datenanalyse zur Hypothesenfindung und -verifizierung beizutragen und Quellen offenzulegen, vor deren Hintergrund die Analyse der Wahlergebnisse „erklärbar“ wird. Für die Auswertung der Zeitungen wurden einige „Leitfragen“ formuliert, an denen sich die Quellenarbeit orientiert:

- Wurden vor den Wahlen offene oder indirekte Wahlempfehlungen ausgesprochen?
- Gab es Wahlanzeigen einzelner Parteien? Wenn ja, welcher?
- Welche Politiker schrieben Beiträge für welche Zeitungen?
- Wie wurden die Wahlergebnisse bewertet?
- Welches Presseecho erhielten die Parteien vor und zwischen den Wahlen?
- Welche politischen Ereignisse beschäftigten die jüdischen Zeitungen besonders?
- Wie reagierten die jüdischen Zeitungen und die liberalen Tageszeitungen auf die Gründung der Staatspartei?
- Welchen Stellenwert besaß der Jungdeutsche Orden vor der Gründung der Staatspartei?
- Wie war die politische Stimmung vor den Wahlen? Gibt es Hinweise auf Wahlenthaltungen?
- Welche Bedeutung kam der Idee des Liberalismus im Zuge der Krise der liberalen Parteien noch zu?
- Wer trat als Redner in Veranstaltungen jüdischer Organisationen auf?
- Wann und wie häufig berichteten die liberalen Tageszeitungen über spezifisch jüdische Themen?
- Welche Beachtung wurde antisemitischen Vorfällen in der liberalen Presse geschenkt?

---

<sup>3</sup> Torsten Schneider, *Das Massenmedium Tageszeitung am Ende der Weimarer Republik. Historisch-empirische Analysen zur Ausrichtung beim Leserkreis und dem eventuellen Einfluß dieses Mediums auf die Wahlerfolge der NSDAP 1928 und 1933*, Fachbereich 15 der Freien Universität Berlin, S. 38.

<sup>4</sup> *Ibid.*, S. 73.

Die Zeitungsanalyse schließt die Lücke einer bisher ausstehenden Arbeit über die politische Orientierung der wichtigsten jüdischen Zeitungen in der Weimarer Republik. Zwar existieren Abhandlungen zu zwei Wahlzeitpunkten, die sich mit der Haltung der jüdischen Presse beschäftigen, jedoch wurde bisher keine durchgängige Darstellung vorgenommen.<sup>5</sup>

### 3.1 „Der Schild“

#### 3.1.1 Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

„Der Schild“ war die Verbandszeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF). Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wurde im Jahre 1920 gegründet und war ein Zusammenschluß verschiedener jüdischer Soldatenverbände.<sup>6</sup> Die Mitgliederzahl des RjF schwankte zwischen 30 000 und 40 000 Mitgliedern. In den Weimarer Jahren hatte er seine Höchstzahl 1926, danach gingen die Zahlen zurück.<sup>7</sup> Damit war der RjF nach dem Centralverein die zweitgrößte jüdische Organisation in der Weimarer Republik.

Gründer und auch bis 1938 Vorsitzender des RjF war Dr. Leo Löwenstein. Löwenstein diente während des Ersten Weltkrieges in einem Nachrichten-Bataillon der bayerischen Armee und wurde 1916 zum Hauptmann der Reserve befördert.<sup>8</sup> Ursprünglich wollte er einen Bund gründen, der unterschiedslos alle Frontsoldaten umfaßte.<sup>9</sup>

In der Betonung der Kameradschaft und der Vertretung sozialer Interessen seiner Mitglieder unterschied sich der RjF nicht wesentlich von anderen Soldatenbünden, die damals gegründet wurden. Jedoch im Gegensatz zu anderen Bünden verfolgte der RjF das Ziel, den Vorwürfen entgegenzutreten, die deutschen Juden hätten nicht die gleiche Last im Krieg getragen wie die nichtjüdische Bevölkerung. Insbesondere versuchte man, die seit Oktober 1916 immer wieder kolportierten Zahlen über „Drückebergerei“ der Juden im Krieg zu entkräften. Damals war eine vom preußischen Kriegsministerium angeordnete statistische Erhebung über die Dienstverhältnisse der deutschen Juden während des Krieges durchgeführt worden. Die Ergebnisse wurden niemals

<sup>5</sup> Schumacher, *Jüdische Pressestimmen*, *op. cit.*; Seeligmann / Brenner, *op. cit.*.

<sup>6</sup> Dunker, *op. cit.*, S. 32. Pierson bezeichnet den 8. Februar 1919 als Gründungsdatum des RjF. An diesem Tag wurde der Vaterländische Bund jüdischer Frontsoldaten gegründet, der der Vorläufer des RjF war. Pierson, *op. cit.*, S. 141.

<sup>7</sup> Dunker, *op. cit.*, S. 36 u. S. 244, Anm. 33. Nach der Machtübernahme durch die Nazis nahm die Mitgliederzahl noch einmal zu: Zusammen mit dem von ihm geschaffenen Sportbund und der angegliederten Kriegsofferabteilung zählte der Bund zwischen 50 000 und 55 000 Mitgliedern bzw. Angehörigen der ihm angeschlossenen Organisationen. *Ibid.*, S. 7.

<sup>8</sup> Zur Kurzbiographie Löwensteins vgl. Walk, *op. cit.*, S. 245, Dunker, *op. cit.*, S. 236 f.

<sup>9</sup> Dunker, *op. cit.*, S. 27.

veröffentlicht, aber das Ministerium unterließ es auch, den antisemitischen Behauptungen entgegenzutreten, die daraufhin umgingen. Bald kursierten Gerüchte, die Veröffentlichung erfolge nur aus Rücksicht auf die Juden nicht, denn sie habe „vernichtende“ Ergebnisse gezeigt.<sup>10</sup>

Um den patriotischen Beitrag der jüdischen Bevölkerung im Ersten Weltkrieg zu zeigen, druckte „Der Schild“ Ende der Zwanziger Jahre in jeder Ausgabe Namen gefallener jüdischer Soldaten ab. Diese Namenslisten wurden zu einem Gedenkbuch zusammengefaßt, das 1932 vom RjF herausgegeben wurde.<sup>11</sup> Diese Aktivitäten des RjF skizzieren bereits, daß er einen Doppelcharakter hatte. Der RjF war sowohl Kriegerverein als auch Abwehrverein. In Paragraph zwei seiner Satzung verpflichtete sich der RjF „zur Abwehr aller Angriffe, die auf eine Herabsetzung ihres vaterländischen Verhaltens im Kriege gerichtet sind.“<sup>12</sup>

Der zunächst schmal definierte Abwehrbegriff der Satzung, die Reduzierung auf die Verteidigung der Ehre der jüdischen Soldaten, erwies sich in der Realität als nicht praktikabel und wurde im Laufe der Jahre, ohne daß es vom Verband offen proklamiert wurde, ausgedehnt. Die Einsicht, daß der Kampf gegen den Antisemitismus nicht erst begonnen werden konnte, wenn die Ehre der jüdischen Soldaten angegriffen wurde, führte zur Erweiterung der Abwehraktivitäten. Die Aufklärung über den patriotischen Beitrag der jüdischen Frontsoldaten blieb jedoch Schwerpunkt. Damit rückte der RjF inhaltlich in die Nähe der Abwehrarbeit des Centralvereins.

Gegenüber den innerjüdischen Fragen und Auseinandersetzungen hatte sich der RjF statutenmäßig zur Neutralität verpflichtet, da er der Verband aller jüdischen Frontsoldaten sein wollte. Doch eine Reihe von Aussagen und die implizit getroffenen Prämissen der Abwehrarbeit rückten den RjF näher zum Centralverein als zu jeder anderen jüdischen Organisation. Der Kampf um die Anerkennung und Gleichbehandlung der jüdischen Frontsoldaten war nur dann sinnvoll, wenn das Ziel der praktizierten Emanzipation konstitutiv war. Die Perspektive einer deutsch-jüdischen Symbiose ist auch niemals in Frage gestellt worden. Sprecher des C. V. als auch des RjF sahen die Einheit des Volkes nicht durch Rassenzugehörigkeit bestimmt, sondern durch eine Reihe objektiver und subjektiver Determinanten wie beispielsweise gemeinsame Sprache, Kultur oder dem Willen, dem Vaterland zu dienen.<sup>13</sup>

Als Mitglieder umfaßte der RjF ehemalige Soldaten, die alt genug waren, im

<sup>10</sup> Jochmann, *Antisemitismus*, *op. cit.*, S. 424 ff.

<sup>11</sup> Im „Schild“ wurde in den Ausgaben vom 30. 4. 1928 bis zum 5. 4. 1929 eine vorläufige namentliche Liste mit 8680 Namen jüdischer Gefallener veröffentlicht. Sie hatte den Zweck, Richtigstellungen und Ergänzungen von Gemeinden aus dem ganzen Reich zu ermöglichen. Zu den Zahlen der jüdischen Gefallenen vgl. Pierson, *op. cit.*, S. 143, u. Dunker, *op. cit.*, S. 75 f.

<sup>12</sup> Dunker, *op. cit.*, S. 243, Anm. 24.

<sup>13</sup> Pierson, *op. cit.*, S. 152. Pierson sieht in den Aktivitäten des RjF sogar eine klare Abgrenzung gegenüber den Zionisten: „The activities of the RjF were carried out with a clearly non-Zionist ideology.“ *Ibid.*, S. 153.

Ersten Weltkrieg mitgekämpft zu haben, d. h. etwa bis Jahrgang 1900. Da die Wehrpflicht allgemein war und die deutschen Juden darüber hinaus von ihren Organisationen zur Kriegsteilnahme aufgefordert worden waren, ist anzunehmen, daß ein großer Teil der männlichen jüdischen Einwohner am Weltkrieg teilnahm.<sup>14</sup> Insofern ist der RjF nicht eine am Rande des jüdischen Spektrums einzuordnende Organisation, sondern umfaßte weite Teile einer ganzen Generation, die die Hoffnung hatte, durch ihren persönlichen Einsatz im Krieg die volle Zugehörigkeit zum deutschen Volk beweisen zu können.

Die Bundeszeitschrift „Der Schild“ wurde erstmals im November 1921 herausgegeben. Anfangs erschien „Der Schild“ monatlich, dann 14tägig, ab Juli 1925 sogar wöchentlich. 1928 und 1930 betrug die Auflagenhöhe jeweils 10000.<sup>15</sup> 1000 Exemplare wurden an prominente Persönlichkeiten, Organisationen und Vereine gratis geschickt.<sup>16</sup> Doch waren nicht alle Mitglieder Abonnenten. So wurde im Jahre 1926 in einem Artikel beklagt, daß trotz einer Auflage von 10000 Exemplaren die Zahl der Abonnenten nicht einmal den vierten Teil der Mitgliederschaft ausmache.<sup>17</sup>

Der Umfang der Zeitschrift war selten größer als 10 Seiten. Breiten Raum nahmen Berichte über den Antisemitismus ein, insbesondere wenn es sich um Angriffe gegen jüdische Kriegsteilnehmer handelte. Daneben brachte „Der Schild“ Artikel und Aufsätze über jüdische Kultur und Kulturleistungen, Kriegserinnerungen jüdischer Soldaten, die vom Ersten Weltkrieg bis zu den Befreiungskriegen zurückreichten, oder widmete sich organisatorischen Angelegenheiten des Bundes. Ferner gab es eine Reihe von Rubriken, die in mehr oder weniger fester Reihenfolge erschienen, wie z. B. „Antisemitisches Allerlei“, „Aus anderen Unterständen“, „Sport-Schild“, „Mitteilungen der Bundesleitung“ und „Aus den Landesverbänden und Ortsgruppen“. In der Rubrik „Aus anderen Unterständen“ wurde vom Reichsbanner und anderen Soldatenverbänden berichtet.

### 3.1.2 Politik und Wahlkampf

Explizite Wahlempfehlungen zu den Reichstagswahlen traf der RjF nicht. In seiner Verbandszeitschrift befinden sich auch keine Wahlanzeigen einzelner Parteien. Wahlarbeit war für den RjF Abwehrarbeit. Der Kampf gegen die Lüge, daß die Juden im Kriege nicht in gleicher Weise Opfer und Leistungen erbracht hätten, war auch im Wahlkampf die wichtigste Aufgabe des RjF. Der Kampf gegen Antisemitismus klassifizierte zunächst die Parteienlandschaft in für Juden wählbare und nichtwählbare Parteien.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Dunker, *op. cit.*, S. 33.

<sup>15</sup> *Ibid.*, S. 246, Anm. 37.

<sup>16</sup> Wie arbeitet unser Bundesbüro. *Der Schild*, 1. November 1926, Nr. 44/45.

<sup>17</sup> *Ibid.*

<sup>18</sup> Der 20. Mai. *Der Schild*, 16. Mai 1928, Nr. 20/21.

Wahlkampfarbeit bedeutete für die Ortsgruppen des RjF konkret: „1. die nicht antisemitischen Parteien zu unterstützen, damit die ihre Wahlarbeit wirksam zur Durchführung bringen konnten, 2. bei allen Versammlungen der Rechtsparteien anwesend zu sein, um eventuellen antisemitischen Phrasen an Ort und Stelle entgegenzutreten und 3. durch Patrouillen antisemitische Hetzplakate und Zettelchen zu entfernen, oder durch unsere zu überkleben“.<sup>19</sup>

In der Praxis ließ die Bundesleitung den Landesverbänden in der Durchführung von Veranstaltungen während des Wahlkampfes freie Hand. Ob dies in einzelnen Landesverbänden und Ortsgruppen zu unterschiedlichen Präferenzen für einzelne Parteien geführt hat, läßt sich nicht nachprüfen. In der konkreten Wahlarbeit scheint jedoch die allgemeine Aufforderung, nicht antisemitische Parteien zu unterstützen, präzisiert worden zu sein. So meldete beispielsweise die Ortsgruppe Wiesbaden, daß sie in der Reichtagswahl im Dezember 1924 für zwei Parteien am Wahltag von ihrem Büro aus 50 Autos und 200 Hilfskräfte zur Verfügung stellen konnte, um „Schleppdienste“ zu übernehmen und „Wegunfertige“ zum Wahllokal zu transportieren. Welche zwei Parteien Unterstützung durch die Ortsgruppe Wiesbaden erfuhren, geht nicht aus der Quelle hervor.<sup>20</sup>

Die Suche nach expliziten Wahlempfehlungen in der Verbandszeitschrift oder nach deren Umsetzungen in der Wahlkampfarbeit führt zu keinem konkreten Ergebnis. Daher soll ein Blick auf die Kommentierung der Wahlergebnisse und die impliziten Äußerungen zu Änderungen der politischen Verhältnisse geworfen werden.

Die Niederlage der Völkischen bei den Wahlen im Dezember 1924 wurde als „zarter Silberstreif“ gewertet. Im gleichen Atemzug wurde auch davor gewarnt, nicht die Hände in den Schoß zu legen und sich nicht einlullen zu lassen. Nach der Erledigung der extremen Flügelgruppen hätten sich die Nachbarparteien teils offen, teils verschämt an die Aufteilung der Erbschaft gemacht.<sup>21</sup>

Zwischen 1925 und 1928 gibt es kaum Meldungen und Kommentare zu parteipolitischen Entscheidungen und Entwicklungen der nichtantisemitischen Parteien. Folgerungen über die Position des RjF gegenüber den für sie wählbaren Parteien lassen sich für diesen Zeitraum nicht anstellen. Sehr genau wurden hingegen die Entwicklungen im antisemitischen Parteienlager beobachtet. Dabei wurde begrifflich differenziert zwischen völkischer Bewegung und DNVP. Die DNVP gehörte gleichfalls zu den nichtwählbaren Parteien. Die Auseinandersetzungen im völkischen Lager wurden mit Ruhe und Zuversicht und zugleich mit Wachsamkeit beobachtet. Trotz der vermeintlichen Schwäche der Völkischen in dieser Zeit war „Der Schild“ auch Mitte der Zwanziger Jahre voll von Berichten über die Auswirkungen und Erfolge des Antisemitismus, so daß zur Entwarnung kein Grund bestand. Insbesondere auf dem Gebiet der

---

<sup>19</sup> Die Wahlarbeit der Ortsgruppe Wiesbaden. *Der Schild*, 15. Januar 1925, Nr. 2.

<sup>20</sup> *Ibid.*

<sup>21</sup> Rückblick und Ausblick. *Der Schild*, 15. Januar 1925, Nr. 2.

Rechtsprechung wurde eine Zunahme von Entgleisungen in erschreckendem Umfang beklagt.

Am 7. April 1927 veranstaltete die Ortsgruppe Berlin des RjF eine Massenkundgebung „Gegen Verhetzung und Gewalttat“. Als Redner bei dieser Kundgebung traten unter anderen der ehemalige Reichsinnenminister und Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann (SPD) und die preußischen Landtagsabgeordneten Otto Nuschke (DDP) und Dietrich Graue (DDP) auf. Die Parteizugehörigkeit der Redner war in der Berichterstattung über die Veranstaltung nicht angegeben.<sup>22</sup>

Zur Reichstagswahl 1928 forderte der RjF seine Mitglieder auf, für die Gedanken der Partei, der sich das jeweilige Mitglied zugehörig fühle, zu werben und diese Partei finanziell zu unterstützen. Die einzige Reportage aus dem Wahlkampf berichtete über eine Veranstaltung Gustav Stresemanns in München.<sup>23</sup> Mehrfach wurde darauf hingewiesen, unbedingt zur Wahl zu gehen. Jeder jüdische Wähler, der der Wahlurne fernbleibe, unterstütze den Antisemitismus.<sup>24</sup> In der Ausgabe vor der Reichstagswahl forderte der Bundesvorsitzende, Leo Löwenstein, in einem ganzseitigen Aufruf auf der Titelseite auf: „Nur Abgeordnete, die den Antisemitismus bekämpfen!“ zu wählen. Gleichzeitig sollten die Kameraden des Reichsbundes Zweifelnde aufklären und Säumige zur Wahlurne bringen. Jede verlorene Stimme stärke den Gegner.<sup>25</sup>

Im November 1929 beklagte „Der Schild“ in einem Artikel zu den anstehenden Kommunalwahlen, daß in der aktuellen politischen Situation wenige deutsche Juden, ja sogar nur wenige Mitglieder des RjF, den Ernst der Lage begriffen hätten, statt dessen zeigten sich „Lauheit, Gleichgültigkeit, ein verblendeter Optimismus, ein Herumnörgeln an Nebensachen, ja sogar jetzt noch unfruchtbare Unterhaltungen in jüdischen Zeitungen über die Frage, ob man die religiös- und politisch-neutralen Gemeinden persönlich in die Abwehrkämpfe hineinziehen solle.“<sup>26</sup>

Direkt vor der Reichstagswahl 1930 rief „Der Schild“ auf der Titelseite die RjF-Mitglieder wiederum zur Wahlteilnahme auf. Alle jüdischen Stimmen sollten den Parteien zukommen, „die auch den jüdischen Belangen Verständnis und Gerechtigkeit entgegenbringen.“ Gleichzeitig forderte ein zweiseitiger

---

<sup>22</sup> Gegen Verhetzung und Gewalt. *Der Schild*, 11. April 1928, Nr. 13. Die Ankündigung der Veranstaltung im „Schild“ eine Woche zuvor umfaßte folgende drei parlamentarischen Redner: Pfarrer Dietrich Graue M. d. L., Wilhelm Sollmann M. d. R., Arnold Stein M. d. R. Die Kennzeichnung des Abgeordnetenstatus bei Stein ist vermutlich ein Druck- oder Setzfehler. Bei Stein, der dann auch auf der Veranstaltung als Redner auftrat, handelt es sich vermutlich um einen der Mitbegründer und Bundesvorstandsmitglied des RjF. Zu Arnold Stein siehe Ernst G. Lowenthal, *Juden in Preußen. Biographisches Verzeichnis. Ein repräsentativer Querschnitt*, Berlin 1981, S. 214f.

<sup>23</sup> Bilder aus dem Wahlkampf. *Der Schild*, 7. Mai 1928, Nr. 19.

<sup>24</sup> Die Wahlen und wir. *Der Schild*, 16. Mai 1928, Nr. 20/21.

<sup>25</sup> Der 20. Mai. *Der Schild*, 16. Mai 1928, Nr. 20/21.

<sup>26</sup> Die Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Ein ernstes Wort an die Kameraden. *Der Schild*, 8. November 1929, Nr. 45.

Leitartikel unter der Überschrift „Der Stimmzettel Deine Waffe!“ zum Urnengang auf. Interessanterweise konstatierte der Artikel, daß „auch und besonders im jüdischen Lager „ein Teil der Nichtwähler zu finden sei, die aus Verzweiflung oder aus Gleichgültigkeit der Wahlurne fernbleiben.“<sup>27</sup> Da die Wahlen noch nicht stattgefunden hatten und der Verfasser wohl kaum die Anzahl der jüdischen Nichtwähler kannte, kann diese Aussage nur die potentiellen jüdischen Nichtwähler gemeint haben und spiegelt eher die Stimmung in einem Teil der jüdischen Wählerschaft wider. Die Darstellung mag auch ein Indiz für die Reaktion sein, die der einige Wochen zuvor stattgefundene Zusammenschluß zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei in den Reihen der jüdischen Wählerschaft ausgelöst hatte. Der Jungdeutsche Orden war den Lesern des „Schild“ kein unbeschriebenes Blatt. Bereits Mitte der Zwanziger Jahre hatte die Redaktion einen antisemitischen Beitrag aus dem Organ des Jungdeutschen Ordens „Der Jungdeutsche“ abdrucken lassen.<sup>28</sup> Einen Monat vor der Reichstagswahl kritisierte „Der Schild“ den Spitzenkandidaten der neuen Staatspartei, Mahraun, scharf:

„Er (Mahraun, Anm. d. Verf.) hat gemeint, daß man den deutschen Juden in jeder Beziehung die vollen Staatsbürgerrechte einräumen müsse, und daß jede Einschränkung ein Unrecht sei. Er ist aber andererseits der Ansicht, daß er dabei auch auf dem völkischen Standpunkt des Jungdeutschen Ordens beharren kann. Er glaubt, daß die rablischen Verschiedenheiten zwischen den Juden und ihren nichtjüdischen deutschen Mitbürgern so groß sind, daß sie diese Einstellung rechtfertigen können. Wir bemerken hierzu, daß diese Einstellung fast dieselbe ist, wie sie Treviranus von der heutigen Volkskonservativen Partei bei der letzten Reichstagswahl, damals noch deutschnationaler Kandidat, auf die Anfrage des Vorsitzenden unserer Krefelder Ortsgruppe in einer Wahlversammlung äußerte, und die wir erst vor einigen Wochen im ‚Schild‘ veröffentlichten. Diese Stellungnahme Mahrauns zur Judenfrage unterscheidet sich auch nicht wesentlich von der des Stahlhelms. Man kann sogar sagen, daß es politisch rechts von Mahraun, noch viele Leute gibt, die in ihrer Stellung zu ihren jüdischen Mitbürgern durchaus nicht so scharfe politische Grenzen ziehen wie Mahraun.“<sup>29</sup>

Mit dem Hinweis auf den Stahlhelm war dessen antisemitische Haltung gemeint. Dieser hatte im Jahre 1924 einen „Arierparagraphen“ eingeführt, wonach Juden nicht in den Stahlhelm aufgenommen werden durften. Die jüdischen Mitglieder, die vor 1924 in den Bund eingetreten waren, verließen nach und nach den Stahlhelm.<sup>30</sup> Mit diesen Äußerungen rückte „Der Schild“

<sup>27</sup> Der Stimmzettel Deine Waffe! *Der Schild*, 11. September 1930, Nr. 17.

<sup>28</sup> *Der Schild*, 24. Juli 1925, Nr. 16.

<sup>29</sup> Unser Kampf um unser Recht in Deutschland. *Der Schild*, 14. August 1930, Nr. 15.

<sup>30</sup> Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966, S. 66f.

den Spitzenkandidaten einer Partei, der sich weite Teile der deutschen Juden traditionell verbunden fühlten, ins rechte, antisemitische Lager.

Ausgerechnet in der Phase des kurzzeitigen Zusammengehens der DDP mit dem Jungdeutschen Orden verstarb Ludwig Haas. Haas war von 1912 bis 1930 Reichstagsabgeordneter, zunächst der Fortschrittlichen Volkspartei, dann später der DDP. In den Jahren 1918 und 1919 war er Innenminister von Baden. Haas war Mitbegründer des Reichsbanner, Vorstandsmitglied im RjF und im Hauptvorstand des Centralvereins. Er war damit einer der wichtigsten jüdischen Persönlichkeiten in der liberalen Politik. In den letzten Jahren hatte er den Fraktionsvorsitz der Demokraten inne. Eine noch wichtigere und exponiertere Position wurde Haas, nach Meinung Frieses, aufgrund seiner jüdischen Herkunft vorenthalten.<sup>31</sup> Zu seinem Tode schrieb „Der Schild“: „Dieser Verlust konnte unseren Bund und das deutsche Judentum in keinem Augenblick schwerer treffen als gerade jetzt.“<sup>32</sup>

Mit Sicherheit hatte der Zusammenschluß zwischen Jungdeutschem Orden und DDP die RjF-Mitglieder irritiert. Vereinzelt lassen sich Hinweise finden, daß dieses Thema in den Ortsgruppen diskutiert wurde und darüber die Meinungen auseinandergingen.<sup>33</sup> Zu den offiziell wählbaren Parteien gehörte weiterhin die Deutsche Staatspartei. Auf einer Wahlkundgebung des RjF am 3. September in Berlin traten als Redner Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Staatspartei auf. Der Sprecher des RjF, Wiener, bezeichnete die bevorstehende Wahl als „Schicksalswahl“.<sup>34</sup> Ähnliche Einschätzungen über die Bedeutung des anstehenden Urnenganges befinden sich in den abgedruckten Berichten aus den Landesverbänden und Ortsgruppen der Verbandszeitschrift des RjF.

In der Ausgabe vor der Reichstagswahl im September 1930 druckte „Der Schild“ die Antworten einer Umfrage an jüdische Wahlkandidaten der Sozialdemokratie, der Deutschen Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums ab. Gefragt wurden die Abgeordneten, wie ihnen ein Eintreten für ihre Glaubensgenossen gegenüber schweren antisemitischen Angriffen möglich sei. In den Auszügen, die abgedruckt wurden, schrieb der sozialdemokratische Wahlkandidat Hugo Heimann, daß er niemals während seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Veranlassung oder Gelegenheit gehabt habe, innerhalb der Partei als Jude den jüdischen Standpunkt zu vertreten. Der Kandidat des Zentrums, Georg Kareski, verwies in dem etwas längeren Auszug darauf, daß das Zentrum allzeit ein Hort der Rechte der jüdischen Religionsgemeinschaft gewesen sei und daß das Zentrum keine Judenfrage kenne. In einem ebenfalls ausführlicheren Auszug betonte Bruno Weil als Wahlkandidat der Deutschen Staatspartei, daß die Staatspartei als einzige aller bürgerlichen Par-

---

<sup>31</sup> Frye, „Jewish Problem“, *op. cit.*, S. 166f.

<sup>32</sup> Kamerad Dr. Ludwig Haas. *Der Schild*, 14. August 1930, Nr. 15.

<sup>33</sup> Aus den Landesverbänden und Ortsgruppen. *Der Schild*, 22. September 1930, Nr. 18.

<sup>34</sup> Wahlkundgebung des RjF. *Der Schild*, 11. September 1930, Nr. 17.

teien ihn als einen Angehörigen jüdischen Glaubens an aussichtsreiche Position gesetzt habe. Der Kandidat der DVP ließ sich wegen Krankheit entschuldigen.<sup>35</sup> In der Septemberwahl 1930 gelangten mit den beiden Sozialdemokraten Moses und Heimann lediglich zwei Abgeordnete jüdischen Glaubens in den neuen Reichstag.

Das Resultat der Reichstagswahlen war für die jüdische Bevölkerung demprimierend. Die Nationalsozialisten zogen mit 107 Abgeordneten in den neuen Reichstag ein und stellten nunmehr hinter den Sozialdemokraten die zweitstärkste Fraktion. „Das Ergebnis ist erschütternd“, lautete der Kommentar zu dem Ausgang der Reichstagswahlen.<sup>36</sup> In der nachfolgend einsetzenden Diskussion um die jüdische Abwehrarbeit sah der RjF keine Alternativen zu der bisher praktizierten Form. Einzig heilsame Wirkung des Ergebnisses sei vielleicht, daß viele Juden, die früher interesselos abseits gestanden hätten, sich jetzt vielleicht wacherüttelt fühlten. Nur sei betrüblich, daß es dieses katastrophalen Ereignisses bedurfte habe, um sie zur Besinnung zu bringen.<sup>37</sup>

In den folgenden Monaten machte sich eine zunehmende Desillusionierung gegenüber den nicht antisemitischen Parteien als auch dem Staat selbst breit, was deren Rücksichtnahme bezüglich der jüdischen Problematik anging.

„Die Judenfrage ist ein spezielles Problem. Und es ist sehr schwer und vielleicht unmöglich, dieses Problem etwa in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses zu rücken. Aus diesem Umstande erklärt sich die Gleichgültigkeit und Uninteressiertheit mit welcher an sich nicht judenfeindliche Parteien in der Mitte und auch ganz links mit der Judenfrage zusammenhängende Angelegenheiten als lästig beiseite schieben, wenn diese Angelegenheiten anfangen, den anderen und allgemeinen Interessen und Aufgaben, denen die Parteien zu dienen haben, unbequem werden.“<sup>38</sup>

Da der RjF große Teile einer ganzen jüdischen Generation umfaßte, prallten im „Schild“ unterschiedliche Strömungen des deutschen Judentums aufeinander, die sich ansonsten nur in getrennten Organen publizistisch befahdeten. So kritisierte der Zionist Alfred Berger die bisherige Form der Abwehrarbeit. In derselben Ausgabe verwahrte sich das C. V.-Mitglied Ludwig Freund gegen die Vorwürfe Bergers. Insbesondere Bergers Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien geriet zugleich zu einer Ohrfeige für den Centralverein:

„Der Erfolg der antisemitischen Nationalsozialisten hat vielmehr, wie uns allen bekannt ist, derart gewirkt, daß Parteien, die noch kurz vor der Wahl erklärt haben, unter keinen Umständen mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen, schon am Tage nach der Wahl umgefallen sind. Wir wissen, daß die Wirtschaftspartei völlig umgefallen ist, wir wissen, daß in Sachsen die Deutsche

<sup>35</sup> Parteien und Antisemitismus. *Der Schild*, 11. September 1930, Nr. 17.

<sup>36</sup> Parteiendämmerung? *Der Schild*, 22. September 1930, Nr. 18.

<sup>37</sup> Die neue Lage – der alte Kampf. Klarheit oder Verwirrung. *Der Schild*, 9. Oktober 1930, Nr. 19.

<sup>38</sup> Die Debatte um die Abwehr. *Der Schild*, 13. November 1930, Nr. 21.

Volkspartei eine Regierung mit den Nationalsozialisten bilden will, wir wissen, daß in Braunschweig der Abgeordnete der Staatspartei eine nationalsozialistische Regierung ermöglicht hat, und der Zerfall der Staatspartei beweist doch auch, wie außerordentlich kurzsichtig die politische Führung des deutschen Judentums in diesen Tagen gewesen ist.“<sup>39</sup>

Nach nationalsozialistischen Krawallen anlässlich der Berliner Uraufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ stellte ein Artikel die Frage, ob ein demokratischer Staat dazu verurteilt sei, der Unterwühlung seiner Grundlagen schweigend zuzusehen, die Demokratie zu einer Fratze und vielleicht zu einem Trümmerfeld werden zu lassen? Ob es der Staat nicht für nötig halte, energisch zuzufassen, wenn jüdische Staatsbürger von organisierten Banden überfallen, geschlagen und beleidigt würden?<sup>40</sup> Gerade die zunehmenden Gewalttätigkeiten gegenüber jüdischen Bürgern und die mitunter lasche Haltung staatlicher Institutionen ließen im „Schild“ Zweifel an der Abwehrfähigkeit des republikanisch-demokratischen System nähren.

„Wenn wir ehrlich sind, müssen wir bekennen, daß wesentliche Zugeständnisse der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung immer nur auf dem Papier gestanden haben, daß die Vervollkommnung unserer staatsbürgerlichen Position durch die Demokratie ausblieb, ja, daß sie während der offiziellen Herrschaft des republikanisch-demokratischen System inoffiziell und faktisch in einem Maße beeinträchtigt wurde, das anscheinend keine Grenzen mehr kennt.“<sup>41</sup>

Einzige Garanten in dieser schwierigen Zeit waren für die RjFler der Reichspräsident und der Reichskanzler. Doch beruhte das Vertrauen in diese beiden Persönlichkeiten weniger auf deren politischen Positionen als auf der Tatsache, daß beide ehemalige Soldaten waren. Als Waffenbrüder fühlten sich die RjFler dem Generalfeldmarschall Hindenburg und dem Kompanieführer Brüning verbunden und setzten ihre Hoffnungen auf sie.<sup>42</sup>

Auch vom Bürgertum, dessen liberaler Teil traditioneller Weggefährte der deutschen Juden gewesen war, erhoffte man sich Mitte 1931 nichts mehr. Stattdessen machte sich immer mehr Fatalismus breit: „Wenn man aber sieht, daß es schlimmer statt besser wird, daß das Bürgertum häufig versagt und aus Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit sich bereits damit abgefunden hat, dem Wunderdoktor Hitler die Rettung des Volkes zu überlassen, dann fragt man sich endlich: Wo soll das hinaus?“<sup>43</sup>

Die Bilanz zum Jahrestag des 14. September, ein Jahr nach der Reichstagswahl 1930, fiel negativ aus. Die Voraussagen der Redaktion über den Aufstieg der Nationalsozialisten hatten sich durch die Erfolge in den Länder- und Kommunalwahlen des dazwischen liegenden Zeitraums bestätigt. Für die anstehende

<sup>39</sup> Erkenntnis oder Selbsttäuschung. *Der Schild*, 13. November 1930, Nr. 21.

<sup>40</sup> „So geht es nicht weiter!“ *Der Schild*, 25. Dezember 1930, Nr. 24.

<sup>41</sup> Zeichen und Mahnzeichen der Zeit. *Der Schild*, 26. März 1931, Nr. 6.

<sup>42</sup> „Seid stark“ *Der Schild*, 23. Juli 1930, Nr. 10.

<sup>43</sup> „Müdigkeit?“ *Der Schild*, 27. August 1931, Nr. 16.

Bürgerschaftswahl am 27. September in Hamburg wurde eine Fortsetzung der Tendenz befürchtet.<sup>44</sup> Mit einem Zugewinn von rund 60 000 Stimmen für die Nationalsozialisten gegenüber der Reichtagswahl 1930 trafen denn auch die pessimistischen Befürchtungen ein. Unter der Überschrift „Der Sturmball ist aufgezogen“ verwies „Der Schild“ darauf, daß die Verluste der bürgerlichen Parteien fast genau dem Zugewinn der Nationalsozialisten entsprächen.<sup>45</sup>

Irritationen innerhalb jüdischer Kreise über die Position des Zentrums dürfte der Abdruck eines Artikels aus der katholischen Zeitschrift „Der Fels“ ausgelöst haben. Die Schriftleitung wies darauf hin, daß die Ausführungen des Herausgebers Carl Maria Kaufmann symptomatische Bedeutung für die Einstellung weiter katholischer und Zentrumskreise hätten und daß sie um so bemerkenswerter seien, da Kaufmann als einer der Vorkämpfer gegen jede Form antisemitischer Verhetzung bekannt sei. In dem Artikel schrieb Kaufmann u. a.:

„Wird es (das Zentrum, Anm. d. Verf.) einmal, vielleicht morgen schon, mit den Nationalsozialisten gehen und mit ihnen eine Regierungsmehrheit bilden? Gewiß viel eher als mit der heutigen Sozialdemokratie, die trotz aller Wandlungen doch immer noch von der materialistischen-marxistischen Idee durchsetzt ist. Denn die Kluft, welche weltanschaulich zwischen Zentrum und Nationalsozialisten liegt, ist nicht so tief wie der Abgrund zwischen Zentrum und Sozialismus.“<sup>46</sup>

Artikel, die sich zur innenpolitischen Lage im Frühjahr 1932 äußerten, waren einerseits von einer vagen Hoffnung einer Wende hin zum Besseren und dem Hinweis, daß die Aufstiegsmöglichkeiten der Nationalsozialisten nicht unbegrenzt seien, und andererseits offener Resignation durchzogen. Doch jede neuerlich aufkeimende Hoffnung wurde in der Realität durch weitere Wahlerfolge der Nationalsozialisten zerstört. Daß diese Entwicklung auf Dauer psychisch nicht verkraftbar war, liegt auf der Hand. „Was nun . . .?“, fragte defätistisch der Bundesgeschäftsführer des RjF, Dr. Ludwig Freund, in einer Überschrift auf der Titelseite nach den Landtagswahlerfolgen der NSDAP im April 1932 in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg. Bitter beklagte er, „daß Demokratie sich mißversteht, wenn sie staatsgefährdenden Strömungen nur mit den Mitteln der Duldung, der Vornehmheit und der zarten Zurückhaltung ‚entgegenarbeitet‘. Auch der demokratische Staat hat die Verpflichtung, Gefahren für die Nation mit eiserner Hand zu begegnen – und zur rechten Zeit. Die richtige Zeit im Verhältnis zum Nationalsozialismus wurde versäumt.“<sup>47</sup>

Die Resignation und Enttäuschung über die Erfolge der Nationalsozialisten und die Reaktionen des Staates darauf müssen sehr tief gessen haben, denn

<sup>44</sup> Die Schriftleitung teilte nicht alle Auffassungen des Verfassers des Artikels über die glänzenden Aussichten Hitlers, hielt jedoch die pessimistischen Ausblicke des Artikels für berechtigt. Bilanz. Zum Jahrestag des 14. September. *Der Schild*, 24. September 1931, Nr. 18.

<sup>45</sup> Der Sturmball ist aufgezogen. *Der Schild*, 8. Oktober 1931, Nr. 19.

<sup>46</sup> Zentrum und Nationalsozialismus. *Der Schild*, 11. Februar 1932, Nr. 3.

<sup>47</sup> Was nun . . .? *Der Schild*, 28. April 1932, Nr. 8.

von der aktuellen Tagespolitik scheint sich der RjF seit diesem Zeitpunkt verabschiedet zu haben; von den staatstragenden Parteien wurde nichts mehr erwartet. Zur Reichstagswahl im Juli 1932 veröffentlichte „Der Schild“ weder einen Wahlaufruf, noch wurde der Ausgang der Wahl kommentiert. Zu den Reichstagswahlen im November 1932 veröffentlichte „Der Schild“ einen kleineren Artikel, jedoch nicht auf der Titelseite:

„Jeder Jude und jede Jüdin hat darum die Pflicht entsprechend ihrer Weltanschauung, sich zu entscheiden. Man hat die Pflicht Parteien zu wählen, die nicht nur formell sich gegen den Judenhaß auflehnen, sondern sich auch gegen die Ausschaltung der Juden aus öffentlichen Ämtern aussprechen. Hier kann nicht für eine Partei gesprochen werden, aber soviel kann man sagen: Jüdische Wähler, zeigt politischen Charakter und stärkt die Parteien, die eure Gleichberechtigung erkämpft und sie verteidigt haben.“<sup>48</sup>

Damit wurde das Entscheidungskriterium für jüdische Wähler, die Unterscheidung zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Parteien, deutlich verlassen. Formelle Bekundungen der Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung reichten nicht mehr für die Wahl einer Partei aus. Das neue Wahlkriterium war die aktive Bekämpfung des Antisemitismus. Die Wahlempfehlung ist zugleich ein Eingeständnis, daß es in der Vergangenheit Enttäuschungen über die Haltung zunächst potentiell wählbarer Parteien gegeben hatte.

Die Ergebnisse der Zeitungsanalyse bestätigen nicht die Einschätzung Hamburgers und Pulzers, daß es von Seiten des RjF Konzessionen nach Rechts gegeben habe.<sup>49</sup> Vor 1933 grenzte das aufgestellte Kriterium, nicht antisemitische Parteien zu wählen, die Deutschnationale Volkspartei eindeutig aus. Eine deutliche Parteinahme zugunsten der Deutschen Volkspartei ist ebenfalls nicht erkennbar. Die Betonung patriotischer Gefühle ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß jüdische Kriegsteilnehmer versucht hatten, durch ihren Militärdienst die Anerkennung als gleichwertige Staatsbürger zu erreichen. Die Verbundenheit mit Hindenburg oder Brüning basierte nicht darauf, daß man deren politische Anschauung teilte, sondern auf dem gemeinsamen Fronterlebnis. Die Redner auf Kundgebungen und Veranstaltungen des RjF waren durchweg Mitglieder der Weimarer Verfassungsparteien.<sup>50</sup> Angesichts dieser Tatsachen ist der Forderung George L. Mosses zuzustimmen, daß es nötig sei, das liberale Potential des RjF, das im Gegensatz zu deutschen Veteranenverbänden bestanden haben mag, genauer zu untersuchen.<sup>51</sup>

<sup>48</sup> Um was geht es am 6. November? *Der Schild*, 27. Oktober 1932, Nr. 20.

<sup>49</sup> Hamburger / Pulzer, *op. cit.*, S. 22.

<sup>50</sup> Auf einer Wahlkundgebung des RjF am 3. September 1930 sprachen die Politiker Hauff (DStp), Kellermann (Zentrum) und Kuttner (SPD). *C. V.-Zeitung*, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 37, S. 485.

<sup>51</sup> George L. Mosse, *Rückblick*, *op. cit.*, S. 181, Anm. 17.

### 3.2 Die C. V.-Zeitung

Am 22. Mai 1922 erschien erstmals die „Central-Verein-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.“. In einer weiteren Zeile unter dem Titelbalken führte das Blatt den Namen „Allgemeine Zeitung des Judentums“. Die C. V.-Zeitung war die Nachfolgerin der bis dahin bestehenden Monatsschrift des Centralvereins „Im deutschen Reich“. Die schmale publizistische Basis der im Jahre 1895 ins Leben gerufenen Verbandszeitschrift reichte nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr aus, den Anforderungen der stark gewachsenen C. V.-Mitgliederzahl gerecht zu werden.<sup>52</sup> Die C. V.-Zeitung wurde schnell zum auflagenstärksten Blatt innerhalb des Spektrums jüdischer Zeitungen und Zeitschriften. Über die Auflagenhöhe für den Untersuchungszeitraum sind folgende Angaben erhalten:<sup>53</sup>

1923–1925	c. a. 80 000 Exemplare
1926	65 000
1927	75 000
1929	65 000
1930–1932	60 000

Die Redaktion der C. V.-Zeitung konnte eine Reihe bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewinnen, in ihrer Zeitung einen Beitrag zu publizieren. Dazu gehörten u. a. Thomas Mann, die Reichsminister Severing und Wirth, der Berliner Polizei-Vizepräsident Weiß sowie zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete, vor allem aus den Reihen der Deutschen Demokratischen Partei.

In weit stärkerem Maße als alle anderen jüdischen Zeitschriften beschäftigte sich die C. V.-Zeitung mit Vorgängen und Ereignissen der deutschen Politik. Der Doppelcharakter des Centralvereins, einerseits ein Abwehrverband zu sein, andererseits die konstitutive Bekräftigung der Zugehörigkeit zum deutschen Volke, kommt auch in seinem Verbandsorgan zum Tragen. So spielten der Aspekt des Antisemitismus in der deutschen Politik wie auch der gesellschaftliche Antisemitismus eine ganz erhebliche Rolle in den Veröffentlichungen der C. V.-Zeitung. Mit dem Aufstieg der NSDAP konzentrierten sich gegen Ende der Zwanziger Jahre die Berichterstattungen und Abwehrbemühungen der C. V.-Zeitung immer mehr auf die Nationalsozialisten.<sup>54</sup>

Das zweite wichtige Element der Berichterstattung war die Hervorhebung

<sup>52</sup> Zur Mitgliederzahl des Centralvereins in den Jahren zwischen 1894 und 1933 vgl. Reinharz, *Deutschtum and Judentum*, *op. cit.*, S. 22.

<sup>53</sup> Die Angaben von Bernstein stammen aus unterschiedlichen Quellen. Bernstein, *op. cit.*, S. 39. Im Kopf der C. V.-Zeitung vom 16. Januar 1925, Nr. 3 ist die Auflagenhöhe mit 80 000 angegeben.

<sup>54</sup> Der Aspekt des Aufstiegs der NSDAP und seine Bewertung in der C. V.-Zeitung bilden einen Schwerpunkt der Arbeit Bernsteins. Bernstein, *op. cit.*.

des produktiven jüdischen Anteils an Kultur, Politik und Wissenschaft in Deutschland. Anspruch der C. V.-Zeitung war es, alle politischen Fragen, die das Judentum direkt berührten, vom deutschen Standpunkt aus zu erörtern. Eine spezifisch jüdische Politik wurde strikt abgelehnt. Überlegungen auf politischer Ebene, etwa nach Vorbild des Katholizismus ein jüdisches „Zentrum“ zu gründen, wurden daher nie ernsthaft diskutiert.<sup>55</sup>

Eine Ausgabe der C. V.-Zeitung war, ohne Beilagen, in der Regel zwischen 10 und 16 Seiten stark. Bei jährlich 52 bzw. 53 Ausgaben ist für den Untersuchungszeitraum ein deutlicher Rückgang der Seitenzahl pro Jahrgang zu verzeichnen. Während der 3. Jahrgang (1924) noch 824 Seiten zuzüglich der extra paginierten Beilagen aufweist, besaß der 11. Jahrgang (1932) nur noch 544 Seiten. Bernstein führt dies einerseits auf das Schrumpfen des Inseratenteils zurück. Andererseits sei noch Mitte der Zwanziger Jahre über sämtliche völkische Verbände berichtet worden, der Aufstieg der NSDAP habe jedoch eine redaktionelle Straffung zur Folge gehabt, die Berichte hätten sich zunehmend auf die Nationalsozialisten konzentriert.<sup>56</sup>

Neben der Wochenausgabe der C. V.-Zeitung gab es seit dem 1. Juli 1925 eine Monatsausgabe. Sie stellte eine Zusammenfassung der wöchentlich erscheinenden Ausgabe dar und war für die nichtjüdische Bevölkerung gedacht. In ihr wurden vor allem Artikel publiziert, die dem besseren Verständnis des Judentums dienen sollten. Die Monatsausgabe wurde den Empfängern kostenlos zugestellt. Über den ursprünglichen Kreis wurde sie vor allem Parlamentariern, Politikern, Rechtsanwälten, Richtern, Beamten des höheren Dienstes und Geistlichen sowie politischen Verbänden, Organisationen und Institutionen zugeschickt. Die Auflagenhöhe stieg von 18 500 im Jahre 1925 kontinuierlich auf 60 000 im Jahre 1932 an, erreichte jedoch nie die anvisierte Zahl von 150 000.<sup>57</sup> Die Quellengrundlage für die nachfolgende Auswertung bildet die Wochenausgabe der C. V.-Zeitung.

### 3.2.1 Der Centralverein und Wahlen

In den Augen des Centralvereins war der Gang zur Wahlurne ein ganz entscheidender Beitrag zur Abwehr des Antisemitismus. Mit der Stimmabgabe konnten die jüdischen Deutschen die Parteien unterstützen, die ihre staatsbürgerlichen Rechte schützten und den antisemitisch eingestellten Parteien eine Absage erteilen. Daher durfte keine jüdische Stimme verlorengehen. Der Wahlurne fernzubleiben, kam „Fahnenflucht“ oder „Verrat an den jüdischen Mitbürgern

---

<sup>55</sup> *Ibid.*, S. 35.

<sup>56</sup> *Ibid.*, S. 36.

<sup>57</sup> *Ibid.*, S. 41 f. Paucker schätzt das Interesse für diese Veröffentlichung gering ein. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf, op. cit.*, S. 51.

und Glaubensgenossen“ gleich oder leistete gar „dem Antisemitismus die beste Hilfe“.<sup>58</sup>

Wahlkampf war auch zugleich Abwehrkampf. Zu den Reichstagswahlen im Jahre 1924 legte die *C. V.-Zeitung* über mehrere Ausgaben jeweils vierseitige Extrabeilagen bei, die als Argumentationshilfen im Kampf gegen den Antisemitismus gedacht waren. Diese sollten entweder weiterverbreitet oder zur mündlichen Aufklärung verwendet werden. Auch wurde jeder Leser aufgefordert, diese spezielle Form der Abwehrarbeit finanziell zu unterstützen und einen Beitrag zum „Wahlfond“ zu leisten. Darüber hinaus hatte nach Ansicht des *C. V.* jeder und jede jüdische Deutsche die Verpflichtung, auch für den Wahlfond der jeweiligen Partei, die sie wählen wollten, einzutreten.<sup>59</sup>

Von Bedeutung waren nicht nur die Reichstagswahlen; auch Landtagswahlen und Kommunalwahlen fanden Beachtung in der *C. V.-Zeitung*. Insofern ist in ihr ein reichhaltiges Material an Kommentierungen zu aktuellen Ereignissen und Einschätzungen zum Verlauf der politischen Entwicklung zu finden. Die Aufklärungsarbeit im Wahlkampf richtete sich gegen alle antisemitisch ausgerichteten Parolen der unterschiedlichen Parteien. Damit nahm der Centralverein eine Zweiteilung vor in Parteien, die wählbar und nicht wählbar waren. Nicht wählbar waren alle antisemitischen und völkischen Parteien. Zu den größten nichtwählbaren Parteien gehörten die Deutschnationale Volkspartei und später selbstverständlich die NSDAP.

Die vorliegende Arbeit hat zwar das Anliegen, das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung zu analysieren und nicht die „judengegnerischen“<sup>60</sup> Parteien zu untersuchen. Dennoch seien an dieser Stelle ein paar knappe Anmerkungen zur DNVP und zur NSDAP erlaubt.

Hauptgegner für den Centralverein war vor dem Aufkommen der NSDAP die DNVP. Diese Partei wurde begrifflich manchmal zu den „Antisemiten“, dann wiederum zu den „antisemitischen Konservativen“ gerechnet. Die Deutschnationale Volkspartei besaß einen „Arierparagrafen“, der es Juden nicht erlaubte, in der Partei Mitglied zu werden. Programmatisch beabsichtigte die DNVP die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Juden, indem sie diese unter Fremdenrecht stellen wollte. Die abgedruckten Passagen aus den Aufrufen der DNVP vor Wahlen und die entsprechenden Kommentierungen sollten beim Leserkreis der *C. V.-Zeitung* keinen Zweifel an dem antisemitischen Charakter der Partei aufkommen lassen.

Eine Option, die DNVP als das „kleinere Übel“ gegenüber den National-

<sup>58</sup> Der letzte Ruf. *C. V.-Zeitung*, 1. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 18, S. 241. Zur Reichstagswahl. *C. V.-Zeitung*, 3. April 1924, 3. Jg., Nr. 14, S. 159.

<sup>59</sup> Zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924. 5 Forderungen des *C. V.* *C. V.-Zeitung*, 10. April 1924, 3. Jg., Nr. 5, S. 179. Derartig aufwendige Beilagen, wie zu den Reichstagswahlen im Mai 1924, produzierte die *C. V.-Zeitung* in den nachfolgenden Reichstagswahlkämpfen nicht mehr. Die Forderung nach finanzieller Unterstützung und Verstärkung der Abwehrkräfte wurde zu allen Reichstagswahlen laut.

<sup>60</sup> Der Begriff der „judengegnerischen Parteien“ wurde von der *C. V.-Zeitung* benutzt.

sozialisten zu sehen, wurde niemals diskutiert. Auch zu den Wahlen im November 1932 wiederholte die C. V.-Zeitung, daß sie die Wahl der Deutschnationalen Volkspartei keinesfalls anraten könne.<sup>61</sup>

Nach Wahlen nahm die C. V.-Zeitung meistens ausgiebig zu den Ergebnissen Stellung, analysierte die Veränderungen und stellte sie mittels Histogrammen dar oder kartographierte sogar die Ergebnisse der judengegnerischen Stimmen.<sup>62</sup> Die Zusammenfassung aller Stimmen, die für antisemitische Parteien, unter Einschluß der DNVP, abgegeben wurden, ließ die C. V.-Zeitung auch zu anderen Schlußfolgerungen kommen, als sie gemeinhin gezogen wurden. Ein Menetekel war bereits das Wahlergebnis der Reichstagswahl 1928 in Koburg. Dort hatten Deutschnationale, Nationalsozialisten und Deutschvölkische rund zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.<sup>63</sup>

Der Aufstieg der Nationalsozialisten im Spiegelbild der Wahlen ist in der C. V.-Zeitung äußerst genau dokumentiert. Unzählige Belege findet man für die große Besorgnis, mit der der Aufstieg der NSDAP verfolgt wurde. Als die Nationalsozialisten im Juni 1929 in den Kommunalwahlen in Koburg 13 von 25 Sitzen errangen, prognostizierte die C. V.-Zeitung warnend: „Das Koburger Ergebnis dürfte auch den kritischsten Beurteilern der nationalsozialistischen Fortschritte gegenüber Beweis dafür sein, daß die Entwicklung der Partei in Sachsen nur einen kleinen Vorgeschmack auf den noch zu erwartenden Aufstieg gibt.“<sup>64</sup>

Seit Mitte 1929 betrachtete der Centralverein nicht mehr die DNVP, sondern die Nationalsozialisten als die große Bedrohung. Damit reagierte der Centralverein frühzeitig auf den sich abzeichnenden Trend in den Landtags- und Kommunalwahlen. Die Aufforderung zur Stimmabgabe bei der Landtagswahl in Baden im Oktober 1929 war nicht mehr unter dem allgemeinen Postulat der Abwehr des Antisemitismus formuliert, sondern lautete: „Darum am 27. Oktober jede jüdische Stimme gegen die Nationalsozialisten.“<sup>65</sup>

Noch vor dem eigentlichen Durchbruch der Nationalsozialisten in der Wählergunst beschäftigte sich die C. V.-Zeitung detailliert mit den Inhalten nationalsozialistischer Politik, beispielsweise der Wirtschaftspolitik oder der Kommunalpolitik.<sup>66</sup> Auch wurde frühzeitig versucht zu ergründen, aus welchen Kreisen die Nationalsozialisten ihre Wählerschaft rekrutierten. Die Betrachtungen der

<sup>61</sup> Zum 6. November. *C. V.-Zeitung*, 28. Oktober 1932, 9. Jg., Nr. 44, S. 437.

<sup>62</sup> Zur Kartographierung der Ergebnisse vgl.: *C. V.-Zeitung*, 8. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 19, S. 285; 18. u. 26. Dezember 1924, 3. Jg., Nr. 53/54. Histogramm: *C. V.-Zeitung*, 9. Januar 1925, 4. Jg., Nr. 2, S. 27.

<sup>63</sup> Koburg. *C. V.-Zeitung*, 25. Januar 1929, 8. Jg., Nr. 4, S. 45.

<sup>64</sup> Kommunalwahlen in Koburg. *C. V.-Zeitung*, 28. Juni 1929, 8. Jg., Nr. 26, S. 342. Bei der Landtagswahl in Sachsen im Mai 1929 hatten die Nationalsozialisten fünf Prozentpunkte erreicht.

<sup>65</sup> Darum am 27. Oktober jede jüdische Stimme gegen die Nationalsozialisten. *C. V.-Zeitung*, 18. Oktober 1929, 8. Jg., Nr. 42, S. 565.

<sup>66</sup> Unfruchtbare Theorie – und undurchführbare Vorschläge. Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm. *C. V.-Zeitung*, 13. September 1929, 8. Jg., Nr. 37, S. 492.

nationalsozialistischen Wählerschaft und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen basierten jedoch durchwegs auf dem Vergleich zwischen Verlusten und Gewinnen der absoluten Stimmen. So entstand eine Facette von widersprüchlichen, teilweise fehlgeleiteten Beobachtungen, aber auch von Schlußfolgerungen und Mutmaßungen, die durch die Ergebnisse der Historischen Wahlforschung später bestätigt werden sollten.<sup>67</sup>

### 3.2.2 Das Erscheinungsbild der „wählbaren“ Parteien in der C.V.-Zeitung

#### 3.2.2.1 Die Wirtschaftspartei

Anläßlich der Landtagswahl in Thüringen 1927 wurde in der C.V.-Zeitung erstmals zur Wirtschaftspartei Stellung genommen. Die Wirtschaftspartei war im Jahre 1919 gegründet worden. Seit 1925 führte sie den Namen „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“. Unter den bürgerlichen Parteien bot sich die Wirtschaftspartei als Partner des Mittelstandes mit einer berufsständischen Phrasologie und sozial-konservativen Zielen an.<sup>68</sup>

Zu den Landtagswahlen in Thüringen äußerte sich die C.V.-Zeitung warnend über die Wirtschaftspartei, da sie den durch seine antisemitische Einstellung bekannten Ministerialrat Dr. Gerstenhauer als Spitzenkandidaten aufgestellt hatte.<sup>69</sup> Die Warnung bedeutete keine generelle Absage an die Wirtschaftspartei. Formell wurde zwischen antisemitischen Äußerungen einzelner Kandidaten und antisemitischen Festlegungen im Parteiprogramm unterschieden. Die Wirtschaftspartei wurde auch zu keinem Zeitpunkt als „antisemitisch“ oder „judenfeindlich“ eingestuft.

Im Jahre 1928 knüpfte der Centralverein Verbindungen zur Wirtschaftspartei. Dieser Kurs war innerhalb des Centralvereins nicht unumstritten. Man hoffte, die bürgerliche Splitterpartei durch finanzielle Subvention endgültig auf eine Ablehnung des Antisemitismus festlegen zu können. Die finanzielle Unterstützung für die Partei fiel kaum ins Gewicht, doch war in der Folgezeit die Wirtschaftspartei in der C.V.-Zeitung präsenter.<sup>70</sup> Die mittelständische Programmatik führte nach Angaben der C.V.-Zeitung der Wirtschaftspartei Sym-

<sup>67</sup> Zu zeitgenössischen Erklärungsversuchen der nationalsozialistischen Wahlerfolge vgl. Falter, *Hitlers Wähler*, op. cit., S. 42 ff.

<sup>68</sup> Zur Wirtschaftspartei vgl. die Darstellungen von Martin Schumacher, *Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933*, Düsseldorf 1972; idem, ‚Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik‘, in Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weißbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974.

<sup>69</sup> Landtagswahlen in Thüringen. C.V.-Zeitung, 14. Januar 1927, 6. Jg., Nr. 2, S. 15.

<sup>70</sup> Schumacher, *Mittelstandsfront*, op. cit., S. 73f. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, op. cit., S. 92.

pathisanten aus den Reihen der jüdischen Bevölkerung zu.<sup>71</sup> Insbesondere der Kampf der Partei gegen die großen Warenhäuser zugunsten kleiner kaufmännischer Mittelständler war ein zentraler Punkt, den die „Deutsche Mittelstandszeitung“, das Organ der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, durch Abdruck ihrer Stellungnahme in der C.V.-Zeitung verbreiten durfte. „Linken“ Positionen der Nationalsozialisten wurde eine scharfe Absage erteilt aufgrund ihrer schädigenden Auswirkungen für den Mittelstand.<sup>72</sup>

Zu den Reichstagswahlen 1930 durfte der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Otto Colosser, die Haltung seiner Partei zum Nationalsozialismus darlegen. Die Aussagen Colossers waren strikt antisozialistisch. Wiederum wurde die Schädlichkeit der „sozialistischen“ Parolen der Nationalsozialisten herausgestellt. Der Antisemitismus sei dabei ein Kampfmittel, „um die Leidenschaften Arbeitsloser aufzupeitschen.“<sup>73</sup> Zu der Wahlkundgebung des Centralvereins in der Berliner Philharmonie war Colosser ebenfalls als Redner eingeladen worden.<sup>74</sup>

Im Reichstagswahlkampf 1930 inserierten erstmalig Parteien in der C.V.-Zeitung. Die Wahlanzeige der Wirtschaftspartei zielte ganz und gar auf die Interessen und das politische Selbstbewußtsein des Mittelstandes. Dabei suggerierte die Partei das schicksalshafte Bild einer mit dem Mittelstand verbundenen „Mittelstandsfront“ als wahrer Führer- und Kulturschicht des deutschen Volkes. Diese Wahlwerbung enthielt nicht, wie beispielsweise die des Zentrums, spezifisch jüdische Komponenten, wie den Hinweis auf die Abwehr des Antisemitismus oder die Verteidigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden.<sup>75</sup>

Zwischen 1930 und 1932 mehrte sich die Kritik an der Haltung der Wirtschaftspartei. Koalitionen auf Länderebene mit den Deutschnationalen, gemeinsames Abstimmungsverhalten mit den Nationalsozialisten oder antisemitische Äußerungen von Abgeordneten der Wirtschaftspartei warfen ein schlechtes Licht auf die Partei. Insbesondere die Koalition in Thüringen, die dem Nationalsozialisten Frick zum Innenministerposten verhalf, wurde scharf verurteilt.<sup>76</sup> Die C.V.-Zeitung kam „schwer darüber hinweg“, daß es im Verlauf des Jahres 1931 auf Reichsebene Annäherungen der Wirtschaftspartei an die Nationalsozialisten gegeben hatte.<sup>77</sup> In der Berichterstattung der Reichstagswahlkämpfe des Jahres 1932 kam die Wirtschaftspartei so gut wie gar nicht vor. Die

---

<sup>71</sup> Des deutschen Reiches Schicksalstag. Anhalt. *C. V.-Zeitung*, 22. April 1932, 11. Jg., Nr. 17, S. 162.

<sup>72</sup> Front gegen den Nationalsozialismus. *C. V.-Zeitung*, 5. April 1929, 8. Jg., Nr. 14, S. 174.

<sup>73</sup> Der Aufmarsch der Parteien. *C. V.-Zeitung*, 29. August 1930, 9. Jg., Nr. 35, S. 456.

<sup>74</sup> Berliner Wahlkundgebung des C. V. *C. V.-Zeitung*, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 37, S. 483f.

<sup>75</sup> *Ibid.*, S. 483.

<sup>76</sup> Die Aera Frick und ihr Ende. *C. V.-Zeitung*, 10. April 1931, 10. Jg., Nr. 15, S. 182.

<sup>77</sup> Hindenburg, Hitler, Harzburg. *C. V.-Zeitung*, 16. Oktober 1931, 10. Jg., Nr. 42, S. 489.

Wirtschaftspartei selbst plazierte in der C. V.-Zeitung zu diesem Zeitpunkt auch keine Wahlanzeige mehr.

### 3.2.2.2 Die Deutsche Volkspartei

Das Erscheinungsbild der Deutschen Volkspartei in der C. V.-Zeitung war ambivalent. Einerseits gab es im Hauptvorstand des Centralvereins Mitglieder, die zugleich Mitglieder der Deutschen Volkspartei waren. Auch wurde der DVP in Wahlkampfzeiten Raum in der C. V.-Zeitung gegeben, eigene Positionen zu präsentieren und sich werbend der C. V.-Leserschaft vorzustellen. Zudem wurden zu Wahlkampfveranstaltungen des Centralvereins nachweislich bis in das Jahr 1931 auch Redner der Deutschen Volkspartei eingeladen. Andererseits wurden antisemitische Ausfälle der Partei sorgfältig beobachtet und registriert, so daß dem Erscheinungsbild der DVP immer ein Makel anhaftete.

Zur Reichstagswahl im Mai 1924 präsentierte die C. V.-Zeitung die DVP als Partei, die sich von den antisemitischen Parolen der Rechtsparteien bewußt distanzieren.<sup>78</sup> In einer Nachbetrachtung zu diesem Wahlkampf berichtete jedoch der Kandidat der Demokraten, Otto Nuschke, daß in seinem Wahlkreis die Ortsgruppe Zossen der Deutschen Volkspartei geschlossen zur Kuntze-Partei übergetreten sei.<sup>79</sup> Richard Kuntze war Gründer der Deutschsozialen Partei und galt als wüster Radauantisemit. Er war auch unter dem Namen „Knüppel-Kuntze“ bekannt.

Die diffizile Bewertung der DVP war nicht erst ein Problem, das entstand, als die Nationalsozialisten Ende der Zwanziger Jahre ein entscheidendes Gewicht in den Parlamenten erlangten und sich für die Volksparteiler die Frage stellte, ob sie gemeinsam mit den Nationalsozialisten stimmen oder gar eine Koalition mit ihnen eingehen sollten. Das ambivalente Erscheinungsbild der Partei machte es bereits 1924 schwierig zu entscheiden, ob die DVP eine für Juden wählbare Partei war. Der Vorfall in Zossen scheint kein Einzelfall gewesen zu sein. Zu den Reichstagswahlen im Dezember 1924 erschien in der C. V.-Zeitung die Empfehlung, die Frage der Wählbarkeit der DVP von den einzelnen Kandidaten in den Wahlkreisen abhängig zu machen.

„Die Deutsche Volkspartei ist durch ihr Programm nicht auf den Antisemitismus festgelegt. Das ist durchaus zuzugeben. Aber wohl gab es und gibt es vielfach innerhalb der Deutschen Volkspartei Kandidaten, denen antisemitische Neigungen mit Recht nachgesagt werden können, und die sich auch ganz offen in der Vergangenheit zum Antisemitismus bekannt haben. Bei solcher Sachlage ist angebracht, die Tatsache im einzelnen Wahlkreis zu klären.“<sup>80</sup>

Im Kommentar zu den parallel stattgefundenen Landtagswahlen in Preußen beklagte die C. V.-Zeitung, daß die Deutsche Volkspartei zwar nicht theoretisch

<sup>78</sup> Die Wahlprogramme zur völkischen Frage. *C. V.-Zeitung*, 17. April 1924, 3. Jg., Nr. 16, S. 207.

<sup>79</sup> Beobachtungen aus dem Wahlkampf. *C. V.-Zeitung*, 5. Juni 1924, 3. Jg., Nr. 23, S. 341.

<sup>80</sup> Der Wahltag. Von Paul Nathan. *C. V.-Zeitung*, 7. November 1924, 3. Jg., Nr. 45, S. 678.

auf dem rassenmäßigen Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei angelangt sei, jedoch würden in ihrer Wählerschaft die „völkisch angekränkelten Wähler“ überwiegen. Keinen Vorwurf machte der Artikel dem Parteivorsitzenden Stresemann. Er würde sich wahrscheinlich gern liberaler betätigen, wenn er nur könnte. Für die Zukunft erwartete die C. V.-Zeitung, daß der rechtsgerichtete, zahlenmäßig stärkere Flügel der DVP die Verbindung mit den Deutschnationalen fördern würde.<sup>81</sup>

Interessant ist auch die Kommentierung des Ausgangs der Wahlen zum braunschweigischen Landtag. Dort rechnete der Kommentator der C. V.-Zeitung die DVP nicht der politischen Mitte zu oder bezeichnete sie als eine der beiden liberalen Parteien, sondern zählte sie zu den Rechtsparteien.<sup>82</sup>

Offen zutage traten die Schwierigkeiten des Centralvereins in der Bewertung der DVP in einem Rückblick über seine Aktivitäten im Wahlkampf. Einerseits zog die DVP gegen die Völkischen in den Wahlkampf, andererseits verwandte die DVP in ihrem Wahlkampf antisemitisches Material, so daß der Redaktionsleiter der C.V.-Zeitung, Arthur Schweriner, im Falle eines Flugblattes beklagte, daß die Volkspartei dem Judenhaß Rechnung getragen habe, was er als „niederträchtige Entgleisung“ bezeichnete.<sup>83</sup>

Offensichtlich ist, daß die Anhänger und Mitglieder der DVP innerhalb des Centralvereins vor die Frage nach den Grenzen der Zusammenarbeit gestellt wurden. Kurt Alexander, wohl eines der prominentesten DVP-Mitglieder innerhalb des Centralvereins und Mitbegründer der C.V.-Zeitung, warnte übertreibend vor einer, wie er meinte, um sich greifenden und „unendlich gefährlichen Meinung“, daß die Gesamtheit der nichtjüdischen Volksgenossen den Juden feindlich gegenüber sei und die Juden nicht mit ihr zusammenarbeiten dürften.<sup>84</sup> Ohne die DVP oder eine andere Organisation explizit zu nennen, schrieb er: „Eine Vereinigung gleichviel auf welchem Gebiete sie besteht, wird noch nicht dadurch zu einer grundsätzlich antisemitischen, daß einzelne Judengegner in ihr tätig sind.“<sup>85</sup>

Einen weiteren „Sündenfall“ der DVP meldete die C. V.-Zeitung aus Chemnitz. Dort war die Volkspartei zu den Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1926 eine Listenverbindung mit der Wirtschaftspartei, den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten eingegangen.<sup>86</sup> Wie die Parteileitung der DVP auf die Ereignisse in Chemnitz reagierte, ist der C. V.-Zeitung nicht zu entnehmen. Lokalen Entgleisungen kam jedoch nur eine lokale Bedeutung zu, so lautete die

<sup>81</sup> Die Ergebnisse der Landtagswahlen. *C. V.-Zeitung*, 12. Dezember 1924, 3. Jg., Nr. 50, S. 791.

<sup>82</sup> *Ibid.*, S. 792.

<sup>83</sup> Der Centralverein im Wahlkampf. Von Arthur Schweriner. *C. V.-Zeitung*, 12. Dezember 1924, 3. Jg., Nr. 50, S. 796 f.

<sup>84</sup> Mitarbeit, kein Abschluß! *C. V.-Zeitung*, 9. Juli 1926, 3. Jg., Nr. 28, S. 369 f.

<sup>85</sup> *Ibid.*

<sup>86</sup> Was sagt die Parteileitung dazu? Eine merkwürdige Listenverbindung in Chemnitz. *C. V.-Zeitung*, 17. Dezember 1926, 5. Jg., Nr. 51, S. 663.

Bewertungsskala des Centralvereins. Ausschlaggebend für die Bewertung des Ausmaßes des Antisemitismus innerhalb einer Partei waren die offiziellen Äußerungen; damit waren die Stellungnahmen der Parteispitzen gemeint sowie deren Handhabung und Vorgehensweise gegen judenfeindliche Äußerungen innerhalb der Partei.<sup>87</sup>

Überlokale politische Bedeutung maß die C.V.-Zeitung den Vorgängen um die Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitglieds in Frankfurt a.M. zu. Dort hatte sich die Deutsche Volkspartei unter der Parole „Gegen den Marxismus“ nicht nur mit den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und einer sogenannten Arbeitnehmergruppe verbündet, sondern auch mit der NSDAP.

„Mit Recht hat dieses Verhalten der Deutschen Volkspartei in weiten Kreisen Entrüstung erregt. Wenn auch die Verdienste der Reichsleitung, den offiziellen Parteikurs durch judenfeindliche Verlockungen nicht beeinflussen zu lassen, unbedingt anerkannt werden müssen, so muß doch ein solches Wahlbündnis in einer Stadt wie Frankfurt, wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung berechtigtes Bedenken hervorrufen. Will sich die Deutsche Volkspartei nicht dem Vorwurf aussetzen, durch ihre Haltung vor der Wahl Stimmenfang auf Grund haltloser Versprechungen getrieben zu haben, so wird sie mit ihrer eindeutigen Stellungnahme zu dem Falle Frankfurt nicht zurückhalten dürfen.“<sup>88</sup>

Eine Stellungnahme der DVP zu den Ereignissen in Frankfurt, gleiches gilt auch für alle weiteren lokalen, antisemitischen Ausfälle von Volksparteilern, über die die C.V.-Zeitung berichtete, wurde in keiner der nachfolgenden Ausgaben veröffentlicht. Ob der Vorstand des Centralvereins eine Antwort der Parteileitung erhielt und diese – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der C.V.-Zeitung abdrucken ließ, oder ob es die Parteileitung der DVP nicht für nötig hielt, sich zu den Ereignissen zu äußern, ist von dieser Stelle aus nicht nachprüfbar. Festzuhalten bleibt der Eindruck, den diese Artikel auf den Leser bzw. Wähler hinterlassen haben mögen. Ohne abgedruckte Stellungnahmen der Partei erwecken sie den Anschein, die Parteileitung der Volkspartei dulde zumindestens Kooperationen mit ausgesprochen antisemitischen Parteien.

Am 3. Oktober 1929 starb Gustav Stresemann. In einem Artikel würdigte ihn Kurt Alexander als einen Mann, dessen Einfluß es auch zu verdanken sei, daß sich die von ihm gegründete und geführte Partei im wesentlichen frei vom Antisemitismus gehalten habe.<sup>89</sup>

In einigen Ländern stand die DVP nach Einschätzung der C.V.-Zeitung den Deutschnationalen näher als der politischen Mitte. In Thüringen kam es zu einer Regierungskoalition aus Landbund, Wirtschaftspartei, Deutschnationalen,

<sup>87</sup> Sie fragen, wir antworten. *C. V.-Zeitung*, 27. April 1928, 7. Jg., Nr. 17, S. 231.

<sup>88</sup> Die Stadtratswahlen in Frankfurt a.M. und die Deutsche Volkspartei. *C. V.-Zeitung*, 29. Juni 1928, 7. Jg., Nr. 26, S. 367.

<sup>89</sup> Gustav Stresemann. *C. V.-Zeitung*, 11. Oktober 1929, 8. Jg., Nr. 41, S. 549.

Deutscher Volkspartei und den Nationalsozialisten. Dabei wurde der Nationalsozialist Frick Innenminister.<sup>90</sup>

Bereits zu den Reichstagswahlen 1930 ist nicht mehr die Anfrage der C.V.-Zeitung an die Parteien, wie sie sich zum Antisemitismus stellen, sondern wie ihre Haltung zum Nationalsozialismus sei. Dazu räumte die C.V.-Zeitung der DVP ebenso einen Platz ein sich zu äußern, wie den Vertretern der Staatspartei, der SPD, dem Zentrum, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei.<sup>91</sup> Ebenso wie Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei und Wirtschaftspartei in-serierte die DVP in der C.V.-Zeitung.<sup>92</sup>

Auf der Wahlkundgebung des Centralvereins in der Berliner Philharmonie erklärte der ehemalige Reichsminister v. Raumer für die DVP, daß die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in Thüringen eine Notgeburt gewesen sei, eine Zusammenarbeit mit der Thüringer Sozialdemokratie sei nicht möglich gewesen. Auf Reichsebene lehne er ebenso wie seine Freunde eine Koalition mit den Nationalsozialisten energisch ab.<sup>93</sup>

Der Centralverein brach, trotz der belastenden Koalition der Volksparteiler mit den Nationalsozialisten in Thüringen, die Beziehungen zur DVP während des Reichstagswahlkampfes und darüber hinaus nicht ab. Innerhalb des Centralvereins bestand weiterhin die Hoffnung, daß die Volkspartei zu den zählbaren Kräften gegen den Nationalsozialismus zu rechnen sei. Belege für diese Auffassung sind, daß sowohl nach der Septemberwahl von einem Vertreter der DVP eine Abhandlung auf die Frage, wie das deutsche Volk den Nationalsozialismus überwinden könne, in der C.V.-Zeitung zu finden ist, als auch die weiteren Einladungen und Teilnahmen von volksparteilichen Rednern auf Veranstaltungen des Centralvereins.<sup>94</sup>

Über den Landtagswahlkampf der Deutschen Volkspartei in Oldenburg äußerte sich die C.V.-Zeitung lobend. Die DVP sei die einzige Partei auf der Rechten gewesen, die sich gegen die verantwortungslose Hetze der Nationalsozialisten herausgewagt hätte.<sup>95</sup> Demgegenüber gab die Senatskrise in Bremen im Herbst 1931 der C.V.-Zeitung wieder Anlaß, besorgt zu fragen, ob es zu einer Koalition von Volksparteilern bis zu den Nationalsozialisten kommen würde.<sup>96</sup>

<sup>90</sup> Der Nationalsozialist Frick tatsächlich thüringischer Innenminister geworden. *C.V.-Zeitung*, 17. Januar 1930, 9. Jg., Nr. 3, S. 27. Vgl. auch: Landtagswahlen in Sachsen. *C.V.-Zeitung*, 3. Mai 1929, 8. Jg., Nr. 18, S. 229f.

<sup>91</sup> Der Aufmarsch der Parteien. *C.V.-Zeitung*, 5. September 1930, 9. Jg., Nr. 36, S. 469.

<sup>92</sup> *C.V.-Zeitung*, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 37, S. 485.

<sup>93</sup> Berliner Wahlkundgebung des C.V. *C.V.-Zeitung*, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 38, S. 484.

<sup>94</sup> Wie überwindet das deutsche Volk den Nationalsozialismus? *C.V.-Zeitung*, 26. September 1930, 9. Jg., Nr. 38, S. 499. Die Hamburger Kundgebung des C.V. *C.V.-Zeitung*, 3. April 1931, 10. Jg., Nr. 14, S. 165. Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 27. September. *C.V.-Zeitung*, 25. September 1931, 10. Jg., Nr. 39, S. 467.

<sup>95</sup> Vor Landtagswahlen in Oldenburg. *C.V.-Zeitung*, 8. Mai 1931, 10. Jg., Nr. 19, S. 235.

<sup>96</sup> Senatskrise in Bremen. Von Volksparteilern bis Nationalsozialisten? *C.V.-Zeitung*, 2. Oktober 1931, 10. Jg., Nr. 40, S. 474.

Das in früheren Jahren formulierte Kriterium der „regionalen Bedeutung“ von Koalitionen der Volkspartei mit antisemitischen Kräften war im Jahre 1931 mittlerweile aufgeweicht. Einzig die Frage, ob die Volkspartei auf Reichsebene mit den Nationalsozialisten kooperieren würde oder gar den Wunsch äußere, mit den Nationalsozialisten zu koalieren, oder ob sie an ihrer im Reichstagswahlkampf 1930 formulierten Absage an den Nationalsozialismus festhalten würde, war entscheidend für das Verhältnis des Centralvereins zur DVP. Als es im Zuge der Bildung der Harzburger Front Kontakte prominenter Volksparteiler zu Hugenberg und Hitler gab, war der kritische Punkt erreicht. In Anspielung an die Tagung in Bad Harzburg schrieb die C.V.-Zeitung bestürzt: „... wir kommen als deutsche Juden schwer darüber hinweg, daß jetzt auch die Deutsche Volkspartei oder doch mindestens ein maßgebender Teil derselben Tuchfühlung und vielleicht noch mehr mit Hitler und seinen Freunden sucht“.<sup>97</sup>

Der neue Parteiführer der DVP und Nachfolger des glücklosen Ernst Scholz, Eduard Dingeldey, hatte durch sein Lavieren zwischen den Deutschnationalen, der Regierung Brüning und den Nationalsozialisten den Kredit verspielt. Auf den Veranstaltungen des Centralvereins zu den Landtagswahlen in Hessen im November 1931 bereitete die Umsetzung des allgemeinen Prinzips, keine Stimme einer Partei zu geben, die jüdenfeindlich sei oder jüdenfeindliche Kandidaten aufstelle, im Zusammenhang mit der DVP „erhebliche Schwierigkeiten“. Insbesondere die Annäherungsversuche des Führers der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, würden die DVP, so prognostizierte die C.V.-Zeitung, „eine nicht unerhebliche Zahl jüdischer Wähler kosten.“<sup>98</sup> Als die Volkspartei zu den Wahlen der Hamburger Bürgerschaft im April 1932 eine Einbuße von zwei Mandaten hinnehmen mußte, wurde dies als „erfreuliches Ergebnis“ begrüßt, nicht ohne Hinweis auf das „nationalsozialistische Verhalten“ der Partei.<sup>99</sup>

Ob zu den Reichstagswahlkampfveranstaltungen des Centralvereins im Jahre 1932 noch Redner der Volkspartei eingeladen wurden, bleibt offen. Der C.V.-Zeitung sind keinerlei Hinweise zu entnehmen. Im Gegensatz zu 1930 ist keine Wahlanzeige der DVP mehr zu finden. Die Vorbehalte gegen die Volkspartei waren mittlerweile so groß, daß Mitglieder des Centralvereins in Breslau in einem Brief den Vorstand aufforderten, zur Novemberwahl 1932 vor der Stimmenabgabe zugunsten der Volkspartei zu warnen. Der Vorstand scheute jedoch den offenen Bruch. Offiziell wurde der DVP attestiert, daß ihr Programm keinen Anlaß gebe, deutschjüdische Wähler abzuschrecken. Was jedoch ernstlich gegen die Deutsche Volkspartei sprechen könnte, so die vorsichtige, im Konjunktiv formulierte Verlautbarung, sei die Tatsache der Listenverbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei.<sup>100</sup>

<sup>97</sup> Hindenburg. Hitler. Harzburg. C. V.-Zeitung, 16. Oktober 1931, 10. Jg., Nr. 42, S. 489.

<sup>98</sup> Vor den Wahlen in Hessen. C. V.-Zeitung, 6. November 1931, 10. Jg., Nr. 45, S. 519.

<sup>99</sup> Das Hamburger Wahlergebnis. C. V.-Zeitung, 29. April 1932, 11. Jg., Nr. 18, S. 175.

<sup>100</sup> Zum 6. November. C. V.-Zeitung, 28. Oktober 1932, 11. Jg., Nr. 44, S. 438. Bereits zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 war die DVP eine Listenverbindung mit den Deutschnationalen eingegangen. Hans Booms, ‚Die Deutsche Volkspartei‘, in Erich Matthias / Rudolf

### 3.2.2.3 Die Deutsche Demokratische Partei

Rein personell bestand seitens des Centralvereins zur DDP die größte Affinität. Mit Ludwig Haas und Georg Bernhard waren zwei C.V.-Hauptvorstandsmitglieder zugleich Mitglieder der Reichstagsfraktion der DDP. Georg Bernhard war von 1914 bis 1930 Chefredakteur der Vossischen Zeitung. Bis dahin war er ebenfalls Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse. Erst 1924 wurde er Mitglied der DDP, in früheren Jahren war er bereits einmal der SPD beigetreten. 1927 wurde Bernhard Vorstandsmitglied der DDP, und von 1928 bis 1930 saß er als Abgeordneter im Reichstag.<sup>101</sup>

Ludwig Haas war häufig Redner auf Veranstaltungen des Centralvereins. Auch trat er öfter publizistisch in der C.V.-Zeitung in Erscheinung, während von Bernhard so gut wie keine Beiträge vorhanden sind. Neben Haas sind vor allem die preußischen Landtagsabgeordneten Otto Nuschke und Bernhard Falk als Verfasser von Artikeln in der C.V.-Zeitung zu nennen. Falk war Mitglied des Hauptvorstandes des Centralvereins. An der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung nahm er als Abgeordneter teil. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte er als Vertreter der Nationalliberalen in der Stadtverordnetenversammlung von Köln gesessen. Von 1924 bis 1932 war er Mitglied des preußischen Landtags und bekleidete unter anderem das Amt des Fraktionsführers. Otto Nuschke war von 1916 bis 1930 Herausgeber der Berliner Volkszeitung und Mitbegründer der DDP sowie Mitglied im Parteivorstand.<sup>102</sup>

Formal hielt sich der Centralverein auch der DDP gegenüber an sein Prinzip der parteipolitischen Neutralität. Explizit wurde nie eine Wahlempfehlung zugunsten der Demokraten ausgesprochen. Auszüge aus Wahlprogrammen, Stellungnahmen zu aktuellen politischen Fragen oder zum Antisemitismus standen formal gleichberechtigt neben den Aussagen anderer Parteien.

Im Selbstverständnis von DDP und Centralverein gab es eine Reihe von Positionen, die eine deutliche Kongruenz belegen. Die Deutschen Demokraten stellten den Staat der Gesellschaft als etwas Höheres gegenüber. Sie selbst wollten nicht die Repräsentanten einer oder mehrerer sozialer Gruppen sein, sondern Vertreter eines idealen Staatsgedankens. In der Frage, ob die Demokraten sich als eher als Mitglieder einer Partei oder als Staatsbürger des Deut-

---

Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien*, Düsseldorf 1960, S. 532. Im Jahre 1932 erhielt die DVP auch keine finanziellen Zuwendungen vom Centralverein mehr. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, *op. cit.*, S. 89. Problematisch bleibt die Einschätzung Berdings, wonach die DVP sich „offen zum Antisemitismus“ bekannte. Die Partei besaß keinen Arierparagrafen und vermied es gerade tunlichst, zur Judenfrage Stellung zu nehmen. Berding, *op. cit.*, S. 215.

<sup>101</sup> Walk, *op. cit.*, S. 31 u. S. 135. Zur Charakterisierung Georg Bernhards vgl. auch Werner Becker, ‚Die Rolle der liberalen Presse‘, in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), S. 94ff.

<sup>102</sup> Zu Falk vgl. Lowenthal, *op. cit.*, S. 60. Zu Nuschke u. Falk vgl. Frye, „Jewish Problem“, *op. cit.*, S. 157 u. S. 167, Anm. 110.

schen Reiches sahen, entschieden sie sich aufgrund ihrer von ihnen selbst für mustergültig gehaltenen Staatsgesinnung eindeutig zugunsten des letzteren.<sup>103</sup> Ähnlich formulierte die C.V.-Zeitung in zahlreichen Passagen ihr Staatsverständnis. Der Hinweis auf die parteipolitische Neutralität des Centralvereins wurde mit der Bemerkung, es gehe um den Wiederaufbau des Vaterlandes, verknüpft. Die Spenden für den Wahlkampffond des Centralvereins waren für die „Rettung Deutschlands“ gedacht. Antisemitismus wurde nicht nur als persönliche Bedrohung empfunden, sondern vielmehr als Angriff auf das ganze Staatswesen.

Der Druck des Antisemitismus, nicht als Deutsche akzeptiert zu werden, führte deutsche Juden dazu, gegenüber ihrer Umwelt ihr Deutschtum zu betonen. Gerade die assimilationswilligen Juden begegneten antisemitischen Vorurteilen mit dem Hinweis auf den positiven, jüdischen Beitrag für das deutsche Vaterland in Kultur und Politik. Der Staat als höhere Idee könne nicht durch kleinliche Eifersüchteleien und Parteiengezänk, sondern nur durch positiven Aufbauwillen geformt werden, und zu dieser Gestaltung wollten die Juden ihren Anteil leisten. Auch die Orientierung am klassischen, humanistischen Bildungsideal und ein sachbezogener, rationaler Argumentationsstil waren Bestandteile der politischen Kultur der DDP, die sich in ähnlicher Form in der C.V.-Zeitung wiederfinden lassen. Artikel zu Geburts- oder Todestagen von bekannten Dichtern und Philosophen, wie beispielsweise Goethe, Schiller, Lessing oder Kant, waren fester Bestandteil der Zeitung.

Während Zentrum und Sozialdemokraten den Antisemitismus aufgrund ihrer religiösen bzw. sozialistischen Weltanschauung ablehnten und bekämpften, knüpfte die Ablehnung des Antisemitismus durch die DDP an eine rationalistische, aufklärerische Linie an. Allein schon zur Sicherung der Republik und Festigung der Demokratie war die Bekämpfung des Rassenhasses notwendig. Auf diese aus der liberalen Tradition und der Emanzipationsbewegung schöpfenden Weltanschauung zielten die Forderungen Holländers an das Anforderungsprofil und die Persönlichkeit der Wunschabgeordneten anlässlich der anstehenden Reichstagswahlen im Jahre 1928.

„Man wird darauf sehen müssen, daß Männer und Frauen in die Parlamente einziehen, die für unsere Fragen Verständnis haben und die sie vertreten können. So wünschenswert es ist, daß auch jüdische Männer und Frauen in die Parlamente einziehen, so wenig kann dieser Umstand ausschlaggebend sein. Allein entscheidend ist auch nicht die Frage, ob eine Persönlichkeit gerecht und vornehm denkt, sondern sie muß neben diesen Eigenschaften auch wirkliche Kenntnis der uns leitenden Weltanschauung und unserer Gesellschafts- und Wirtschaftslage besitzen.“<sup>104</sup>

<sup>103</sup> Zum Selbstverständnis der DDP vgl. Hartmut Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von SPD und DDP 1919–1930*, Düsseldorf 1975, S. 193 ff.

<sup>104</sup> Vor den Wahlen. Von Ludwig Holländer. *C. V.-Zeitung*, 2. Dezember 1927, 6. Jg., Nr. 48, S. 666.

Indirekt wurde mit der Zugehörigkeit der beiden zu Beginn genannten Abgeordneten Haas und Bernhard zum Hauptvorstand des Centralvereins in den Berichten aus dem Wahlkampf geworben: „Im Gegensatz zu den Vorjahren tritt die Demokratische Partei in der Reichshauptstadt propagandistisch recht wirksam auf, und die Versammlungen ihrer Kandidaten, zu denen in Berlin bekanntlich zwei Hauptvorstandsmitglieder des Centralvereins gehören, sind trotz des warmen Frühlingwetters gut besucht.“<sup>105</sup>

Die ideologische Nähe des Centralvereins zu den Demokraten drückte sich auch in der Würdigung Friedrich Naumanns aus. Zum zehnten Todestag Friedrich Naumanns widmete die C.V.-Zeitung seinem Gedenken zwei ausführliche Artikel. Dabei verwies sie auf den langjährigen Umgang Naumanns mit Mitgliedern aus dem Centralverein. Von dem Vorwurf, daß Naumann der Stöckerschen Partei angehört haben solle, sprach ihn die Zeitung frei und würdigte ihn als Persönlichkeit, dessen Ideen auch für die Zukunft richtunggebend seien.<sup>106</sup> Ein zweiter Artikel der demokratischen Reichstagsabgeordneten Gertrud Bäumer pries Naumann als „entschiedenen Kämpfer gegen den Antisemitismus“.<sup>107</sup>

Bis zum Jahre 1930 liefert die Auswertung der C.V.-Zeitung kein Material, das Kritik an der DDP oder gar antisemitische Ausfälle der Partei offenbart. Eine Kontroverse um die Abhandlungen des badischen Staatspräsidenten Hellpach zur Judenfrage in einem seiner Bücher wurde mit dem Verfasser in einer durchweg moderaten, sachlichen Form ausgetragen.<sup>108</sup> Intern wurde auf einer Sitzung des Centralvereins im Jahre 1928 hervorgehoben, daß bestes Einvernehmen mit der DDP herrsche.<sup>109</sup>

Die Beziehungen zwischen Centralverein und DDP erreichten jedoch plötzlich einen kritischen Punkt, als die für die gesamte Öffentlichkeit völlig unerwartete Fusion mit dem Jungdeutschen Orden zustande kam. Um die Bedeutung und Konsequenzen dieser Allianz ermessen zu können, lohnt es sich, das Verhältnis der C.V.-Zeitung zum Jungdeutschen Orden in den davorliegenden Jahren näher zu betrachten.<sup>110</sup>

<sup>105</sup> Der Wahlkampf in Berlin. *C. V.-Zeitung*, 4. Mai 1928, 7. Jg., Nr. 18, S. 246.

<sup>106</sup> Friedrich Naumann zum Gedenken. *C. V.-Zeitung*, 23. August 1929, 8. Jg., Nr. 34, S. 411.

<sup>107</sup> Ein Politiker des Gedenkens. Erinnerungen an Friedrich Naumann. *C. V.-Zeitung*, 6. September 1929, 8. Jg., Nr. 36, S. 482.

<sup>108</sup> Nach Ansicht Fries existierte in der DDP ein „polite antisemitism“, der sich durch Andeutungen und Beschönigungen ausdrückte. Frye, „*Jewish Problem*“, *op. cit.*, S. 146. Zur Hellpach-Kontroverse vgl. *C. V.-Zeitung*, 3. Februar 1928, 7. Jg., Nr. 5, S. 55–57 u. *C. V.-Zeitung*, 16. März 1928, 7. Jg., Nr. 10, S. 141 f.

<sup>109</sup> Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, *op. cit.*, S. 94.

<sup>110</sup> Zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens liegt keine angemessene Darstellung vor. Das Werk Hornungs ist in einigen Passagen sehr unkritisch in seinen Bewertungen. Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden*, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14), Düsseldorf 1958. Die Darstellungen von Wolf und Kessler sind in der Reihe „Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens“ erschienen und haben eine durch-

#### 3.2.2.4 *Das Verhältnis zwischen der C. V.-Zeitung und dem Jungdeutschen Orden von 1924 bis 1930*

Nach einem Bericht der „Anhaltischen Rundschau“ war im Februar 1924 anlässlich einer Bannerweihe des Jungdeutschen Ordens (Jungdo) in Roslau die Behauptung aufgestellt worden, der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ bekämpfe bewußt das deutsche Volkstum und unternehme es trotzdem, Vertreter nationaler und völkischer Verbände zu Verhandlungen an einen Tisch zu laden. Der Vorsitzende des Centralvereins der Ortsgruppe Dessau schrieb daraufhin einen Leserbrief an die „Anhaltische Rundschau“, verwehrte sich gegen die Anschuldigungen und wies auf ein Gerichtsurteil hin, das in einem ähnlichen Beleidigungsfall dem Centralverein Recht gegeben hatte. Die Vorfälle veranlaßten die C. V.-Zeitung, einen Bericht unter dem Titel „Die Hetze gegen den C. V. Verleumdungen des Jungdeutschen Ordens“ zu veröffentlichen.<sup>111</sup>

Eine Woche später konstatierte der Leitartikler der C. V.-Zeitung, daß der Jungdo „mehr und mehr ins völkische Fahrwasser“ geraten sei, Prozesse der letzten Monate bewiesen die Teilnahme Jungdeutscher an „Bübereien“ Völkischer gegen jüdische Mitbürger.

Die judengegnerische Einstellung der Leitung des Jungdeutschen Ordens offenbarte sich für den C. V. in einem Schreiben an General v. Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, abgefaßt auf der Führertagung vom 3. und 4. Februar 1924. Darin heißt es: „Damit ist zur Genüge erwiesen, daß eine Organisation, welche die Bekämpfung alles dessen, was deutsch denkt und fühlt, auf ihre Fahne geschrieben hat, sich der Sabotage am deutschen Reiche schuldig gemacht hat. Die Staatsfeindlichkeit des Central-Vereins ist damit erwiesen. Wir richten infolgedessen auf Grund des Artikels 126 die Bitte an Ew. Exellenz, diese Sabotage zu verhindern und gegen den Central-Verein vorzugehen, wie sie gegen andere für staatsfeindlich befundene Organisationen angewandt wurden.“<sup>112</sup>

Artikel 126 der Weimarer Verfassung erlaubte es allen Deutschen, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die dafür zuständige Behörde oder Volksvertretung zu wenden. Der Chef der Heeresleitung war dem Reichswehrminister unterstellt und war dessen verantwortlicher Ratgeber. Mit der Eingabe

---

gehend euphemistische Tendenz. Alexander Kessler, *Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung. 1.: 1928–1930, 2.: 1931–1933*, 2 Bde., München 1974–76; Heinrich Wolf, *Die Entstehung des Jungdeutschen Ordens und seine frühen Jahre 1918–1922*, München 1970; *idem*, *Der Jungdeutsche Orden in seinen mittleren Jahren 1922–1925*, München 1972. Zu den Umständen der Entstehung der Deutschen Staatspartei und der Diskussion innerhalb der DDP vgl. Bruce B. Frye, *Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party*, Carbondale 1985, S. 155 ff.

<sup>111</sup> Die Hetze gegen den C. V. *C. V.-Zeitung*, 28. Februar 1924, 3. Jg., Nr. 9, S. 87.

<sup>112</sup> Die „furchtbare Enthüllung“ des Jungdo. Wie der C. V. beschimpft wird! *C. V.-Zeitung*, 6. März 1924, 3. Jg., Nr. 10, S. 97.

an General v. Seeckt sah der Jungdeutsche Orden infolgedessen die Tätigkeit des Centralvereins als „staatsfeindliche Bedrohung“.

Nach Darstellung des Jungdeutschen Ordens basierte der Beschluß auf einer Zeitungsmeldung der „Deutschen Zeitung“, wonach im Verlaufe eines Beleidigungsprozesses gerichtlich erhärtet worden sei, daß der Centralverein eine „Kampforganisation“ der Juden gegen alles, was deutsch fühlt, sei.<sup>113</sup> Der Brief an v. Seeckt bedeutete nichts anderes als die Forderung der Jungdeutschen nach einem Verbot des Centralvereins.

Im Mai 1924 veröffentlichte der Direktor des Centralvereins, Ludwig Holländer, eine Antwort an Artur Mahraun, den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, in der C.V.-Zeitung. Dieser Artikel verdient es, etwas ausführlicher behandelt zu werden, angesichts der Tatsache, daß sechs Jahre später der von Holländer scharf kritisierte Mahraun Spitzenkandidat der Deutschen Staatspartei wurde.

Zunächst zitierte Holländer auf der ersten Seite einen längeren Auszug aus der Zeitschrift des Jungdeutschen Ordens „Der Jungdeutsche“. In der abgedruckten Passage beschrieb Artur Mahraun den Antisemitismus als Gegenwirkung gegen den Versuch des Judentums, völkischen Gemeinschaften das Recht auf Zusammenschluß abzusprechen. Dabei benutzte Mahraun den Begriff der „Arterscheinungen der deutschen Rasse“. Holländer versuchte in einer ganz im aufklärerischen Sinne angewandten Argumentationsweise, die Unsinnigkeit des von Mahraun verwendeten Begriffes zu belegen.

Danach rechnete Holländer jedoch mit Mahraun ab. Dieser habe sich als Judenfeind entpuppt. Die eindeutig antisemitische Haltung Mahrauns belegte Holländer mit einer Passage aus einer Rede Mahrauns vom Februar desselben Jahres in München. Aus dieser Rede zitierte Holländer Mahraun: „Es ist keine Nebenerscheinung, wenn in der parteiistischen Demokratie das Judentum die Herrschaft über die Völker errungen hat, denn seine typischen Rassenmerkmale sind eben gerade dargestellt in diesem parteiistischen Staatswesen. Die Juden sind und bleiben die Meister der Verschachtelung und Verschleierung der Demokratie und der Taktik.“<sup>114</sup>

Mit den Vokabeln „parteiistisch“ oder auch „liberaler Parteiismus“ diffamierte Mahraun das demokratische System der Weimarer Republik. Der „Parteiismus“ schaltete, nach Auffassung Mahrauns, mit List und Taktik und durch die Schwerkraft des Geldes das Volk von der Macht aus.<sup>115</sup>

Damit war, laut Holländer, „vom Hochmeister selbst ausgesprochen worden, wie er in hemmungsloser Verallgemeinerung unter Verdrehung der allgemeinen Tatsachen ‚im Judenhasse macht‘. Einen anderen Ausdruck können wir leider

<sup>113</sup> Wolf, 1922–1925, *op. cit.*, S. 29.

<sup>114</sup> Jungdeutscher Orden und Judentum. Eine Antwort an Artur Mahraun. Von Ludwig Holländer. *C. V.-Zeitung*, 29. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 22, S. 317 ff.

<sup>115</sup> Hornung, *op. cit.*, S. 18.

nicht gebrauchen.“<sup>116</sup> Holländer zweifelte auch die angebliche politische Neutralität der Jungdeutschen an. Mahraun habe, und dies sogar nach eigener Darstellung, sich in der Judenfrage solange zurückgehalten, bis seine Organisation so stark gewesen sei, daß die „Macht der Juden“ ihnen nichts mehr habe anhaben können.<sup>117</sup> Holländer versuchte zunächst zwischen der Person Mahrauns und den Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens zu unterscheiden, von denen er vermutete, daß es sehr viele anständige und begeisterte Männer gäbe, die den Gedankengängen Mahrauns unter allen Umständen die Gefolgschaft verweigern würden. In seiner abschließenden Bewertung ließ Holländer jedoch keinen Zweifel offen, in welche Richtung der Jungdeutsche Orden seiner Ansicht nach tendierte.

„Wenn wir alles das lesen, so verstehen wir den Umstand, daß wir in den einzelnen Bruderschaften des Jungdeutschen Ordens die verschiedensten Auffassungen finden, daß sich aber immer mehr und mehr eine der Republik feindliche, judenfeindliche, vollkommen im Fahrwasser der Nationalsozialisten sich bewegende Richtung geltend macht und den Jungdeutschen Orden für sich in Anspruch nimmt.“<sup>118</sup>

In einem weiteren Artikel in derselben Ausgabe nahm der Syndikus des Centralvereins, Alfred Wiener, in vier Punkten zu Ausführungen Mahrauns Stellung. Mahraun hatte zuvor öffentlich geäußert, daß nicht nur der einzelne Jude, sondern auch der Centralverein den Jungdo bekämpfe. Wiener dementierte, daß es jemals eine Anzeige der Ortsgruppe Frankfurt gegen den Jungdeutschen Ordens wegen Waffenbesitzes gegeben habe; daß der Centralverein weder nach politischer Macht begehre, noch sie jemals besessen habe und daß jüdische Industrie-, Handels- und Bankunternehmen Mitglieder des Jungdeutschen Ordens aufgrund ihrer selbigen Mitgliedschaft auf die Straße geworfen hätten. Mahraun solle doch Fälle benennen, in denen dieses passiert sei.<sup>119</sup> Das Ende des Artikels ist wiederum charakteristisch für die Form der Abwehrarbeit und das Selbstverständnis des Centralvereins. Wiener schloß mit der Erwartung, daß nun Mahraun ohne Zweifel seine schwersten beschimpfenden Vorwürfe gegen das Judentum zurücknehmen würde und auch in der Angelegenheit des Vorwurfes der Staatsgefährdung durch den Centralverein General v. Seeckt von seiner Irreführung benachrichtigen würde. Wieder einmal glaubte der Centralverein, durch Benennung von Fakten und eine rein rationale Argumentation den Urheber antisemitischer Vorwürfe zum Bekenntnis seiner Irrtümer zu bewegen.

Einige Wochen später beschäftigte sich der Darmstädter Professor Julius Goldstein kritisch in einem Leitartikel mit dem Jungdeutschen Orden. Er

<sup>116</sup> Jungdeutscher Orden und Judentum. Eine Antwort an Artur Mahraun. Von Ludwig Holländer. *C. V.-Zeitung*, 29. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 22, S. 317 ff.

<sup>117</sup> *Ibid.*

<sup>118</sup> *Ibid.*

<sup>119</sup> Nachlese. *C. V.-Zeitung*, 29. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 22, S. 319.

erneuerte darin den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit des Jungdo. Der Jungdo würde den Ausschluß von Juden zum Aufbauprinzip des Staates machen wollen. Dies stehe jedoch gegen die Verfassung, die in den staatsbürgerlichen Rechten keinen Unterschied des Glaubens und der Rasse mache. Kernpunkt seiner weiteren Ausführungen war die Auseinandersetzung mit dem von Mahraun geprägten Begriff der „Arterscheinungen der deutschen Rasse“.

„Es ist verhängnisvoll, Hunderttausenden junger Menschen mit solchen Phantomen, wie den Arterscheinungen der deutschen Rasse, den Blick zu trüben für das, was ist, und für das, was sein kann. Man sage offen und ehrlich: wir wollen eine völkisch-militaristische Politik wie Ludendorff und Hitler. Aber man spiegele seiner Gefolgschaft nicht vor, eine solche Politik gründe sich auf den Arterscheinungen der deutschen Rasse.“<sup>120</sup>

Goldstein erhob den Anspruch, wissenschaftlich zu argumentieren und den Begriff der „Deutschen Rasse“ als unwissenschaftlich zu entlarven. Der dementsprechenden Differenzierung von Kategorien und Begriffen folgten jedoch gleichsam kuriose Schlußfolgerungen. So äußerte Goldstein, daß er nicht die politischen Ziele des Jungdo, sondern nur deren Begründung aus dem Rassenprinzip bekämpfe.

Die Äußerungen Goldsteins provozierten Mahraun, in der Verbandszeitschrift des Jungdo Stellung zu nehmen, worauf Ende Oktober 1924 wiederum Goldstein in der C. V.-Zeitung einen Brief an den Hochmeister des Jungdo richtete. In seinem Brief beklagte Goldstein, daß die Richtigstellung der wissenschaftlichen Unzulänglichkeiten Mahrauns nichts gefruchtet hätten, rekapitulierte aber zugleich noch einmal seine Argumentation. Der Brief war insgesamt in einem sehr moderaten Ton gehalten.<sup>121</sup>

Drei Wochen später griff Ludwig Holländer die Tageszeitung des Jungdo, „Der Jungdeutsche“, scharf an. Sie arbeite mit Verleumdungen und Fälschungen und veröffentliche fast täglich judengegnerische Zitate von Klassikern und von im öffentlichen Leben stehenden Personen, die zu einem guten Teil gefälscht oder entstellt seien. Auch hätte die Zeitung die Behauptung in Umlauf gesetzt, die Juden hätten nach dem Kapp-Putsch den kommunistischen Aufstand finanziert.<sup>122</sup> An den Artikel Holländers schloß sich ein Bericht an, in dem die C. V.-Zeitung ihren Lesern zeigte, wie „Der Jungdeutsche“ Zitate von Goethe und Schiller verfälschte.<sup>123</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen Centralverein und Jungdeutschem Orden fanden nicht nur in den entsprechenden Verbandsorganen einen publizistischen Niederschlag. In der konkreten Arbeit weigerte sich der Jungdeutsche

<sup>120</sup> Politik nach den „Arterscheinungen der deutschen Rasse“. Von Prof. Dr. Julius Goldstein, *C. V.-Zeitung*, 3. Juli 1924, 3. Jg., Nr. 27, S. 401 ff.

<sup>121</sup> Ein Brief an den Hochmeister des Jungdo. *C. V.-Zeitung*, 31. Oktober 1924, 3. Jg., Nr. 44, S. 661 f.

<sup>122</sup> Ist das Jungdeutsch? Verleumdungen und Fälschungen. *C. V.-Zeitung*, 21. November 1924, 3. Jg., Nr. 47, S. 726.

<sup>123</sup> Wie der „Jungdeutsche“ Zitate fälschte. *Ibid.*

Orden in einigen Städten, sich an Gemeinschaftsküchen für Arme zu beteiligen, wenn Juden zu deren Finanzierung beitrugen.<sup>124</sup>

Im Jahre 1926 wurde ein Hochverratsprozeß gegen Mahraun und den Ordenskanzler des Jungdo, Ernst Bornemann, angestrengt. Das Verfahren wurde jedoch sehr bald wegen Mangels an Beweisen eingestellt. Mahraun wurde vorgeworfen, er habe mit den Westmächten heimlich verhandelt und einem französischen Agenten eine Reise im Kraftwagen durch Deutschland ermöglicht. Auch kursierten Gerüchte, wonach Mahraun mit französischer Hilfe eine Diktatur anstrebe.<sup>125</sup>

Diese Vorgänge nahmen der Ordensmeister und der Ordenskanzler zum Anlaß, eine programmatische Kundgebung zu veranstalten. Teile der Rede Mahrauns druckte die C. V.-Zeitung ab. Nach dem Auszug in der C. V.-Zeitung zu urteilen, wich Mahraun in seiner Rede erheblich von bisher formulierten Positionen ab. So bildete nicht mehr der Gedanke der „Arterscheinungen der deutschen Rasse“ das Kriterium der Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Staatsleben. Auch in der Judenfrage gab sich Mahraun auf einmal konzilianter, doch die Wahl seiner Sprache ließ wohl eher vermuten, daß der Wolf hier Kreide gefressen hatte:

„Ich behandle auch einen Juden anständig, solange er anständig ist. Die Judenfrage läßt sich nicht so lösen wie es viele Fanatiker wollen. Wenn man eine Wunde am Körper hat, so nützt es nichts, das Geschmeiß der Fliegen fortjagen zu wollen. Man muß dafür sorgen, daß die eiternde Wunde heilt, daß der Körper gesundet, dann fliegen die Fliegen allein fort.“<sup>126</sup>

Die C. V.-Zeitung gab sich daher auch eher bedeckt. Sie vermerkte zu den abgedruckten Passagen, daß in der Position des Jungdeutschen Ordens zur Judenfrage eine „entscheidende Unklarheit“ vorhanden sei. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Jungdeutschen Ordens und seiner Stellung zu den Juden müsse abgewartet werden, ob in der bisher judengegnerischen Einstellung des Ordens eine Änderung erfolgt sei.<sup>127</sup>

Die Klärung in dieser Frage erfolgte jedoch prompt auf dem Fuße. In der folgenden Ausgabe vermerkte die C. V.-Zeitung, daß Mahraun im „Jungdeutschen“ erklärt hätte, die Behauptung, er habe gesagt, der anständige Jude sei für ihn genauso ein Volksgenosse wie jeder andere Deutsche, sei eine Fälschung.<sup>128</sup>

Als das Hochverratsverfahren gegen Mahraun und Bornemann eingestellt wurde, verwies die C. V.-Zeitung auf das im Frühjahr 1924 von Mahraun

<sup>124</sup> Jungdeutscher Orden und Judentum. Eine Antwort an Artur Mahraun. Von Ludwig Holländer. *C. V.-Zeitung*, 29. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 22, S. 318.

<sup>125</sup> Hornung, *op. cit.*, S. 54 f.

<sup>126</sup> Jungdo. Die Berliner Kundgebung des Jungdeutschen Ordens. *C. V.-Zeitung*, 5. Februar 1926, 5. Jg., Nr. 6, S. 62.

<sup>127</sup> *Ibid.*

<sup>128</sup> Was du nicht willst ... Das Hochverratsverfahren gegen Mahraun. *C. V.-Zeitung*, 12. Februar 1926, 5. Jg., Nr. 7, S. 76.

angestrebte Verfahren gegen den Centralverein wegen dessen angeblicher Staatsfeindlichkeit. Eine nach wie vor offene Wunde für die C.V.-Zeitung war die Tatsache, daß Mahraun die „damalige, das gesamte deutsche Judentum aufs schwerste beleidigende und den Centralverein ganz besonders ehren-kränkende Eingabe“ an General v. Seeckt nicht öffentlich bedauert hatte.<sup>129</sup>

Offiziell wurde der Standpunkt des Centralvereins gegenüber dem Jungdeutschen Orden auf der Hauptversammlung in Berlin im Jahre 1926 im Protokoll folgendermaßen formuliert: „Der Jungdeutsche Orden, der die deutsche Volksgemeinschaft auf christlicher Grundlage, die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes erstrebt, hat durch Erklärung seines Großmeisters abgelehnt, antisemitisch zu sein, wenn auch aus Rücksicht auf die Zeitstimmung die Aufnahme von Juden nicht möglich sei. Öffentliche Angriffe gegen den C.V. zwangen uns schon zur scharfen Abwehr; jüdenfeindlich arbeitet der Orden in Bayern unter dem Pfarrer Johnsen in Koburg; verständiger lautete letztlich eine öffentliche Erklärung des Ordenshochmeisters. Das Charakterbild schwankt.“<sup>130</sup>

Ziemlich genau ein Jahr später druckte die C.V.-Zeitung wiederum eine Passage aus einer Rede Mahrauns ab. Auf einer Veranstaltung des Jungdo in Berlin hatte sich Mahraun durch nationalsozialistische Zwischenrufe genötigt gesehen, zur Judenfrage eine Erklärung abzugeben. Die C.V.-Zeitung kommentierte die Stellungnahme Mahrauns dahingehend, er wolle sagen, daß man mit Antisemitismus allein Deutschland nicht aufbauen könne, aber so ein bißchen Antisemitismus gehöre schon zur richtigen nationalen Politik.<sup>131</sup>

So beäugte die C.V.-Zeitung 1927 weiterhin die Veröffentlichungen der Tageszeitung des Jungdeutschen Ordens, „Der Jungdeutsche“, und nahm, sofern ein Artikel in der Frage der Beurteilung der jüdischen Deutschen Anstoß erregte, dies zum Anlaß, eine entsprechende Kommentierung vorzunehmen.<sup>132</sup>

Als im „Jungdeutschen“ ein anonymes Verfasser fragte: „Wißt Ihr, wieviel Juden ‚stempeln‘ – In der deutschen Republik?“, um darauf selbst die Antwort zu geben: „Ich will es Euch sagen, gar keiner!“, kommentierte die C.V.-Zeitung, daß „nur die Absicht politischer Hetze die Triebkraft dieser Äußerung gewesen sein“ könne.<sup>133</sup>

Im Dezember 1927 verkündete der Jungdeutsche Orden sein „Jungdeutsches Manifest“. Mit dessen Veröffentlichung sollten der deutschen Öffentlichkeit die Ziele des Ordens in grundlegender Form bekanntgemacht werden.<sup>134</sup> Die C.V.-Zeitung bescheinigte dem Jungdo zu diesem Zeitpunkt, daß er sich im

<sup>129</sup> *Ibid.*

<sup>130</sup> Unsere Stellung zu den Vaterländischen Verbänden. Aus dem Protokoll der Hauptversammlung. *C. V.-Zeitung*, 1. April 1926, 5. Jg., Nr. 14, S. 193.

<sup>131</sup> Mahraun zur Judenfrage. *C. V.-Zeitung*, 8. April 1927, 6. Jg., Nr. 14, S. 182.

<sup>132</sup> Herr Isegrim. *C. V.-Zeitung*, 30. September 1927, 6. Jg., Nr. 39, S. 553f.

<sup>133</sup> „Sie wollen das Elend nicht sehen . . .“ *C. V.-Zeitung*, 2. September 1927, 6. Jg., Nr. 35, S. 498.

<sup>134</sup> Zu den Inhalten des Jungdeutschen Manifests vgl. Hornung, *op. cit.*, S. 77 ff.

Laufe der letzten Jahre von „verhetzender Verneinung der heutigen Verhältnisse“ freigemacht habe und daß er „in ernstem Ringen am Wiederaufbau“ positiv mitarbeiten wolle. Stein des Anstoßes blieb jedoch weiterhin der Arierparagraph des Jungdeutschen Ordens. Die Argumentation und die Rechtfertigungen Mahrauns in dieser Frage quittierte die C. V.-Zeitung nur mit einem „skeptischen Lächeln“.<sup>135</sup>

In der Tat scheint ab Dezember 1927 der Jungdeutsche Orden in seinen Äußerungen zur Judenfrage zurückhaltender und moderater geworden zu sein. In der Folgezeit bis zum Zusammenschluß des Jungdo mit der DDP sind Kommentierungen eventueller antisemitischer Äußerungen des Jungdeutschen Ordens in der C. V.-Zeitung nicht mehr zu finden. Ein einziges Mal noch wurde ein Auszug aus einem Artikel des „Jungdeutschen“ in der C. V.-Zeitung abgedruckt, und dies mit der Bemerkung, daß man sich mit jedem Satze darin einverstanden erklären könne. Bei dem Artikel handelt es sich um eine Auseinandersetzung mit Hugenberg und dessen Schlagwörtern vom „schaffenden und raffenden Kapital“.<sup>136</sup>

Im April 1930 informierte die C. V.-Zeitung ihre Leser, daß sich die Volksnationale Reichsvereinigung (VR) unter Führung Artur Mahrauns gegründet habe.<sup>137</sup> Vorausgegangen waren Überlegungen des Jungdeutschen Ordens, eine staatsbürgerliche Bewegung mit parlamentarischer Vertretung und Parteifunktion ins Leben zu rufen. Am 25./26. Januar 1929 hatte das Hochkapitel des Jungdo die „Richtlinien zur Vorbereitung einer volksnationalen Aktion“ verabschiedet. Die Vorstellungen und Definitionen über die „volksnationale Aktion“ blieben sehr verschwommen. Gedacht war an eine Bewegung mit Parteienfunktion, um so eine neue Sammlungsbewegung zu entfalten. Diese „volksnationale Bewegung“ sollte keine Partei des „alten Stils“ sein. Damit faßte der Jungdo trotz aller Parteienfeindlichkeit den Weg ins Parlament ins Auge.

Am 1. November 1929 rief Mahraun zur Gründung einer „Volksnationalen Reichsvereinigung“ auf. In der Folgezeit bildeten sich meist an die Organisation des Ordens angelehnte Orts- und Kreisausschüsse. Der Beitritt zur VR setzte nicht den Austritt aus anderen Parteien und Vereinigungen voraus.<sup>138</sup> Im Gegensatz zum Jungdeutschen Orden, der sich selbst als völkische Organisation definierte, besaß die Volksnationale Reichsvereinigung keinen Arierparagraphen. Die VR sah sich als staatsbürgerliche Bewegung; Juden konnten jederzeit Mitglied werden.

<sup>135</sup> „Wir lehnen der Antisemitismus ab!“ . . . sagt der Ordenshochmeister Mahraun. *C. V.-Zeitung*, 23. Dezember 1927, 6. Jg., Nr. 51, S. 716.

<sup>136</sup> Schaffendes und raffendes Kapital. Eine Feststellung des „Jungdeutschen“. *C. V.-Zeitung*, 24. August 1928, 7. Jg., Nr. 33, S. 467.

<sup>137</sup> Jungdo, Volksnationaler Reichsausschuß und Judenfrage. *C. V.-Zeitung*, 11. April 1930, 9. Jg., Nr. 15, S. 186.

<sup>138</sup> Hornung, *op. cit.*, S. 90 u. S. 93.

### 3.2.2.5 Die Deutsche Staatspartei

Die Nachricht über den Zusammenschluß der DDP mit dem Jungdeutschen Orden und der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei kam für die Leser der C. V.-Zeitung genauso überraschend wie für die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Auch hatte die C. V.-Zeitung nie über immer wieder auftauchende Anstrengungen und Überlegungen berichtet, das bürgerliche Spektrum zu einer neuen Partei zu vereinigen. Als am 28. Juli 1930 das Zustandekommen des neuen Bündnisses bekannt gegeben wurde, war es der Redaktion vermutlich nicht mehr möglich, dies in die nächste Ausgabe hineinzunehmen. So nahm sich die C. V.-Zeitung erst in ihrer Ausgabe vom 8. August des Themas an. Zu Wort kam zunächst die Reichstagsabgeordnete der DDP, Gertrud Bäumer, die als eine der Verfechterinnen des Zusammenschlusses galt.

Bäumer hielt den Arierparagraphen des Jungdo für durchaus legitim, schließlich sei dies nicht weniger anstößig, als wenn jüdische Logen oder Vereine nur jüdische Mitglieder aufnehmen würden. In exklusiv arischen oder exklusiv jüdischen Bündnissen sah sie keine gegenseitige Kränkung. Damit machte sich Bäumer in dieser Frage die Argumentation des Jungdo zu eigen. Weiterhin verwies sie darauf, daß die Deutsche Staatspartei in ihrem Aufruf die Gleichberechtigung aller Staatsbürger vertrete. Die gemeinsame Arbeit in einer Partei sei nicht nur Ausdruck staatsbürgerlichen Zusammengehörigkeitsgefühls, sondern darüber hinaus auch eine menschlich-bürgerliche Gesinnungs- und Arbeitsgemeinschaft. Sie begrüßte daher, daß Menschen den Weg aus der Exklusivität des Ordens in die umfassende politische Gemeinschaft gefunden hätten. Dies könne doch nicht denen unwillkommen sein, denen zuvor die Absonderung schmerzlich gewesen sei.<sup>139</sup>

In der Frage des Arierparagraphens stimmte ihr die Schriftleitung jedoch in keinem Falle zu und vermerkte dies auch in einer Fußnote. Daß es Kritik aus den Reihen der jüdischen Bevölkerung gab, muß Bäumer durchaus klar gewesen sein. Rhetorisch versuchte sie dies jedoch herunterzuspielen: „Ist es sinnvoll, heute durch solche fachlich unbegründeten Besorgnisse jene große Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller den Volksstaat stützenden Kräfte zu verdunkeln?“<sup>140</sup>

In derselben Ausgabe beleuchtete ein Artikel neuerlich die Stellung Mahrauns zum Judentum. Zu einem wurde auf ein Schreiben Mahrauns vom Mai des Jahres hingewiesen, das zuerst „Der Angriff“ veröffentlicht hatte und das am 4. August in der „Welt am Montag“ abgedruckt worden war. Zu diesem Schreiben bemerkte die C. V.-Zeitung nur, daß Mahraun in einer Form

---

<sup>139</sup> Rasse und Staatsbürgertum. Von Gertrud Bäumer. *C. V.-Zeitung*, 8. August 1930, 9. Jg., Nr. 32, S. 422.

<sup>140</sup> *Ibid.*

Stellung nehme, „die in jüdischen Kreisen zumindestens stark befremden mußte.“<sup>141</sup>

Zum anderen druckte die C.V.-Zeitung einen Artikel Mahrauns aus dem „Jungdeutschen“ unter der Überschrift „Meine Stellung zum Judentum“ vom 6. August ab. Hier formulierte Mahraun seinen unveränderten Standpunkt zum Arierparagrafen des Jungdo und stellte in Frage, ob das deutsche Judentum überhaupt ein Recht habe, Gemeinschaften, die sich nach rassischen Vorbedingungen zusammengefunden hätten und die über diese Einstellung hinweg mit allen deutschen Staatsbürgern ohne jede rassische Vorbedingung positiv in der Politik zusammenarbeiten wollten, als antisemitisch zu bezeichnen. Mahraun erneuerte sein Bekenntnis zur Bekämpfung des demagogischen Antisemitismus. Als Kronzeugen seiner Haltung führte Mahraun Mussolini an, der den Antisemitismus als Barbarei bezeichnet haben sollte. Weiter berief er sich auf den italienischen Diktator, wonach der Faschismus über den Antisemitismus erhaben sei, weil der Faschismus die höchste Stufe der Kultur sei.<sup>142</sup> Vier Jahre zuvor hatte Mahraun offen den italienischen Faschismus als Vorbild für Deutschland gepriesen.<sup>143</sup>

In der Ausgabe vom 15. August 1930 äußerte sich der Direktor des C.V., Ludwig Holländer, zum Verhältnis zwischen dem Centralverein und der Staatspartei. Holländer, selbst Mitglied der DDP, stellte der Deutschen Staatspartei am Ende seiner Abhandlung eine Unbedenklichkeitsbescheinigung durch den Centralverein aus: „Vom Standpunkt des Central-Vereins kann deshalb die Deutsche Staatspartei als ‚bedenkenfrei‘ bezeichnet werden.“<sup>144</sup>

In seinen Ausführungen versuchte Holländer vor allem in drei Punkten, die Einwände gegen die Staatspartei zu entkräften bzw. werbend für sie einzutreten. Zum einen wies er auf die Kontinuität hin, die durch die Führer der Demokratischen Partei in der neuen Partei gegeben sei. Auch die Entwicklung des Jungdeutschen Ordens sei als erfreulich zu bewerten. Der Arierparagraf des Jungdeutschen Ordens sei in der Volksnationalen Reichsvereinigung programmatisch abgelehnt worden, und die Volksnationale Reichsvereinigung hätte bei den sächsischen Landtagswahlen die Hitlerischen Hetzereien wirksam zurückgewiesen.<sup>145</sup> Zum dritten stellte Holländer auch dem Spitzenkandidaten Mahraun nunmehr eine Unbedenklichkeitserklärung aus. Seine Ausführungen, daß er sich jedem Antisemitismus fern fühle, seien nicht nur ehrlich hinzunehmen,

<sup>141</sup> Artur Mahraun über seine Stellung zum Judentum. *C. V.-Zeitung*, 8. August 1930, 9. Jg., Nr. 32, S. 422f.

<sup>142</sup> *Ibid.*

<sup>143</sup> Deutschnationale, Völkische und Jungdo. Wahlkampf in Mecklenburg. *C. V.-Zeitung*, 14. Mai 1926, 5. Jg., Nr. 20, S. 272.

<sup>144</sup> Central-Verein und Staatspartei. Von Ludwig Holländer. *C. V.-Zeitung*, 15. August 1930, 9. Jg., Nr. 33, S. 430.

<sup>145</sup> Bei der Sachsenwahl im Juni 1930 hatte die Volksnationale Reichsvereinigung erstmals kandidiert und zwei Mandate errungen. Insgesamt wurden bei der Wahl zum sächsischen Landtag 86 Mandate vergeben. Die grundlegende Bedeutung der Sachsenwahl. *C. V.-Zeitung*, 27. Juni 1930, 9. Jg., Nr. 26, S. 343.

so Holländer, sondern auch durch die Tat bereits erwiesen.<sup>146</sup> Welche Bedenken er möglicherweise bei diesen Zeilen gehabt haben muß, läßt sich nicht klären. Bemerkenswert bleibt jedoch seine veränderte Haltung gegenüber Mahraun im Vergleich zu Aussagen früherer Jahre.

Mit diesen Äußerungen hatte sich Holländer formal an die Kriterien des C. V. gehalten, keine direkte Empfehlung für eine Partei auszusprechen, sondern diese lediglich auf eine generelle Wählbarkeit zu überprüfen. Die Tatsache, daß die Nachfolgepartei der Deutschen Demokratischen Partei, der Partei, der sich allein schon aus historischen und sozialstrukturellen Gründen ein Großteil der jüdischen Wählerschaft verbunden gefühlt hatte, einer Wählbarkeitsplakette bedurfte, bleibt hervorzuheben.

Die Notwendigkeit einer solchen Stellungnahme resultierte aus der Stimmung, die unter der jüdischen Bevölkerung nach der Fusion zur Staatspartei geherrscht hatte. Indirekt gibt die Stellungnahme Holländers über diese Stimmung auch Aufschluß. Die Behandlung der Frage, „ob ein jüdischer Wähler, der auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht, der ‚Staatspartei‘ seine Stimme geben kann“, ist ebenso ein Indiz für das aufkommende Unbehagen unter liberal denkenden Juden wie der Hinweis Holländers, daß vieles, was hier gesagt wurde, „der Gemütslage einer großen Reihe unserer Freunde“ widerspreche.<sup>147</sup>

Die abgedruckten Leserbriefe zur Staatspartei warben eher für die neue Partei. Erläuternd oder kritisch setzte man sich vor allem mit dem Politikverständnis des Jungdeutschen Ordens auseinander, und die Frage aufgerollt, was unter den „christlichen und deutschen Grundlagen“ des Staatslebens zu verstehen sei. Ein Leser empfahl, nicht „überempfindlich“ zu sein.<sup>148</sup>

Die Anzahl der abgedruckten Leserbriefe ist zu gering, um Rückschlüsse auf die Akzeptanz der Staatspartei zu ziehen. Die Tatsache jedoch, daß diese Briefe abgedruckt wurden, hat einen Aussagewert an sich, denn Leserbriefe kamen in der C. V.-Zeitung ansonsten selten vor. Die Leseräußerungen zeugen von der Brisanz und dem Stellenwert, den die Frage um die Bewertung der Staatspartei einnahm.

Holländers Klassifizierung der Staatspartei als „bedenkenfrei“ zog auch eine Auseinandersetzung der C. V.-Zeitung mit dem Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, nach sich. Dieser bezeichnete die Äußerungen Holländers als „Verrat“ und das Plazet des Centralvereins als ein Abweichen von der Linie seines Kampfes gegen die völkischen Grundsätze. In der Antwort der C. V.-Zeitung durch Eva Reichmann-Jungmann hob die Verfasserin darauf ab, daß sich der Centralverein keineswegs der Staatspartei mit Haut und Haaren verschrieben habe, sondern daß der C. V. die Staatspartei als eine der Parteien

<sup>146</sup> Central-Verein und Staatspartei. *C. V.-Zeitung*, 15. August 1930, 9. Jg., Nr. 33, S. 430.

<sup>147</sup> *Ibid.*

<sup>148</sup> Unsere Leser schreiben: Staatspartei und Judentum. *C. V.-Zeitung*, 22. August 1930, 9. Jg., Nr. 34, S. 446f.

bezeichnet habe, die der „selbstbewußte Jude“ wählen könne. Doch auch sie konnte über die bestehenden Einwände in der jüdischen Bevölkerung nicht so ohne weiteres hinweggehen: „Daß die demokratisch-jungdeutsche Verbindung bei vielen Juden keinen eindeutigen Jubel ausgelöst hat – wer möchte das leugnen? Daß einzelne jüdische Politiker den Versuch einer Immunisierung des jungdeutschen Vertragspartners gegen den Antisemitismus für undurchführbar halten und die Erklärungen der Führer für Opportunismus – wer zweifelt daran?“<sup>149</sup>

Die Verantwortlichen des Centralvereins verschätzten sich gründlich in der Bewertung der Neugründung der Staatspartei. Reichmann-Jungmann sah in der Gründung der Staatspartei die historische Aufgabe, die bürgerliche Linke im politischen Leben neu zu verankern.<sup>150</sup> Die Verantwortlichen des Jungdeutschen Ordens dachten dagegen nie im Traum daran, eine neue Partei der bürgerlichen Mitte zu sein oder gar der bürgerlichen Linken eine neue Heimat zu geben. Nach Bekunden des „Jungdeutschen“ stand die Staatspartei nicht links, sondern rechts von der DVP.<sup>151</sup>

Die in der C. V.-Zeitung offen nach außen getragene Solidarität der Verantwortlichen des Centralvereins mit der Staatspartei zeigte hinter den Kulissen längst Risse. In der am 30. Juli stattgefundenen Parteiausschußsitzung hatte der Vertreter des Centralvereins, Bruno Weil, seine Bedenken wegen des Arierparagraphens des Jungdeutschen Ordens vorgebracht. Er sprach von einem „erheblichen Gefühl der Verlassenheit“, das weite Kreise des Judentums aufgrund des Zusammenschlusses der Demokraten mit den Volksnationalen befallen habe. Wenn jüdische Mitglieder die Partei verlassen sollten, so würden sie sich fast ausschließlich den Sozialdemokraten anschließen.<sup>152</sup> In der Abstimmung schloß sich Weil dem Antrag auf Eintritt in die Deutsche Staatspartei an.<sup>153</sup>

Von der C. V.-Zeitung wurde primär der Kandidat der Staatspartei, Weil, protegiert. Auf einer Pressekonferenz des Centralvereins in Berlin wurde Weil ausgiebig Raum gegeben, seine Position als jüdischer Kandidat der Staatspartei darzulegen.<sup>154</sup> Doch seine Nominierung für einen aussichtsreichen Platz auf der Kandidatenliste der Staatspartei an Stelle des verstorbenen Ludwig Haas hatte volkssnationale Einwände ausgelöst.<sup>155</sup>

<sup>149</sup> *Ibid.*

<sup>150</sup> *Ibid.*

<sup>151</sup> Kessler, 1928–1930, *op. cit.*, S. 112.

<sup>152</sup> Lothar Albertin (Hrsg.), *Linkoliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*, Düsseldorf 1980, S. 564.

<sup>153</sup> Gegen den Antrag stimmten Quidde, Hesslein, Braubach, Stündt und Leser. *Ibid.*, S. 576.

<sup>154</sup> Pressekonferenz des Centralvereins. Eine Erklärung Dr. Weils. *C. V.-Zeitung*, 5. September 1930, 9. Jg., Nr. 36, S. 469.

<sup>155</sup> Kessler, 1928–1930, *op. cit.*, S. 122; Werner Stephan, *Aufstieg und Verfall des Linkoliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973, S. 459.

In einem Rundschreiben des C.V.-Landesverbandes Groß-Berlin vom 26. August 1930 wurde angekündigt, in den darauffolgenden Tagen einen Brief an sämtliche Mitglieder des Centralvereins in Berlin zu versenden. Darin sollte die Bedeutung der Kandidatur Weils unterstrichen werden, und es sollte dargelegt werden, daß es die Pflicht aller Juden sei, „die nicht auf einem völlig anderen Weltanschauungsboden“ stehen würden, „sich mit aller Energie für die Wahl der Liste der Staatspartei einzusetzen.“<sup>156</sup> In der letzten Ausgabe der C.V.-Zeitung vor der Wahl mahnte Holländer:

„In dem neuen Parlament sind mit Sicherheit schwere judenfeindliche Angriffe zu erwarten. Nur ein jüdischer Deutscher wird in der Lage sein, ihnen mit der inneren Kraft entgegenzutreten, die nur aus dem eigenen jüdischen Erleben erwachsen kann. Darum ist es auch nicht gleichgültig, wer dieser Jude ist. Es muß eine Persönlichkeit sein, für die das Judentum nicht lediglich eine Tatsache der Geburt, sondern eine ständig wache, lebendige Aufgabe darstellt. Diese Voraussetzung erfüllt unser Freund Dr. Bruno Weil. Es bedeutet also keineswegs eine programmatische Stellungnahme für die Staatspartei, wenn wir diese Kandidatur begrüßen. Wir hätten die Kandidatur irgendeines unserer Führer in einer anderen Partei genau in der gleichen Weise begrüßt, wenn uns die Parteien eine solche Möglichkeit gegeben hätten.“<sup>157</sup>

Wesentlich knapper verwies die C.V.-Zeitung auf den jüdischen Kandidaten des Zentrums, Georg Kareski, und den der DVP, Arthur Lehmann, die durchweg auf schlechteren Listenplätzen gelandet waren als Weil.<sup>158</sup> Nicht erwähnt wurde, daß auch die SPD jüdische Kandidaten auf ihrer Liste hatte. Julius Moses und Hugo Heimann zogen später als einzige Juden für die Sozialdemokraten in den neuen Reichstag ein.

Als am 8. Oktober 1930, kaum zweieinhalb Monate nach dem Zusammenschluß, der Bruch des Bündnisses zwischen dem Jungdo und den ehemaligen Demokraten offiziell wurde und die Jungdeutschen die Staatspartei verließen, war dies der C.V.-Zeitung keine Zeile wert.

In der Folgezeit war die Staatspartei auf regionalen Wahl- und Abwehrveranstaltungen des Centralvereins weiterhin präsent. Die politische Berichterstattung der C.V.-Zeitung schenkte aber den Sozialdemokraten und dem Zentrum zunehmend mehr Beachtung. Dabei galt das Hauptinteresse der ideologischen und parlamentarischen Auseinandersetzung der SPD und des Zentrums mit dem Nationalsozialismus.

Der fortschreitende Erosionsprozeß im bürgerlichen Lager verunsicherte die jüdische Bevölkerung immer mehr. Einzig erfreuliches Ergebnis war die Hamburger Bürgerschaftswahl im April 1932, bei der die Deutsche Staatspartei die Anzahl ihrer Sitze von 14 auf 18 erhöhen konnte.

---

<sup>156</sup> Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, op. cit., S. 182.

<sup>157</sup> In letzter Stunde. *C. V.-Zeitung*, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 37, S. 482.

<sup>158</sup> Pressekonferenz des Centralvereins. Eine Erklärung Dr. Weils. *C. V.-Zeitung*, 5. September 1930, 9. Jg., Nr. 36, S. 469.

Im selben Monat wurde jedoch die Frage nach der politischen Tradition und deren Beständigkeit neu gestellt. Dabei konstatierte die C.V.-Zeitung, daß „große Teile des jüdischen Bürgertums heute immer mehr und mehr geistig und politisch heimatlos geworden sind.“<sup>159</sup> Die liberale Zeit, die die Emanzipation gebracht hatte, so die Zeitung weiter, sei unrettbar vorbei, auch wenn es einige jüdische, bürgerliche Kreise noch nicht begriffen hätten. Damit wurde die Frage des politischen Standorts neu formuliert: „Auf die Frage: Wo steht das deutsche Judentum? muß die Antwort lauten: kaum noch im Lager der Bürgerlichen. Es ist in großen Teilen seiner selbst unsicher geworden.“<sup>160</sup>

Geradezu beschwörend klangen die Worte Ludwig Holländers, die Ideale des Liberalismus zu retten. In Abgrenzung gegen Auswüchse des Liberalismus, dem sogenannten „Asphaltliberalismus“,<sup>161</sup> verband er den Existenzkampf des Judentums mit dem Kampf um die Ideale des Liberalismus: „Wie werden wir uns vor der judenfeindlichen Welle retten können, wenn wir immer auf der Weltanschauung herumtrampeln, die uns die Gleichberechtigung und dem gesamten deutschen Volke seine Stellung in der Welt gebracht hat.“<sup>162</sup> Ein „Verbrechen“, so Holländer weiter, sei es, zu predigen, der Liberalismus sei für alle Zeit verloren. Damit waren auch Aussagen des Führers der Zionistischen Vereinigung, Kurt Blumenfeld, der in der Jüdischen Rundschau vom „Bankrott des Liberalismus“ gesprochen hatte, gemeint.<sup>163</sup>

Einer, der als Jude im Brennpunkt der Öffentlichkeit stand und wie kein zweiter Attacken nationalsozialistischer Hetzpropaganda erdulden mußte, war Bernhard Weiß. Mit der Ernennung zum Berliner Polizeivizepräsidenten hatte Weiß als ungetaufter Jude eine unvergleichliche Karriere gemacht. Bei den Angriffen gegen ihn ging es den Nationalsozialisten nicht nur um die allgemeine Verachtung seiner Person. Die massenhaften Angriffe richteten sich gegen Weiß, weil mit ihm zugleich ein Symbol der jüdischen Emanzipation und der Wehrhaftigkeit des demokratischen Staates getroffen wurde.<sup>164</sup>

<sup>159</sup> Die Wandlung im deutschen Bürgertum. Wo steht das deutsche Judentum? *C. V.-Zeitung*, 8. April 1932, 11. Jg., Nr. 16, S. 134.

<sup>160</sup> *Ibid.*

<sup>161</sup> „Asphaltliberalismus“ bezeichnete als Schlagwort eine Form des degenerierten Liberalismus. An Stelle des Toleranzprinzips und der Verantwortung tritt ein unverbindliches Geltenlassen unterschiedlicher Auffassungen. Die Degenerierung des Liberalismus wurde gleichsam den Juden in die Schuhe geschoben. Bäumer: „Asphaltliberalismus – damit meint man eine ganz bestimmte Schicht der großstädtischen Intellektuellen, und man behauptet, daß der jüdische Einschlag bei ihr sehr maßgeblich sei.“ Vgl.: „Asphaltliberalismus“ Von Gertrud Bäumer. *C. V.-Zeitung*, 16. Dezember 1932, 11. Jg., Nr. 51, S. 519f.

<sup>162</sup> Ludwig Holländer über „Deutsche Juden in der Krise“. *C. V.-Zeitung*, 9. Juni 1932, 11. Jg., Nr. 24, S. 246f.

<sup>163</sup> *Ibid.*

<sup>164</sup> Über eine Parteimitgliedschaft Weiß' liegen unterschiedliche Darstellungen vor. Bering meint, Weiß sei Mitglied der DDP gewesen, fügt jedoch hinzu, daß kein Beleg für eine

Am 12. Mai 1932 leitete Weiß eine Aufsehen erregende Polizeiaktion. Er verhaftete im Deutschen Reichstag nationalsozialistische Abgeordnete, nachdem diese zuvor einen sozialdemokratischen Parlamentarier zusammengeschlagen hatten. Zu diesen Vorgängen, aber auch zur allgemeinen politischen Entwicklung und zum Antisemitismus, äußerte sich Weiß in einem Beitrag im Juni 1932. Seine Darstellung wurde zu einer Abrechnung mit dem „freiheitlichen Bürgertum“, das, so Weiß, in Deutschland bis auf kümmerliche Reste von der Bildfläche verschwunden sei.<sup>165</sup>

„Für uns Juden liegen die Folgen dieser politischen Gesinnung klar zutage. Das freiheitliche Bürgertum, das früher im Kampf gegen den Antisemitismus stand, ist zu einem Teil dem Antisemitismus verfallen, und zum anderen Teil wagt es sich nicht mehr, seine Stimme gegen Unduldsamkeit, Antisemitismus zu erheben, sein politisches Rückgrat ist gebrochen, fast widerstandslos hat es das politische Kampffeld dem Gegner überlassen.“<sup>166</sup> Dies waren unmißverständliche, klare Worte in einer Zeitung, deren Leser sich zum freiheitlichen Bürgertum zählten. Aber auch die Resignation von Teilen der jüdischen Bevölkerung kritisierte Weiß. Sie seien mutlos vom politischen Schauplatz abgetreten.

Zu den beiden Reichstagswahlen im Jahre 1932 inserierte die Staatspartei. Der gewählte Werbeslogan bezeugt die Befürchtungen, die die Staatspartei hegte, in welche Richtung ihre Wähler abwanderten. In Abgrenzung zu Zentrum und Sozialdemokraten hieß es: „Wer die Freiheit schützen aber Kulturreaktion oder Sozialismus nicht unterstützen will, kann nur Deutsche Staatspartei wählen.“<sup>167</sup>

Die politische Bedeutung der Partei hatte mittlerweile erheblich gelitten. Die Frage für den Wähler war, wo er seine Stimme sinnvoll einsetzen konnte, ohne daß sie verlorenging. Offen gab die C. V.-Zeitung im Juli 1932 zu, daß dies bei der Staatspartei „besonders schwierig“ sei. Noch frisch waren die Erinnerungen an die preußische Landtagswahl. Dort hatte die Staatspartei eine vernichtende Niederlage erlebt. Die Deutsche Staatspartei hatte in dieser Wahl 332 490

---

Mitgliedschaft existiere. Seine Behauptung stützt er auf den Parteienproporz im Polizeipräsidium. Weiß' Vorgänger, Friedensburg, war DDP-Mitglied gewesen. Nach einem Bericht der Jüdisch-liberalen Zeitung gehörte Weiß eine zeitlang dem Vorstand der „Vereinigung für das liberale Judentum“ als tätiges Mitglied an. Toury bezeichnet Weiß als „SPD-nahe“. Walk gibt Weiß als SPD-Mitglied an. Eine Überprüfung der Literaturangaben Walks erbrachte keine Bestätigung. Nach den Tagebuchaufzeichnungen Ernst Feders war Weiß im Januar 1930 kein SPD-Mitglied. Dietz Bering, *Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels*, Stuttgart 1991, S. 60 u. S. 417, Anm. 115a; Jacob Toury, ‚Gab es ein Krisenbewußtsein unter den Juden während der „Guten Jahre“ der Weimarer Republik, 1924–1929?‘ in *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 159; Walk, *op. cit.*, S. 383; Feder, *op. cit.*, S. 262. Jüdische Köpfe. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 8. Juni 1928, 8. Jg., Nr. 23.

<sup>165</sup> Mehr Selbstbewußtsein. *C. V.-Zeitung*, 3. Juni 1932, 11. Jg., Nr. 23, S. 233.

<sup>166</sup> *Ibid.*

<sup>167</sup> *C. V.-Zeitung*, 22. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 30, S. 314.

Stimmen erhalten und damit nur noch zwei Sitze errungen, die Deutsche Volkspartei mit gut 2000 Stimmen weniger erzielte sieben Sitze.

Ursache für diese Diskrepanz war die Eigentümlichkeit des geltenden Wahlrechts in der Weimarer Republik. Für die Reichstagswahlen sah das Reichswahlgesetz vor, daß in jedem der 35 Reichswahlkreise auf je 60 000 abgegebene Stimmen für eine Partei ein Abgeordnetensitz zugewiesen wurde. Verbleibende Reststimmen wurden an den Reichswahlausschuß überwiesen. Dieser zählte die Stimmen der gewöhnlich aus benachbarten Wahlkreisen (z. B. Baden und Württemberg) gebildeten Wahlkreisverbände zusammen. Auf je 60 000 in dieser Weise gewonnenen Reststimmen entfiel wiederum ein weiterer Abgeordnetensitz, wobei die Sitze den Kreiswahlvorschlägen nach der Zahl ihrer Reststimmen zugeteilt wurden. Voraussetzung für die Zuteilung eines Abgeordnetensitzes war, daß in einem der Wahlkreise mindestens 30 000 Stimmen erreicht wurden. In einem dritten Schritt zählte der Reichswahlausschuß die in allen Wahlkreisen oder Wahlkreisverbänden verbliebenen Reststimmen zusammen und teilte jedem Reichswahlvorschlag auf je 60 000 Reststimmen einen Abgeordnetensitz zu. Ein Rest von 30 000 Stimmen wurde vollen 60 000 gleichgerechnet. Dabei galt für das Verfahren, daß über die Reichsliste höchstens die gleiche Anzahl von Abgeordnetensitze zugeteilt werden konnte, wie diese zuvor auf die Kreiswahlvorschläge entfallen waren.<sup>168</sup>

Eine analoge Regelung mit 50 000 nötigen Stimmen und einer anderen Wahlkreiseinteilung galt für die Erringung eines Mandats in den Landtagswahlen in Preußen.<sup>169</sup> Das geltende Verfahren hatte in der preußischen Landtagswahl im April 1932 den Effekt gehabt, daß numerisch gut 230 000 Staatsparteiwähler genauso gut hätten zu Hause bleiben können, da ihre Stimmen in der Verrechnung unter den Tisch fielen. Die Deutsche Volkspartei hatte hingegen ihre Stimmen äußerst effektiv in Mandate umsetzen können.

Nachdem in der preußischen Landtagswahl die pessimistischsten Vorhersagen weit übertroffen worden waren, erwarteten die liberal orientierten Wähler mit Spannung, ob es nicht doch zu einer Listenverbindung der Staatspartei kommen würde. Derartiges war bereits im Vorfeld der Preußenwahl diskutiert worden. Der Abgeordnete Nuschke hatte aus eigener Initiative Verhandlungen mit preußischen Zentrumsabgeordneten über eine Listenverbindung geführt, die ohne Abschluß geblieben waren. Zu der Julireichstagswahl 1932 wurden wiederum Überlegungen seitens der Staatspartei angestellt, ob nicht eine Listenverbindung mit dem Zentrum oder den Sozialdemokraten eingegangen werden sollte.

<sup>168</sup> Reichswahlgesetz §30 – §32 abgedruckt in Jürgen W. Falter / Thomas Lindenberger / Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986, S. 28.

<sup>169</sup> In früheren preußischen Landtagswahlen waren 40 000 Stimmen für die Zuteilung eines Mandats notwendig. Im April 1932 galt erstmalig die Regelung von 50 000 notwendigen Stimmen für ein Mandat. Vgl. So haben wir gewählt. *Vossische Zeitung*, 24. April 1932, Nr. 197.

Der Gesamtvorstand der Partei sprach sich letztlich gegen eine Listenverbindung aus; die DStp ging alleine in den Wahlkampf.<sup>170</sup>

Die aufgeworfenen, wahltaktischen Überlegungen hinsichtlich der Deutschen Staatspartei brachten der Redaktion der C.V.-Zeitung eine ganze Reihe von Anfragen und Stellungnahmen ein. Diese reichten von der dringenden Empfehlung, Staatspartei zu wählen, bis hin zur eindeutigen Warnung vor dieser Wahlentscheidung. Um eine eindeutige Stellungnahme drückte sich der Centralverein jedoch. Er zog sich auf sein überparteiliches Postulat zurück und verbreitete die standardisierte Parole: Jede Stimme gegen die judenfeindlichen Parteien!<sup>171</sup>

Statt in der aufgeworfenen Frage Position zu beziehen, publizierte die C.V.-Zeitung in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben Leserbriefe. In sämtlichen Äußerungen wurde niemals erwogen, die Staatspartei als nicht mehr wählbar abzuqualifizieren. Durchweg ging es den Schreibern um die Maximierung jüdischer Wahlstimmen. Dabei drehten sich vor allem die Diskussionen um die notwendigen 60 000 Stimmen, die für die Erringung eines Mandats in einem der 35 Reichswahlkreise notwendig waren.

So wurde von Lesern ein dezidiertes Wahlverhalten empfohlen: In den als sicher anzusehenden Wahlkreisen der Deutschen Staatspartei (Hamburg, Berlin und Württemberg) sollte der jüdische Wähler für diese Partei stimmen. In allen anderen außerhalb der genannten Wahlkreise sollten das Zentrum oder die Sozialdemokraten gewählt werden.<sup>172</sup>

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 lautete kaum anders als das der Preußenwahl drei Monate zuvor. Die Staatspartei kehrte mit ganzen vier Abgeordneten (Dietrich, Heuss, Lemmer, Stolper) in das Parlament zurück, das kaum, daß es sich konstituiert hatte, schon wieder aufgelöst wurde. Im November 1932 gab es eine ähnliche öffentliche, wahltaktische Diskussion über die Stimmabgabe zugunsten der Staatspartei nicht. Doch durch das schlechte Abschneiden der Staatspartei war die Frage keineswegs geklärt, sondern eher verschärft. Die C.V.-Zeitung vermerkte: „Das Gefühl der politischen Heimatlosigkeit, das den jüdischen Wähler seit Jahren in immer zunehmender Weise belastet hat, hat eine Zuspitzung erfahren, die es nicht erlaubt den Zwiespalt mit beruhigenden Worten abzutun oder gar zu leugnen zu wollen.“<sup>173</sup> Die C.V.-Zeitung berichtete von dutzenden Briefen sowie von telephonischen und mündlichen Anfragen jüdischer Wähler, welche Partei zu wählen sei. In ihrer

<sup>170</sup> Parteien und Wähler. Zum 31. Juli. *C. V.-Zeitung*, 8. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 28, S. 1. Zu den Verhandlungen der Staatspartei über Listenverbindungen in Preußen bzw. im Reich, vgl. Erich Matthias / Rudolf Morsey, ‚Die deutsche Staatspartei‘, in *idem* (Hrsg.), *Das Ende der Parteien* 1933, Düsseldorf 1960, S. 59 ff.; Frye, *Liberal*, *op. cit.*, S. 182 f.

<sup>171</sup> Unsere Leser schreiben: Unbedingt wählen, aber welche Partei? *C. V.-Zeitung*, 29. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 31, S. 324.

<sup>172</sup> *Ibid.*; Unsere Leser schreiben: „Und doch Staatspartei . . .“ *C. V.-Zeitung*, 22. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 30, S. 312 ff.

<sup>173</sup> Politische Orientierung. *C. V.-Zeitung*, 7. Oktober 1932, 11. Jg., Nr. 41, S. 413.

Stellungnahme zu diesen Anfragen verwies die C. V.-Zeitung lediglich auf die unbedingte Wahlpflicht.<sup>174</sup>

### 3.2.2.6 Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei (BVP)

Das Zentrum und sein bayerischer Ableger BVP gehörten bis zum Ende der Weimarer Republik zu den für Juden „wählbaren“ Parteien. Nach Angaben des bayerischen Syndikus des Centralvereins, Werner Cahnmann, gab es zwischen dem Centralverein in München und der BVP äußerst gute Kontakte; in Bayern soll die Bayerische Volkspartei die einzige Anlaufstation („the only hitching-post“) für Belange der jüdischen Bevölkerung gewesen sein.<sup>175</sup> Auch von Zentrumsseite wurden die guten Kontakte bestätigt. So vermerkte der preußische Landtagsabgeordnete Leo Schwering: „Die Fühlung zwischen den orthodoxen jüdischen Kreisen und dem Zentrum ist sogar eine recht enge. Hier geht es um gemeinsame Interessen, z. B. in der Frage der konfessionellen Schule, und es ist in Zentrumskreisen nicht unbekannt, daß gerade aus diesen Schichten zahlreiche jüdische Wähler stammen, die bei Wahlen dem Zentrum ihre Stimme geben. Eine Tatsache freilich, die die grundsätzliche Einstellung des Zentrums nicht ändern kann.“<sup>176</sup>

In der C. V.-Zeitung wurden gelegentlich Artikel und Kommentierungen von Zentrumsabgeordneten und -kandidaten publiziert. Zu den mehrfachen Autoren gehörte der Reichstagsabgeordnete Adam Röder. Anlässlich der Veröffentlichung einer Schrift Röders zum politischen Kurs des Zentrums vermerkte die Rezension in der C. V.-Zeitung anerkennend, daß es sich um eine Programmschrift „bester Form“ handle. Besondere Würdigung erfuhr seine Abhandlung zum Thema „Zentrum und Judentum“. Herausgestrichen wurde, daß für ihn die gänzliche Ablehnung des Antisemitismus ein grundlegender Programmpunkt des Zentrums sei. Nach Röders Vorstellung sollte der liberale Jude „zum Brückenbauer von der bürgerlichen Linken zur großen Mittelpartei des Zentrums, zum Mithelfer in der Erbauung der Volksgemeinschaft werden.“<sup>177</sup>

Mit der Gleichung Antikatholizismus = Antisemitismus wurde der katholische Bevölkerungsteil zum Bündnispartner der Juden erklärt. Dabei wurde auch auf die Zeiten des preußischen Kulturkampfes zurückgegriffen und darauf verwiesen, daß die völkische Bewegung sich schon damals gegen den Katholizismus gewandt habe.<sup>178</sup>

Seitens des Zentrums wurde dies aufgegriffen. Auch wenn die historischen

<sup>174</sup> Zum 6. November. *C. V.-Zeitung*, 28. Oktober 1932, 11. Jg., Nr. 44, S. 437.

<sup>175</sup> Werner J. Cahnmann, *The Nazi Threat and the Central Verein – A recollection*, in *Conference on Anti-Semitism. American Federation of Jews from Central Europe*, New York 1969, S. 34.

<sup>176</sup> *Zentrum und Judentum. C. V.-Zeitung*, 31. Mai 1929, 8. Jg., Nr. 22, S. 286.

<sup>177</sup> *Der Weg des Zentrums. C. V.-Zeitung*, 23. April 1926, 5. Jg., Nr. 17, S. 231.

<sup>178</sup> *Antikatholizismus = Antisemitismus. Wissen und Waffen für den Wahlkampf. Beilage der C. V.-Zeitung*, Nr. 4, 17. April 1924, S. 16.

Parallelen hinkten, das Zentrum verwies auf das Ghetto, in dem es als Partei zusammen mit dem gesamten deutschen Katholizismus gestanden habe, die antikatholischen Züge der völkischen Bewegung und die Interessenskongruenz mit der jüdischen Bevölkerung. Insbesondere wurde der Grundsatz betont, daß jede religiöse Gemeinschaft ihre Angelegenheiten frei von jedem staatlichen und bürokratischen Eingriff verwalten solle.<sup>179</sup> Katholische Vertreter traten bei Veranstaltungen des Centralvereins auf und verwiesen auf die historische Erfahrung des Katholizismus, der wisse, was religiöse Verfolgung bedeute, und der daher die Erregung der jüdischen Bevölkerung verstehen könne.<sup>180</sup>

Doch auch innerhalb des katholischen Milieus gab es antisemitische Äußerungen, und die postulierte antivölkische Haltung des Zentrums war nicht überall vorhanden. Das Zentrum war nicht frei von antisemitischen Elementen. Wo dies der Fall war, wies die C. V.-Zeitung darauf hin. Beispielsweise zu den Landtagswahlen in Thüringen 1927 ging das Zentrum eine Listenverbindung mit der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei und dem Landbund ein, da es alleine keine Chance hatte, seinen Kandidaten durchzubringen. Bei dem Zentrums kandidaten handelte es sich um einen Brauereisyndikus, „der stets treu zur völkischen Fahne gestanden hatte.“<sup>181</sup> Bei den Landtagswahlen in Braunschweig im Jahre 1924 war das Zentrum ebenfalls einem rechten Block beigetreten, was bei der C. V.-Zeitung Unverständnis hervorgerufen hatte.<sup>182</sup>

Die C. V.-Zeitung verurteilte jedoch zu keinem Zeitpunkt diese Ausfälle mit der Schärfe, wie sie es beispielsweise gegenüber der Deutschen Volkspartei tat. Auf Reichsebene wurde erst recht nicht die Loyalität des Zentrums gegenüber den Interessen der jüdischen Bevölkerung angezweifelt. Ganz im Gegenteil. Personen wie Reichsinnenminister Wirth oder Reichskanzler Marx galten als Garanten für die Sicherung der staatsbürgerlichen und religiösen Rechte. Ihren Erklärungen wurde ein entsprechendes Interesse geschenkt.<sup>183</sup>

Parallel zum parlamentarischen Durchbruch der Nationalsozialisten mehrten sich die Darstellungen antinationalsozialistischer Aussagen und Positionen des

<sup>179</sup> Zentrum und Deutschvölkische. *C. V.-Zeitung*, 13. September 1924, 3. Jg., Nr. 37, S. 551. Zentrum und Judentum. *C. V.-Zeitung*, 31. Mai 1929, 8. Jg., Nr. 22, S. 286.

<sup>180</sup> Der Verlauf der Breslauer C. V.-Versammlung. *C. V.-Zeitung*, 15. Mai 1931, 10. Jg., Nr. 20, S. 247.

<sup>181</sup> Landtagswahlen in Thüringen. *C. V.-Zeitung*, 14. Januar 1927, 6. Jg., Nr. 2, S. 15.

<sup>182</sup> Die Ergebnisse der Landtagswahlen. Braunschweig. *C. V.-Zeitung*, 12. Dezember 1924, 3. Jg., Nr. 50, S. 792.

<sup>183</sup> Vgl. Abdruck eines Briefs Wilhelm Marx' aus dem Jahr 1922 an den Centralverein: Zur Reichspräsidentenwahl. *C. V.-Zeitung*, 24. April 1925, 4. Jg., Nr. 17, S. 298. Eine Erklärung des Reichsinnenminister Wirth. *C. V.-Zeitung*, 10. Oktober 1930, 9. Jg., Nr. 41, S. 538. Im Falle des Reichskanzlers Brüning lagen die Dinge etwas anders. Mehrfach versuchte der C. V. eine Unterredung mit Brüning zustande zu bringen und ihn dazu zu bewegen, öffentlich in einer Rede zum Antisemitismus Stellung zu nehmen. Auf dieses Anliegen wurde von Brüning nie eingegangen. Der hinter den Kulissen aufgestaute Unmut wurde jedoch nie in der C. V.-Zeitung öffentlich gemacht. Vielmehr hieß es beim Rücktritt Brünings: „Das deutsche Judentum schuldet Herrn Brüning Dank und Anerkennung.“ Vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, op. cit. S. 132f.; Zur Lage. *C. V.-Zeitung*, 3. Juni 1932, 11. Jg., Nr. 23, S. 233.

Zentrums und der BVP, aber auch der katholischen Amtskirche. In weitaus größerer Zahl wurde über Auseinandersetzungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten berichtet, als dies bei der Staatspartei der Fall war.<sup>184</sup>

Aus eigener Erfahrung vermerkte der Centralverein, daß die Konfessionszugehörigkeit bei der Wahlentscheidung für oder wider die NSDAP eine Rolle spiele. Vertreter aus Franken berichteten, daß insbesondere Juden in kleineren Orten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung unter nationalsozialistischer Drangsalierung zu leiden hätten. An anderer Stelle wurde vermerkt, daß das katholische Bayern den Nationalsozialismus ablehne.<sup>185</sup>

Gegen Ende der Weimarer Republik erschien das Zentrum als Hort gegen den Nationalsozialismus. Durch die ablehnende Haltung des Zentrums gegenüber den Nationalsozialisten und seine relative Stabilität in den Wahlen bot es sich gerade in den letzten Jahren der Weimarer Republik den jüdischen Wählerkreisen an, die nicht sozialdemokratisch stimmen wollten, aber auch den Liberalen keine Abwehrkräfte gegen den Nationalsozialismus mehr zutrauten. Das Zentrum war die einzige Partei, die in der C.V.-Zeitung Wahlwerbung betrieb, die spezifisch auf den jüdischen Bevölkerungsteil zurechtgeschnitten war. In den Wahlanzeigen der Jahre 1930 und 1932 wurde explizit herausgestellt, daß das Zentrum für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden eintrete.<sup>186</sup>

Von Redaktionsseite wurde häufiger auf die verantwortungsvolle Schlüsselstellung des Zentrums in verschiedenen Landesregierungen verwiesen. Der Umstand, daß es im Herbst 1932 zu Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über eine gemeinsame Regierung kam, war nach Darlegung der C.V.-Zeitung für den jüdischen Wähler „niemals ein Grund zur Ablehnung des Zentrums“. Die Verhandlungen wurden als politische Taktik und als „Kuhhandel“ verbucht, was zum Tagesgeschäft gehöre.<sup>187</sup>

<sup>184</sup> Der Kultusetat im Preußischen Landtag. *C. V.-Zeitung*, 25. April 1929, 8. Jg., Nr. 17, S. 215. Die Weltanschauungsparteien – ein Bollwerk gegen den Nationalsozialismus. *C. V.-Zeitung*, 26. September 1930, Nr. 39, S. 516f. Katholizismus und Nationalsozialismus unvereinbar! Eine grundlegende Entscheidung des Bischofs von Mainz. *C. V.-Zeitung*, 10. Oktober 1930, 9. Jg., Nr. 41, S. 538. Katholizismus gegen Nationalsozialismus. Neue Hirtenbriefe – Stellungnahme des Augsburger Zentrumsblattes – Das ‚Nein‘ des Abgeordneten Krone. *C. V.-Zeitung*, 13. März 1931, Nr. 11, S. 119. Mit unerschütterlicher Ruhe. Die Arbeitsausschußsitzung des C. V. *C. V.-Zeitung*, 13. November 1931, 10. Jg., Nr. 46, S. 525.

<sup>185</sup> Aus der Arbeit des Centralvereins. Die Tagung des Landesverbandes Bayern in Nürnberg. *C. V.-Zeitung*, 29. Januar 1932, 11. Jg., Nr. 5, S. 39. Vor der Regierungsbildung in den Ländern. *C. V.-Zeitung*, 6. Mai 1932, 11. Jg., Nr. 19, S. 183ff.

<sup>186</sup> Vgl. *C. V.-Zeitung*, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 37, S. 483; *C. V.-Zeitung*, 22. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 30, S. 318; *C. V.-Zeitung*, 29. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 31, S. 329; *C. V.-Zeitung*, 28. Oktober 1932, 11. Jg., Nr. 44, S. 442; *C. V.-Zeitung*, 4. November 1932, 11. Jg., Nr. 45, S. 455.

<sup>187</sup> Nach dem 6. November. *C. V.-Zeitung*, 11. November 1932, 11. Jg., Nr. 46, S. 461f.

### 3.2.2.7 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Auf Wahlveranstaltungen des Centralvereins war die SPD ebenso vertreten wie die anderen Weimarer Verfassungsparteien. Doch gab es stärkere Beziehungen zwischen den Zionisten und der Sozialdemokratie als zwischen dem Centralverein und der SPD. Im Jahre 1928 plädierte Bruno Weil auf einer Hauptvorstandssitzung des Centralvereins für eine Verbesserung des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten: „Notwendig ist eine Verbesserung des Verhältnis zur SPD. Die personellen Beziehungen seien zu gering. Bei Kooptation der neuen Hauptvorstandsmitglieder müsse die Gewinnung eines jüdischen Parlamentariers der SPD erstrebt werden. Das verhältnismäßig geringe Interesse der SPD erkläre sich aus soziologischen Gründen, da die C.V.-Politik als Bourgeois-Politik angesehen werde.“<sup>188</sup>

Im gleichen Jahr handelte sich der Centralverein einigen Ärger ein, als ein Flugblatt erschien, daß von C.V.-Mitgliedern „als Agitation zugunsten der Sozialdemokratie“ empfunden wurde und auf das schärfste zurückgewiesen wurde.<sup>189</sup>

Zwar gab es in den Reihen des Centralvereins einige Mitglieder, die zugleich den Sozialdemokraten angehörten, in der C.V.-Zeitung erlangten jedoch erst zu Beginn der Dreißiger Jahre Positionen und Äußerungen sozialdemokratischer Politiker mehr Raum. Umgekehrt vermutete der Centralverein, daß die Beziehungen jüdischer Sozialdemokraten zum bürgerlich geprägten Centralverein keineswegs als problemlos empfunden wurden.

„Obschon die Frage ‚Kann ein Sozialdemokrat C.Ver sein?‘ durch die langjährige Mitarbeit von Sozialdemokraten im C.V. praktisch bereits im bejahenden Sinne entschieden ist, scheinen unter jüngeren jüdischen Sozialisten, die es besonders ernst mit ihrer sozialdemokratischen Grundauffassung nehmen, Zweifel darüber zu bestehen.“<sup>190</sup> Der Umstand, daß im Jahre 1931 ein Artikel unter der hypothetischen Frage „Kann ein Sozialdemokrat CV.er sein?“ erschien, belegt, daß die Beziehungen zwischen Centralverein und Sozialdemokratie keineswegs die Intensität hatten, wie es zwischen Centralverein und den Linksliberalen oder dem Zentrum der Fall war. Der Beitrag des jüngeren jüdischen Sozialdemokraten wandte sich, werbend für die C.V.-Arbeit, an einen „lieben Parteigenossen“ und gibt damit indirekt einen Einblick in die Vorbehalte und Sichtweisen jüdischer Sozialdemokraten:

„Weiter sagtest Du, daß Du es aus sozialen Gründen nicht mit Deinem Gewissen vereinbaren könntest, innerhalb der jüdischen Gemeinschaft mit der jüdischen Bourgeoisie und den ihr verbundenen assimilatorischen Elementen zusammenarbeiten und sie womöglich verteidigen zu müssen. Du wandtest

<sup>188</sup> Protokoll der Hauptvorstandssitzung des C.V. vom 8. März 1928 zitiert nach Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, op. cit., S. 269.

<sup>189</sup> *Ibid.*, S. 29 u. S. 247.

<sup>190</sup> Kann ein Sozialdemokrat CV.er sein? *C.V.-Zeitung*, 29. Mai 1931, 10. Jg., Nr. 22, S. 274.

Dich dann vorzüglich gegen den Centralverein als Vertreter dieser Bourgeoisie und erklärtest schließlich, daß Dir der Kampf um den Sozialismus und gegen den Faschismus keine Zeit mehr lasse, sich mit einer wie der Judenfrage zu befassen.“<sup>191</sup>

Der Verfasser versuchte, die Vorbehalte zu entkräften, und warb für die Arbeit im Centralverein mit dem Hinweis, daß der Centralverein eine „die sozialistische Arbeit an vielen Stellen berührende Arbeit, den Kampf einer unterdrückten Schicht um ihre Entwicklungsmöglichkeiten“ leiste. Der größte Teil der Juden gehöre aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht der Bourgeoisie, sondern dem Angestelltenproletariat an. Eine Mitarbeit im jüdischen Lager würde für einen jüdischen Sozialisten der Kampf für die jüdische Angestelltenschaft sein.<sup>192</sup>

Mit der Formulierung gemeinsamer Interessen mag die Sozialdemokratie für Teile der jüdischen Bevölkerung, insbesondere den proletarisierten, eine wirkliche Alternative zu den bürgerlichen Parteien dargestellt haben. Der Hinweis auf den Kampf der SPD für die Rechte der proletarisierten Bevölkerung wurde, neben der Abwehr des Nationalsozialismus, dem jüdischen Wähler gegenüber als zweiter Grund angeführt, sozialdemokratisch zu wählen. Prägnant brachten es die Wahlanzeigen der SPD in der C.V.-Zeitung auf die Formel: Gegen Faschismus – für Freiheit und Brot.<sup>193</sup>

Förderlich für eine mögliche Entscheidung zugunsten der SPD könnte die in der C.V.-Zeitung geführte Diskussion über die Perspektiven der Wirtschaft und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den jüdischen Bevölkerungsteil gewesen sein. Ganz offen wurde das damalige Wirtschaftssystem von einigen Verfassern kritisiert und die sozialistische Planwirtschaft als einziger Weg aus der Krise offeriert.<sup>194</sup>

Die Judenfrage und die Rolle des Antisemitismus wurden von sozialdemokratischer Seite zumeist als Bestandteil einer integralen, sozialen Frage gesehen. Eine gesonderte Bewertung der Lage der jüdischen Bevölkerung und deren historischer Ursachen wurde nicht vorgenommen. Im Wahlkampf 1930 erklärte der Vorsitzende des Berliner Bezirksverbandes der SPD, Franz Künstler, der C.V.-Zeitung gegenüber: „Die Sozialdemokratie wird trotz Beschimpfungen wie ‚Judenpartei‘ sich nicht abbringen lassen, allen unterdrückten Menschen zu helfen und zu dienen. Die Sozialdemokratie beurteilt einen Menschen nicht nach Rasse und Religion, sondern nach seinem Benehmen und Betragen den Mitmenschen gegenüber.“<sup>195</sup>

<sup>191</sup> *Ibid.*

<sup>192</sup> *Ibid.*

<sup>193</sup> C.V.-Zeitung, 22. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 30, S. 312. C.V.-Zeitung, 29. Juli 1932, 11. Jg., Nr. 31, S. 326.

<sup>194</sup> Wege aus der Krise? Die Arbeitslosigkeit und das Schicksal. C.V.-Zeitung, 9. Januar 1931, Nr. 2, S. 9f.

<sup>195</sup> Die Sozialdemokratie kämpft gegen Hitler. C.V.-Zeitung, 12. September 1930, 9. Jg., Nr. 37, S. 483.

Nach Einschätzung der C.V.-Zeitung spielte das Thema „Judentum und Sozialismus“ vor allem in der jungen jüdischen Generation eine ausschlaggebende Rolle. In einer der regulären Beilagen der C.V.-Zeitung, „Von deutsch-jüdischer Jugend“, setzte man sich mit dem Thema auf recht theoretischer Ebene auseinander. Nachdem sich der Verfasser dem Kommunismus gegenüber abgegrenzt hatte, wies er auf die Affinitäten zwischen Sozialdemokratie und Judentum durch das entstehende jüdische Proletariat hin. Religiöse Denkformen sah er als „geschichtlich geworden an“, dennoch sollte das religiöse Bewußtsein mittels erzieherischer Arbeit durch höhere Bewußtseinsformen ersetzt werden.<sup>196</sup> „Sie (die Arbeiterbewegung; Anm. d. Verf.) muss und wird aber verlangen, dass das jüdische Proletariat auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft für einen Wandel der Bewußtseinsformen kämpft, der seiner Seinsform entspricht.“<sup>197</sup>

Die noch in den Revolutionsjahren vorhandene Distanz gegenüber jüdischen Sozialdemokraten war mittlerweile so weit gewichen, daß auch aus dem Judentum ausgetretene Sozialdemokraten gewürdigt wurden. Zu seinem 80. Geburtstag wurde Eduard Bernstein als schöpferischer Politiker porträtiert, nicht ohne den Hinweis, daß dessen Kreativität auch aus jüdischen Wurzeln stamme. Bernstein selbst war in den Siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts aus der jüdischen Gemeinschaft ausgetreten und seitdem konfessionslos. In einem Interview legte er seine positive Haltung gegenüber dem Judentum dar und verurteilte die zionistische Propaganda, durch die den Völkischen ein großer Dienst erwiesen würde.<sup>198</sup>

Daß innerhalb der jüdischen Wählerschaft die Option, sozialdemokratisch zu wählen, an Gewicht gewonnen hatte, belegt die bereits dargelegte Diskussion um das wahltaktische Verhalten zu den Reichstagswahlen im Juli 1932, zu der empfohlen wurde, in den Reichswahlkreisen, in denen die Staatspartei keine Erfolgsaussichten besaß, SPD oder Zentrum zu wählen. Die Empfehlung ist jedoch auf dem Hintergrund strategischer Notwendigkeiten zu sehen. In der politisch aufgeheizten Stimmung des Sommers 1932 ging es primär darum, einen nationalsozialistischen Wahlerfolg zu vereiteln. Stimmen für die DStp, die sich nicht in Mandate ummünzen ließen wie in der Preußenwahl des gleichen Jahres, waren nutzlos und mußten daher den Weimarer Koalitionsparteien als Block zugute kommen.<sup>199</sup>

<sup>196</sup> Zum Thema „Judentum und Sozialismus“. Beilage zur *C.V.-Zeitung*, 16. September 1932, 11. Jg., Nr. 38, S. II f.

<sup>197</sup> *Ibid.*

<sup>198</sup> Eduard Bernstein. Zu seinem 80. Geburtstage. *C.V.-Zeitung*, 3. Januar 1930, 9. Jg., Nr. 1, S. 6.

<sup>199</sup> Zur politischen Stimmung und Bewertung des Wahlergebnisses im Juli 1932 vgl. die nachfolgende Auswertung der liberalen Tageszeitungen.

### 3.2.2.8 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Zur KPD liegen nur sehr wenige Stellungnahmen oder Aussagen vor. Die Gründe sind sicherlich in den unterschiedlichen sozialen Mitgliederzusammensetzungen von KPD und Centralverein und deren grundverschiedenen Interessenslagen zu finden. Die geringe Beachtung der Kommunisten ist so zu bewerten, daß zu keinem Zeitpunkt ernsthaft darüber nachgedacht wurde, ob die KPD eine potentiell wählbare Partei sei. Die KPD wurde nie als antisemitisch eingestuft. Unter den ausgegebenen Parolen: „Keine Stimme den Antisemiten!“ bzw. „Keine Stimme den Völkischen!“ wäre die KPD theoretisch wählbar gewesen. Die an anderer Stelle verwandte Parole „Alle Stimmen den Verfassungsparteien“ schloß hingegen die Wahl der Kommunisten aus. Insofern läßt sich darüber streiten, ob eine Erwähnung der KPD in diesem Kapitel gerechtfertigt erscheint, da es um die potentiell „wählbaren“ Parteien geht.

Nur einmal wurde eine inhaltliche Position der Kommunisten in der C.V.-Zeitung wiedergegeben, vor der Reichstagswahl im Mai 1924. Unter den abgedruckten Passagen aus den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien zur völkischen Frage ist auch eine Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands zu finden. Darin wandten sich die Kommunisten gegen die Völkischen, benutzten jedoch zugleich das Stereotyp des „jüdischen Kapitals“.<sup>200</sup>

Das C.V.-Hauptvorstands- und Reichstagsmitglied der DDP, Ludwig Haas, wandte sich in seiner Aufforderung zur Wahlbeteiligung, neben der Absage an die Deutschnationalen, deutlich gegen die Kommunisten.<sup>201</sup> Bereits im Oktober 1924 hatten sich die Demokraten mit dem Aufruf „Die gründliche Schwächung der Kommunisten und Deutschvölkischen Partei muß in diesem Wahlkampf erreicht werden!“ an die Leser gewandt.<sup>202</sup>

Mit Aufkommen der Nationalsozialisten meinte die C.V.-Zeitung, eine gewisse Anfälligkeit der kommunistischen Anhängerschaft für den Nationalsozialismus feststellen zu können. Zu den Stimmengewinnen der NSDAP in den Landtagswahlen von Baden im Oktober 1929 wurde konstatiert, sie stammten nicht nur aus Rechtskreisen, sondern auch von links, besonders von kommunistischer Seite her.<sup>203</sup>

Aber auch in umgekehrter Richtung registrierte die C.V.-Zeitung einen politischen Frontenwechsel. Aus dem Landtagswahlkampf in Oldenburg wurde berichtet, daß zehn „frischgebackene Kommunisten“ noch in den Kleidern der Nationalsozialisten an einem Umzug teilgenommen hätten.<sup>204</sup>

<sup>200</sup> Die Wahlprogramme zur Völkischen Frage. Eine lehrreiche Zusammenstellung. *C. V.-Zeitung*, 17. April 1924, 3. Jg., Nr. 16, S. 207.

<sup>201</sup> Der 7. Dezember. Ein Ruf an die Wähler. Von Dr. Ludwig Haas, M. d. R. *C. V.-Zeitung*, 18. November 1924, 3. Jg., Nr. 48, S. 741 f.

<sup>202</sup> Zu den Reichstagswahlen! *C. V.-Zeitung*, 31. Oktober 1924, 3. Jg., Nr. 44, S. 663.

<sup>203</sup> Woher stammen die nationalsozialistischen Stimmen in Baden? *C. V.-Zeitung*, 1. November 1929, 8. Jg., Nr. 44, S. 586.

<sup>204</sup> Vor Landtagswahlen in Oldenburg. *C. V.-Zeitung*, 8. Mai 1931, 10. Jg., Nr. 19, S. 235.

Die einzige inhaltliche und ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus befindet sich in der bereits zitierten Beilage „Judentum und Sozialismus“ der C.V.-Zeitung. Theoretisch seien, so der Verfasser, Judentum und Kommunismus keine Gegensätze. Die Tendenz des Kommunismus führe jedoch zur Auflösung aller anderen Gemeinschaften, insofern bedrohe der Kommunismus die Substanz des Judentums.<sup>205</sup>

### 3.3 Das Israelitische Familienblatt

Das Israelitische Familienblatt wurde 1898 in Hamburg gegründet. Es war, im Gegensatz zu drei anderen ausgewerteten jüdischen Zeitungen, kein verbandlich gebundenes Organ. Das gab dem Blatt größere Freiheiten, Dinge beim Namen zu nennen. Auf die Überparteilichkeit wies das Israelitische Familienblatt in Zeiten der Krise werbend hin. Durch die Zeitung, so die Selbstdarstellung, sollten Brücken zu einer notwendigen Einheit der deutschen Juden geschlagen werden. In seiner Berichterstattung beschränkte sich das Blatt nicht auf einzelne weltanschaulich oder jüdisch-politisch abgeschlossene Gruppen, sondern deckte das gesamte jüdische Spektrum von den nationaldeutschen Juden über den Verein für das liberale Judentum bis zu den einzelnen zionistischen Gruppierungen ab.

Das Netz der Mitarbeiter und Korrespondenten erstreckte sich in Deutschland auf über 500 Orte. Für Hamburg und Berlin existierten jeweils Ausgaben mit eigenem Lokalteil. Der Umfang einer Ausgabe belief sich in der Regel auf 18 bis 22 Seiten. Die Artikel auf der ersten Seite beschäftigten sich meistens mit politischen, kulturellen oder innerjüdischen Angelegenheiten. Es folgten unter der Rubrik „Rundschau“ Mitteilungen aus dem jüdischen Leben im In- und Ausland. Der Inlandsteil umfaßte Geburtstage, Jubiläen, Berichte aus den Gemeindeversammlungen etc. und spiegelte auf diesen Seiten das jüdische Leben in den Gemeinden wider, wie es in keinem anderem Blatt der Fall war. Fester Bestandteil war auch ein Presseecho, das Auszüge aus dem gesamten Pressespektrum abdruckte. Ergänzt wurde die Zeitung durch eine Anzahl periodisch erscheinender Beilagen, so durch die Illustrierte Beilage „Aus alter und neuer Zeit“, durch die Romanbeilage „Jüdische Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens“ und durch Beilagen für die Frau, die Jugend, für Literatur, Kunst, Erziehung. Der Sportteil berichtete allwöchentlich über die jüdischen Sportereignisse in aller Welt.

Im folgenden wird die Darstellung der Auswertungsergebnisse im zeitlichen Querschnitt vorgenommen, nachdem im Falle der C.V.-Zeitung die Aussagen zu den verschiedenen Parteien im Längsschnitt betrachtet wurden. Das heißt,

---

<sup>205</sup> Zum Thema „Judentum und Sozialismus“. Beilage zur C.V.-Zeitung, „Von deutsch-jüdischer Jugend“. 16. September 1932, S. II f.

den Reichstagswahlen in den Jahren 1928, 1930 und 1932 werden einzelne Abschnitte gewidmet. Primär geschieht dies aus Gründen der Lesefreundlichkeit, da es andernfalls ermüdend wäre, das Erscheinungsbild der Parteien immer nur im zeitlichen Längsschnitt abzuhandeln. Zudem erlaubt der Wechsel in der Darstellungsperspektive, die Aussagen und Kommentierungen zu den Wählergängen in anderer Form inhaltlich zu verknüpfen. Die Abhandlung der Reichstagswahlen zu den genannten Zeitpunkten schließt jedes Mal den zuvorliegenden Zeitraum, zurückgehend bis zur vorherigen Reichstagswahl, ein.

### 3.3.1 Die Reichstagswahl 1928

Das Israelitische Familienblatt forderte, ebenso wie C.V-Zeitung und „Der Schild“, seine Leser zur unbedingten Wahlteilnahme auf. Ein Fernbleiben ohne triftigen Grund bezeichnete das Blatt als „verbrecherische Fahrlässigkeit“.<sup>206</sup> Sehr dezidiert wurde dargelegt, welche Parteien nicht wählbar seien. Zu diesen gehörten die „hundertprozentig antisemitischen Parteien (Hitler und Wulle)“, die Deutschnationale Volkspartei und die KPD. Die Ablehnung der KPD basierte auf deren antireligiöser Haltung und der Propagierung von Gewalt, die die jüdische Ethik negiere. Schon zu früheren Zeitpunkten hatte sich das Israelitische Familienblatt mit dem Wesen des Kommunismus auseinandergesetzt und ähnliche Positionen formuliert.<sup>207</sup> Auch vor der Stimmabgabe zugunsten einer der Splitterparteien wurde entschieden gewarnt.

„Sein Stimmzettel (des jüdischen Wählers; Anm. d. Verf.) ist für solche politische Sonder- oder Nebenzwecke einfach zu schade, mögen sich die Herren Aufwertler, Volksrechtler, Wirtschafts- und Mittelstandsretter und wie diese Sekten alle heißen mögen – vielfach sind die Führer verkappte oder abgetakelte Deutschnationale noch so forsch in die Brust werfen.“<sup>208</sup> Damit war auch der Wirtschaftspartei eine Absage erteilt worden, die bereits früher als „antisemitische“ Partei charakterisiert worden war.<sup>209</sup>

Die scharfe Ablehnung der Kommunisten provozierte einen Leserbrief in der darauffolgenden Ausgabe. „Im Namen mehrerer Leser“ beschwerte sich der Verfasser über die Formulierung des Artikels und die Stellungnahme gegen die Kommunisten. Seiner Ansicht nach hätte die Kommunistische Partei nicht nur durch Worte, sondern auch vor allem durch Taten bewiesen, daß die Partei sich

<sup>206</sup> Der 20. Mai 1928. *Israelitisches Familienblatt*, 10. Mai 1928, 30. Jg., Nr. 19, S. 1.

<sup>207</sup> 1925 erschien eine zweiteilige Aufsatzserie unter dem Titel „Kommunismus und Judentum.“ Der erste Teil der Serie wurde auf der Titelseite plaziert. Im zweiten Teil hieß: „Ein Jude, der noch irgendwie Achtung vor dem Glauben seiner Väter hat, darf in keiner Beziehung solchen mit brutalen Methoden kämpfenden politischen Kommunismus begünstigen“. Vgl. *Israelitisches Familienblatt*, 14. und 21. Mai 1925, 27. Jg., Nr. 20 u. 21, S. 1 u. S. 9f.

<sup>208</sup> Der 20. Mai. *Israelitisches Familienblatt*, 10. Mai 1928, 30. Jg., Nr. 19, S. 1.

<sup>209</sup> Die antisemitische Wirtschaftspartei. *Israelitisches Familienblatt*, 17. Juni 1926, 28. Jg., Nr. 24, S. 4.

gegen den Antisemitismus stelle. Den Vorwurf der antireligiösen Haltung wies der Leserbriefschreiber entschieden zurück. Was die Redaktion von dieser Meinung hielt, machte sie ihren Lesern klar, indem sie einzelne Passagen des Leserbriefs mit Fragezeichen versah.

„Unsinn ist es, zu sagen, die K.P.D. sei gegen jede Religion. Die Kommunisten führen den Kampf auf politisch-ökonomischer Basis und nicht auf religiöser. Sie treten ein für Trennung von Staat und Kirche und für Trennung von Kirche und Schule, ohne aber der Ausübung der religiösen Kults Schwierigkeiten in den Weg zu legen (? D. Red.).“<sup>210</sup>

Direkt vor der Wahl plädierte der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft, Pfarrer Korell (DDP), auf der Titelseite, daß für die von Walther Rathenau inaugurierte und von Stresemann weitergeführte deutsche Verständigungs- und Schiedsvertragspolitik in der Reichstagswahl eine gesicherte, tragfähige Basis geschaffen werden solle.<sup>211</sup> Mit dieser Stellungnahme wurden nicht jüdische Belange zur Entscheidungsgrundlage der Stimmabgabe gemacht. Eine Position, die auch von der Redaktion bereits formuliert worden war: ein jüdischer Wähler wähle nach „deutschen Gesichtspunkten“.<sup>212</sup>

Hinsichtlich der Deutschen Volkspartei gab es zwar nicht im direkten Vorfeld der Wahlen, jedoch nach den Wahlen und auch in früheren Ausgaben Kommentierungen, die das Verhalten der DVP monierten. Die Führung der Partei, so das Israelitische Familienblatt, verhalte sich in Fragen des Antisemitismus durchaus korrekt. Sehr lobenswert seien auch die Äußerungen des früheren Ministers v. Raumer auf der C. V.-Wahlveranstaltung gewesen, jedoch gebe es andere Prominente in der Partei, die gegen den Antisemitismus nicht gefeit seien.<sup>213</sup>

Kritische Worte zur DVP fand das Israelitische Familienblatt schon im Jahre 1925. Das Blatt druckte Auszüge eines Briefwechsels zwischen dem Verband der nationaldeutschen Juden und der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei ab. Der Verband der nationaldeutschen Juden hatte einen Brief an den Parteivorstand gerichtet, indem er konstatierte, daß „in jüdischen Kreisen allgemein die Ansicht bestehe, die Volkspartei sei eine antisemitische Partei und wolle nichts anderes sein, und daß diese Meinung in weiten christlichen Kreisen geteilt wird.“<sup>214</sup> Zu dieser Ansicht bat der Verband der nationaldeutschen Juden (VnJ) den Parteivorstand der Deutschen Volkspartei Stellung zu nehmen. Angesichts der ideologischen Positionen des VnJ war die Aufforderung zur Stellung-

<sup>210</sup> Der jüdische Wähler und die K.P.D. *Israelitisches Familienblatt*, 16. Mai 1928, 30. Jg., Nr. 20, S. 1.

<sup>211</sup> Die Bedeutung des 20. Mai. *Israelitisches Familienblatt*, 16. Mai 1928, 30. Jg. Nr. 20, S. 1.

<sup>212</sup> Der 20. Mai 1928. *Israelitisches Familienblatt*, 10. Mai 1928, 30. Jg., Nr. 19, S. 1.

<sup>213</sup> Reichstagswahl und Antisemitismus. *Israelitisches Familienblatt*, 31. Mai 1928, 30. Jg., Nr. 22, S. 2.

<sup>214</sup> Deutsche Volkspartei und Antisemitismus. *Israelitisches Familienblatt*, 14. Mai 1925, 27. Jg., Nr. 20, S. 1.

nahme an die DVP als Möglichkeit zur positiven Selbstdarstellung der Partei gedacht und nicht als ein ernsthafter Vorwurf seitens des VnJ. In ihrem Antwortschreiben wies die DVP denn auch die Vorwürfe des Antisemitismus weit von sich und machte für dieses falsch entstandene Bild in der Öffentlichkeit „die maßlose Hetze“ der demokratischen Parteipresse weitgehend verantwortlich. Einer Kommentierung dieses Briefwechsels wollte sich das Israelitische Familienblatt enthalten. Doch ganz konnte das Blatt nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg halten. Süffisant vermerkte es: „Der Lockung auf das Thema näher einzugehen, widerstehen wir nur ungerne. Die D.V.P. hat jedenfalls in der nächsten Zeit nicht zu befürchten, daß ihr jüdische Mitglieder in Massen zuströmen werden.“<sup>215</sup>

Als im März 1927 die Deutsche Volkspartei den 60. Gedenktag ihrer Vorläuferin, der Nationalliberalen Partei, feierte, war der Aufsatz auf der ersten Seite ausführlich Eduard Lasker und der Nationalliberalen Partei gewidmet. Wichtig war der Redaktion dabei, die Veränderungen in den Stellungnahmen großer Parteien zur Judenfrage zu illustrieren. Der Bezug wurde dabei zwischen der Nationalliberalen Partei zu Zeiten Laskers, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei hergestellt. Interessanterweise wurden die beiden Parteien der Weimarer Republik, analog zur C.V.-Zeitung, als die beiden großen Rechtsparteien bezeichnet. Das Israelitische Familienblatt beklagte, daß sich ein organisierter und ein wildwuchernder Antisemitismus im politischen Leben breit gemacht hätten. Die Vorwürfe bezogen sich auf die Rechtsparteien, die teils offen durch offiziellen Ausschluß der Juden (DNVP), teils verdeckt durch antisemitische Tendenzen in den eigenen Reihen (DVP), es jüdischen Wählern fast unmöglich machten, ihnen unter diesen Bedingungen ihre Stimme zu geben. Über die jüdische Wählerschaft in diesen Parteien folgerte das Blatt, „die Wählerschaft der rechtsgerichteten Parteigruppen setzt sich zu einem so verschwindend geringen Prozentsatz aus Juden zusammen, daß sie getrost als ‚judenrein‘ gelten können.“<sup>216</sup>

Die Anzahl der mit positiver Presse bedachten und damit auch potentiell wählbaren Parteien reduzierte sich damit im Israelitischen Familienblatt auf drei Parteien: Zentrum, DDP und SPD. Dabei wurde der DDP mehr Aufmerksamkeit als den beiden anderen Parteien entgegengebracht. Besonders erwähnt wurden jüdische Kandidaten bei Landtagswahlen oder politische Stellungnahmen der Demokraten, die sich gegen Antisemitismus oder den Nationalsozialismus richteten.<sup>217</sup>

<sup>215</sup> *Ibid.*

<sup>216</sup> Eduard Lasker und die Nationalliberale Partei. *Israelitisches Familienblatt*, 10. März 1927, 29. Jg., Nr. 10, S. 1.

<sup>217</sup> Vgl. Gegen den Hitlerrummel. *Israelitisches Familienblatt*, 12. November 1925, 27. Jg., Nr. 46, S. 4. Aus dem Reiche. *Israelitisches Familienblatt*, 28. Oktober 1926, 28. Jg., Nr. 43, S. 3. Demokratischer Protest gegen Tannenbergs-Denkmal Ausschuß. *Israelitisches Familienblatt*, 5. u. 12. Oktober 1927, 29. Jg., Nr. 40 u. 41, S. 3.

Für die nachfolgende Auswertung zu den Reichstagswahlen 1930 ist an dieser Stelle noch ein Blick auf die Bewertung des Jungdeutschen Ordens bis zum Jahre 1930 von Bedeutung. Für den Untersuchungszeitraum liegen zwei Artikel vor, die sich mit dem Jungdeutschen Orden beschäftigen. Im Jahre 1925 veröffentlichte das Israelitische Familienblatt Auszüge eines Artikels aus dem „Jungdeutschen“ unter der Überschrift „Judenhetze des Jungdeutschen Ordens.“<sup>218</sup> Moderater, aber in eindeutig ironischem Unterton, gab man sich, als der Jungdeutsche Orden sein „Jungdeutsches Manifest“ im Dezember 1927 präsentierte: „Wir registrieren dieses Programm als Zeichen einer Abkehr vom Radikalismus. Mitglieder dieses Ordens, der jetzt das Staatsbürgerrecht der deutschen Juden gnädigst anerkennt, haben in den ersten Nachkriegsjahren häufig jeden antisemitischen Klamauk mitgemacht.“<sup>219</sup>

### 3.3.2 Die Reichstagswahl 1930

Das bedeutendste Ereignis für die jüdische Wählerschaft im Vorfeld der Reichstagswahl 1930 war die Gründung der Deutschen Staatspartei. In seiner ersten Bewertung dieser Neugründung stellte das Israelitische Familienblatt fest, daß der Jungdeutsche Orden in den vorangehenden Jahren und Monaten nach außen hin keinerlei antisemitische Neigung gezeigt habe. In dieser Bewertung wurde der Arierparagraph des Ordens ausgespart. Als bedenklich wurde angesehen, daß unter allen Persönlichkeiten, die den Aufruf zur Gründung der Staatspartei unterschrieben hatten, lediglich ein Jude war, und daß sich unter den bis dahin bekannten Kandidatenlisten zum Reichstag ebenfalls kein Jude befand: „... diese grundsätzliche Ausmerzung aller jüdischen Persönlichkeiten mahnt zweifellos zur Vorsicht.“<sup>220</sup>

Von der Staatspartei wurde eine klare und eindeutige Antwort erwartet, wie sie sich in Zukunft in der Praxis und ihrer parlamentarischen Politik den jüdischen Bürgern gegenüber stellen werde. Gleiches verlangte der jüdische Politiker Bruno Weil mit seiner Forderung nach einem klaren Bekenntnis der Ablehnung des Antisemitismus in der neuen Partei. Die Partei verwies auf ihren Aufruf, wonach sie „ohne politische und konfessionelle Engherzigkeit und ohne Klassengebundenheit ihre Tore weit offen“ halte.<sup>221</sup>

Eine eingehendere Betrachtung widmete das Israelitische Familienblatt den Antworten der beiden Exponenten der neuen Partei, Koch-Weser und Mah-

<sup>218</sup> Judenhetze des Jungdeutschen Ordens. *Israelitisches Familienblatt*, 18. Juni 1925, 27. Jg., Nr. 15, S. 2.

<sup>219</sup> Der Jungdeutsche Orden nicht völkisch. *Israelitisches Familienblatt*, 29. Dezember 1927, 29. Jg., Nr. 52, S. 5.

<sup>220</sup> Deutsche Juden und Staatspartei. *Israelitisches Familienblatt*, 7. August 1930, 32. Jg., Nr. 32, S. 2. Die einzige jüdische Persönlichkeit unter den Unterzeichnern zur Gründung der Deutschen Staatspartei war der Chemienobelpreisträger Professor Haber.

<sup>221</sup> *Ibid.*

raun, auf die Frage nach der Position der Staatspartei zum Antisemitismus. Die Stellungnahme Koch-Wesers wurde als eindeutig begrüßt. Auch Mahraun gestand man zu, seine Ablehnung des Antisemitismus ehrlich zu meinen. Dennoch vermutete man, daß es für den ehemals demokratischen Teil der Staatspartei mit dem Jungdeutschen Orden als Partner in dieser Beziehung schwierig sei, „Fußangeln“ zu vermeiden.<sup>222</sup>

Insbesondere das Festhalten des Jungdo am Arierparagrafen wurde als Widerspruch zum Postulat der Gleichberechtigung in der Staatspartei gesehen. Auch wurde die Frage gestellt, ob die Anhänger der jungdeutschen Bewegung ihrem Führer auch weiterhin folgen würden. Als beste Antwort auf diese Unsicherheiten erhoffte man die künftige Aufstellung jüdischer oder zumindestens eines jüdischen Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf den Wahllisten.<sup>223</sup> Außerordentlich begrüßt wurde daher auch die Tatsache, daß mit Bruno Weil im Wahlbezirk Berlin nach einer Kampfabstimmung ein jüdischer Kandidat an aussichtsreicher Stelle nominiert wurde. In den weiteren Artikeln vor der Reichstagswahl verkehrte sich die zunächst kritische Haltung in eine zustimmende, optimistische Berichterstattung.<sup>224</sup> Ob damit wirklich die Skepsis unter den jüdischen Wählern beseitigt wurde, soll später durch die Auswertung der Wahldaten geklärt werden. Vorbehalte gab es auf jeden Fall. So begegneten dem Generalsekretär der Deutschen Staatspartei der Ortsgruppe Hamburg, Hans Bertram, in jüdischen Kreisen „vielfach Zweifel“ darüber, ob die Deutsche Staatspartei im gleichen Maße wie bisher die Demokratische Partei gewillt sei, die Gleichberechtigung der jüdischen Bürger anzuerkennen.<sup>225</sup>

Bemerkenswert für diesen Wahlkampf ist die Tatsache, daß nicht die Staatspartei, sondern das Zentrum als einzige Partei im Israelitischen Familienblatt eine Wahlanzeige geschaltet hatte.<sup>226</sup> Erstmals stellte das Zentrum mit dem Ersten Vorsitzenden des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Berlins, Georg Kareski, einen jüdischen Reichstagskandidaten auf. Auch wenn Kareski nicht auf einem der vorderen Plätze kandidierte, sondern lediglich Listenplatz zehn besaß, die Aufnahme eines jüdischen Kandidaten, der dazu noch Vorsitzender der Berliner Gemeinde war, hatte einen hohen symbolischen Stellenwert.

Eine positive Presse konnten das Zentrum bzw. die BVP im Israelitischen Familienblatt im Laufe des Jahres 1930 durch ihre Haltung in der „Schächtfrage“ verbuchen. Seit Beginn des Jahres 1930 versuchten die Nationalsozialisten in

---

<sup>222</sup> Deutsche Staatspartei und Judentum. *Israelitisches Familienblatt*, 14. August 1930, 32. Jg., Nr. 33, S. 1.

<sup>223</sup> *Ibid.*

<sup>224</sup> Vgl. Deutsche Bürgerparteien und deutsches Judentum. *Israelitisches Familienblatt*, 21. August 1930, 32. Jg., Nr. 34, S. 1; Die Lage im Reichstagswahlkampf. *Israelitisches Familienblatt*, 28. August 1930, 32. Jg., Nr. 35, S. 4; Um die deutsche Staatspartei. *Israelitisches Familienblatt*, 4. September 1930, 32. Jg., Nr. 36, S. 1.

<sup>225</sup> Antisemitismus in der Deutschen Staatspartei? *Israelitisches Familienblatt*, 28. August 1930, 32. Jg., Nr. 35, S. 4.

<sup>226</sup> Vgl. *Israelitisches Familienblatt*, 11. September 1930, 32. Jg., Nr. 37, S. 12.

Ländern und Stadtparlamenten, gesetzlich das Schächten zu verbieten. Diese, unter dem Deckmantel des Tierschutzes, formulierten Anträge hatten klar antisemitischen Charakter. Ein Verbot der Herstellung rituell geschächteten Fleisches traf den Lebensnerv des religiösen Judentums, da die religionsgesetzlichen Vorschriften nicht mehr eingehalten werden konnten.

Das Schächtverbot war keine jüdisch-politische Frage, sondern berührte die verfassungsmäßig geschützte Freiheit der Religionsausübung. Die Haltungen des konfessionellen Zentrums und der Bayerischen Volkspartei waren daher eindeutig, denn sie resultierten aus den Grundüberzeugungen der eigenen Politik. Der Antrag der Nationalsozialisten in Bayern für ein Schächtverbot zu Beginn des Jahres 1930 zog eine ganze Reihe weiterer Anträge in anderen Länder- und Stadtparlamenten nach sich. Bei der Abstimmung im bayerischen Landtag stimmte die Bayerische Volkspartei als einzige Partei gegen den „Gesetzentwurf über den Betäubungszwang für Schlachttiere“. Mit Befremden wurde die Haltung der Sozialdemokraten in dieser Frage zur Kenntnis genommen, da deren Verhalten den Ausschlag für die Annahme des Gesetzes gab. So stimmten einige Sozialdemokraten für den Gesetzentwurf, andere wiederum verließen vor der Abstimmung den Saal.<sup>227</sup> Das Israelitische Familienblatt schenkte den Schächtdiskussionen in den Parlamenten breite Beachtung. Dabei erwiesen sich in Jahren 1930 und 1931 das Zentrum und die Bayerische Volkspartei als einzige konsequente Opponenten gegen ein Schächtverbot.<sup>228</sup>

In einem Gespräch vor der Reichstagswahl im September 1930 zwischen dem Berliner Redaktionsvertreter des Israelitischen Familienblatts und dem Vorsitzenden der Berliner Zentrumsorganisation, Kellermann, betonte Kellermann nachdrücklich den Standpunkt der völligen staatsbürgerlichen und kulturellen Gleichberechtigung der Juden. Als Fazit dazu schrieb das Israelitische Familienblatt: „Das Gespräch hinterließ den Eindruck, daß in der Tat die Zentrumspartei in ihren Reihen Antisemitismus nicht kennt und daß auch weiterhin die Zuversicht berechtigt ist, daß das Zentrum mit sich gleichbleibender Entschlossenheit den Antisemitismus bekämpfen wird.“<sup>229</sup>

<sup>227</sup> Das Schächtverbot in Bayern. *Israelitisches Familienblatt*, 6. Februar 1930, 32. Jg., Nr. 6, S. 1.

<sup>228</sup> Bei einem Antrag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung stimmten die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei für den nationalsozialistischen Antrag, ein Schächtverbot zu erlassen. Er erhielt jedoch keine Mehrheit. Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei für ein Schächtverbot. *Israelitisches Familienblatt*, 12. Juni 1930, 32. Jg., Nr. 24, S. 2. In Baden stimmten Zentrum und Sozialdemokraten erfolgreich gegen ein Schächtverbot. Nationalsozialistischer Vorstoß gegen das Schächten. *Israelitisches Familienblatt*, 8. Januar 1931, 33. Jg., Nr. 2, S. 4. In Braunschweig wurde ein Schächtverbot bei Stimmenthaltung von Sozialdemokraten und Staatspartei durchgesetzt. Braunschweig verbietet das Schächten. *Israelitisches Familienblatt*, 25. Juni 1931, 33. Jg., Nr. 26, S. 1.

<sup>229</sup> Deutsche Bürgerparteien und deutsches Judentum. *Israelitisches Familienblatt*, 21. August 1930, 32. Jg., Nr. 34, S. 1. Bis zu diesem Zeitpunkt sind für den Untersuchungszeitraum so gut

Das Israelitische Familienblatt erhielt eine Reihe von Zuschriften, die sich mit der Haltung des Zentrums und den Äußerungen Kellermanns beschäftigten. Diese Zuschriften an die Redaktion waren teils ablehnend, teils zustimmend. Das Israelitische Familienblatt bekräftigte eine Woche später noch einmal seine eindeutig positive Einschätzung der Haltung des Zentrums gegenüber den jüdischen Bürgern.<sup>230</sup>

Doch das Zentrum bot sich nicht allein überzeugt religiösen jüdischen Bürgern als Wahlalternative an. In seinem Wahlkampf wandte sich der Zentrumskandidat Kareski hauptsächlich an die bisherigen Wähler der Demokratischen Partei. Die DDP habe wenige Wochen vor dem Wahltermin „Selbstmord verübt“, dabei handle es sich um „jenen typischen Fall des ‚Selbstmord aus Angst vor dem Tode‘.“ Erhebliche Teile der neuen Partei, so Kareski weiter, kämen von ganz rechts, vom Antisemitismus, mindestens aber von einem wilden Nationalismus, der bisher den deutschen Juden ganz wesensfremd gewesen sei.<sup>231</sup>

Unterstützung erhielt Kareski vom Berliner Spitzenkandidaten des Zentrums, Krone. Am letzten Tag vor der Wahl fand in Berlin eine „von mehreren hundert Personen“ besuchte Kundgebung „jüdischer Zentrumswähler“ statt. Dem Bericht darüber ist nicht zu entnehmen, ob es bei der Veranstaltung etwa einen Träger „jüdischer Zentrumswähler“ gab oder ob mit dieser Bezeichnung nur die Besucher der Kundgebung im Sinne potentieller Zentrumswähler gemeint waren. Krone erklärte auf der Veranstaltung, das Zentrum sei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei, die lediglich religiöse und konfessionelle Interessen vertrete. Mit Blick auf die bürgerlichen Wähler warb er für das Zentrum als „eine Partei der mittleren Linie“.<sup>232</sup>

Ein derartiges Presseecho wie das Zentrum konnten die Sozialdemokraten im Israelitischen Familienblatt nicht für sich verbuchen. Religiosität war fester Bestandteil jüdischen Lebens im Israelitischen Familienblatt. Religion spielte dagegen im Politikverständnis der Sozialdemokraten bestenfalls eine Nebenrolle. Nach einer Auflistung vom Juni 1929 saßen zwar 12 jüdische Sozialdemokraten im Reichstag; miteinbezogen in die Aufstellung waren auch Parlamentarier, die jüdischer Abstammung waren, sich aber selbst als konfessionslos oder als Dissidenten bezeichneten. Bekennende Juden waren letztlich nur die Abgeordneten Julius Moses und Hugo Heimann.<sup>233</sup> Bezeichnenderweise stammte der einzige

---

wie keine Berichte über antisemitische Äußerungen oder Positionen im *Israelitischen Familienblatt* zu finden. Ein einziger Bericht erwähnt „antisemitische Neigungen im Kölner Zentrum“. *Israelitisches Familienblatt*, 29. Juli 1930, 32. Jg., Nr. 30, S. 5f.

<sup>230</sup> Die Lage im Reichstagswahlkampf. *Israelitisches Familienblatt*, 28. August 1930, 32. Jg., Nr. 35, S. 4.

<sup>231</sup> Äußerungen jüdischer Reichstagskandidaten. *Israelitisches Familienblatt*, 11. September 1930, 32. Jg., Nr. 37, S. 2.

<sup>232</sup> Kundgebung jüdischer Zentrumswähler. *Israelitisches Familienblatt*, 18. September 1930, 32. Jg., Nr. 38, S. 9.

<sup>233</sup> Jüdische Parlamentarier in England und Deutschland. *Israelitisches Familienblatt*, 6. Juni 1929, 31. Jg., Nr. 23, S. 1.

von einem Sozialdemokraten verfaßte Artikel von Julius Moses; er beschäftigte sich mit dem Antisemitismus in der Republik. In seiner Bewertung des Antisemitismus unterschied sich Moses nicht von der Einschätzung seiner Parteifreunde. Moses: „Politische und soziale Reaktion ist gleichbedeutend mit Antisemitismus.“<sup>234</sup>

Die sozialistische Sicht, Antisemitismus sei das Produkt der politischen Verhältnisse, wurde von den jüdischen Abwehrorganisationen und vom Israelitischen Familienblatt nicht geteilt und auch nie ernsthaft diskutiert. Eine derartige Interpretation hätte die gesamte Abwehrarbeit in Frage gestellt, da diese auf Aufklärung und nicht auf Veränderung der sozialen Verhältnisse angelegt war.

Für reichlich überschätzt hielt das Israelitische Familienblatt den Eindruck, Juden seien in einem viel stärkeren Maße empfindlich für sozialistische Gedankengänge, als es dem Durchschnitt entspreche. Im Grunde genommen sei das Judentum, nicht im parteipolitischen, sondern im weltanschaulichen Sinne „von konservativen Gedankengängen im weitesten Sinne durchtränkt“.<sup>235</sup> Im Reichstagswahlkampf wurde darauf verwiesen, daß die Sozialdemokraten stets für die Wahrung der jüdischen Rechte eingetreten seien und, abgesehen von dem durch ihre Abstimmung in Bayern ermöglichten Schächtverbot, niemals gegenüber Angriffen auf die freie Religionsausübung versagt hätten. Jedoch vermerkte das Israelitische Familienblatt, daß die Stimmabgabe für die Sozialdemokraten zugleich ein Bekenntnis zu einer bestimmten Gesellschaftsordnung bedeute.<sup>236</sup>

Für die potentielle Wählbarkeit der SPD ergab sich eine Chancenminderung in zweierlei Hinsicht. Zum einen war das Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten in Bayern für ein Schächtverbot nicht so schnell vergessen worden, zum anderen war nach dem Kriterium des Israelitischen Familienblatts die Stimmabgabe für die Sozialdemokraten unter ausgesprochener Bejahung des Programms der Partei möglich. Für die Wahl einer bürgerlichen Partei wurde die Forderung nach einer Zustimmung zum Parteiprogramm in dieser expliziten Form niemals erhoben.<sup>237</sup>

Bis zur Reichstagswahl 1930 eindeutig abqualifiziert hatte sich die Wirtschaftspartei. Sie wurde als „antisemitische Partei“ bezeichnet. Spöttisch wurde

<sup>234</sup> Antisemitismus in der der Republik. *Israelitisches Familienblatt*, 19. Dezember 1929, 31. Jg., Nr. 51, S. 1. Über Haltung der Linksparteien zur Judenfrage vgl. Hans-Helmuth Knütter, ‚Die Linksparteien‘, in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1965, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), insbes. S. 343–345.

<sup>235</sup> Das Judentum ist konservativ. *Israelitisches Familienblatt*, 31. Juli 1930, 32. Jg., Nr. 31, S. 9.

<sup>236</sup> Die Lage im Reichstagswahlkampf. *Israelitisches Familienblatt*, 28. August 1930, 32. Jg., Nr. 35, S. 4.

<sup>237</sup> Auch direkt vor der Reichstagswahl hieß es: „Wer daher in dem sonstigen Programm dieser Partei kein Hindernis erblickt, mag ihr sein Vertrauen schenken.“ Der jüdische Wähler vor der Entscheidung. *Israelitisches Familienblatt*, 11. September 1930, 32. Jg., Nr. 37, S. 1.

vor „sogenannten ‚Wirtschaftsparteien‘“ gewarnt, die zusammen mit der programmatisch jüdenfeindlichen DNVP und dem Landbund in Kommunal- und Landtagswahlen versuchten, eine „bürgerliche“ Liste aufzustellen. Juden hätten die Aufgabe, solche Listenverbindung, die unter Einbeziehung von DVP, DDP oder Zentrum zustande kommen sollten, zu verhindern.<sup>238</sup>

Auch die Deutsche Volkspartei fiel unangenehm auf. Durch antisemitische Äußerungen in ihren eigenen Reihen und ihre Koalitionspolitik verspielte sie die letzten Sympathien jüdischer Kreise. Aufgrund ihrer Haltung im thüringischen Landtag sah das Israelitische Familienblatt die DVP als „Bundesgenossen der Nationalsozialisten“.<sup>239</sup> Einen Monat vor der Wahl wurde die Partei scharf kritisiert, weil sie nicht bereit sei, die Grenzlinie gegen die Nationalsozialisten deutlich zu ziehen.<sup>240</sup>

### 3.3.3 Die Reichstagswahlen 1932

Im Oktober 1930 kam es zum Zerfall der Staatspartei. Der Jungdeutsche Orden und die Volksnationale Reichsvereinigung schieden aus der Staatspartei unter Beibehaltung ihrer Mandate aus. Anders als die C.V.-Zeitung trug das Israelitische Familienblatt der Veränderung der politischen Landschaft Rechnung und berichtete über die Hintergründe. Geradezu als Rechtfertigung und im Gegensatz zu früheren Artikeln ließ die Zeitung ihre Leser wissen, daß sie schon vor der Wahl Zweifel an der Haltung Mahrauns zur Judenfrage gehabt hätte.<sup>241</sup> Das war so nicht richtig, denn Zweifel an der Person Mahrauns waren vor der Reichstagswahl 1930 nicht erhoben worden. Hinsichtlich der Zukunftsperspektiven der geschmolzenen Staatspartei hieß es:

„An eine Wiederherstellung der Aktionskraft der alten Demokratischen Partei in dem früheren oder gar etwa in einem gesteigerten Umfange ist wohl kaum zu denken, dazu ist durch die Gründung der Staatspartei eine zu weitgehende Verwirrung in der Wählerschaft hervorgerufen worden, und der einmal angerichtete Schaden wird sich nur schwer ausgleichen lassen.“<sup>242</sup>

Hoffnung für die Demokraten in der Staatspartei gebe es nur noch, wenn deren Weg gerade und deutlich sei und sie es sich abgewöhnten, dem politischen

<sup>238</sup> Juden und Kommunalwahlen. *Israelitisches Familienblatt*, 19. September 1929, 31. Jg. Nr. 38. Neue Wahlen – alte Tatsachen. Zu den Wahlergebnissen in Thüringen und Bayern. *Israelitisches Familienblatt*, 12. Dezember 1929, 31. Jg., Nr. 50, S. 1.

<sup>239</sup> „Es ist grotesk!“ Die Volksparteiler als Bundesgenossen der Nationalsozialisten. *Israelitisches Familienblatt*, 17. Juli 1930, 32. Jg., Nr. 29, S. 3.

<sup>240</sup> Deutsche Bürgerparteien und Judentum. *Israelitisches Familienblatt*, 21. August 1930, 32. Jg., Nr. 34, S. 1.

<sup>241</sup> Zerfall der Staatspartei. *Israelitisches Familienblatt*, 16. Oktober 1930, 32. Jg., Nr. 42, S. 1. Eine Woche später geriet ein Artikel zur großen Abrechnung mit Mahraun. Vgl. „Weg mit den Irrlehren!“ Herr Mahrauns „Sicherung gegen das Judentum“. *Israelitisches Familienblatt*, 23. Oktober 1930, 32. Jg., Nr. 43, S. 3.

<sup>242</sup> *Ibid.*

Gegner Konzessionen zu machen, die diesen nicht versöhnten und der Partei den Boden unter den Füßen wegzögen.<sup>243</sup>

Mit diesen Worten wurde offen Kritik an dem Verhalten demokratischer Politiker geäußert, wie es bis dahin nie der Fall gewesen war. Im Vorfeld der Reichstagswahl im Juli 1932 hatte die Staatspartei nicht unbedingt eine positive Berichterstattung im Israelitischen Familienblatt. Zwei Monate vor der Wahl hatte der Leiter der Reichsgeschäftsstelle der Staatspartei, Nuschke, Darstellungen der Zeitung „Montag Morgen“ entschieden dementiert, denen zu Folge Bestrebungen im Gange gewesen seien, die Partei in ihrer äußeren Erscheinung „judenrein“ zu halten. Weiterhin ging es um Äußerungen, die in parteioffizieller Besprechung gefallen seien, wonach die Juden Schuld an dem Wahlzusammenbruch der Staatspartei getragen hätten, da die Juden bei der letzten Wahl die Partei im Stich gelassen hätten. Nuschke trat dieser Behauptung energisch entgegen und verwies darauf, daß keine nichtsozialistische Partei den Mut habe, Juden an so hervorragender Stelle kandidieren zu lassen wie die Staatspartei.<sup>244</sup>

Das Israelitische Familienblatt begrüßte die Deutlichkeit der Erklärung Nuschkes, bemerkte aber kritisch, daß er sich nicht zu Koalitionsbestrebungen der Staatspartei mit den Nationalsozialisten in Württemberg geäußert habe. Dort waren Besprechungen eingeleitet worden, mit dem Ziel, eine neue Regierungskoalition zu bilden, die sich aus sämtlichen „bürgerlichen“ Parteien einschließlich der Staatspartei und den Nationalsozialisten zusammensetzen sollte und unter der Parole „evangelische Front“ insbesondere von den Deutschnationalen propagiert wurde. In einer Erklärung hatte die württembergische Staatspartei die dahingehenden Verhandlungen keineswegs abgestritten, jedoch war auch keine parteioffizielle Stellungnahme bis dato erfolgt. Warnend äußerte sich das Israelitische Familienblatt:

„Die Deutsche Staatspartei, die trotz aller ihrer Wandlungen im Laufe der letzten Jahre sozusagen die politische Heimat der deutschen Juden war, sollte mit aller Energie von diesen Bestrebungen abrücken, um weiterer Beunruhigung in ihrem ausgedehnten jüdischen Anhängerkreise vorzubeugen.“<sup>245</sup>

Eine Woche später setzte sich ein Artikel auf der Titelseite mit der „unübersehbaren Ratlosigkeit“ im jüdischen Lager auseinander. Das liberale Bürgertum sei fast verschwunden, und seine kümmerlichen Reste seien kaum mehr zu einer einheitlichen politischen Aktion fähig.<sup>246</sup>

In Anbetracht der für Ende Mai und Anfang Juni in Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Hessen angesetzten Landtagswahlen fand ein offener Brief Otto Nuschkes an Ludwig Holländer Beachtung. Die abgedruckte Passage enthielt gegenüber der drei Wochen zuvor veröffentlichten Erklärung Nuschkes

<sup>243</sup> *Ibid.*

<sup>244</sup> Kein Antisemitismus in der Deutschen Staatspartei. *Israelitisches Familienblatt*, 12. Mai 1932, 34. Jg., Nr. 19, S. 1.

<sup>245</sup> *Ibid.*, S. 2.

<sup>246</sup> Anschluß an die Zeit. *Israelitisches Familienblatt*, 19. Mai 1932, 34. Jg., Nr. 20, S. 1.

zu den Vorwürfen des Antisemitismus in der Deutschen Staatspartei inhaltlich nichts Neues. Dennoch meinte das Israelitische Familienblatt, der Brief kläre manches Mißverständnis auf und werde sicherlich für die jüdischen Wähler von Bedeutung sein.<sup>247</sup>

Anfang August 1930 hatte sich die Vereinigung Unabhängiger Demokraten (VUD) gegründet. Die Gründung war eine Reaktion auf die Fusion von DDP und Jungdeutschem Orden und erfaßte vor allem die Kreise innerhalb der ehemaligen Demokratischen Partei, die den Zusammenschluß mit dem Jungdeutschen Orden und der Volksnationalen Reichsvereinigung für falsch hielten. Als nach den Reichstagswahlen im November 1930, trotz des Fiaskos mit dem Jungdeutschen Orden, die DDP offiziell aufgelöst wurde, gründete man noch im gleichen Monat aus der VUD heraus die Radikal-Demokratische Partei (RDP). Ihr prominentestes jüdisches Mitglied war Georg Bernhard.

Gerade vor dem Hintergrund der Episode des Zusammengehens weiter Teile der ehemaligen DDP mit dem Jungdo hätte die Parteiniegung ein lebhaftes Echo und Interesse in jüdischen Kreisen hervorrufen müssen. Doch war das Israelitische Familienblatt die einzige Zeitung, die sich mit offener Sympathie der politischen Entwicklung der neuen Partei widmete. In der C.V.-Zeitung wurde dagegen die Existenz der Vereinigung Unabhängiger Demokraten einfach übergangen.

Im Herbst 1931 reichte die RDP zu den Landtagswahlen in Hessen eine eigene Kandidatenliste ein und beteiligte sich damit erstmals an Parlamentswahlen. In Hessen hatten sich der RDP von fünf der früheren DDP-Abgeordneten zwei angeschlossen. Zwei andere waren parteilos, und lediglich ein demokratischer Abgeordneter war Mitglied der Staatspartei geworden. Während des Landtagswahlkampfes in Hessen stellte das Israelitische Familienblatt den Wahlkampf der Radikaldemokraten besonders positiv heraus. Die Radikal-Demokratische Partei stellte als einzige Partei einen jüdischen Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf.<sup>248</sup>

„Für die jüdischen Belange besonders im Kampf gegen das Schächtverbot und im Kampf für eine gerechte Besoldung der jüdischen Religionslehrer in Hessen ist in erster Linie der frühere Fraktionsführer der Demokraten, der Abgeordnete Reiber, der jetzt an der Spitze der Radikaldemokraten steht, hervorgetreten. Vom allgemeinen jüdischen Standpunkt muß man von den hessischen Juden erwarten, daß sie nur solche Abgeordnete und Parteien wählen, die ihre restlose Zuverlässigkeit im Kampf gegen den Antisemitismus und den Nationalsozialismus bewiesen haben.“<sup>249</sup>

<sup>247</sup> Staatspartei und jüdische Wähler. *Israelitisches Familienblatt*, 2. Juni 1932, 34. Jg., Nr. 22, S. 2.

<sup>248</sup> Landtagswahlkampf in Hessen. *Israelitisches Familienblatt*, 27. August 1931, 33. Jg., Nr. 35, S. 1. Hessische Landtagswahlen und die Juden. *Israelitisches Familienblatt*, 29. Oktober 1931, 33. Jg., Nr. 44, S. 2.

<sup>249</sup> *Ibid.*

Das Wahlergebnis für die RDP in Hessen war jedoch enttäuschend. Trotz intensiver Wahlpropaganda und Unterstützung durch zahlreiche Spitzenpolitiker erhielten die Radikaldemokraten lediglich 4613 Stimmen und konnten kein Mandat erringen. Das hessische Ergebnis war für die Gesamtpartei so demotivierend, daß sie zu den Landtagswahlen in Preußen im April 1932 und zu den Reichstagswahlen 1932 keine Kandidatenliste mehr aufstellte. Lediglich in Hessen beteiligte sie sich wiederum an den Landtagswahlen im Juni 1932, konnte aber nur ein ähnliches Ergebnis wie 1931 erzielen (4921 Stimmen).<sup>250</sup>

Doch nicht nur die Staatspartei hatte im Zeitraum zwischen der Septemberwahl 1930 und der Reichstagswahl im Juli 1932 negative Schlagzeilen und die entsprechenden Dementis präsentiert; es war ihr zudem kurzzeitig durch die RDP eine politische Konkurrenz erwachsen. Auch das Verhalten des Zentrums gab Anlaß zu Spekulationen. Nach den Landtagswahlen in Preußen im April 1932 wurde gemutmaßt, „ob es nicht vielleicht volle Absicht Brünnings war, in seinen Wahlreden die Rechten zu schonen, so weit es nur irgend ging, und durchaus nicht etwa die Brücken zu Hitler und seinen Vasallen abubrechen, mit denen er schon in allernächster Zukunft, nachdem die Preußenwahlen vorbei sind, paktieren möchte oder gar müssen wird.“<sup>251</sup>

Zehn Tage später wurde gar dem Leser mitgeteilt, daß in Berlin mittlerweile Verlautbarungen des Zentrums verbreitet worden seien, unter welchen Bedingungen es zu einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit sei.<sup>252</sup> Zur Klärung der Gerüchte und der künftigen Politik des Zentrums bat die Berliner Redaktion des Israelitischen Familienblatts um ein Gespräch mit dessen Vorsitzenden Kaas. Kaas übergab beim Empfang den Redakteuren eine eigens für das Israelitische Familienblatt abgefaßte Presseerklärung, die als beruhigend empfunden wurde.<sup>253</sup>

Die Erklärung Kaas' änderte die Stimmung grundlegend zugunsten des Zentrums. Das Zentrum wurde nunmehr als „Hort der Verfassung“ gesehen.<sup>254</sup> Anfang Juli durfte der Zentrums Politiker Alfred Etschkeit auf der Titelseite erneut die Haltung seiner Partei zur Judenfrage darlegen und sich dabei auf die Stellungnahme von Kaas berufen.<sup>255</sup> Ganz deutlich äußerte sich das Israelitische Familienblatt zehn Tage vor der Wahl: „Das Zentrum kann mehr als die Staatspartei und die Sozialdemokratie als Beweis für seinen gefundenen politischen Instinkt für sich anführen, daß es schon zu Zeiten, als Nationalsozialismus nur und nichts weiter als Antisemitismus zu bedeuten schien, die wahren

<sup>250</sup> *Lexikon zur Parteiengeschichte, cit. op.*, Bd. 3, S. 611 f.

<sup>251</sup> 13 1/2 Millionen. *Israelitisches Familienblatt*, 14. April 1932, 34. Jg., Nr. 15, S. 1.

<sup>252</sup> Gefahr in Sicht? *Israelitisches Familienblatt*, 26. April 1932, 34. Jg., Nr. 17, S. 1.

<sup>253</sup> Eine beruhigende Zentrumserklärung. Zentrumsvorsitzender Dr. Kaas an das „Israelitische Familienblatt“: Das Zentrum wird der Politik des Hasses entgentreten! *Israelitisches Familienblatt*, 4. Mai 1932, 34. Jg., Nr. 18, S. 1.

<sup>254</sup> Der Kampf um die Macht. *Ibid.*

<sup>255</sup> Zentrum und Judenfrage. *Israelitisches Familienblatt*, 7. Juli 1932, 34. Jg., Nr. 27, S. 1.

politischen Ziele der Nationalsozialisten und die demagogischen Kunstgriffe, sie zu erreichen, erkannt und sich gegen sie zur Wehr gesetzt hat.“<sup>256</sup>

In den Reichstagswahlkämpfen des Jahres 1932 erschienen im Israelitischen Familienblatt, im Gegensatz zu den vorangegangenen Wahlen, keine Anzeigen einer Partei. In der letzten Ausgabe vor der Wahl im Juli beschäftigte sich der ehemalige Reichsminister und Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Gotheim, ausführlich mit den zur Wahl stehenden Parteien. Selbstachtung und Ehrgefühl würden auf jeden Fall die Wahl von KPD und NSDAP verbieten. Vorbehalte gab es auch gegen DVP, DNVP und die wirtschaftlichen Splitterparteien. Dabei ist eine Nuancierung gegenüber der DNVP zu beobachten. Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus war diese Partei nicht mehr die größte antisemitische Partei. Relativierend gegenüber früheren Aussagen im Israelitischen Familienblatt hieß es nun, daß von den Deutschnationalen „keine Abschaffung der verfassungsmäßigen Rechte der Juden zu befürchten“ sei.<sup>257</sup> Die Möglichkeit, den Deutschnationalen seine Stimme zu geben, wurde nicht a priori ausgeschlossen, sondern eine vorherige Überprüfung des jeweiligen Kandidaten wurde von Gotheim zum Kriterium der Wählbarkeit der DNVP erhoben.

Es erscheint so, als ob die Darlegungen Gotheims den Vorstellungen der Redaktion nicht entsprochen hätten. In einer Nachbemerkung zu seinem Aufsatz wurden zwar die Darlegungen Gotheims gewürdigt, jedoch formulierte die Redaktion ein eigenes Kriterium für die Wählbarkeit der einzelnen Parteien: „Nur die Parteien haben ein Recht darauf, durch Stimmen aus unserem Lager unterstützt zu werden, die bedingungslos für die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der deutschen Juden eintreten, die ohne politische Hintertürchen und parlamentarischen Kuhhandel dafür bürgen, daß nicht reaktionäre Bestrebungen die Emanzipation der deutschen Juden zunichte machen.“<sup>258</sup>

Die Sorge, daß bei der Wahl der Staatspartei abgegebene Stimmen verloren gehen könnten, hielt Gotheim, der selbst der Staatspartei angehörte, für unbegründet, da diese genügend sichere Wahlkreise besitze. Damit ging Gotheim auf die Diskussion um die Chancen der Staatspartei bei der Reichstagswahl und die Anzahl der maximal zu erringenden Mandate ein. Die bange Frage, ob es überhaupt noch sinnvoll sei, die Staatspartei zu wählen, wurde nicht nur in der C. V.-Zeitung diskutiert, sondern fand auch ihren Niederschlag im Israelitischen Familienblatt.

Die Stellungnahme des Israelitischen Familienblatts zur in diesem Zusammenhang gestellten Frage nach einer möglichen Listenverbindung der Staatspartei mit den Sozialdemokraten, nachdem eine angestrebte Listenverbindung zwischen Zentrum und Staatspartei nicht zustande gekommen war, ist inter-

<sup>256</sup> Das Bürgertum kämpft um sein Dasein! *Israelitisches Familienblatt*, 21. Juli 1932, 34. Jg., Nr. 29, S. 1.

<sup>257</sup> Wie soll der deutsche Jude wählen? *Israelitisches Familienblatt*, 28. Juli 1932, 34. Jg., Nr. 30, S. 1.

<sup>258</sup> *Ibid.*

essant, da nach deren Einschätzung dies keine Lösung gewesen wäre: „Der Beschluß des Zentrumsparteivorstandes, ein Wahlabkommen mit der Deutschen Staatspartei nicht einzugehen, wirft für viele der bisherigen Wähler der Deutschen Staatspartei, die seit jeher einen starken jüdischen Anhang hat, die bange Frage auf, ob nicht wie bei den preußischen Landtagswahlen Hunderttausende von Stimmen wieder verloren gehen können. Die vielfach empfohlene Lösung, daß die Staatspartei ihre Listen mit denen der SPD verbinden solle, ist in Wahrheit keine Lösung. Denn bei den Wählern der Staatspartei handelt es sich um bürgerliche Kreise, die jeden Ansatz zum Sozialismus zumeist entschieden ablehnen.“<sup>259</sup>

Sucht man im Israelitischen Familienblatt nach längeren Artikeln, in denen die SPD ihre Positionen im direkten Wahlkampf oder im Vorfeld hätte äußern können, wird man kaum fündig. Sicherlich, die Sozialdemokraten wurden nicht totgeschwiegen, ihre ablehnende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten wurde immer wieder herausgestrichen, aber es scheint, als resultiere die Haltung der Sozialdemokraten aus Motiven und Grundanschauungen, die dem Israelitischen Familienblatt ebenso fremd waren wie ihren Lesern. Berührungspunkte zu den Einstellungen, Wertorientierungen und Weltbildern der Sozialdemokratie waren in diesem Sinne kaum vorhanden.

Auch wenn keine soziologischen Erhebungen über die Leserschaft des Israelitischen Familienblatts vorhanden sind, die Berichterstattung war auf einen sozialen Hintergrund zugeschnitten, der sich durchweg im bürgerlichen Bereich bewegte. Die Form der Berichterstattung verlief innerhalb bestimmter politischer Grenzen, die nicht überschritten wurden, auch nicht in Zeiten einer verschärften politischen Krise. Ganz deutlich wird dies vor der Wahl im November 1932. Die politische Berichterstattung bezüglich der republikanischen Parteien konzentrierte sich seit der Juliwahl allein auf die Haltung des Zentrums.

„Wie man die Dinge also betrachtet, fällt dem Zentrum, aus dem jüdischen Gesichtswinkel gesehen, wohl die wichtigste Rolle zu, und dies um so mehr als die Staatspartei, die in jüdischen Kreisen seit jeher starke Sympathien genießt, so gut wie völlig zusammengebrochen ist. Das Zentrum ist für uns die Partei, die klar und eindeutig nicht nur in der Abwehr, sondern auch positiv die staatsbürgerlichen Rechte der Juden schützen will und wird, und die infolge ihrer Schlüsselstellung dazu auch in der Lage ist.“<sup>260</sup>

Das Israelitische Familienblatt setzte für die politische Zukunft der deutschen Juden nunmehr voll auf das Zentrum – und wurde enttäuscht. Neben der Diskussion um eine eventuelle Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum sorgte besonders eine Affäre um den Führer des Zentrums im preußischen Landtag, Lauscher, im Israelitischen Familienblatt für negative Schlagzeilen. Lauscher hatte in einer Sitzung des Unterrichtsausschusses des preußischen

---

<sup>259</sup> Der Reichstagswahlkampf setzt ein. *Israelitisches Familienblatt*, 7. Juli 1932, 34. Jg., Nr. 27, S. 1.

<sup>260</sup> Nach den Wahlen. *Israelitisches Familienblatt*, 4. August 1932, 34. Jg., Nr. 31, S. 1.

Landtags von „einem Ueberwuchern des jüdischen Einflusses im früheren Rundfunk, das nicht in jeder Beziehung der speziellen Begabung der jüdischen Rasse entspreche“, gesprochen. Besorgt fragte sich das Israelitische Familienblatt, wohin das Zentrum gehe oder ob das Zentrum gar antisemitisch geworden sei.<sup>261</sup>

In der letzten Ausgabe vor der Wahl im November sah man den jüdischen Wähler nunmehr zwischen den Parteien. „Schwieriger als je“ gestaltete sich die Frage, wohin sich der jüdische Wähler wenden könne. Zwar wurde wieder zu allen Parteien direkt oder indirekt Stellung genommen, doch spitzte die Redaktion ihren Leitartikel auf die Frage zu, ob der jüdische Wähler noch Zentrum wählen könne.<sup>262</sup> Ganz offen schrieb das Blatt, daß das Zentrum, das bei der letzten Wahl Zehntausende jüdischer Stimmen erhalten hätte, seine jüdischen Wähler außerordentlich enttäuscht habe. Die Entscheidung, ob es daher noch sinnvoll sei, wiederum das Zentrum zu wählen, wollte die Redaktion den Lesern nicht abnehmen. Zur Entscheidungs- und Diskussionshilfe druckte das Israelitische Familienblatt zwei kontroverse Beiträge zu diesem Thema ab. Dabei stammten die zentrumsgegnerschaftlichen Ausführungen von dem staatsparteilichen Politiker Hermann Zucker.<sup>263</sup>

### 3.4 Die Jüdische Rundschau

Die Jüdische Rundschau erhielt ihren Namen erst im Jahre 1902. Sie geht jedoch auf das Jahr 1895 zurück. In diesem Jahr wurde der „Berliner Vereinstbote“ gegründet, der ein Jahr später durch den Herausgeber J. Wolff übernommen und in „Israelitische Rundschau“ umbenannt wurde. Ab Januar 1899 veröffentlichte die Zeitung in Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee der ZVfD zionistische Artikel und Reportagen der Ortsgruppen. Die Namensänderung in „Jüdische Rundschau“ war keine rein äußerliche Angelegenheit, sondern Ausdruck zionistischen Bewußtseins, denn das Wort „Israelit“ wurde mittlerweile als Synonym für Assimilation begriffen.<sup>264</sup>

Die Jüdische Rundschau erschien zweimal pro Woche im Format einer

<sup>261</sup> Wohin geht das Zentrum? *Israelitisches Familienblatt*, 13. Oktober 1932, 34. Jg., Nr. 41, S. 2. Ist das Zentrum antisemitisch geworden? *Israelitisches Familienblatt*, 27. Oktober 1932; 34. Jg., Nr. 43, S. 2.

<sup>262</sup> Der jüdische Wähler zwischen den Parteien. *Israelitisches Familienblatt*, 3. November 1932, 34. Jg., Nr. 44, S. 1. In der Bewertung der einzelnen Parteien beschäftigte sich der Artikel auch mit der Frage, ob die Unterstützung für die Regierung Papen, als Alternative zu Hitler, eine sinnvolle Entscheidung sei. Nach einer Darlegung der Positionen von DNVP und DVP zur Judenfrage äußerte sich der Artikel eindeutig negativ dazu.

<sup>263</sup> *Ibid.*, S. 2.

<sup>264</sup> Yehuda Eloni, „Die Geburtswehen der „Jüdischen Rundschau“, in *Qesher*, Sonderheft Mai 1989, S. 31–36.

Tageszeitung und hatte in der Regel einen Umfang zwischen vier und acht Seiten. Sie nannte sich bewußt Zeitung der „Zionistischen Bewegung in Deutschland“ und nicht etwa Zeitung der „Zionistischen Organisation“, mit der Absicht, somit weitere Kreise zu erreichen.<sup>265</sup> Im Zeitungskopf jeder Ausgabe führte die Jüdische Rundschau den Satz aus dem Basler Programm: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich – rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“

Im Blickpunkt standen alle internationalen und nationalen Bestrebungen zur Gründung eines jüdischen Staates in Palästina. Die Berichterstattung über die tagespolitischen Ereignisse in Deutschland spielte Mitte der Zwanziger Jahre nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es waren letztlich nur kleine Notizen, die unter der Rubrik „Deutschland“, jedoch ohne spezielle Überschriften, erschienen. Jerusalem war näher als Berlin.

Die weitgehende Abstinenz der Jüdischen Rundschau in Fragen der deutschen Politik spiegelt sich auch in der Berichterstattung über die Reichstagswahlen des Jahres 1924 wider. Die Wahlen fanden nur eine sehr geringe publizistische Beachtung, obwohl die ZVfD eine Stellungnahme an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute weiterleitete und zur Teilnahme an den Reichstagswahlen im Mai des Jahres aufrief.<sup>266</sup> Die Maiwahlen schlugen sich nur in zwei nennenswerten Artikeln nieder.

In Berlin fand eine Wahlveranstaltung der Zionisten mit Georg Bernhard statt. Bernhard betonte, daß er nur für sich sprechen könne und keiner jüdischen Partei angehöre. Nach seiner Rede meldeten sich in der Diskussion Vertreter der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Republikanischen Partei zu Wort. Grundsätzliche Kritik äußerte Arnold Zweig, der diese Art von Veranstaltung als unzionistisch ablehnte.<sup>267</sup> Außerdem veröffentlichte die Redaktion kurz vor den Wahlen einen „Wahlmerkzettel“. In fünf Punkten wurden darin Aspekte zur anstehenden Reichstagswahl formuliert und Folgerungen gezogen:<sup>268</sup>

1. Rücksichten auf die Parteien rechts des Zentrums hätten die Erbitterung demokratischer Menschen geweckt. Der Zuwachs nach rechts kenne jedoch keine Grenzen.
2. Der Antisemitismus sei in der Justiz mittlerweile sehr verbreitet, und „deutschdemokratische“ Zeitungen würden dies als selbstverständlich finden.
3. Das Bemühen jüdischer Bürger gegenüber „nationalen“ Kreisen, die eigene nationale Zuverlässigkeit zu beweisen bzw. gegen die Diffamierung derselben zu protestieren, sei völlig zwecklos. Diese Kreise solle man nach rechts abziehen lassen.

<sup>265</sup> Walter Gross, „Die letzten Jahre der „Jüdischen Rundschau“, in *Qesher*, Sonderheft Mai 1989, S. 37.

<sup>266</sup> Vgl. Reinharz, *Dokumente*, op. cit., S. 323 ff.

<sup>267</sup> Die deutschen Juden und die Reichstagswahlen. *Jüdische Rundschau*, 4. April 1924, 29. Jg., Nr. 27, S. 196.

<sup>268</sup> Wahlmerkzettel. *Jüdische Rundschau*, 29. April 1924, 29. Jg., Nr. 34, S. 246.

4. Man solle nicht aus Opportunismus wählen. Gemeint war damit das Zentrum, das nicht nur viele Wirths enthalte, sondern auch Landpfarrer und Kapläne, die oft „in leichtfertiger Unwissenheit“ über Juden und das Jüdische urteilten, sowie die Demokraten, die sich nicht getraut hätten, Hugo Preuß und Georg Bernhard oder andere prominente Juden der Partei auf die Liste zu setzen.

Eine ziemlich eindeutige Wahlempfehlung wurde im 5. Punkt formuliert: „Dem Juden als Sohn einer stets benachteiligten Gemeinschaft gegenüber, seitdem Antisemitismus deutsches Schiboleth ward, hat von alten Parteien nur die Sozialdemokratie sich von den großen ideellen Forderungen des gleichen Rechtes und der befreienden Humanität leiten lassen. . . . Der Jude gehört nur in Parteien, die wirklich, nicht nur aus Opportunität, demokratisch, geistig und freiheitlich denken und handeln. So notieren wir uns für den 4. Mai die Parole: ‚Vergiß nicht, daß du ein Jude bist.‘“<sup>269</sup>

Damit wurde die Stellung der einzelnen Parteien zum Antisemitismus zum Wahlkriterium erhoben, jedoch wurden nicht die parteioffiziellen Erklärungen herangezogen, sondern es wurde der in Praxis offene oder latent vorhandene Antisemitismus beurteilt. Mindestens im gleichen Maße, wie der Artikel zur Beurteilung der anstehenden Reichstagswahlen intendiert war, hatte er die Kritik an den liberalen und rechten Kreisen des Judentums zum Ziel und ist somit in die permanente Kontroverse innerhalb des deutschen Judentums einzuordnen. Die Bewertung des Antisemitismus aus zionistischer Sicht implizierte eine eindeutige Kritik an der Haltung und den Positionen liberaler und assimilationswilliger Juden.

Polarisierend und polemisierend erging der Vorwurf des Opportunismus an die jüdischen Wähler des Zentrums und der Demokraten. Spitz war vom Juden, der „optimistisch bis zur Idiotie“ sei, die Rede, und ironisch schrieb man über „tausende von braven jüdischen Bürgern“, die die Anmaßung einer „Kaste von Doppelrechtlern“ angenommen hätten.<sup>270</sup>

Noch spärlicher war die Berichterstattung zu den Reichstagswahlen im Dezember 1924. Bis auf einen kleinen Bericht über eine Wahlkampfveranstaltung des RjF war in der Jüdischen Rundschau darüber nichts zu lesen.

Auch die Reichstagswahlen 1928 fanden nicht sehr viel mehr Beachtung als die vorhergehenden. In einer allgemeinen Stellungnahme wurde betont, daß Parlamentswahlen zwar eine Entscheidung in staatlichen Angelegenheiten seien, der jüdische Wähler könne jedoch nicht vom Standpunkt der deutschen Staatsbürgerschaft aus seine Entscheidung treffen, sondern müsse sich am Wahltag von jüdischen Interessen leiten lassen. Diese Formulierung war in erster Linie gegen den Verband der nationaldeutschen Juden gerichtet, der keine Schwierigkeiten sah, auch deutschnational zu wählen. Als konkrete jüdische Forderung an die

<sup>269</sup> *Ibid.* Schiboleth = Merkmal, Erkennungszeichen.

<sup>270</sup> *Ibid.*

Politik sah die Jüdische Rundschau die Aufstockung des Etats des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, da die Subventionierung prozentual weit hinter dem zurück blieb, was die großen christlichen Konfessionen erhielten.<sup>271</sup>

Wiederum wurden die Reichstagswahlen in der Jüdischen Rundschau zu einem Schlagabtausch in der innerjüdischen Auseinandersetzung genutzt. Scharf angegriffen wurde die Wahlarbeit des Centralvereins, insbesondere der Wahlkampfond. Die nichtjüdische bzw. antisemitische Öffentlichkeit werde entweder die C.V.-Propaganda nicht zur Kenntnis nehmen oder nur durch sie in ihren antisemitischen Vorurteilen bestätigt werden.

„Es ist bedauerlich, irreführend, und bietet der antisemitischen Agitation völlig überflüssigen Nährstoff, wenn der Central-Verein sich gebärdet, als ob er die ‚Partei der Juden‘ mit einem eigenen Wahlfonds vertrete. Die letzten Nummern der C.-V.-Zeitung machen in einer geradezu geschmacklosen Art für diesen Wahlfonds Propaganda. Neben den Büchsen der deutschnationalen und völkischen Parteien, die als wahlwerbend selbst auftreten, erscheint da die Büchse des C.-V. . . . Der C.-V. arrogiert sich die Rolle einer wahlwerbenden (offenbar jüdischen!) Partei, obwohl er doch in der Theorie eine solche jüdische Absonderung ablehnt!“<sup>272</sup>

Gab es im Mai 1924 noch eine offene Stellungnahme zugunsten der Sozialdemokraten, so enthalten die Ausgaben der Jüdischen Rundschau vor der Wahl 1928 keinerlei Auseinandersetzungen mit Inhalten und Kandidaten der Parteien.

### 3.4.1 Der Wandel in der Wahrnehmung innenpolitischer Themen

Ihre weitgehend abstinente Haltung gegenüber innenpolitischen Vorgängen gab die Jüdische Rundschau ab 1928/29 auf. Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten setzte sich eine verschärfte Form des Antisemitismus durch. Zur Abwehr der Exzesse forderten die Zionisten, die jüdische Abwehrarbeit von einer zentralen Stelle aus zu organisieren. Zu diesem Zweck sollten sich Reichsverband, Landesverbände und einzelne Gemeinden zusammenschließen und die Öffentlichkeit aufrütteln.<sup>273</sup>

Die Forderung nach einer derartig organisierten Abwehrarbeit bedingte eine intensivere Beschäftigungen mit den Vorgängen in Deutschland. Erstmals nahm die Jüdische Rundschau zu den Kommunalwahlen in Berlin im November 1929 Stellung. Mit Rücksicht auf das Anwachsen der radikal antisemitischen Parteien

<sup>271</sup> Zu den deutschen Parlamentswahlen. *Jüdische Rundschau*, 4. Mai 1928, 33. Jg., Nr. 35, S. 249 f.

<sup>272</sup> Wahlen und jüdische Politik. *Jüdische Rundschau*, 16. Mai 1928, 33. Jg., Nr. 38/39, S. 273.

<sup>273</sup> Exzesse gegen Juden in Deutschland. *Jüdische Rundschau*, 29. September 1928, 33. Jg., Nr. 76/77, S. 541.

sollte eine noch bewußtere Position vom jüdischen Standpunkt aus eingenommen werden, und ins Berliner Stadtparlament sollten nur solche Vertreter gewählt werden, „die geeignet und bereit sind, spezifisch jüdischen Angelegenheiten Verständnis entgegenzubringen und sie kräftig zu fördern.“<sup>274</sup>

Angesichts der Ernennung des Nationalsozialisten Frick zum Innenminister in Thüringen reichte es nicht mehr aus, die Nationalsozialisten als Inflationsprodukt zu betrachten. Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Nationalsozialismus und den Gründen für dessen Aufstieg, formulierte die ZVfD, müsse neu geführt werden.<sup>275</sup>

Zwei Jahre nach der scharfen Kritik an der Form des Wahlkampfes des Centralvereins kam es Ende August, knapp drei Wochen vor den Reichstagswahlen 1930, zur Gründung des Reichstagswahlausschusses unter Beteiligung der Zionisten. Neben der ZVfD und dem Centralverein gehörten dem Ausschuß noch die Großloge des B'nai Brith, der RjF und die Berliner Jüdische Gemeinde an. Als gemeinsame Richtlinie wurde festgelegt: „Der Zweck des Ausschusses besteht in der Erfüllung von Aufgaben, die zum Wohle der deutschen Juden von allen Organisationen erfüllt werden können. Insbesondere soll der Ausschuß finanzielle Mittel neben den Sammlungen der Organisationen beschaffen.“<sup>276</sup>

In welcher Form der Reichstagswahlausschuß tätig wurde, läßt sich weder der C.V.-Zeitung noch der Jüdischen Rundschau genau entnehmen. Nach Beendigung der Arbeit des Reichstagswahlausschusses, die Zusammenarbeit war nur bis zum Tag der Wahl vereinbart worden, ergingen sich der C.V. und die ZVfD in scharfen gegenseitigen Anschuldigungen über die Bereitstellung der finanziellen Mittel. Der Centralverein warf den Zionisten vor, durch den Reichstagswahlausschuß die Abwehrarbeit für sich instrumentalisieren zu wollen, und sah den Versuch, den C.V. aus seiner Führerstellung zu verdrängen. Die Zionisten ihrerseits beschuldigten den Centralverein, ihm sei der Kampf gegen einen erheblichen Teil des deutschen Judentums wichtiger als die Einheitsfront der deutschen Juden.<sup>277</sup>

Bereits vor der Gründung des Reichstagswahlausschusses, seit Bekanntwerden der Reichstagsauflösung Ende Juli, begann die Jüdische Rundschau über den einsetzenden Wahlkampf zu berichten. In gegenüber früheren Jahren geradezu

<sup>274</sup> Kommunalwahlen in Berlin. *Jüdische Rundschau*, 12. November 1929, 34. Jg., Nr. 91, S. 607.

<sup>275</sup> Zwangsläufige Entwicklung. Zur Lage der Juden in Deutschland. *Jüdische Rundschau*, 14. Januar 1930, 35. Jg., Nr. 7, S. 45. Zur zionistischen Haltung gegenüber dem Antisemitismus vgl. auch das Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der ZVfD vom 19. 2. 1930 in: Reinharz, *Dokumente*, op. cit., S. 470–472.

<sup>276</sup> Der Reichstagswahlausschuß. *Jüdische Rundschau*, 22. August 1930, 35. Jg., Nr. 66, S. 431.

<sup>277</sup> Von der deutschen Juden Zwietracht. *C.V.-Zeitung*, 9. Januar 1931, 10. Jg., Nr. 12, S. 14f. Der C.V. auf dem Kriegspfade. *Jüdische Rundschau*, 23. Januar 1931, 36. Jg., Nr. 6, S. 39.

ausgedehnter Form berichtete die Redaktion über die anstehenden Wahlen. In fast jeder Ausgabe der Monate August und September ist ein Beitrag zu finden.

Zur Gründung der Deutschen Staatspartei äußerte sich das Blatt zunächst eher bedächtig und zurückhaltend. Noch gut sechs Wochen zuvor hatte man Mahraun als „Säulenheiligen“ und seine Haltung zum Arierparagraphen als kränkend für Juden bezeichnet. Dies sei aber keineswegs verwunderlich, sondern vielmehr eine Tatsache, mit der Juden immer rechnen müßten.<sup>278</sup> Anfang August verlautete das Blatt, daß man bis zur Präsentierung der Kandidatenliste in der Öffentlichkeit noch nichts über die Staatspartei sagen könne. Bedenklich sei allerdings, daß unter den Unterschriften bei der Gründung kaum jüdische Namen zu finden seien.<sup>279</sup> Deutlicher wurde das Blatt einige Tage später in der Beschreibung, nicht ohne ein Bild zu verwenden, das zugleich einen Seitenhieb auf den assimilationswilligen jüdischen Bevölkerungsteil bedeutete:

„Die Neubildung hat mittlerweile in der gesamten Presse ausführliche Betrachtung erregt. Bei den Beteiligten, der Demokratischen Partei und dem Jungdo, scheint über den erfolgten Zusammenschluß keine reine Befriedigung zu herrschen. Um das Bild der ‚Mischehe‘, das wir gebraucht haben und das merkwürdigerweise in vielen anderen Organen zur Beleuchtung der Situation herangezogen wurde, noch einmal zu verwenden, kann man sagen, daß sich die Ehepartner in einem Zustand des Katzenjammers befinden. Die Deutsch-Demokratische Partei hoffte durch dieses Konnubium in vornehme Gesellschaft zu kommen und der Jungdo versprach sich ein vorteilhaftes Kommerzium. Die Ehepartner scheinen sich aber gründlich getäuscht zu haben. Fraglich ist, ob im politischen Leben Scheidungen so leicht fallen, wie im privaten Leben. Auch wenn diese leicht möglich wäre, könnte es nicht ohne empfindliche Einbuße an gutem Rufe bei den engeren Familienangehörigen der Ehepartner erfolgen.“<sup>280</sup>

Die Deutsche Demokratische Partei war nicht unbedingt die Partei der Zionisten, denn sie war der Partner ihres alten innerjüdischen Gegners, der jüdischen Liberalen. Wohlweislich differenzierten die Zionisten zwischen liberaler Parteipolitik und liberalem Judentum. Stellungnahmen prominenter liberaler Politiker, wie beispielsweise Dernburg oder Bernhard, für die zionistische Sache wurden durchaus positiv gewürdigt.<sup>281</sup>

Von zionistischer Seite wurde der DDP eingeräumt, daß sie die einzige bürgerliche Partei im deutsch-politischen Leben gewesen sei, „der ein Jude ohne schwere jüdische Gewissenskrupel zur Not angehören konnte.“<sup>282</sup> Politisch sah man in ihr eine Partei, deren Weg die letzten Jahre nur bergab geführt

<sup>278</sup> Säulenheiliger Mahraun. *Jüdische Rundschau*, 13. Juni 1930, 35. Jg. Nr. 46, S. 318.

<sup>279</sup> Die „Staatspartei“. *Jüdische Rundschau*, 1. August 1930, 35. Jg., Nr. 60, S. 397.

<sup>280</sup> Die politische Mischehe. *Jüdische Rundschau*, 5. August 1930, 35. Jg., Nr. 61, S. 404.

<sup>281</sup> Vgl. Dr. Dernburg über Zionismus und Antisemitismus. *Jüdische Rundschau*, 23. Januar 1925, 30. Jg., Nr. 7, S. 7. Deutschland im Völkerbund. *Jüdische Rundschau*, 14. September 1926, 31. Jg., Nr. 72, S. 516.

<sup>282</sup> Die „Staatspartei“. *Jüdische Rundschau*, 1. August 1930, 35. Jg., Nr. 60, S. 397.

habe. Ob dieser Kurs durch einen Zusammenschluß mit dem Jungdeutschen Orden aufzuhalten sei, wurde ernsthaft bezweifelt. Zum Tode von Ludwig Haas schrieb die *Jüdische Rundschau*: „Sein Tod in dieser Zeit hat symbolische Bedeutung. Er fällt zusammen mit dem Tod der Partei, an die er glaubte und in deren Leitung er saß und die nun einen Pakt geschlossen, ihres abschüssigen Weges weiterzugehen, Hand in Hand mit der Gruppe, die den Arierparagraphen in ihrer Ordensbibel hat.“<sup>283</sup>

Als Mahraun nach der Gründung der Staatspartei seine Stellung zur Judenfrage im „Jungdeutschen“ darlegte, erklärte die *Jüdische Rundschau*, daß sie weit davon entfernt sei, die innere Berechtigung des Arierparagraphen anzuerkennen. Einige Passagen des Aufsatzes Mahrauns wurden für so abstrus gehalten, daß man es vorzog, sie unkommentiert zu lassen.<sup>284</sup>

Nachdem eine vorläufige Kandidatenliste der Staatspartei präsentiert worden war, gab man sich enttäuscht. Die Kandidatenliste enthielt keine Juden. Mit Oscar Meyer und Gustav Stolper standen darauf lediglich zwei Politiker jüdischer Abstammung. Die Kandidatur Bruno Weils war zu diesem Zeitpunkt noch keine beschlossene Sache. Als besonderer Affront wurden die Überlegungen zum Wahlkreis Potsdam I gewertet. Dort war zunächst geplant, den bisherigen Spitzenkandidaten, Georg Bernhard, durch den volksnationalen Vertreter und christlichen Gewerkschafter Arthur Adolph abzulösen. Adolph war noch kurz davor deutschnationaler Politiker gewesen.<sup>285</sup>

Eine Woche später wurde ein weiterer jüdischer Kandidat in Berlin präsentiert: Bruno Weil. Weil besaß in den Augen der Zionisten jedoch nicht die Integrität und das Ansehen eines Ludwig Haas oder Georg Bernhard.

„Dr. Weil ist eine im innerjüdischen Parteileben stark prononzierte Persönlichkeit, gegen die wir häufig entschieden Stellung nehmen mußten. Angesichts seiner Kandidatur wäre es nicht nur für uns Zionisten, sondern gewiß auch für weitere jüdische Kreise von größtem Interesse zu erfahren, ob Dr. Weil im Falle seiner Wahl seine bisherige Kampfstellung gegenüber ihm unsympathischen jüdischen Richtungen vor der Außenwelt ändert und sich in seinen Ausfällen gegen Zionisten, Ostjuden, Palästina-Aufbau und jüdische Gemeindepolitik mäßigen wird.“<sup>286</sup>

In der weiteren Wahlkampfberichterstattung schnitt die Staatspartei nicht sonderlich gut ab. Zwar wurde anerkannt, daß die Staatspartei den Antisemitismus ablehne, jedoch geschehe dies nur theoretisch, praktisch gehe man dem unerquicklichen Thema „Judenfrage und Judenhaß“ aus dem Weg. Auch die jungdeutschen Angriffe gegen Gustav Stolper, der abgelehnt wurde, weil er

<sup>283</sup> Ludwig Haas. *Jüdische Rundschau*, 8. August 1930, 35. Jg., Nr. 62, S. 410.

<sup>284</sup> Mahrauns Stellung zur Judenfrage. *Jüdische Rundschau*, 8. August 1930, 35. Jg., Nr. 62, S. 410.

<sup>285</sup> Zur Kandidatenliste der Staatspartei. *Jüdische Rundschau*, 15. August 1930, 35. Jg., Nr. 65, S. 427. Adolph wurde schließlich im Wahlkreis Potsdam I auf der Liste an zweite Stelle gesetzt. Vgl. Die Wahlbewegung. *Jüdische Rundschau*, 26. August 1930, 35. Jg., Nr. 67, S. 441.

<sup>286</sup> Die Berliner Wahlkreise. *Jüdische Rundschau*, 22. August 1930, 35. Jg., Nr. 66, S. 432.

angeblich „landfremd“ war, warfen ein bezeichnendes Licht auf die Anhänger Mahrauns.<sup>287</sup>

Daß die Deutsche Volkspartei keinesfalls akzeptabel war, lag auf der Hand. Ihr wurde vorgeworfen, sich der Rücksichtnahme gegenüber den Nationalsozialisten zu befleißigen. Erwähnt wurde ebenfalls das ausweichende Verhalten des volksparteilichen Vorsitzenden auf die Anfrage des Berliner Tageblatts nach einer möglichen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Die Jüdische Rundschau war sich sicher, daß die Deutsche Volkspartei ein Bundesgenosse Hitlers werden würde, wenn die zahlenmäßige Konstellation der Abgeordnetensitze im Reichstag die Möglichkeit bieten würde.<sup>288</sup>

Angesichts der Einschätzung, daß die bürgerlichen Parteien, auch die republikanischen, von antisemitischen Elementen durchsetzt seien, war zweieinhalb Wochen vor der Wahl in der Jüdischen Rundschau von Wahlenthaltung die Rede: „In jüdischen Wählerkreisen hört man darum vielfach die Ansicht, daß ein anständiger Jude, der nicht sozialistisch wählen will, eigentlich Wahlenthaltung üben müsse.“<sup>289</sup>

Denn auch das Zentrum war ins Gerede gekommen. In einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“, einem offiziellen Organ des Zentrums, war einige Wochen zuvor der Kölner Oberbürgermeister Adenauer kritisiert worden, weil er sich bei der Besetzung einer Professorenstelle an der Universität Köln für einen jüdischen Kandidaten eingesetzt hatte. Angesichts der Überbesetzung der Kölner Universität mit Dozenten jüdischen Glaubens, so die Kölnische Volkszeitung, sei diese Entscheidung befremdend und unverständlich. Nach Protesten veröffentlichte die Kölnische Volkszeitung einen Widerruf auf diesen Artikel, in welchem die Entgleisung zugegeben und versichert wurde, daß sich derartige Verstöße nicht wiederholen würden. Die Jüdische Rundschau gab den Verantwortlichen in den Zeitungsredaktionen den Rat, auf ihre „exzedierenden journalistischen Helfer“ ernüchternd einzuwirken.<sup>290</sup>

„Das gilt in besonderem Maße für das deutsche Zentrum, welches als Vertretung einer religiösen Minderheit sehr oft, im Reich und in Preußen, eine für die jüdischen Interessen durchaus akzeptable Haltung beobachtet und deswegen bei Juden vielfach Sympathien erworben hat. Reichsinnenminister Dr.

<sup>287</sup> Die Wahlbewegung. *Jüdische Rundschau*, 26. August 1930, 35. Jg., Nr. 67, S. 441. Als Stolper in Hamburg kandidierte, forderte der Jungdo seine Mitglieder auf, mit Wahlschein in Schleswig-Holstein zu wählen. Gegen Stolper polemisierte die Hugenbergpresse mit Hinweis auf seine „ostjüdische Herkunft“. Stephan, *op. cit.*, S. 459.

<sup>288</sup> Volkspartei und Nationalsozialisten. *Jüdische Rundschau*, 12. August 1930, 35. Jg., Nr. 63, S. 417. Die Wahlbewegung. *Jüdische Rundschau*, 26. August 1930, 35. Jg., Nr. 67, S. 441.

<sup>289</sup> Marktgängige Propagandamittel. *Jüdische Rundschau*, 29. August 1930, 35. Jg., Nr. 68, S. 447.

<sup>290</sup> *Ibid.* Der angesprochene Artikel erschien nicht nur in der „Kölnischen Volkszeitung“, sondern auch im „Kölner-Lokal-Anzeiger“. Einige Passagen dieses Artikels wurden im Israelitischen Familienblatt abgedruckt. Das Israelitische Familienblatt sprach in diesem Zusammenhang von einem „Vorbehaltsantisemitismus“. Vgl. Antisemitische Neigung im Kölner Zentrum. *Israelitisches Familienblatt*, 24. Juli 1930, 32. Jg., Nr. 30, S. 5.

Wirth genießt wegen seiner oft bewiesenen Haltung in jüdischen Dingen bei den deutschen Juden sehr viel Kredit. Er ist nicht der einzig maßgebende Führer des Zentrums, aber einflußreich genug, um seine Parteiliebe von Äußerungen einer antijüdischen Stimmung zurückzuhalten, welche nur geeignet sind, das sonst gute Einvernehmen zwischen Zentrum und Juden in Deutschland aufs stärkste zu gefährden.“<sup>291</sup>

In der darauffolgenden Ausgabe äußerte sich die Jüdische Rundschau anerkennend über die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrumspartei, das inzwischen zu den antisemitischen Entgleisungen der dem Zentrum zugezählten Zeitungen Stellung bezogen hatte. Positiv wurde zugleich die Erklärung des Zentrums zur Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Deutschland aufgenommen.<sup>292</sup>

Seit dem 1. September war nunmehr auch die Kandidatur des Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Kareski, auf der Zentrumsliste bekannt. Nach Angaben der Jüdischen Rundschau war ursprünglich geplant, einen im Berliner Wirtschaftsleben bekannten Juden liberaler Richtung als demonstrativen jüdischen Kandidaten auf der Zentrumsliste zu nominieren. Die Berliner Zentrumspartei aber zog es vor, den für die jüdische Gemeinschaft in höherem Grade repräsentativen Georg Kareski als Kandidaten aufzustellen. Kareski war Führer der „Jüdischen Volkspartei“ (JVP) in Berlin. Die meisten Mitglieder der Führungsspitze der Jüdischen Volkspartei waren zugleich Mitglieder der ZVfD. Doch anders als die palästinaorientierte Arbeit der ZVfD wurde die JVP in den jüdischen Gemeinden Deutschlands aktiv und versuchte, Inhalte und Strukturen zu gestalten. Dementsprechend kam es immer wieder zu Reibereien zwischen der Zionistischen Vereinigung und der Jüdischen Volkspartei.<sup>293</sup>

Der Jüdischen Volkspartei gelang es 1927 in Berlin durch Koalition mit kleineren Gruppen, den Gemeindevorsitzenden zu stellen. Bei der Berliner jüdischen Gemeindevwahl im Mai 1926 wurden 50 207 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Liberalen 23 252, die Volkspartei 16 370 Stimmen. Bis auf die Periode von 1927 bis 1930 stellten die Liberalen die Mehrheit in der Repräsentantenversammlung. Da die Liberalen nach der Wahl 1926 Wahlprotest bei den Aufsichtsbehörden einlegten, konnten die gewählten Mandatsträger erst eineinhalb Jahre später ihre Ämter übernehmen.<sup>294</sup>

Die Entscheidung Kareskis, auf der Zentrumsliste zu kandidieren, war weitgehend ein Alleingang und löste eine entsprechende Diskussion aus. In der Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde wurde eine Interpellation eingebracht, die die politische Haltung Kareskis als für den Vorsitzenden der Gemeinde unzulässig erklärte und sowohl von liberaler als auch

<sup>291</sup> Marktgängige Propagandamittel. *Jüdische Rundschau*, 29. August 1930, 35. Jg., Nr. 68, S. 447.

<sup>292</sup> Die Reichstagswahlen. *Jüdische Rundschau*, 2. September 1930, 35. Jg., Nr. 69, S. 456.

<sup>293</sup> Michael Brenner, 'The Jüdische Volkspartei. National-Jewish Communal Politics during the Weimar Republic', in *Year Book XXXV of the Leo Baeck Institute*, London 1990, S. 226 ff.

<sup>294</sup> Pfennig-Engel, *op. cit.*, S. 149.

von zionistischer Seite geteilt wurde. Von Seiten der Jüdischen Volkspartei erhielt Kareski keine Unterstützung.<sup>295</sup> Ausdrücklich wurde in der Jüdischen Rundschau mehrfach betont, daß es sich bei der Kandidatur Kareskis um einen auf eigener Initiative beruhenden Schritt handle: „Es hat keine vorherige Fühlungnahme mit den zionistischen Parteiinstanzen stattgefunden. Das Problem liegt nicht, wie ausdrücklich betont sei, in dem von uns als freundlich bewerteten Verhalten des Zentrums in jüdischen Angelegenheiten.“<sup>296</sup>

Nach der Vereinbarung mit der Zentrumsparlei gründete Kareski die „Gruppe jüdischer Zentrumschwähler“. Sie versuchte der ganzen Initiative durch Veranstaltungen größere Resonanz zu geben. Das Zentrum sicherte Kareski für die nächste Landtagswahl das zweite Berliner Mandat zu, wenn es erobert werden sollte. Dies wurde auch später erreicht. Kareski hatte sich aber auf eigenen Wunsch nicht aufstellen lassen, da er, angesichts der angespannten politischen Lage, das Zentrum mit den Folgen einer aussichtsreichen jüdischen Kandidatur nicht belasten wollte.<sup>297</sup>

Nach Bekunden Kareskis erklärten ihm Wahlstatistiker des Zentrums später, seine Kandidatur habe allein in Berlin dem Zentrum 50–60 000 Stimmen zugeführt.<sup>298</sup> Auch ohne die genaue Anzahl jüdischer Zentrumsstimmen zu kennen, kann man aus Plausibilitätsgründen folgern, daß die genannten Angaben eindeutig zu hoch sind. Nach den Volkszählungsergebnissen 1925 lebten in Berlin 172 672 Juden. Die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen davon 128 834. Knapp 81 Prozent der jüdischen Bevölkerung waren über zwanzig Jahre, also im wahlfähigen Alter. Demnach waren rund 105 000 Juden in Berlin

---

<sup>295</sup> „Erinnerungen“ Kareskis, die er für seinen Gebrauch, vermutlich im Jahre 1938, niedergeschrieben hat. Die Notizen Kareskis zu den Hintergründen seiner Kandidatur verdanke ich Gabriel E. Alexander in Jerusalem, dem ich an dieser Stelle recht herzlich für seine Hilfe danken möchte.

Hintergrundinformationen zur Kandidatur Kareskis, die über die Veröffentlichung in den Zeitungen hinausgehen, sind bisher in der Literatur nicht zu finden. Angesichts des wichtigen Postens, den Kareski inne hatte, erscheint sein Name in jüdischen Nachschlagewerken in eher knappen Zusammenhängen. Seine Biographie nach 1933 hat ihn anscheinend für einige Werke zur „persona non grata“ werden lassen. So findet Kareski keine Erwähnung in Lowenthals biographischem Verzeichnis. Eine knappe Erwähnung findet sich bei Walk, *op. cit.*, S. 138. Kareski überwarf sich mit der ZVfD und wurde im August 1933 formal ausgeschlossen. Er gründete daraufhin die Staatszionistische Organisation. In den folgenden Jahren versuchte er, Einfluß auf den Reichsverband jüdischer Kulturbünde und die Reichsvertretung der deutschen Juden zu nehmen. Der *Angriff* druckte im Dezember 1935 ein Interview mit Kareski ab, dessen Vorwort eine Zustimmung Kareskis zu den Nürnberger Rassegesetzen enthielt. 1937 wanderte er nach Palästina aus. „For the sake of his political convictions, and to advance his personal power, Kareski attempted to use Nazism to enforce his will on his own people. In short, he was a ‚collaborator‘, as the term eventually came to be understood in wartime Europe.“ Herbert S. Levine, ‚A Jewish Collaborator in Nazi Germany. The Strange Career of Georg Kareski, 1933–37‘, in *Central European History*, 3 (1975), S. 280.

<sup>296</sup> Die Reichstagswahlen. *Jüdische Rundschau*, 2. September 1930, 35. Jg., Nr. 69, S. 456. Zur Reichstagswahl. *Jüdische Rundschau*, 12. September 1930, 35. Jg., Nr. 72, S. 471.

<sup>297</sup> „Erinnerungen“ Kareskis.

<sup>298</sup> *Ibid.*

wahlberechtigt. Die Aussage Kareskis würde bedeuten, daß die Hälfte aller wahlberechtigten Juden für das Zentrum gestimmt hätte, eine Zahl, die unrealistisch ist. Schätzungen der Historischen Wahlforschung gehen davon aus, daß das Zentrum im Schnitt von rund 40 Prozent der wahlberechtigten Katholiken gewählt wurde.<sup>299</sup> Eine höhere Ausschöpfungsquote des Zentrums bei der jüdischen Bevölkerung als bei der katholischen ist schwer vorstellbar.

Gegenüber der Jüdischen Telegraphen Agentur (J. T. A.) erklärte Kareski im September vor der Wahl, daß das Zentrum seit Windhorst allzeit ein Anwalt der unterdrückten Minderheiten gewesen sei. In den ersten Tagen nach der erfolgten Gründung der Deutschen Staatspartei habe es im jüdisch-demokratischen Lager das Gefühl politischer Heimatlosigkeit gegeben.<sup>300</sup>

„Was bleibt uns übrig, als jetzt sozialdemokratisch zu wählen, obwohl wir Gegner des Sozialismus und der sozialdemokratischen Politik sind“, konnte man immer wieder hören. . . . Ich wende mich an die vielen Juden im Lande, die weder Sozialisten, noch Ueber-Optimisten in diesem Sinne sind, und rufe ihnen zu: Vergesst das Zentrum nicht! Ihr seid Republikaner, demokratisch, schwarz-rot-gold! Schön, alle diese Dinge sind beim Zentrum gut aufgehoben, vielleicht sogar noch besser, als bei den Herren Mahraun und Abel.“<sup>301</sup>

Die Ausführungen Kareskis gegenüber der J. T. A. sind nur sehr knapp in der Jüdischen Rundschau wiedergegeben. Die Jüdische Rundschau postulierte in der Schlußphase des Wahlkampfes strikte Neutralität und verwies auf die eingegangene Post: einen Wahlaufruf eines jüdischen Komitees zugunsten der SPD, eine Veröffentlichung des jüdischen Staatsparteikandidaten, Bruno Weil, sowie Zuschriften der DVP und der Wirtschaftspartei.<sup>302</sup> Direkt vor der Wahl wies man auf einen Aufruf hin, der von einer Reihe bekannter zionistischer und liberaler (!) Persönlichkeiten unterschrieben worden war und zur Wahl der SPD aufforderte. Zugleich äußerte man sich noch einmal zur Staatspartei und zum Zentrum. Beide wurden zu den „nicht-antizionistischen Parteien“ gezählt, deren Unterstützung möglich sei.<sup>303</sup>

<sup>299</sup> Jürgen W. Falter / Reinhard Zintl, ‚Weltwirtschaftskrise und NSDAP-Wahlerfolge. Ein Erklärungsversuch mit Hilfe eines rationalistischen Ansatzes und ökologischer Regressionsanalyse‘, in Jürgen W. Falter / Hans Rattinger / Klaus Troizsch (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklung der Forschung*, Frankfurt 1989, S. 152.

<sup>300</sup> J. T. A. 9. September 1930, No. 207.

<sup>301</sup> *Ibid.*

<sup>302</sup> Reichstagswahlen. *Jüdische Rundschau*, 9. September 1930, 35. Jg., Nr. 71, S. 467.

<sup>303</sup> Zur Reichstagswahl. *Jüdische Rundschau*, 12. September 1930, 35. Jg., Nr. 72, S. 471

### 3.4.2 Die Reichstagswahlen 1932

In erheblich reduzierterem Umfang als noch 1930 berichtete die Jüdische Rundschau über die Reichstagswahlen 1932. Die Bedeutung der Wahlen wurde herausgestrichen, doch hielt man es für einen Fehler, wenn sich Juden mit irgendeiner politischen Partei identifizierten. Diese Ansicht habe die Jüdische Rundschau schon immer vertreten. Außer den Haltungen der einzelnen Parteien in der Frage des Antisemitismus wurden deren Positionen zum Zionismus zum wahlentscheidenden Kriterium gemacht: „Kein Zionist kann einer Partei seine Stimme geben, die in ihrer praktischen Politik das Streben des Zionismus nach nationaler Befreiung mit allen Mitteln bekämpft.“<sup>304</sup> Diese Parole engte den Kreis der potentiell wählbaren Parteien in keinerlei Hinsicht ein. Sowohl SPD als auch Zentrum und Staatspartei besaßen politische Vertreter im Pro-Palästina-Komitee (PPK) und schieden damit nach dem Wahlkriterium nicht aus.<sup>305</sup>

Mit den Kommunisten hatte sich die Jüdische Rundschau seit 1931 vermehrt auseinandergesetzt. In Teilen der jüdischen Jugend hatte der Kommunismus zunehmend an Einfluß gewonnen. Mitglieder zionistischer Jugendorganisationen waren zu kommunistischen Organisationen übergegangen. Die kommunistische Agitation unter der zionistischen Jugend wurde als ernstzunehmender Faktor betrachtet. Die zionistische Bewegung besaß einen starken Arbeiterflügel, der für Palästina ein sozialistisches Modell propagierte, der Kommunismus stellte jedoch das Wesen des Judentums grundlegend in Frage.<sup>306</sup> „Der Elan mit dem die kommunistische Welle die Juden vom Judentum befreien will, gleicht fast auf ein Haar dem bourgeoisen gleichgerichteten Elan des Liberalismus unserer Großeltern.“<sup>307</sup>

Ähnliches erklärte der Vorsitzende der ZVfD, Kurt Blumenfeld, der meinte, im kommunistischen Lager fänden jüdische Intellektuelle vielfach jene Betätigungsmöglichkeit, die dreißig oder fünfzig Jahre früher der Liberalismus geboten habe. Es sei wiederum eine fiktive Identifikation, diesmal mit der Klasse und nicht wie früher mit der Nation.<sup>308</sup>

<sup>304</sup> Zur Wahl vom 31. Juli. *Jüdische Rundschau*, 29. Juli 1932, 37. Jg., Nr. 60, S. 285.

<sup>305</sup> Das Pro-Palästina-Komitee wurde am 3. Mai 1918 gegründet. Das Komitee hatte die Förderung des Zionismus in sein Programm aufgenommen, war aber keine zionistische und überhaupt keine jüdische Vereinigung. Reinharz, *Dokumente, op. cit.*, S. 233 f.; Adenauer (Zentrum), Löbe (SPD) und Petersen (DDP/Staatspartei) waren Mitglieder des PPK. Reichstagspräsident Löbe und der Zionismus. *Jüdische Rundschau*, 21. Januar 1927, 32. Jg., Nr. 6, S. 38.

<sup>306</sup> Zur Auseinandersetzung mit Kommunisten. *Jüdische Rundschau*, 26. Januar 1932, 37. Jg., Nr. 7, S. 33.

<sup>307</sup> Die Mystik des Warenhandels. Zum Thema „Kommunismus und Zionismus“. *Jüdische Rundschau*, 3. Februar 1932, 37. Jg., Nr. 9, S. 42.

<sup>308</sup> Kurt Blumenfeld zur Lage. *Jüdische Rundschau*, 24. Mai 1932, 37. Jg., Nr. 41, S. 193. Von kommunistischen Juden wurde den Zionisten vorgeworfen, ihre Bewegung diene den „re-

Von den drei angesprochenen Parteien der Weimarer Koalition fiel die Berichterstattung für das Zentrum vor der Reichstagswahl im Juli 1932 am umfangreichsten und günstigsten aus. Zur Preußen-Wahl im April des Jahres erklärte die Jüdische Rundschau, daß in jüdisch-nationalen Kreisen, soweit sie nicht sozialistisch gesinnt seien, eine starke Neigung bestehe, sich dem Zentrum als der Partei der Mitte, der politischen Vernunft und der Repräsentantin einer konfessionellen Minderheit anzuschließen.<sup>309</sup>

Aus der bereits genannten Stellungnahme des Führers der Zentrumspartei, Prälat Kaas, gegenüber dem Israelitischen Familienblatt wurden die wichtigsten Passagen abgedruckt. Kommentierend fügte man hinzu, daß das Zentrum weit eher in der Lage sei, „in seiner Stellung zu den Juden affektfrei zu bleiben als andere auf dem Boden der Verfassung stehende Parteien, die befürchten, als ‚Juden-Schutztruppen‘ bezeichnet zu werden und angesichts der bis in die weitesten Kreise reichenden antijüdischen Stimmung an Anhang zu verlieren.“<sup>310</sup>

Beachtung fand eine Brüning-Biographie, bei deren Besprechung insbesondere die Haltung Brünings zur Judenfrage im Vordergrund stand. Brüning hatte sich nie direkt zu den jüdischen Verhältnissen geäußert, und so enthielt die Biographie dazu lediglich eine fragmentarische Bemerkung aus dem Jahre 1923. Dies wurde als Beweis dafür gewertet, wie unvollkommen das Verständnis für die weitreichenden Zusammenhänge der Judenfrage auch bei Persönlichkeiten sei, die in dieser Frage ohne vorgefaßtes Urteil herangingen. Unabhängig davon wurde Brüning als Mann mit persönlichen und sittlichen Qualitäten gewürdigt. Er sei die Bürgschaft dafür, daß die Rechte aller Staatsbürger geachtet und die Grundsätze der Humanität nicht geschändet würden.<sup>311</sup>

Am Vorabend der Reichstagswahlen im Juli 1932 fand in Berlin eine Versammlung der jüdischen Zentrumswähler statt. Die meisten Persönlichkeiten, die den „Aufruf jüdischer Zentrumswähler“ unterschrieben hatten, gehörten der „Jüdischen Volkspartei“ an. Die Jüdische Rundschau nahm die Veranstalter gegen die Kritik eines jüdisch-liberalen Blattes in Schutz.<sup>312</sup> Gemeint war damit die Jüdisch-liberale Zeitung, die ein vom „Ausschuß jüdischer Zentrumswähler“ herausgegebenes Flugblatt kritisiert und dies eine Komprimittierung der jüdischen Gemeinschaft genannt hatte.<sup>313</sup>

---

aktionären Mächten der Bourgeoisie“, jeder Spatenstich in Palästina sei ein Stich gegen die Erhebung des Proletariats. Kommunismus und Zionismus. *Jüdische Rundschau*, 27. Oktober 1931, 36. Jg., Nr. 83, S. 497.

<sup>309</sup> Die Wahlen vom 24. April. Zur Situation der Juden. *Jüdische Rundschau*, 26. April 1932, 37. Jg., Nr. 33/34, S. 159.

<sup>310</sup> Die Haltung des Zentrums. *Jüdische Rundschau*, 10. Mai 1932, 37. Jg., Nr. 37, S. 177.

<sup>311</sup> Zu einer Brüning-Biographie. *Jüdische Rundschau*, 26. Februar 1932, 37. Jg., Nr. 16, S. 77.

<sup>312</sup> Deutsche Zentrumspartei und Judentum. *Jüdische Rundschau*, 5. August 1932, 37. Jg., Nr. 62, S. 298.

<sup>313</sup> Die Kernfrage. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 19. Juli 1932, 12. Jg., Nr. 9, S. 2.

Die Nachricht über Verhandlungen der vier staatsparteilichen Landtagsabgeordneten in Württemberg mit den Nationalsozialisten über eine Beteiligung an einer nationalsozialistischen Regierung wurde als Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung gesehen. Die Staatspartei, so die Jüdische Rundschau, sei nunmehr bereit, ihre Grundsätze aufzugeben, um sich bei einem weiteren Scheindasein zu erhalten. Über diese Entwicklung könnten sich lediglich jüdisch-liberale Kreise wundern, die blind gegenüber dem Prozeß des Verfalls der bürgerlichen Demokratie seien.<sup>314</sup> Kurt Blumenfeld sah das „Zeitalter des ausgehenden Liberalismus“ gekommen. Der Abkehr von den Denk- und Lebensformen des Liberalismus ständen die in liberaler Vorstellung erzogenen Juden hilflos gegenüber. Diese Äußerungen brachten ihm eine heftige Replik durch den Direktor des Centralvereins, Holländer, in der C. V.-Zeitung ein.<sup>315</sup>

Der Aufruf zur Wahl am 6. November 1932 enthielt in einigen Passagen den gleichen Wortlaut wie derjenige zum 31. Juli. Wiederum wurde zur Wahlbeteiligung aufgerufen. „Keine Stimme antisemitischen Parteien“ und Beachtung des zionistischen Standpunktes galten als grundlegende Kriterien für die Wahlentscheidung. Der Aufruf nahm gleichfalls Bezug auf eine Stellungnahme der Sozialdemokraten zur Judenfrage, die, nach Einschätzung der Jüdischen Rundschau, im politischen Leben Deutschlands aufgrund antisemitischer Demagogie mittlerweile zu besonderer Bedeutung gelangt seien. Die Sozialdemokraten hatten erklärt, weder philo- noch antisemitisch zu sein. Sie seien die Partei der Unterdrückten, gleich welcher Rasse oder welchem Bekenntnis sie angehörten.<sup>316</sup>

Wohlwollend vermerkte die Jüdische Rundschau, daß die SPD sich auch durch den antisemitischen Terror nicht in ihrer Kandidatenliste habe beeinflussen lassen. Auf der Reichsliste habe die SPD an aussichtsreicher Stelle Juden aufgestellt, auch wenn diese nicht mehr der jüdischen Gemeinschaft angehörten; allein die Tatsache der Nominierung sei angesichts der gegebenen Umstände erwähnenswert.<sup>317</sup> Neben der SPD wurde die Neugründung des Ex-Reichsbannerführers Hörsing, die Sozialrepublikanische Partei, erwähnt. Diese wende sich in ihrem Programm ebenfalls entschieden gegen den Antisemi-

<sup>314</sup> Staatspartei und Judenfrage. *Jüdische Rundschau*, 10. Mai 1932, 37. Jg., Nr. 37, S. 177.

<sup>315</sup> Kurt Blumenfeld zur Lage. *Jüdische Rundschau*, 24. Mai 1932, 37. Jg., Nr. 41, S. 193. Dr. Ludwig Holländer über „Deutsche Juden in der Krise.“ *C. V.-Zeitung*, 9. Juni 1932, 11. Jg., Nr. 24, S. 247. Bereits nach der Reichstagswahl 1930 hatte Blumenfeld geäußert, die Juden seien politisch heimatlos geworden. Vgl. Führer des deutschen Judentums über den Ausgang der Reichstagswahlen. *Israelitisches Familienblatt*, 25. September 1930, 32. Jg., Nr. 39, S. 2.

<sup>316</sup> Zur Wahl am 6. November. *Jüdische Rundschau*, 4. November 1932, 37. Jg., Nr. 88, S. 425.

<sup>317</sup> *Ibid.* Bereits zu Beginn des Jahres 1932 wurde in der Jüdischen Rundschau geäußert, daß die Auseinandersetzung mit jüdischen Sozialdemokraten „assimilatorischer Observanz“ in letzten Jahren immer leichter geworden sei. Vgl. Zur Auseinandersetzung mit Kommunisten. *Jüdische Rundschau*, 26. Januar 1932, 37. Jg., Nr. 7, S. 33.

tismus. Anfechtbar sei jedoch das von ihr intendierte Arbeitsverbot für alle Ausländer.<sup>318</sup>

Mit keinem Wort wurde in dem Aufruf zum Zentrum Bezug genommen. Die umstrittenen Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hatten das Vertrauen in die Partei zerstört. In Anspielung auf das Zentrum schrieb die *Jüdische Rundschau* im Oktober 1932: „Auch solche Parteien, die grundsätzlich die jüdische Gleichberechtigung anerkennen, sehen sich unter dem Drucke der übermächtigen antijüdischen Stimmung im Lande gezwungen, sich von den Juden zu distanzieren.“<sup>319</sup>

In der Woche vor der Novemberwahl wurde eine Mitteilung der sozialdemokratischen „Welt am Montag“ kolportiert, wonach der der Zentrums-partei angehörende Minister Stegerwald geäußert haben sollte, die Juden hätten bei der Juliwahl Zentrum gewählt, weil sie geglaubt hätten, ein gutes Geschäft machen zu können.<sup>320</sup>

### 3.6 Die liberale Tagespresse

Die historisch eigentümliche, enge Bindung zwischen Judentum und Liberalismus schlug sich auch in der liberalen Presse nieder. Das Pressewesen übte eine große Anziehungskraft auf zahlreiche begabte Juden aus. Hier bot sich die Möglichkeit, sich im politischen Leben der Macht der Argumente zu bedienen und die Grundsätze der Vernunft und Humanität zu verbreiten. Die mit jüdischen Namen eng verknüpfte Verlagsgeschichte und der große Anteil jüdischer Redakteure unter den hier ausgewerteten drei Zeitungen, Berliner Tageblatt (BT), Vossische Zeitung (VZ) und Frankfurter Zeitung (FZ), waren Angriffspunkte der Nationalsozialisten, die versuchten, die Blätter zu diffamieren. Sie wurden von antisemitischer Seite als „Judenpresse“ diskreditiert, und nicht zuletzt ihr Eintreten für die Republik brachte dieser den Namen „Judenrepublik“ ein.

Die Begründer der Frankfurter Zeitung und des Berliner Tageblatts, Leopold Sonnemann und Rudolf Mosse, waren Juden. Die traditionsreiche Vossische Zeitung, im Volksmund die „Voss“ genannt, war 1914 in den alleinigen Besitz des Berliner Großverlages Leopold Ullstein & Co. übergegangen. Leopold

<sup>318</sup> Zur Wahl am 6. November. *Jüdische Rundschau*, 4. November 1932, 37. Jg., Nr. 88, S. 425. Zu Hörsing vgl. Erich Matthias, ‚Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands‘, in Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 123, Anm. 16.

<sup>319</sup> Die Reichstagswahlen. *Jüdische Rundschau*, 21. Oktober 1932, 37. Jg., Nr. 84, S. 407.

<sup>320</sup> Die *Welt am Montag* schrieb dazu: „Uns will scheinen, daß nicht die Juden das Geschäft gemacht haben, sondern das Zentrum, genau so wie es nachher ein Geschäft mit den Nazis zu machen versuchte und deshalb den sehr gern gesehenen jüdischen Wahlkunden verlor.“ Die Reichstagswahlen. *Jüdische Rundschau*, 4. November 1932, 37. Jg., Nr. 88, S. 425.

Ullstein kam wie Sonnemann aus einem fränkisch-jüdischen Elternhaus. Nach Angaben aus der Literatur hatte die Frankfurter Zeitung etwa zu einem Drittel jüdische Redakteure. Bei Ullstein soll etwa die Hälfte Juden gewesen sein.<sup>1</sup>

Von den drei untersuchten Zeitungen besaß das Berliner Tageblatt die größte Auflage. Konkrete Angaben differieren. Bis Mitte der Zwanziger Jahre war es im deutschen Zeitungswesen unüblich, die Höhe der Auflage öffentlich mitzuteilen. Erstmals tat dies der Ullstein-Verlag im Jahr 1926.<sup>2</sup>

In der Tradition des Neunzehnten Jahrhunderts waren Zeitungen weltanschaulich geprägt und eng an Parteien und Parteirichtungen gebunden. Aus dieser Tradition stammen die hier untersuchten Zeitungen.<sup>3</sup> Jedoch verstanden sie sich nicht als Presseorgane der Demokraten. Eine Mischung aus Unterstützung für die Partei und zähem Festhalten und Einfordern fortschrittlich-demokratischer Prinzipien verband Zeitungen und Partei und sorgte andererseits für permanente Reibungen. Trotz der gemeinsamen geistigen Basis und Tradition führten kontroverse Beurteilungen des Tagesgeschehens des öfteren zu Spannungen zwischen Parteipolitikern und Redaktionen.<sup>4</sup>

Zwischen liberaler Presse und Demokraten gab es eine Reihe personeller Verbindungen.<sup>5</sup> Als am 20. November 1918 in Berlin die Deutsche Demokrati-

<sup>1</sup> Becker, *Presse, op. cit.*, S. 93. Eine Aufzählung der prominentesten jüdischen Redakteure und Mitarbeiter *ibid.*, S. 122ff. Die Angaben über den jüdischen Anteil unter den Redakteuren sind zitiert nach Michael Bosch, *Liberale Presse in der Krise. Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 im Spiegel des ‚Berliner Tageblatt‘, der ‚Frankfurter Zeitung‘ und der ‚Vossischen Zeitung‘*, Frankfurt 1976, S. 9, Anm. 2.

<sup>2</sup> Peter de Mendelsohn, *Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse*, Berlin – Frankfurt – Wien 1982, S. 365. Die Auflage der Vossischen Zeitung schwankte den Ullstein-Berichten zu Folge in den Jahren 1926 bis 1932 zwischen 55 730 (Oktober 1932) und 81 000 (Januar 1931). Modris Eksteins, *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy*, Oxford University Press 1975, S. 314. Heenemann macht folgende Angaben: Berliner Tageblatt 1923 250 000; Vossische Zeitung 1928 3. Quartal 71 370, Sonntags 83 880. H. Heenemann, *Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklungen und ihre Probleme*, Berlin, Phil. Diss. Leipzig 1930, S. 76f. Bosch schreibt gestützt auf Sperlings Zeitschriften- und Zeitungenadressbuch 1933, daß die Druckauflage der Vossischen Zeitung in den Jahren 1930–1932 ähnlich wie der Frankfurter Zeitung 60 000 bis 80 000 betrug, während das Berliner Tageblatt täglich rd. 200 000 Abnehmer fand. Bosch, *op. cit.*, S. 20, Anm. 3.

<sup>3</sup> Die Geschichte der Vossischen Zeitung reicht bis 1704 zurück. Das Berliner Tageblatt wurde 1872, die Frankfurter Zeitung 1856 gegründet. Bosch, *op. cit.*, S. 3ff. Zur Zeitungsgeschichte der Berliner Blätter vgl. insbesondere de Mendelsohn, *op. cit.*

<sup>4</sup> Vgl. Eksteins, *The Limits of Reason, op. cit.*, S. 94ff. Werner Becker, „Demokratie des sozialen Rechts.“ *Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918–1924*, Göttingen – Zürich – Frankfurt a. M. 1971, S. 248ff. Ein Bild über die Auseinandersetzungen zwischen liberaler Presse und liberalen Parteipolitikern liefert das Tagebuch des Ressortleiters für Innenpolitik beim Berliner Tageblatt, Ernst Feder, *op. cit.*

<sup>5</sup> Zu den demokratischen Führungspersönlichkeiten unter den Redakteuren vgl. Becker, *Die Rolle der liberalen Presse, op. cit.*, S. 116; Bernd Söseemann, „Periode des Übergangs oder „Ende des Systems“? Liberale Publizistik im Weimar der Präsidialkabinette“, in Thomas Koebner (Hrsg.), *Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930–1933*, Frankfurt a. M. 1982, S. 151f.

sche Partei gegründet wurde, hatte Theodor Wolff, der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, durch die Konzipierung und Veröffentlichung des Gründungsaufrufs bereits die entscheidende Vorarbeit geleistet.<sup>6</sup>

Zu den genannten Zeitungen existieren eine ganze Reihe von teilweise sehr umfangreichen Darstellungen; daher sei an dieser Stelle auf den Literaturteil verwiesen. Trotz der immer wieder herausgestellten Bindung zwischen liberaler Presse und der Deutschen Demokratischen Partei fehlt es bisher an einer Darstellung, die die Unterstützung der Partei durch die Presse konkretisiert.

Becker vermerkt, daß die Empfehlung der Frankfurter Zeitung zugunsten der Staatspartei 1930 nur mit Vorbehalten abgegeben worden sei.<sup>7</sup> Bosch schreibt: „Das BT sprach sich offen für die Wahl der Deutschen Staatspartei bei der Septemberwahl 1930 und bei der Märzwahl 1933 aus. Die FZ trat für die linken Liberalen auch eindeutig vor der Wahl am 6. November 1932 ein, die VZ darüber hinaus noch am 31. Juli desselben Jahres.“ Einige Seiten später schreibt er weiter: „Die FZ warb im Juli und November auch für das Zentrum, das BT schon seit Herbst 1930 zusätzlich für die SPD.“<sup>8</sup>

Eksteins notiert für das Jahr 1932: „But propaganda for the State Party had become very scarce in the pages of the Ullstein, Mosse and Sonnemann papers. Only the occasional article appeared at the election time explaining the ideas of the party, and although a complete break with it was never effected, readers were now simply urged to vote for one of the republican parties of the former Weimar coalition, that is either the SPD, Centre, or State Party.“<sup>9</sup>

In der nachfolgenden Abhandlung wird vor allem auf zwei Aspekte eingegangen, die in der einschlägigen Literatur bestenfalls am Rande Beachtung finden:

a) Es wird gezeigt, wie stark und in welcher Form sich Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung und Frankfurter Zeitung in den Reichstagswahlkämpfen der Jahre 1924 bis 1932 für die Deutsche Demokratische Partei bzw. Deutsche Staatspartei engagierten.

b) Der hohe jüdische Anteil in den Redaktionen sowie der vermutet hohe Leseranteil unter der jüdischen Bevölkerung wirft die Frage nach dem Stellen-

<sup>6</sup> Am 16. November 1918 war der Aufruf zur Gründung mit knapp 60 Unterzeichnern veröffentlicht worden, darunter zahlreiche Vertreter von Zeitungen und Zeitschriften. Am selben Tag druckte die Frankfurter Zeitung in ihrem zweiten Morgenblatt den Aufruf nach. Becker, *Die Rolle der liberalen Presse*, op. cit., S. 70 u. 73. Zur Person Theodor Wolffs vgl. Wilhelm Orth, ‚Ein aufrechter Republikaner – Theodor Wolff und die Deutsche Demokratische Partei‘, in *liberal*, 3 (1991); Gotthart Schwarz, *Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt“*. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933, Tübingen 1968; Bernd Sösemann, ‚Liberaler Journalismus in der politischen Kultur der Weimarer Republik. Der Beitrag des jüdischen Publizisten und Politikers Theodor Wolff‘, in Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland*, Stuttgart – Bonn 1989.

<sup>7</sup> Becker, *Demokratie des sozialen Rechts*, op. cit., S. 80, Anm. 13.

<sup>8</sup> Bosch, op. cit., S. 93 u. 97.

<sup>9</sup> Eksteins, *The Limits of Reason*, op. cit., S. 258.

wert und der Häufigkeit „jüdischer Themen“ auf. Insbesondere gilt das Interesse der Bewertung des Antisemitismus.

Die Abonnentenverzeichnisse der Zeitungen wurden im Krieg zerstört. Eine genauere Klärung über das Sozialprofil der Leserschaft ist daher nicht möglich. Für eine besondere Verbreitung der ausgewerteten Zeitungen unter der jüdischen Bevölkerung sprechen Plausibilitätsgründe und punktuelle Hinweise in der Literatur.<sup>10</sup> Die Zeitungsanalyse dient der Formulierung weiterer Hypothesen für die Auswertung der Datensätze. Sie belegt oder beweist nicht das Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Zur Beantwortung der Frage nach der Erscheinungshäufigkeit des Judentum betreffender Artikel wird im Anschluß an die Ergebnisse der qualitativen Analyse eine kleine quantitative Auswertung angefügt. Die Resultate sind in Kapitel 3.6.5 zu finden und belegen die geringe Bedeutung jüdischer Themen einschließlich des Antisemitismus in den drei großstädtisch liberalen Blättern.

Für die Auswertung wurden aus den drei Zeitungen Stichproben entnommen, jeweils im 8-Tage-Rhythmus.<sup>11</sup> Für diese Vorgehensweise sprechen mehrere Überlegungen. Der gewählte Abstand zwischen den einzelnen Tagesausgaben gewährleistet, daß jeder Tag gleich oft berücksichtigt wird, somit eventuell nur an bestimmten Wochentagen erscheinende Sonderbeilagen erfaßt werden. Stimmungen, Tendenzen und Veränderungen im politischen Klima können damit langfristig registriert und festgehalten werden. Letztlich zählen auch arbeitsökonomische Gründe, die eine methodische Vorgehensweise ratsam erscheinen lassen, die der Fragestellung angemessen ist.

Zur Beantwortung der Frage hinsichtlich der Wahlkampfunterstützung der drei Zeitungen für die Demokraten und konkreter Wahlempfehlungen wurde der Auswertungsrhythmus erweitert. Für die „heiße Phase“ des Wahlkampfes, die letzte Woche vor der Stimmabgabe, wurde eine tägliche Auswertung vorgenommen. Angesichts der einschneidenden Bedeutung der Gründung der Deutschen Staatspartei für die liberale Parteiengeschichte wurden zudem die Ausgaben nach Bekanntgabe der Gründung gesichtet, um die Resonanz und erste Beurteilung der Neugründung zu erfassen. Autobiographische Aufzeichnungen und Tagebücher von Zeitgenossen wurden nur am Rande benutzt, da es vor

---

<sup>10</sup> Rahel Straus spricht in ihren Erinnerungen von der Frankfurter Zeitung als der „Bibel der deutschen Juden“, die in ihrem Karlsruher Elternhaus „natürlich“ gelesen wurde. Straus war aktiv in der Frauenbewegung und Präsidiumsmitglied des Jüdischen Frauenbundes. Zitiert nach Becker, *Demokratie des sozialen Rechts*, op. cit., S. 74. Die Juden stellten für das Berliner Tageblatt, nach Ansicht Beckers, die größte und wichtigste Lesergruppe. *Ibid.*, S. 84 u. 123.

<sup>11</sup> Stichprobentheoretisch handelt es sich nicht um eine klassisch definierte Stichprobe, da mit der Festlegung des Wochentags der ersten Ausgabe des Jahres die Entscheidung über die nachfolgenden Ausgaben bereits präjudiziert wurde. Die Vorgehensweise entspricht eher dem Modell der geschichteten Zufallsstichprobe. Für die Beantwortung der Fragestellung nach der Häufigkeit jüdischer Themen in den drei Zeitungen ist durch die Auswahl des Verfahrens keine Verzerrung erfolgt. Eine schiefe Verteilung, d. h., daß an bestimmten Wochentagen eher über jüdische Themen berichtet wurde als an anderen, ist nicht zu erwarten.

allem um Zeitkritik und Meinungen geht, die die breite Öffentlichkeit erreichten.

### 3.6.1 Das Wahlkampfjahr 1924

Das politische Leben des Jahres 1924 wurde durch zwei Wahlkämpfe geprägt. Im Mai 1924 beendete der Reichstag seine durch die Verfassung festgelegte Legislaturperiode turnusgemäß, und Wahlen fanden statt. Aus diesen Wahlen gingen die Regierungsparteien und die SPD mit Verlusten heraus, während DNVP, Völkische und KPD Stimmengewinne verbuchen konnten. Die Regierung unter Führung des Zentrums politiklers Marx konnte in der Folgezeit nicht auf eine parlamentarische Mehrheit bauen.

Im Dezember 1924 kam es nach vorzeitiger Reichstagsauflösung zu erneuten Wahlen. Nach Annahme des Dawes-Planes hatte die Deutsche Volkspartei vergeblich versucht, eine Rechtskoalition durchzusetzen. Verlierer dieser Wahlen waren die radikalen Parteien (Völkische, KPD), während DDP, DVP und Zentrum stabilisiert aus den Wahlen hervorgingen und die SPD einen Zugesinn von 5,5 Prozentpunkten verbuchen konnte.

Im Berliner Tageblatt fiel die Unterstützung für die DDP im Wahlkampfjahr 1924 sehr offen und eindeutig aus. Am 4. Mai 1924, dem Tag der Abstimmung, forderte das Berliner Tageblatt auf seiner Titelseite seine Leser auf: „Wählt überall die demokratische Liste!“<sup>12</sup> An gleicher Stelle durften mit Reichsverkehrsminister Oeser und dem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Haas, zwei exponierte Politiker der Demokraten, noch einmal für die demokratische Sache Position beziehen.<sup>13</sup> Bereits im Laufe der Woche hatte das Blatt eine Auflistung der demokratischen Spitzenkandidaten in den 35 Reichswahlkreisen präsentiert und seinen Lesern mitgeteilt, an welcher Stelle auf dem Wahlzettel die demokratische Liste stehe und folglich anzukreuzen sei.<sup>14</sup>

Obwohl das Berliner Tageblatt keineswegs eine Parteizeitung der Demokraten war – und dies auch nie sein wollte – verlieh ihm die Berichterstattung in der Zeit des Wahlkampfes derartige Züge. Mit Beiträgen, die sich jeweils an eine spezifische Wählergruppe der Demokraten wandten, wurde für die Unterstützung der Partei geworben. Die Frauen wurden daran erinnert, daß es die Rechtsparteien gewesen seien, die sich gegen das Frauenwahlrecht gesperrt hätten, den Beamten gegenüber trat die Partei für ein „starkes, freiheitliches, gesundes, angemessen besoldetes Berufsbeamtentum“ ein. Handel, Gewerbe

<sup>12</sup> *Berliner Tageblatt*, 4. Mai 1924, Nr. 212, S. 1.

<sup>13</sup> Wahltag. Von Reichsverkehrsminister Oeser. Gedanken zum Wahltag. Von Dr. Ludwig Haas. *Ibid.*

<sup>14</sup> Die demokratischen Spitzenkandidaten. *Berliner Tageblatt*, 2. Mai 1924, Nr. 208, S. 1. An welcher Stelle steht die demokratische Liste. *Berliner Tageblatt*, 3. Mai 1924, Nr. 210.

und Industrie sollten zur Gesundung und Rentabilität der Wirtschaft höhere Aufwertungssätze erhalten.<sup>15</sup>

Ausdrücklich wurde davor gewarnt, seine Stimme Splitterparteien zu geben, insbesondere der Wirtschaftspartei und der Republikanischen Partei. Diese Stimmen würden letztendlich verloren gehen, da diese Parteien keine Chance hätten, ein Reichstagsmandat zu erringen.<sup>16</sup> Als einzige Partei plazierte die DDP Wahlanzeigen im Berliner Tageblatt. In ihnen präsentierten sich die Demokraten als Partei des Mittelstandes. Explizit wandten sie sich in einer Anzeige an Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibende und Gastwirte.<sup>17</sup> Der Wahlkampf wurde in erster Linie gegen die Parteien rechts von der DDP geführt. Abgrenzend gegenüber den Sozialdemokraten reichte der Hinweis, daß diese, ebenso wie die Kommunisten, den Mittelstand ruinieren wollten.<sup>18</sup>

Optimistisch gestimmt durch demokratische Wahlerfolge bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, den Gemeindewahlen in Mecklenburg-Strelitz und Landtagswahlen in Anhalt, sah das Berliner Tageblatt vor den Reichstagswahlen im Dezember die „demokratische Welle“ kommen und erklärte den „Ruck nach rechts“ bereits als Witz.<sup>19</sup> Der außerordentliche Parteitag der Demokraten in Berlin wurde besonders gewürdigt und die daran anschließende Veranstaltung zum Auftakt des Wahlkampfes im Sportpalast als „die weitaus großartigste politische Versammlung“ gefeiert, „die seit Jahren oder Jahrzehnten in Berlin stattgefunden hat“.<sup>20</sup>

Der Reichstagswahlkampf im Dezember 1924 ist derjenige in der Reihe der hier untersuchten Wahlkämpfe, in dem die DDP die größte Unterstützung von Seiten des Berliner Tageblatts erhielt. In der letzten Woche vor der Abstimmung prangte auf jeder Titelseite eine Wahlanzeige der DDP, auf der unübersehbar eine große Sieben dem Leser klarmachen sollte, an welcher Stelle auf dem Stimmzettel er sein Kreuz anzubringen habe. Wiederum wurden Beiträge veröffentlicht, die zielgerecht im Hinblick auf einzelne Wählergruppen geschrieben wurden.<sup>21</sup> Das Berliner Tageblatt druckte eine Liste mit den Namen von 115 Professoren ab, die zur Stimmabgabe für die DDP aufforderten, und in der heißen Phase des Wahlkampfes kamen auf den ersten Seiten Reichstagsab-

<sup>15</sup> Wollt Ihr höhere Aufwertungssätze? *Berliner Tageblatt*, 30. April 1924, Nr. 204, S. 1. Wollt Ihr ein gesichertes Beamtentum? *Berliner Tageblatt*, 1. Mai 1924, Nr. 206, S. 1. Frauen, wollt ihr neuen wirtschaftlichen Wirrwarr vermeiden? *Berliner Tageblatt*, 2. Mai 1924, Nr. 209, S. 1.

<sup>16</sup> Wollt ihr einen arbeitswilligen Reichstag? *Berliner Tageblatt*, 2. Mai 1924, Nr. 208, S. 1

<sup>17</sup> Deutscher Mittelstand! *Berliner Tageblatt*, 3. Mai 1924, Nr. 210.

<sup>18</sup> *Ibid.*

<sup>19</sup> Die demokratische Welle. *Berliner Tageblatt*, 11. November 1924, Nr. 536, S. 1 f.

<sup>20</sup> Die demokratische Riesenkundgebung. *Berliner Tageblatt*, 1. Dezember 1924, Nr. 570, S. 1 f.

<sup>21</sup> Wollt ihr höhere Aufwertungssätze. Dann wählt die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei. *Berliner Tageblatt*, 2. Dezember 1924, Nr. 572, S. 1. Künstler, Gelehrte und die anderen Geistesarbeiter für die Demokratie. *Berliner Tageblatt*, 3. Dezember 1924, Nr. 574, S. 1. Für die Beamten. *Ibid.*, S. 1 f. Wie wählt der gewerbliche Mittelstand. *Berliner Tageblatt*, 4. Dezember 1924, Nr. 576, S. 1.

geordnete und Kandidaten der Demokraten zu Wort, die eingehend die Positionen und Politik der Partei darlegten. Der Leitartikel am Tage der Abstimmung war vom Vorsitzenden der DDP, Erich Koch, verfaßt worden.<sup>22</sup>

Die Wahlkampfberichterstattung des Berliner Tageblatts zu den zweiten Reichstagswahlen im Jahre 1924 ist noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Das Thema Antisemitismus spielte im Wahlkampf eine Rolle, und zwar in der politischen Auseinandersetzung mit der DVP. Besonders scharf griff die Zeitung Gustav Stresemann an. Dieser hatte nach Schilderung des Blattes bei einer Veranstaltung im Großen Schauspielhaus Berlin die Türen durch antisemitische Stahlhelmleute bewachen lassen.<sup>23</sup> Am folgenden Tag verifizierte das Berliner Tageblatt seine Angaben. Nicht nur Angehörige des Stahlhelm-Verbandes, sondern auch des Werwolfs seien an der Sicherung der Eingangstüren beteiligt gewesen. Neben anderen Abzeichen an den Jacken der angeworbenen Leibgardisten habe man sogar das Hakenkreuz finden können. Personen mit „jüdischem“ Aussehen wurde der Zugang zur Veranstaltung verwehrt. Der Reporter des Berliner Tageblatts wurde unter dem Ruf „Schmeißt den Juden raus!“ vor die Tür gestoßen. (Er war Katholik). Warnend wandte sich die Zeitung am Schluß ihres Artikels an alle jüdischen Wählerinnen und Wähler:<sup>24</sup>

„Wir unterbreiten diese einfachen und schlichten Tatsachen, denen wir zahlreiche ähnlich charakteristische an die Seite stellen könnten, denjenigen jüdischen Wählern und Wählerinnen, die etwa geneigt sein sollten, am 7. Dezember für die Deutsche Volkspartei zu stimmen. Vielleicht finden sie, daß es eine Grenze gibt, wo die Dickfelligkeit aufhört und die Ehrlosigkeit beginnt.“<sup>25</sup>

Die Deutsche Volkspartei dementierte die Vorgänge. Weder sei ein Pressevertreter des Berliner Tageblatts brüsk zurückgewiesen, noch seien die Eingänge des Großen Schauspielhauses von Stahlhelm- oder Werwolfleuten bewacht worden, vielmehr hätte die Deutsche Volkspartei als Ordner der Versammlung etwa 200 Angehörige des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes aufgeboten.<sup>26</sup> Zu dieser Darstellung von volksparteilicher Seite bemerkte das Blatt süffisant:

„Also der Vorstand der Deutschen Volkspartei läßt seine Versammlungen durch den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband bewachen, der einen radikalen Antisemitismus pflegt und in seine Statuten die Bestimmung aufgenommen hat, daß Juden nicht Mitglieder werden dürfen. Das ist ja eine ungemein interessante Enthüllung! Daß diese antisemitischen Gehilfen der volksparteilichen Handlungen an den Eingängen des Großen Schauspielhauses mit den

<sup>22</sup> Entschlossenheit. *Berliner Tageblatt*, 7. Dezember 1924, Nr. 581, S. 1 f.

<sup>23</sup> Demokratische Riesenkundgebung in Berlin. *Berliner Tageblatt*, 1. Dezember 1924, Nr. 570.

<sup>24</sup> Die antisemitische Deutsche Volkspartei. *Berliner Tageblatt*, 2. Dezember 1924, Nr. 571, S. 1.

<sup>25</sup> *Ibid.*

<sup>26</sup> Die antisemitische Deutsche Volkspartei. *Berliner Tageblatt*, 4. Dezember 1924, Nr. 575, S. 1 f.

ihnen gesinnungsverwandten Stahlhelmen und Werwölfen gemeinsame Sache gemacht haben, bedarf des Beweises nicht.“<sup>27</sup>

Im weiteren teilte das Berliner Tageblatt mit, daß der Redaktion von ungeheim zahlreichen Seiten während der letzten Wochen Mitteilungen über antisemitische Pöbelreden oder Pöbelrufe volksparteilicher Wahlredner zugegangen seien. Als Belege druckte das Blatt die Schilderung zweier Vorfälle ab. Die Berichterstatter waren in beiden Fällen demokratische Parteimitglieder. Der Bericht endete mit der erneuten Warnung vor der Wahl der Deutschen Volkspartei. Das Studium der veröffentlichten Tatsachen wurde insbesondere den jüdischen Persönlichkeiten nahegelegt, die Geld für den Wahlkampf der Deutschen Volkspartei beigesteuert hätten.<sup>28</sup>

In einer Zusammenstellung mehrerer kürzerer Berichte aus dem Wahlkampf meldete das Berliner Tageblatt einen weiteren antisemitischen Ausfall der Deutschen Volkspartei. In der Breslauer Stadtverordnetenversammlung hatte die Partei einen völkischen Antrag auf Registrierung der „fremdstämmigen“ Geschäftsleute unterstützt.<sup>29</sup> Auf derselben Seite berichtete das Blatt von einer Versammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. Nach dem abgedruckten Bericht im Berliner Tageblatt wurde auf dieser Veranstaltung jedoch kein Bezug zu den Vorfällen um die DVP genommen.<sup>30</sup>

Bereits einen Tag bevor das Berliner Tageblatt Stresemann und die DVP wegen ihrer antisemitischen Leibgarde angriff, hatte der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei Sachsens, von Koerber, auf die Gefahren der völkischen Agitation hingewiesen. Zwar prognostizierte er – wie zahlreiche andere Parteimitglieder – den Mißerfolg der völkischen Bewegung in den anstehenden Wahlen, doch sei es besorgniserregend, wie die Jugend durch die völkische Propaganda geschädigt werde. Nicht nur, daß an vielen Schulen Juden oder Judenfreunde von völkischen Klassenkameraden gepeinigt würden, auch sei den völkischen Schülern jedes ernsthafte und grundsätzliche Denken genommen. Von Koerber wandte sich mit einem Appell an die Mütter, sich der völkischen Agitation entgegenzustellen und für Aufklärung zu sorgen sowie die Schädlichkeit der antisemitischen Mache überall zu brandmarken.<sup>31</sup>

Publizistisch nicht so massiv, aber nicht weniger eindeutig äußerte sich die Vossische Zeitung in beiden Wahlkämpfen zugunsten der Demokraten. Auch sie forderte in den Wochenendausgaben zu den anstehenden Wahlen ihre Leser auf, zur Wahl zu gehen und für die DDP zu stimmen. In Kurznotizen wies die Vossische Zeitung auf Wahlkampfveranstaltungen der Demokraten im Berliner Raum hin. Der Vorsitzende der Demokraten, Erich Koch-Weser, durfte am

---

<sup>27</sup> *Ibid.*

<sup>28</sup> *Ibid.*

<sup>29</sup> Die antisemitische Deutsche Volkspartei. *Berliner Tageblatt*, 4. Dezember 1924, Nr. 576.

<sup>30</sup> Das Recht des Staatsbürgers. *Ibid.*

<sup>31</sup> Die Pflicht der Mütter. *Berliner Tageblatt*, 30. November 1924, Nr. 569, S. 1 f.

Ende des Wahlkampfes im Mai in der Zeitung noch einmal das Wort ergreifen; sehr deutlich äußerte sich der Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, der seit 1924 Mitglied der Demokraten war, am Wahlsonntag im Dezember.<sup>32</sup> Die politischen Auseinandersetzungen und Angriffe richteten sich, wie im Berliner Tageblatt, gegen die beiden anderen großen bürgerlichen Parteien. Anders als das Berliner Tageblatt klammerte die Vossische Zeitung bei ihren Angriffen gegen die Volkspartei die Person Stresemanns aus. Sein rhetorisches Talent wurde gewürdigt, seine moderaten, niveauvollen Reden gelobt, jedoch stehe dem die „schwankende, unsichere, unehrliche Politik seiner Fraktion“ gegenüber.<sup>33</sup>

Die Vossische Zeitung trat für die Einigung aller liberalen Kräfte ein und bedauerte es außerordentlich, daß bei der Gründung der Demokratischen Partei für eine „agitatorische Kraft“ wie die Stresemanns keine Verwendung gefunden worden sei.<sup>34</sup> Im Vorfall um die antisemitischen Ordnungskräfte beim Auftritt Stresemanns im Großen Schauspielhaus wurde der Parteiführer nicht unbedingt als der Hauptverantwortliche gesehen: „Wissen diese deutschen Juden, wozu ihr Geld verwandt wird, und weiß der Parteiführer Dr. Stresemann um diesen Demagogenbetrieb in seiner Partei?“<sup>35</sup>

In Anknüpfung an die Berichterstattung des Berliner Tageblatts ergänzte die Voss die Liste der antisemitischen Vorfälle im Wahlkampf der Volkspartei um ein weiteres Beispiel.<sup>36</sup> Und auch Georg Bernhard mußte am Wahltag von weiteren antisemitischen Ausfällen der DVP zu berichten.<sup>37</sup>

Der Antisemitismus im Jahre 1924 wurde in der Vossischen Zeitung nicht nur zur Entlarvung und Diskreditierung der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf herangezogen. In einem Leitartikel über den „Prügelknaben der Nation“ setzte sich das Blatt mit verschiedenen antisemitischen Stereotypen und deren politischer Instrumentalisierung auseinander.<sup>38</sup> Als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sich mit der Rolle der Juden im Heer beschäftigte, wurden die positiven Bekundungen verschiedener Militärs zitiert und somit dem Vorwurf der „Drückebergerei“ entgegengearbeitet.<sup>39</sup> Die Jahreshauptversammlung des

<sup>32</sup> Eindrücke aus dem Wahlkampf. Von Reichsminister a. D. Erich Koch-Weser. Vorsitzenden der DDP. *Vossische Zeitung*, 3. Mai 1924, Nr. 211, S. 1f. Hoch die Republik. Von Georg Bernhard. *Vossische Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 576, S. 1f.

<sup>33</sup> Nach dem Kampf. *Vossische Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 576, S. 1. Stresemann in Breslau. *Vossische Zeitung*, 28. April 1924, Nr. 201. Stresemann oder Hitler. Was will die Deutsche Volkspartei? *Vossische Zeitung*, 29. Oktober 1924, Nr. 515, S. 1.

<sup>34</sup> Liberale Vereinigung. *Vossische Zeitung*, 29. Oktober 1924, Nr. 514.

<sup>35</sup> Hoch die Republik. *Vossische Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 576, S. 2.

<sup>36</sup> Die Volkspartei im Wahlkampf. *Vossische Zeitung*, 6. Dezember 1924, Nr. 575.

<sup>37</sup> In Halle prangte von volksparteilichen Plakaten der Vers: „Laßt euch von Juden nicht beschummeln, wählt Schreiber nicht, und wählt nicht Hummeln.“ Schreiber und Hummel waren Kandidaten der Demokraten. Vgl. Hoch die Republik. *Vossische Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 575, S. 2.

<sup>38</sup> Der Prügelknabe der Nation. *Vossische Zeitung*, 30. April 1924, Nr. 205, S. 1f.

<sup>39</sup> Die Juden im Heere. *Vossische Zeitung*, 1. Mai 1924, Nr. 207.

Centralvereins fand ebenso Berücksichtigung wie die Stellungnahme desselben zu den Reichstagswahlen.<sup>40</sup> Im April 1924 befand die Zeitung, antisemitische Pöbeleien seien an der Tagesordnung, die Epidemie habe ihren Höhepunkt erreicht.<sup>41</sup>

Gegenüber späteren Jahren äußerte sich die Vossische Zeitung nie mehr in diesem Umfang zu den Themenkomplexen Antisemitismus, Rassenhaß sowie Judentum, wie sie es im Jahre 1924 tat. Die in 3.6.5 aufgeführte quantitative Auswertung verdeutlicht das. Die Bedrohung der jüdischen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten schlug sich in späteren Jahren keineswegs publizistisch in der Vossischen Zeitung nieder.

Zurückhaltender, doch nicht weniger dezidiert, äußerte sich die Frankfurter Zeitung in den Wahlkämpfen. Erst jeweils an den Wahlwochenenden druckte das Blatt auf den Titelseiten Anzeigen der Demokraten ab. Die Frankfurter Zeitung trennte zwischen Berichterstattung und Kommentierung. Anders als in den Berliner Blättern ist der Bericht über den Parteitag der DDP und die anschließende Kundgebung im Sportpalast nüchtern und sachlich verfaßt.<sup>42</sup> Erst in den Kommentaren, die meist in der Abendausgabe unter der Angabe „Frankfurt“ und unter dem jeweiligen Datum erschienen, bezog das Blatt eine meist sehr deutliche Position.

In Anlehnung an den Regierungsaufruf zu den Reichstagswahlen im Mai, der die Wähler aufforderte, einen Reichstag zu wählen, „der den Frieden bewahrt und Arbeit schafft, der Freiheit erringt und das Reich bewahrt“<sup>43</sup>, schrieb die Zeitung: „Der Wähler verlangt also nach einer Ergänzung des Regierungsaufrufs und fragt klipp und klar: welche Liste soll ich denn auf dem großen Stimmzettel ankreuzen? Wir antworten ihm ebenso klipp und klar: die Liste der Demokratischen Partei.“<sup>44</sup>

Einen Tag vor der Maiwahl veröffentlichte die Frankfurter Zeitung: „Am 4. Mai wählen wir alle miteinander den Weg, der nun weiter gegangen werden soll. Die Reichsregierung, die auf einer Koalition beruht, mahnt, den Parteien der Verständigung die Stimme zu geben. Wir ergänzen ihre Mahnung durch den Zuruf: Wählt morgen die Listen der Deutschen Demokratischen Partei!“<sup>45</sup>

Trotz der offenen Unterstützung für die Demokraten war die politische Eigenständigkeit der Frankfurter Zeitung nicht zu übersehen. Wo Auffassungen zwischen Redaktion und Partei differierten, hielt die Zeitung nicht mit Kritik

<sup>40</sup> Hauptversammlung des Zentralvereins. *Vossische Zeitung*, 14. April 1924, Nr. 179. Der „Zentralverein“ im Wahlkampf. *Vossische Zeitung*, 28. April 1924, Nr. 201.

<sup>41</sup> Der Prügelknabe der Nation. *Vossische Zeitung*, 30. April 1924, Nr. 205, S. 2. Politisches Rowdytum. *Vossische Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 576.

<sup>42</sup> Der demokratische Parteitag. Einiger und geschlossener denn je! *Frankfurter Zeitung*, 3. November 1924, Nr. 823, S. 1 f.

<sup>43</sup> Frankfurt, 28. April. *Frankfurter Zeitung*, 28. April 1924, Nr. 316, S. 1.

<sup>44</sup> *Ibid.*

<sup>45</sup> Frankfurt, 3. Mai. *Frankfurter Zeitung*, 3. Mai 1924, Nr. 331, S. 1.

zurück. Konsequenz ablehnend äußerte sich die Frankfurter Zeitung gegenüber der Bildung eines Bürgerblocks, bestehend aus DNVP, DVP, Zentrum und DDP. Als die Volkspartei nach der ersten Wahl im Jahre 1924 mit der Forderung, die Deutschnationalen mit an der Regierung zu beteiligen, eine Regierungskrise auslöste, reagierte das Blatt barsch auf die Option einiger demokratische Politiker für eine Beteiligung am Bürgerblock.<sup>46</sup>

Während die Berliner Blätter sich in ihrer Berichterstattung sehr auf das bürgerliche Lager konzentrierten, ging die Frankfurter Zeitung weit über diesen Rahmen hinaus. Berichte über Beschlüsse und Ablauf der Parteitage des Zentrums und ihr politisch nahestehender Organisationen sind ebenso zu finden wie über Sozialdemokraten oder Kommunisten. Argumentativ wurde unter den Parteien der Weimarer Koalition abgegrenzt, warum ausgerechnet die Demokraten gewählt werden sollten: Die SPD wurde als „bewußt proletarische Klassenpartei“ gesehen, die zwar die Außenpolitik der Reichsregierung loyal unterstützt habe, „der aber immer von Zeit zu Zeit einmal der Mut gefehlt hat, das als notwendig Erkannte auch offen vor ihrer Anhängerschaft zu vertreten“.<sup>47</sup> Im Zentrum hätten der alte Magnatenflügel und die schwerindustriellen Interessen in Stegerwald, dem Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, einen einflußreichen Bundesgenossen gefunden. Außerdem sei nicht zu vergessen, daß das Zentrum eine „ausgesprochen konfessionelle Partei“ sei; wenn die Schulfrage wieder einmal in den Vordergrund treten sollte, sei ein „böses Erwachen“ zu befürchten.<sup>48</sup>

Besonders sorgte sich die Frankfurter Zeitung um die Wahlbeteiligung der Frauen. Mit dem Hinweis, daß „in den Parteien der Mitte gerade die hervorragendsten Köpfe der Frauenbewegung“ zu finden seien, forderte das Blatt die Frauen auf, ihr Wahlrecht auszuüben.<sup>49</sup> Zur Wahl im Dezember schrieb die Zeitung einen Wettbewerb für ihre Leserinnen aus, in dem diese sich werbend für eine Wahlteilnahme und die Stimmabgabe zugunsten der Demokraten äußern sollten. Die prämierten Beiträge wurden während der letzten Woche vor der Wahl veröffentlicht.<sup>50</sup>

Der Vorfall um die antisemitische Leibgarde Stresemanns bei der Veranstaltung in Berlin wurde ebenfalls von der Frankfurter Zeitung aufgegriffen, jedoch maß sie ihm nicht die gleiche Bedeutung zu, wie es die beiden Berliner Blätter taten.

<sup>46</sup> Regierungskrise. *Frankfurter Zeitung*, 3. Juni 1924, Nr. 411, S. 2. Die deutsche Linke. *Frankfurter Zeitung*, 14. August 1924, Nr. 603, S. 1f. Frankfurt, 8. September. *Frankfurter Zeitung*, 8. September 1924, Nr. 672, S. 1. Der Kanzler am Scheideweg. *Frankfurter Zeitung*, 10. Oktober 1924, Nr. 759, S. 1.

<sup>47</sup> Frankfurt, 28. April. *Frankfurter Zeitung*, 28. April 1924, Nr. 316, S. 1.

<sup>48</sup> *Ibid.* Vgl. auch dazu: „Wählt!“. *Frankfurter Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 915, S. 1.

<sup>49</sup> Frankfurt, 30. April. *Frankfurter Zeitung*, 30. April 1924, Nr. 322, S. 1.

<sup>50</sup> Dir Schwester! *Frankfurter Zeitung*, 3. Dezember 1924, Nr. 902. Den Frauen zum 7. Dezember. *Frankfurter Zeitung*, 4. Dezember 1924, Nr. 907, S. 1. An die Frauen. *Frankfurter Zeitung*, 5. Dezember 1924, Nr. 908, S. 1. Wahlgedanken einer Zweiundsiebzighjährigen. *Frankfurter Zeitung*, 5. Dezember 1924, Nr. 910, S. 1. An die Frau. *Frankfurter Zeitung*, 7. Dezember 1924, Nr. 914, S. 1.

Völkische wurden in Wirtschaftsfragen als Dilettanten angesehen, und wer schon an den Blödsinn der „Weisen von Zion“ glaube, „mit dem ist diskutieren ausgeschlossen“.<sup>51</sup>

### 3.6.2 Das Wahljahr 1928

Als die Parteien in den Wahlkampf des Jahres 1928 gingen, amtierte seit gut 15 Monaten eine Rechtsregierung unter Führung des Reichskanzlers Marx. Die Koalition, Ende Januar 1927 zustande gekommen, bestand aus Zentrum, Volksparteilern und Deutschnationalen. Nach Erfolgen in den vorangegangenen Kommunal- und Landtagswahlen prognostizierte die Frankfurter Zeitung den Sozialdemokraten einen erheblichen Stimmenzuwachs. Aufgrund des „völligen Versagens“ der DNVP sei auch mit einem Zulauf von deutschnationalen Protestwählern zur SPD zu rechnen. Ein überwältigender Sieg der Sozialdemokraten werde die Demokratie jedoch nicht stärken, so die Logik der Frankfurter Zeitung, sondern schwächen. Die Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition werde erst durch eine starke Demokratische Partei möglich. Durch die Demokraten würden die Ansatzpunkte geschaffen, die zu einer Verständigung unterschiedlicher Gruppen erforderlich seien.<sup>52</sup> Wunschkoalition der Frankfurter Zeitung blieb eine Regierung, bestehend aus den Weimarer Verfassungsparteien.<sup>53</sup>

Am Wahlsonntag forderte das Blatt, seine eigenständige Position betonend, die Wähler auf, für die DDP zu stimmen.<sup>54</sup> Seine Auffassung zu beiden anderen Verfassungsparteien hatte das Blatt mittlerweile deutlich geäußert. Als die Sozialdemokraten ihre Reichstagskandidatenliste für Hessen-Nassau veröffentlichten, mokierte man sich darüber, daß „das geistige Niveau der sozialdemokratischen Fraktion auch diesmal nicht sonderlich gehoben“ worden sei.<sup>55</sup> Der Ruck des Zentrums nach rechts wurde kritisiert, und in einem Kommentar zu einem Auftritt des Zentrumspolitikers Wirth in Frankfurt hieß es: „Dr. Wirths Rede war gut, aber er hätte ungefähr dieselbe Rede etwa vor Mitgliedern der Demokratischen Partei halten können . . . Wenn die Leute auf eine achtbare Rede Wirths hin ihre Stimme dem Zentrum geben, so wissen sie nicht, was sie tun.“<sup>56</sup>

Den gleichen Tenor wie in der Frankfurter Zeitung trug der Leitartikel Ernst Feders am Tag vor der Wahl im Berliner Tageblatt. Auch er würdigte die Person Wirths, warnte aber zugleich vor der Stimmabgabe zugunsten des Zentrums. Da

<sup>51</sup> Frankfurt, 29. April. *Frankfurter Zeitung*, 29. April 1924, Nr. 322, S. 1.

<sup>52</sup> Frankfurt, 16. Mai. *Frankfurter Zeitung*, 16. Mai 1928, Nr. 366, S. 1.

<sup>53</sup> Der Wahlentscheidung entgegen. *Frankfurter Zeitung*, 17. Mai 1928, Nr. 368, S. 1.

<sup>54</sup> Ein klares Nein – ein klares Ja. *Frankfurter Zeitung*, 20. Mai 1928, Nr. 375, S. 1.

<sup>55</sup> Bemerkungen. *Frankfurter Zeitung*, 21. März 1928, Nr. 218, S. 1.

<sup>56</sup> Bemerkungen. *Frankfurter Zeitung*, 8. Mai 1928, Nr. 343, S. 1.

der linke Flügel der Sozialdemokraten von einer „bürgerlichen Koalition“ nichts wissen wolle, sei eine starke Demokratische Partei als Korrektiv nötig, um zu verhindern, daß die SPD durch unmögliche Forderungen in die unfruchtbare Opposition treibe.<sup>57</sup>

„Auf das Zentrum ist so wenig Verlass wie auf die Volkspartei – wir haben es schauernd selbst erfahren. Die Sozialdemokratie aber wird leicht, wenn ihr das Gegengewicht einer starken demokratischen Partei fehlt, durch eine Politik der Abstinenz oder der unerfüllbaren Forderung zum unbewußten Werkzeug der Reaktion.“<sup>58</sup>

Zum Wahlkampf notierte Feder, daß diesem die Wahlparole gefehlt hätte. Die DDP hatte sich mit der Aufstellung von sieben Zielen selbst keinen Gefallen getan. Die Liste der Ziele für den kommenden Reichstag war nicht gerade dazu geeignet, sich im Wahlkampf auf eine griffige Parole bringen zu lassen. Im einzelnen bewegten sich die Formulierungen auf einer sprachlichen Ebene, die Politik eher in einen abstrakten Kontext setzte, als sich dem Lebenszusammenhang der Wähler anzupassen.<sup>59</sup> Wohl aus dem Mangel einer prägnanten Wahlkampfparole und den Unzulänglichkeiten der postulierten Ziele der Partei ist in diesem Zusammenhang die Entstehung des bildungsbürgerlichen Werbeslogans des Berliner Tageblatts für die Demokratische Partei zu sehen, der die letzten Tage vor der Wahl abgedruckt wurde: „Volkes Wille Summa Lex. Wählet alle Nummer 6.“<sup>60</sup> Die Deutsche Demokratische Partei kandidierte auf Liste 6. Um den Slogan entstand ein philologisches Geplänkel, ob es nun „Summa“ oder „Suprema Lex“ lauten müsse. Daraufhin wurde der Wahlspruch abgeändert: „Ob summa, ob suprema lex. Auf alle Fälle Nummer 6.“<sup>61</sup>

Der Wahlkampf im Berliner Tageblatt geriet vor allem zu einer Abrechnung mit den Parteien der Rechtsregierung.<sup>62</sup> Ausgiebig wurde der Politprominenz der Demokraten Raum gegeben: Der ehemalige Ministerpräsident Tantzen berichtete über seine Erfahrungen im Wahlkampf in Schleswig-Holstein; der Reichtagskandidat Otto Schult referierte über die Bedeutung der Wahl für die

<sup>57</sup> Morgen alle zur Wahl. *Berliner Tageblatt*, 19. Mai 1928, Nr. 234, S. 1.

<sup>58</sup> *Ibid.*

<sup>59</sup> Die sieben Ziele der Demokraten waren: 1. Räumung des Rheinlandes, europäische Verständigung und Minderheitenschutz. 2. Festigung der Republik gegen den Diktaturgedanken. 3. Schaffung des Einheitsstaates unter weitgehender Selbstverwaltung und Finanzreform. 4. Liberale Kulturdefensive gegen engherzige konfessionelle Übergriffe. 5. Eine Wirtschaftspolitik, die nicht Liebesgaben sondern Grundsatzpolitik ist. 6. Ausbau der Sozialpolitik und Rentnerversorgung. 7. Wahlreform. Die sieben Ziele der Demokraten. *Berliner Tageblatt*, 30. April 1928, Nr. 204.

<sup>60</sup> *Berliner Tageblatt*, 15. Mai 1928, Nr. 228.

<sup>61</sup> Summa lex oder suprema lex. *Berliner Tageblatt*, 17. Mai 1928, Nr. 231.

<sup>62</sup> Am Wahlsonnabend lautete die Wahlparole des Berliner Tageblatts: „Es gilt die Herrschaft der nationalistischen Reaktion zu brechen, damit Deutschland im Innern und in seiner Aussenpolitik erfolgreich emporstreben kann. Wählt Liste 6!“ *Berliner Tageblatt*, 19. Mai 1928, Nr. 235, S. 1.

Beamten; Carl Petersen lieferte einen grundsätzlichen Beitrag über die Politik der DDP, Hermann Fischer äußerte sich als Spitzenkandidat im Wahlkreis Frankfurt a. Oder, und der frühere Finanzminister Peter Reinhold durfte am Wahltag auf der Titelseite seine Forderung nach Steuersenkung darlegen.<sup>63</sup> Daneben berichtete das Blatt über zahlreiche Wahlveranstaltungen der Partei und druckte Hinweise auf Kundgebungen der DDP im Großraum Berlin ab.

Für die Wahlkampfberichterstattung wurde das Berliner Tageblatt nach der Wahl durch Koch-Weser, Fischer und Heuß scharf kritisiert. So wurde dem Blatt vorgeworfen, ungenügend auf eine notwendige, selbständige, bürgerlich-demokratische Partei hingewiesen und den Gegensatz zu den Sozialdemokraten verschleiert zu haben.<sup>64</sup> Die Vorwürfe der Parteiführung gegenüber dem Blatt, es habe die DDP ungenügend unterstützt, ihr in gewissem Umfang sogar geschadet, sind wohl angesichts der zahlreichen Artikel und der eindeutigen Wahlempfehlung unbegründet. Scheint sich doch ein Teil der Konflikte zwischen Berliner Tageblatt und der Demokratischen Parteiführung auf persönlicher Ebene abgespielt zu haben. Nach einem Wutausbruch über Koch-Weser hatte Theodor Wolff im April intern gedroht, nicht mehr die demokratische Liste zu wählen und nach den Wahlen mit der Demokratischen Partei abzurechnen.<sup>65</sup>

Über antisemitische Angriffe im Wahlkampf berichtete das Berliner Tageblatt in einigen kürzeren Passagen. Sie wurden jedoch nicht wie 1924 Gegenstand schärferer publizistischer Auseinandersetzungen oder gar als Bedrohung der jüdischen Bevölkerung oder der Demokratie thematisiert.<sup>66</sup>

Ausdrücklich wurde vor der Stimmabgabe zugunsten einzelner Splitterparteien gewarnt, und es wurden dem Leser fünf Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Darunter auch: „1. Kann eine Partei, die im günstigsten Fall einige wenige Mandate erringt, im Parlament irgend etwas Praktisches erreichen? . . . 4. Muss sich nicht jeder, bevor er seine Stimme einer solchen hilflosen Splitterpartei gibt, darüber klar werden, dass seine Stimme ins Leere fällt, weil die von

---

<sup>63</sup> Erlebnisse in Schleswig-Holstein. Aus dem Alltag des Wahlkampfes. Von Ministerpräsident a. D. Tantzen, demokratischer Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein. *Berliner Tageblatt*, 15. Mai 1928, Nr. 227, S. 1f. Die Beamten und der 20. Mai. Von Otto Schult, demokratischer Reichstagskandidat. *Berliner Tageblatt*, 15. Mai 1928, Nr. 228, S. 1f. Worum es geht. Zum 20. Mai. Von Dr. Carl Petersen. *Berliner Tageblatt*, 17. Mai 1928, Nr. 231, S. 1. Die Jugend gehört zum neuen Staat. Von Dr. Hermann Fischer. *Berliner Tageblatt*, 19. Mai 1928, Nr. 235, S. 1f. Steuersenkung! Von Dr. Peter Reinhold. *Berliner Tageblatt*, 20. Mai 1928, Nr. 236, S. 1.

<sup>64</sup> Schustereit, *op. cit.*, S. 229f.; Söseman, *Ende, op. cit.*, S. 209, Anm. 252; Feder, *op. cit.*, S. 183.

<sup>65</sup> Feder, *op. cit.*, S. 174.

<sup>66</sup> Vgl. Die letzte Hoffnung. Antisemitische Flugblätter der Deutschnationalen. *Berliner Tageblatt*, 13. Mai 1928, Nr. 227. Erlebnisse in Schleswig-Holstein. Aus dem Alltag des Wahlkampfes. Von Ministerpräsident a. D. Tantzen, demokratischer Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein. *Berliner Tageblatt*, 15. Mai 1928, Nr. 227, S. 2. ‚Diese Judenrepublik.‘ Aus dem Wahlkampf in Hinterpommern. *Berliner Tageblatt*, 19. Mai 1928, Nr. 234.

ihm gewählte Partei bestenfalls zwei, drei, vier erringen kann, in manchen Fällen, sogar ganz sicher überhaupt keines erhalten wird?“<sup>67</sup>

Ironie des Schicksals, daß vier Jahre später die Deutsche Staatspartei – nach dem Wahldebakel der Preußenwahl – sich diese Fragen der Wähler gefallen lassen mußte.

Nicht im gleichen Maße wie im Berliner Tageblatt äußerte sich in der Vossischen Zeitung die Politprominenz der DDP. Obwohl mit Georg Bernhard sogar der Chefredakteur der Vossischen Zeitung für den Reichstag kandidierte und auch den Sprung ins Parlament schaffte, fand eine Verquickung journalistischer und politischer Interessen nicht statt. Eine besondere Protegierung oder Profilierung Bernhards über Gebühr erfolgte nicht. Seinen Beiträgen und Leitartikeln wurde nie das Attribut des demokratischen Reichstagskandidaten angehängt, selbst am Wahltag nicht.<sup>68</sup> Daneben wurden Beiträge des demokratischen Sozialpolitikers Bruno Raulecker und des Spitzenkandidaten im Wahlkreis Potsdam II, Oscar Meyer, veröffentlicht.<sup>69</sup>

Während des gesamten Wahlkampfes ließ die Vossische Zeitung zu keinem Zeitpunkt ihre Leser im Zweifel, welcher Partei ihre Sympathie galt. Mehrfach berichtete das Blatt von der „ausgezeichneten Stimmung“ auf demokratischen Wahlveranstaltungen und „erfolgreicher Wahlarbeit“ oder schloß seine Beiträge mit der offenen Empfehlung, für die Demokraten zu stimmen.<sup>70</sup> Am Wahltag selbst veröffentlichte die Zeitung nochmals eine Leserzuschrift, die aufforderte, für die DDP zu votieren.<sup>71</sup>

Der Wahlausgang war mehr als enttäuschend für die Demokraten. Während die Sozialdemokraten aus der Oppositionsrolle heraus Zugewinne verbuchen konnten, stellte sich bei der DDP kein solcher Erfolg ein. Sie verlor gegenüber der vorherigen Reichstagswahl rund 20 Prozent Wählerstimmen und zog mit sieben Mandaten weniger in den Reichstag ein. Als Grund für die Niederlage sah die Vossische Zeitung, daß die Demokraten ungerechterweise unter der Diskreditierung der Politik der Mitte von Zentrum und Volkspartei gelitten hätten.<sup>72</sup> Die Analyse der Vossischen Zeitung war eher beschönigend als selbstkritisch. Die Leserbriefe, die die Voss in den nachfolgenden Sonntagsausgaben veröffentlichte, gingen mit der Partei härter ins Gericht. Es wurde das „leise, geräuschlose Auftreten“ der Reichstagsfraktion kritisiert, die „50-Prozent-Kompromisse“ liebe, die „Verteidiger der goldenen Mittelstraße“ seien darum „sehr

<sup>67</sup> Fünf Fragen an die Splitterwähler. *Berliner Tageblatt*, 18. Mai 1928, Nr. 233.

<sup>68</sup> Die letzten Parolen. *Vossische Zeitung*, 20. Mai 1928, Nr. 120, S. 1 f.

<sup>69</sup> Demokratische Sozialpolitik. *Vossische Zeitung*, 19. Mai 1928, Nr. 119. Der letzte Ruf. Von Staatssekretär a.D. Oscar Meyer. *Vossische Zeitung*, 20. Mai 1928, Nr. 120, S. 1.

<sup>70</sup> Der Wahlkampf im Fluß. *Vossische Zeitung*, 24. April 1928, Nr. 98. Ihr entscheidet! *Vossische Zeitung*, 15. Mai 1928, Nr. 115, S. 1 f. Demokratische Wahlarbeit. *Vossische Zeitung*, 17. Mai 1928, Nr. 117. Kleines Wahlkompendium. *Vossische Zeitung*, 19. Mai 1928, Nr. 119.

<sup>71</sup> Warum demokratisch? *Vossische Zeitung*, 20. Mai 1928, Nr. 120.

<sup>72</sup> Der Linksmarsch der Wähler. *Vossische Zeitung*, 22. Mai 1928, Nr. 121, S. 1.

mitschuldig, daß nur 25 Vertreter der DDP im Hohen Hause einziehen konnten“.<sup>73</sup> Unentschlossenheit und schwankende Haltung im Wahlkampf wurden der Fraktion sowie der Parteileitung vorgeworfen:

„Man kann nicht sieben Parolen ausgeben, wenn man nur eine braucht! Da suchten dann einzelne Wahlkreise ihre Zuflucht zu ‚Nie wieder Rechtsregierung!‘ Das war zwar eindeutig aber verhängnisvoll, denn hiermit wurde die SPD stark gefördert, wozu die Verwechslung der Demokraten mit den Sozialdemokraten und der Wille, die zu stärken, die in der republikanischen Front sowohl an Zahl wie an Entschiedenheit der Haltung aufgefallen waren, taten ein übriges.“<sup>74</sup>

Namentlich angegriffen wurden der frühere Reichsinnenminister Külz, der das Zensurgesetz trotz Widerstände in der liberalen Presse eingebracht, und Theodor Heuß, der es im Reichstag verteidigt hatte.<sup>75</sup> Die Hamburger Organisation der Demokraten wurde wegen ihrer Entschließung kritisiert, die Zusammenarbeit mit der Volkspartei abzulehnen; zumal Parteiführer Koch sich einige Wochen zuvor gegenteilig geäußert hätte.<sup>76</sup> Von Hamburger Seite wurden diese Vorwürfe zurückgewiesen. Der Hamburger Wahlkreis sei der einzige außer dem Wahlkreis Pommern, in dem die Demokraten gegenüber 1924 nachhaltig ihre Stimmenzahl hätten verbessern können. Zudem sei es erforderlich gewesen, daß „der Zentrale einmal wieder klargemacht wurde, daß sie nicht im luftleeren Raum Beschlüsse fassen kann, sondern daß sie ganz erhebliche Rücksicht auf diejenigen zu nehmen hat, die in der Wahlschlacht und auch in der Arbeit zwischen den Wahlen an der Front stehen“.<sup>77</sup>

In weiteren Leserbriefen wurde die „laue und anpassungsbereite“ Politik der Fraktion gegeißelt. Auf „loyale Opposition“ hatten die Anhänger der DDP keine Lust mehr, in der Partei wurde eine „Überschätzung abgestempelter Bildung“ konstatiert, und die „Atmosphäre spießbürgerlichen Kleingeistes“ müsse aus der Partei verschwinden.<sup>78</sup> Daneben gab es einige Beiträge, die sich mit der Auswirkung einer Wahlreform oder den Perspektiven eines Parteienzusammenschlusses der politischen Mitte beschäftigten.<sup>79</sup>

Inwieweit Leserbriefe repräsentativ sind, mag dahingestellt bleiben. Festzuhalten bleibt die Deutlichkeit, mit der das Parteivolk auf die Niederlage im Jahre 1928 reagierte und seiner Unzufriedenheit Luft verschaffte. Die heftigen, krisenhaften Auseinandersetzungen über den weiteren Kurs der Partei waren damit in eine breite Öffentlichkeit getragen worden.

<sup>73</sup> Härtere Demokraten. *Vossische Zeitung*, 24. Juni 1928, Nr. 150.

<sup>74</sup> Niedergang der D.D.P. *Vossische Zeitung*, 24. Juni 1928, Nr. 150.

<sup>75</sup> Härtere Demokraten. *Vossische Zeitung*, 24. Juni 1928, Nr. 150. Heuß sah sich daraufhin gezwungen, in der folgenden Woche in einem Leserbrief auf Vorwürfe gegen seine Person zu antworten: An meine Kritiker. *Vossische Zeitung*, 1. Juli 1928, Nr. 156.

<sup>76</sup> Die Bewegung der Mitte. *Vossische Zeitung*, 24. Juni 1928, Nr. 150.

<sup>77</sup> Die Pflicht zur Kritik. *Vossische Zeitung*, 1. Juli 1928, Nr. 156.

<sup>78</sup> Härtere Demokraten. *Vossische Zeitung*, 24. Juni 1928, Nr. 150. Niedergang der D.D.P? *Ibid.*

<sup>79</sup> Vgl. Leserbriefe vom 24. Juni, 1. und 8. Juli 1928.

### 3.6.3 Die Reichstagswahl 1930

Die Verluste der DDP in der Reichstagswahl 1928 lieferten einen der zentralen Gründe, warum in der Folgezeit die Diskussion nach Veränderung der Parteienlandschaft der Mitte von demokratischer Seite belebt wurde.<sup>80</sup> Die Wahlniederlage von 1928 war nicht als ein Ausrutscher abzutun, sondern offenbarte den Trend. Zu Wahlen in Sachsen 1929 äußerte die Vossische Zeitung den Wunsch, es möge zu einer Zusammenarbeit der Parteien der Mitte mit den Sozialdemokraten kommen, wohl wissend, daß die politische Realität anders ausfallen würde. Die Voss befand, die Demokraten hätten eine Politik der Mitte betrieben und seien dabei zermürbt worden.<sup>81</sup> Zum Auftakt der Kommunalwahlen in Berlin im selben Jahr forderte das Blatt die Parteien der Mitte auf, nicht erst in der Stadtverordnetenversammlung zusammenzuarbeiten, sondern bereits im Wahlkampf gemeinsam aufzutreten: „In ihrer Zersplitterung mit getrennten Wahlvorschlägen sind die einzelnen Parteigruppen der Mitte zur aussichtslosen Verteidigung verurteilt, während sie mit gesammelter Stoßkraft zum Angriff übergehen könnten, um eine stabile, starke Mehrheit für sachliche Gemeindearbeit zu erzielen.“<sup>82</sup>

Das Blatt, das einst für eine unzweideutige Unterstützung der Demokraten stand, machte sich für ein Bündnis der Mitte stark, das namentlich aus DDP, DVP, Wirtschaftspartei und Zentrum bestehen sollte. Die unterschiedlichen programmatischen Positionen der Parteien wurden außer acht gelassen. Ebenso realitätsfern war die Analyse und Forderung Julius Elbaus nach einer Parteienumbildung und Gründung einer großen Partei neben den Sozialdemokraten.<sup>83</sup>

Aus den Reihen der Demokratischen Partei traten vermehrt Stimmen an die Öffentlichkeit, die eine Sammlung der demokratischen Kräfte der Mitte forderten, jedoch mit durchaus unterschiedlichen Perspektiven und Vorstellungen. Ende April 1930 forderte Hellpach die beiden Vorsitzenden Koch und Scholz auf, endlich zu handeln. Sie sollten eine Verschmelzung der DVP und DDP zu einer neuen Partei in die Wege leiten, um so eine Gegenspielerin zur SPD zu schaffen. Ein Kreis, dem Hellpach angehörte, sei bereit „noch bis Pfingsten zu warten“, aber nicht länger.<sup>84</sup> In derselben Ausgabe erklärte der Jungdemokrat Erich Lüth, die neue Partei „dürfe nicht eine Auffangpartei für fallende Parteien“ sein.<sup>85</sup>

<sup>80</sup> Zu der neubelebten Diskussion in den drei Zeitungen: Eksteins, *The Limits of Reason*, op. cit., S. 144–158. Allgemeiner: Jones, *German Liberalism*, op. cit., S. 309 ff.

<sup>81</sup> Sachsen wählt. *Vossische Zeitung*, 9. Mai 1929, Nr. 111.

<sup>82</sup> Kampf um Berlin. *Vossische Zeitung*, 31. August 1929, Nr. 208.

<sup>83</sup> Parteienkrise. Von Julius Elbau. *Vossische Zeitung*, 29. November 1929, Nr. 285, S. 1. Elbau war seit 1920 stellvertretender Chefredakteur, von März 1930 bis März 1933 Chefredakteur der Vossischen Zeitung. Zu seiner Person vgl. Sösemann, *Ende*, op. cit., S. 30–34.

<sup>84</sup> Hellpach drängt. *Vossische Zeitung*, 29. April 1930, Nr. 102.

<sup>85</sup> Demokratische Opposition. *Ibid.*

Angesichts der öffentlich ausgetragenen Diskussion sah sich der Vorsitzende der DDP, Koch, gezwungen zu dementieren, daß es sich um eine Parteikrise handle. Das Dementi in der Voss geriet gleichsam zum Eingeständnis und offenbarte den desolaten Zustand der Partei: Notwendige Reformen seien nicht mit der „unheilvollen Parteienzersplitterung“ durchzusetzen; innerhalb der deutschen Jugend gebe es lebendige Strömungen, an denen die Demokraten alle Veranlassung hätten, nicht vorüberzugehen; zugleich gebe es innerhalb eines Teils der Parteiorganisation die Furcht, „daß Parteifusionierungen zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen könnten“.<sup>86</sup>

Am 16. Juli wurden nach Aufhebung der Notverordnung zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 14. September angesetzt. Für die anstehenden Wahlen sah die Vossische Zeitung die Schicksalsfrage für die Mittelparteien, ob es ihnen gelingen würde, eine einheitliche Plattform zu schaffen.<sup>87</sup> Rund zwei Wochen später präsentierte sich die Deutsche Staatspartei der Öffentlichkeit.

Unter dem Druck der plötzlich anstehenden Reichstagswahlen sahen sich entscheidende Kreise der DDP gezwungen zu handeln.<sup>88</sup> Trotz der in der Öffentlichkeit bekannten Diskussion über eine Parteienumbildung überraschte das Ergebnis alle: „Die Gründung der Deutschen Staatspartei war für Freunde und Feinde eine Überraschung. Über Nacht ist eine vollendete Tatsache geschaffen worden. Und schon das wirkt nach so vielen vergeblichen Verhandlungen wie eine Erlösung.“<sup>89</sup>

Die Deutsche Staatspartei fand vom ersten Moment an die Unterstützung der Vossischen Zeitung. Die Tatsache, daß die Gründung ohne Befragen der Parteinstanzen geschah, legitimierte das Blatt mit dem Hinweis, ungewöhnliche Umstände rechtfertigten ungewöhnliche Schritte.<sup>90</sup> In der Folgezeit, glaubt man allein der Vossischen Zeitung, erfuhr die neue Staatspartei nur Zustimmung von den Demokratischen Parteigremien.<sup>91</sup> Daß es Ortsgruppen der Demokraten gab, die nicht bereit waren, dem Schritt der Parteileitung zu folgen, wurde verschwiegen. Kritische Töne sind über den gesamten Wahlkampf hin nicht zu vermerken. Ganz das Gegenteil vermeldete die Voss: Der Wahlkampf der Staats-

<sup>86</sup> Keine Parteikrise! Von Erich Koch-Weser. *Vossische Zeitung*, 7. Mai 1930, Nr. 108, S. 1f.

<sup>87</sup> Die Regierung im Wahlkampf. *Vossische Zeitung*, 19. Juli 1930, Nr. 171, S. 1.

<sup>88</sup> Einen Tag vor dem Erscheinen des Wahlkampfaufrufs der DDP traf sich am 18. Juli eine Gruppe Demokratischer Politiker, um die Alternativen zur DDP zu diskutieren. Zu ihr gehörten Koch-Weser, Bäumer, Lemmer, Külz, Dietrich, August Weber, Höpker-Aschoff und Stephan. Weder in der Wahlkampfauftaktveranstaltung der Berliner Demokraten in der Kroll-Oper am 24. Juli, noch auf der am folgenden Tag stattgefundenen Vorstandssitzung erwähnte Koch-Weser die Verhandlungen mit den Jungdeutschen. Frye, *Liberal Democrats, op. cit.*, S. 163f. Zu den Umständen der Gründung vgl. *ibid.*, S. 155–177.

<sup>89</sup> Staatspartei. *Vossische Zeitung*, 29. Juli 1930, Nr. 179, S. 1.

<sup>90</sup> *Ibid.*

<sup>91</sup> Zustimmung im Lande. *Vossische Zeitung*, 1. August 1930, Nr. 182.

partei komme in Schwung, es gebe „erfolgreiche Versammlungstätigkeit“ und die neue Partei erfahre eine „gute Resonanz“.<sup>92</sup>

Über Einwände vor der entscheidenden Abstimmung im Parteiausschuß der Demokraten zur Beteiligung an der Staatspartei vermerkte das Blatt lediglich protokollarisch, daß Bruno Weil Bedenken wegen der Zusammenarbeit mit den Jungdeutschen aufgrund deren Arierparagraphens geäußert habe und vier Mitglieder sich gegen die Gründung ausgesprochen hätten.<sup>93</sup> Parteimitgliedern, die sich mit der neuen Partei schwer taten, gab das Blatt den Rat: „Wer ehrlich das Ziel will, muß über Empfindlichkeiten, auch wenn sie im Einzelfall gerechtfertigt sein mögen, hinwegkommen.“<sup>94</sup>

Keinerlei Probleme hatte die Vossische Zeitung mit der Person Artur Mahrauns. Vielmehr wurde die Entwicklung des Jungdeutschen Ordens positiv gewürdigt und Mahrauns Weg vom Freikorpsführer zum Mitbegründer der Deutschen Staatspartei als „grader Weg“ bezeichnet.<sup>95</sup> Außerordentlich scharf kritisiert wurde der Parteivorsitzende der DVP, Scholz, wegen seiner Weigerung, die Volkspartei in die Staatspartei zu führen. Hoffte doch die Zeitung, daß sich die DVP unter dem Druck der Entwicklung dem Beitritt in die Staatspartei nicht entziehen könne.<sup>96</sup>

Nach eigenem Bekunden erhielt die Zeitung „zahllose Zuschriften“ zur Staatspartei aus ihrem Leserkreis, jedoch druckte das Blatt lediglich drei Leserbriefe ab, die durchweg nicht skeptisch gehalten waren, sondern eher Erwartungshaltungen an die neue Partei formulierten.<sup>97</sup>

Ähnliche Unterstützung wie die DDP 1928 erhielt die Staatspartei in der Schlußphase des Wahlkampfes 1930: Hinweise auf Abendveranstaltungen mit Rednern der Staatspartei in Berliner Stadtteilen wurden in der letzten Woche bekannt gemacht; Kandidaten und Leser durften auf die Notwendigkeit der Wahl zugunsten der Staatspartei hinweisen, und als einzige Partei schaltete die DStp eine Anzeige in der Vossischen Zeitung.<sup>98</sup> Verwunderlich bleibt, daß am

<sup>92</sup> Eine Woche vor dem Wahltag. Eine Umschau durch die 35 Wahlkreise. *Vossische Zeitung*, 7. September 1930, Nr. 214.

<sup>93</sup> Für die Staatspartei. Demokratische Zustimmung mit allen gegen vier Stimmen. *Vossische Zeitung*, 31. Juli 1930, Nr. 181, S. 1.

<sup>94</sup> Sammlung. *Vossische Zeitung*, 1. August 1930, Nr. 182.

<sup>95</sup> *Ibid.* Vom Freikorps zur Staatspartei. Meilensteine aus den Schriften und Reden Artur Mahrauns. *Vossische Zeitung*, 11. September 1930, Nr. 217. Bereits 1926 hatte die Vossische Zeitung Mahraun ihre Aufwartung gemacht und die Entwicklung des Jungdeutschen Ordens gewürdigt: Was will Mahraun. Gespräch mit dem Jungdeutschen Orden. *Vossische Zeitung*, 27. November 1926, Nr. 284, S. 1.

<sup>96</sup> Gebot der Stunde. *Vossische Zeitung*, 3. August 1930, Nr. 184. Scholz auf ganzer Linie gescheitert. *Vossische Zeitung*, 9. August 1930, Nr. 189. Der Gegensatz. *Ibid.* Sturm gegen Scholz. *Ibid.*

<sup>97</sup> Wohin steuert die Staatspartei? *Vossische Zeitung*, 13. August 1930, Nr. 192.

<sup>98</sup> Vgl. Krieg dem Haß! Der Ruf der Frau. Von Dr. Margarete Edelheim. *Vossische Zeitung*, 21. August 1930, Nr. 199. Wahlanzeige der Staatspartei. *Vossische Zeitung*, 7. September 1930,

Wahltag auf der Titelseite nicht die Parole „Wählt Staatspartei!“, sondern „Wählt republikanisch!“ prangte.

Mit ihrer Berichterstattung hatte die Vossische Zeitung alle inneren und äußeren Widersprüche zur Gründung der Staatspartei geglättet oder verschwiegen. Über das Wahlkampfgeschehen wurde im Stile einer loyalen Parteipresse, die in Wahlkampfzeiten die Reihen fest geschlossen hält, berichtet.

Im Gegensatz zur Vossischen Zeitung enthielt das Berliner Tageblatt seinen Lesern die kritischen Töne zur Gründung der Staatspartei nicht vor. Sehr zurückhaltend war die Reaktion des Blattes in den ersten Meldungen. Unter der Überschrift „Ein Versuch“ wurde in der ersten Stellungnahme bezweifelt, daß die neue Partei eine breite und sichere Basis habe. Ob Mahraun und Bornemann die Masse des Jungdeutschen Ordens mit sich ziehen würden, müsse abgewartet werden. Genaue Kenner der Bewegung hätten versichert, daß der größere Teil der Mitgliedschaft eine sehr starke Wandlung durchmachen müsse, um in dieser Frage zu folgen. Die weiteren Worte und Taten der neuen Partei werde man beobachten und prüfen müssen.<sup>99</sup> Einen Tag später vermerkte das Berliner Tageblatt:

„Wir wünschen der Staatspartei Erfolg, weil wir die Atomisierung der bürgerlichen Mitte und Linken für ein Unglück halten, und wie gesagt, im allgemeinen Interesse des Parteilebens. Darüber geht unsere Beteiligung nicht, wir stehen den vergangenen und kommenden Ereignissen objektiv und ohne jede Bindung gegenüber. Das Mass der tätigen Sympathie, das wir der Staatspartei werden widmen können und wollen, hängt von ihrer weiteren Kandidatenauswahl ab.“<sup>100</sup>

Damit ist die Haltung des Berliner Tageblatts bis zum Wahltermin umrissen. Auf Formulierungen, wie „objektiv und ohne Bindung“ zu sein, wurde mehrmals in den nächsten Wochen zurückgegriffen, insbesondere wurden diese Hinweise Beiträgen von staatsparteilicher Seite vorangestellt.<sup>101</sup> Die explizite redaktionelle Form der Distanzierung gegenüber der Staatspartei war Ausdruck des Unbehagens des Berliner Tageblatts gegenüber den politischen Entwicklungen im liberalen Spektrum. Sie kennzeichnet zugleich die neue Qualität der Beziehung zur Staatspartei und die Form der „Unterstützung“. Der Vergleich mit der Haltung des Berliner Tageblatts gegenüber der Demokratischen Partei in den vorangegangenen Wahlkämpfen verdeutlicht die neue politische Distanz.

In der Frage der Parteiführung der DStP konstatierte das Blatt, in Übereinstimmung mit der Kölnischen Zeitung, ein „Führerproblem“. Für die Führung

---

Nr. 214. Frauen vor den Wahlen. *Vossische Zeitung*, 9. September 1930, Nr. 215. Deshalb Staatspartei. *Ibid.* Deutschland ist erwacht! *Vossische Zeitung*, 11. September 1930, Nr. 217.

<sup>99</sup> Ein Versuch. *Berliner Tageblatt*, 28. Juli 1930, Nr. 351, S. 1f.

<sup>100</sup> Ein Wort zur Gründung der „Staatspartei“. *Berliner Tageblatt*, 29. Juli 1930, Nr. 352.

<sup>101</sup> Vgl. Die Aufgabe der Deutschen Staatspartei. Von Regierungspräs. Dr. F. Friedensburg. *Berliner Tageblatt*, 11. September 1930, Nr. 428, S. 1f. Der Kampf für den Staat. Von Reichsfinanzminister Hermann Dietrich. *Berliner Tageblatt*, 14. September 1930 Nr. 434, S. 1f.

forderten sie eine unbelastete Persönlichkeit.<sup>102</sup> Dies konnten weder Koch noch Mahraun sein. Über letzteren äußerte man sich wenig euphorisch: „Wir sind überzeugt, dass der Hochmeister eine starke Energie besitzt. Was die Klarheit betrifft, hoffen wir, dass er sie im Verlauf des Wahlkampfes nachliefern wird.“<sup>103</sup>

In der entscheidenden Sitzung des demokratischen Parteiausschusses hatte Mahraun erklärt, Antisemitismus in jeglicher Form liege ihm fern. Als er jedoch einen Aufruf an die Jungdeutschen und Volksnationalen erließ, monierte das Berliner Tageblatt, daß er sich nicht zum Antisemitismus geäußert habe, obwohl dieser in den letzten Jahren bisweilen eine Rolle innerhalb der jungdeutschen Bewegung gespielt habe.<sup>104</sup> „Der Aufruf des Herrn Mahraun ist wohl vor allem dazu bestimmt, diejenigen Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, denen die Vereinigung mit der Demokratischen Partei einiges Kopfweh verursacht, um die Einheitsfahne zu scharren. Wobei er offen läßt, zu wieviel Prozent die Fahne schwarzweisrot und zu wieviel sie schwarzrotgold sein darf. Wenn Herr Mahraun sich an die ‚deutschen Menschen‘ wendet, so müssen wir feststellen, dass andere als deutsche Menschen im Deutschen Reiche das Wahlrecht nicht besitzen.“<sup>105</sup>

Damit machte das Berliner Tageblatt zum zweiten Mal den Antisemitismus zum Gegenstand der Erörterung im Wahlkampf, während die beiden anderen großen liberalen Zeitungen eher geflissentlich darüber hinweggingen. Unkommentiert veröffentlichte das Berliner Tageblatt einige Tage später den Artikel Mahrauns aus dem „Jungdeutschen“, in dem er seine Position zum Judentum formulierte.<sup>106</sup>

Das Berliner Tageblatt griff ein zweites Reizthema für die neue Partei auf, das die Vossische Zeitung übergangen hatte: die anti-pazifistische Haltung Mahrauns. In seinem Aufruf an seine „jungdeutschen und volksnationalen Freunde“ setzte sich Mahraun für „die Ausschaltung der internationalen pazifistischen Schwärmer, die dem Reiche so unermesslichen Schaden zugefügt haben“ ein.<sup>107</sup> Damit stieß er die pazifistischen Kreise der Demokraten vor den Kopf.<sup>108</sup> In einer Zuschrift an die Zeitung äußerte sich einer der bekanntesten Vertreter

<sup>102</sup> Das Führungsproblem in der Deutschen Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 29. Juli 1930, Nr. 353, S. 1.

<sup>103</sup> Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 3. August 1930, Nr. 362, S. 1 f.

<sup>104</sup> Mahraun ruft auf. *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1930, Nr. 356. Die Äußerung Mahrauns in der Parteiausschußsitzung zum Antisemitismus wurde im Berliner Tageblatt optisch durch Fettdruck herausgehoben. Vgl. Demokraten für Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 30. Juli 1930, Nr. 365, S. 1 f.

<sup>105</sup> Mahraun ruft auf. *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1930, Nr. 356.

<sup>106</sup> Meine Stellung zum Judentum. *Berliner Tageblatt*, 6. August 1930, Nr. 366.

<sup>107</sup> Mahraun ruft auf. *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1930, Nr. 365.

<sup>108</sup> Zur Rolle des pazifistischen Flügels in der DDP vgl. Karl Holl, ‚Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus? Zur Rolle der Pazifisten in der DDP 1918–1939‘, in Joachim Radkau / Imanuel Geiss (Hrsg.), *Imperialismus im 20. Jahrhundert*, München 1976, S. 171–195; *idem*, ‚Die

der pazifistischen Richtung der DDP, Ludwig Quidde, zu der Stellungnahme Mahrauns.<sup>109</sup> Chefredakteur Wolff sah in den Äußerungen Mahrauns einen peinlichen Ersatz für das fehlende Eingehen auf die politischen Realitäten und die daraus zu entwickelnden Arbeitsaufgaben.<sup>110</sup> Überhaupt sind die Artikel Theodor Wolffs beispiellos in der meisterhaften Wahl ihrer journalistischen Stilmittel:

„Die Demokratische Partei war, mit oder ohne ihr Verschulden – besser gesagt: mit und ohne – ziemlich weit ins Elend geraten und ihr Kleid war so schadhaft geworden, dass eine gewisse Modernisierung dringend notwendig schien. Vielleicht ist es eine Modernisierung, wenn ihr Herr Mahraun den Kranz der Ordensritter auf die Stirne drückt. Unbestreitbar strömt aus dem heiligen Gral auf die neue Staatspartei ein anziehender Glanz. Sie ist eine Vereinigung von Koch-Weser und Parsifal.“<sup>111</sup>

Ernst Feder, innenpolitischer Redakteur und selbst Mitglied des Bezirksvorstands der Demokraten in Berlin-Mitte, ging mit seiner Partei nicht so ironisch ins Gericht. Seine Leitartikel sind durchgezogen vom Geist des Vernunftrepublikaners. Das Pathos der Neugründung fehlte ihm. Er stellte die Gefahr einer Diktatur, die sich permanent des Artikels 48 bedient, in den Vordergrund seiner Betrachtung. Unter den nichtsozialdemokratischen Parteien hätte sich allein die Staatspartei klar gegen den Diktaturgedanken gewandt.<sup>112</sup> Dies blieb aber auch das einzige Argument, das er für eine Stimmabgabe zugunsten der Staatspartei anführte. Persönlich war Feder keinesfalls begeistert von der Staatspartei. Die Gründung hielt er für einen „Dolchstoß“, den Koch und Meyer der Demokratischen Partei versetzt hätten. Der Bezirksverband der DDP in Berlin-Mitte faßte eine Resolution gegen die Gründung der Staatspartei. Am 16. August 1930 notierte Feder in seinem Tagebuch: „Demokratische Partei ist tot; Staatspartei totgeboren.“<sup>113</sup>

Die Berichte über die Entschließungen der verschiedenen demokratischen Organisationen zur Staatspartei offenbarten die Zerrissenheit über deren Gründung. Zustimmung wechselte mit kritischer Einschätzung; der Jungdemokratische Verband Berlin-Brandenburg trat gar aus dem Reichsbund aus und bezeich-

---

Deutsche Demokratische Partei im Spannungsverhältnis zwischen Wehrpolitik und Pazifismus', in *idem* / Wolfgang Wette (Hrsg.), *Pazifismus in der Weimarer Republik*, Paderborn 1981, S. 135–148.

<sup>109</sup> Staatspartei und Pazifisten. Eine Zuschrift von Professor Ludwig Quidde. *Berliner Tageblatt*, 5. August 1930, Nr. 365. Zur Person Ludwig Quiddes vgl. Reinhard Rürup, 'Ludwig Quidde', in Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 124–147; Karl Holl, 'Ludwig Quidde', in *liberal*, 3 (1971), S. 224–229.

<sup>110</sup> Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 3. August 1930, Nr. 362.

<sup>111</sup> *Ibid.*

<sup>112</sup> Um was es geht. *Berliner Tageblatt*, 1. September 1930, Nr. 411, S. 1f. Halbe Antwort. *Berliner Tageblatt*, 10. September 1930, Nr. 427, S. 1f.

<sup>113</sup> Feder, *op. cit.*, S. 261ff. Ende April 1930 notierte Ernst Feder in seinem Tagebuch, nachdem er seinen Artikel zur Lage der DDP fertiggestellt hatte: „Ich fürchte, es nützt nichts mehr, die Partei ist tot, im Lande ebenso wie im Parlament.“ Feder, *op. cit.*, S. 257f.

net den Jungdo in seiner Entschließung als „halbnationalistische und halbanti-semitische Organisation“.<sup>114</sup> Auch wurde die Erklärung der „Vereinigung unabhängiger Demokraten“, ein Kreis demokratischer Politiker, die den Schwenk zur Deutschen Staatspartei nicht mitmachen wollten, veröffentlicht. Sie forderten zur Wahl der Sozialdemokratie auf.<sup>115</sup>

Über Wahlveranstaltungen und Kundgebungen der Staatspartei berichtete das Berliner Tageblatt weiterhin vorrangig. Der Ton war jedoch nüchtern.<sup>116</sup> Gegenüber früheren Wahlen, bei denen sich das Blatt unzweideutig für die Stimmabgabe zugunsten der DDP geäußert hatte, lautete die Aufforderung diesmal, „die Parteien links vom Zentrum“ zu stärken.<sup>117</sup> Konkretisiert wurde diese Empfehlung am Wahltag von Theodor Wolff:

„Der linke Flügel besteht, da der Kommunismus ausscheidet, aus der Deutschen Staatspartei und der Sozialdemokratie. Wir sind in den letzten Tagen oft schriftlich und mündlich gefragt worden, ob man die Deutsche Staatspartei wählen könne, und wir müssen uns mit der Antwort begnügen, dass wir als Aussenstehende nicht zu sagen vermöchten, man solle sie wählen – aber können kann man gewiss.“<sup>118</sup>

Ausdrücklich wurde eine Warnung an die Demokraten gerichtet, die geneigt waren, Zentrum zu wählen. Zwar wurde der staatspolitische Kurs der Zentrumspartei anerkannt, doch sei das Zentrum Gegner eines freiheitlichen Kulturgeistes, und „der unerbittliche Feind einer modernen Erziehung, einer aufklärerischen oder mit neuen Problemen ringenden Literatur“.<sup>119</sup> Die Warnung war auch auf die „Initiative jüdischer Zentrumswähler“ gerichtet. Das Berliner Tageblatt mokierte sich über die „Bescheidenheit“ des jüdischen Kandidaten Kareski, daß er mit dem zehnten Platz auf der Berliner Zentrumsliste

<sup>114</sup> Die Parteien-Bewegung. *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1930, Nr. 357. Volkspartei nach rechts. *Berliner Tageblatt*, 1. August 1930, Nr. 359. Mahrauns Echo. *Berliner Tageblatt*, 2. August 1930, Nr. 361. Zustimmung zur Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 4. August 1930, Nr. 363. Für und wider die Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 5. August 1930, Nr. 365. Jungdemokraten und Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 6. August 1930, Nr. 367. Zum Verhalten der Jungdemokraten zur Frage der Gründung der Staatspartei vgl. Burkhard Gutsleben, ‚Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Liberalismus auf die Krise der 30er Jahre‘, in *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 271 ff.

<sup>115</sup> Unabhängige Demokraten. *Berliner Tageblatt*, 10. September 1930, Nr. 427, S. 1.

<sup>116</sup> Vgl.: Parolen der Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 10. September 1930, Nr. 427. Die Aufgaben der Staatspartei. *Berliner Tageblatt*, 11. September 1930, Nr. 428, S. 1 f.

<sup>117</sup> Halbe Antwort. Von Dr. Ernst Feder. *Berliner Tageblatt*, 10. September 1930, Nr. 427, S. 1 f. Gegen Rechts. Von Helmut Sarwey. *Berliner Tageblatt*, 13. September 1930, Nr. 432, S. 1 f.

<sup>118</sup> Parole: links! *Berliner Tageblatt*, 14. September 1930, Nr. 434, S. 1 f. Eine falsche, indirekte Wiedergabe des Zitats und damit verbundene Fehlinterpretation liegt bei Söseman vor. Dieser bezieht die schriftlichen und mündlichen Anfragen an die Redaktion und die Antwort Theodor Wolffs auf die Möglichkeit, sozialdemokratisch zu wählen. Söseman, *Ende, op. cit.*, S. 108.

<sup>119</sup> *Ibid.*

zufrieden gewesen sei.<sup>120</sup> Nach der Wahl urteilte das Blatt, daß sich anscheinend zahlreiche ehemalige demokratische Wähler nicht an die Warnung gehalten hätten:

„Ohne Zweifel haben für das Zentrum auch viele Demokraten gestimmt, denen die Haltung des Herrn Mahraun gegenüber dem Antisemitismus nicht genügend eindeutig, überhaupt allerlei unklar erscheint, und die sich vorläufig nicht zu dem etwas schwankenden Charaktergebilde der Deutschen Staatspartei bekennen wollen.“<sup>121</sup>

Die Frankfurter Zeitung war in ihrer ersten Reaktion auf die Gründung der Deutschen Staatspartei zurückhaltend: „Die Öffentlichkeit wird zu dieser Deutschen Staatspartei erst wirklich Stellung nehmen können, wenn durch ihren Wahlauftritt ihre politischen Marschlinien bekanntgegeben sind. Ihr Name schon ist in diesem Augenblick ein Versprechen.“<sup>122</sup>

Das Blatt stellte zwei Grundforderungen an die neue Partei. Zum einen sollte sie wirklich mit dem Grundsatz „Staatsvolk, nicht Interessenhaufen“ ernst machen, zum anderen müßte die Kluft zwischen bürgerlichen und proletarischen Schichten überwunden werden.<sup>123</sup> Im ersten Punkt hatte die Frankfurter Zeitung bereits früher die Demokratische Partei massiv kritisiert und aufgefördert, nicht mehr alle Einzelinteressen zugleich zu vertreten.<sup>124</sup> Die zweite Forderung gehörte zur klassischen Programmatik der Demokraten, nämlich die Proklamierung eines sozialen Liberalismus.

Bemerkenswert ist, daß die Frankfurter Zeitung nunmehr bei Gründung der neuen Partei auf Anschluß aus volksparteilichen Kreisen hoffte. Noch im letzten Wahlkampf hatte sie der DVP vorgeworfen, zu sehr den Standpunkt des Besitzes zu betonen, eine Partei des Besitzbürgertums zu sein.<sup>125</sup> Auch hatte das Blatt 1928 im Wahlkampf eindeutig eine Neuaufgabe der Weimarer Koalition und damit eine schärfere Ausgrenzung der Demokraten nach rechts gefordert, während die DDP eine große Koalition unter Einschluß der DVP als Wahlziel formuliert hatte.<sup>126</sup> Gegenüber früheren Positionen war die Frankfurter Zeitung 1930 nach rechts gerückt.

In der Literatur wird für diese veränderte Haltung verschiedentlich der Übergang der Besitzverhältnisse im Verlagshaus verantwortlich gemacht. Im Jahre 1929 hatte die Familie Simon einen Anteil von 35 Prozent verkauft.

<sup>120</sup> Bescheidenheit. *Berliner Tageblatt*, 10. September 1930, Nr. 427.

<sup>121</sup> Anti-Jeremiade. *Berliner Tageblatt*, 16. September 1930, Nr. 436, S. 1.

<sup>122</sup> Deutsche Staatspartei. *Frankfurter Zeitung*, 28. Juli 1930, Nr. 555, S. 1.

<sup>123</sup> *Ibid.*

<sup>124</sup> Ist eine Demokratische Partei notwendig. *Frankfurter Zeitung*, 4. Oktober 1929, Nr. 739, S. 1 f.

<sup>125</sup> Frankfurt, 16. Mai. *Frankfurter Zeitung*, 16. Mai 1930, Nr. 366, S. 1.

<sup>126</sup> Der Wahlentscheidung entgegen. *Frankfurter Zeitung*, 17. Mai 1928, Nr. 368, S. 1. Von den beiden Berliner Blättern hatte die Vossische Zeitung die Forderung nach einer großen Koalition 1928 explizit unterstützt. Ihr entscheidet! *Vossische Zeitung*, 15. Mai 1928, Nr. 115.

Käufer war offiziell die Imprimatur GmbH, deren einziger Gesellschafter der DDP-Politiker und Aufsichtsratsmitglied der I. G.-Farben, Hermann Hummel, war. Hummel handelte im Auftrag des I. G.-Farben Vorstandsvorsitzenden Carl Bosch. Ursache für den Verkauf waren finanzielle Schwierigkeiten der Frankfurter Societätsdruckerei.<sup>127</sup> Ein Beleg für den neuen, unternehmerfreundlichen Kurs sind die Hervorhebung prominenter Unterzeichner aus Wirtschaftskreisen, insbesondere aus den Reihen der DVP, unter den Aufruf der Staatspartei und der Wunsch nach weiteren Unterzeichnern aus diesen Kreisen.<sup>128</sup>

In Akzentuierung und Vokabular der Wahlkampfkommentierungen schlug sich dies gleichfalls nieder. Wirtschaftspolitische und soziale Grundsätze sollten für die neue Staatspartei richtungsgebend sein.<sup>129</sup> Das alleine mag angesichts der sich weiter verschärfenden Wirtschaftskrise lediglich das Gebot der Stunde gewesen sein. Doch dort, wo sich früher die Demokratische Partei als die Partei des Mittelstandes präsentiert hatte, wurde nunmehr einer fach- und sachorientierten Politik das Wort geredet.<sup>130</sup>

Der neue Kurs der Staatspartei brüskierte auch den sozialpolitischen Flügel der Demokraten. Wegen der neuen wirtschaftspolitischen Standortbestimmung der Staatspartei gab der stellvertretende Vorsitzende des demokratischen Parteiausschusses, Erkelenz, seinen Übertritt zu den Sozialdemokraten bekannt. Für seinen Vorwurf, die DDP habe in den letzten Jahren ihre Mithilfe bei dem „Hineinwachsen der Arbeiterschaft in den neuen Staat“ immer mehr verweigert, sah die Frankfurter Zeitung keine ausreichende Begründung. Klagen, der Kurs der Deutschen Staatspartei sei zu stark nach rechts angelehnt, hielt das Blatt für nicht gerechtfertigt.<sup>131</sup>

Für die neue Partei skizzierte die Frankfurter Zeitung eine Art Aufgabentei-

<sup>127</sup> Im Jahre 1930 erwarb die Imprimatur GmbH weitere 14,5%. Weitere 25% gingen 1931 an Carl Friedrich von Siemens. In der Folgezeit wurden einige wichtige Redaktionspositionen neu besetzt: Im Juni 1930 wurde der Berliner Korrespondent Bernhard Guttmann durch Rudolf Kircher ersetzt; im Frühjahr 1931 wurde der Wirtschaftsexperte Arthur Feiler durch Erich Welter ersetzt. Guttmann und Feiler gehörten beide der DDP an; Kircher und Welter waren parteilos. Eksteins sieht in dieser Entwicklung die entscheidenden Gründe für den Kurs der Frankfurter Zeitung nach rechts. Modris Eksteins, 'The Frankfurter Zeitung: Mirror of Weimar Democracy', in *Journal of Contemporary History*, 4 (1971), S. 19–24; *idem*, *The Limits of Reason*, *op. cit.*, S. 196f. u. S. 238. Feder berichtet vom Widerstand Feilers gegen eine mehr „bürgerliche“ Richtung der Zeitung. Feder, *op. cit.*, S. 263. Der These Eksteins widerspricht Gillesen vehement, berichtet aber zugleich von der Forderung Hummels nach Änderungen in der politischen Redaktion und in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Günter Gillesen, *Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*, Berlin 1986, S. 44–57.

<sup>128</sup> Ein Schritt vorwärts. *Frankfurter Zeitung*, 29. Juli 1930, Nr. 557, S. 1. Die Deutsche Staatspartei und ihr nächster Nachbar zur Rechten. *Frankfurter Zeitung*, 30. Juli 1930, Nr. 559, S. 2.

<sup>129</sup> Die neue Partei. *Frankfurter Zeitung*, 30. Juli 1930, Nr. 559, S. 1. Das Ziel des Wahlkampfes. Wen soll man wählen? *Frankfurter Zeitung*, 9. September 1930, Nr. 666, S. 1.

<sup>130</sup> Zur Mittelstandswerbung vgl. Anzeige der DDP. *Frankfurter Zeitung*, 28. Mai 1928, Nr. 374, S. 7.

<sup>131</sup> Erkelenz wird Sozialdemokrat. *Frankfurter Zeitung*, 30. Juli 1930, Nr. 559, S. 2.

lung. Für die wirtschaftliche Kompetenz wünschte man sich die Unterstützung der Finanz- und Industriekreise; für frischen Wind und die Mobilisierung sollten die Jungdeutschen und jungen Volksparteiler sorgen. Wirtschaftliche Fragen hatten in der jungdeutschen Ideologie nicht gerade einen bedeutenden Stellenwert. Die Ausführungen Mahrauns dazu wurden als „nicht ganz ausreichend“ angesehen.<sup>132</sup> Darüber hinaus scheint man Mahraun und seiner Bewegung nicht mehr Gestaltungsmöglichkeiten zgedacht zu haben, denn die Forderung nach „neuen Führern“ – ohne die Nennung seines Namens – kommt einer Absage gleich.<sup>133</sup>

Daß die DStp nicht auf der Grundlage ungetrübter politischer Zusammenarbeit der einzelnen Partner stand, war auch der Frankfurter Zeitung deutlich zu entnehmen. Insbesondere das Vokabular Mahrauns und seine Angriffe gegen die Pazifisten in der DDP offenbarten dies: „Wie wenig leicht freilich sehr vielen Demokraten der Übergang in das Neue, in die Deutsche Staatspartei gemacht wird, das zeigt der Aufruf Mahrauns an seine bisherige Gefolgschaft, der nur allzusehr das Wort bestätigt, daß die einzelnen Teile dieser Partei vorläufig noch eine sehr unterschiedliche Sprache sprechen.“<sup>134</sup> Doch statt die Gegensätze publizistisch zu verschärfen, versuchte die Frankfurter Zeitung die Wogen zu glätten und forderte die verschiedenen Partner auf, „im liberalen Geiste“ einander zu ertragen.<sup>135</sup> Für die geschmähten Pazifisten durfte Professor Martin Rade erklären, warum er, trotz aller Einwände, sich als Pazifist der Staatspartei angeschlossen habe.<sup>136</sup>

Die Frage des Antisemitismus unter den Jungdeutschen spielte in der Berichterstattung keine Rolle. Zwar wurde erwähnt, daß es Vorbehalte gegen die Jungdeutschen in der Rassenfrage gebe, und es wurde Mahrauns Verlautbarung zu seiner Haltung in der Frage des Antisemitismus genannt, doch eine weitere Thematisierung blieb aus.<sup>137</sup> Mehr Sorgen machte sich das Blatt darüber, daß den „fortschrittlichen und gutwilligen Kreisen der Volkspartei der Weg nach links bisher nicht gerade leicht gemacht worden“ sei.<sup>138</sup>

Im Vergleich zu früheren Jahren wurde gegenüber den Sozialdemokraten ein härterer Ton angeschlagen. Kurz vor der Wahl wurde die SPD als stur und als konservativste Partei bezeichnet, das Verhalten in der Panzerkreuzerfrage sei jämmerlich gewesen, und den für Deutschland entscheidenden finanziellen Problemen hätten sie hilflos gegenüber gestanden.<sup>139</sup> Aus ihrer Enttäuschung, daß die Erweiterung nach rechts nicht gelang, machte das Blatt keinen Hehl.

<sup>132</sup> Mahraun über die Staatspartei. *Frankfurter Zeitung*, 11. September 1930, Nr. 676, S. 1 f.

<sup>133</sup> Frankfurt, 31. Juli. *Frankfurter Zeitung*, 31. Juli 1930, Nr. 561, S. 1.

<sup>134</sup> *Ibid.*

<sup>135</sup> *Ibid.*

<sup>136</sup> Pazifismus und Staatspartei. *Frankfurter Zeitung*, 9. September 1930, Nr. 671, S. 1 f.

<sup>137</sup> Der Anfang. *Frankfurter Zeitung*, 31. Juli 1930, Nr. 563, S. 1. Mahraun über die Staatspartei. *Frankfurter Zeitung*, 11. September 1930, Nr. 676, S. 1 f.

<sup>138</sup> Der Anfang. *Frankfurter Zeitung*, 31. Juli 1930, Nr. 563, S. 1.

<sup>139</sup> S. P. D. – die Partei der Jugend? *Frankfurter Zeitung*, 12. September 1930, Nr. 681, S. 1.

Ihre Leser forderte die Frankfurter Zeitung mehrfach auf, für die Deutsche Staatspartei zu stimmen.<sup>140</sup> Aus den Formulierungen des Blattes wird deutlich, daß es versuchte, den befürchteten Abwanderungstendenzen von der DStp entgegenzuarbeiten.

„Es bleiben die Sozialdemokratie, das Zentrum und zwischen diesen beiden die Staatspartei. Sozialdemokraten und Zentrum fußen heute noch auf einem Kerne von glaubensmäßig fest an sie gebundenen Wählern. Soll man nicht-gebundenen Wählern zwischen ihnen empfehlen, nach links oder rechts, zur Sozialdemokratie oder zum Zentrum, sich jenen Massen anzuschließen? Wir sind der Ansicht, daß dies nicht dem Ziel dieses Wahlkampfes, nicht der besonderen Situation dieser Stunde entspräche – und daß ihnen, hier wie dort, Enttäuschung drohte.“<sup>141</sup>

### 3.6.4 Die Reichstagswahlen 1932

Als die Wähler Ende Juli 1932 zu den Wahlurnen schritten, hatte sich die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändert. Bei den Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg im April des Jahres hatte die NSDAP überall große Stimmengewinne erzielen können. In Preußen hatte die seit 1925 regierende Weimarer Koalition unter Otto Braun (SPD) die Mehrheit verloren, Ende Mai war das Kabinett Brüning entlassen und durch ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ unter Franz von Papen ersetzt worden. Und elf Tage vor dem Wahltermin erfolgte der „Preußenschlag“ von Papens und Schleichers: die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung und die Einsetzung eines Reichskommissars.

Angesichts dieser Entwicklung traten auf republikanischer Seite Parteiprogramme in den Hintergrund. Es ging allein darum, dem Rechtsradikalismus den parlamentarischen Weg zur Alleinherrschaft zu versperren: „Gegen Diktatur – für Freiheit!“ lautete die Parole des Berliner Tageblatts am Wahltag.<sup>142</sup>

„Wähler und Wählerinnen, ihr habt heute vielleicht zum letzten Male die Möglichkeit, selbst über euer Schicksal, über das Schicksal Deutschlands und über euer eigenes zu bestimmen. Wenn der Nationalsozialismus triumphiert und von nun ab heute noch mehr als bisher schon der mit ihm verbündeten Reaktion seinen Willen diktieren kann, dann werdet ihr solange diese Herrschaft dauern wird, nicht mehr zur Wahl gehen, nicht mehr eure Meinung in die Waagschale werfen dürfen – dann wird man die letzten Reste eurer Freiheit und

<sup>140</sup> Der vierzehnte – und danach. *Frankfurter Zeitung*, 12. September 1930, Nr. 679, S. 1. Um was es geht. *Frankfurter Zeitung*, 14. September 1930, Nr. 685, S. 1.

<sup>141</sup> Wen sollen wir wählen. *Frankfurter Zeitung*, 7. September 1930, Nr. 666, S. 1 f.

<sup>142</sup> Gegen Diktatur – für Freiheit! *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1932, Nr. 360, S. 1. Die Vossische Zeitung schrieb nach dem Sturz Brünings und der Ansetzung von Neuwahlen: „Die Staatsmacht liegt seit dem 1. Juni in den Händen der Schicht, die im November 1918 kampflos das Trümmerfeld geräumt hatte.“ Fieberwahl. *Vossische Zeitung*, 9. Juni 1932, Nr. 275, S. 1.

eurer Bürgerrechte zerschlagen und mit den brutalen Mitteln, die ihr kennt, euch zu dumpfem Gehorsam, zu schweigender Unterwerfung zwingen.“<sup>143</sup>

In einem entscheidenden Wahlkampf über Erhalt oder Zerstörung der Republik forderte das Berliner Tageblatt auf, für SPD, Zentrum oder Deutsche Staatspartei zu stimmen (die Nennung geschah in der Reihenfolge der Listenplatzierung).<sup>144</sup> Damit war der Kreis der empfohlenen Parteien gegenüber 1930 um das Zentrum erweitert worden.<sup>145</sup> Dafür war nicht zuletzt die Person Brünings ausschlagend, der bei den liberalen Zeitungen nicht unbedingt beliebt war. Zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität billigten sie jedoch seinem Präsidialkabinett von Anfang an einen Vertrauensvorschuß zu. In erstaunlich hohem Maße war die Bereitschaft zur Unterordnung unter seine Führung vorhanden. Entsprechend fielen Anerkennung und Unterstützung für seine Person und Politik aus.<sup>146</sup>

„Der rauschende Erfolg, den Brüning im deutschen Westen und Süden wie in Berlin weit über die Reichweite seiner eigenen Partei hinaus bei den Massen hat, ist der Beweis dafür, dass das Volk an der Verwandlung des Mannes, der vordem wie ein Fremdling vor der Öffentlichkeit stand, den Umfang der Verwandlung der Situation in Deutschland begriffen hat.“<sup>147</sup>

Solange Brüning nicht bereit war, mit Hugenberg und Hitler zu kooperieren, war er in der Öffentlichkeit der letzte Garant gegen eine Diktatur. Weiterer begünstigender Faktor für die Profilierung Brünings war die Schwäche der beiden anderen Parteien der früheren Weimarer Koalition. Die Sozialdemokraten verharrten in der Opposition, die Deutsche Staatspartei war – nach dem Auszug der volksnationalen und jungdeutschen Parlamentarier aus der Fraktion – auf den Rang einer Splitterpartei gesunken. In der Öffentlichkeit trat die DStp bestenfalls noch durch Hermann Dietrich, der Vizekanzler und zunächst Wirtschafts- dann Finanzminister im Kabinett Brünings war, in Erscheinung.

Den immer wieder auftauchenden Überlegungen zum Zusammenschluß der Mittelparteien erteilte das Berliner Tageblatt eine Absage.<sup>148</sup> Das Blatt bedauerte

<sup>143</sup> Um alles! *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1932, Nr. 360, S. 1.

<sup>144</sup> Demokratie gegen Diktatur. *Berliner Tageblatt*, 30. Juli 1932, Nr. 359, S. 1. Tag der Entscheidung. *Berliner Tageblatt*, 31. Juli 1932, Nr. 360, S. 1.

<sup>145</sup> Bereits zur Preußenwahl im April des Jahres hatte das Berliner Tageblatt eine Wahlempfehlung zugunsten der drei Parteien ausgesprochen. Wie wird gewählt? *Berliner Tageblatt*, 23. April 1932, Nr. 192.

<sup>146</sup> Das Verhältnis zwischen Brüning und liberaler Presse war, wie man sich denken kann, keineswegs spannungsfrei. Als publizistische Verteidiger der Politik Brünings fühlten sich die liberalen Zeitungen mitunter vom Kanzler im Stich gelassen. Zur Beurteilung Brünings und seiner Politik vgl. Bosch, *op. cit.*, S. 107–115; Eksteins, *The Limits of Reason*, *op. cit.*, S. 215 ff.; Sösemann, *Ende*, *op. cit.*, S. 79 ff. Zur wohlwollenden Beurteilung Brünings durch Julius Elbau, *ibid.*, S. 117.

<sup>147</sup> Wider die Willkür. *Berliner Tageblatt*, 30. Juli 1932, Nr. 359, S. 1.

<sup>148</sup> Zusammenschluss der Mittelgruppen. Von Dr. F. Friedensburg, Regierungspräsident in Kassel. *Berliner Tageblatt*, 30. April 1932, Nr. 204, S. 1f. Friedensburg gehörte der Deutschen

hingegen außerordentlich, daß es zur Reichstagswahl im Juli 1932 zu keiner Listenverbindung zwischen der Staatspartei und den Sozialdemokraten gekommen war.<sup>149</sup>

Nach dem Ausgang der Preußenwahl rückten wahltaktische Überlegungen zur Staatspartei immer mehr in den Vordergrund. Die Erfahrung, daß die DVP mit weniger Stimmen mehr Mandate als die DStp erreicht hatte, ließ die linksliberale Presse und die Partei mit dem Wahlrecht hadern.<sup>150</sup> Wie bereits in der jüdischen Presse bestimmten Überlegungen die Diskussion, wo die Deutsche Staatspartei überhaupt noch ein Reichswahlkreismandat erringen könne.

Der Staatspartei-Peter Reinhold versicherte im Berliner Tageblatt, daß seine Partei berechnete Aussichten habe, jeweils ein Mandat in Gross-Berlin, Hamburg, Sachsen und Württemberg-Baden zu erringen. Zu der Aufforderung, in den anderen Gebieten die Wahl von Zentrum oder SPD zu empfehlen, hatte sich die DStp nicht durchringen können. Auf subtile Art forderte Reinhold auch die Wähler dieser Gegenden auf, die Deutsche Staatspartei zu wählen: „... dort muß jeder nach seiner Überzeugung und seinem Gewissen die Entscheidung treffen, ob ihm als politisches Ziel die Erhaltung und Stärkung einer freiheitlichen Bürgerpartei, die für die Zukunft unseres Landes eine Lebensnotwendigkeit ist, wichtiger erscheint als die relativ beste Sicherung seiner Stimme“.<sup>151</sup>

Trotz des enormen Stimmenzuwachses für die Nationalsozialisten wurde der Wahlausgang in der liberalen Presse als Erfolg gewertet. Das deutsche Volk habe sich klar gegen den deutschen Faschismus entschieden; der Nationalsozialismus habe seinen Höhepunkt erreicht, ja zum Teil bereits überschritten.<sup>152</sup> In der Sonntagsbeilage des Berliner Tageblatts, „Die Brücke“, wurden über zwei Ausgaben hinweg die Konsequenzen aus dem Wahlausgang von Leserseite

---

Staatspartei an. Anfang 1931 versuchte er, durch Bildung einer „staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ den Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei neuen Auftrieb zu verleihen. Zu den Reaktionen auf den Artikel Friedensburgs vgl. Larry Eugene Jones, ‚Sammlung oder Zersplitterung? Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei‘, in *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1977), S. 272f. u. S. 282f. Zu allen weiteren Versuchen, eine neue Mittelpartei zwischen 1930 und 1933 zu gründen, siehe *ibid.*

<sup>149</sup> Die Deutsche Staatspartei in Berlin und Potsdam II. *Berliner Tageblatt*, 29. Juli 1932, Nr. 356, S. 1.

<sup>150</sup> Bei der Landtagswahl in Preußen hatte die DVP mit 330 807 Stimmen sieben Mandate erhalten, die DStp hingegen mit 332 441 Stimmen lediglich 2 Mandate. Vor der Tür. *Berliner Tageblatt*, 26. April 1932, Nr. 196, S. 1f. Das Berliner Tageblatt beklagt in diesem Artikel die laue Haltung bürgerlicher Kreise hinsichtlich der Wahlteilnahme: „Im übrigen muss man konstatieren, dass nicht wenige Bürger, die ihre republikanische Staatsgesinnung zu betonen pflegen, leider gerade vor einem entscheidenden Wahltag dringend ihre Frühlingsreise antreten müssen, da es ja ,auch ohne uns gehen wird‘.“

<sup>151</sup> Die Deutsche Staatspartei in Berlin und Potsdam II. *Berliner Tageblatt*, 29. Juli 1932, Nr. 356, S. 1.

<sup>152</sup> Am Tag danach. *Vossische Zeitung*, 2. August 1932, Nr. 367–368, S. 1f. *Die Brücke des Berliner Tageblatts*. 4. Beiblatt, 7. August 1932, Nr. 32. Keine Mehrheit der Rechten. *Frankfurter Zeitung*, 1. August 1932, Nr. 568, S. 1.

diskutiert. Die meisten Zuschriften bestätigten die Auffassung des Blattes und waren in einem warnenden, aber optimistischen Ton gehalten.<sup>153</sup>

Als im September erneut der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen angesetzt wurden, ging es dem Berliner Tageblatt nach der Verhinderung des totalen Erfolges der NSDAP folgerichtig nun darum, dem Nationalsozialismus „die vernichtende Niederlage zu bereiten“.<sup>154</sup> Erneut wurde aufgefordert, für eine der Parteien der Weimarer Koalition zu stimmen.<sup>155</sup> Doch im nunmehr fünften Wahlkampf des Jahres registrierte das Blatt eine gewisse Wahlmüdigkeit.<sup>156</sup>

Die Frankfurter Zeitung kritisierte den Entschluß der Deutschen Staatspartei, zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 in allen Reichswahlkreisen mit einer eigenen Kandidatenliste anzutreten. Eine Beschränkung auf die Wahlkreise mit einigermaßen guten Aussichten auf einen Erfolg hätte es ermöglicht, die Energie zu konzentrieren. Zudem sei den Wählern in den schwachen Staatspartei-Wahlkreisen der Gewissenskonflikt erspart geblieben.<sup>157</sup>

Geradezu als Selbsttäuschung der Frankfurter Zeitung ist die im gleichen Artikel präsentierte Analyse über die parlamentarische Schwäche der DStp zu werten. Zum erneuten Male wurde das Wahlrecht für die schwache numerische Vertretung der Partei im Parlament verantwortlich gemacht.<sup>158</sup> Während Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei völlig in der Auflösung begriffen seien, könne – so überraschend das Blatt – bei der Staatspartei davon keine Rede sein.

„Trotz aller Rückgänge bei den Wahlen der letzten Jahre haben ihre organisierten Anhänger sie nicht verlassen(!), und es sind neue Kräfte zu ihr gestoßen(!). Diese innere Festigkeit der Deutschen Staatspartei zeigt offensichtlich, daß an ihrem Platz im politischen Leben Deutschlands immer noch ein lebendiges Bedürfnis nach einer Partei dieser Art vorhanden ist.“<sup>159</sup>

Der Leitartikel der Frankfurter Zeitung forderte eine Zuschrift des badischen Staatsparteilers Leopold Neumann heraus, der die Position der Parteileitung rechtfertigte, überall anzutreten. Die Redaktion berichtete von einer großen Zahl von Zuschriften, die sie erhalten hätte, von denen viele die Position des

<sup>153</sup> *Die Brücke des Berliner Tageblatts*, 4. Beiblatt, 7. u. 14. August 1932, Nr. 32 u. 33.

<sup>154</sup> Keine Wahlmüdigkeit! *Berliner Tageblatt*, 6. November 1932, Nr. 528, S. 1.

<sup>155</sup> *Ibid.*

<sup>156</sup> Der matte Wahlkampf. *Berliner Tageblatt*, 5. November 1932, Nr. 526. Die roten Früchte. *Berliner Tageblatt*, 6. November 1932, Nr. 528, S. 1f. Neben den beiden Reichstagswahlen und den Landtagswahlen in zahlreichen Ländern im April wurde 1932 in zwei Wahlgängen der Reichspräsident gewählt.

<sup>157</sup> Frankfurt, 17. Juli 1932. *Frankfurter Zeitung*, 17. Juli 1932, Nr. 529, S. 1f.

<sup>158</sup> Alle drei Zeitungen unterstützten die Forderung der Deutschen Staatspartei nach Abschaffung des Listen- zugunsten des Persönlichkeitswahlrechts. Bosch, *op. cit.*, S. 39. Zur Haltung der Demokraten und der anderen Parteien in der Frage der Wahlreform vgl. Eberhard Schanbacher, *Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1983, S. 189ff.

<sup>159</sup> Frankfurt, 17. Juli 1932. *Frankfurter Zeitung*, 17. Juli 1932, Nr. 529, S. 1f.

Blattes teilen würden. Erneut gab die Frankfurter Zeitung den Rat, in den aussichtslosen Wahlkreisen der Staatspartei für eine der beiden großen republikanischen Parteien zu stimmen.<sup>160</sup> Noch konkreter wurde das Blatt einige Tage später. Auf weitere Zuschriften antwortete die Frankfurter Zeitung mit dem Hinweis, daß es auch mit Hilfe von Wahlscheinen durchaus möglich sei, sich in die Wahlkreise zu begeben, in denen die Staatspartei Aussichten auf die Erringung eines Mandats habe. Namentlich verwies sie auf die Stimmbezirke im Norden Hamburgs und Schleswig-Holsteins, im Süden Württembergs und Badens.<sup>161</sup>

Als es nach den Juliwahlen zu Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum kam, wertete die Zeitung dies als Akt staatspolitischer Einsicht. Jedoch favorisierte das Blatt neben den beiden Möglichkeiten – Neuwahl oder schwarzbraune Koalition – einen dritten Weg. Sie redete der Realisierung des von der Präsidentialregierung vorgelegten Wirtschaftsprogramms das Wort. Der Reichstag solle sich als Plenum vertagen, die praktische Arbeit in den Ausschüssen weiterlaufen.<sup>162</sup>

Zu den Wahlen im November äußerte sich die Frankfurter Zeitung mit einer veränderten Akzentuierung. Wahlempfehlungen zugunsten der beiden großen republikanischen Parteien in den schwachen Wahlkreisen der Staatspartei unterblieben. Bestimmend war die Furcht vor dem endgültigen Untergang der Mitte: „Unsere Hoffnung auf ein innerlich freies, selbstbewußtes Bürgertum muß notwendig sich sehr ins Weite richten. Aber wer könnte wünschen, daß der Ort, wo dieses Bildnis einst aufgerichtet war, und nun kahl daliegt, gänzlich verschüttet würde?“<sup>163</sup>

Sicherlich waren es kein politischer Aufwind oder neue Impulse, die die Frankfurter Zeitung veranlaßten, die Chancen der Staatspartei für die nächste anstehende Wahl optimistischer zu beurteilen.<sup>164</sup> Dies resultierte aus der Kritik an den beiden großen republikanischen Parteien. Den Sozialdemokraten wurde vorgeworfen, in einer ausgesprochenen Oppositionsstellung zu verharren.<sup>165</sup> Dem Zentrum wurde zwar eine staatspolitische Berechtigung für den Versuch einer Verständigung mit den Nationalsozialisten zuerkannt, doch vermerkte das

<sup>160</sup> Die Wähler der Staatspartei. *Frankfurter Zeitung*, 22. Juli 1932, Nr. 540–541, S. 3.

<sup>161</sup> Staatsparteiliche Anfragen. *Frankfurter Zeitung*, 27. Juli 1932, Nr. 555, S. 2.

<sup>162</sup> Frankfurt, 2. September 1932. *Frankfurter Zeitung*, 2. September 1932, Nr. 656, S. 1f.

<sup>163</sup> Kleine Gewissensforschung. *Frankfurter Zeitung*, 30. Oktober 1932, Nr. 814, S. 1f.

<sup>164</sup> Wählen oder Nichtwählen? Wählen! *Frankfurter Zeitung*, 5. November 1932, Nr. 828–829, S. 1.

<sup>165</sup> Gesichtspunkte für den 6. November. *Frankfurter Zeitung*, 3. November 1932, Nr. 824, S. 1. Die von der SPD eingebrachten Anträge zur Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, des Bergbaus, der Eisenindustrie, der Großchemie und der Großbanken fanden in der Öffentlichkeit kaum Widerhall, dürften jedoch die Frankfurter Zeitung in ihrer Position bestärkt haben. Vgl. auch Matthias, *op. cit.*, S. 146.

Blatt am Wahltag kritisch, daß der stellvertretende Vorsitzende des Reichszentrums, Joos, kein Wort der Kritik an Hitler im Wahlkampf geäußert habe.<sup>166</sup>

Die Frankfurter Zeitung empfahl die Wahl von Zentrum, Staatspartei oder Sozialdemokraten, jedoch mit einer eindeutigen Akzentuierung zugunsten der Staatspartei: „So bleiben nur diese drei: Staatspartei, Zentrum und Sozialdemokratie. Daß uns von diesen die Staatspartei aus ihrer Herkunft und wegen ihrer Zielsetzung am nächsten steht, bedarf keiner besonderen Erwähnung.“<sup>167</sup>

Auch in der Vossischen Zeitung wirkte der Schock des Wahlausgangs der Landtagswahl in Preußen nach. Doch im Gegensatz zur Frankfurter Zeitung, die hauptsächlich in eine wahltaktische Diskussion verfiel, sah die Vossische Zeitung den Mißerfolg nicht allein im Rückgang der Wählerstimmen und im Wahlsystem begründet, sondern meinte, der Wahlausgang demonstriere in eindeutiger Anschaulichkeit den Verfall der Partei.<sup>168</sup>

„Nach dem Ergebnis des 24. April ist ein Wiederaufbau der Staatspartei nicht mehr möglich – nicht möglich in der bisherigen Organisationsform, mit der gewohnten Propagandamethode, durch ihre heutige Leitung.“<sup>169</sup>

Das Blatt verwies auf die Bedeutung von Führerpersönlichkeiten im Parteiensystem. Eine solche besäße die Partei in Hamburg mit Carl Petersen; die Hamburger Staatspartei sei die Partei Petersens, daher sei das Ergebnis dort erfreulich ausgefallen. Die Deutsche Staatspartei hatte bei der Bürgerschaftswahl im April 1932 ihre Stimmenzahl gegenüber der Wahl im September 1931 um über 17 000 Stimmen auf 84 139 erhöhen können. Die Zahl der Mandate vermehrte sich um vier auf 18. Die Person Petersens, so die Meinung der Vossischen Zeitung, sei jedoch nicht ohne weiteres auf das Reich zu verpflanzen. Weiteren Sammlungsbestrebungen der Mitte wurde eine Absage erteilt: „Eine Addition von Splittern ergibt keinen Balken.“<sup>170</sup>

Dieser Artikel provozierte zahlreiche Leserbriefe sowie weitere Gastbeiträge. Die Hamburger Parteiorganisation mit Petersen an der Spitze wurde zum nachahmenswerten Beispiel stilisiert, wie die Partei sich regenerieren könnte. Nach Hamburger Angaben hatte die Staatspartei nach der Niederlage in der Reichstagswahl 1930 ihre Mitgliederzahlen verdoppeln können.<sup>171</sup> Auf diese Leistung verwies auch der ehemalige Senator Stubmann. Der organisatorische Neuaufbau, so Stubmann, sei der Schlüssel zum Erfolg. Zugleich kritisierte er andere Wahlkreisverbände, namentlich Schleswig-Holstein und Hannover, in denen von der Staatspartei nicht mehr viel zu merken gewesen sei. Die

---

<sup>166</sup> Vertrauensselig . . . Zentrumsführer Joos hat kein Wort gegen Hitler. *Frankfurter Zeitung*, 6. November 1932, Nr. 831–832, S. 3.

<sup>167</sup> Demokratie – die deutsche Lösung. *Frankfurter Zeitung*, 4. November 1932, Nr. 825–826, S. 1.

<sup>168</sup> Partei im Sinken. *Vossische Zeitung*, 28. April 1932, Nr. 203, S. 1 f.

<sup>169</sup> *Ibid.*

<sup>170</sup> *Ibid.*

<sup>171</sup> Das Hamburger Beispiel. *Vossische Zeitung*, 6. Mai 1932, Nr. 217.

Hamburger Partei habe mit der Betonung, daß sie die einzige bürgerliche Partei sei, die den Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisiere, kleinmütigen Anwendungen der Wähler stark entgegengewirkt.<sup>172</sup>

Ähnlich sah es in den Leserbriefspalten aus; hier regierte bei aller Kritik das Prinzip Hoffnung. War man in den ersten Wochen nach der Preußenwahl mit den Gründen für die Niederlage beschäftigt – dabei verfiel man unter anderem in eine unfruchtbare, spekulative Diskussion, ob nun letzten Endes die SPD von der Staatspartei oder umgekehrt durch eine Wählerwanderung profitiert habe – so stellte sich durch die plötzlich angesetzte Neuwahl des Reichstags wiederum die Frage nach den Erfolgsaussichten der Staatspartei.<sup>173</sup>

Als der Heidelberger Professor und Mitbegründer der DDP, Alfred Weber, in einem Leserbrief die Wahl des Zentrums für die anstehende Reichstagswahl empfahl, reagierte die Leserschaft heftig.<sup>174</sup> Alle sieben abgedruckten Leserbriefe der nachfolgenden Sonntagsausgaben sprachen sich eindeutig gegen das Ansinnen Webers aus. In der Ausgabe vom 31. Juli bekräftigte Weber seinen Standpunkt und beklagte sich über die teilweise mit „gewissem Pathos und stark persönlicher Note“ gegen ihn abgedruckten Zuschriften. Dem Brief Webers standen erneut zwei Darstellungen gegenüber, die sich zugunsten der Staatspartei äußerten.<sup>175</sup>

Die Vossische Zeitung äußerte sich nach Bekanntwerden des Neuwahltermins angesichts der von ihr angefachten Diskussion skeptisch zu den Wahlaussichten. Sie vertrat den Standpunkt, „daß ein Auftreten der Staatspartei in den kommenden Wahlkämpfen nur unter Kautelen möglich wäre, die jeden Stimmenverlust mit völliger Gewißheit ausschließen.“<sup>176</sup> Ein derart rigoroses Kriterium ließ sich nicht aufrechterhalten. Nur unter Selbstaufgabe der Partei und bei Eintritt in eine Listenverbindung war ein Stimmenverlust zwar nicht unter völliger, jedoch unter annähernder Gewißheit auszuschließen. Dieser Option standen etliche Leserbriefe entgegen, die eine schärfere Abgrenzung der Liberalen gegenüber Zentrum und Sozialdemokraten forderten.

Der Macht der Realitäten fügte sich das Blatt. Als klar wurde, daß die DStp ohne Listenverbindung in den Wahlkampf ging, unterstützte die Vossische Zeitung erneut die Staatspartei in einem Umfang, der im Vergleich zu den beiden anderen liberalen Tageszeitungen als massiv und eindeutig zu bezeichnen ist. Aus den Reihen der Parteiprominenz veröffentlichte das Blatt Beiträge von Dietrich

<sup>172</sup> Partei im Tal. *Vossische Zeitung*, 8. Juni 1932, Nr. 274.

<sup>173</sup> Zu den Leserbriefen vgl. Briefe an die *Vossische Zeitung*. 1. Mai 1932, Nr. 209; 19. Juni 1932, Nr. 293; 26. Juni 1932, Nr. 305; 17. Juli 1932, Nr. 341; 24. Juli 1932, Nr. 353; 31. Juli 1932, Nr. 365.

<sup>174</sup> Alfred Weber, Bruder von Max Weber, gehörte zu den Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs der Deutschen Demokratischen Partei im Berliner Tageblatt und war Stadtrat in Berlin gewesen. Hamilton, *Who voted for Hitler?*, op. cit., S. 561, Anm. 38.

<sup>175</sup> Briefe an die *Vossische Zeitung*. 17. Juli 1932, Nr. 341; 24. Juli 1932, Nr. 353; 31. Juli 1932, Nr. 365.

<sup>176</sup> Partei im Tal. *Vossische Zeitung*, 8. Juni 1932, Nr. 274.

Graue, Carl Petersen und Peter Reinhold; aus den Kreisen der Jungen Volkspartei wurde die Aufforderung verbreitet, Staatspartei zu wählen, da die Volkspartei nun endgültig zum „Beiwägelchen der Rechten“ geworden sei. Der Berliner Theologieprofessor Titius erklärte den Lesern, warum es noch lohne, für die Staatspartei zu stimmen, und sowohl aus Süddeutschland als auch der Niederlausitz wurde vermeldet, daß die Entscheidung, eigenständig in den Wahlkampf zu ziehen, mit Genugtuung aufgenommen wurde.<sup>177</sup>

Als einzige Partei besaß die Staatspartei am Wahltag eine Anzeige in der Voss. Aus den Reihen der Redaktion verfaßte der ehemalige demokratische Stadtverordnete Erich Eyck ein ausführliches Plädoyer zugunsten der DStp. Eyck war Mitglied der Deutschen Staatspartei und saß im Hauptvorstand des Centralvereins.<sup>178</sup> In seinem Beitrag grenzte er sehr eindeutig die DStp gegenüber Zentrum und SPD ab.<sup>179</sup> Warnend wandte sich das Blatt am Wahltag an die Wähler: „Von wenigen Stimmen kann das Schicksal zweier Mandate abhängen. Die deutsche Staatspartei zum Beispiel hat bei der Preußenwahl im Wahlkreisverband Berlin-Potsdam II rund 75 000 Stimmen erhalten und damit nicht nur ein Grundmandat, sondern auch ein Mandat auf der Landesliste erzielt. Anhänger der Staatspartei, die ‚um sicher zu gehen‘, einer anderen republikanischen Partei ihre Stimme geben, gefährden dadurch zwei Mandate, die sonst sicher wären.“<sup>180</sup>

Zu den Novemberwahlen richtete die Vossische Zeitung eine „Wahlkampf-Tribüne“ ein. Während der letzten Woche vor der Abstimmung veröffentlichte das Blatt auf der Titelseite Beiträge folgender Personen: Eugen Bolz, württembergischer Staatspräsident und Sprecher des Zentrums, Curt Hoff, Industrieller und ehemaliger DVP-Abgeordneter, Carl Petersen (Staatspartei) und Rudolf Hilferding (SPD).<sup>181</sup>

Im Vorwort zum letzten Beitrag der Reihe wurde vermerkt, daß die Zeitung den eigenen Standpunkt abschließend zum Ausdruck bringen werde. Dies geschah in einem Artikel mit der Überschrift „Die Heimatlosen“.<sup>182</sup> Erneut wurde eine eindeutige Aufforderung zur Wahl der Staatspartei ausgesprochen. Scharf wurde die Trennungslinie gegenüber SPD und Zentrum gezogen. Damit folgte man den Bestrebungen der Partei, in Zukunft das Heil nicht in Anlehnung an die beiden großen republikanischen Parteien, sondern in kämpferischer

<sup>177</sup> Süddeutschland vor der Wahl. *Vossische Zeitung*, 26. Juli 1932, Nr. 355. Die liberale Strömung in der Lausitz. *Ibid.*, Nr. 356. Es lohnt noch! *Vossische Zeitung*, 27. Juli 1932, Nr. 358. Spricht zur Jugend. Von Dietrich Graue. *Vossische Zeitung*, 28. Juli 1932, Nr. 359. Im Geiste Friedrich Naumanns. Von Bürgermeister Dr. Carl Petersen. *Vossische Zeitung*, 29. Juli 1932, Nr. 362. Und im Geiste Stresemanns, *ibid.* Freiheit. Von Dr. Peter Reinhold. *Vossische Zeitung*, 31. Juli 1932, Nr. 365, S. 1 f.

<sup>178</sup> Lowenthal, *op. cit.*, S. 58; Walk, *op. cit.*, S. 84.

<sup>179</sup> Trotz allen Staatspartei. *Vossische Zeitung*, 27. Juli 1932, Nr. 358.

<sup>180</sup> Stunde der Entscheidung. *Vossische Zeitung*, 31. Juli 1932, Nr. 65.

<sup>181</sup> Wahlkampf-Tribüne der Voß. *Vossische Zeitung*, 1. – 4. November 1932, Nr. 523, 525, 527 u. 529.

<sup>182</sup> Die Heimatlosen. *Vossische Zeitung*, 5. November 1932, Nr. 531, S. 1 f.

Abgrenzung zu suchen. Die Wahlanzeige der Staatspartei ist Ausdruck des neuen Kurses, zugleich aber auch der Resignation:<sup>183</sup>

„Reaktion, Klerikalismus und Sozialismus beherrschen die deutsche Politik. Das deutsche Bürgertum hat sich selbst ausgeschaltet.

...  
Deutsche Staatspartei Liste 8“

### 3.6.5 Quantitative Analyse

Die nachfolgende Tabelle ist das Ergebnis einer Auswertung der Häufigkeit relevanter Artikel in den drei renommierten liberalen Zeitungen, die das Judentum betreffen. Gezählt wurden Berichte über Antisemitismus, Zionismus, Ostjudentum und das jüdische Vereins- und Kulturleben im redaktionellen Teil. Eine weitere Differenzierung wäre inhaltlich auf jeden Fall angebracht gewesen, aufgrund der in der Stichprobe ausgewiesenen geringen Anzahl der Fälle jedoch ohne Aussagewert geblieben. Hinsichtlich des Umfangs der Artikel wurde in der Auswertung keine Differenzierung zwischen Kurzmeldung, Reportage oder Kommentar getroffen.

<i>Vossische Zeitung</i>				
<i>Jahr</i>	<i>Gesamtumfang</i>	<i># ausgewertet</i>	<i>ausgew. in %</i>	<i>Artikel</i>
1924	595	86	14,5	9
1925	312	47	15,1	1
1926	312	37	11,9	3
1927	313	45	14,4	0
1928	312	54	17,3	3
1929	311	44	14,1	4
1930	311	57	18,3	3
1931	389	50	12,9	0
1932	627	97	15,5	2
<i>Berliner Tageblatt</i>				
<i>Jahr</i>	<i>Gesamtumfang</i>	<i># ausgewertet</i>	<i>ausgew. in %</i>	<i>Artikel</i>
1924	619	94	15,2	8
1925	617	80	13,0	3
1926	618	78	12,6	7
1927	619	77	12,4	4
1928	616	87	14,1	5
1929	615	79	12,8	1
1930	615	100	16,3	8
1931	615	78	12,7	1
1932	621	78	12,6	1

<sup>183</sup> Anzeige vom 5. November 1932, Nr. 531.

*Frankfurter Zeitung*

Jahr	Gesamtumfang	# ausgewertet	ausgew. in %	Artikel
1924	969	132	13,6	4
1925	971	123	12,7	2
1926	974	119	12,2	1
1927	973	118	12,1	2
1928	975	132	13,5	3
1929	971	121	12,5	0
1930	972	149	15,3	5
1931	874	112	12,8	2
1932	576	93	16,1	0

## Lesebeispiel:

Im Jahre 1924 erschienen 595 Ausgaben der Vossischen Zeitung. Davon wurden 86 Ausgaben ausgewertet. Das entspricht einem Anteil am Gesamtumfang von 14,5 Prozent. In den 86 Ausgaben wurden 9 Artikel gefunden, die den genannten Kriterien entsprechen.

Die merkliche Veränderung in der Anzahl der Gesamtausgaben für die Frankfurter Zeitung im Jahre 1931 gegenüber früheren Jahren erklärt sich aus der Tatsache, daß ab dem 4. September 1931 die Abendausgabe und die folgende Morgenausgabe zu einer Doppelnummer zusammengelegt wurden. Für die Jahre 1925 bis Oktober 1931 stand für die Vossische Zeitung die bis auf montags täglich erscheinende Postausgabe zur Verfügung.<sup>184</sup>

Die Auszählung belegt, daß Antisemitismus, Rassenfrage sowie spezifisch jüdische Themen in der Berichterstattung der drei großen liberalen Tagesblätter keine bedeutende Rolle spielten. Daß in der Stichprobe einiger Jahrgänge keine Artikel gefunden wurden, bedeutet nicht, daß es in diesen Jahren keine Artikel der genannten Auszählungskategorie gegeben hätte. Ein systematisches Anwachsen der Berichterstattung über den Antisemitismus parallel zum Anwachsen der Nationalsozialisten ist den Zahlen nicht zu entnehmen.

Lediglich für die Jahre 1924 und 1930 ist ein vermehrtes Interesse zu verzeichnen. Dieses ist – wie in der qualitativen Analyse bereits geschildert wurde – auf zwei konkrete Ereignisse zurückzuführen: den Antisemitismusvorwurf gegen die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf 1924 und die Diskussion um den Arierparagraphen des Jungdeutschen Ordens im Zusammenhang mit der Gründung der Deutschen Staatspartei 1930.

Zwischen der Berichterstattung und den Erfahrungen jüdischer Blätter über Bedrohung und Angriffe auf die jüdische Bevölkerung und denen der liberalen Zeitungen liegen Welten. Warteten C.V.-Zeitung, Israelitisches Familienblatt, Der Schild und die Jüdische Rundschau Woche für Woche mit Meldungen über

<sup>184</sup> Für das Berliner Tageblatt und die Vossische Zeitung wurden die Mikrofilmexemplare der Amerika-Gedenkbibliothek Berlin, für die Frankfurter Zeitung die in der Universitätsbibliothek Frankfurt vorhandenen Exemplare zur Auswertung herangezogen.

Diskriminierung, Ausgrenzung und Ausschreitungen gegen Juden auf, so gaben die Ausgaben der großen liberalen Zeitungen jüdischen Bürgern keineswegs Anlaß zur Besorgnis, sondern suggerierten vielmehr eine falsche Sicherheit. Vor diesem Hintergrund werden die Warnungen von im Kampf gegen den Antisemitismus engagierten Juden an ihre sorglosen Mitbürger verständlich.

Ludwig Haas zeichnete 1929 in der Hauptvorstandssitzung des Centralvereins ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation, das „mit einem aus heißem Herzen strömenden, aufrüttelnden Appell an die deutschen Juden endlich die Augen zu öffnen und die ernste Lage zu erkennen, in der sich unser deutsches Vaterland und damit auch die deutsche Judenheit befindet“, schloß.<sup>185</sup> Anlässlich des Wahlkampfes zum badischen Landtag im selben Jahr beklagte die C. V.-Zeitung: „Die Frage, ob das badische Judentum in diesem Wahlkampf seine Schuldigkeit getan hat, kann nur sehr bedingt bejaht werden. Weite Kreise der Judenheit sind zu opferwilliger Gegenwehr nicht zu bewegen, weil sie sich persönlich der Heftigkeit des Kampfes entrückt fühlen.“<sup>186</sup> Der Schild beklagte 1931, es sei beschämend, daß viele Juden nicht einmal für die Abwehr feindlicher Angriffe und die Verteidigung ihrer Existenzbasis Interesse zeigten.<sup>187</sup>

Für die jüdischen Bürger, die ihre Nachrichten ausschließlich aus den ausgewerteten liberalen Tageszeitungen rezipierten, jüdische Zeitungen aber nicht lasen oder die Meldungen aus jüdischen Publikationen verdrängten oder einfach nicht beachteten, war die „Realität“ eine andere als beispielsweise für den regelmäßigen Leser der C. V.-Zeitung. Letzterer wurde permanent auf die Tatsache hingewiesen, daß das Gleichheitspostulat der Verfassung nur auf dem Papier stehe und daß für dessen Einlösung der jüdische Abwehrkampf weitergeführt werden müsse.

Der vergleichende Blick auf liberale Tagespresse und jüdische Presse mag auch zur Erklärung der unterschiedlichen Reaktionen der jüdischen Bevölkerung auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten beitragen. Je nach Blickwinkel wurde das neue Regime entweder skeptisch oder euphemistisch beurteilt.

---

<sup>185</sup> Die Hauptvorstandssitzung des Centralvereins. *C. V.-Zeitung*, 29. März 1929, 8. Jg., Nr. 13, S. 159.

<sup>186</sup> Der neue badische Landtag. *C. V.-Zeitung*, 1. November 1929, 8. Jg., Nr. 44, S. 558.

<sup>187</sup> Müdigkeit? *Der Schild*, 27. August 1931, 10. Jg., Nr. 16. Ähnlich hatte sich „Der Schild“ im November 1929 geäußert. Vgl. Die Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Ein ernstes Wort an die Kameraden. *Der Schild*, 8. November 1929, 8. Jg., Nr. 45.

## 4. Die Datenanalyse

### 4.1 Datengrundlage und statistische Methoden

In der Geschichtswissenschaft wird oft die Anwendung quantitativer Methoden mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Bekannt ist das Bonmot Benjamin Disraelis: „There are three kind of lies: lies, damned lies, and statistics“.<sup>1</sup> Begeben wir uns aber auf die wissenschaftliche Ebene, so gibt es Grund genug für die Anwendung statistischer Methoden. Grundsätzlich ist der Historiker verpflichtet, alle ihm zur Verfügung stehenden Quellen auszuschöpfen. So gesehen ist es nachlässig, sich der Auswertung von Quellenbeständen, die in statistischer Form vorliegen, zu verschließen. Damit soll keinesfalls einer „Datenschaufelei“ das Wort geredet werden. Mit Aggregatdaten und deren formaler statistischer Auswertung allein ist noch keine historische Forschung betrieben. Ein statistischer Zusammenhang ist noch längst kein kausaler. Erst die Verschränkung quantifizierender Auswertung mit traditioneller Quellenarbeit ermöglicht es, statistische Zusammenhänge zu überprüfen und zu plausiblen Kausalverbindungen zu gelangen. Geradezu exemplarisch für die sinnvolle Verbindung qualitativer und quantitativer Arbeit ist die Überprüfung der Hypothese eines strategischen Wahlverhaltens im Juli 1932 in Kapitel 4.3.1. Erst durch die Zeitungsanalyse war es möglich, die Diskussion um die „Wählbarkeit“ der Deutschen Staatspartei offenzulegen und diese zum Gegenstand der historischen Untersuchung zu machen. Und nur durch Anwendung statistischer Methoden ist man in der Lage, die Umsetzung der Wahlempfehlungen zu überprüfen. Andernfalls bliebe man auf halben Wege stehen.

Die häufig vorhandene Abneigung gegen statistische Methoden mag auch damit zusammenhängen, daß gewisse Grundkenntnisse fehlen. Die Anmerkungen in Kapitel 4.1.2 sind keine Einführung in die quantitativen Methoden der Historiker, sondern dienen vor allem dazu, dem Leser bei der Beurteilung der präsentierten Ergebnisse der statistischen Auswertung eine Hilfestellung zu geben und ein intuitives Verständnis zu wecken. Die in der Arbeit gebräuchlichsten Koeffizienten und deren zugrundeliegende Idee werden kurz vorgestellt. Für

---

<sup>1</sup> Walter Krämer, *So lügt man mit Statistik*, Frankfurt a. M. – New York 1991, S. 8.

weitergehende Beschäftigung mit Methodik und Herleitung seien die Interessenten auf den Literaturteil verwiesen.<sup>2</sup>

#### 4.1.1 Was wird gemessen?

Für die nachfolgende Analyse und statistische Überprüfung von Hypothesen zum Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung ist es sinnvoll, eine kurze Bemerkung über die Datengrundlage vorwegzuschicken. Die Daten sind in der Regel gebietsmäßig aufbereiteten, offiziellen Statistiken und Volkszählungsergebnissen entnommen; in einigen Fällen wurden Wahlergebnisse aus Zeitungen hinzugezogen. Eine Dokumentation der Datengrundlage für die im einzelnen erstellten Dateien befindet sich im Anhang.

Bei den zur statistischen Auswertung herangezogenen Daten handelt es sich um sogenannte „Aggregatdaten“. Anders als bei „Individualdaten“ liegen dabei Angaben über soziale Herkunft, Konfession oder Abstimmungsverhalten bei Wahlen nicht für Einzelpersonen, sondern für Gruppen von Individuen vor. Für die statistische Auswertung bedeutet dies, daß die beobachteten Merkmale immer für heterogene Gebietskörperschaften vorliegen. Denn in der Praxis sind Städte, Gemeinden oder Stadtteile nie in ihrer Konfessionsverteilung, Sozialstruktur oder dem Wahlverhalten ihrer Bewohner homogen. Für die Analyse der Arbeit – aus den dargelegten Daten Schlüsse über das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung zu ziehen – ergeben sich entsprechende Konsequenzen für die Aussageebene. Auf der Grundlage von aggregierten Daten lassen sich zunächst nur Aussagen über Struktureigenschaften und Strukturveränderungen von Gruppen treffen. Um zu Aussagen über Individuen zu kommen, brauchte man streng genommen Individualdaten. Schlußfolgerungen von Aggregat- auf Individualdatenebene sind äußerst fehlerbehaftet und unter dem Schlagwort „ökologischer Fehlschluß“ bekannt geworden.<sup>3</sup>

Konkreter: Aus den vorhandenen Daten lassen sich keine Schlußfolgerungen, beispielsweise über das Wahlverhalten bestimmter sozialer Gruppen der jüdischen Bevölkerung, ziehen. Um die nachfolgenden Kapitel leserfreundlich zu gestalten und nicht permanent nach jeder Tabelle den Hinweis auf den Aggregatcharakter der benutzten Daten anfügen zu müssen, sei an dieser Stelle eindringlich festgehalten, daß es sich bei der gesamten nachfolgenden Analyse

---

<sup>2</sup> Als ganz vorzügliche Werke für Historiker sollen an dieser Stelle die Darstellungen von Helmut Thome genannt werden: Grundkurs für Historiker, Teil I: *Deskriptive Statistik* (Historical Social Research-Supplement-Heft 2), Köln 1989; *idem*, Teil II: *Induktive Statistik und Regressionsanalyse* (Historical Social Research-Supplement-Heft 3), Köln 1990.

<sup>3</sup> Franz Urban Pappi, ‚Aggregatdatenanalyse‘ in Jürgen van Koolwijk / Maria Wicken-Meyen (Hrsg.), *Techniken der empirischen Sozialforschung*, Bd. 7, München 1977, S. 79; Rudolf Wildenmann, *Wahlforschung*, Mannheim 1992, S. 27f.; Falter, *Hitlers Wähler*, *op. cit.*, S. 57. Zu den Voraussetzungen des Schlusses von Aggregat- auf Individualebene, *ibid.*, S. 442; *idem* / Zintl, *op. cit.*, S. 146 ff.; Lohmöller / Bömermann, *op. cit.*, S. 3–69.

um eine Aggregatdatenanalyse handelt. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Im Sinne einer sauberen Verwendung der Begriffe wird im weiteren daher des öfteren vom „jüdischen Bevölkerungsanteil“ und synonym gebrauchten Wörtern die Rede sein. Dies klingt sprachlich etwas ungenau, entspricht aber einer korrekten, wissenschaftlichen Terminologie.

Um in der Analyse zu empirisch abgesicherten Ergebnissen zu kommen, wurden einige Gütekriterien beachtet, deren Einhaltung zwar notwendige, jedoch keine hinreichenden Bedingungen für eine sinnvolle wahlhistorische Studie bilden. Im einzelnen wurde bei dieser Arbeit versucht, folgenden notwendigen methodischen Anforderungen Rechnung zu tragen:<sup>4</sup>

#### *1. Kleinstmögliche Erhebungseinheiten als Basis der Analyse wählen*

Die kleinsten Erhebungseinheiten, für die Angaben über die Konfessionsverteilung vorliegen, sind Stadtteile. Für die Städte Hamburg und Frankfurt a. M. wurden die Stimmbezirke in die Analyse miteinbezogen. Auf Stimmbezirksebene sind keine offiziellen Angaben über Sozialstruktur oder Konfessionsverteilung vorhanden, jedoch lassen sich die abgegebenen Stimmen zugunsten der Parteien statistisch zueinander in Beziehung setzen. In der Analyse können die Ergebnisse Aufschlüsse über Stabilität der Parteien und mögliche Wählerwanderungen liefern.

#### *2. Erhebungseinheiten gewichten*

Damit ist gemeint, daß die unterschiedlichen Größen der Erhebungseinheiten berücksichtigt werden. Ein Ort mit 8000 Wahlberechtigten geht doppelt so stark in die Analyse ein wie ein Ort mit 4000 Wahlberechtigten.

#### *3. Stabile Untersuchungseinheiten herstellen*

Für eine längsschnittliche Untersuchung ist es wichtig, daß die Untersuchungseinheiten über die benachbarten Wahlpaare stabil sind; d. h., daß in der Analyse über zwei Zeitpunkte (Wahlen) hinweg gleiche Gebietseinheiten betrachtet werden. Die vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung erstellten Datensätze erfüllen dieses Kriterium. In anderen Fällen wurden städtische Anzeigenblätter oder statistische Mitteilungen herangezogen, auf ihren räumlichen Bezug geprüft und stabile Untersuchungseinheiten hergestellt.

#### *4. Sozial- und Konfessionsdaten den Untersuchungseinheiten anpassen*

Analog zur Notwendigkeit stabiler Untersuchungseinheiten im Längsschnitt, muß bei der Verwendung unterschiedlicher Strukturvariablen beachtet werden, daß sie sich auf dieselben Gebietseinheiten beziehen.

---

<sup>4</sup> Ausführlicher zu den Gütekriterien Falter, *Hitlers Wähler*, *op. cit.*, S. 61–65.

#### 5. Die Anzahl der Wahlberechtigten als Prozentuierungsbasis wählen

Alle Wahlergebnisse wurden, soweit nicht anders angegeben, auf der Basis der Wahlberechtigten prozentuiert. Damit werden Schwankungen in der Wahlbeteiligung und die „Partei der Nichtwähler“ entsprechend berücksichtigt.

#### 6. Prozentuierungsbasis für unabhängige Variablen beachten

Was für die abhängige Variable (z.B. prozentualer Stimmenanteil einer Partei) gilt, trifft auch für die unabhängigen Variablen zu. So sind beispielsweise unterschiedliche Prozentuierungsbasen der Statistischen Ämter in Berlin und Hamburg zu beobachten. Während in Hamburg die Sozialdaten nur auf die Summe der Erwerbstätigen (bzw. Erwerbstätige + Berufslose) prozentuiert wurden, bezog das Statistische Amt in Berlin in einigen Aufstellungen die Angehörigen in die Prozentuierungsbasis mit ein.<sup>5</sup>

#### 7. Multiple Regression verwenden

Eine Untersuchung, die sich auf die Betrachtung des Zusammenspiels zweier Variablen beschränkt, wird der Komplexität der sozialen Wirklichkeit nicht gerecht. Zudem gerät man in die Gefahr, daß die untersuchten Variablen durch eine dritte, nicht berücksichtigte Größe beeinflußt werden könnten. Sie bleibt im bivariaten Fall außer acht, und die erzielten Ergebnisse besitzen keine Aussagekraft. Daher ist es sinnvoll, die statistischen Erklärungsmodelle durch Hinzunahme zusätzlicher Variablen zu erweitern. Zur Interpretation der Ergebnisse multipler Regressionsmodelle folgen im nächsten Kapitel einige Anmerkungen.

Die in der Analyse verwendeten Konfessionsdaten stammen aus den Volkszählungen von 1925 und 1933. Maßgeblich für die Konfessionszuordnung in den Zählungen war das Kriterium der juristischen Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft. Die Zahlenangaben betreffen also die Glaubensjuden, d.h. diejenigen Juden, die rechtlich der israelitischen Religionsgemeinschaft angehörten. Nicht erfaßt wurden die Juden, die außerhalb der israelitischen Religionsgemeinschaft standen.<sup>6</sup>

Es stellt sich die Frage, ob die durch die Volkszählungskriterien vorgebene Definition für die vorliegende Untersuchung zu gebrauchen sei. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß verschiedene Definitionen möglich sind. Für Forschungsvorhaben gilt es daher, unter den Definitionen eine der Fragestellung angemessene Entscheidung zu treffen. Eine Untersuchung, die sich mit der Berufs-

---

<sup>5</sup> Die Prozentuierung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf 1925 geschah in Hamburg unter Ausschluß der Personen ohne Beruf und Berufsangabe (G-Gruppe), in Berlin hingegen unter Einschluß der letzteren Personengruppe. *Statistik des Hamburgischen Staates*, Heft XXXIII, Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, 2. Teil: Die Berufszählung, S. 79; *Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1928*, 4. Jg., S. 9.

<sup>6</sup> Für die Zugehörigkeit zur jüdischen Glaubensgemeinschaft wurden bei der Volkszählung 1933 und bei früheren Volkszählungen 31 verschiedene Bezeichnungen festgestellt. Vgl. *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 451, H.5, S. 5.

gruppe der jüdischen Juristen unter den Bedingungen preußischer Politik und Verwaltungspraxis gegenüber jüdischen Bewerbern zum Staatsdienst beschäftigt, wird sich nicht nur auf die Glaubensjuden beschränken. Sie wird auch die Gruppe der getauften Juden miteinbeziehen, um den Aspekt des Assimilierungsdrucks entsprechend zu berücksichtigen.

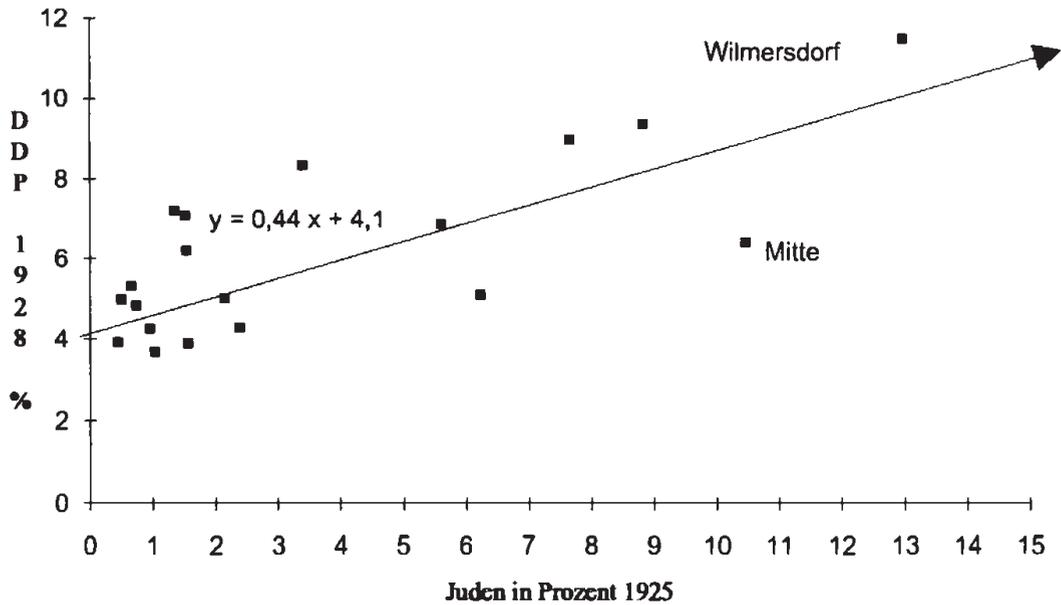
Für die Übernahme der Kriterien und somit der Daten der Volkszählungen von 1925 und 1933 sprechen zumindest zwei Gründe: Zahlreiche von Juden verfaßte Publikationen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Juden basieren auf den Zählungsdaten; die zugrundeliegenden Erhebungskriterien werden also von dieser Seite akzeptiert. Des weiteren sprechen arbeitsökonomische Gründe für die Übernahme. Das Quellenmaterial der Volkszählungen liefert die umfassendste Datenbasis, die ohne besonders aufwendige zusätzliche Bearbeitung genutzt werden kann.

Da das Wahlrecht an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden ist, richtet sich der Blick im weiteren auf die deutschen Juden. Methodisch zieht diese Eingrenzung jedoch einige Hindernisse nach sich, da in den meisten Fällen in den offiziellen Statistiken eine Trennung zwischen deutschen und ausländischen Juden nicht auftaucht. Einige Anmerkungen, dieses Problem methodisch in den Griff zu bekommen, erfolgen nach der knappen Vorstellung des statistischen Instrumentariums.

#### 4.1.2 Wie wird gemessen?

Die multiple Regressionsanalyse ist ein in der sozialwissenschaftlichen und psychologischen Forschung häufig verwendetes Verfahren. Es gibt Aufschluß über die Beziehungen zwischen zwei oder mehr Variablen, die auch Merkmale genannt werden. Bei zwei Variablen spricht man von einer bivariaten Regression.

Betrachten wir zunächst die bivariate Regression: Technisch gesehen werden zwei Variablen in einen linearen Zusammenhang gesetzt. Für unsere Untersuchung können wir folgendermaßen vorgehen: Nehmen wir an, unsere zwei Variablen wären der prozentuale Anteil der jüdischen Bevölkerung in den Berliner Verwaltungsbezirken 1925 und die jeweiligen Ergebnisse der DDP bei der Reichstagswahl 1928 prozentuiert auf die Stimmberechtigten. Nun können wir in einem Koordinatensystem für jeden Verwaltungsbezirk den jüdischen Bevölkerungsanteil auf der x-Achse und das Ergebnis der DDP auf der y-Achse abtragen. Somit ergibt sich ein Punkt im Koordinatensystem, der das Ergebnis der DDP im Jahre 1928 und den entsprechenden jüdischen Bevölkerungsanteil 1925 in einem Verwaltungsbezirk beschreibt. Führen wir diesen Vorgang für alle Verwaltungsbezirke durch, so ergibt sich eine Punktwolke, dargestellt in einem Streudiagramm.



Streudiagramm jüdischer Bevölkerungsanteil 1925 und Anteilswerte der DDP 1928 in Berliner Verwaltungsbezirken

Nun geht es darum, durch diese Wolke eine Gerade zu legen, so daß mittels der Geraden die Lage der Punktwolke optimal beschrieben wird. Dies geschieht durch die Regressionsgleichung  $y = bx + a$ . Die Regressionsrechnung ermittelt also diejenige Gerade, die den Gesamttrend aller Punkte am besten wiedergibt.

Der Faktor  $b$ , in der Regressionsgleichung Proportionalitätsfaktor genannt, gibt die Steigung der ermittelten Gerade an. Die Zahl  $a$  kennzeichnet die Höhenlage, d. h. den Schnittpunkt der Geraden mit der  $y$ -Achse.

Ist die Steigung positiv, werden die  $y$ -Werte mit steigenden  $x$ -Werten ebenfalls größer. Eine negative Steigung besagt, es existiert ein gegenläufiger Trend: die  $y$ -Werte werden kleiner bei steigenden  $x$ -Werten.

In unserem Beispiel beschreibt die Gerade  $y = 0,44x + 4,1$  am besten die Lage der Punkte. Anhand der Geraden können wir den Trend ablesen, daß die DDP im Jahre 1928 desto bessere Ergebnisse erzielte, je höher der prozentuale Anteil der jüdischen Bevölkerung war. Das beste Ergebnis erzielten die Linksliberalen in Wilmersdorf, dem Verwaltungsbezirk mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil. Ein eher unterdurchschnittliches Resultat erreichte die DDP im Verwaltungsbezirk Mitte, dem Bezirk mit dem zweithöchsten Anteil an Juden.

Da wir grundsätzlich zu jedem Modell ein Punktdiagramm erstellen und durch die Punktwolke immer eine Gerade legen können, brauchen wir ein Kriterium, das uns Aufschluß über die „Qualität“ der Geraden gibt, also wie gut die Gerade den Trend wirklich beschreibt. Dies geschieht durch den Korrelationskoeffizienten.

Korrelationskoeffizienten, die den Zusammenhang zwischen zwei Merkma-

len beschreiben, können zwischen den Extremwerten  $+1$  und  $-1$  schwanken. Die Extremwerte repräsentieren einen perfekten positiven oder negativen linearen Zusammenhang zwischen den untersuchten Merkmalen. Schwankt der Koeffizient um Null, so besteht kein Zusammenhang. In unserem Beispiel beträgt der Korrelationskoeffizient  $.79$ . Die Gerade beschreibt also recht gut die Lage der Punkte im Koordinatensystem.<sup>7</sup>

Wichtig bei der Untersuchung der Korrelationskoeffizienten ist, darauf zu achten, wie die in Beziehung gesetzten Merkmale definiert sind. In den folgenden Kapiteln wird der jüdische Bevölkerungsanteil

- zum prozentualen Stimmenanteil der Parteien (vgl. zur Veranschaulichung das Punktdiagramm auf der Seite zuvor);
- zu den Gewinn- und Verlustpunkten der Parteien gegenüber einer vorherigen Wahl

ins Verhältnis gesetzt.

Im ersten Fall kann man anhand des Vorzeichens den positiven oder negativen Zusammenhang einfach ablesen. Im zweiten Fall besagt ein positives Vorzeichen, daß die Partei stärkere Zugewinne (schwächere Verluste), ein negatives Vorzeichen, daß die Partei stärkere Verluste (schwächere Gewinne) im Trend hinnehmen mußte, wo ein hoher jüdischer Bevölkerungsanteil vorlag. *Knapper*: Das Vorzeichen besagt, ob die Partei sich in der Tendenz besser oder schlechter als im Durchschnitt hielt, wo viele Juden wohnten.<sup>8</sup>

Erweitern wir unser Modell, indem wir eine weitere Variable hinzuziehen, so müßte man sich ein räumliches Koordinatensystem vorstellen. Hier würde nicht mehr eine Gerade, sondern eine Ebene die Lage der Punkte beschreiben. Das Modellverfahren ist durch beliebig viele Variablen erweiterbar, auf eine geometrische Veranschaulichung müssen wir jedoch nunmehr verzichten.

In unserem mehrdimensionalen, multiplen Regressionsmodell sind zwei Koeffizienten für die Interpretation wichtig: der Betakoeffizient, der sogenannte „standardisierte Regressionskoeffizient“, und  $R^2$ , die erklärte Variation. Das Vorzeichen des standardisierten Regressionskoeffizienten gibt analog zum bivariaten Fall Auskunft über einen positiven oder negativen statistischen Zusammenhang. Die Werte können theoretisch wieder zwischen  $+1$  und  $-1$  schwanken und besagen etwas über die relative Einflußstärke der einzelnen Merkmale untereinander.  $R^2$  wird in Prozent angegeben und gibt Auskunft über die

<sup>7</sup> Die geringe Fallzahl ( $N=20$ ) hat zur Folge, daß der Wert des Koeffizienten nach oben gedrückt wird. Das Beispiel soll jedoch in erster Linie der Illustration der Methodik dienen und nicht inhaltlich interpretiert werden. In der Schreibweise, so auch hier, wird häufig die Null vor der ersten Dezimalstelle weggelassen:  $.79$  ( $= 0.79$ ).

<sup>8</sup> Das Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten ist identisch mit dem des Steigungskoeffizienten der Regressionsgeraden. Im zweiten Fall würde man bei einer Eintragung der Ergebnisse im Koordinatensystem den I. und IV. Quadranten benötigen, wobei der jüdische Bevölkerungsanteil die unabhängige Variable bildet. Anhand einer Skizze läßt sich die oben formulierte Interpretation leicht nachvollziehen.

prozentuale Erklärungsleistung des Regressionsmodells, also über die Güte des Modells.<sup>9</sup> Zum besseren Verständnis nachfolgend ein ausführlich erläutertes Beispiel:

Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil 1925 und Prozentsatz der DDP 1928 im multiplen Regressionsmodell (Berlin/Hamburg)

% DDP =	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1928	62	35	61%

N=48; Standardisierter Regressionskoeffizient (×100)

#### *Erklärungsbeispiel:*

Auf der Basis von 48 Stadtteilen und Verwaltungsbezirken in Berlin und Hamburg wurde das Regressionsmodell erstellt. Die abhängige Variable, in diesem Fall der prozentuale Stimmenanteil der DDP (% DDP), steht in der ersten Spalte. Die zweite Zeile in der ersten Spalte gibt das Wahljahr an. In dem Beispiel bezieht sich das Regressionsmodell auf die Prozentergebnisse der Reichstagswahl 1928. Als unabhängige Variablen wurden der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung und der Angestellten-, Beamtenanteil aus der Volkszählung 1925 gewählt.

Die Zahlen in den jeweiligen Spalten geben den standardisierten Regressionskoeffizienten multipliziert mit 100 an. Aus dem Vorzeichen der jeweiligen Koeffizienten ergibt sich die von dem betreffenden Merkmal ausgehende Wirkungsrichtung; es zeigt an, ob mit einem wachsenden Prozentsatz von Juden, Angestellten etc. der DDP-Anteil in den Stadtteilen bei der gegebenen Wahl tendenziell zu- (+) oder abnimmt (-). Beide unabhängigen Variablen haben einen positiven Effekt auf das Abstimmungsergebnis für die Demokraten. (Das Vorzeichen wird im Fall des positiven Einflusses der Variablen in der Tabelle weggelassen). Je höher der Angestellten- und Beamtenanteil war, desto besser schnitt die DDP im Trend 1928 ab. Die gleiche Aussage trifft auf den Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils zu.

Die Höhe der jeweiligen Koeffizienten gibt an, wie stark der Zusammenhang ist. Der relative Einfluß eines Merkmals ist anhand des Vergleichs zwischen den Koeffizienten einer Wahl zu erkennen. Vom Merkmal mit dem numerisch höchsten Regressionskoeffizienten wird – unabhängig vom Vorzeichen – der DDP-Anteil der jeweiligen Reichstagswahl am stärksten beeinflusst, von dem mit dem niedrigsten Regressionskoeffizienten am geringsten. In unserem Beispiel war der Angestellten- und Beamtenanteil von größerer Bedeutung für die Wahl der DDP als der jüdische Bevölkerungsanteil.

<sup>9</sup> Die Standardisierung wird vorgenommen, um Variablen mit unterschiedlich konstruierten Skalen in das Modell einbeziehen zu können. Zum standardisierten Regressionskoeffizienten vgl. Thome, *Induktive Statistik, op. cit.*, S. 177 ff. In der Arbeit wurde anstelle von R<sup>2</sup> „Adjusted R Square“ genommen, dessen Betrag etwas geringer ist als der des unkorrigierten R<sup>2</sup>. Vgl. *ibid.*, S. 168.

Mit 61% besitzt das Modell einen ausgesprochen hohes Maß an Erklärungskraft. Sozialwissenschaftler geben sich in der Praxis mit erheblich geringeren Werten zufrieden. Mit Hilfe der multiplen Regressionsanalyse ist es möglich, den Einfluß eines unabhängigen Merkmals, im vorliegenden Fall also des jüdischen Bevölkerungsanteils, auf ein abhängiges Merkmal, den DDP-Anteil, unter Kontrolle des Einflusses, der von anderen Faktoren (Angestellten- und Beamtenanteil) auf den DDP-Anteil ausgeübt wird, quantitativ zu bestimmen.

#### 4.1.3 Die ausländischen Juden – Eine Arbeitshypothese

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 wurden im Deutschen Reich 957 096 Ausländer gezählt. Bezogen auf die 62 410 619 Einwohner ergibt sich eine Ausländerquote von 1,5 Prozent. Betrachtet man nur die jüdische Bevölkerungsgruppe, so erhält man eine um ein Vielfaches höhere Quote. Unter den 564 379 Juden wurden in derselben Volkszählung 107 747 ausländische Juden gezählt. Damit betrug der Ausländeranteil an der jüdischen Bevölkerung 19,1 Prozent. Unter den ausländischen Juden dominierten die sogenannten „Ostjuden“. 1925 hielten sie einen Anteil von 79,4 Prozent, 1933 sogar von 89,5 Prozent.<sup>10</sup>

Für die Arbeit ergibt sich eine methodische Schwierigkeit, die bisher in der Historischen Wahlforschung vernachlässigt werden konnte: Es gilt, den Ausländeranteil statistisch in den Griff zu bekommen. Wie in Kapitel 2.3.2 dargestellt, gibt es Angaben über die Anzahl und den Anteil ausländischer Juden in verschiedenen deutschen Großstädten. Das sind aber schon alle statistischen Angaben, die vorhanden sind. Für die Stadtteile und Verwaltungsbezirke der Großstädte oder die Gemeinden in Baden und Hessen liegen keine Zahlen vor. In der Aggregatdatenanalyse werden die Konfessionsangaben der Volkszählungen zu den Wahlergebnissen in Beziehung gesetzt. Für die Analyse entsteht das Problem, daß unter der Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung ein nicht unerheblicher Teil, nämlich die Ausländer, kein Wahlrecht besaß. Eine exakte Verifizierung ist nicht möglich. Sicherlich ist über zahlreiche Stadtteile bekannt, daß dort wenig oder viele Ostjuden wohnten, der Anteil der ausländischen Juden „hoch“ oder eher „niedrig“ war. Doch reichen die Angaben nicht aus, um eine wie immer geartete Schätzung vorzunehmen, die tragfähige Resultate zuließe.

Ein substantielles Problem der Historischen Wahlforschung ist, daß man die exakte Zusammensetzung des Wahlkörpers nicht kennt. So spiegeln die Konfessionsverteilungen der Volkszählungen ebenfalls die Verteilung der Wahlberechtigten nicht genau wider. Wird der jüdische Wähleranteil durch die große Anzahl der ausländischen Juden überschätzt, erfährt er durch die ungleiche Alterspyramide eine gewisse Korrektur. Während 1933 78,5 Prozent aller Juden über

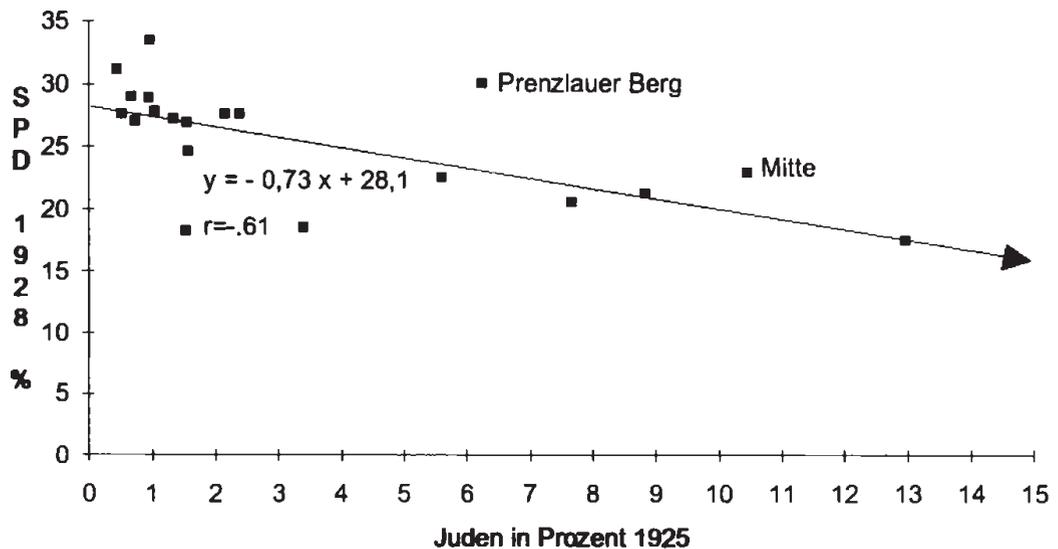
---

<sup>10</sup> Maurer, *Ostjuden*, *op. cit.*, S. 72 u. S. 80; Lestschinsky, *op. cit.*, S. 50. Siehe auch dazu die Tabellen in 2.3.2.

20 Jahre alt waren und damit das Wahlalter erreicht hatten, betrug der Prozentsatz der über 20jährigen an der Gesamtbevölkerung lediglich 69,2 Prozent.<sup>11</sup>

Für die Analyse wird auf Ergebnisse der Forschung zurückgegriffen, um eine Arbeitshypothese für die weitere Auswertung zu formulieren. Wie die Darstellungen zu den Ostjuden zeigen, die den größten Anteil unter den ausländischen Juden stellten, war deren soziale Situation meist deutlich schlechter als die der deutschen Juden. Großstädtische Wohngegenden mit hohem Ostjudenanteil lagen nicht in bürgerlichen Stadtteilen, sondern in Arbeitervierteln. Dort schnitten die Arbeiterparteien gegenüber dem Durchschnitt besser, die bürgerlichen Parteien schlechter ab. Theoretisch wäre der Anteil der jüdischen Wahlberechtigten in diesen Gegenden erheblich nach unten zu revidieren. Da die Verzerrungen jedoch in die Analyse miteingehen, ist zu bedenken, was das für die Bewertung der Ergebnisse bedeutet.

In den Arbeitervierteln der Großstädte mit zahlenmäßig starker ostjüdischer Bevölkerung schnitten KPD und SPD tendenziell besser ab. Der Anteil der jüdischen Wahlberechtigten wird in diesen Gebieten aufgrund der dort zahlreich wohnenden, nicht wahlberechtigten ausländischen Juden überschätzt. Der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die überdurchschnittlichen Ergebnisse der Arbeiterparteien wäre nach unten zu korrigieren.



Streudiagramm jüdischer Bevölkerungsanteil 1925 und Anteilswerte der SPD 1928 in Berliner Verwaltungsbezirken

Wie dem Schaubild zu entnehmen ist, schnitt die SPD in den Verwaltungsbezirken Mitte und Prenzlauer Berg überdurchschnittlich gut ab. Die zugehörigen Punkte liegen deutlich oberhalb der Regressionsgeraden. Von Berlin-Mitte ist

<sup>11</sup> Für die Großstädte ist jedoch eine Angleichung der jüdischen Alterspyramide an die der Gesamtbevölkerung zu beobachten. *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 451, H.5, S. 17; Lestschinsky, *op. cit.*, S. 69.

bekannt, daß es die Wohngegend zahlreicher ausländischer Juden war. So lag das Scheunenviertel in diesem Verwaltungsbezirk. Der Prozentsatz der eigentlich wahlberechtigten Juden, also nur der deutschen Juden, liegt deutlich niedriger als die bekannte und uns zur Verfügung stehende Prozentangabe aus der Volkszählung 1925. Der Anteilswert der jüdischen Wahlberechtigten wäre für unsere Untersuchung nach unten zu revidieren. Könnten wir auf der horizontalen Achse den Prozentsatz der jüdischen Wahlberechtigten eintragen, müßte der zugehörige Punkt in unserem Diagramm nach links verschoben werden und würde damit näher an der Geraden liegen. Gleiches gilt für den Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg. Das theoretisch neue Modell würde einen noch stärkeren negativen Zusammenhang zwischen dem Prozentsatz der SPD 1928 und dem jüdischen Bevölkerungsanteil aufweisen.<sup>12</sup>

Analog können wir für die bürgerliche Deutsche Demokratische Partei folgern: Eine Veranschaulichung liefert uns das auf Seite 216 präsentierte Streudiagramm. Im Verwaltungsbezirk Mitte erzielte die DDP unterdurchschnittliche Resultate. In der Tendenz stellt sich das Ergebnis als Ausreißer dar. Denn je höher der jüdische Bevölkerungsanteil war, desto besser schnitten die Demokraten tendenziell ab. Das schlechtere Ergebnis hat zur Folge, daß es den Koeffizienten für die DDP nach unten drückt. Der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteil auf das Abschneiden der DDP und später der DStp wäre höher zu veranschlagen, als die Koeffizienten es vermitteln.

## 4.2 Das großstädtische Judentum

Im Rahmen der Arbeit wurden für die Städte Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln Wahl- und Konfessions- sowie zum Teil Sozialdaten zusammengetragen. Ursprünglich beabsichtigt war, auch für Breslau, Leipzig und München die Wohngegenden mit einem hohen jüdischen Bevölkerungsanteil aus den Volkszählungsdaten von 1925 und 1933 näher zu lokalisieren und Wahlergebnisse auf kleineren Gebietseinheiten, z.B. Stadtteilen, Verwaltungsbezirken zu erfassen. Die einzelnen Statistischen Ämter der Großstädte handhabten dies in der Praxis jedoch unterschiedlich. So existieren für Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg und Köln Auszählungen der konfessionellen Verteilung in den Stadtteilen. Für München, Breslau und Leipzig ist das hingegen nicht der Fall.

Im Jahr 1925 wohnten in den vier zuerst genannten Städten 237 944 Juden. Dies entspricht einem Anteil von 42,2 Prozent an der gesamten jüdischen Bevölkerung. Definiert man das großstädtische Judentum in Anlehnung an die Kategorien der Volkszählungen als die Anzahl der Juden, die in Städten mit über

---

<sup>12</sup> Dabei würde es sich selbstverständlich um eine neue Gerade handeln, denn die Veränderungen der Koordinaten schlagen sich in der Berechnung der Regressionsgeraden nieder.

100 000 Einwohner lebten, so erfassen die vier Städte 63,1 Prozent des großstädtischen Judentums.

#### 4.2.1 Die Wohngegenden der Juden – Eine Vorstellung der Datensätze

Für die Analyse des Wahlverhaltens des großstädtischen Judentums wurden fünf verschiedene Datensätze erstellt. Drei davon sollen an dieser Stelle präsentiert werden. Sie geben zugleich einen Überblick über die Wohngegenden der Juden in den vier Großstädten. Die Angaben in Klammern beziffern die Fallzahlen. Bei den beiden anderen Datensätzen handelt es sich um die Ergebnisse auf Stimmbezirksebene in den Städten Hamburg und Frankfurt a.M.<sup>13</sup> Diese werden erst zur Untersuchung der Frage nach einem möglichen strategischen Wahlverhalten herangezogen. Für die Kapitel 4.2.2 bis 4.2.4 sind folgende drei Datensätze wichtig:

##### *I. Die Städte Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln umfassend mit Konfessionsangaben und Reichstagswahlergebnissen zwischen 1928 und 1932 auf Stadtteil-/Verwaltungsbezirksebene (N=83)*

In drei der vier Städte erreichte der protestantische Bevölkerungsanteil die absolute Mehrheit. In Berlin und Hamburg stellten die Protestanten sogar mehr als zwei Drittel der Bevölkerung. Ein umgekehrtes Bild bot Köln. Dort dominierte der katholische Bevölkerungsanteil.

Verteilung der Religionszugehörigkeit in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1925 (1933)<sup>14</sup>

	% Protestanten	% Katholiken	% Juden
Berlin	76,6 (71,1)	10,0 (10,4)	4,3 (3,8)
Frankfurt a.M.	57,1 (57,2)	31,3 (33,1)	6,3 (4,7)
Hamburg	85,8 (77,4)	5,4 ( 5,3)	1,8 (1,5)
Köln	18,3 (19,6)	77,4 (75,3)	2,3 (2,0)

Nicht aufgeführt sind die Anteile der Personengruppen, die einer anderen oder keiner Religionsgemeinschaft angehörten. Wie sich an der ausstehenden Differenz der Tabelle ablesen läßt, war der Anteil dieser Personen überdurchschnittlich hoch. Am Ende der Weimarer Republik gehörten dieser Personengruppe etwa vier Prozent der Gesamtbevölkerung an. Vor allem die keiner Kirche und

<sup>13</sup> Zu den Quellen, aus denen die Daten erhoben wurden, vgl. im Anhang die Datensatzdokumentation.

<sup>14</sup> Angaben für 1925 aus den Veröffentlichungen der verschiedenen städtischen Ämter. Vgl. auch Datendokumentation im Anhang. Zahlen für 1933: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 451, S. 1 zitiert nach Hamilton, *Who voted for Hitler?*, *op. cit.*, S. 485. Die Verschiebungen innerhalb der Frankfurter Konfessionsstruktur zwischen den Jahren 1925 und 1933 kommen durch die Eingemeindung überwiegend katholischer Stadtteile am 1. 4. 1928 zustande.

keiner weltanschaulichen Vereinigung Angehörigen waren besonders stark vertreten und bildeten ein großstädtisches Phänomen. Dieser Gruppe gehörten beispielsweise in Hamburg 1925 6,4 Prozent der dortigen Bevölkerung an.<sup>15</sup>

Als Gebietseinheiten wurden für Frankfurt a.M., Hamburg und Köln die Stadtteile gewählt.<sup>16</sup> Für Berlin wurden in diesem Datensatz die Verwaltungsbezirke herangezogen. Berlin war während der Weimarer Republik in 20 Verwaltungsbezirke untergliedert, für die offizielle statistische Konfessions-, Wahl- und Sozialdaten vorhanden sind. Ordnet man die Stadtteile/Verwaltungsbezirke nach der Stärke des jüdischen Bevölkerungsanteils, so ergibt sich folgendes Bild:

Stadtteile/Verwaltungsbezirke mit den größten Anteilen jüdischer Bevölkerung 1925 in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln

<i>Stadt</i>	<i>Stadtteil/Verwaltungsbez.</i>	<i>Juden in % d. Bev. 1925</i>
Frankfurt a. M.	Nordwestliche Außenstadt	23,2
Frankfurt a. M.	Westliche Außenstadt	22,1
Frankfurt a. M.	Östliche Neustadt	19,6
Frankfurt a. M.	Östliche Außenstadt	16,8
Hamburg	Harvestehude	15,9
Hamburg	Rotherbaum	15,2
Berlin	Wilmerdorf	13,0
Berlin	Mitte	10,5

In der Tabelle sind die acht Stadtteile/Verwaltungsbezirke mit den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteilen aufgelistet. Marienburg, als der Stadtteil in Köln mit dem höchstem Anteil an Juden, folgt erst an 12. Stelle mit 8,4 Prozent. Weniger als ein halbes Prozent an der Gesamtbevölkerung machten hingegen die Juden unter anderem in Spandau (Berlin), Barmbeck (Hamburg), Deutz-Kalk (Köln) oder Oberrad (Frankfurt a. M.) aus.

## *II. Die Städte Berlin und Hamburg umfassend mit Konfessions-, Sozialstrukturangaben und Reichstagswahlergebnissen zwischen 1924 und 1932 auf Stadtteil-/Verwaltungsbezirksebene (N=48)*

Bei diesem Datensatz wurden Köln und Frankfurt a.M. aus dem vorherigen Datensatz herausgenommen, da für die beiden Städte keine Zahlen zur Sozialstruktur auf Stadtteilebene existieren, sondern lediglich sozialstrukturelle Angaben vorliegen, die sich auf das gesamte Stadtgebiet beziehen. Bei Bildung der Sozialmerkmale wurde auf die Daten der Volks- und Berufszählung von 1925 zurückgegriffen. Erweitert wurde der Datensatz um die Ergebnisse aus den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924.

Wie bereits im vorherigen Kapitel angedeutet wurde, sind die Auswertungen

<sup>15</sup> *Statistik des Hamburgischen Staates*, Heft XXXII, S. 90, Tabelle 21.

<sup>16</sup> Im Falle der Kölner Alt- und Neustadt wurden die Stadtbezirke als räumliche Abgrenzung gewählt. Die Kölner Stadtteile Alt- und Neustadt unterteilten sich jeweils in die Stadtbezirke Süd, Mitte und Nord.

der Sozialdaten der statistischen Ämter in Berlin und Hamburg unterschiedlich gehandhabt und publiziert worden. Während in Hamburg die veröffentlichten Sozialdaten die erwerbstätigen Arbeiter, Angestellten etc. und Berufslosen umfaßten bezog, das Statistische Amt in Berlin die Angehörigen in die Zählung mit ein. Sie zählten die Berufszugehörigen.<sup>17</sup> Da für beide Städte keine übereinstimmende Praxis vorliegt, mußte die Prozentuierung der sozialstrukturellen Anteilsvariablen auf der Basis der jeweils durchgeführten Zählweise übernommen werden. Für die Aggregatdatenanalyse bedeutet dies jedoch keine Einschränkung.<sup>18</sup>

### III. Berlin mit Konfessionsangaben und Reichstags- /Kommunalwahlergebnissen zwischen 1925 und 1932 auf Ortsteilebene (N=62)

Die nächsten geographischen und administrativen Einheiten unterhalb der Verwaltungsbezirksebene in Berlin waren die Ortsteile. So setzte sich beispielsweise der Verwaltungsbezirk Wilmersdorf aus den Ortsteilen Wilmersdorf, Schmargendorf und Grunewald zusammen. Insgesamt gab es 77 Ortsteile. In einigen Fällen waren die Ortsteile identisch mit den Verwaltungsbezirken. Häufiger war die Unterteilung. Für 62 Ortsteile gelang es, aus Zeitungen und unter Hinzunahme weiterer amtlicher Statistiken Wahlergebnisse zusammenzutragen und zu rekonstruieren. Jedoch standen nicht immer über den gesamten Untersuchungszeitraum Ergebnisse für alle Ortsteile zur Verfügung. Durch Bildung von synthetischen „Restortsteilen“ konnte zu den verschiedenen Wahlzeitpunkten die Fallzahl erhöht werden.<sup>19</sup> Ordnet man die Ortsteile nach der Stärke des jüdischen Bevölkerungsanteils, so ergibt sich folgendes Bild:

Berliner Ortsteile mit den größten Anteilen jüdischer Bevölkerung 1925

Ortsteil	Verwaltungsbezirk	Juden in % d. Bev. 1925
Wilmersdorf	Wilmersdorf	13,8
Grunewald	Wilmersdorf	10,7
Mitte	Mitte	10,5
Charlottenburg	Charlottenburg	8,9
Schöneberg	Schöneberg	8,8
Prenzlauer Berg	Prenzlauer Berg	6,3
Dahlem	Zehlendorf	6,1

Die Ortsteile Mitte, Charlottenburg und Prenzlauer Berg waren identisch mit den Verwaltungsbezirken. Die Ortsteile Wilmersdorf und Grunewald lagen im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf, der Ortsteil Dahlem gehörte zum Verwaltungs-

<sup>17</sup> Zur Systematik der Grundkategorien der Volks- und Berufszählungen 1925 und 1933 vgl. Falter / Lindenberger / Schumann, *op. cit.*, S. 159f.

<sup>18</sup> Ausführlicher zu den möglichen Prozentuierungsbasen von sozialstrukturellen Anteilsvariablen und ihren numerischen Konsequenzen, Falter, *Hitlers Wähler, op. cit.*, S. 202ff.

<sup>19</sup> Die Bildung der synthetischen „Restortsteile“ geschah durch einfache Differenzbildung zu den amtlichen Ergebnissen der Kommunal- und Reichstagswahlen der Verwaltungsbezirke.

bezirk Zehlendorf, und der Ortsteil Schöneberg war ein Teil des Verwaltungsbezirks Schöneberg.

Hauptquelle für die Wahlergebnisse im Datensatz war der Berliner „Vorwärts“. Er veröffentlichte die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1930 und November 1932 sowie der Kommunalwahlen 1925 und 1929 für die SPD-Abteilungen in Berlin.<sup>20</sup> Die Berliner SPD gliederte sich 1932 in 151 Abteilungen. Durch Hinzunahme einer weiteren Quelle, der Abrechnung des Berliner Bezirksverbandes der Sozialdemokraten für das Jahr 1931, konnten verschiedene Abteilungen lokalisiert und Ortsteilen bzw. Verwaltungsbezirken zugeordnet werden.<sup>21</sup> Die Vermutung, daß die Abteilungen mit den Ortsgrenzen identisch waren, bestätigte sich nach Vergleichen mit verschiedenen Berliner Tagesblättern. Die Ergebnisse der Reichstagswahl im Juli 1932 basieren auf Veröffentlichungen mehrerer Berliner Zeitungen.<sup>22</sup>

Hinsichtlich der späteren Interpretation der Ergebnisse gilt es an dieser Stelle, einige Anmerkungen über die Probleme zu machen, die durch die Analyse der verwendeten Daten entstehen. Bei den Ergebnissen des „Vorwärts“ und der anderen Zeitungen handelt es sich nicht um offizielle Wahlergebnisse. Summenkontrollen mit den amtlich veröffentlichten Wahlergebnissen der Verwaltungsbezirke ergaben eine weitestgehende Übereinstimmung. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Stimmenanteile differierten, wenn auch nicht in großem Maße.

Nicht immer wurden alle Splitterparteien aufgeführt. Das hat zur Folge, daß einige Reststimmen zur Berechnung der abgegebenen gültigen Stimmen fehlten. Da keine Angaben zur Anzahl der Wahlberechtigten vorliegen, mußte eine andere Prozentuierungsbasis gewählt werden. Prozentuiert wurden die Ergebnisse auf die Summe der aufgeführten Stimmen. Die Anteile der im „Vorwärts“ nicht genannten, restlichen Splitterparteien waren jedoch so gering, daß keinerlei große Verzerrungen entstanden und die neugewählte Prozentuierungsbasis den amtlichen Prozentzahlen nach Auszählung der gültigen Stimmen sehr nahe kommt.<sup>23</sup> In einigen Ortsteilen wuchs im Untersuchungszeitraum die Einwohnerzahl erheblich an. Um dies zu berücksichtigen, wurde die Gewichtung nach dem Stand der Einwohnerzahl des jeweiligen Wahljahres vorgenommen.

---

<sup>20</sup> *Vorwärts*, 18. 11. 1929, 15. 9. 1930 und 7. 11. 1932.

<sup>21</sup> *Die Front*, Jahresbericht 1931. Für den Hinweis möchte ich an dieser Stelle Wolfram Schulz vom Institut für Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin danken.

<sup>22</sup> Näheres zur Datengrundlage ist der Dokumentation zu entnehmen.

<sup>23</sup> Bezogen auf das Berliner Gesamtergebnis erhielten die im *Vorwärts* nicht genannten restlichen Splitterparteien: 1925: 1,9%; 1929: 2,1%; 1930: 0,9%; November 1932: 1,4%.

### 4.2.2 Die Bindung an die Demokraten

In drei der vier untersuchten Städte erzielte die Deutsche Demokratische Partei bzw. ihre Nachfolgepartei, die Deutsche Staatspartei, in den Jahren 1928 und 1930 überdurchschnittliche Ergebnisse. Lediglich in Köln blieb die DDP 1928 unter dem Reichsdurchschnitt; die DStp konnte dort hingegen 1930 gegen den allgemeinen Trend hinzugewinnen und besser als im Reich abschneiden. Wichtig an dieser Stelle ist noch einmal der Hinweis, daß die angegebenen Prozentverteilungen und statistischen Beziehungen in der Analyse sich stets, wenn ausdrücklich nicht anders angegeben, auf die Basis der Wahlberechtigten beziehen.

Prozentuale Stimmenanteile der DDP/DStp zwischen 1928 und 1932  
an den Wahlberechtigten

Jahr	Berlin	Frankfurt a. M.	Köln	Hamburg	Dt. Reich
1928	6,0	5,9	2,6	9,2	3,7
1930	4,3	4,5	3,3	7,1	3,1
1932 I	1,3	0,6	0,3	5,1	0,8
1932 II	1,1	1,1	0,3	4,5	0,8

Die Ergebnisse zeigen zugleich unterschiedliche regionale Tendenzen: Neben dem Zugewinn der DStp in Köln 1930 fällt der Stimmenanstieg in Frankfurt im November 1932 auf. Im Juli 1932 konnte die Hamburger Staatspartei endgültig marginalisierende Verluste vermeiden und sich auffallend behaupten. Von einer synchronen Entwicklung in den vier Städten kann keine Rede sein.

Die vielzitierte „Bindung“ der jüdischen Wählerschaft an die Deutsche Demokratische Partei (Deutsche Staatspartei) soll im folgenden für die Großstädte einer statistischen Überprüfung unterzogen werden. Zunächst wird die Beziehung zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und dem DDP/DStp-Anteil im Mittel näher betrachtet.

Unterteilt man die 83 Stadtteile/Verwaltungsbezirke der vier Großstädte in drei Gruppen, von denen die erste die Wahleinheiten enthält, die weniger als ein Prozent jüdischen Bevölkerungsanteil im Jahr 1925 aufwiesen, eine zweite, die einen Anteil zwischen 1 und 7,5 Prozent besaßen, und eine dritte, die die Stadtteile und Verwaltungsbezirke mit mehr als 7,5 Prozent Juden umfaßten, und betrachtet man den prozentualen Stimmenanteil von DDP/DStp und DVP zwischen den Jahren 1928 und 1932 an den Wahlberechtigten, so ergibt sich folgendes Bild:

Stärke der DDP/DStp und der DVP in Größenklassen der jüdischen Bevölkerungsanteile in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln

		0–1%	1–7,5%	> 7,5%	insgesamt	r
DDP/DStp	1928	5,4	5,3	9,0	6,2	.54
	1930	4,2	4,1	6,7	4,8	.49
	1932 I	2,1	1,5	1,9	1,8	.01
	1932 II	1,8	1,3	1,9	1,6	.11
DVP	1928	6,3	6,0	7,6	6,4	.17
	1930	4,3	3,8	4,9	4,2	.13
	1932 I	0,9	0,8	1,1	0,9	.15
	1932 II	1,4	1,4	2,0	1,5	.23
# Fälle		37	31	15	83	

gewichtet nach Wahlberechtigten

Ein Blick auf die Ergebnisse in den Terzilen zeigt, daß die DDP 1928 dort überdurchschnittlich gut abschnitt, wo viele Juden wohnten. Mit neun Prozent lag sie in diesen Wohngebieten 2,8 Prozentpunkte über dem Durchschnitt (6,2 Prozent). Kein bedeutsamer Unterschied ist hingegen zwischen den ersten beiden Gruppen, den Stadtteilen und Verwaltungsbezirken mit unterdurchschnittlichem oder durchschnittlichem jüdischen Bevölkerungsanteil (5,4 und 5,3 Prozent) auszumachen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Unterteilung der Ergebnisse der Deutschen Staatspartei im Jahr 1930, jedoch in leicht abgeschwächter Form. Dennoch konnte die Deutsche Staatspartei in jüdischen Hochburgen mit 6,7 Prozent 1,9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt erzielen.

Für die beiden Wahlen im Jahr 1932 sind keine derartigen Abweichungen zu registrieren. Die Ergebnisse in allen drei Terzilen haben sich weitgehend angeglichen. In den jüdischen Hochburgen schnitt die Deutsche Staatspartei im Juli 1932 mit 1,9 Prozentpunkten an den Wahlberechtigten sogar schlechter ab als in den Gegenden mit keiner oder geringer jüdischer Wohnbevölkerung.

Die geschilderten Zusammenhänge drücken sich auch in den Korrelationskoeffizienten  $r$  aus. Während man für die Jahre 1928 und 1930 mit .54 und .49 von einem positiven statistischen Zusammenhang zwischen Stärke der DDP/DStp und dem jüdischen Bevölkerungsanteil spricht, würde man die Koeffizienten für das Jahr 1932 eher im Sinne eines Nicht-Zusammenhangs interpretieren.

Zum Vergleich sind in der Tabelle die Ergebnisse der Deutschen Volkspartei in denselben Größenklasseneinteilungen aufgeführt. Zwar erzielte auch die DVP in den Stadtteilen und Verwaltungsbezirken mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil jeweils die besten Ergebnisse. Die Differenzen gegenüber den beiden anderen Gruppen sind jedoch schwächer ausgeprägt, als es 1928 für die Demokraten und 1930 für die DStp der Fall war. Die Korrelationskoeffizienten für die DVP fallen entsprechend niedrig aus, so daß man mit äußerster Vorsicht von einem schwach positiven Zusammenhang sprechen sollte.

Wählen wir nun einen anderen Datensatz und schauen uns die Korrelationskoeffizienten für die verschiedenen Parteien in den Kommunalwahlen 1925 und 1929 sowie in den Reichstagswahlen 1930 und November 1932 in Berlin an:

Korrelation des jüdischen Bevölkerungsanteils 1925 mit den auf der Basis des „Vorwärts“ berechneten Stimmenanteilen (ohne Nichtwähler) der verschiedenen Parteien in Berlin auf Ortsteilebene

	KPD	SPD	DDP/ DStp	DVP	Zx	DNVP	NSDAP
1925	-.56	-.56	.90	.26	.24	.51	–
1929	-.46	-.51	.80	.30	.26	.51	.45
1930	-.31	-.27	.61	.08	.37	.36	.33
1932 II	-.43	-.10	.65	.25	.52	.41	.24
1932 II*	-.48	-.10	.71	.26	.54	.46	.26

gewichtet nach Einwohnerzahl; 1925: N=51; 1929: N=53; 1930: N=42; 1932 II: N=52

\* bivariater Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil lt. VZ 1933 und den verschiedenen Parteien

Auffallend sind die hohen positiven Korrelationskoeffizienten für die DDP/ DStp. Über alle Wahlen hinweg ist der Zusammenhang zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den Wahlergebnissen der DDP bzw. DStp am stärksten ausgeprägt. Zwar sinken die Koeffizienten im Falle der Reichstagswahlen gegenüber denen der früheren Kommunalwahlen, jedoch bleiben sie unter allen Parteien am höchsten.

Einen Hinweis auf Verschiebungen innerhalb der jüdischen Wahlpopulation können Veränderungen der Koeffizienten der weiteren Parteien geben. So fällt auf, daß sich der negative Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der Sozialdemokraten und dem jüdischen Bevölkerungsanteil im Laufe der Zeit erheblich abschwächt. Einen deutlichen Anstieg verzeichnen auch die Werte der Korrelationskoeffizienten für das Zentrum ab dem Jahr 1930.

Die über den gesamten Zeitraum positiven Koeffizienten für die DNVP legen die Vermutung nahe, daß es sich um eine kausale Scheinbeziehung handelt. Die Deutschnationalen erreichten ihre besten Ergebnisse in bürgerlichen Wohngebieten, in den Vierteln also, in denen der jüdische Bevölkerungsanteil meist höher als im Durchschnitt lag. In ähnlichem Sinne sind die im Zusammenhang mit den Nationalsozialisten ermittelten positiven Korrelationen zu interpretieren.

Die letzten beiden Ausführungen machen die Notwendigkeit deutlich, versteckte Faktoren, die historisch mehr oder minder zufällig mit der Konfession korrelieren, immer in Betracht zu ziehen und zu kontrollieren. Das Merkmal „jüdischer Bevölkerungsanteil“ stellt zugleich einen Indikator für den Einfluß anderer Faktoren, wie etwa einen hohen Anteil von Selbständigen, dar. Aufgrund des hohen Korrelationszusammenhangs zwischen Selbständigen- und jüdischem Bevölkerungsanteil wird im Grunde bei Verwendung der jüdischen Konfessionsvariablen der Einfluß des Selbständigenanteils auf die abhängige Variable bis zu einem gewissen Grad mitgemessen.

Die Verwendung der multiplen Regressionsanalyse soll helfen, die Wirkung verschiedener Einflußfaktoren besser abzuschätzen. Beispielhaft wird im folgenden gezeigt, wie durch sukzessive Erweiterung unserer Modelle sich bivariate Korrelationen als Scheinbeziehungen erweisen. Dazu betrachten wir noch einmal den bivariaten Einfluß der jüdischen Bevölkerung auf das Abschneiden der bürgerlichen Parteien in Hamburg und Berlin:

Korrelation des jüdischen Bevölkerungsanteils mit den Stimmenanteilen von DDP/DStp, DVP und DNVP (Hamburg/Berlin)

	DDP/DStp	DVP	DNVP
1924 I	.58	.14	.50
1924 II	.75	.09	.53
1928	.49	.12	.52
1930	.43	.06	.47
1932 I	.01	.05	.46
1932 II	.04	.08	.44

gewichtet nach Wahlberechtigten; 1924: N=46; 1928–1932: N=48

Ähnlich den beiden zuvor angeführten Korrelationstabellen besteht in den Reichstagswahlen bis zum Jahr 1930 ein positiver Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Abschneiden der DDP. Die Werte zeigen auch über den gesamten Zeitraum einen durchweg positiven Koeffizienten für die Deutschnationalen. Im Jahr 1932 liegt der Wert der Deutschnationalen deutlich über dem der beiden anderen Parteien.

Durch die Hinzunahme weiterer Variablen wird nun gezeigt, daß das positive Verhältnis zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den erzielten Ergebnissen der DDP/DStp stabil bleibt, die Koeffizienten für DVP und DNVP aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang anzeigen. Methodisch soll folgendermaßen vorgegangen werden: Zunächst wird im multiplen Regressionsmodell der Einfluß des Selbständigen- und des Angestellten- und Beamtenanteils auf das Abschneiden der drei bürgerlichen Parteien untersucht. Dadurch erhalten wir einen Einblick in die sozialstrukturellen Einflüsse auf die Ergebnisse von DDP/DStp, DVP und DNVP. Im Anschluß daran wird das Modell um die jüdische Anteilsvariable erweitert. Das Vorgehen hat den Vorteil, daß man ablesen kann, ob sich durch Hinzufügen des Merkmals „jüdischer Bevölkerungsanteil“ die Qualität des Regressionsmodells deutlich verbessert. Es sei jedoch angemerkt, daß durch Erweiterung des Regressionsmodells der Zuwachs erklärter Varianz nicht additiv geschieht.

Der relative Einfluß des Anteils der Angestellten, Beamten und Selbständigen auf den Prozentsatz von DDP/DStp, DVP und DNVP (Berlin/Hamburg)<sup>24</sup>

% DDP/DStp =	% Angestellte u. Beamte	% Selbständige	R <sup>2</sup>
1924 I	37	40	41%
1924 II	44	56	68%
1928	56	28	51%
1930	57	27	50%
1932 I	41	-13	15%
1932 II	40	-10	14%
% DVP =	% Angestellte u. Beamte	% Selbständige	R <sup>2</sup>
1924 I	62	17	48%
1924 II	60	10	41%
1928	59	11	40%
1930	53	05	30%
1932 I	52	05	29%
1932 II	49	07	27%
% DNVP =	% Angestellte u. Beamte	% Selbständige	R <sup>2</sup>
1924 I	49	56	74%
1924 II	54	56	82%
1928	50	55	75%
1930	22	53	40%
1932 I	45	56	69%
1932 II	53	52	74%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gew. nach Wahlberechtigten; 1924: N=46; 1928–1932: N=48

Den Regressionsmodellen ist zu entnehmen, daß DDP/DStp und DVP in der Tendenz dort viele Stimmen erzielten, wo der Angestellten- und Beamtenanteil besonders hoch war. Der Anteil der Selbständigen an den Erfolgen der DVP ist der Berechnung zufolge eher als gering oder als nicht relevant einzuschätzen. Für die Deutsche Demokratische Partei war der Selbständigenanteil in den Wahlen des Jahres 1924 von größerer Bedeutung als der Angestellten- und Beamtenanteil. Dieses Verhältnis kehrt sich in den folgenden Jahren um, wobei 1932 der statistische Einfluß der Selbständigenvariablen auf das Abschneiden der Deutschen Staatspartei sogar zu vernachlässigen ist. Anders nimmt sich hingegen der Einfluß des Selbständigenanteils auf die Stärke der DNVP aus. Die Deutschnationalen erreichten im Trend ein höheres Ergebnis in den Stadtteilen/Verwaltungsbezirken, wo viele Selbständige wohnten.

Der Effekt des Selbständigenanteils auf das Abschneiden der DNVP verstärkt sich deutlich, wenn wir als zusätzliche Variable den jüdischen Bevölkerungsanteil in das Regressionsmodell hineinnehmen. Wie aus der nächsten Tabelle ersichtlich wird, ergibt sich unter Kontrolle der Selbständigen-, Angestellten- und Beamtenanteile ein schwach ausgeprägter negativer Effekt der jüdischen Be-

<sup>24</sup> Die sozialstrukturellen Anteilsvariablen beziehen sich im weiteren, sofern nicht anders angegeben, auf die Ergebnisse der Volkszählung 1925.

völkerung auf die Resultate der DNVP. Der zuvor auf Seite 229 präsentierte positive bivariate Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Prozentsatz der DNVP verkehrt sich unter Kontrolle der beiden Sozialvariablen ins Gegenteil.

Zwischen den Merkmalen jüdischer Bevölkerungsanteil und Selbständigenanteil bestehen offensichtlich Überlagerungen. Diese sind inhaltlich plausibel. Eine Konzentration der jüdischen Wohnbevölkerung ist in vielen Fällen in bürgerlichen Wohngebieten zu finden. Diese Viertel weisen dementsprechend eine bürgerliche Sozialstruktur mit einem hohen Selbständigen- und niedrigen Arbeiteranteil auf. Die jüdische Konfessionsvariable mißt bis zu einem gewissen Grad immer den Einfluß des Selbständigenanteils mit. Folglich überlagern sich die Variablen jüdischer Bevölkerungsanteil und Anteil der Selbständigen. Werden die Überlagerungen nicht kontrolliert, können sie zu einer potentiellen Verstärkung oder Abschwächung der von ihnen beschriebenen Einflüsse führen.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz von DDP/DStp, DVP und DNVP (Berlin/Hamburg)

% DDP/DStp =	% Angestellte u. Beamte	% Selbständige	% Juden	R <sup>2</sup>
1924 I	42	-08	56	50%
1924 II	49	02	62	80%
1928	60	-08	43	56%
1930	59	03	27	52%
1932 I	42	-22	10	15%
1932 II	41	-23	15	15%
% DVP =	% Angestellte u. Beamte	% Selbständige	% Juden	R <sup>2</sup>
1924 I	58	58	-47	55%
1924 II	57	45	-41	46%
1928	56	42	-36	44%
1930	50	30	-30	32%
1932 I	49	33	-33	32%
1932 II	47	30	-27	29%
% DNVP =	% Angestellte u. Beamte	% Selbständige	% Juden	R <sup>2</sup>
1924 I	45	80	-27	76%
1924 II	52	74	-21	82%
1928	45	74	-20	78%
1930	16	59	-06	39%
1932 I	37	90	-36	75%
1932 II	47	88	-39	83%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gew. nach Wahlberechtigten; 1924: N=46; 1928-1932: N=48

Unter Kontrolle der Selbständigen-, Angestellten- und Beamtenanteile bleibt der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Abschneiden der Demokraten ausgesprochen stabil. In den Reichstagswahlen der Jahre 1924 und 1928 übt er einen deutlich positiven Effekt auf die Ergebnisse der DDP aus. Die Einbeziehung der jüdischen Konfessionsvariablen trägt zugleich zur Verbesserung des Erklärungsmodells bei. Für das Jahr 1930 nimmt sich das relative Gewicht des jüdischen Anteils für die Deutsche Staatspartei geringer aus und

sinkt im Jahre 1932 auf Werte ab, die kaum mehr auf einen Einfluß schließen lassen. Zugleich reduziert sich die Erklärungsleistung ( $R^2$ ) der Variablen deutlich.

Die noch im bivariaten Fall positiven Werte für die DNVP und DVP verkehren sich in einem komplexeren Modell ins Gegenteil. Auf das Abschneiden der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen hatte der jüdische Bevölkerungsanteil demnach eine eher hemmende Wirkung.

Nun ergibt sich aber für die dargestellten Regressionsmodelle die methodische Schwierigkeit, daß die beiden Merkmale Selbständigenanteil und jüdischer Bevölkerungsanteil sehr eng miteinander zusammenhängen. Das Phänomen, daß zwei unterschiedliche Variablen aufgrund starker Überlagerungen die Lösung der Regressionsrechnung beeinflussen, ist unter dem Schlagwort des „Problems der Multikollinearität“ bekannt geworden.<sup>25</sup> Eine Prämisse des linearen Regressionsmodells besagt, daß die erklärenden Merkmale bis zu einem gewissen Grad voneinander unabhängig sein sollen, im idealtypischen Fall sogar völlig. Um das Problem der Multikollinearität zu umgehen, können wir aber auf andere sozialstrukturelle Anteilsvariablen zurückgreifen, die mit dem jüdischen Bevölkerungsanteil in nicht so hohem Maße korrelieren: die Gliederung der Bevölkerung (Erwerbstätigen) nach Wirtschaftsabteilungen.

Die Verwendung der Wirtschaftsabteilungen als Sozialvariable ist nicht mehr so anschaulich, da die verschiedenen Wirtschaftsabteilungen hinsichtlich der sozialen Stellung im Beruf heterogen sind.<sup>26</sup> Die Heterogenität liegt selbstverständlich auch im Falle der Klassifizierung nach der sozialen Stellung im Beruf vor. Mitunter wurde dies in Abhandlungen zugunsten einer typisierenden Beschreibung verdrängt. Da die vorliegende Arbeit primär das jüdische Wahlverhalten untersucht und für diese Zwecke die Wirtschaftsabteilungen die besseren Kontrollvariablen liefern, können diese Aspekte in den Hintergrund treten.

---

<sup>25</sup> Thome, *Induktive Statistik*, *op. cit.*, S. 171 ff.

<sup>26</sup> Selbstverständlich liegt in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen eine Dominanz bestimmter Berufsgruppen vor. So waren nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1925 und 1933 für das gesamte Deutsche Reich in der Wirtschaftsabteilung „Industrie und Handwerk“ über Dreiviertel der Bevölkerung Arbeiter. In der Kategorie „Freie Berufe und Verwaltung“ waren über 60 Prozent Angestellte oder Beamte. Falter / Lindenberger / Schumann, *op. cit.*, S. 36.

Zusammenhang zwischen Wirtschaftsabteilungen und dem Prozentsatz der bürgerlichen Parteien (Berlin/Hamburg)

Zielvariable		% Handel u. Verkehr	% Verwaltung / freie Berufe	R <sup>2</sup>
% DDP/DStp	1924 I	64	40	63%
	1924 II	42	66	63%
	1928	52	51	58%
	1930	48	54	56%
	1932 I	62	06	42%
	1932 II	63	06	43%
% DVP	1924 I	46	58	49%
	1924 II	57	45	47%
	1928	53	48	45%
	1930	53	39	39%
	1932 I	45	42	34%
	1932 II	48	38	34%
% DNVP	1924 I	16	81	65%
	1924 II	18	89	78%
	1928	02	92	84%
	1930	-33	77	77%
	1932 I	0	94	88%
	1932 II	14	92	85%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach Wahlberechtigten; 1924: N=46; 1928–1932: N=48

Ein Blick auf die Tabelle zeigt, daß die Effekte der beiden verwendeten Wirtschaftsabteilungen auf das Abschneiden der beiden liberalen Parteien sich die Waage halten. Im Jahr 1932 reduziert sich der Einfluß der freien Berufe sowie der in der Verwaltung tätigen Personen gegenüber der Abteilung Handel und Verkehr für die Deutsche Staatspartei erheblich, während die von den beiden Wirtschaftsabteilungen ausgehenden Effekte auf die Deutsche Volkspartei weiterhin weitgehend ausgewogen bleiben. Für beide Parteien besitzen die Modelle aber nicht mehr die Erklärungskraft wie für die früheren Jahren.

Anders sieht es bei der Deutschnationalen Volkspartei aus. Dort dominiert der Einfluß der Wirtschaftsabteilung Verwaltung / freie Berufe. Der von dieser Abteilung ausgehende Effekt trägt weitgehend zur Erklärung der Streuung bei. Erweitern wir nun unsere Modelle durch Hinzunahme der jüdischen Konfessionsvariablen:

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz von DDP/DStp, DVP und DNVP (Berlin/Hamburg)

Zielvariable		% Handel u. Verkehr	% Verwaltung / freie Berufe	% Juden	R <sup>2</sup>
% DDP/DStp	1924 I	65	20	41	74%
	1924 II	43	40	51	82%
	1928	59	40	20	61%
	1930	56	50	10	57%
	1932 I	69	14	-18	44%
	1932 II	69	13	-14	45%
% DVP	1924 I	52	73	-29	55%
	1924 II	63	60	-28	52%
	1928	58	62	-27	50%
	1930	59	53	-28	45%
	1932 I	52	58	-32	42%
	1932 II	55	51	-26	39%
% DNVP	1924 I	14	75	11	66%
	1924 II	16	83	10	78%
	1928	0	87	11	85%
	1930	-38	67	21	80%
	1932 I	0	92	03	88%
	1932 II	14	93	-02	85%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach Wahlberechtigten; 1924: N=46; 1928–1932: N=48

Die Ergebnisse der Regressionsmodelle bestätigen für DDP/DStp die bisher ermittelten Resultate. In den Zwanziger Jahren schnitten die Demokraten in den Reichstagswahlen überdurchschnittlich ab, wo viele Juden wohnten. Für die Deutsche Staatspartei gilt das nicht mehr ohne weiteres. Die vorliegenden Modelle unterschätzen möglicherweise den Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Linksliberalen, insbesondere für die Jahre 1928 und 1930. Weitere Regressionsrechnungen mit anderen Wirtschaftsabteilungen als Kontrollvariablen ergaben deutlich höhere Koeffizienten für die jüdische Bevölkerung. Insofern stellen die präsentierten Ergebnisse eher die vorsichtige Variante dar, da sie die Koeffizienten nach unten absichern.

Die statistischen Beziehungen zwischen DVP und jüdischem Bevölkerungsanteil fallen durchgehend negativ aus. Die Werte der jüdischen Konfessionsvariablen für die Deutschnationalen sind im Vergleich zu den vorherigen Modellen leicht positiv. Doch reichen sie keinesfalls aus, Jacob Tourys Äußerung über die Dezemberwahl 1924 zu stützen, es lägen manche Anzeichen dafür vor, „daß bis weit in den C.V hinein nicht wenige Einzelstimmen für die Deutschnationalen abgegeben wurden“.<sup>27</sup>

Viel eher ist der zeitgenössischen Einschätzung des Israelitischen Familien-

<sup>27</sup> Toury, *Krisenbewußtsein*, op. cit., S. 152. Auch die entsprechenden multiplen Regressionsmodelle für Hamburg und Berlin mit der Differenzvariablen, gebildet aus der Differenz der Prozentpunkte der beiden Wahlen 1924, weisen keinen positiven Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Deutschnationalen nach.

blatts zuzustimmen, das 1927 folgerte, „die Wählerschaft der rechtsgerichteten Parteigruppen setzt sich zu einem so verschwindend geringen Prozentsatz aus Juden zusammen, daß sie getrost als ‚judenrein‘ gelten können“.<sup>28</sup> Dabei rechnete das Blatt die Deutsche Volkspartei zu den rechtsgerichteten Parteien.

Im Rahmen der Analyse wurden weitere Regressionsmodelle mit verschiedenen Drittvariablen für die bisher nicht näher aufgeführten Parteien und dem jüdischen Bevölkerungsanteil erstellt. Im Interesse einer durchgehenden Darstellungs- und Argumentationsweise soll an dieser Stelle auf weitere Tabellen verzichtet werden. Zusätzliche Tabellen befinden sich im Anhang. Die Auswertungen ergaben, daß für keine Partei innerhalb des Parteienspektrums ein vergleichbar ausgeprägter Zusammenhang gemessen wurde, wie es für die DDP/DStp der Fall war. Hinsichtlich der SPD war es nicht möglich, selbst unter Kontrolle des Arbeiteranteils, ein Regressionsmodell zu finden, das vor 1930 eine positive Beziehung zwischen Stimmenanteilen für die Sozialdemokratie und dem Prozentsatz der Juden hergestellt hätte.

Die Hypothese, daß die Juden vor allem bis 1930 linksliberal gewählt hätten, erfährt durch die Resultate eine Bestätigung. Diese Aussage ist nicht spektakulär, da sie nie von irgendeiner Seite bestritten wurde. Doch die dargestellten Ergebnisse verschaffen der Aussage nunmehr eine empirisch abgesicherte und nachvollziehbare Basis. Die in dem vorliegenden Kapitel auf das großstädtische Judentum beschränkten Ergebnisse bestätigen sich in reichsweit angelegten Analysen.<sup>29</sup>

Spannender ist die Frage, ob und wie sich die Unterstützung der jüdischen Wählerschaft für die Linksliberalen mit der Gründung der Deutschen Staatspartei änderte, da dies in der Literatur kontrovers beurteilt wird. Die bisherigen Daten geben erste Hinweise. Die relative Einflußstärke des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Abschneiden der DDP und später der DStp läßt im Laufe der Jahre nach.

#### 4.2.3 1930 – Ein Entscheidungsjahr für die jüdischen Wähler?

Die Frage nach der Akzeptanz der neugegründeten Deutschen Staatspartei durch die jüdische Wählerschaft wurde in der Literatur bisher weitgehend umgangen. Zwar betont Arnold Paucker, daß der „shattering effect“<sup>30</sup>, den der Zusammenschluß zwischen Jungdeutschem Orden und Demokraten zur Deutschen Staatspartei unter der jüdischen Wählerschaft auslöste, nicht überschätzt

<sup>28</sup> Eduard Lasker und die Nationalliberale Partei. *Israelitisches Familienblatt*, 10. März 1927, 29. Jg., Nr. 10, S. 1.

<sup>29</sup> Vgl. Tabellenanhang. Zu Inhalt und Struktur der verwendeten Datenbank „Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches 1920 bis 1933“ vgl. Dirk Hänisch, „Inhalt und Struktur der Datenbank ‚Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches 1920 bis 1933“ in *Historical Social Research*, 1 (1989), S. 39–67.

<sup>30</sup> Paucker, *Jewish Self-Defence*, *op. cit.*, S. 59, Anm. 12.

werden kann, doch arbeitet er in seinen Darstellungen mit den Kategorien „before 1930“ und „after 1930“. Ähnlich äußern sich Hamburger und Pulzer.<sup>31</sup> Die unterschiedlichen präsentierten Zahlen über eine mögliche Verteilung der jüdischen Stimmen legen alle eine einschneidende Veränderung zwischen 1928 und 1932 im jüdischen Wahlverhalten nahe. Die Reichstagswahlen 1930 werden jedoch ausnahmslos unberücksichtigt. Diese Tatsache mag Ausdruck der Unsicherheit in der Bewertung sein.

Daß die Gründung der Deutschen Staatspartei Irritationen und Diskussionen in der jüdischen Bevölkerung auslöste, belegt die Zeitungsanalyse. In jüdischen Kreisen wurde vielfach Zweifel daran gehegt, ob die Deutsche Staatspartei im gleichen Maße wie bisher die Demokratische Partei gewillt sei, die Gleichberechtigung der jüdischen Bürger anzuerkennen. Die Stellungnahmen von Seiten des Jungdeutschen Ordens zum Antisemitismus fielen eher lau aus. In diesem Kontext kommt der Reichstagswahl 1930 eine besondere Schlüsselstellung zu. Es stellt sich Frage, ob nicht die langjährige traditionelle Verbindung jüdisch-liberaler Kreise zur DDP einen Bruch erlitt und das Wahljahr 1930 zum „Entscheidungsjahr“ und damit etwa zu einem Wendepunkt für viele jüdische Wähler wurde.

Die Betrachtung des Einflusses des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Verluste der Deutschen Staatspartei und eventuelle Zugewinne anderer Parteien wird im folgenden Aufschluß geben und belegen, daß auf Grundlage des erstellten Datenmaterials die These einer Abwanderung der jüdischen Wählerschaft im Jahr 1930 durchaus gestützt werden, jedoch von einem absoluten Bruch mit der Deutschen Staatspartei nicht die Rede sein kann. Des weiteren wird die empirische Analyse zeigen, daß es bereits vor 1930 einen unvermutet deutlichen Zusammenhang zwischen Verlusten der DDP und jüdischem Bevölkerungsanteil gibt: ein Sachverhalt, der in der Forschung bisher vollkommen außer Betracht lag.

Analog zum vorherigen Kapitel wird die Analyse mit Hilfe bivariater Korrelationen und multipler Regressionsanalyse vorgenommen. Die Verwendung von Differenzvariablen für die einzelnen Parteien wird in der weiteren Auswertung sehr hilfreich sein. Sie werden aus der Differenz zweier Reichstagswahlen gebildet, geben also die Veränderung in Prozentpunkten an.<sup>32</sup> Setzen wir sie in Beziehung zur jüdischen Konfessionsvariablen oder anderen sozialstrukturellen Variablen, so erhalten wir Aufschluß darüber, wie groß der relative Einfluß der erklärenden Merkmale auf die Gewinne oder Verluste der jeweils analysierten Partei ist. Das Absinken der relativen Einflußstärke des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Abschneiden der DDP/DStp über die verschiedenen Wahlzeitpunkte hinweg ist, wie im vorherigen Kapitel gezeigt, ein erstes Indiz dafür, daß

---

<sup>31</sup> Vgl. Kapitel 1.1.

<sup>32</sup> Die im folgenden benutzte Schreibweise soll die Differenz verdeutlichen; z. B. die Variable 1928/24 ergibt sich aus Prozentergebnis RT 1928 minus Prozentergebnis RT Dezember 1924.

es zu Veränderungen und Abwanderungen unter der jüdischen Wählerschaft bei den Linksliberalen kam.

In Hamburg und Berlin zusammen konnten die Demokraten in der Reichstagswahl im Dezember 1924 gegenüber der Wahl im Mai 1,1 Prozentpunkte hinzugewinnen. Reichsweit war es die letzte Wahl der Weimarer Republik, aus der die parlamentarische Demokratie gestärkt hervorging. Die Parteien, die die Republik unterstützten, gewannen hinzu, während die radikalen Kräfte verloren. In der Reichstagswahl 1928 verlor die DDP in Hamburg und Berlin gegenüber der vorherigen Reichstagswahl 1,9 Prozentpunkte. Die Deutsche Staatspartei mußte sich 1930 dort mit 1,8 Prozentpunkten weniger zufriedengeben. Die Angaben über Gewinne oder Verluste befinden sich in den folgenden Tabellen immer in der ersten Spalte hinter der Angabe des jeweiligen Wahlpaars. Sie geben die durchschnittliche Veränderung an. Prozentuierungsbasis war in allen Fällen die Zahl der Wahlberechtigten.

Geringe Verluste oder Gewinne bedeuten aber nicht zwangsläufig, es habe kaum Veränderungen in der Wählerschaft gegeben. Wählerbewegungen sind in der Regel keine einseitige Angelegenheit. Unter den Durchschnittswerten verbergen sich häufig gegenläufige Tendenzen, denn selbst eine verlierende Partei gibt nicht nur Wählerstimmen ab. So ist es möglich, daß sich gegensätzliche Wählerbewegungen im Ergebnis letztlich kompensieren.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der DDP/DStp unter Kontrolle der Stellung im Beruf (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste DDP/DStp =	% Selbständige	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (+1,1%)	25	19	15	23%
1928/24 (-1,9%)	-31	23	-49	52%
1930/28 (-1,8%)	51	-38	-87	43%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Ein erster Blick auf die Korrelationen der Gewinne und Verluste der DDP/DStp in den Jahren 1924 bis 1930 zeigt einen überraschend ausgeprägten Zusammenhang zwischen den Verlusten der DDP im Jahre 1928 und dem jüdischen Bevölkerungsanteil. Noch deutlicher ist der Einfluß der jüdischen Konfessionsvariable auf die Verluste der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930. Sowohl 1928 als auch 1930 verlor die DDP/DStp tendenziell überdurchschnittlich in den jüdischen Hochburgen. Die entsprechenden Koeffizienten nehmen in beiden Modellen deutlich negative Werte an und erweisen sich als stärkste Bestimmungsfaktoren. Nun ist aber wiederum aufgrund der hohen Interkorrelation zwischen den Merkmalen „jüdischer Bevölkerungsanteil“ und „Selbständigenanteil“ eine gewisse Vorsicht bei der Interpretation geboten, da sich Effekte überlagern können. Eine Überprüfung mit Hilfe anderer Kontrollvariablen zeigt aber, daß die Tendenz erhalten bleibt. Die Erklärungskraft der Modelle nimmt sogar zu.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der DDP/DStp unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)<sup>33</sup>

% Gewinne/Verluste DDP/DStp =	% Verwaltung/ freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (+1,1%)	51	-56	23	78%
1928/24 (-1,9%)	01	34	-74	58%
1930/28 (-1,8%)	08	-46	-49	51%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Deutlicher als in der vorherigen Tabelle kommt der Zusammenhang zwischen den Verlusten der DDP 1928 und dem jüdischen Bevölkerungsanteil zum Tragen. Daß es sich bei dem Phänomen nicht um eine regional begrenzte Erscheinung handelt, belegen die Ergebnisse der reichsweiten Analyse.<sup>34</sup> Damit verschieben sich die Perspektiven der Interpretation. Die Resultate machen die Frage, welche Akzeptanz die Deutsche Staatspartei unter den Juden besaß, in gewissem Sinne hinfällig, da die Ergebnisse die These stützen, daß bereits 1928 zahlreiche jüdische Wähler der DDP den Rücken gekehrt hatten. Die von Paucker und anderen Autoren verwandten Kategorien „before 1930“ und „after 1930“ greifen zu kurz, da sie ein statisches Wahlverhalten vor 1930 implizieren und einen Umbruch erst irgendwann zwischen den Jahren 1928 und 1932 konzidieren. Der empirischen Analyse nach erfolgten Verschiebungen in der jüdischen Wahlpopulation in verschiedenen Phasen bereits vor 1930.

Die Dezemberwahl 1924 scheint die letzte Wahl gewesen zu sein, in der es der Deutschen Demokratischen Partei gelang, die jüdische Wählerschaft in besonderem Maße für sich zu mobilisieren. In beiden Modellen übt der jüdische Bevölkerungsanteil einen positiven Effekt auf die Veränderungen der Demokraten aus. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auf Reichsebene. Für die Wahlen 1928 und 1930 verkehren sich die statistischen Beziehungsmuster: überdurchschnittliche Verluste in der Tendenz für DDP und DStp in den jüdischen Hochburgen. Die Frage, ob 1930 eine Nagelprobe für die jüdischen linksliberalen Wähler gewesen sei, hat sich möglicherweise für Teile der Wählerschaft schon nicht mehr gestellt, da sie diese bereits früher für sich negativ beantwortet hatten.

In Übereinstimmung mit den Auswirkungen der jüdischen Konfessionsvariablen auf die Gewinne und Verluste der DDP/DStp stehen die bereits zuvor präsentierten Korrelationen über den Zusammenhang zwischen Stärke der DDP/DStp und Prozentsatz der Juden. Der größte positive Wert wurde für die Reichstagswahlen im Dezember 1924 ermittelt. In den Wahlen 1928 und 1930

<sup>33</sup> Interkorrelation zwischen den Wirtschaftsabteilungen Verwaltung/freie Berufe und Handel/Verkehr:  $-0.12$ ; zwischen Prozentsatz der Juden und Handel/Verkehr:  $0.15$ ; zwischen Prozentsatz der Juden und Verwaltung/freie Berufe:  $0.49$ .

<sup>34</sup> Vgl. Tabellenanhang.

geht der positive Effekt des jüdischen Bevölkerungsanteils zurück und nimmt 1932 schließlich negative Werte an.

Aufgrund der Verschiebungen in den Jahren 1928 und 1930 stellt sich die Frage, welche Parteien von den Verlusten der Demokraten profitiert haben könnten. Betrachten wir daher den Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Gewinne und Verluste einiger weiterer Parteien:

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der SPD unter Kontrolle der Stellung im Beruf (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste SPD =	% Selbständige	% Angestellte u. Beamte	R <sup>2</sup>
1924/24 (+6,9%)	-09	-32	13%
1928/24 (+2,7%)	-22	54	25%
1930/28 (-3,6%)	35	50	49%

% Gewinne/Verluste SPD =	% Selbständige	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (+6,9%)	-15	-32	07	13%
1928/24 (+2,7%)	-24	54	03	25%
1930/28 (-3,6%)	-04	53	44	55%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Die Hinzunahme des Konfessionsmerkmals für die Wahlpaare 1924/24 und 1928/24 bringt keine zusätzliche Erklärungskraft für die deutlichen Zugewinne der Sozialdemokraten im Dezember 1924 und im Mai 1928. Auf die Gewinne der SPD hat der jüdische Bevölkerungsanteil keinen Einfluß, denn der Regressionskoeffizient schwankt jeweils um Null. Anders hingegen sieht es für die Veränderungen zwischen 1928 und 1930 aus. Die SPD verlor 1930 gegenüber der vorherigen Wahl 3,6 Prozentpunkte. In jüdischen Wohngebieten verloren die Sozialdemokraten jedoch nur unterdurchschnittlich oder konnten gar leichte Zugewinne erzielen und kompensierten bis zu einem gewissen Maße überdurchschnittliche Verluste in Gegenden mit einem hohen Arbeiteranteil.

Modelle, die unter Kontrolle des Arbeiteranteils und einer weiteren sozialstatistischen Variablen, die sich auf die Stellung im Beruf bezieht, erstellt wurden, erwiesen sich aufgrund hoher Interkorrelation als instabil.<sup>35</sup> Auch hier zur Überprüfung der Ergebnisse das multiple Regressionsmodell unter Kontrolle von zwei Wirtschaftsabteilungen:

<sup>35</sup> Korrelation zwischen Arbeiter- und Angestellten-, Beamtenanteil:  $-0,79$ . Der hohe Wert ergibt sich aus einer fast dichotomen Siedlungsstruktur. Wo viele Angestellte und Beamte wohnten, lebten weniger Arbeiter und umgekehrt.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der SPD unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste SPD =	% Verwaltung/ freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (+6,9%)	-19	-84	08	67%
1928/24 (+2,7%)	22	70	-26	47%
1930/28 (-3,6%)	53	33	23	54%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Das zweite Regressionsmodell bestätigt in abgeschwächter Form die positive Wirkung des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Veränderungen der SPD im Jahre 1930. Jedoch bleibt der Koeffizient hinter denen der beiden Wirtschaftsabteilungen zurück. Für das Wahlpaar 1928/24 ist ein leicht hemmender Effekt des jüdischen Bevölkerungsanteils auszumachen. Demnach verzeichneten die Sozialdemokraten 1928 in der Tendenz in den jüdischen Wohngebieten geringere Zugewinne als im Durchschnitt.

Die beiden Regressionsmodelle und weitere durchgerechnete passen zu dem in der Literatur mittlerweile weitgehend anerkannten Phänomen der wachsenden Bedeutung des Angestelltenanteils in der sozialdemokratischen Parteimitgliederstruktur und Wählerschaft.<sup>36</sup> Im klassischen Sinne war die SPD in der Weimarer Republik längst keine reine Arbeiterpartei mehr. 1930 waren rund 19 Prozent der SPD-Mitglieder Angestellte, Beamte oder Selbständige und etwa 22 Prozent Hausfrauen oder Berufslose.<sup>37</sup> Mitte der Zwanziger Jahre konnte die SPD in Berlin und Hamburg Stimmen zugewinnen, wo viele Angestellte und Beamte wohnten, während sie überdurchschnittliche Verluste in den Arbeitergebieten hinnehmen mußte. Eine Differenzierung zwischen Angestellten und Beamten wäre angebracht, ist aber aufgrund der gemeinsamen Klassifizierung in der amtlichen Statistik leider nicht möglich. Bemerkenswert bleibt, daß die Zugewinne der Sozialdemokraten 1928 zwar in einem positiven Verhältnis zu

<sup>36</sup> Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen*, op. cit., S. 127. Peter Lösche / Franz Walter, 'Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie' in *Archiv für Sozialgeschichte*, 29 (1989), S. 89f.; Falter, *Hitlers Wähler*, op. cit., S. 241. Etwas anders H. A. Winkler, der von einem Einbruch der Arbeiterparteien in neue Wählerschichten bei der Reichstagswahl 1928 nur bedingt spricht. Zudem vermutet er, daß die Sozialdemokratie ebenso wie der Afa-Bund zu Beginn der Weimarer Republik bei den Angestellten einen sehr viel stärkeren Rückhalt gehabt habe als in der zweiten Hälfte der Zwanziger Jahre. Heinrich August Winkler, *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1988, S. 385 u. 527.

<sup>37</sup> Jürgern W. Falter / Dirk Hänisch, 'Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933', in *Archiv für Sozialgeschichte*, 26 (1986), S. 180, Anm. 6. Bezugsnehmend auf die Erhebung aus dem Jahr 1930, die auf der Basis von 393 Ortsvereinen durchgeführt wurde, machen Lösche / Walter folgende Angaben: 59,49% der Mitglieder waren Arbeiter, 13,97% Angestellte und Beamte, 4,17% Selbständige und Landwirte. Lösche / Walter, op. cit., S. 87. Schätzungsweise jeder fünfte Angestellte stimmte in der Weimarer Republik für die SPD. Bis zum Aufkommen der Nationalsozialisten erwies sich damit die SPD unter den Angestellten als die erfolgreichste Partei auf dem Wahlzettel. Falter / Zintl, op. cit., S. 150.

der Gruppe der Angestellten und Beamten beziehungsweise zu den Wirtschaftsabteilungen Verwaltung/freie Berufe und Handel und Verkehr stehen, nicht aber zum jüdischen Bevölkerungsanteil.

Als nächstes wollen wir der Frage nachgehen, ob der Prozentsatz der Juden einen Einfluß auf die Zugewinne des Zentrums hatte. Insbesondere das Wahljahr 1930 ist von Interesse. Auf den Rückgang der Deutschen Staatspartei in dieser Wahl gegenüber dem demokratischen Ergebnis von 1928 weist die jüdische Konfessionsvariable einen nicht unerheblichen Effekt aus. Zudem hatte das Berliner Zentrum mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Kareski, einen jüdischen Kandidaten aufgestellt.

Schumacher vermutet, daß der absolute Stimmenzuwachs des Zentrums in Berlin und Potsdam II im Jahre 1930 nicht auf einer erfolgreichen Mobilisierung der jüdischen Wählerschaft beruht habe. Die absoluten Zugewinne des Zentrums schreibt er vielmehr zum größten Teil der allgemein höheren Wahlbeteiligung zu.<sup>38</sup> In Berlin konnte das Zentrum 1930 gut 15 000 Stimmen hinzugewinnen und seinen Anteil der gültigen Stimmen von 3,3 Prozent auf 3,6 Prozent steigern. Gleichfalls ein Anstieg um 0,3 Prozentpunkte ergibt sich, wenn wir Hamburg und Berlin auf der Basis der Wahlberechtigten zusammen betrachten. Das Argument Schumachers ist allein seiner Form nach schon nicht plausibel. Schließlich profitiert nicht automatisch jede Partei von einer allgemein höheren Wahlbeteiligung. Doch überprüfen wir die Vermutung Schumachers, daß der jüdische Anteil keine Bedeutung für die Gewinne des Zentrums habe. Für das konfessionelle Zentrum bietet es sich zunächst an, den Katholikenanteil zu kontrollieren.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten des Zentrums unter Kontrolle des Katholikenanteils (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Zentrum =	% Katholiken	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (+0,1%)	11	-04	1%
1928/24 (-0,4%)	-88	19	68%
1930/28 (+0,3%)	43	41	50%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Die Tabelle zeigt, daß sich die relativen Gewichte der Konfessionsmerkmale auf die geringen Schwankungen des Zentrums in den verschiedenen Wahlen unterschiedlich auswirken. Während die Veränderung zwischen Mai 1924 und Dezember 1924 gegenstandslos ist, da das Modell so gut wie keine Erklärungskraft besitzt, gehen die leichten Einbußen in der Wahl 1928 weitgehend auf den Katholikenanteil zurück. Für die Gewinne 1930 sind beide Konfessionsvariablen in nahezu gleichem Maße verantwortlich. Zur Unterstützung der These, daß das

<sup>38</sup> Schumacher, *Pressestimmen*, op. cit., S. 343.

Zentrum 1930 Stimmen aus dem jüdischen Spektrum gewinnen konnte, schauen wir uns ein weiteres Regressionsmodell an.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten des Zentrums unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Zentrum =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
1924/24 (+0,1%)	46	-03	21%
1928/24 (-0,4%)	-07	45	22%
1930/28 (+0,3%)	59	-25	44%

% Gewinne/Verluste Zentrum =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (+0,1%)	62	04	-31	28%
1928/24 (-0,4%)	06	51	-28	27%
1930/28 (+0,3%)	34	-35	48	60%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Unser zweites Regressionsmodell bestätigt die These. Für das Wahlpaar 1930/28 erweist sich der jüdische Bevölkerungsanteil als stärkste Einflußgröße unter den verwendeten Merkmalen auf die Zugewinne des Zentrums. Die Einbeziehung der Konfessionsvariablen erhöht zudem die Erklärung der Streuung der Zentrumsgewinne von 44 Prozent auf 60 Prozent. Die statistischen Befunde legen nahe, die Vermutung Schumachers zurückzuweisen, es habe keine erfolgreiche Mobilisierung der jüdischen Wählerschaft zugunsten des Zentrums 1930 gegeben.

Die Betrachtungen der Veränderungen von SPD und Zentrum in den Regressionsmodellen belegen, daß beide Parteien 1930 in Berlin und Hamburg parallel zum Verlust des Einflusses des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die DDP/DStp profitieren konnten. Im Sinne einer komplexen Zusammenhangsanalyse empfiehlt es sich, nicht nur die Veränderungen von SPD und Zentrum zu betrachten. Die ausgebreiteten Gewinn- und Verlustkorrelationen der beiden Parteien fügen sich mosaikartig mit dem Rückgang des jüdischen Einflußfaktors auf die DStp im Jahre 1930 zusammen, können aber nicht den positiven Zusammenhang zwischen DDP-Verlusten 1928 und jüdischem Bevölkerungsanteil erklären. Weder Zentrum noch Sozialdemokraten weisen in ihren Prozentpunktveränderungen einen ausgeprägten Effekt der jüdischen Konfessionsvariablen aus.

Im weiteren betrachten wir daher die Veränderungen des Nichtwähleranteils. Dabei soll auch verifiziert werden, ob es infolge der Gründung der Deutschen Staatspartei zu einem Anstieg der Wahlenthaltungen gekommen ist. Nach den Äußerungen in zwei der ausgewerteten jüdischen Zeitungen erschiene dies als durchaus plausibel.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der Nichtwähler unter Kontrolle der Stellung im Beruf (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Nichtwähler =	% Arbeiter	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (-0,4%)	-46	-25	-37	6%
1928/24 (-1,4%)	-46	24	22	65%
1930/28 (-2,8%)	20	-18	23	10%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Von den Angaben der durchschnittlichen Veränderung des Nichtwähleranteils sollte man sich bei der Interpretation nicht irritieren lassen. 1930 verlor die „Partei der Nichtwähler“ 2,8 Prozentpunkte. Hinter der Steigerung der Wahlbeteiligung verbergen sich erhebliche Schwankungen in den Stadtteilen und Verwaltungsbezirken. So stieg die Wahlbeteiligung maximal um 15,5 Prozentpunkte, in anderen Gegenden sank sie bis zu 6 Prozentpunkten. Ähnliche Schwankungen liegen auch für das Jahr 1928 vor. Jedoch anders als im Reichsdurchschnitt stieg in Berlin und Hamburg 1928 die allgemeine Wahlbeteiligung an. Dies ist vor allem auf eine stärkere Wählermobilisierung in den traditionellen Arbeitergegenden zurückzuführen. Im Hamburger Arbeiterstadtteil St. Pauli erhöhte sich die Wahlbeteiligung 1928 um 9,1 Prozentpunkte. Im bürgerlichen Berlin-Wilmersdorf sank die Wahlbeteiligung in derselben Wahl um mehr als drei Prozentpunkte.

Sowohl für 1928 als auch für 1930 besteht ein schwach positiver Zusammenhang zwischen einer Veränderung des Nichtwähleranteils und dem jüdischen Bevölkerungsanteil. Jüdische Wohngegenden verzeichneten bei diesen Wahlen tendenziell unterdurchschnittliche Verluste des Nichtwählerlagers, oder die Wahlbeteiligung ging gar, wie im Falle von Wilmersdorf, zurück; die Gruppe der Nichtwähler gewann hinzu. Umgekehrt kann der Koeffizient für das Wahlpaar 1924/24 als Indiz für eine stärkere Mobilisierung der jüdischen Wählerschaft gewertet werden.

Aufgrund hoher Interkorrelation zwischen dem Prozentsatz der Arbeiter und dem Angestellten- und Beamtenanteil ist bei der Interpretation der Beobachtungen eine gewisse Vorsicht geboten, und es empfiehlt sich, ein zusätzliches Regressionsmodell heranzuziehen.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der Nichtwähler unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)<sup>39</sup>

% Gewinne/Verluste Nichtwähler	% Berufslose u. ohne Angabe	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
1924/24 (-0,4%)	0	73	54%
1928/24 (-1,4%)	51	09	26%
1930/28 (-2,8%)	-14	-02	2%

% Gewinne/Verluste Nichtwähler	% Berufslose u. ohne Angabe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1924/24 (-0,4%)	03	76	-24	50%
1928/24 (-1,4%)	43	-15	50	59%
1930/28 (-2,8%)	-15	-03	10	3%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/24 u. 1928/24: N=46; 1930/28: N=48

Die Ergebnisse raten eine Modifizierung der vorherigen Interpretation an. Für das Wahlpaar 1928/24 erweist sich der jüdische Bevölkerungsanteil nunmehr als stärkster Bestimmungsfaktor. Die Erklärungskraft durch Hinzunahme der Konfessionsvariablen nimmt erheblich zu. Zwischen den Veränderungen im Nichtwählerlager und dem Anteil der Juden besteht ein stark ausgeprägter, korrelativer Zusammenhang. Er unterstützt nicht nur die Hypothese, daß der jüdische Bevölkerungsanteil hemmend auf den Rückgang des Nichtwähleranteils 1928 wirkte, sondern daß aufgrund der großen Schwankungen in der Wahlbeteiligung von einem tendenziellen Anstieg der Wahlenthaltungen in den jüdischen Hochburgen die Rede sein kann. Schwieriger ist die Analyse für das Wahlpaar 1930/28. Das Resultat deutet eher auf keinen substantiell interpretierbaren systematischen Zusammenhang hin.

Fügen wir die bisherigen Ergebnisse zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Der jüdische Einflußfaktor auf das Abschneiden der DDP/DStP schwindet im Lauf der Jahre. Für das Jahr 1932 nimmt er sogar negative Werte an. Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 gelang es den Demokraten anscheinend zum letzten Mal, den jüdischen Bevölkerungsanteil in besonderem Maße für sich zu mobilisieren. Vom Rückgang des Einflusses des jüdischen Konfessionsfaktors auf die Linksliberalen profitierten in der Wahl 1928 das Nichtwählerlager, 1930 die Sozialdemokraten und das Zentrum. Weitere Berechnungen zu Analyseergebnissen hier nicht aufgeführter Parteien verändern das Bild nicht.

<sup>39</sup> Unter der etwas seltsam anmutenden Bezeichnung „Berufslose“ verbirgt sich in erster Linie die vom eigenen Vermögen, von Renten und Pensionen lebende Personengruppe. Ferner zählten die nicht in ihrer Familie lebenden Studierenden, Insassen von Irren- und Siechenanstalten u. ä. dazu. Der Anteil der Berufslosen ist statistisch nicht zu unterschätzen. Unter der Gesamtbevölkerung Preußens machte der Berufslosenanteil 9,2 Prozent aus. Der Anteil der Berufslosen unter den Juden Preußens betrug 11,6 Prozent und unter den deutschen Juden gar 12,2 Prozent. Absolut gesehen war die Gruppe der Berufslosen in Preußen etwas stärker als die Zahl der Selbständigen oder die der Angestellten und Beamten. Silbergleit, *op. cit.*, S. 120\*.

Zur Untermauerung der Resultate ziehen wir noch zwei Ergebnisse aus den beiden anderen Datensätzen heran. So weisen die bivariaten Gewinn- und Verlustkorrelationen für die Kommunalwahlen der Jahre 1925 und 1929 in Berlin einen auffälligen Zusammenhang zwischen den Verlusten der DDP und dem Anteil der Juden auf.

Korrelation des jüdischen Bevölkerungsanteils 1925 mit den auf der Basis des „Vorwärts“ berechneten Gewinnen und Verlusten (ohne Nichtwähler) der verschiedenen Parteien in Berlin auf Ortsteilebene

	KPD	SPD	Zx	DDP	DVP	DNVP	NSDAP
1929/25	-.10	.45	.05	-.83	.32	-.32	.18
1930/29	.06	.43	.38	-.62	.19	-.36	.31

bivariate Korrelationskoeffizienten; 1929/25: N=50; 1930/29: N=34;  
gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Einwohnerzahlen der beiden Wahljahre

Die Ergebnisse stützen die bisherigen statistischen Beziehungsmuster. Auch in den Kommunalwahlen von 1929 verlor die DDP überdurchschnittlich viel in den jüdischen Hochburgen. Gleiches gilt für die Verluste der Deutschen Staatspartei von 1930 gegenüber dem Kommunalwahlergebnis der Demokraten von 1929. Die größten positiven Korrelationen weisen SPD und Zentrum für das Wahlpaar 1930/29 auf.

Ähnliche statistische Befunde erhalten wir auch, wenn wir den erweiterten Datensatz mit den Städten Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg und Köln auswerten. Sozialdemokraten und Zentrum profitieren 1930 gegenüber der Wahl von 1928 von der Einflußwirkung der jüdischen Konfessionsvariablen. Für die Veränderungen des Nichtwähleranteils bewegt sich der Wert an der Grenze einer substantiellen Interpretierbarkeit.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten von Zentrum, SPD und Nichtwählern unter Kontrolle des Katholikenanteils

Zielvariable		% Juden	% Katholiken	R <sup>2</sup>
Zentrum 30/28	(+0,4%)	50	35	38%
SPD 30/28	(-3,2%)	37	36	28%
Nichtwähler 30/28	(-4,3%)	-15	-90	85%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=83

Die Tabelle widerlegt zudem die Behauptung, daß sich eine allgemeine Erhöhung der Wahlbeteiligung konfessionsübergreifend ausgewirkt habe. Eine verstärkte Mobilisierung der Nichtwähler fand keineswegs im gleichen Maße über alle Konfessionen hinweg statt. 1930 sank der Nichtwähleranteil um so stärker, je höher der Katholikenanteil war. Für die jüdische Bevölkerung steht der Wert erneut im Widerspruch zur Aussage, daß es bei den Wahlen von 1930 in jüdischen Wohngebieten zu einem tendenziellen Anstieg im Nichtwählerlager gekommen sei.

Die Ergebnisse des Kapitels legen eine differenziertere Beschreibung des jüdischen Wahlverhaltens nahe. Veränderungen fanden in einem viel dynamischeren Rahmen statt, als es bisher in der Literatur vermutet wurde. Die vom Sprecher des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Wiener, bezeichnete „Schicksalswahl“ im Jahr 1930 war nicht der Scheidepunkt eines grundlegend veränderten jüdischen Wahlverhaltens. Sicherlich mußten zahlreiche jüdische Wähler und Wählerinnen entscheiden, ob sie der Deutschen Staatspartei die gleiche Loyalität entgegenbringen würden wie der Deutschen Demokratischen Partei. Schließlich gab es plausible Gründe, nicht für die DStp zu stimmen. Andererseits weisen die analysierten Daten auch noch für die Wahlen 1930 einen abgeschwächten, aber dennoch deutlich positiven Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Abschneiden der DStp nach. Die Gründung der Deutschen Staatspartei führte nicht zu einem absoluten Bruch der jüdischen Wählerschaft mit den Linksliberalen. Wenn es zu Abwanderungen kam, so stützen die Daten die Hypothese, daß diese zugunsten des Zentrums und der Sozialdemokraten, nicht aber des Nichtwählerlagers ausfielen.

Die Verwendung der zeitlichen Kategorien „before 1930“ und „after 1930“ greift zu kurz bei der Beschreibung des jüdischen Wahlverhaltens. Außerdem suggeriert diese Zweiteilung, 1930 sei ein „Entscheidungsjahr“ im Sinne eines grundlegenden Wandels gewesen. Die Reichstagswahlen 1930 waren nur ein Abschnitt auf dem Wege zu einem veränderten jüdischen Wahlverhalten. Die Aggregatdatenanalyse stützt die These, daß bereits früher Abwanderungen stattfanden. Zwischen 1924 und 1929 geht der Einflußfaktor des jüdischen Bevölkerungsanteils erheblich auf das Abschneiden der DDP zurück. Das gilt sowohl für die Reichstagswahlen, als auch für die Berliner Kommunalwahlen. Gleichzeitig ist ein deutlich positiver Effekt des Anteils der Juden auf die Veränderungen im Nichtwählerlager auszumachen. Je höher der jüdische Bevölkerungsanteil war, desto geringer fiel die Mobilisierung aus, bis hin zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung.

#### 4.2.4 1932 – Stimmen für die Republik

Nach dem Ausgang der Reichstagswahlen vom September 1930 fühlte sich der Berliner Journalist Ernst Feder nicht mehr in der Lage, bei weiteren Wahlen seine Stimme abzugeben.<sup>40</sup> War sein Verhalten typisch für die jüdische Wählerschaft? Diese und andere Fragen sollen im folgenden einer empirischen Überprüfung unterzogen werden. Es wird sich zeigen, daß auf der Basis der vorhandenen Daten kein Grund zur Annahme besteht, die Haltung Feders sei bezeichnend für einen Teil der Juden gewesen. Zwischen den Veränderungen im Nichtwählerlager und dem jüdischen Bevölkerungsanteil besteht kein stati-

<sup>40</sup> Die Angabe basiert auf einem Interview, das Eksteins mit der Witwe Feders führte. Eksteins, *The Limits of Reason*, *op. cit.*, S. 252.

stischer Zusammenhang. Vom Rückgang der Einflußfaktoren des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Abschneiden der Deutschen Staatspartei profitierten Zentrum und Sozialdemokraten. Es waren Stimmen für die Republik.

Doch betrachten wir zuerst die Veränderungen der DStp in den Reichstagswahlen von 1932. Reichsweit verlor die Deutsche Staatspartei im Juli 1932 gegenüber 1930 2,3 Prozentpunkte, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten. In Berlin mußte sie überdurchschnittliche (-3,6%), in Hamburg unterdurchschnittliche Verluste (-2,0%) hinnehmen. Fügen wir beide Städte in unserem Datensatz zusammen, ergibt sich ein Absinken um 2,9 Prozentpunkte. Im November 1932 erzielte die DStp im Deutschen Reich das gleiche Resultat wie in der Juliwahl. In Berlin (-0,1%) und Hamburg (-0,6%) ging die Talfahrt weiter. Versuchen wir nun, aus den vorliegenden Auszählungsergebnissen in einer komplexen Zusammenhangsanalyse Tendenzen des jüdischen Wahlverhaltens herauszufiltern.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der DStp unter Kontrolle der Stellung im Beruf (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste DStp =	% Selbständige	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (-2,9%)	-37	-42	-37	78%
1932/32 (-0,2%)	14	-41	14	17%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Im Juli 1932 verlor die DStp im Trend in den jüdischen Hochburgen überdurchschnittlich. Für die Veränderungen im November 1932 liegt ein schwach positiver Zusammenhang vor. Ob dies reicht, dabei von einer Trendwende zu sprechen, um daraus einen Rücklauf jüdischer Wählerstimmen zu folgern, müssen zusätzliche Regressionsmodelle zeigen.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der DStp unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste DStp =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
1932/30 (-2,9%)	-87	-09	74%
1932/32 (-0,2%)	-02	-52	27%

% Gewinne/Verluste DStp =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (-2,9%)	-41	0	-66	86%
1932/32 (-0,2%)	-18	-59	32	34%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Die Erklärungskraft der Modelle nimmt durch Hinzunahme der Konfessionsvariablen deutlich zu. Unter den Bestimmungsfaktoren ist der jüdische Bevölkerungsanteil der stärkste für die Verluste der Staatspartei im Juli 1932. Auffallend ist auch der nunmehr deutlich positiver ausgeprägte Koeffizient für das Wahlpaar 1932/32. Je höher der jüdische Bevölkerungsanteil war, desto geringer fielen die Verluste der DStp aus. Es ist bekannt, daß unter den Parteien erheblich stärkere Austauschbeziehungen stattfinden, als es die Wahlergebnisse vermuten lassen. Aufgrund der gegensätzlichen Vorzeichen der Koeffizienten wäre die Hypothese eines Rücklaufs jüdischer Wählerstimmen im November 1932 nicht von der Hand zu weisen. Doch woher sollten sie gekommen sein?

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten des Zentrums unter Kontrolle des Katholikenanteils (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Zentrum =	% Katholiken	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (+1,0%)	10	62	44%
1932/32 (-0,4%)	-08	-69	53%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Während der Katholikenanteil kaum Auswirkungen auf die Veränderungen des Zentrumsergebnisses in beiden Wahlen hat, besteht zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und dem Zuwachs bzw. dem anschließenden Verlust des Zentrums ein auffälliger Zusammenhang. Im Juli 1932 tendierten die Gewinne des Zentrums in jüdischen Wohngebieten höher auszufallen, für November 1932 gilt dies für die Verluste.

Inhaltlich lassen sich die Beobachtungen durchaus in einen plausiblen Interpretationszusammenhang bringen. Zwischen 1930 und Juli 1932 profilierte sich das Zentrum als Garant für die Rechte religiöser Minderheiten. Sowohl 1930 als auch im Juli 1932 erhielt das Zentrum Unterstützung durch einen „Aufruf jüdischer Zentrumswähler“. Zudem wurde die Möglichkeit der Stimmabgabe zugunsten der Staatspartei im Juli 1932 in den liberalen und jüdischen Blättern unter wahltaktischen Gesichtspunkten diskutiert. Unter dem Eindruck der niederschmetternden Niederlagen der vorangegangenen Landtagswahlen im April 1932 wurde eine Wahl der DStp nur dann als sinnvoll erachtet, wenn der Kandidat der Partei auch Aussicht auf Erringung des Reichstagswahlkreismandats besaß. Als Alternative wurde die Wahl des Zentrums oder der SPD empfohlen. Eine Desillusionierung über die Haltung des Zentrums trat ein, als es im Herbst 1932 Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten gab. Vor der Reichstagswahl im November erhielt das Zentrum bei weitem nicht mehr die positive Berichterstattung in den ausgewerteten Zeitungen, die es noch vor den Wahlen im September 1930 und Juli 1932 bekommen hatte.

Doch untermauern wir die Zusammenhänge zwischen der jüdischen Konfessionsvariablen und den Veränderungen der Zentrumsergebnisse 1932 mit einer weiteren Analyse:

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten des Zentrums unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Zentrum =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (+1,0%)	68	-04	35	81%
1932/32 (-0,4%)	-56	03	-47	78%

Standardisierter Regressionskoeffizient (x100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Das Regressionsmodell bestätigt wiederum in aller Deutlichkeit, daß der jüdische Bevölkerungsanteil sich sowohl auf die Gewinne im Juli 1932, als auch auf die Verluste des Zentrums im November 1932 auswirkte. Insbesondere fällt die Stärke des Konfessionskoeffizienten für die Veränderungen im November 1932 auf. Die Tendenzen ergeben ein schlüssiges Bild. In den Wahlen vom September 1930 und in der Juliwahl 1932 konnte das Zentrum vom jüdischen Bevölkerungsanteil profitieren. Im November fielen die Verluste um so deutlicher aus, je höher der Anteil der Juden in den Wohngegenden lag.

Verliefen die Auswirkungen der jüdischen Konfessionsvariablen auf die Gewinne und Verluste der Sozialdemokraten parallel zu denen des Zentrums? Die nächste Tabelle gibt Aufschluß:

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der SPD unter Kontrolle der Stellung im Beruf (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste SPD =	% Berufslose u. ohne Angabe	% Arbeiter	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (+0,0%)	13	-28	52	60%
1932/32 (-3,3%)	0	-61	14	49%

Standardisierter Regressionskoeffizient (x100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Sehr deutlich fällt der jüdische Bestimmungsfaktor für die Gewinne und Verluste im Juli 1932 aus. Hinter dem unveränderten Abschneiden der SPD bei dieser Wahl verbergen sich erhebliche Schwankungen. Während sie in einigen Stadtteilen und Verwaltungsbezirken bis zu 6,6 Prozentpunkte der Wahlberechtigten hinzugewinnen konnte, gab sie in anderen Gegenden bis zu 5,2 Prozentpunkte ab. Ähnlich schwankend sind die Veränderungen im November 1932. Sie bewegen sich zwischen minus 6,5 und plus 3 Prozentpunkten.

In den Arbeiterhochburgen mußte die SPD im Juli und im November 1932 überdurchschnittliche Verluste hinnehmen. In jüdischen Wohngegenden konnten sich die Sozialdemokraten im Juli 1932 tendenziell sichtlich verbessern. Im November 1932 hatte der jüdische Bevölkerungsanteil immerhin noch einen schwach positiven Effekt auf die Veränderungen. Anders als in der vorherigen Analyse der Zentrumsergebnisse stützen die Daten nicht die Hypothese, daß die SPD im November 1932 Abwanderungen aus den Reihen der jüdischen Wählerschaft habe hinnehmen müssen.

Die statistischen Befunde machen auf die Fallstricke aufmerksam, die sich hinter einer ausschließlichen Betrachtung der Gewinn- und Verlustergebnisse einer Partei verbergen. Das unveränderte Abschneiden der SPD im Juli 1932 bedeutet keinesfalls, daß sich die Wählerschaft in dieser Wahl aus derselben Personengruppe rekrutierte wie 1930. Das Gegenteil ist eher der Fall. Hinter dem Ergebnis scheinen sich gegenläufige Entwicklungen zu verbergen, die sich in der reinen Gewinn- und Verlustrechnung kompensieren.

Um weiter abzusichern, daß es sich bei dem jüdischen Bevölkerungsanteil um einen genuinen Einflußfaktor auf das Abschneiden der SPD handelt, betrachten wir ein weiteres Modell. Schließlich könnte es sich auch um einen Nebeneffekt handeln, der sich aus dem zunehmenden Einfluß der „White Collar-Berufe“ auf die Wählerschaft der Sozialdemokraten ergibt. Zur Kontrolle ziehen wir sozialstrukturelle Anteilsvariablen heran, die in einem positiven Verhältnis zu den veränderten Ergebnissen der SPD stehen.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der SPD unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste SPD =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
1932/30 (+0,0%)	55	29	35%
1932/32 (-3,3%)	51	55	50%

% Gewinne/Verluste SPD =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (+0,0%)	28	17	55	57%
1932/32 (-3,3%)	40	50	24	55%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Auch unter Kontrolle des Anteils der Personen, die in Handel und Verkehr oder in der Verwaltung beschäftigt waren, sowie der freien Berufe ergibt sich ein positiver Effekt durch den jüdischen Bevölkerungsanteil. Mehr noch: Er erweist sich für das Wahlpaar 1932/30 als die stärkste Bestimmungsgröße. Die Hinzunahme der Konfessionsvariablen trägt in überaus hohem Maße zur Verbesserung der Erklärungskraft des Modells bei. Gegenüber der vorherigen Regressionsanalyse erweist sich auch der Koeffizient für das Wahlpaar 1932/32 als stabil. Der leicht positive Zusammenhang bleibt bestehen.

Wenden wir uns nun der eingangs in diesem Kapitel beschriebenen Wahlenthaltung Ernst Feders zu. Arnold Paucker veranschlagt für den Zeitraum nach 1930 einen Anstieg jüdischer Stimmenthaltungen gegenüber dem Zeitpunkt vor 1930, insbesondere für die Reichstagswahlen im November 1932.<sup>41</sup>

<sup>41</sup> Paucker, *Jewish Defence against Nazism*, op. cit., S. 26 f.; idem, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus*, op. cit., S. 273, Anm. 95.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der Nichtwähler unter Kontrolle der Stellung im Beruf (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Nichtwähler =	% Selbständige	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (-0,2%)	-38	21	16	8%
1932/32 (+0,8%)	-13	-04	-15	9%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Für die Veränderungen im Nichtwählerlager im Juli 1932 ergeben die Analysen einen schwach positiven, im November gleichen Jahres einen schwach negativen Einfluß der Konfessionsvariablen. Die ermittelten Koeffizienten und die geringe erklärte Streuung sollten zurückhaltend als Indiz für einen Nichtzusammenhang gewertet werden. Die vorsichtige Bewertung wird durch die folgende Regressionsanalyse unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der Nichtwähler unter Kontrolle der Wirtschaftsabteilungen (Hamburg/Berlin)

% Gewinne/Verluste Nichtwähler =	% Verwaltung / freie Berufe	% Handel u. Verkehr	% Juden	R <sup>2</sup>
1932/30 (-0,2%)	-02	-10	-08	2%
1932/32 (+0,8%)	-27	02	-01	7%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=48

Die Gewinne und Verluste des Nichtwähleranteils lassen so gut wie keine Systematik erkennen. Den Beobachtungen nach scheint sich die Wählermobilisierung unter den Juden für die Reichstagswahlen 1930 und 1932 auf gleichbleibendem Niveau bewegt zu haben. Ein Zuwachs an jüdischen Nichtwählern kann aus den statistischen Befunden nicht interpretiert werden. Auf der Basis der vorliegenden Daten ist die Hypothese Pauckers zurückzuweisen.

Zur Untermauerung und Ergänzung der bisher vorgetragenen Ergebnisse ziehen wir am Ende des Kapitels wiederum die beiden anderen Datensätze kurz heran. Der erweiterte Datensatz mit den Städten Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln bestätigt, unter Kontrolle des Protestantenanteils, die deutlichen statistischen Beziehungen zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den Verlusten der Deutschen Staatspartei.

Der Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Gewinnen/Verlusten der DStp in Berlin, Frankfurt a.M, Hamburg und Köln

% Gewinne/Verluste DStp =	% Juden	% Protestanten	R <sup>2</sup>
1932/30 (-3,0%)	-71	07	52%
1932/32 (-0,2%)	30	-38	26%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; N=83

Im Juli 1932 verlor die Deutsche Staatspartei tendenziell überdurchschnittlich viel in den jüdischen Hochburgen. Im November 1932 fielen im Trend dort die Verluste eher geringer aus, oder es konnten gar Zugewinne bis zu drei Prozentpunkten, wie beispielsweise in der Frankfurter nordwestlichen und westlichen Außenstadt, verzeichnet werden.

Korrelation des jüdischen Bevölkerungsanteils 1925 mit den auf der Basis des „Vorwärts“ berechneten Gewinnen und Verlusten (ohne Nichtwähler) der verschiedenen Parteien in Berlin auf Ortsteilebene

	KPD	SPD	Zx	DStp	DVP	DNVP	NSDAP
1932 II/30	.13	.57	.33	-.63	-.08	-.05	-.15
1932 II/30*	.09	.58	.36	-.66	-.11	-.02	-.12

bivariate Korrelationskoeffizienten; 1932 II/30: N=42; \*Korrelation mit dem jüdischen Bevölkerungsanteil lt. VZ 1933; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Einwohnerzahlen der beiden Wahljahre

Die bivariaten Gewinn- und Verlustkorrelationen zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und verschiedenen Parteien in Berlin unterstreichen die referierten Resultate. Die auffälligsten Koeffizienten erhalten wir wiederum für die Deutsche Staatspartei, das Zentrum und die SPD. Dabei ist zu beachten, daß die Differenzvariable aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen 1930 und November 1932 gebildet wurden. Die Korrelationen mit dem Anteil der Juden aus der Volkszählung 1933 weichen kaum von denen bei Verwendung des Prozentsatzes von 1925 ab.

#### 4.2.5 Nichtwähler und Juden – Ein überraschender Zusammenhang

Die bisherigen Beobachtungen lieferten einen erstaunlichen Zusammenhang zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den Gewinnen und Verlusten im Nichtwählerlager. Dabei überraschen sowohl Zeitpunkt als auch Niveau. Nicht – wie teilweise vermutet – 1932, sondern zwischen 1924 und 1928 ist ein stark positiver Einfluß des Anteils der Juden auf die Veränderungen des Nichtwähleranteils zu registrieren. Grund genug, die bisherigen Resultate einer zusätzlichen Analyse zu unterziehen. Zur weiteren Untersuchung des Phänomens betrachten wir als abhängige Variable, anstelle der Veränderungsraten, den Prozentsatz der „Partei der Nichtwähler“. Im nächsten Modell wird der Effekt des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Stärke des Nichtwählerlagers überprüft.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz der Nichtwähler (Berlin/Hamburg)

% Nichtwähler =	% Handel u. Verkehr	% Katholiken	% Angestellte u. Beamte	% Juden	R <sup>2</sup>
1924 I (23,6%)	24	43	-52	21	53%
1924 II (23,2%)	58	31	-52	09	48%
1928 (21,7%)	44	40	-06	40	54%
1930 (18,8%)	47	49	-17	43	68%
1932 I (18,4%)	42	55	-06	33	60%
1932 II (19,2%)	44	54	-10	30	55%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); 1924: N=46; 1928–1932: N=48; gewichtet nach Anzahl der Wahlberechtigten

Der Nichtwähleranteil schwankt in den Jahren 1924 bis 1932 zwischen 18,4 und 23,6 Prozent. Im Mai 1924 war das Nichtwählerlager sogar die stärkste Partei. Über alle Wahlen hinweg ist die jüdische Konfessionsvariable ein positiver Bestimmungsfaktor. Lediglich für die Reichstagswahl im Dezember 1924 bewegt sich der Koeffizient an der Grenze substantieller Interpretierbarkeit. Der Katholikenanteil steht ebenfalls immer in einem positiven Zusammenhang mit dem Nichtwähleranteil. Die Einflußwirkung des Katholikenfaktors erweist sich größenordnungsmäßig stärker als der jüdische Bevölkerungsanteil. Die geringere Wahlbeteiligung der Katholiken überrascht nicht unbedingt. Frühere Analysen für das gesamte Deutsche Reich wiesen bereits auf diesen Zusammenhang hin.<sup>42</sup>

Für die jüdische Bevölkerung war das statistische Beziehungsmuster nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Nach der Auswertung der Zeitungsanalyse hätte durchaus der gegenteilige Zusammenhang nahegelegen. Zur Wahlteilnahme wurde vor jeder Wahl in den jüdischen Zeitungen aufgerufen.<sup>43</sup> Die Tatsache allein ist noch nichts Besonderes, schließlich wurden in zahlreichen Tages- und Wochenblättern die Leser zum Urnengang aufgefordert. Doch Wahlen waren in den Darstellungen der jüdischen Publikationen nicht nur ein demokratischer, staatsbürgerlicher Akt, sondern zugleich eine Form der Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus. Insofern hätte man auch von einer besonderen Mobilisierung der jüdischen Wählerschaft ausgehen können. Äußerungen zur politischen Stimmung unter den Juden, die auf Wahlenthaltungen hinweisen, liegen nur für die Reichstagswahl im September 1930 vor.<sup>44</sup>

Der überraschend hohe Effekt des jüdischen Bevölkerungsanteils auf den Nichtwähleranteil im Jahr 1928 bleibt erhalten, wenn wir als Kontrollvariablen verschiedene Wirtschaftsabteilungen heranziehen. Als außerordentlich stabil erweist sich dabei der Einfluß der jüdischen Konfessionsvariablen.

<sup>42</sup> Falter / Lindenberger / Schumann, *op. cit.*, S. 176; Falter / Zintl, *op. cit.*, S. 152.

<sup>43</sup> Ausnahmen: *Der Schild*, Juli 1932 und *Jüdische Rundschau*, Dezember 1924.

<sup>44</sup> Vgl. Ergebnisse der Zeitungsanalyse: *Der Schild* und *Jüdische Rundschau*.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz der Nichtwähler (Berlin/Hamburg)

% Nichtwähler 1928 =	% Wirtschaftsabt. (B-G)	% Juden	R <sup>2</sup>
Industrie u. Handwerk (B)	-27	51	42%
Handel u. Verkehr (C)	22	58	42%
Verwaltung u. freie Berufe (D)	2	60	38%
Gesundheitswesen usw. (E)	8	59	38%
Häusliche Dienste usw. (F)	8	56	38%
Berufslose u. ohne Angabe (G)	8	60	38%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); N=48; gewichtet nach Anzahl der Wahlberechtigten

Die Tabelle ist folgendermaßen zu lesen: In der ersten Spalte stehen die jeweiligen Kontrollvariablen, die verschiedenen Wirtschaftsabteilungen. Die zweite Spalte gibt den Wert des Koeffizienten für die entsprechende Wirtschaftsabteilung an. Die Wirtschaftsabteilung A (Land- und Forstwirtschaft) wurde aufgrund der geringen Bedeutung für Berlin und Hamburg außer acht gelassen. Fügen wir die Ergebnisse zusammen, so passen sie zueinander: rückgehender Einfluß des Anteils der Juden auf das Abschneiden der DDP im Jahr 1928, ein positiver Zusammenhang zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den Verlusten der Demokraten bei gleichzeitig steigend positivem Effekt auf Stärke und Veränderung im Nichtwählerlager.

Die Möglichkeit der Wahlenthaltung wurde in der Literatur bisher so gut wie kaum in Betracht gezogen, erst recht nicht für die mittleren Jahre der Weimarer Republik. Damit rücken die sogenannten „Goldenen Zwanziger“ in einen neuen Blickwinkel der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung. Die für die deutsch-jüdische Geschichte übernommene Dreiteilung der Weimarer Republik – Revolution und Krisenjahre, die Jahre relativer Stabilität und schließlich der Niedergang der Republik – mag den Zugang zur Analyse der Lage der jüdischen Bevölkerung in mancher Hinsicht eher versperren.<sup>45</sup> Die Möglichkeiten der retrospektiven Sicht regen den Historiker an, verschiedene Zeitabschnitte im Verhältnis zueinander zu bewerten und nach Brüchen und Kontinuitätslinien zu suchen. Dies ist eine ganz übliche Arbeitsweise und legitim. Es besteht jedoch die Gefahr, daß Charakterisierungen verschiedener Zeitabschnitte in Relation zueinander den Blick auf das Originäre verdecken. Im Lichte des Aufstiegs des Nationalsozialismus und der Weltwirtschaftskrise bildeten die Jahre zwischen 1924 und 1929 sicherlich einen stabilen Zeitabschnitt. Erst recht gilt das für die Beurteilung der Lage der Juden angesichts ihres Schicksals im Dritten Reich. Doch damit ist nicht die Frage beantwortet, ob die (jüdischen) Zeitgenossen dies ebenfalls diagnostizierten.

Eine intensive Abhandlung zur deutsch-jüdischen Geschichte mit den mittleren Jahren der Weimarer Republik findet man kaum. Explizit oder implizit

<sup>45</sup> Programmatisch für die Einteilung sind die Titel zweier Standardwerke, ‚Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923‘, *op. cit.*, und ‚Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik‘, *op. cit.*

wird für die Jahre, in denen die Republik in politisch und gesellschaftlich ruhigere Fahrwasser kam, die Einschätzung übernommen, daß dies auch für die Situation des deutschen Judentums galt. Es reicht bis zu der Einschätzung Niewyks, daß 1928 der Antisemitismus – das Haupthindernis der weiteren jüdischen Integration – auf dem Wege eines schleichenden Todes gewesen sei und die Ära jüdischer Emanzipation in Deutschland jäh durch den Aufstieg des Nationalsozialismus abgebrochen worden sei.<sup>46</sup>

Jacob Toury konstatiert für diese Jahre ein „Krisengefühl der Außenseiter“, deren Krisenwahrnehmung keinen spezifisch jüdischen Aspekt beinhaltet habe.<sup>47</sup> Ein allgemeines Krisenbewußtsein sei nicht nachzuweisen. Klischeehaft fügt er an: „Der gehobene jüdische Mittelstand las die ‚Weltbühne‘ oder das ‚Tagebuch‘ und lachte über Peter Panthers oder Ignaz Wrobels Ausfälle gegen rechts, während sie selbst verstohlen über ihre Schulter nach den Hakenkreuzlern schielten. So etwa läßt sich in den guten Jahren der ‚Ära Stresemann‘ das Ausmaß des jüdischen bourgeoisen Krisenbewußtsein umreißen.“<sup>48</sup>

Nun wäre es denkbar, in diesem Sinne zu argumentieren, der zunehmende Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Nichtwählerlager hänge mehr mit Desinteresse als mit Desillusionierung zusammen. In den mittleren Jahren der Weimarer Republik hätte sich die Lage der Juden weitgehend stabilisiert, so daß große Teile der jüdischen Bevölkerung, nunmehr ökonomisch und gesellschaftlich abgesichert, dazu geneigt hätten, sich zurückzulehnen, den politischen Dingen ihren Lauf zu lassen und sich daher an Wahlen nicht mehr beteiligten.

Einer derartigen Argumentation stehen mehrere Widersprüche entgegen. Zahlreiche Quellen belegen, daß die Situation der jüdischen Bevölkerung keineswegs in ruhigere Fahrwasser geriet. Die Juden befanden sich während des gesamten Zeitraums der Weimarer Republik in einer neuartig defensiven Position. Die im ersten Teil der Arbeit vorgenommene Beschreibung der psychischen, sozialen und ökonomischen Lage der jüdischen Bevölkerung macht das deutlich. Selbst in den sogenannten „stabilen Jahren“ der Republik waren die jüdischen Zeitungen voll von Versuchen, die gängigsten antisemitischen Stereotypen zu widerlegen. Entwarnung wurde zu keinem Zeitpunkt gegeben.

Der Antisemitismus der Krisenjahre 1923/24 wurde Mitte der Zwanziger Jahre mit einer Hochflut oder Welle verglichen, die das Land überschwemmt und nun ein Bild der Verwüstung hinterlassen hätte. Gleichsam wie die Hochflut in den Boden einsickerte, sei der Antisemitismus in die verschiedenen Gesellschaftsschichten eingedrungen. Die Verwüstungen der Hochflut zu beseitigen, respektive die des Antisemitismus, würde Jahre dauern. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten schrieb 1926 in seiner Verbandszeitung, das deutsche Judentum befände sich in einem Kampf, in dem es nicht nur um seine Anerkennung, sondern um seine Existenz kämpfe.<sup>49</sup>

<sup>46</sup> Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, op. cit., S. 200.

<sup>47</sup> Toury, *Krisenbewußtsein*, op. cit., S. 163 ff.

<sup>48</sup> *Ibid.*, S. 163.

<sup>49</sup> Vgl. Kapitel 2.1.2

Der Aufschwung mittelständischer Splitter- und Interessensparteien seit Mitte der Zwanziger Jahre ist gleichfalls als Symptom der Krise zu werten. Parteien wie die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) versuchten, die enttäuschten Kreise der Mittelschichten aufzufangen. Ökonomisch sahen sich nicht wenige Mittelständler als Verlierer der Inflation. Insbesondere die Stimmung unter der jüdischen Bevölkerung war schlecht.

Zudem neigt die Moderne Wahlforschung dazu, Wahlenthaltung weniger als Ausdruck von Interessenlosigkeit oder Gleichgültigkeit zu interpretieren, sondern vielmehr als Ergebnis eines bewußten Entscheidungsprozesses. Wahlenthaltung kann in der Konsequenz als eine andere Art von Protest gegen ein unzureichendes programmatisches und personelles Angebot der Parteien gedeutet werden. Nach Analysen der Modernen Wahlforschung sind Nichtwähler zudem tendenziell in geringerem Maße in die Gesellschaft integriert.<sup>50</sup>

Überträgt man die Erkenntnisse der Modernen Wahlforschung auf die Zeit der Weimarer Republik – es scheinen zunächst keine einleuchtenden Argumente dagegen zu sprechen – so kann man zu einer anderen plausiblen Bewertung kommen. Nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise und dem Aufkommen des Nationalsozialismus manifestiert sich ein jüdisches Krisenbewußtsein. Der deutlich positive Zusammenhang zwischen Veränderungen des Nichtwähleranteils der Jahre 1924 und 1928 und dem jüdischen Bevölkerungsanteil kann als Indikator für eine zunehmende Desillusionierung der Juden gedeutet werden.

Der Ausdruck existenzieller Ängste und Befürchtungen einhergehend mit dem Zweifel an der Integrationskraft der Weimarer Republik können Motive genug sein, der Wahlurne fernzubleiben. Eine Zäsur wäre nicht erst 1929 zu setzen. Weltwirtschaftskrise und aufkommender Nationalsozialismus verschärfen sicherlich das Krisenbewußtsein. Doch schon zuvor hat es anscheinend einen lautlosen Abmarsch gegeben.

Die Resultate setzen neue Impulse in der Diskussion um die Integration der Juden für die Weimarer Zeit. Legt man die Werte für das Nichtwählerlager als Indikatoren für den Grad der Integrationskraft der Weimarer Gesellschaft aus, so haben möglicherweise schon Mitte der Zwanziger Jahre zahlreiche Juden die Hoffnung aufgegeben, als gleichwertige Staatsbürger akzeptiert zu werden.

---

<sup>50</sup> Vgl. Michael Eilfort, ‚Sind Nichtwähler auch Wähler?‘ in Karl Starzacher / Friedrich Bernd / Thomas Leif (Hrsg.) *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln 1992, S. 169–175.

### 4.3 Das Dorf- und Kleinstadtjudentum

In einer typologisierenden Beschreibung charakterisiert Cahnmann die Landjuden als Städter, die aufgrund von unterschiedlichen lokalen und historischen Entwicklungen in die Dörfer verschlagen wurden.<sup>51</sup> Über religiöse Einstellung und politische Orientierung dieser Juden im süddeutschen Raum urteilt er:

„Ideologische Bewegungen, die anderswo im modernen Judentum die überkommene Religiösität ersetzen, sprachen die süddeutschen Juden nicht an. Die akkurate Neu-Orthodoxie, der rationalistische Reform-Liberalismus, der Patriotismus des Central-Vereins, der Nationalismus der Zionisten zogen nur eine Minderheit in ihren Kreis. Wenn der Central-Verein die Verteidigung der angefochtenen Bürgerrechte oder der Liberalismus eine gemäßigte Respektabilität vertraten, waren sie recht.“<sup>52</sup>

In der empirischen Definition lehnt sich Cahnmann an die Kategorisierungen der Volkszählungen 1925 und 1933 an und ordnet die Gruppe der Dorf- und Kleinstadtjuden der jüdischen Bevölkerungsgruppe zu, die in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern lebten. In analoger Weise benutzt Bennathan in der Untersuchung über die wirtschaftliche und demographische Struktur der Juden die Einteilung.<sup>53</sup> Diese zweckmäßige Festlegung wollen wir für den weiteren Verlauf der Untersuchung übernehmen. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 lebten 17,2 Prozent der Juden, von allen Einwohnern Deutschlands jedoch 53,3 Prozent, in solchen Orten.

Illustrativ soll anhand der Reichsländer Baden und Hessen das Wahlverhalten der Dorf- und Kleinstadtjuden untersucht werden. In beiden Ländern existierten eine Reihe von kleinen Gemeinden mit einem relativ hohen jüdischen Bevölkerungsanteil. Die Voraussetzung einer gewissen Streuung der jüdischen Bevölkerung ist somit gegeben.

Zum Begriff der Gemeinde muß angemerkt werden, daß in diesem Zusammenhang strenggenommen eigentlich nicht von politischen Gemeinden gesprochen werden darf, sondern von Wahlgemeinden, denn aus praktischen Gründen wurden in einigen Fällen damals Kleinstgemeinden zu solchen Wahlgemeinden zusammengelegt. Die Anzahl der Zusammenlegungen hielt sich aber quantitativ in Grenzen.<sup>54</sup>

---

<sup>51</sup> Werner J. Cahnmann, Der Dorf- und Kleinstadtjude als Typus. Eine typologische Studie, in *Zeitschrift für Volkskunde*, 2 (1974), S. 191.

<sup>52</sup> *Ibid.*, S. 192f.

<sup>53</sup> Bennathan, *op. cit.*, S. 91.

<sup>54</sup> Zur Struktur der beiden Regionaldatenbanken vgl. Hänisch, *op. cit.*, S. 56f.

### 4.3.1 Die konfessionelle Verteilung in Baden und Hessen

Wenn in der folgenden Darstellung vom Land Hessen die Rede ist, ist damit in korrekter Form der „Volksstaat Hessen“ gemeint. Hessen untergliederte sich in die drei Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen. Die drei Provinzen umfaßten 18 Kreise. Sitz des Parlaments war Darmstadt. Die heute hessischen Städte Wiesbaden, Frankfurt, Marburg, Fulda und Kassel gehörten zu Preußen.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts machten sich starke Abwanderungstendenzen in den jüdischen Landgemeinden zunehmend bemerkbar. Im Kreis Alzey verminderte sich die Anzahl der Juden innerhalb von vier Jahrzehnten zwischen 1861 und 1900 um ein Drittel, in den Dörfern des Kreises ging sie sogar noch stärker zurück. Während die jüdische Bevölkerung in den städtischen Kreisen wie Darmstadt, Offenbach und Mainz zunahm, nahm sie in ländlichen Kreisen wie Dieburg in der Provinz Starkenburg, Alzey und Oppenheim ab.<sup>55</sup> Die größten Städte Hessens waren folglich die Orte mit der absolut höchsten Anzahl an jüdischer Bevölkerung.

Orte mit der größten Anzahl jüdischer Bevölkerung in Hessen 1925<sup>56</sup>

	Anzahl d. Juden	Einwohner absolut	% Juden
Mainz	2835	130 915	2,2
Offenbach	1682	79 362	2,1
Darmstadt	1646	89 465	1,8
Worms	1194	47 015	2,5
Gießen	1017	33 600	3,0

Trotz einer umfangreichen Binnenwanderung in die Städte existierten in der Weimarer Republik noch einige Gemeinden auf dem Land mit einem deutlich überdurchschnittlichen jüdischen Bevölkerungsanteil. Sortieren wir die Gemeinden nach der Größe der Prozentanteile der jüdischen Bevölkerung, erhalten wir folgende Tabelle:

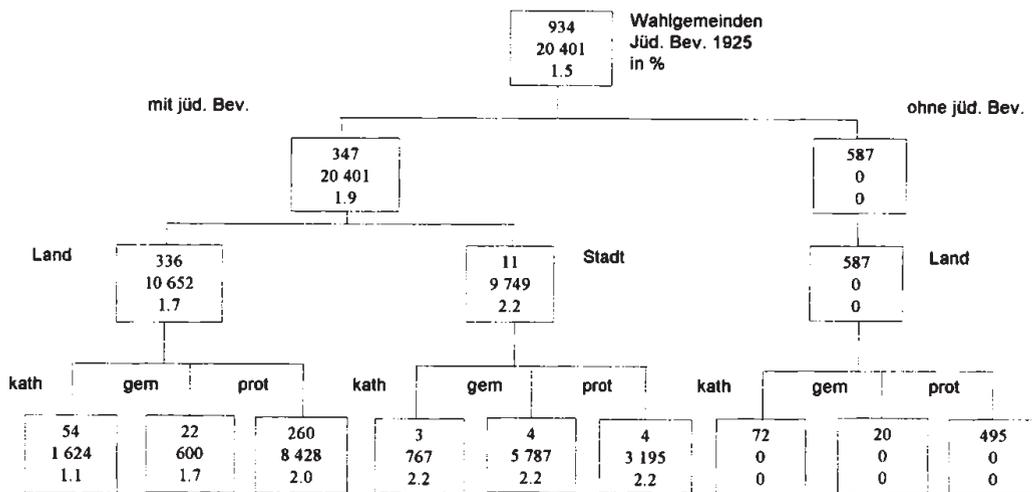
Orte mit den höchsten Prozentanteilen an Juden in Hessen 1925

	Kreis	Anzahl d. Juden	Einwohner abs.	% Juden
Angenrod	(Alsfeld)	70	517	13,5
Grebenu	(Alsfeld)	86	679	12,7
Rohrbach	(Büdingen)	45	452	10,0
Kestrich	(Alsfeld)	27	275	9,8
Hergershausen	(Dieburg)	70	735	9,5

<sup>55</sup> Dieter Hoffmann, „... wir sind doch Deutsche.“ *Zu Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen*, Alzey 1992, S. 85 ff.

<sup>56</sup> Sämtliche Konfessionsangaben beziehen sich im weiteren auf das Jahr 1925.

Mit einem Anteil von fast zwei Dritteln (65,7%) dominierten die Protestanten unter den Konfessionen in Hessen. Der Katholikenanteil betrug 30,9 Prozent, der jüdische Bevölkerungsanteil 1,5 Prozent. Zur besseren Charakterisierung der konfessionellen Struktur der Kreise und Gemeinden definieren wir eine geographische Einheit als protestantisch bzw. katholisch, wenn mindestens zwei Drittel der Einwohner einer der beiden Konfessionen angehörten. Andernfalls ist ein Gebiet als „gemischt“ zu bezeichnen. Von den 18 hessischen Kreisen waren zehn protestantisch, acht konfessionell gemischt. In einigen Kreisen betrug der Anteil der Protestanten sogar über 90 Prozent (Gießen, Alsfeld, Büdingen, Schotten). Im Landkreis Schotten lag der jüdische Bevölkerungsanteil (1,6%) noch über dem der Katholiken (0,7%). Die protestantische Dominanz schlägt sich auch in den 934 Wahlgemeinden nieder, die in der Analyse zur Verfügung stehen.



Verteilung der jüdischen Bevölkerung in Hessen

In 587 der 934 Wahlgemeinden waren 1925 keine Juden ansässig. Diese waren alle ländlich, wenn wir als „Stadt“ Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern definieren.<sup>57</sup> Von den 347 Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung waren elf städtisch, 336 lagen auf dem Land. Knapp über die Hälfte der 20 401 jüdischen Bewohner Hessens wohnte in ländlichen Gemeinden. Sie machten einen Anteil von 1,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus. Mit 260 Gemeinden bildeten die protestantischen Gemeinden eindeutig die absolute Mehrheit unter den Landgemeinden mit jüdischer Bevölkerung. Analog waren die protestantischen Landgemeinden ohne jüdische Bevölkerung deutlich in der Mehrheit.

<sup>57</sup> Definieren wir „Stadt“ als Ort mit mehr als 5 000 Einwohnern, erhalten wir eine kaum veränderte Zellenbesetzung in der Graphik.

Politisch zeichnete sich im Volksstaat Hessen eine ähnliche Entwicklung wie in Preußen ab. In der Landtagswahl 1931 verloren die demokratischen Parteien SPD, Zentrum und Deutsche Staatspartei ihre Mehrheit im Darmstädter Landtag. Diese Wahl wurde wegen Unregelmäßigkeiten vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärt. Die Folgewahl am 19. Juni 1932 brachte den Nationalsozialisten weitere Stimmen ein. Doch reichten die errungenen 32 Sitze nicht aus, um die Regierung des Staatspräsidenten Bernhard Adelung und dessen Innenminister Wilhelm Leuschner zu stürzen. Bis zum Frühjahr 1933 blieb die geschäftsführende Koalitionsregierung unter SPD-Leitung im Amt.

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten in den Reichstagswahlen 1928 bis 1932 und der Landtagswahl 1931 in Hessen

	RT 1928	RT 1930	LT 1931	RT 1932 I	RT 1932 II
KPD	5,7	8,9	11,1	8,8	11,4
SPD	21,0	22,7	17,4	22,6	19,4
Zentrum	10,4	11,0	11,7	12,8	11,6
DDP/DStp	4,1	4,1	1,1	0,5	0,6
DVP	7,4	5,3	1,9	1,3	2,5
DNVP	2,3	1,3	1,1	1,6	2,5
NSDAP	1,2	14,5	30,2	37,3	33,5
Sonstige	13,1	10,9	6,9	1,6	1,7
Nichtwähler	34,8	21,3	18,5	13,5	16,8

In der Landtagswahl 1931 wurden die Nationalsozialisten in Hessen zur stärksten politischen Kraft. Doch schon bereits in der Reichstagswahl 1930 konnte die NSDAP erhebliche Gewinne verzeichnen. Vor allem im protestantischen, ländlichen Oberhessen erzielte die Partei bereits zu diesem Zeitpunkt Zugewinne von weit über 50 Prozentpunkten. Unter den „Sonstigen“ war vor allem die von drei ehemaligen Reichstagsabgeordneten der DNVP und Funktionären des Reichs-Landbundes gegründete Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) erfolgreich. 1928 stimmten 8,8 Prozent der Wahlberechtigten für die CNBL. 1930 erreichte sie unter der Bezeichnung Hessisches Landvolk 6,2 Prozent der Wahlberechtigten.

Völlig entgegengesetzt zu Hessen zeigt sich die konfessionelle Struktur in Baden. Mit 58,4 Prozent stellten dort die Katholiken die absolute Mehrheit. Der Anteil der Protestanten betrug 38,7, der jüdische Bevölkerungsanteil ein Prozent. Die höchsten absoluten jüdischen Einwohnerzahlen weisen die größten Städte Badens auf.

Orte mit der größten Anzahl jüdischer Bevölkerung in Baden 1925

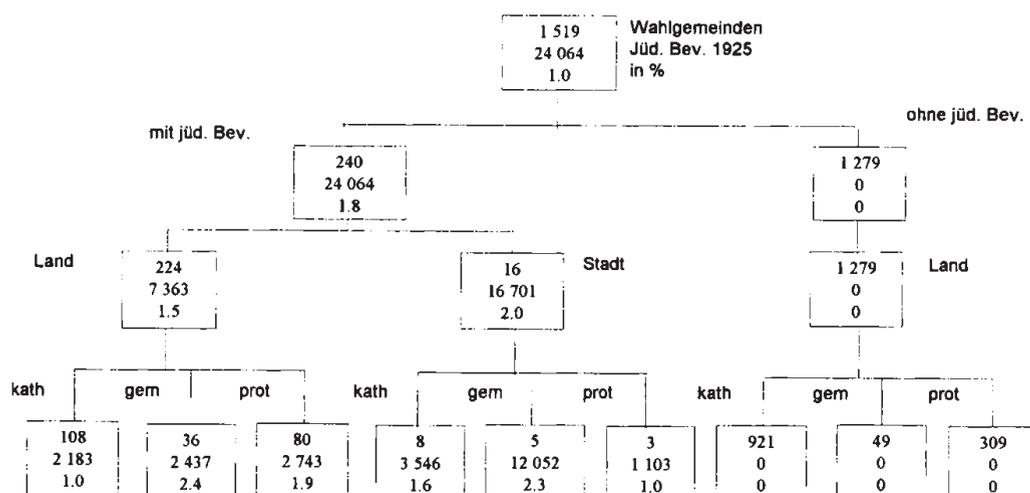
	Anzahl d. Juden	Einwohner absolut	% Juden
Mannheim	6985	260 776	2,7
Karlsruhe	3386	148 099	2,3
Heidelberg	1412	78 196	1,8
Freiburg	1399	90 475	1,6
Pforzheim	886	78 859	1,1

In einem konzentrierteren Ausmaß als in Hessen gab es in Baden eine Reihe ländlicher Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Juden. In Gailingen im Amtsbezirk Konstanz betrug der jüdische Bevölkerungsanteil 1925 sogar 24,6 Prozent.

Orte mit den höchsten Prozentanteilen an Juden in Baden 1925

	Amtsbezirk	Anzahl d. Juden	Einwohner abs.	% Juden
Gailingen	(Konstanz)	375	1524	24,6
Schmieheim	(Lahr)	134	752	17,8
Kleineichholz.	(Adelsheim)	38	231	16,5
Sulzburg	(Staufen)	120	1070	11,2
Randegg	(Konstanz)	79	800	9,9

Von den 40 Amtsbezirken, in die das Land Baden zerfiel, waren – analog zu der vorherigen Definition – 24 katholisch und fünf protestantisch geprägt. In zahlreichen Amtsbezirken lag der Katholikenanteil über 90 Prozent. Elf der Amtsbezirke wiesen eine gemischte Konfessionsverteilung auf. Die diskordante Verteilung der Konfessionen kommt deutlich zutage, wenn wir wieder einen Blick auf die Verteilung der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen Wahlgemeinden werfen.



Verteilung der jüdischen Bevölkerung in Baden

Die Segmentierung der Konfessionen kommt vor allem in den 1279 ländlichen Gemeinden ohne jüdische Bevölkerung zum Tragen. Lediglich 49 Gemeinden waren konfessionell gemischt, während 921 katholisch und 309 protestantisch dominiert waren. Die 24064 jüdischen Einwohner verteilten sich auf 240 der vorliegenden 1519 Gemeinden. Gegenüber Hessen liegt eine stärkere Konzentration jüdischer Ansiedlungen vor. Dort verteilten sich die rund 20000 jüdischen Einwohner auf 347 Gemeinden.

Mehr als zwei Drittel der Juden wohnten in den 16 städtischen Gemeinden. Die Anzahl der auf dem Land wohnenden Juden verteilte sich auf 224 Gemeinden. Die Verteilung der jüdischen Bevölkerung auf dem Land entspricht nicht ganz der gesamten Konfessionsgliederung Badens. Mit 108 stellten zwar die katholischen Landgemeinden die Mehrheit unter den jüdischen, ländlichen Gemeinden, in absoluten Zahlen betrachtet wohnte aber die relative Mehrheit der ländlichen Juden (2743) in protestantischen Gebieten. Der höchste prozentuale Anteil ergab sich in den 36 konfessionell gemischten Gemeinden mit 2,4 Prozent. Die letzte Tatsache wird später bei der Bildung von Kontrastgruppen, Gruppen, die bis auf den jüdischen Bevölkerungsanteil weitgehend in Sozial- und Konfessionsstruktur übereinstimmen, eine Rolle spielen.

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten in den Reichstagswahlen 1928 bis 1932 und der Landtagswahl 1929 in Baden

	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
KPD	4,5	3,6	7,2	8,8	10,5
SPD	13,6	12,1	13,4	10,6	9,5
Zentrum	19,9	22,2	22,4	22,8	20,4
DDP/DStp	4,3	4,1	7,3	1,7	1,7
DVP	5,8	4,9	*	0,9	1,5
DNVP	4,9	2,2	2,1	2,4	2,9
NSDAP	1,8	4,2	14,4	28,9	25,1
Sonstige	6,0	7,3	8,2	2,2	1,9
Nichtwähler	39,2	39,4	25,0	21,7	26,5

\* Einheitsliste mit DStp

Der hohe Katholikenanteil Badens findet in den Wahlergebnissen seinen Ausdruck. Bis zur Reichstagswahl im Juli 1932 ist das Zentrum, sehen wir einmal vom Nichtwähleranteil ab, stärkste Partei in Baden. 14 Jahre lang wurde Baden von einem Regierungsbündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokraten regiert, ehe es im November 1932 aufgrund von Auseinandersetzungen um das Konkordat zerbrach. Im Sommer 1932 war Baden das einzige Land, in dem noch eine nach den Regeln des Parlamentarismus ins Amt gelangte Regierung aus demokratischen Parteien Bestand hatte.<sup>58</sup>

<sup>58</sup> Seit Juni 1931 war die Regierung um den DVP-Minister Mattes erweitert worden. Eberhard Schanbacher, „Das Wählervotum und die „Machtergreifung“ im deutschen Südwesten“, in Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*, Stuttgart 1982, S. 305.

Anlässlich der Reichstagswahl 1930 schlossen sich Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei in Baden zu einer gemeinsamen Kandidatenliste zusammen. In Württemberg kam es ebenfalls zu einer Einheitsliste für diese Wahl. Weitere regionale Bestrebungen, zu einer gemeinsamen Liste beider liberalen Parteien zu kommen, wurden vor allem von der Parteizentrale der DVP unterbunden.<sup>59</sup>

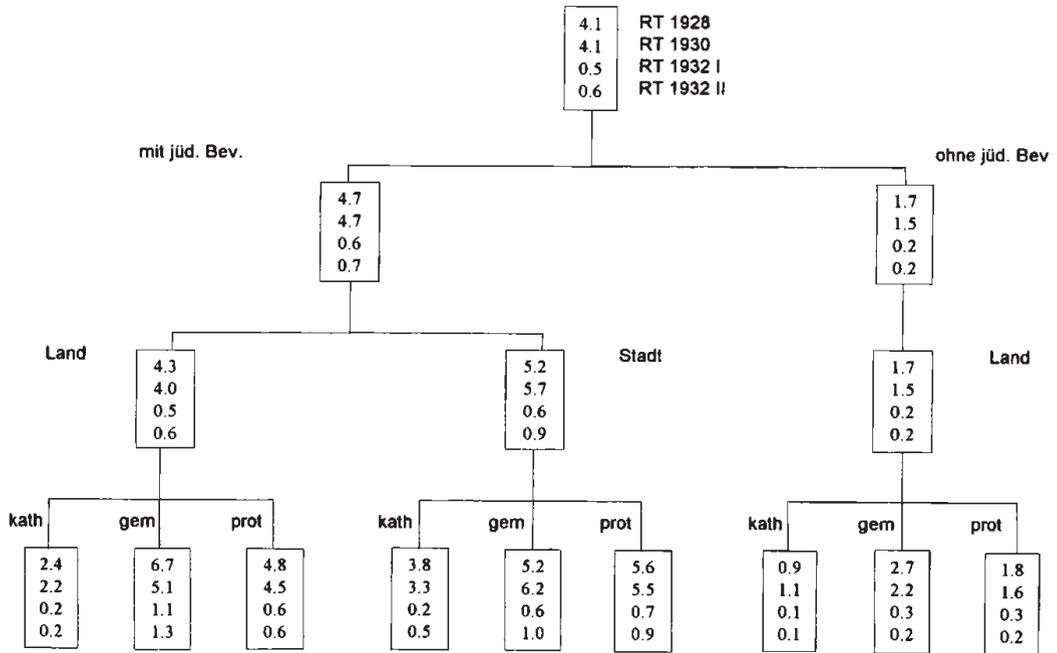
Der Erfolg der Nationalsozialisten bei der Landtagswahl am 27.10.1929 wurde von Ellsworth Faris als „takeoff point“ bezeichnet.<sup>60</sup> Sieben Prozent der gültigen Stimmen brachten der NSDAP sechs Sitze im badischen Landtag ein. Die Bezeichnung Faris' charakterisiert eher die überregionale Signalwirkung des NSDAP-Erfolges, denn in Baden selbst kam die NSDAP erst 1933 an die Macht. Die Reichstagswahl im September 1930 wurde zu einem Riesenerfolg der Nationalsozialisten. Mit 14,4 Prozent aller Wahlberechtigten (= 19,2 Prozent der gültigen Stimmen) erzielten sie ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis im Vergleich zu anderen Ländern.

#### 4.3.2 Zur politischen Orientierung der Dorf- und Kleinstadtjuden in Hessen

Eine Untersuchungsform, die eher als viele andere eine anschauliche Darstellung erlaubt und Wählerverhalten in nachvollziehbarer Form zeigt, ist die Bildung von sogenannten „Kontrastgruppen“. Man gewinnt die Kontrastgruppen dadurch, daß die Gesamtzahl der Gemeinden in einem ersten Arbeitsschritt nach Konfessionen in zwei Kontrastgruppen mit jüdischem und ohne jüdischen Bevölkerungsanteil zerlegt wird. In einem zweiten Arbeitsschritt unterteilen wir die entstandenen Gruppen in ländliche und städtische Wahlgemeinden. In einem dritten Schritt zerlegen wir die Gruppen danach, ob es konfessionelle gemischte oder katholisch oder evangelisch dominierte Gemeinden waren. Auf diese Weise erhalten wir im konkreten Fall 9 Kontrastgruppen. Der Logik des Verfahrens nach hätten wir 12 Kontrastgruppen erhalten müssen. Da es jedoch in Hessen keine Städte ohne jüdische Einwohner gab, konnten folglich die entsprechenden Gruppen nicht gebildet werden. Errechnen wir die Ergebnisse der DDP/DStp in den Reichstagswahlen von 1928 bis 1932 in den ver-

<sup>59</sup> Jones, *German Liberalism*, op. cit., S. 379.

<sup>60</sup> Ellsworth Faris, 'Takeoff Point for the National Socialist Party: The Landtag Election in Baden, 1929' in *Central European History*, 8 (1975). Über den Erfolg der NSDAP in Baden vgl. Ernst Otto Bräunche, 'Die NSDAP in Baden 1928–1933. Der Weg zur Macht', in Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*, Stuttgart 1982, S. 15–48. Zum Aufstieg der Nationalsozialisten in den katholischen Gegenden Badens siehe Oded Heilbronner, 'The Failure that Succeeded: Nazi Party Activity in a Catholic Region in Germany, 1929–32', in *Journal of Contemporary History*, 3 (1992), S. 531–549.



Anteilswerte der DDP/DStp in den Reichstagswahlen in Hessen von 1928 bis 1932 in Kontrastgruppen

schiedenen Gruppen und tragen diese in die jeweiligen Zellen ein, so ergibt sich folgendes Bild:

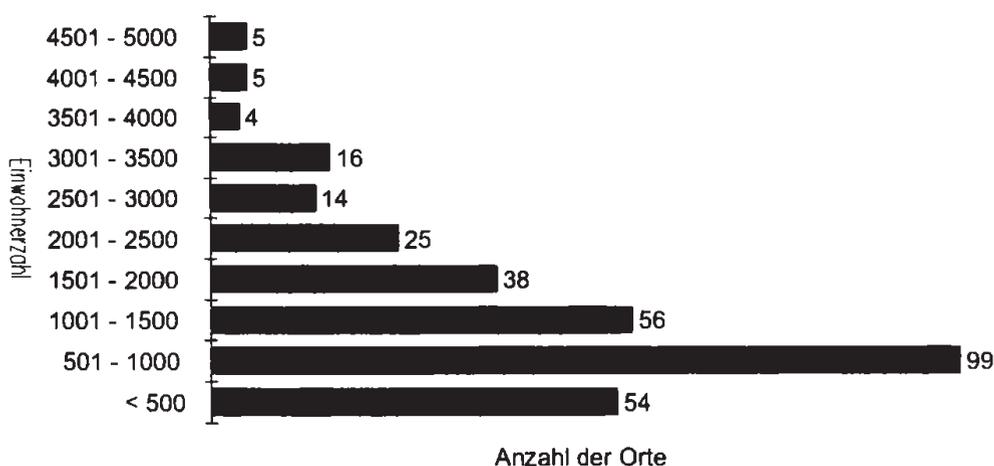
Die Kontrastgruppen erlauben uns, die Ergebnisse der DDP/DStp in ländlichen, katholisch dominierten Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung mit ländlichen, katholisch dominierten Gemeinden ohne jüdische Bevölkerung zu vergleichen. So erzielte die DDP 1928 in katholischen ländlichen Gebieten mit jüdischen Bewohnern 2,4 Prozentpunkte, in katholischen ländlichen Gemeinden ohne Juden lediglich 0,9 Prozentpunkte. In den konfessionell gemischten ländlichen Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung erhielten die Demokraten 6,7 Prozent, in den konfessionell gemischten ländlichen Gemeinden ohne jüdische Bevölkerung hingegen vier Prozent weniger, nämlich nur 2,7 Prozent. In den protestantischen ländlichen Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung stimmten 4,8 Prozent der Wahlberechtigten für die DDP, in der Vergleichsgruppe ohne Juden waren es drei Prozent weniger. Hier erhielten die Demokraten 1928 1,8 Prozent.

Ein flüchtiger Blick auf die Kontrastgruppen für die Jahre 1930 und 1932 deutet bereits die weitere Tendenz an: 1930 erreichte die Deutsche Staatspartei noch deutlich bessere Ergebnisse in dem Zweig des Kontrastgruppenbaumes mit jüdischer Bevölkerung. Für die beiden Wahlen des Jahres 1932 sind die Differenzen der zu vergleichenden Gruppen nunmehr äußerst gering. Die Ergebnisse der Kontrastgruppen belegen, daß die Demokraten in ländlichen Gegenden mit jüdischer Bevölkerung erfolgreicher waren als in den ländlichen Gegenden ohne Juden.

Nun ließe sich einwenden, das bessere Abschneiden der DDP in den ländlichen jüdischen Gemeinden sei nicht unbedingt auf den Einfluß der jüdischen Wählerschaft zurückzuführen. Zum einen ist der prozentuale Anteil der Juden in den Gemeinden sehr gering. Die Differenz, die sich durch Betrachtung der Ergebnisse der DDP/DStp in den entsprechenden Kontrastgruppen ergibt, liegt teilweise deutlich über dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung. Zum anderen können in dem Kontrastgruppenmodell weitere Faktoren stecken, die einen Einfluß auf das Abschneiden der DDP/DStp haben und verdeckt das Bild verzerren.

Methodisch wollen wir daher umgekehrt vorgehen. Nicht mehr die Gesamtzahl aller vorhandenen Gemeinden soll zum Ausgangspunkt der Analyse gemacht werden, sondern die jüdischen Landgemeinden<sup>61</sup> selbst. Konkret bedeutet das im folgenden, daß wir aus einer Anzahl ländlicher Gemeinden mit jüdischem Bevölkerungsanteil eine Gruppe bilden, die einen überdurchschnittlichen Anteil an jüdischer Bevölkerung aufweist. Diese Gruppe weist eine bestimmte Konfessions- und Sozialstruktur auf. Dieser ersten Gruppe stellen wir eine zweite Gruppe gegenüber, die ähnliche Ausprägungen der Konfessions- und Sozialmerkmale besitzt, aber keine jüdischen Bewohner hat.

Eine Einflußgröße, von der ein Effekt auf das Wahlverhalten ausgehen könnte, ist die Ortsgröße. Soziale Beziehungen und Kommunikationserfahrungen in Kleinstgemeinden unterscheiden sich durchaus von denen größerer Gemeinden. Unsere Definition von „Land“ als Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern ist zunächst eine sehr grobe Kategorie. Eine Kontrolle der Ortsgröße erscheint daher auf jeden Fall sinnvoll.

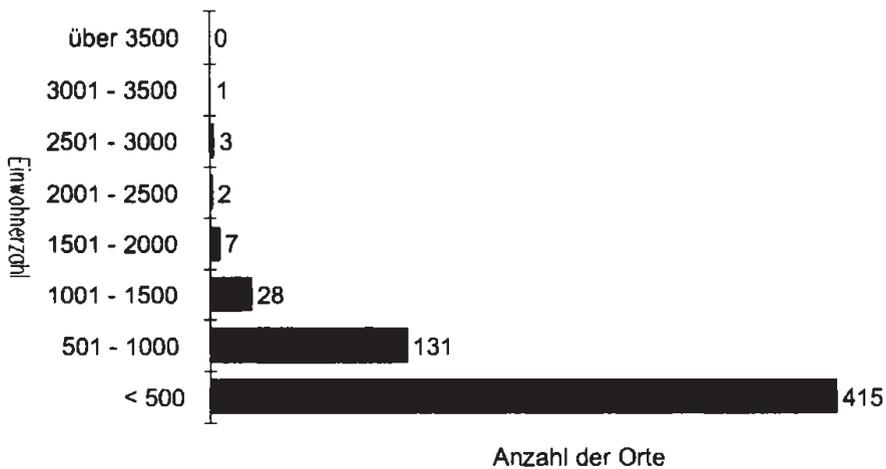


Größenklassen der Orte mit jüdischer Bevölkerung 1925 in Hessen

<sup>61</sup> Der Begriff der „jüdischen Landgemeinde“ soll in der weiteren Darstellung nicht die Existenz einer gemeindlichen Struktur im Sinne einer Religionsgemeinschaft bedeuten, sondern wird als Synonym für ländliche Wahlgemeinden mit jüdischen Einwohnern unter 10 000 Einwohnern benutzt.

Unterteilen wir die jüdischen Landgemeinden in verschiedene Größenklassen, so sehen wir, daß die meisten Gemeinden keineswegs Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern waren. Die größte Anzahl ländlicher Gemeinden mit jüdischen Einwohnern finden wir in der Kategorie zwischen 500 und 1000 Einwohnern.

Ein anderes Bild erhalten wir, wenn wir die Größe der Gemeinden ohne jüdische Bevölkerung betrachten. Die weitaus größte Zahl hessischer Gemeinden ohne Juden waren Kleinstgemeinden. Von den 587 Gemeinden ohne jüdische Bewohner hatten 415 weniger als 500 Einwohner. In der Größenklasse über 3500 Einwohnern gab es keine Orte, in denen keine Juden wohnten. Der größte Ort, in dem es 1925 keine jüdische Bevölkerung gab, war Erbach im Kreis Erbach mit 3466 Einwohnern. Die durchschnittliche Ortsgröße der ländlichen Gemeinden ohne Juden ist erheblich geringer als die mit jüdischen Bewohnern.



Größenklassen der Orte ohne jüdische Bevölkerung 1925 in Hessen

Einwohner- Konfessions- und Sozialstruktur der Vergleichsgruppen im Überblick

	Einwoh- nerzahl im Durch- schnitt	% Protest.	% Kath.	% Juden	% Landwirt- schaft	% Industrie u. Handwerk	% Handel u. Verkehr
Gruppe 1	999	86,3	7,5	5,3	35,0	34,8	12,6
Gruppe 2	857	91,0	7,6	0,0	42,1	34,8	8,4

Gruppe 1: N=56; Gruppe 2: N=123

Aus dem Gesamtdatensatz war es möglich, eine Gruppe zu bilden, die bestehend aus 56 Gemeinden einen durchschnittlichen jüdischen Bevölkerungsanteil von 5,3 Prozent besitzt, also einen deutlich höheren Prozentsatz hat als jede der Zellenbesetzungen der vorherigen Kontrastgruppen. Weiterhin weist Gruppe 1

eine Einwohnerzahl von knapp tausend Einwohnern im Schnitt auf, davon waren 86,3 Prozent Protestanten und 7,5 Prozent Katholiken. 35 Prozent der Bevölkerung waren 1933 in der Landwirtschaft beschäftigt, fast ebensoviel in Industrie und Handwerk, wobei vermutlich das Handwerk überwogen haben dürfte. 12,6 Prozent waren in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr tätig. Die Angaben über Konfessionsverteilung und Ortsgröße basieren auf den Ergebnissen der Volkszählung 1925.

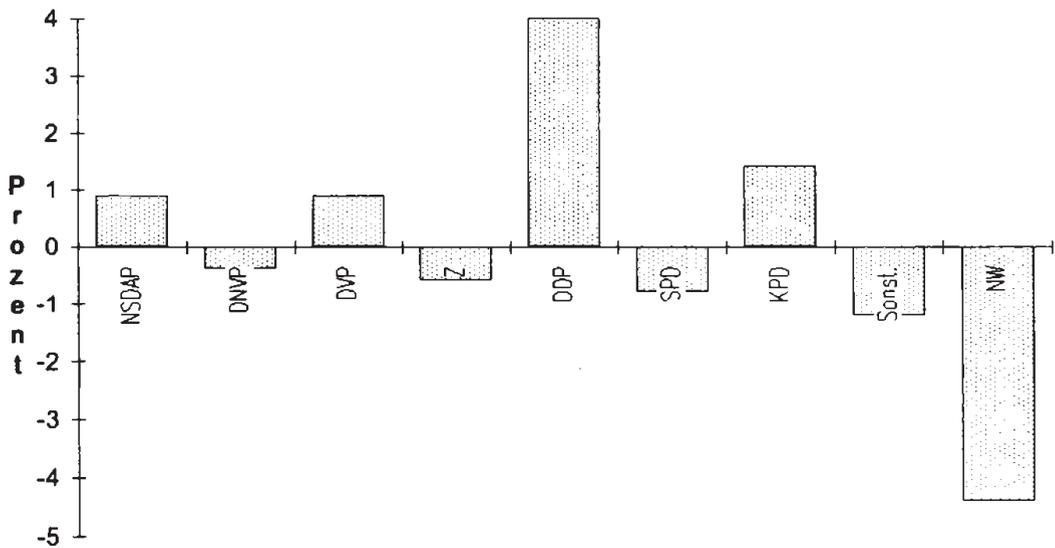
Die Gruppe 2, bestehend aus 123 Gemeinden, besitzt eine ähnliche Einwohner-, Konfessions- und Sozialstruktur, jedoch ohne jüdische Bewohner. Dabei gelang es, den Katholikenanteil konstant zu halten. Die Kontrolle der Konfession ist besonders sinnvoll, da in zahlreichen wahlhistorischen Untersuchungen ein stärkerer Einfluß von Konfessionsvariablen als von sozialstrukturellen Merkmalen auf das Abschneiden verschiedener Parteien festgestellt wurde. Die etwas geringere Einwohnergröße dürfte einen Einfluß auf die Berufszusammensetzung unserer Gebietseinheiten gehabt und den Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten etwas prozentual nach oben gedrückt haben. Insgesamt betrachtet liegt eine weitestgehende Übereinstimmung in der Struktur der beiden Gruppen vor, bis auf den jüdischen Bevölkerungsanteil. Betrachten wir aus Gründen der Übersichtlichkeit zunächst einmal nur die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928 in beiden Gruppen.

Ergebnisse der RT 1928 in Vergleichsgruppen

	Ergebnis RT 1928 Gruppe 1 in %	Ergebnis RT 1928 Gruppe 2 in %	Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2
NSDAP	2,5	1,6	0,9
DNVP	1,7	2,1	-0,4
DVP	5,6	4,7	0,9
Zentrum	2,3	2,9	-0,6
DDP	6,0	2,0	4,0
SPD	19,0	19,8	-0,8
KPD	4,2	2,8	1,4
Sonstige	21,2	22,4	-1,2
Nichtwähler	37,4	41,8	-4,4

Gruppe 1: N=56; Gruppe 2: N=123

Bemerkenswert sind die deutlichen Abweichungen im Abschneiden der Deutschen Demokratischen Partei. Während sie in Gruppe 2 ohne jüdische Bevölkerung im Durchschnitt zwei Prozent erzielte, waren es in der Gruppe 1 sechs Prozent: dreimal so viel. Unter allen Parteien weist die DDP mit Abstand den gravierendsten Unterschied auf. Interessant ist auch die Tatsache, daß in Gruppe 1 der Nichtwähleranteil mit 37,4 Prozent sichtlich unter dem von Gruppe 2 liegt.



Differenz RT 1928 Gruppe 1 – Gruppe 2

Gruppe 1: mit jüdischer Wohnbevölkerung  
 Gruppe 2: ohne jüdische Wohnbevölkerung

Während die meisten Schwankungen zufallsbedingt erscheinen, legen die vergleichsweise starken Abweichungen für DDP und Nichtwähleranteil eine Systematik nahe. Unter weitgehender Kontrolle von Ortsgröße sowie Konfessions- und Sozialstruktur hat der jüdische Bevölkerungsanteil einen positiven Einfluß auf das Abschneiden der DDP und einen negativen Effekt auf den Nichtwähleranteil in der Reichstagswahl von 1928.

Für die vier Reichstagswahlen von 1928 bis 1932 wollen wir analog die Ergebnisse der beiden Gruppen und die daraus resultierenden Abweichungen betrachten. In der folgenden Tabelle sind die Resultate für Gruppe 1 (mit jüdischer Bevölkerung), Gruppe 2 (ohne jüdische Bevölkerung) und die Differenzen aus beiden Gruppen aufgeführt. Zur Erleichterung der Orientierung ist die größte Abweichung unter den Parteien bei jeder Wahl fett markiert.

Gruppe 1 (mit jüdischer Bevölkerung)

	RT 1928	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	2,5	16,6	50,9	47,6
DNVP	1,7	1,0	1,5	2,0
DVP	5,6	3,8	1,0	1,9
Zentrum	2,3	2,7	3,9	3,0
DDP/DStp	6,0	5,7	0,5	0,5
SPD	19,0	23,3	25,2	21,4
KPD	4,2	5,3	5,9	8,6
Sonstige	21,2	17,3	1,2	1,4
Nichtwähler	37,4	24,4	10,0	13,6

N=56; Angaben in Prozent

## Gruppe 2 (ohne jüdische Bevölkerung)

	RT 1928	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	1,6	17,8	53,2	49,7
DNVP	2,1	1,1	1,8	2,2
DVP	4,7	3,3	0,8	1,3
Zentrum	2,9	3,1	3,8	3,2
DDP/DStp	2,0	2,1	0,3	0,3
SPD	19,8	22,4	20,9	17,9
KPD	2,8	4,7	5,4	7,4
Sonstige	22,4	17,7	1,2	1,5
Nichtwähler	41,8	27,9	12,6	16,4

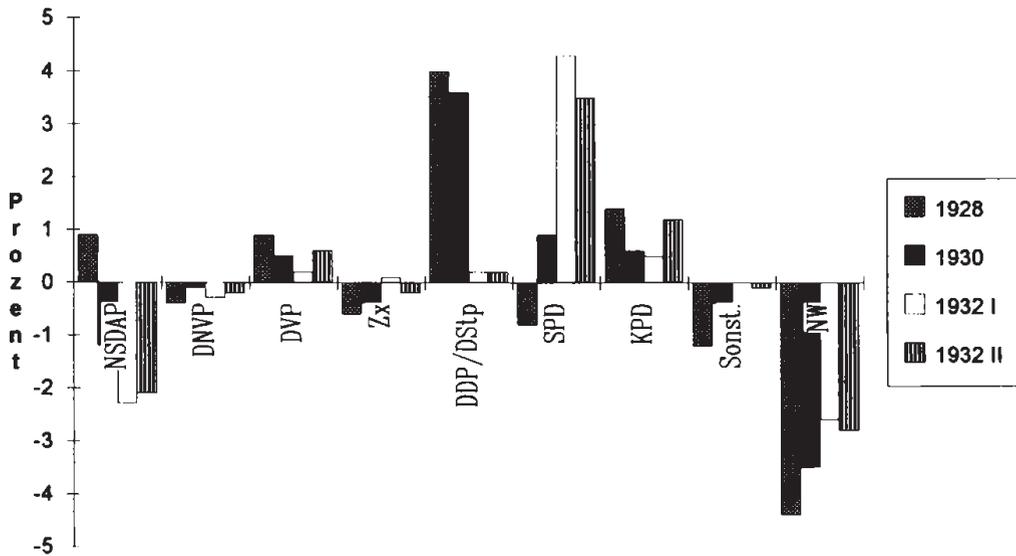
N=123; Angaben in Prozent

## Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2

	RT 1928	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	0,9	-1,2	-2,3	-2,1
DNVP	-0,4	-0,1	-0,3	-0,2
DVP	0,9	0,5	0,2	0,6
Zentrum	-0,6	-0,4	0,1	-0,2
DDP/DStp	<b>4,0</b>	<b>3,6</b>	0,2	0,2
SPD	-0,8	0,9	<b>4,3</b>	<b>3,5</b>
KPD	1,4	0,6	0,5	1,2
Sonstige	-1,2	-0,4	0,0	-0,1
Nichtwähler	-4,4	-3,5	-2,6	-2,8

Angaben in Prozent

Nicht nur für die Reichstagswahl 1928, sondern auch für die nachfolgenden Wahlen ergeben sich durch den Vergleich beider Gruppen auffällige Zusammenhänge. Während 1928 und 1930 die DDP/DStp mit vier bzw. 3,6 Prozentpunkten verhältnismäßig deutliche Abweichungen aufweist, fällt die Differenz in beiden Wahlen 1932 mit nur jeweils 0,2 Prozent sehr schwach aus. In diesen Wahlen schneidet die SPD erheblich besser in den Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung ab. Sie liegt im Durchschnitt 4,3 bzw. 3,5 Prozent über den Ergebnissen in den Gemeinden ohne Juden. Die Schwankungen des Zentrums sind gering und fallen eher in den zufallsbedingten Bereich. Das gilt auch für fast alle anderen Parteien. Das schlechtere Abschneiden der Nationalsozialisten in Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung ab 1930 könnte mit der Tatsache in Zusammenhang gebracht werden, daß der NSDAP eine potentiell kleinere, ansprechbare Wählergruppe zur Verfügung gestanden hat. Denn nimmt man den Anteil der Juden heraus, verringert sich schließlich der Kreis der Wähler, den die Nationalsozialisten für sich hätten gewinnen können. Der Anteil der Nichtwähler ist in den Gemeinden mit Juden über die Wahlen hinweg niedriger. In den Wahlen 1932 schwächt sich die Differenz leicht ab. Daraus abzuleiten, daß jüdische Wähler in das Lager der Nichtwähler gewechselt hätten, wäre verfehlt. Denkbar als Erklärung ist auch eine erhöhte Mobilisierung der Nationalsozialisten in ländlich protestantischen Gemeinden, die zur Folge hatte, daß in den Gemeinden der Gruppe 2 die Wahlbeteiligung stärker anstieg.



Graphik Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2

Gruppe 1: mit jüdischer Bevölkerung

Gruppe 2: ohne jüdische Bevölkerung

Im Rahmen der Untersuchung wurden weitere Gruppen gebildet und gegenübergestellt. In der Tendenz wiesen sie alle das gleiche Ergebnis auf. 1928 und 1930 schnitten DDP/DStp, 1932 die Sozialdemokraten in den Gruppen mit jüdischen Bevölkerungsanteilen deutlich besser ab.

In der Analyse ausgespart blieb bis jetzt die Landtagswahl vom 15. November 1931. Bei dieser Wahl kandidierte neben der Deutschen Staatspartei die Radikal-Demokratische Partei (RDP) das erste Mal in einer Landtagswahl als dezidiert linksliberale Alternative. Insgesamt gesehen war die RDP nicht sonderlich erfolgreich, obwohl die Voraussetzungen in Hessen relativ günstig waren. Zwei der ehemaligen fünf DDP-Landtagsabgeordneten waren zur RDP übertreten, und Redner aus dem ganzen Reich reisten zu Veranstaltungen an, die auch in kleineren Orten stattfanden.<sup>62</sup> Doch 4 613 Stimmen reichten nicht zur Erringung eines Mandates und bedeuteten in der Endabrechnung 0,6 Prozent aller gültigen Stimmen. Dennoch lohnt es sich, der Frage nachzugehen, ob die Partei nicht unter den jüdischen Wählern erfolgreicher war oder ob es eine Sonderbewegung gegeben hat. Schließlich stand das Israelitische Familienblatt im Wahlkampf der RDP mit offener Sympathie gegenüber, und die Partei besaß als einzige einen jüdischen Kandidaten an aussichtsreicher Stelle.<sup>63</sup> Zudem hatten sich mit Georg Bernhard, Hermann Kantorowicz, Max Reinheimer und

<sup>62</sup> Burkhard Gutleben, ‚Radikaldemokratische Partei – aufrechte Linksliberale ohne Erfolg‘, in *liberal*, 1 (1986), S. 70.

<sup>63</sup> Vgl. Kapitel 3.3.3

Julie Meyer eine Reihe bekannter jüdischer Demokraten der Partei angeschlossen.<sup>64</sup> Aus diesem Grund wollen wir eine Modifizierung in der Kategorisierung der Parteien vornehmen und die Radikal-Demokratische Partei aus der Gruppe der „Sonstigen“ herausnehmen und extra aufführen.

Ergebnisse der Landtagswahl 1931 in Vergleichsgruppen

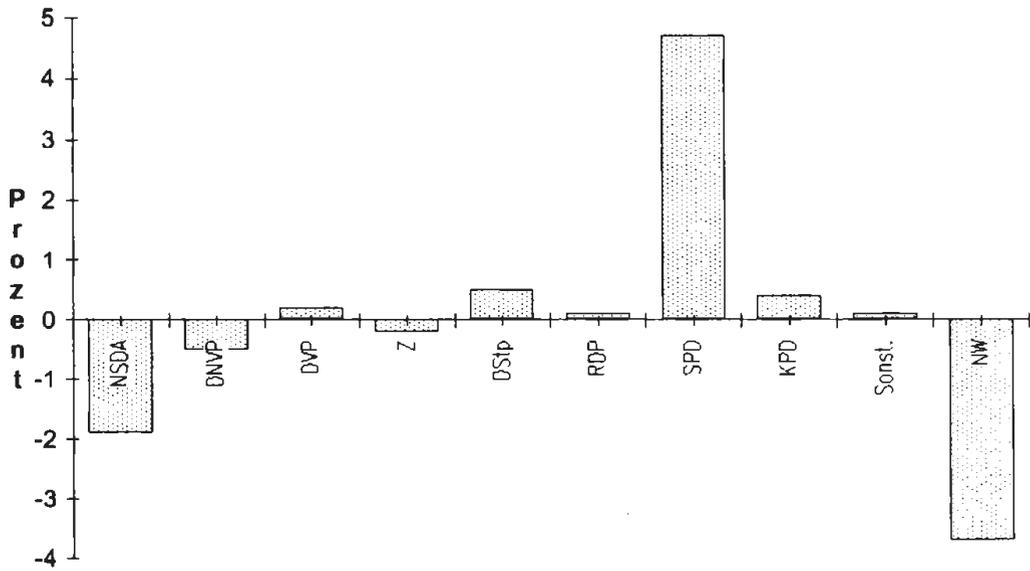
	Ergebnis LT 1931 Gruppe 1 in %	Ergebnis LT 1931 Gruppe 2 in %	Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2
NSDAP	38,2	40,1	-1,9
DNVP	0,6	1,1	-0,5
DVP	1,4	1,2	0,2
Zentrum	3,1	3,3	-0,2
DStp	1,0	0,5	0,5
RDP	0,6	0,5	0,1
SPD	21,8	17,1	4,7
KPD	8,0	7,6	0,4
Sonstige	7,1	7,0	0,1
Nichtwähler	18,1	21,8	-3,7

Gruppe 1: N=56; Gruppe 2: N=123

Die Ergebnisse weisen keinen signifikanten Unterschied im Abschneiden der RDP in beiden Gruppen auf. Lediglich ein Zehntel Prozentpunkt mehr der Wahlberechtigten konnte die Radikal-Demokratische Partei in den Gemeinden mit jüdischem Bevölkerungsanteil erreichen als in der Vergleichsgruppe. Die Resultate deuten nicht auf eine besondere Mobilisierung der Radikal-Demokratischen Partei im ländlichen jüdischen Milieu hin.

Bemerkenswert ist auch, daß bereits 1931 die DStp ihren Vorteil in den Orten mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil verspielt hatte. Lediglich einen halben Prozentpunkt erzielte sie im Durchschnitt mehr in der Gruppe mit jüdischen Einwohnern gegenüber der Gruppe ohne Juden. Profitieren konnten davon im Kontrastgruppenvergleich die Sozialdemokraten. Über vier Prozentpunkte mehr erreichte die SPD in den ländlichen jüdischen Hochburgen gegenüber der Vergleichsgruppe. Als einzige Partei ergeben sich für die Sozialdemokraten in der Differenzbetrachtung auffallend positive Abweichungen. Ansonsten weisen die Differenzen der Vergleichsgruppen eine ähnliche Systematik zu früheren Analysen auf. Die Werte der übrigen Parteien schwanken im Bereich um Null. Schlechter schnitten die NSDAP und das Nichtwählerlager ab.

<sup>64</sup> Gutleben, *Volksgemeinschaft oder Zweite Republik?*, op. cit., S. 281.



Graphik Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2 (LT 1931)

Gruppe 1: mit jüdischer Bevölkerung

Gruppe 2: ohne jüdische Bevölkerung

Ergebnisse von Analysetechniken wie dem Kontrastgruppenvergleich hängen nicht nur von der Struktur der Daten ab, sondern zu einem gewissen Maße auch von der gewählten Zusammensetzung der Vergleichsgruppen. Es empfiehlt sich daher, die Resultate mit Hilfe der multiplen Regressionsanalyse zu überprüfen. Zur Bildung sozialstruktureller Kontrollvariablen stehen in unserem Datensatz die Berufsgliederung der Wohnbevölkerung nach Wirtschaftsabteilung laut Volks- und Berufszählung 1933 zur Verfügung. Zur besseren Kontrolle der Einwohnerzahl wurde eine Urbanisierungsvariable gebildet, die den Grad der Verstädterung mißt.<sup>65</sup> Damit ergibt sich die Möglichkeit, einen eventuellen Einfluß der Ortsgröße auf die Ergebnisse verschiedener Parteien zu bestimmen. Die folgenden Modelle basieren auf der Zahl ländlicher Gemeinden, also aller Gemeinden unter 10000 Einwohnern.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz von DDP/DSdp in ländlichen hessischen Gemeinden

% DDP/DSdp =	Urbanisierung	% Juden	% Industrie u. Handwerk	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
RT 1928 (3,5%)	32	38	-26	12	36%
RT 1930 (3,2%)	22	38	-18	21	35%
LT 1931 (0,9%)	34	19	-18	13	23%
RT 1932 I(0,4%)	22	13	-20	07	11%
RT 1932 I(0,5%)	26	12	-20	10	13%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); N=923; gewichtet nach Wahlberechtigten

<sup>65</sup> Urbanisierung = Einwohnerzahl / Gesamteinwohnerzahl Hessens.

Die Resultate der multiplen Regressionsanalyse bestätigen die zuvor erarbeiteten Ergebnisse. In den Reichstagswahlen 1928 und 1930, in denen die DDP/DStp noch jeweils über drei Prozent der Wahlberechtigten auf dem Land erreichte, hat der jüdische Bevölkerungsanteil einen relativ starken Einfluß auf das Abschneiden der Linksliberalen. Der Effekt der Konfessionsvariablen ist größenordnungsmäßig sogar stärker als die Einflußwirkung von Urbanisierung und den sozialstrukturellen Faktoren. In der Landtagswahl 1931 und beiden Reichstagswahlen 1932 geht der Zusammenhang zwischen dem Anteil jüdischer Bewohner und den Ergebnissen der Deutschen Staatspartei deutlich zurück. Für die Reichstagswahlen 1932 erweist sich der jüdische Bevölkerungsanteil nur noch als drittstärkster Faktor. Urbanisierung und der Anteil der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen üben in diesen Wahlen einen stärkeren Einfluß aus. Die Resultate passen mit den Ergebnissen der Kontrastgruppen zusammen. 1928 und 1930 schnitten DDP/DStp deutlich besser in der Gruppe mit jüdischem Bevölkerungsanteil ab. In der Landtagswahl 1931 und den zwei nachfolgenden Reichstagswahlen fallen die Differenzen nicht mehr signifikant aus.

Einen relativ konstant positiven Einfluß übt die Urbanisierungsrate auf die Ergebnisse der DDP/DStp über alle Wahlen hinweg aus. Je größer die Gemeinden waren, desto besser schnitten die Linksliberalen im Trend ab. Die Vermutung, daß in dem Kontrastgruppenmodell auf Seite 264 weitere Faktoren stecken, die einen Einfluß auf das Abschneiden der DDP/DStp haben und verdeckt das Bild verzerren, scheint sich zu bestätigen. Die sehr grobe Kategorie „Land“ = Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern ist nicht differenziert genug. In diese Gruppe fallen sowohl zahlreiche Kleinstgemeinden mit unter 500 Einwohnern, als auch einige Gemeinden mit knapp unter 10 000 Einwohnern. Teilen wir die Gemeinden, wie geschehen, danach auf, ob in ihnen Juden lebten oder nicht, so bekommt der Kontrastgruppenbaum eine Schiefelage. Die ländlichen Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung waren im Durchschnitt deutlich größer als diejenigen ohne jüdische Bewohner. Versteckt wirkte sich in dem Kontrastgruppenvergleich der Grad der Verstädterung aus, ohne daß dies offenlegt wurde.

Häufig bildet Verstädterung einen Indikator für eine bestimmte Berufszusammensetzung in den Gebietseinheiten. So ist zu erwarten, daß mit abnehmender Ortsgröße der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen wächst. Umgekehrt wäre zu vermuten, daß mit zunehmender Urbanisierung der Prozentsatz der in Industrie und Handwerk tätigen Personen zunimmt. Theoretisch besteht das Risiko, daß sich die Merkmale überlagern und die Ergebnisse der Regressionsanalyse verzerren. Für Hessen besteht aber kaum ein annähernd linearer Zusammenhang zwischen Urbanisierung und dem Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten.<sup>66</sup>

---

<sup>66</sup> Interkorrelation zwischen Urbanisierung und Prozentsatz der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen: .43

Während der Weimarer Zeit gab es in Hessen eine ganze Reihe kleinerer Gemeinden mit einem hohen Prozentsatz in Industrie und Handwerk tätigen Personen. Die Existenz von „Arbeiterbauern“ in hessischen Dörfern, vor allem im nordhessischen Raum, hat Eike Hennig mehrfach in seinen Arbeiten beschrieben.<sup>67</sup>

Werfen wir abschließend einen Blick auf die Prozentpunktveränderungen der verschiedenen Parteien zwischen der Reichstagswahl 1928 und der Wahl im Juli 1932 und dem Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Differenzen. Nach den Ergebnissen unseres Kontrastgruppenvergleichs ist zu erwarten, daß sich die jüdische Konfessionsvariable negativ auf die Veränderungen der DDP/DStp und positiv auf die der Sozialdemokraten auswirkt.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf die Veränderungen im Parteienspektrum zwischen 1928 und 1932 auf dem Land in Hessen

Differenz (RT 1932 I – RT 1928) in %	Urbanisierung	% Juden	% Industrie u. Handwerk	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>	
DStp/DDP	(-3,1%)	-31	-40	25	-11	37%
SPD	(+1,1%)	-12	31	-11	0	12%
KPD	(+3,4%)	18	-9	27	8	17%
Zentrum	(+2,2%)	3	-9	-8	13	2%
DVP	(-4,1%)	-34	-11	9	23	27%
DNVP	(-0,3%)	0	0	-20	-19	8%
Sonstige	(-15,5%)	10	-4	50	35	49%
NSDAP	(+39,8%)	-5	9	-57	-24	45%
NW	(-23,4%)	10	-4	50	35	49%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); N=923; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten

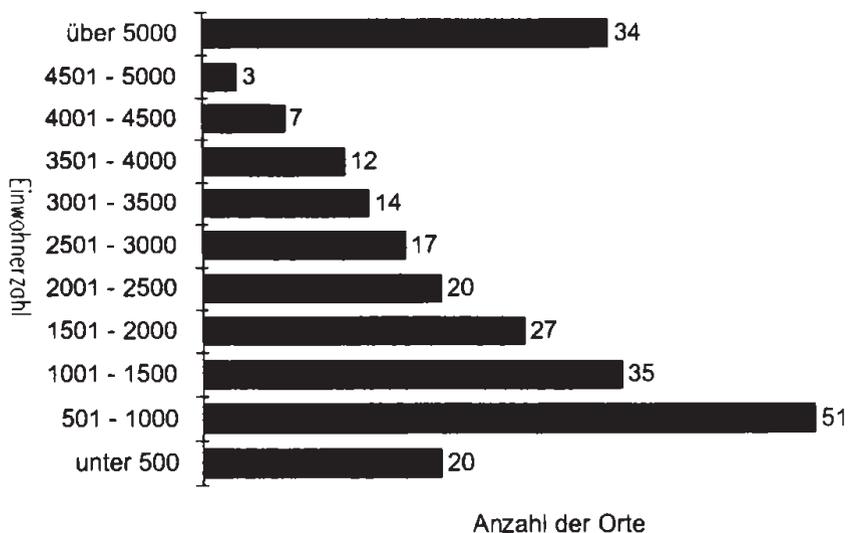
Zwischen Mai 1928 und Juli 1932 verlor die DDP/DStp 3,1 Prozentpunkte. Die SPD konnte im selben Zeitraum auf dem Land in Hessen 1,1 Prozentpunkte unter den Wahlberechtigten mehr für sich gewinnen. Der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Veränderungen beider Parteien fällt deutlich aus. Unter den Bestimmungsfaktoren ist die jüdische Konfessionsvariable in beiden Fällen jeweils die stärkste. Je höher der Anteil der Juden an der Bevölkerung war, desto höher fielen in der Tendenz die Verluste der DDP/DStp und die Gewinne der SPD aus. Das Regressionsmodell bestätigt die Ergebnisse des Kontrastgruppenvergleichs. Die Koeffizienten für alle anderen Parteien geben Anlaß, eher von einer statistischen Nicht-Beziehung zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Differenzvariablen der jeweiligen Partei zu sprechen als von einem klar interpretierbaren Zusammenhang. Die sozialstrukturellen Merkmale und die Urbanisierungsrate sind in den meisten Fällen aussagekräftiger.

<sup>67</sup> Eike Hennig / Manfred Kieserling, *Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Dorf und Republik. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik*, Kassel 1990, S. 6 ff. u. S. 70 ff.; *idem* / Schlegel-Batton, ‚Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Zur Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei ländlichen hessischen Kreisen‘ in Detlef Lehnert / Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 293–334.

### 4.3.3 Zur politischen Orientierung der Dorf- und Kleinstadtjuden in Baden

In der Analyse der politischen Orientierung der Land- und Kleinstadtjuden in Baden wollen wir analog zu den für den Volksstaat Hessen vorgenommenen Schritten vorgehen. Zuerst werfen wir einen Blick auf die Größe der Landgemeinden mit und ohne jüdische Bevölkerung, um diese später bei der Bildung von Vergleichsgruppen besser berücksichtigen und kontrollieren zu können. Danach bilden wir zwei Klassen von Gemeinden, die sich lediglich im Prozentsatz der Juden deutlich unterscheiden, ansonsten aber, unter Verfügung der im Datensatz vorhandenen Konfessions- und Sozialmerkmale, fast gleiche strukturelle Ausprägungen aufweisen. Eine Gruppe soll einen überdurchschnittlichen Anteil an Juden besitzen, die andere Gruppe enthält nur Gemeinden ohne jüdische Bewohner. Anschließend betrachten wir die Ergebnisse von vier Reichstagswahlen und einer Landtagswahl in beiden Gruppen und vergleichen die Differenzen. Die Resultate des Kontrastgruppenvergleichs überprüfen wir abschließend mit Hilfe der multiplen Regressionsanalyse. Als Land- und Kleinstadtjuden wird wiederum die Personengruppe definiert, die in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern lebte.

Betrachten wir die Größenklassen der Orte mit jüdischer Bevölkerung in Baden, können wir eine analoge Verteilung zu der in Hessen feststellen. Nicht in der Klasse der Kleinstgemeinden, Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern, liegt die stärkste Häufung vor. Die größte Anzahl ländlicher Gemeinden mit jüdischen Einwohnern finden wir in der Kategorie zwischen 500 und 1000 Einwohnern.



Größenklassen der Orte mit jüdischer Bevölkerung 1925 in Baden

Die jüdische Bevölkerung Badens war geographisch konzentrierter verteilt als die Hessens. Absolut betrachtet wohnten 1925 in Baden 24 064 Juden. Das sind rund 3 500 Juden mehr als in Hessen. Sowohl von der Größe der Fläche als auch von der absoluten Einwohnerzahl her lag Baden vor Hessen. Dennoch verteilten sich die Juden in Baden auf lediglich 240 Gemeinden, während es in Hessen immerhin 347 waren. Die Konzentration der jüdischen Einwohnerschaft hat zur Folge, daß einerseits bei der Bildung der Kontrastgruppen eine geringere Fallzahl zur Verfügung steht, andererseits sich aus der Anzahl der vorhandenen Gemeinden einfacher eine Gruppe mit einem deutlich überdurchschnittlichen Prozentsatz an jüdischer Bevölkerung bilden läßt.

In der Besetzung der Größenklassen der Orte ohne jüdische Bevölkerung dominieren die Kleinstgemeinden. 593 der 1279 ländlichen Gemeinden ohne Juden hatten weniger als 500 Einwohner. In der Verteilung über die einzelnen Größenklassen liegt eine größere Streuung als in Hessen vor. Während es in Hessen keine Orte über 3 500 Einwohner gab, in denen keine Juden wohnten, existierten in Baden 17 Gemeinden, in denen das der Fall war. Die größte Gemeinde ohne jüdische Bewohner war Bühlertal im Amtsbezirk Bühl mit 5 981 Einwohnern im Jahr 1925.

Einwohner- Konfessions- und Wirtschaftsstruktur der Vergleichsgruppen im Überblick

	Zahl der Einwohner im Schnitt	% Protest.	% Kath.	% Juden	% selbst. Kauf- leute	% selbst. Hand- werker- meister	% Indu- strie- arbeiter	% landw. Betriebe unter 2 ha
Gruppe 1	1291	57,8	34,7	6,7	1,8	1,4	7,0	61,8
Gruppe 2	1286	64,0	34,7	0,0	0,6	1,1	7,5	64,1

Gruppe 1: N=38; Gruppe 2: N=201

Bei der Bildung der Vergleichsgruppen wurde in folgenden Arbeitsschritten vorgegangen: Zunächst wurden die 38 ländlichen jüdischen Gemeinden betrachtet, die mehr als 3,5 Prozent Juden hatten. Diese Gruppe besitzt eine bestimmte durchschnittliche Einwohner-, Konfessions- und Wirtschaftsstruktur. So weist sie im Schnitt 1291 Einwohner auf, davon waren 57,8 Prozent Protestanten, 34,7 Prozent Katholiken und 6,7 Prozent Juden. 1,8 Prozent der Bevölkerung waren 1925 selbständige Kaufleute, 1,4 Prozent selbständige Handwerksmeister und sieben Prozent Industriearbeiter. Unter allen landwirtschaftlichen Betrieben stellten die Betriebe mit weniger als zwei Hektar fast 62 Prozent. Die Angaben über Konfessionsverteilung und Ortsgröße basieren ebenfalls auf den Ergebnissen der Volkszählung 1925.

Entsprechend den strukturellen Vorgaben der ersten Gruppe wurde eine zweite Gruppe gebildet. Gruppe 2, bestehend aus 201 Gemeinden, besitzt eine ganz ähnliche Einwohner-, Konfessions- und Wirtschaftsstruktur, jedoch ohne Juden. Wiederum gelang es, den Katholikenanteil konstant zu halten. Der Protestantenanteil erhöht sich in der zweiten Gruppe im Wert um ungefähr den des jüdischen Bevölkerungsanteils der ersten Gruppe.

Anders als aufgrund der vorgestellten konfessionellen Struktur Badens vielleicht vermutet, dominiert in den Vergleichsgruppen nicht der Katholikenanteil. Zwar bildeten die Katholiken in Baden die absolute Mehrheit. Fast dreiviertel aller ländlichen Gemeinden ohne Juden hatten einen Katholikenanteil von über 66 Prozent. Doch die Verteilung der jüdischen Bevölkerung ist keineswegs synchron zu der allgemeinen konfessionellen Verteilung der ländlichen Bevölkerung. Absolut betrachtet wohnten unter allen Juden auf dem Land die meisten in protestantisch dominierten Gemeinden, den durchschnittlich höchsten Anteil an Juden finden wir in konfessionell gemischten Gebieten.<sup>68</sup> Aus diesen Gründen erklärt sich, warum wir in den Vergleichsgruppen eine gemischte Konfessionsstruktur vorfinden.

Für die Charakterisierung der Wirtschafts- und Berufsstruktur der Gemeinden müssen wir uns mit dem zufrieden geben, was die amtlichen Statistiken liefern, auf denen der Datensatz basiert. Sämtliche zur Verfügung stehenden aussagekräftigen sozialstrukturellen Angaben (Zahl der selbständigen Kaufleute, Zahl der selbständigen Handwerksmeister und Zahl der Industriearbeiter) wurden als Kontrollvariablen berücksichtigt.

Gruppe 1 (mit jüdischer Bevölkerung)

	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	3,7	4,9	17,2	35,5	30,9
DNVP	8,9	3,2	2,9	2,9	3,4
DVP	5,1	4,7	*	0,8	1,1
Zentrum	13,4	14,6	15,7	15,7	13,6
DDP/DStp	8,0	8,4	10,3	4,5	3,8
SPD	12,1	11,2	14,8	12,2	11,6
KPD	1,4	0,9	2,7	5,1	6,4
Sonstige	5,9	9,5	11,6	2,8	2,8
Nichtwähler	41,6	42,6	24,9	20,5	26,3

N= 38; \* 1930 Einheitsliste mit DStp; Angaben in Prozent

Gruppe 2 (ohne jüdische Bevölkerung)

	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	3,2	5,6	18,7	36,5	32,9
DNVP	8,2	3,0	2,5	2,3	2,6
DVP	4,2	3,8	*	0,6	0,8
Zentrum	13,7	15,0	15,6	16,3	14,6
DDP/DStp	3,3	3,5	5,0	1,2	1,1
SPD	11,4	10,0	11,6	8,7	7,6
KPD	3,5	2,8	6,0	7,6	9,1
Sonstige	5,9	9,3	10,5	2,1	2,1
Nichtwähler	46,8	47,2	30,2	24,6	29,2

N= 201; \* 1930 Einheitsliste mit DStp; Angaben in Prozent

<sup>68</sup> Vgl. Graphik auf S. 264.

	Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2				
	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	0,5	-0,7	-1,5	-1,0	-2,0
DNVP	0,7	0,2	0,4	0,6	0,8
DVP	0,9	0,9	*	0,2	0,3
Zentrum	-0,2	-0,4	0,1	-0,6	-1,0
DDP/DStp	5,7	4,9	5,3	3,3	2,7
SPD	0,7	1,2	3,2	3,5	4,0
KPD	-2,1	-1,9	-3,3	-2,5	-2,7
Sonstige	0,0	0,2	1,1	0,7	0,7
Nichtwähler	-5,2	-4,6	-5,3	-3,9	-2,9

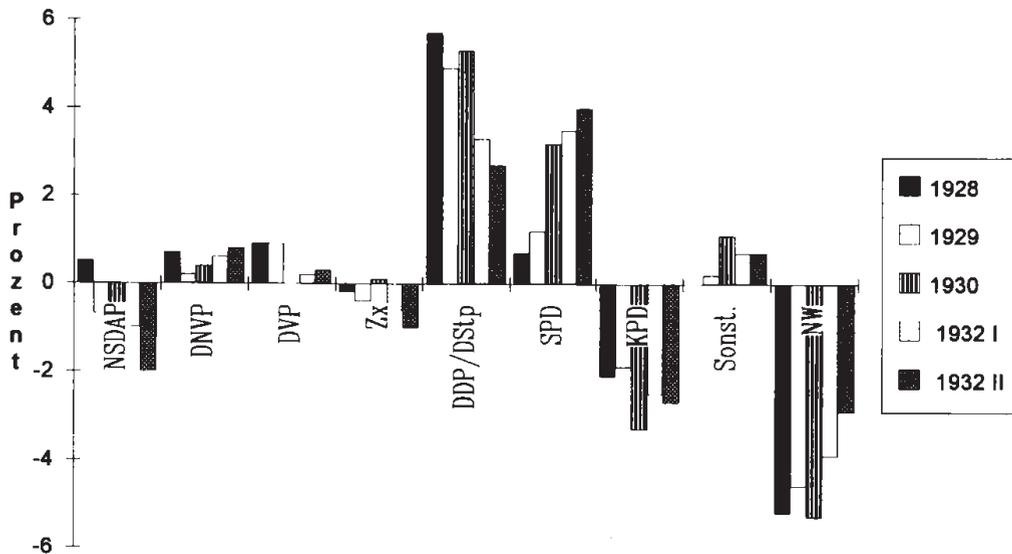
\*1930 Einheitsliste mit DStp; Angaben in Prozent

Betrachten wir die Differenzen zwischen den Ergebnissen der beiden Gruppen, so können wir erstaunlich deutliche Abweichungen vor allem für zwei Parteien feststellen. In der ersten Gruppe mit einem durchschnittlichen Anteil von 6,7 Prozent Juden konnten die Demokraten in der Reichstagswahl 1928 5,7 Prozentpunkte und in der Landtagswahl 1929 4,9 Prozentpunkte mehr erreichen als in der Vergleichsgruppe ohne Juden. In der Reichstagswahl 1930 erreichte die Einheitsliste, bestehend aus DStp und DVP, 5,3 Prozentpunkte mehr in der Gruppe 1, und 1932 reichte es immerhin noch für ein um 3,3 bzw. 2,7 Prozentpunkte besseres Ergebnis.

Die Ergebnisse können als Hinweis für einen starken Zusammenhang zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und dem Abschneiden von DDP/DStp gewertet werden. Weiterhin sind die Resultate ein Indiz dafür, daß es eine Abwanderungsbewegung von der Deutschen Staatspartei in den jüdischen Hochburgen gegeben hat, es aber – anders als in Hessen – in den Wahlen von 1932 nicht zu einem totalen Zusammenbruch und einer Marginalisierung der DStp in diesen Gebieten gekommen ist. Schließlich erreichte die DStp 1932 in Gruppe 1 mit jüdischer Bevölkerung, wenn auch abgeschwächer als die DDP 1928, ein immer noch deutlich besseres Ergebnisse als in der entsprechenden Vergleichsgruppe.

Parallel zu den staatsparteilichen Verlusten profitierten die Sozialdemokraten im Vergleich der Differenzen der Kontrastgruppen. Über die Wahlen hinweg konnte die SPD eine kontinuierlich steigende Differenz aufweisen. Lag die Abweichung in der Reichstagswahl von 1928 nur bei 0,7 Prozentpunkten, so konnten die Sozialdemokraten 1930 in den jüdischen Hochburgen durchschnittlich 3,2 Prozentpunkte mehr als in der Vergleichsgruppe erzielen. 1932 liegt sie im Durchschnitt 3,5 bzw. sogar 4 Prozentpunkte über den Ergebnissen in den Gemeinden ohne Juden.

Die Schwankungen des Zentrums sind, wie in Hessen, gering und fallen eher in den zufallsbedingten Bereich. Das gilt auch für fast alle anderen Parteien. Das schlechtere Abschneiden der Nationalsozialisten und Kommunisten in Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung könnte damit zusammenhängen, daß in dieser



Graphik Differenz Gruppe 1 – Gruppe 2  
RT-Wahlen 1928 bis 1932 und LT-Wahl 1929

Gruppe 1: mit jüdischer Bevölkerung

Gruppe 2: ohne jüdische Bevölkerung

Gruppe sich der prozentuale Anteil des potentiellen Wählerkreises für diese Parteien verringerte.

Die Ergebnisse des Kontrastgruppenvergleichs wollen wir wieder mit Hilfe der multiplen Regressionsanalyse überprüfen. Die Auswertung wird auf der Grundlage von 1503 ländlichen Gemeinden durchgeführt. Die Definition von Urbanisierung ist die gleiche wie die in der Analyse Hessens vorgenommene. Urbanisierung und Industrialisierung sind auch in Baden keine synchronen Prozesse. Der Anteil der Industriearbeiter wächst nicht linear mit der Ortsgröße. Die Gefahr einer zu starken Überlagerung beider Merkmale ist nicht gegeben.<sup>69</sup>

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz von DDP/DStp in ländlichen badischen Gemeinden

% DDP/DStp =	Urbanisierung	% Juden	% Katholiken	% Industriearbeiter	R <sup>2</sup>
RT 1928 (3,5%)	22	26	-13	0	17%
LT 1929 (3,7%)	11	22	-9	0	8%
RT 1930 (5,3%)*	22	15	-9	-12	10%
RT 1932 I (1,4%)	17	31	-11	-11	17%
RT 1932 II (1,3%)	20	28	-11	-10	16%

Standardisierter Regressionskoeffizient (x100); N=1503; gewichtet nach Wahlberechtigten

\* Einheitsliste mit DVP

<sup>69</sup> Interkorrelation zwischen Urbanisierung und Prozentsatz der Industriearbeiter: .26.

Aus der multiplen Regressionsanalyse resultieren gegenüber dem Kontrastgruppenvergleich kaum substantielle Veränderungen. In allen Wahlen besteht ein positiver Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Abschneiden der DDP/DStp. Das gilt auch für die Einheitsliste 1930. Jedoch ist es die einzige Wahl, in der die Konfessionsvariable hinter die Urbanisierungsrate zurückfällt. In allen anderen Wahlen erweist sich der jüdische Bevölkerungsanteil als stärkster Einflußfaktor. Die vergleichsweise hohen Koeffizienten für das Jahr 1932 bedeuten inhaltlich, daß – nach Kontrolle der übrigen im Modell berücksichtigten Faktoren – die Aussage ihre Gültigkeit behält: Je höher der Anteil der Juden, desto besser schnitt die DStp in der Tendenz ab. Die Werte können als Indiz für das Zusammentreffen von jüdischen und staatsparteilichen Hochburgen interpretiert werden. „Hochburgen“ haben sich nicht abgeschliffen, sondern im Gegenteil stärker ausgeprägt. Die Werte besagen nichts über das Abschneiden oder die Höhe der durchschnittlichen Abweichungen der Staatspartei in den Hochburgen.

Die Werte der jüdischen Konfessionsvariablen von 1932 passen zu den Ergebnissen der Vergleichsgruppen. Anders als in Hessen ergab die Analyse der Kontrastgruppen, daß 1932 die Deutsche Staatspartei in der Gruppe mit einem überdurchschnittlichen jüdischen Bevölkerungsanteil immer noch deutlich besser abschneiden konnte. Die beobachteten unterschiedlichen Zusammenhänge für die DStp in Hessen und Baden führen zu der Überlegung, ob es sich hierbei um das Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren handelt.<sup>70</sup> Streng methodisch betrachtet, ergibt sich die Schwierigkeit, daß für beide Länder nicht die gleichen sozialstrukturellen Merkmale zur Verfügung standen, wir also nicht ausschließen können, daß die abweichenden Resultate auf Effekten beruhen, die in der Verwendung unterschiedlicher Sozialvariablen begründet sind.

Für die Vermutung, daß regionale politische Traditionen eine Rolle spielten, lassen sich durchaus einige plausible Argumente anführen. Der Südwesten Deutschlands galt als das „Stammland des Liberalismus“. Während der gesamten

---

<sup>70</sup> Versuche, die Wirkungen von regionalspezifischen, kultur-historischen Einflüssen zu operationalisieren, waren durchaus erfolgversprechend. So spezifizierten Falter / Bömermann die Bedeutung dieses Faktors auf den Wahlerfolg der Nationalsozialisten in Baden und Württemberg mit Hilfe eines „Regionaldummys“, der für einen beachtlichen Teil der erklärten Varianz verantwortlich ist. Jürgen W. Falter / Hartmut Bömermann, ‚Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg. Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren?‘ in Dieter Oberndörfer / Karl Schmitt (Hrsg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in Deutschland*, Berlin 1991, S. 283–298.

Die Vermutung regionaler Besonderheiten können Anlaß sein, kleinräumige Untersuchungseinheiten zu wählen. Ein Beispiel für eine kleinräumige Fallstudie, die die Verklammerung mit den Ergebnissen großräumiger Analysen nicht außer acht läßt, ist die Arbeit von Ohr, Wild, Zängle, die sich mit den Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlands beschäftigt. Dieter Ohr / Anton Wild / Michael Zängle, ‚Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlands. Der Beitrag kleinräumiger Fallstudien zur Erklärung des Aufstiegs der NSDAP‘, in *Historical Social Research*, 2 (1992), S. 4–48.

Weimarer Republik erzielten die Linksliberalen in den Reichstagswahlkreisen Baden und Württemberg, neben Hamburg, Berlin und Potsdam II, die besten Ergebnisse.

Die statistischen Befunde schlagen sich in ihren Auswirkungen in den Werten der Gewinn- und Verlustkorrelationen in der folgenden Tabelle nieder. Dabei wurde die Differenz der Prozentpunkte aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1928 und vom November 1932 gebildet. Zwischen November 1932 und Mai 1928 verlor die DStp/DDP 2,2, die SPD 3,5 Prozentpunkte, die Kommunisten konnten im selben Zeitraum 5,3 Prozentpunkte hinzugewinnen.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf die Veränderungen im Parteienspektrum zwischen 1928 und 1932 auf dem Land in Baden

Differenz (RT 1932 II – RT 1928) in %	Urbanisierung	% Juden	% Katholiken	% Industriearbeiter	R <sup>2</sup>
DStp/DDP (-2,2%)	-17	-17	11	-8	10%
SPD (-3,5%)	-7	13	12	-39	20%
KPD (+5,3%)	14	0	0	45	25%
Zentrum (-0,1%)	12	0	-6	-10	2%
DVP (-2,8%)	-25	0	38	0	23%
DNVP (-3,1%)	15	-2	55	9	31%
Sonstige (-3,9%)	9	6	1	13	3%
NSDAP (+23,8%)	-7	-6	-68	-14	45%
NW (-13,4%)	-5	4	34	7	12%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); N=1503; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten

Unter Kontrolle der Ortsgröße sowie des Katholiken- und Industriearbeiteranteils verzeichnen lediglich DStp/DDP und SPD interpretierbare Koeffizienten für den Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils. Zwischen November 1932 und Mai 1928 verlor die DStp/DDP in der Tendenz um so mehr Prozentpunkte, je höher der Anteil der Juden an der Bevölkerung war. Umgekehrt wirkt sich der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils positiv auf die Prozentpunktveränderungen der SPD aus. In jüdischen Hochburgen verloren die Sozialdemokraten tendenziell unterdurchschnittlich, was nicht ausschließt, daß sie in einigen Gemeinden Gewinne erzielen konnten. Für alle anderen Parteien deuten die Werte der jüdischen Konfessionsvariablen auf keinen systematischen Zusammenhang hin. Die Effekte des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Verluste von Linksliberalen und Sozialdemokraten sind verhältnismäßig schwach ausgeprägt. Die Werte fallen deutlich niedriger aus als im vergleichsweise ähnlichen Modell für Hessen. Sie sollten daher als Indiz für eine geringere Abwanderungstendenz jüdischer Wähler von der Deutschen Staatspartei zur SPD interpretiert werden.

#### 4.4 Gab es im Juli 1932 ein strategisches Wahlverhalten?

Die Ergebnisse der Zeitungsanalyse werfen die Frage nach der Umsetzung eines strategischen Wahlverhaltens im Juli 1932 auf. Sowohl in den jüdischen Zeitungen als auch in den liberalen Tageszeitungen wurden im Vorfeld der Wahl ausführlich die Erfolgsaussichten der Deutschen Staatspartei diskutiert. Auslösende Momente der Diskussion waren das schlechte Abschneiden der Staatspartei in der Preußenwahl von 1932 und das geltende Wahlrecht. Nachdem die Partei im April in der Wahl zum preußischen Landtag lediglich zwei Mandate errungen hatte, die Deutsche Volkspartei dagegen mit der ungefähr gleichen Stimmenzahl auf sieben Abgeordnetensitze gekommen war, stand die Forderung im Raum, nicht erneut zahlreiche Stimmen zu verschenken, die sich letztlich nicht in Mandate ummünzen ließen. Angesichts der angespannten politischen Situation im Sommer 1932, elf Tage vor der Wahl, hatte Papens „Preußenschlag“ stattgefunden, und hinsichtlich eines befürchteten Durchmarschs der Nationalsozialisten in der Reichstagswahl traten parteipolitische Aspekte in den Hintergrund. Der Appell lautete: maximale Umsetzung der republikanischen Stimmen in Abgeordnetensitze. In den jüdischen Blättern und liberalen Tageszeitungen wurde vielfach ein dezidiertes Abstimmungsverhalten diskutiert und empfohlen: nur in den Wahlkreisen für die Deutsche Staatspartei zu stimmen, in denen sie Chancen auf Erringung eines Mandates habe, andernfalls dem Zentrum oder den Sozialdemokraten seine Stimme zu geben.

Die Überprüfung der Hypothese eines strategischen Wahlverhaltens auf Aggregatdatenebene bedeutet, daß wir eine Trennung entlang der präferierten Wahlkreise vornehmen. Wahlkreise und Regionen, in denen die Deutsche Staatspartei keine Chancen auf Erringung eines Abgeordnetensitzes besaß, stellen wir „empfohlenen“ Wahlkreisen gegenüber. Zu erwarten wäre bei Untersuchung des strategischen Wahlverhaltens, daß die Deutsche Staatspartei in den „empfohlenen“ Wahlkreisen eher stabil blieb und Verluste sich in Grenzen hielten, hingegen in den anderen Wahlkreisen Abwanderungen von der Deutschen Staatspartei deutlicher ausfielen und Zentrum oder SPD davon profitierten.

Erste Indizien für ein derartiges Abstimmungsverhalten lieferte bereits die Analyse über die politische Orientierung des Dorf- und Kleinstadtjudentums in Hessen und Baden. Die Frankfurter Zeitung billigte der Deutschen Staatspartei im Juli 1932 reelle Chancen auf Erringung eines Mandats im Wahlkreisverband Baden-Württemberg zu. Entsprechend deutlich fiel die Wahlempfehlung aus.<sup>71</sup> Ähnlich optimistisch über die Erfolgsaussichten in Baden und Württemberg äußerte sich der Staatspartei-Peter Reinhold im Berliner Tageblatt.<sup>72</sup> Dagegen gehörte Hessen-Darmstadt nicht zu den erfolgsversprechenden Wahlkreisen.

<sup>71</sup> Die Wähler der Staatspartei. *Frankfurter Zeitung*, 22. Juli 1932, Nr. 540–541, S. 3.

<sup>72</sup> Die Deutsche Staatspartei in Berlin und Potsdam II. *Berliner Tageblatt*, 29. Juli 1932, Nr. 356, S. 1.

Die Analysen mit Hilfe von Vergleichsgruppen zeigten, daß bis einschließlich 1930 die DDP/DStp in beiden Ländern deutlich besser in der Gruppe der Gemeinden mit jüdischem Bevölkerungsanteil abschnitt als in der ohne jüdische Einwohner. Doch während in Hessen sich die Unterschiede der beiden Gruppen in der Juliwahl 1932 nivellierten, erzielte die Deutsche Staatspartei in Baden in der Gruppe mit jüdischen Einwohnern ein immer noch deutlich besseres Ergebnis, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in der entsprechenden Vergleichsgruppe. Die Ergebnisse der multiplen Regressionsanalyse bestätigten die Resultate des Kontrastgruppenvergleichs. In der bisherigen Analyse wurden nur Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern berücksichtigt. Nun wollen wir die Untersuchung auf alle Gemeinden in Baden und Hessen ausdehnen.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz von DDP, Einheitsliste (DStp/DVP) und DStp in Baden

% =		Urbanisie- rung	% Juden	% Katho- liken	% Industrie- arbeiter	R <sup>2</sup>
DDP LT 1929	(4,1%)	-21	28	- 9	-3	7%
EHL RT 1930	(7,3%)	24	22	-13	-6	22%
DStp RT 1932 I	(1,7%)	-14	41	-12	-8	17%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); N=1519; gewichtet nach Wahlberechtigten

Zu allen drei Wahlzeitpunkten besteht ein positives Beziehungsmuster zwischen der jüdischen Konfessionsvariablen und den entsprechenden Parteien. Je höher der jüdische Bevölkerungsanteil in Baden war, desto besser schnitten die Demokraten in der Landtagswahl von 1929 ab. In der Reichstagswahl von 1930 bildeten die Deutsche Staatspartei und die Deutsche Volkspartei eine Einheitsliste in Baden. Eine getrennte Auszählung staatsparteilicher Stimmen existiert nicht. Der positive korrelative Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Linksliberalen ist im Juli 1932 noch ausgeprägter als in den vorherigen Wahlen. Noch deutlicher als in der Analyse für das ländliche und kleinstädtische Judentum kann der Wert als Indiz für das Zusammentreffen von jüdischen und staatsparteilichen Hochburgen interpretiert werden.

Da die Deutsche Staatspartei im Juli 1932 auch in Baden Stimmenverluste hinnehmen mußte, ist zu überprüfen, welchen Einfluß der jüdische Bevölkerungsanteil auf den Stimmenrückgang hatte. Im folgenden Modell wurden die Verluste in Prozentpunkten als abhängige Variablen gewählt. Aufgrund der Listenverbindung der Deutschen Staatspartei 1930 wurden zwei Differenzvariablen konstruiert. Zum einen wurden die Verluste der Deutschen Staatspartei im Juli 1932 gegenüber dem Ergebnis der Demokraten bei der Landtagswahl 1929 betrachtet. Die zweite Differenz wurde aus dem Ergebnis der Einheitsliste 1930 und der Summe der Ergebnisse von DStp und DVP im Juli 1932 gebildet.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf die Verluste von Einheitsliste (DStp/DVP) und DStp in Baden

% =		Urbanisie- rung	% Juden	% Katholi- ken	% Industrie- arbeiter	R <sup>2</sup>
EHL 32/30	(-4,7%)	-33	- 9	8	3	18%
DDP/DStp 32/29	(-2,4%)	20	-14	5	-9	4%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); N=1519; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen

In beiden Modellen sind die Beziehungen zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den entsprechenden Verlusten relativ schwach ausgeprägt und an der Grenze substantieller Interpretierbarkeit. Bedenkt man zudem, daß zwischen 1929 und 1932 die Gründung der Deutschen Staatspartei liegt, deren Begleitumstände keinesfalls geeignet waren, zusätzliche jüdische Wähler für die neue Partei zu mobilisieren, sondern im Gegenteil heftige Irritationen unter der jüdischen Wählerschaft auslösten, so nimmt sich die Wirkung des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Verluste der Deutschen Staatspartei im Juli 1932 gegenüber dem Landtagswahlergebnis der Demokraten 1929 mehr als gering aus. Die Werte stützen die Hypothese, daß es im Juli 1932 in Baden geringe Abwanderungen jüdischer Staatsparteiwähler gegeben hat.

Umgekehrt ließe sich schlußfolgern: Wenn es keine bedeutenden Abwanderungen der jüdischen Wählerschaft von der Deutschen Staatspartei gegeben hat, so könnte der jüdische Bevölkerungsanteil keinen positiven Einfluß auf die Prozentpunktveränderungen anderer Parteien nehmen. Genau das ist auch der Fall.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf die Gewinne/Verluste von Zentrum, SPD und Nichtwähleranteil in Baden

Differenz (RT 1932 I – RT 1930) in %		Urbanisie- rung	% Juden	% Katholi- ken	% Industrie- arbeiter	R <sup>2</sup>
Zentrum	(+0,4%)	13	6	-16	9	8%
SPD	(-2,8%)	6	3	16	-37	18%
Nichtwähler	(-3,6%)	5	6	20	7	4%

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); N=1519; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen

Weder Zentrum noch Sozialdemokraten oder das Nichtwählerlager verzeichnen im Juli 1932 gegenüber der Reichstagswahl im September 1930 einen auffällig positiven Effekt des jüdischen Bevölkerungsanteils auf ihre Prozentpunktveränderungen. Die Koeffizienten der jüdischen Konfessionsvariablen bewegen sich in einem Bereich, in dem man eher von einer statistischen Nicht-Beziehung, als von einem interpretierbaren Zusammenhang sprechen sollte. Betrachten wir nun analog die Entwicklung im Volksstaat Hessen.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf den Prozentsatz der DStp in Hessen

% DStp =		Urbanisie- rung	% Juden	% Industrie u. Handwerk	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
RT 1930	(4,1%)	30	31	-11	28	50%
RT 1932 I	(0,5%)	4	16	-10	17	11%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); N=974; gewichtet nach Wahlberechtigten

Ebenfalls wie in Baden hat in Hessen der Prozentsatz der Juden 1930 einen positiven Einfluß auf das Abschneiden der Deutschen Staatspartei. In dieser Wahl erhielt die Deutsche Staatspartei die Stimmen von 4,1 Prozent der Wahlberechtigten. Je höher der jüdische Bevölkerungsanteil lag, desto besser schnitt die DStp im Trend ab. Anders als in Baden geht dieser Zusammenhang im Juli 1932 deutlich zurück.

Zur Erklärung der Verluste der Deutschen Staatspartei zwischen September 1930 und Juli 1932 trägt die jüdische Konfessionsvariable im nächsten Modell einiges bei. Je größer der Anteil an jüdischen Einwohnern war, desto höher tendierten die Verluste der Deutsche Staatspartei im Juli 1932 in Hessen.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf die Gewinne/Verluste von DStp, Zentrum, SPD und Nichtwähleranteil in Hessen

Differenz (RT 1932 I – RT 1930) in%		Urbanisie- rung	% Juden	% Industrie u. Handwerk	% Handel u. Verkehr	R <sup>2</sup>
DStp	(-3,6%)	-33	-31	10	-27	52%
Zentrum	(+1,6%)	- 5	- 6	9	13	2%
SPD	(-0,1%)	2	24	- 2	- 4	5%
Nichtwähler	(-7,8%)	17	- 3	46	44	53%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); N=974; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen

Parallel zum negativen Einfluß auf die Veränderungen der Deutschen Staatspartei hat der jüdische Bevölkerungsanteil einen positiven Effekt auf solche der Sozialdemokraten. Sie gewannen in der Tendenz in jüdischen „Hochburgen“ hinzu. Nicht profitieren konnten dagegen das Zentrum und das Nichtwählerlager.

Der Vergleich der Länder Baden und Hessen stützt die Hypothese einer Umsetzung des strategischen Wahlverhaltens im Juli 1932 unter der jüdischen Wählerschaft. Während in Baden die jüdische Konfessionsvariable kaum einen Einfluß auf die Verluste der Deutschen Staatspartei hat und sich auf die Veränderungen keiner anderen Partei positiv auswirkt, geht vom jüdischen Bevölkerungsanteil in Hessen ein deutlicher Effekt auf die Verluste der Linksliberalen zwischen 1930 und Juli 1932 aus, bei gleichzeitig positivem Einfluß auf die Veränderungen der Sozialdemokraten.

Betrachten wir zur weiteren Überprüfung der Hypothese zwei Großstädte: Hamburg und Frankfurt am Main. Dem Hamburger Reichswahlkreis wurden vor der Juliwahl 1932 im Wahlkreisverband mit Schleswig-Holstein gute Chan-

cen eingeräumt, die notwendige Stimmenzahl für einen staatsparteilichen Abgeordnetenentsitz zu erreichen. Hessen-Nassau, der Wahlkreis, in dem Frankfurt a. M. lag, gehörte zu keinem Zeitpunkt zu den „empfohlenen“ Wahlkreisen.

Für beide Städte gibt es die Möglichkeit, die Wahlergebnisse nicht nur auf Stadtteil-, sondern auch auf Stimmbezirksebene, also der kleinsten Wahleinheit, zu betrachten. Damit wäre einer der notwendigen Prämissen der Historischen Wahlforschung Rechnung getragen, kleinstmögliche Erhebungseinheiten zu wählen. Der Nachteil liegt darin, daß für die Stimmbezirksebene keinerlei statistische Angaben über Sozialstruktur oder Verteilung der Konfessionen vorliegen. Zwar gäbe es durchaus die Möglichkeit, städtische oder in unserem Fall jüdische Adressbücher auszuwerten. Doch würde das Vorgehen eine ganze Reihe methodischer Fragen aufwerfen: angefangen von der mitunter schwierigen Zuordnung der Berufe zu verschiedenen Berufsgruppen und Wirtschaftsabteilungen bis hin zu der Tatsache, daß über die Wahljahre hinweg Stimmbezirke immer wieder neu eingeteilt und Straßennamen geändert wurden. Zudem kann man sich leicht den aufwendigen Arbeitsumfang vorstellen, den die Auszählung eines jüdischen Adressbuches einer Stadt mit rund 29 000 Juden (Frankfurt a. M.) oder gar des Berliner jüdischen Adressbuches mit sich bringen würde.

Für Hamburg und Frankfurt a. M. wurden die Wahlergebnisse in den Stimmbezirken der Reichstagswahlen 1928 bis 1932 in einer repräsentativen Stichprobe bzw. vollständig erfaßt und in einen Datensatz aufgenommen. Die Einteilungen der Stimmbezirke wurden verglichen; über benachbarte Wahlpaare wurden stabile Untersuchungseinheiten hergestellt.<sup>73</sup>

Aufgrund fehlender Konfessionsvariablen ist es nicht sinnvoll, das jeweilige Stadtgebiet im ganzen zu betrachten, sondern sich auf bestimmte Stadtteile zu konzentrieren. Für Frankfurt wurden die westliche und nordwestliche Außenstadt, für Hamburg Rotherbaum und Harvestehude gewählt. In beiden Städten waren es die Stadtteile mit dem höchsten Prozentsatz jüdischer Bevölkerung. In ihrer Sozialstruktur waren die beiden Stadtteile sich sehr ähnlich. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 sah die Konfessionsverteilung in den Stadtteilen folgendermaßen aus.

---

<sup>73</sup> Daneben wurde versucht, für Berlin und Köln Ergebnisse auf Stimmbezirksebene zusammenzutragen. In Berlin gab es rund 2000 Stimmbezirke. Ergebnisse liegen nur für einige Ortsteile fragmentarisch vor. Veröffentlichungen der Verzeichnisse der Straßen in den Stimmbezirken sind in Zeitungen so gut wie gar nicht vorhanden. In welchem Wahllokal die Berliner zu wählen hatten, konnten sie einige Tage vor der Wahl amtlichen Anschlägen auf den Litfaßsäulen entnehmen. Von den Bekanntmachungen ist anscheinend kein Exemplar überliefert. Besuche in zahlreichen Berliner Bibliotheken und Archiven blieben erfolglos. Für Köln liegen die Stimmbezirksergebnisse und die Einteilungen der Stimmbezirke für die Reichstagswahlen zwischen 1928 und 1932 vor. Aufgrund geringer Streuung der jüdischen Bevölkerung und fehlender sozialstruktureller Daten der Stadtteile wurde von einer längsschnittlichen Anpassung der Stimmbezirke abgesehen.

	% Juden	% Protestanten	% Katholiken
Westliche u. nordwestliche Außenstadt	22,7	50,4	24,2
Rotherbaum u. Harvestehude	15,6	60,7	5,1

Fast die Hälfte aller Juden Hamburgs wohnten in einem der beiden ausgewählten Stadtteile. Sowohl Rotherbaum als auch Harvestehude besaßen einen ausgesprochen niedrigen Arbeiteranteil.<sup>74</sup> Nehmen wir die Anzahl der in häuslichem Dienst Beschäftigten als Indikator für Wohlstand, so liegen beide Stadtteile eindeutig an der Spitze. In Harvestehude waren sogar mehr als ein Viertel aller Erwerbstätigen in dieser Wirtschaftsabteilung beschäftigt.<sup>75</sup> Mit den knappen Angaben ist bereits die Charakterisierung der Gegenden angedeutet, die Richard F. Hamilton als „best-off districts“ bezeichnet hat.<sup>76</sup>

Gleiches gilt für die beiden Frankfurter Stadtteile, auch wenn aus den Berufszählungen 1925 und 1933 keine Angaben über die Sozialstruktur vorliegen. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1939 besaßen sie den niedrigsten Arbeiteranteil unter allen Frankfurter Stadtteilen. Stadtökologische Forschungsergebnisse weisen zudem nach, daß selbst große Bevölkerungsveränderungen und -verschiebungen über einen langen Zeitraum hinweg kaum zu sozialstrukturellen Positionsveränderungen zwischen Stadtbezirken und Ortsteilen in Frankfurt führten.<sup>77</sup> Die Annahme ähnlicher Sozialstrukturen für die Zeit der Weimarer Republik dürfte daher unproblematisch sein. Die westliche und nordwestliche Außenstadt Frankfurts hatten 1931 den geringsten Prozentsatz an überbevölkerten Kleinwohnungen.<sup>78</sup> Noch heute gilt das Frankfurter Westend als eine der „besten“ Wohnlagen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Entwicklungen der Prozentergebnisse von Zentrum, SPD, DDP/DStp und Nichtwählern zwischen 1928 und 1932 in den beiden Hamburger Stadtteilen.

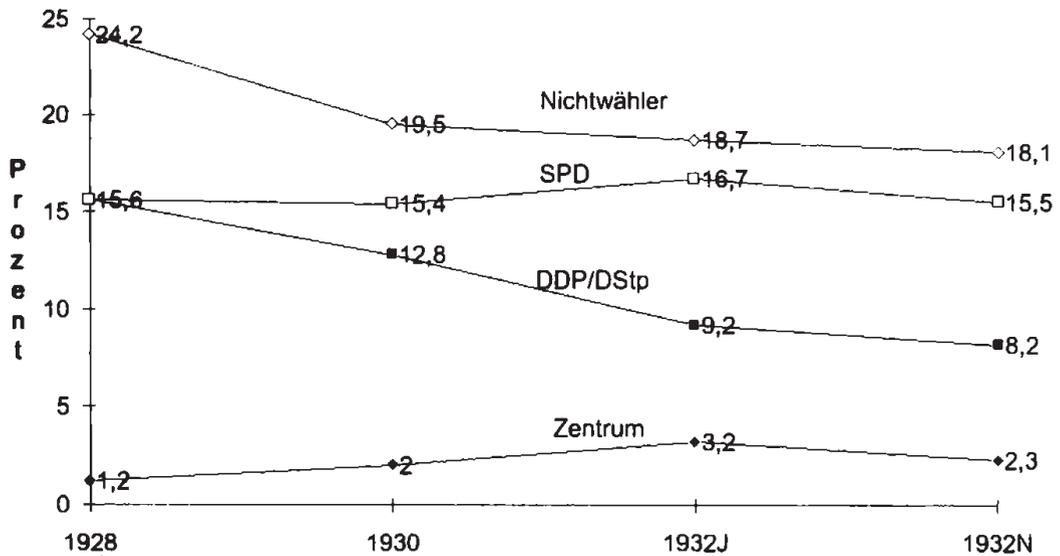
<sup>74</sup> Rotherbaum besaß 1925 einen Arbeiteranteil von 17,4, Harvestehude sogar nur einen Anteil von 11,4 Prozent. Prozentuierungsbasis: Die Erwerbstätigen (Abt. A bis F). *Statistik des Hamburgischen Staates*, Heft XXXIII, S. 79.

<sup>75</sup> *Ibid.*, S. 78.

<sup>76</sup> Hamilton, *Who voted for Hitler?*, *op. cit.*, S. 118. Ähnlich zu Frankfurt vgl. *ibid.*, S. 200.

<sup>77</sup> Horst Weißhaupt / Susanne Hagemann, „Die innerstädtische Sozialstruktur im Prozeß der Stadtentwicklung von Frankfurt am Main dargestellt am Beispiel des Arbeiteranteils 1939–1979“, in *Arbeitsmaterialien und Sonderdrucke zur ökonomischen Bildungsforschung* hrsg. vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Abteilung Bildungsökonomie, o.J., S. 16.

<sup>78</sup> Eine Wohnung galt als überbevölkert bei mehr als 2 Personen je Wohnraum. Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen. In zwangloser Folge herausgegeben vom Städtischen Statistischen Amt. Wohndichtigkeit, überbevölkerte Wohnungen, Wohnungen kinderreicher Familien.



Anteilswerte Reichstagswahlen 1928 bis 1932 November in Harvestehude und Rotherbaum (Hamburg)

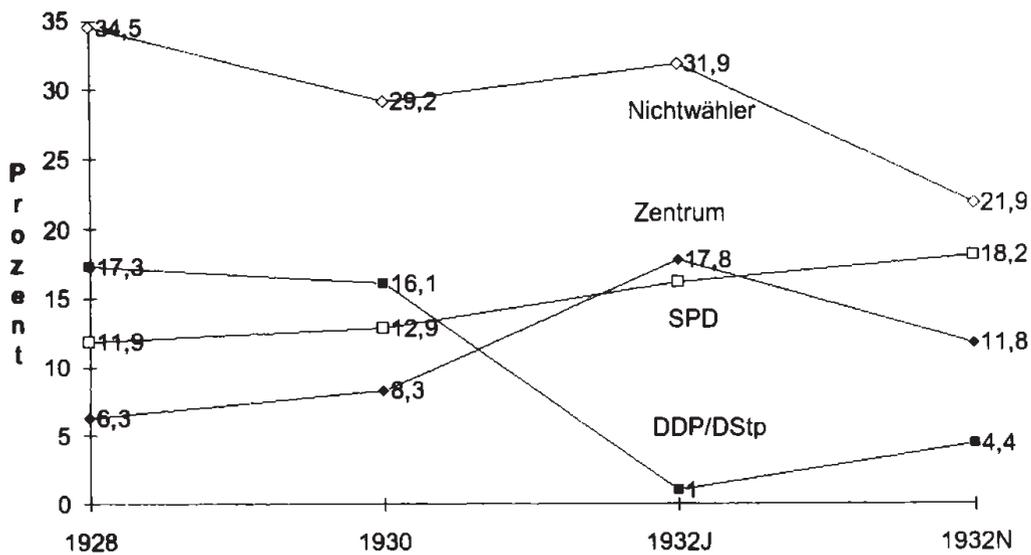
Harvestehude und Rotherbaum waren Hochburgen der Linksliberalen. Bei der Entwicklung fällt auf, daß die Deutsche Staatspartei über alle Wahljahre hinweg kontinuierlich verliert. Doch geben die Ergebnisse keinen Anlaß, von einem vollkommenen Zusammenbruch der Partei zu sprechen, denn mit 9,3 bzw. 8,2 Prozent in den Reichstagswahlen von 1932 schnitt die Hamburger DStP im reichsweiten Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Die Vermutung Hamiltons, daß es im Juli 1932 einen Abbruch nach links („a break to the left“) im jüdischen Wählerpotential gegeben habe, bestätigen die Zahlen nicht unbedingt. Hamilton stützt seine Aussage auf einen Vergleich der Ergebnisse der Bürgerschaftswahl von 1932 mit der nachfolgenden Reichstagswahl im Juli.<sup>79</sup> Angesichts der Gefahren einer reinen Gewinn- und Verlustpunkt Betrachtung (ohne Einbeziehung der Wahlberechtigten) sollte man derartigen Interpretationen skeptisch gegenüberstehen. Zudem verkehrt Hamilton die Interpretationszusammenhänge. Die Deutsche Staatspartei schnitt im Juli 1932 nicht deshalb schlecht ab, weil die Wähler dieser Partei nichts mehr zutrauten, sondern ganz im Gegenteil: Weil der Partei im Wahlkreisverband Hamburg-Schleswig-Holstein Chancen auf ein Abgeordnetenmandat ausgerechnet wurden, konnte sie sich relativ gut behaupten. Die Hamburger Parteiorganisation der Staatspartei wurde zu Beginn der Dreißiger Jahre zum nachahmenswerten Beispiel stilisiert, wie die Partei sich regenerieren könnte. In der ansonsten maroden Partei konnte der Hamburger Landesverband seit der Niederlage bei der Reichstagswahl 1930 seine Mitgliederzahl verdoppeln. Gegenüber 1930 konnte die DStP bei der

<sup>79</sup> Hamilton, *Who voted for Hitler?*, op. cit., S. 117f.

Bürgerschaftswahl im April 1932 2,8 Prozentpunkte der gültigen Stimmen hinzugewinnen.<sup>80</sup>

Unter allen 35 Reichswahlkreisen erreichte die Deutsche Staatspartei in Hamburg mit 6,1 Prozent aller gültigen Stimmen im Juli 1932 mit Abstand das beste Ergebnis.<sup>81</sup> Gustav Stolper (Wahlkreisverband Hamburg-Schleswig-Holstein) und Theodor Heuß (Wahlkreisverband Baden-Württemberg) waren in dieser Wahl die einzigen in Wahlkreisverbänden gewählten Reichstagsabgeordneten der Deutschen Staatspartei.<sup>82</sup> Im November 1932 ging der im Wahlkreisverband Hamburg-Schleswig-Holstein erzielte Abgeordnetensitz verloren.

In der fraglichen Juliwahl 1932 konnten Sozialdemokraten und Zentrum in Harvestehude und Rotherbaum leichte Zugewinne verzeichnen. Der Nichtwähleranteil ging leicht zurück, und die Deutsche Staatspartei verlor zwar 3,6 Prozentpunkte bezogen auf alle Wahlberechtigten, brach aber nicht wie in Frankfurt vollkommen ein.



Anteilswerte Reichstagswahlen 1928 bis 1932 November in der westlichen und nordwestlichen Außenstadt (Frankfurt)

<sup>80</sup> Zu Besonderheiten der linksliberalen Politik in Hamburg vgl. auch Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt 1988, S. 278f. Bereits vor 1930 war der Hamburger Landesverband einer der wenigen effektiv arbeitenden Parteiorganisationen. Schätzungen aus eigenen Reihen zufolge waren 80 Prozent der DDP-Organisation zu diesem Zeitpunkt nicht mehr funktionsfähig. Attila S. Chanady, 'The Dissolution of the German Democratic Party in 1930', in *American Historical Review*, 5 (1968), S. 1452, Anm. 53.

<sup>81</sup> Falter / Lindenberger / Schumann, *op. cit.*, S. 73.

<sup>82</sup> Ernst Lemmer und Hermann Dietrich wurden über die Reichswahlliste in den Reichstag gewählt. *M. d. R. Die Abgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation.* Herausgegeben und eingeleitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1992.

Die westliche und nordwestliche Außenstadt Frankfurts waren bis 1930 ebenfalls Hochburgen der Liberalen. Doch anders als in Hamburg kann man in Frankfurt wirklich von einem Zusammenbruch der Deutschen Staatspartei im Juli 1932 sprechen. Von gut 17 Prozentpunkten im Jahr 1928 sackte die Partei auf einen einzigen Prozentpunkt ab. Auffällig ist dann aber ein Ansteigen im November 1932. Geradezu antizyklisch verlief die Entwicklung des Nichtwähleranteils. Während es im Juli 1932 im reichsweiten Durchschnitt zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung kam, stieg in den beiden ausgesuchten Frankfurter Stadtteilen der Nichtwähleranteil. Im November erfolgte dann eine ganz und gar untypische Mobilisierung der Wahlberechtigten. Die Sozialdemokraten konnten über die Wahlen hinweg Zugewinne verzeichnen. Diese Entwicklung ist absolut gegenläufig zu den Ergebnissen für Gesamt-Frankfurt. Zwischen 1928 und November 1932 sanken die Sozialdemokraten stetig von 24,1 auf 18,6 Prozentpunkte ab. Parallel gewannen aber nicht die Kommunisten hinzu.<sup>83</sup>

Interessant ist auch der Verlauf der Kurve des Zentrums. Gegenüber 1928 konnte das Zentrum im Juli 1932 seinen Stimmenanteil fast verdreifachen. Schätzungen der Historischen Wahlforschung zufolge wurde das Zentrum in den letzten Reichstagswahlen der Weimarer Republik von gut 40 Prozent der Katholiken gewählt.<sup>84</sup> Setzen wir die 24,2 Prozent Katholiken ins Verhältnis zu den 17,8 Prozent des Zentrums im Juli 1932, so ergibt sich eine erheblich höhere Ausschöpfungsquote. (Ähnliches kann man auch für den Katholikenanteil und das Zentrumsergebnis in Hamburg registrieren, allerdings auf niedrigerem Niveau.) Die Vermutung liegt nahe, daß das Zentrum etliche Stimmen aus der jüdischen Wählerschaft erhalten hat. Es gibt zumindest Hinweise, die eine derartige Hypothese stützen könnten.

Das Frankfurter Zentrum wurde eher dem linken Flügel der Partei zugerechnet. Die Rhein-Mainische Volkszeitung (RMV) erschien hier. Namen wie Walter Dirks, Friedrich Dessauer und Oswald von Nell-Breuning prägten die Politik des Zentrums und gaben der Partei einen intellektuellen Zuschnitt. Dessauer war Mitglied im Verein zur Abwehr des Antisemitismus.<sup>85</sup> In der Frankfurter Gemeindevertretung stand das Zentrum fest zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und der DDP. Durch aktive Mitarbeit in den republikanischen Kampfverbänden trug das Frankfurter Zentrum zu einer bewußtseinsmäßigen Verbundenheit unter den Weimarer Koalitionsparteien bei.<sup>86</sup> Nach den Urteilen Greives und Lowitschs soll der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung innerhalb des Katholizismus auch zur Judenfrage eine Sonderstellung eingenommen haben. Für die RMV gab es keine „Judenfrage“, son-

<sup>83</sup> Ergebnisse für KPD und SPD in Gesamt-Frankfurt vgl. Tabelle im Anhang.

<sup>84</sup> Falter / Bömermann, *op. cit.*, S. 298.

<sup>85</sup> Pulzer, *Jews and the German State, op. cit.*, S. 243.

<sup>86</sup> Dieter Rebentisch, „Die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratie.“ Linksoption und kommunale Reformpolitik in der Frankfurter Sozialdemokratie der Weimarer Epoche, in *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, 61 (1987), S. 309; Heinz Blankenberg, *Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918–1933*, Mainz 1981, S. 295 ff.

dern lediglich eine Frage nach den Ursachen des Antisemitismus.<sup>87</sup> In seiner Arbeit über den politischen Katholizismus in Frankfurt konstatiert Heinz Blankenberg, daß das Zentrum im Juli 1932 seinen Wahlkampf unter äußerster Zurückhaltung religiöser Komponenten bestritt.<sup>88</sup>

Vor der Märzwahl 1933 erschien im Frankfurter Israelitischen Gemeindeblatt eine Wahlanzeige. Es war die einzige in der Geschichte des Gemeindeblatts überhaupt. Sie forderte auf, Zentrum zu wählen, weil das Zentrum „seit seinem Bestehen für religiöse und politische Befreiung aller Unterdrückten“ kämpfe und „gegen Klassenhaß und Rassenhaß“ stehe.<sup>89</sup>

Die unterschiedlichen Entwicklungen in den Hamburger und Frankfurter Stadtteilen finden ihren Niederschlag in den bivariaten Gewinn- und Verlustkorrelationen der Parteien. Gebildet wurden wiederum die Differenzvariablen, d. h. die Differenz der Anteilswerte aus den beiden Wahljahren. Bei der Interpretation der Koeffizienten ist zu beachten, wie die Entwicklung der zueinander ins Verhältnis gesetzten Parteien verlief. Ob die jeweiligen Parteien gewonnen oder verloren haben, ist den Kurven auf den vorherigen Seiten zu entnehmen. Ein positiver Korrelationskoeffizient signalisiert parallele Entwicklungen, ein negativer gegenläufige Entwicklungen in den Stimmgewinnen und Verlusten. Um Mißverständnissen vorzubeugen, die Koeffizienten geben Auskunft über die Stärke des korrelativen Zusammenhangs zwischen den Differenzvariablen, nicht aber über die Größe der Prozentpunktveränderungen.

Gewinn/Verlust Korrelationen RT 1932/30<sup>90</sup>

	DStp32/30 (Frankfurt)	DStp32/30 (Hamburg)
SPD 32/30	-.32	-.57
Zentrum 32/30	-.93	-.16
Nichtwähler 32/30	-.19	-.19

Frankfurt: N=19; Hamburg: N=38

Für die Frankfurter Stadtteile ist der Zusammenhang zwischen den Verlusten der Staatspartei und den Gewinnen des Zentrums im Juli 1932 besonders stark ausgeprägt. Der Wert für die Sozialdemokraten ist in gleicher Weise, aber in deutlich abgeschwächter Form zu interpretieren. Je höher die Stimmenverluste der Staatspartei in den Stimmbezirken der beiden Frankfurter Stadtteilen auszufallen tendierten, desto größer waren die Gewinne von Zentrum und Sozialdemokraten. Vergleichsweise gering nimmt sich dagegen die statistische Beziehung zwischen Zuwachs im Nichtwählerlager und den Verlusten der DStp aus.

<sup>87</sup> Greive, *op. cit.*, S. 135f.; Bruno Lowitsch, *Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung*, Frankfurt 1980, S. 125ff.

<sup>88</sup> Blankenberg, *op. cit.*, S. 135.

<sup>89</sup> *Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt*, Februar 1933.

<sup>90</sup> Die geringere Fallzahl für die westliche und nordwestliche Außenstadt hat den Effekt, daß der Betrag des Korrelationskoeffizienten etwas nach oben gedrückt wird. Die ermittelten Werte sollten daher eher in ihrer globalen Tendenz interpretiert werden.

Für die Hamburger Stadtteile besteht der stärkste korrelative Zusammenhang zwischen den Verlusten der Deutschen Staatspartei und den Gewinnen der Sozialdemokraten. Schwach ausgeprägt ist das Verhältnis zwischen den Verlusten der Linksliberalen und den Zugewinnen des Zentrums. Der Koeffizient für den Nichtwähleranteil ist wiederum negativ. Diesmal ist er anders als für die Frankfurter Stadtteile zu interpretieren, denn in Harvestehude und Rotherbaum verlor das Nichtwählerlager zwischen 1930 und Juli 1932. Das negative Vorzeichen signalisiert die gegenläufige Entwicklung. Je mehr Wahlberechtigte zur Wahl gingen, desto niedriger tendierten die Verluste der Staatspartei auszufallen.

Zwei weitere Werte, die auf die unterschiedlichen Entwicklungen in Hamburg und Frankfurt hindeuten, sind die Korrelationen zwischen den Ergebnissen der Deutschen Staatspartei im September 1930 und im Juli 1932 auf Stimmbezirksebene. Während sich für Frankfurt ein Wert von .53 ergibt, beträgt er für Hamburg .90.<sup>91</sup> Dieser Vergleich ist so zu interpretieren, daß im Juli 1932 die Deutsche Staatspartei in den Hamburger Stimmbezirken wieder am besten abschnitt, in denen sie bereits 1930 ihre besten Resultate erzielt hatte, während in Frankfurt sich staatsparteiliche „Hochburgen“ abbauten und die Ergebnisse der Stimmbezirke sich nivellierten.

Der Vergleich zwischen den Ländern Baden und Hessen, bzw. den Städten Frankfurt und Hamburg, bot den Vorteil, auf möglichst kleinster Aggregationsebene die Hypothese eines strategischen Wahlverhaltens unter der jüdischen Wählerschaft im Juli 1932 zu überprüfen. Wollen wir die Hypothese reichsweit testen, können wir auf die „Kreisebene“ zurückgreifen. Der Kreisdatensatz umfaßt die Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches.<sup>92</sup> Für die Reichstagswahlen von 1930 und vom Juli 1932 liegen längsschnittliche stabile Kreiseinheiten vor. Diese Kreiseinheiten können wir in zwei Gruppen unterteilen. Eine Gruppe enthält die Kreise, die in einem „empfohlenen“ Reichswahlkreis lagen, die zweite Gruppe beinhaltet die Kreiseinheiten der Reichswahlkreise, für die keine explizite Wahlempfehlung zugunsten der Deutschen Staatspartei vorlag. Für folgende Reichswahlkreise lag in den jüdischen Zeitungen und der liberalen Tagespresse eine Wahlempfehlung für die Linksliberalen vor oder wurde dies zumindest in Leserbriefen diskutiert: Potsdam II, Württemberg, Baden und Hamburg.

---

<sup>91</sup> Frankfurt: N=323; Hamburg: N=344.

<sup>92</sup> Zur Struktur des Datensatzes vgl. Hänisch, *op. cit.*

Relativer Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf den Prozentanteil der Deutschen Staatspartei unter Kontrolle des Anteils der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten, des Katholiken- und des Berufslosenanteils

% =	„Empfohlene“ Wahlkreise	„Nicht empfohlene“ Wahlkreise
DStp 1930	14	15
DStp 1932 I	23	7

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); „Empfohlene“ Wahlkreise: N=121; „Nicht empfohlene“ Wahlkreise: N=891; gewichtet nach Anzahl der Wahlberechtigten

In beiden Gruppen ist der von der jüdischen Konfessionsvariablen ausgehende Effekt auf das Ergebnis der Deutschen Staatspartei im September 1930 fast gleich stark. Während jedoch in der Gruppe der „nicht empfohlenen“ Wahlkreise der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils im Juli 1932 absinkt, nimmt er in der Gruppe der „empfohlenen Wahlkreise“ zu.

Weitere statistische Befunde, die die These des strategischen Wahlverhaltens stützen, sind zu beobachten, wenn wir den Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Gewinne und Verluste zwischen 1930 und 1932 von DStp, Zentrum, Sozialdemokraten und Nichtwählerlager betrachten.

Relativer Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Gewinne/Verluste der DStp, Zentrum, SPD und Nichtwählerlager unter Kontrolle des Anteils der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten, des Katholiken- und des Berufslosenanteils

%=	„Empfohlene“ Wahlkreise	„Nicht empfohlene“ Wahlkreise
DStp 32/30	- 9	-17
Zentrum 32/30	22	2
SPD 32/30	29	24
Nichtwähler 32/30	1	- 5

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); „Empfohlene“ Wahlkreise: N=121; „Nicht empfohlene“ Wahlkreise: N=891; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten

Der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Verluste der DStp im Juli 1932 ist in der Gruppe der „nicht empfohlenen“ Wahlkreise stärker ausgeprägt als in der Vergleichsgruppe. Für diese Kreise gilt eher die Aussage: Je höher der Prozentsatz jüdischer Einwohner, desto stärker verlor die DStp. Parallel zu den Verlusten der Staatspartei konnten in dieser Gruppe die Sozialdemokraten profitieren. Daß in der Gruppe der „empfohlenen“ Wahlkreise der Koeffizient für die DStp schwächer ausgeprägt ist, besagt nicht, daß es zu keinen Abwanderungen jüdischer Staatspartei Anhänger gekommen sei. Das statistische Beziehungsmuster ist aber schwächer als in der Vergleichsgruppe. Sowohl auf die Veränderungen des Zentrums als auch auf die SPD hatte der jüdische Bevölkerungsanteil in der Gruppe der „empfohlenen“ Wahlkreise einen positiven Einfluß. Der positive Effekt auf das Zentrum in der Gruppe der „empfohlenen“ Wahlkreise dürfte vor allem durch den Reichswahlkreis Potsdam II verursacht

worden sein, der große Teile Berlins umfaßte.<sup>93</sup> Wie bereits gezeigt, besteht für Berlin bzw. Berlin mit Hamburg in einem Datensatz ein positiver Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Zentrums gewinnen in der Juliwahl.

Die reichsweite Analyse stützt die These der Umsetzung eines strategischen Wahlverhaltens unter der jüdischen Bevölkerung. Ob das geschilderte Abstimmungsverhalten über das jüdische Spektrum hinausging und es vielleicht sogar Anlaß zur Hypothese der Existenz eines NSDAP-resistenten Bürgertums gibt, können nur umfangreichere Analyse klären. Reichsweite, systematische wahlsoziologische Untersuchungen stehen für alle Parteien außer der NSDAP noch aus.

#### 4.5 Einige besondere Stimmbezirke

Im Laufe der Untersuchung fielen einige Stimmbezirke auf, die es aufgrund ihrer Besonderheiten wert sind, zusätzlich vorgestellt zu werden. Die Präsentation dieser Stimmbezirke hat ausschließlich illustrativen Charakter und kann keinesfalls die Ergebnisse der komplexen Zusammenhangsanalyse revidieren oder gar ersetzen. Bei den folgenden Abstimmungsbezirken handelt es sich in zwei Fällen um Bezirke, bei denen man aus plausiblen Gründen annehmen kann, daß sie einen außergewöhnlich hohen jüdischen Wähleranteil aufwiesen. Im dritten Beispiel liegen statistische Angaben über die Anzahl der jüdischen Bewohner vor.

Einen eigenen Stimmbezirk in den Reichstagswahlen in Hamburg bildete das Israelitische Krankenhaus im Stadtteil St. Pauli. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, wurde dort nur mit Wahlscheinen gewählt. Jeder Wahlberechtigte im Deutschen Reich hatte die Möglichkeit, einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines zu stellen, wenn er sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wahlbezirks aufhielt.<sup>94</sup> Inhaber von Wahlscheinen konnten in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen. So ist anzunehmen, daß es sich bei den Wählern und Wählerinnen im Israelitischen Krankenhaus vor allem um dort liegende Patienten handelte, möglicherweise auch um das diensthabende Personal. Aufgrund der konfessionellen Trägerschaft des Krankenhauses war vermutlich ein großer, vielleicht sogar der größte Teil der Wählerschaft Juden.

<sup>93</sup> Potsdam II umfaßte die Verwaltungsbezirke Charlottenburg, Köpenick, Neukölln, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Wilmersdorf und Zehlendorf.

<sup>94</sup> Zu den weiteren Möglichkeiten auf Erteilung eines Wahlscheins: Reichswahlgesetz §12 Falter / Lindenberger / Schumann, *op. cit.*, S. 26.

Reichstagswahlergebnisse 1928–1932 im Israelitischen Krankenhaus in Hamburg-St. Pauli<sup>95</sup>

	Stimm- scheine	Ungült. St.	Gült. St.	NSDAP	DNVP	DVP	Zx	DDP/ DStp	SPD	KPD	Sonst.
1928	100	1	99	1	5	7	1	34	30	18	3
1930	139	7	132	2	4	3	2	23	55	21	13
1932 I	137	5	132	19	3	1	3	16	58	30	2
1932 II	157	4	153	10	4	0	6	18	64	58	2

Mit 34 gültigen Stimmen war die Deutsche Demokratische Partei in der Reichstagswahl 1928 die stärkste Partei. In den darauffolgenden Wahlen erzielten die Sozialdemokraten jeweils die meisten Stimmen. Kaum nennenswerte Ergebnisse erreichten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die sonstigen Parteien. Mit rund 14 Prozent der gültigen Stimmen im Juli 1932 schnitten die Nationalsozialisten im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt (33,7 Prozent) deutlich schlechter ab. Doch überrascht vielleicht die Tatsache, daß es immerhin 19 Stimmen für die NSDAP waren. Aufgrund der fehlenden Informationen über die konfessionelle und soziale Zusammensetzung der Wählerschaft bleibt jede Schlußfolgerung spekulativ. Auffallend ist auch die hohe Anzahl kommunistischer Stimmen. Im November 1932 entsprachen die 58 gültigen Stimmen für die KPD einem prozentualen Anteil von fast 38 Prozent. Das Ergebnis hängt wohl mit der Tatsache zusammen, daß das Krankenhaus in einem klassischen Arbeiterstadtteil lag. Nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung von 1925 lag der Anteil der Arbeiter und Hausangestellten an der Zahl der Erwerbstätigen in St. Pauli bei fast sechzig Prozent.

Da der Stimmbezirk in einem Krankenhaus lag, dürfte über die verschiedenen Wahlzeitpunkte die Wählerschaft erheblich fluktuiert haben. Denn abgesehen von wenigen Dauerpatienten oder dem Personal handelte sich es bei jedem Wahlvorgang um andere Wähler. Eine derartige Fluktuation der Wählerschaft ist für das nächste Beispiel nicht anzunehmen.

In Berlin-Schmargendorf bildete das Altersheim der Jüdischen Gemeinde einen eigenen Stimmbezirk. Aufgrund der geringen Größe des Stimmbezirks ist anzunehmen, daß sich die Zahl der Wahlberechtigten aus den Insassen des Altersheim zusammensetzte. Der Ortsteil Schmargendorf gehörte zum Verwaltungsbezirk Wilmersdorf, dem wohl wohlhabendsten Bezirk Berlins. Hier liegen die Abstimmungsergebnisse für die beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 vor.

<sup>95</sup> Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, vgl. Datensatzdokumentation.

Reichstagswahlergebnisse 1932 im Altersheim der Jüdischen Gemeinde  
in Berlin-Schmargendorf (Stimmbezirk 101)<sup>96</sup>

	Wahl- ber.	Ungült St.	Gült. St.	NSDAP	DNVP	DVP	Zx	DStp	SPD	KPD
1932 I	176	1	175	3	1	0	12	38	115	6
1932 II	184	0	173	0	0	0	27	36	108	2

In beiden Wahlen war die Wahlbeteiligung extrem hoch. Keinerlei nennenswerte Unterstützung erfuhren erwartungsgemäß die Rechtsparteien, während die Weimarer Verfassungsparteien deutlich über neunzig Prozent aller Wahlberechtigten für sich mobilisieren konnten. Eindeutig stärkste Partei in beiden Wahlgängen war die SPD. Bedauerlicherweise liegen keine Ergebnisse von früheren Reichstagswahlen vor, so daß nicht ersichtlich wird, ob die Sozialdemokraten bereits in früheren Jahren so stark abschnitten oder ob die Demokraten die dominante Partei stellten. Doch konnte die Deutsche Staatspartei 1932 noch immerhin gut jeden fünften Wahlberechtigten für sich gewinnen.

Eine Gemeinde, die aufgrund ihrer besonderen konfessionellen Struktur weit über ihre Grenzen hinaus bekannt war, war Rhina im Kreis Hünfeld. Der im heutigen Hessen gelegene Ortsteil der Gemeinde Haunetal gehörte in der Weimarer Republik zur Provinz Hessen-Nassau. Noch im Kaiserreich war Rhina der einzige Ort Preußens mit einer überwiegend jüdischen Bevölkerung. Bedingt durch jüdische Abwanderungsbewegungen in größere Orte ging der jüdische Bevölkerungsanteil in der Zeit der Weimarer Republik hinter den der christlichen Bevölkerung zurück. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 lebten in Rhina 269 Juden. Das entspricht bei 540 gezählten Einwohnern einem Anteil von 49,8 Prozent.<sup>97</sup> Neben dem Volkszählungsergebnis sind aus Chroniken folgende Zahlen bekannt:<sup>98</sup>

1829: 190 Juden (=40 jüdische Familien)

1855: 322 Juden (=63 jüdische Familien, davon 60 Schulkinder)

1875: 337 Juden (263 Christen)

1900: 298 Juden (276 Christen)

1919: 253 Juden (=59 jüdische Familien, davon 44 Schulkinder)

1927: 214 Juden (=52 jüdische Familien, davon 25 Schulkinder)

1928: 183 Juden (= 52 jüdische Familien, davon 23 Schulkinder)

1934: 158 Juden (=48 jüdische Familien, davon 22 Schulkinder)

1935: 146 Juden (am 1. 10. 1935)

1938: 87 Juden (27 Haushaltungen)

Trotz zeitweiser jüdischer Bevölkerungsmehrheit gab es in Rhina nie einen jüdischen Bürgermeister. Um 1900 war Selig Levi Vizebürgermeister, dem eine

<sup>96</sup> *Grünwald-Echo*, 7. August 1932 Nr. 32 u. 13. November 1932, Nr. 46.

<sup>97</sup> Berlin oder Rhina? *Jüdisch-liberale Zeitung*, 1. Juli 1927, 7. Jg., Nr. 26.

<sup>98</sup> Harald Neuber, *Haunetaler Geschichte*, Haunetal 1992, S. 188.

Mehrheit von acht jüdischen Gemeindevertretern im Gemeinderat beistand.<sup>99</sup> In der Zeit der Weimarer Republik stimmten die Bürger von Rhina folgendermaßen ab:

Die Ergebnisse zur Wahl der Nationalversammlung und den Reichstagen in Rhina 1919–1933<sup>100</sup>

	Wahl- ber.	Abg. St.	Gült. St.	NSDAP+	DNVP*	DVP	Zx	DDP/ DStp	SPD	KPD•	Sonst.
1919	305				64		1	129			
1920					55	7		16	202	1	
1924 I	329	304	300	21	51	14	3	12	195	1	3
1924 II		256	255	18	47	8	4	32	145	1	
1928	321	204	203	11	18	7	2	56	83		26
1930	330	220	220	20	7	1	11	32	86	7	56
1932 I	333			56	3		22	8	116	7	33
1932 II	339			53	1		10	2	117	10	29
1933	340	257	256	86	4	5	9	21	94	3	34

• 1920: USPD; + 1924 I: Völkisch-Sozialer Block \* 1933: Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

In allen Reichstagswahlen wurden die Sozialdemokraten die stärkste Partei in Rhina. In den Wahlen von 1920 und 1924 sowie im November 1932 errangen sie die absolute Mehrheit aller gültigen Stimmen. Bei dem Ergebnis zur Wahl der Nationalversammlung 1919 handelt es sich möglicherweise um einen Übertragungsfehler oder einen Fehler in der Originalquelle, erscheint es doch angesichts der späteren Ergebnisse in den Reichstagswahlen unwahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten bei dieser Wahl keine Stimme, die Demokraten hingegen 129 Stimmen erhalten hätten. Unter den sonstigen Parteien, die ab 1928 eine nicht unerhebliche Anzahl an Stimmen erhielten, entfielen 1928 15 Stimmen auf die Christlich-Nationale Bauern und Landvolkpartei (CNBL), 1930 41, im Juli 1932 32, im November 1932 21 und im März 1933 34 Stimmen auf den Christlich-Sozialen Volksdienst.

Obwohl die Nationalsozialisten in Rhina nie die Mehrheit erhielten, schnitten sie in den frühen Jahren dort überraschend gut ab. Der Völkisch-Soziale Block erzielte im Mai 1924 sieben Prozent der gültigen Stimmen. Zieht man in Betracht, daß sich unter seinen Wählern wahrscheinlich nur Nichtjuden befanden, und würde man die Anzahl der nichtjüdischen gültigen Stimmen als Prozentuierungsbasis nehmen, so wäre das Prozentergebnis deutlich nach oben zu korrigieren.

Die Jüdisch-liberale Zeitung wertete die Tatsache, daß Rhina nie in den Schlagzeilen gestanden hatte, als Beleg für das mögliche Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. Denn andernfalls, so das Blatt, hätten es bei ent-

<sup>99</sup> *Ibid.*, S. 186.

<sup>100</sup> Thomas Klein, *Die Hessen als Reichstagswähler. Ein Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867–1933*, Bd. 2, Marburg 1992, S. 607–658.

sprechenden Vorfällen die „antisemitischen Spatzen“ längst von den Dächern gepfiffen.<sup>101</sup> Angesichts der nicht wenigen Stimmen für die programmatisch antisemitischen Deutschnationalen, den Völkisch-Sozialen Block und später die Nationalsozialisten stellt sich die Frage, ob die Beziehungen zwischen Juden und Christen wirklich so problemlos waren. Renate Chotjewitz-Häfner und Peter Chotjewitz machten in ihrer Rekonstruktion der Rhinaer Verhältnisse in Gesprächen und Chroniken „ein diffiziles und auch ambivalentes Verhältnis“ zwischen beiden Gruppen aus.<sup>102</sup>

Über das Abstimmungsverhalten der jüdischen Bevölkerung ließe sich an dieser Stelle trefflich spekulieren. Wählte die Mehrheit der Rhinaer Juden sozialdemokratisch? Schließlich hätte man angesichts des fünfzigprozentigen jüdischen Bevölkerungsanteils bessere Ergebnisse für die Demokraten erwarten können. Im Jahr 1928 erhielt die DDP gut 28 Prozent aller gültigen Stimmen und rund 17 Prozent aller Wahlberechtigten. In allen anderen Reichstagswahlen kam sie nie über maximal 15 Prozent der gültigen Stimmen bzw. zehn Prozent der Wahlberechtigten hinaus. Insbesondere die Ergebnisse der Reichstagswahl im Mai 1924 regen zu Mutmaßungen an. In dieser Wahl lag die Wahlbeteiligung extrem hoch, bei über neunzig Prozent. Fast sechzig Prozent der Wahlberechtigten gaben in dieser Wahl den Sozialdemokraten ihre Stimme. Nimmt man an, die Anzahl der Wahlberechtigten sei paritätisch verteilt gewesen (164 Juden, 165 Nichtjuden), nimmt man weiterhin an, daß der Völkisch-Soziale Block und die Deutschnationalen keine jüdische Stimme erhielten, so verbleiben nach Abzug der 72 völkischen und deutschnationalen Stimmen maximal 93 Stimmen unter der nichtjüdischen Bevölkerung, die den Sozialdemokraten hätten zugute kommen können. Bei 195 Stimmen für die Sozialdemokraten würde das bedeuten, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Stimmen von Juden gekommen wäre. Damit hätte zugleich die absolute Mehrheit der Juden sozialdemokratisch gewählt. Angesichts der Schwankungen in der Wahlbeteiligung und der Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Laufe der Zwanziger Jahre werden derartige Zahlenspiele zu weiteren Wahlen immer schwieriger und müssen folglich als das bezeichnet werden, was sie sind: reine Spekulation. Die Vorstellung der Ergebnisse in diesem Kapitel kann hier, wie eingangs erwähnt, nur rein illustrativen Charakter haben.

---

<sup>101</sup> Berlin oder Rhina? *Jüdisch-liberale Zeitung*, 1. Juli 1927, 7. Jg., Nr. 26.

<sup>102</sup> Renate Chotjewitz-Häfner / Peter Chotjewitz, *Die Juden von Rhina*, Oberellenbach 1988, S. 29.

## 5. Resümee und Ausblick

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit liefern ein komplexes und differenziertes Bild vom Wahlverhalten der Juden während der Weimarer Republik. Auf der Basis klassischer historischer Quellenarbeit und statistischen Materials bestätigen die Resultate einerseits bisherige Einschätzungen, die nunmehr eine empirisch abgesicherte Basis erhalten, andererseits widerlegen sie frühere Vermutungen in der Literatur. Begreift man Wahl- und Wähleranalyse als einen spezifischen Zugang zur Interpretation einer Epoche, raten sie Modifizierungen an und setzen neue Akzente in der deutsch-jüdischen Geschichte. Die abschließende Betrachtung soll dazu dienen, die wichtigsten Ergebnisse herauszustellen. Dabei geht es nicht nur darum, die Wahlentwicklungstendenzen und Gewinn- und Verlustverhältnisse darzulegen, sondern die Resultate in den aktuellen Forschungskontext der deutsch-jüdischen Geschichte als auch der historischen Wahlforschung einzuordnen.

Für den Zeitraum bis einschließlich 1930 weisen die Analysen einen ausgeprägt positiven Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und den Ergebnissen der DDP/DStp auf, wie es für keine andere Partei innerhalb des Parteienspektrums der Fall ist. Die Hypothese, relevante Minderheiten der jüdischen Wählerschaft ließen sich unter der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei ausmachen, erfährt hingegen keine Bestätigung. Beide Aussagen werden durch die Zeitungsanalyse gestützt.

Die Forderung des numerisch kleinen „Verbandes der nationaldeutschen Juden“, als Entscheidungsgrundlage für die Stimmabgabe bei Wahlen allein die patriotische Haltung der Parteien und nicht deren Position in der Frage des Antisemitismus anzusehen, fand wenig Beachtung. Sie münzte sich offenbar nicht in einen bemerkenswerten Stimmenanteil zugunsten der rechten Parteien um. Außer den „Naumannianern“ gaben alle jüdischen Verbände, Organisationen und Zeitungen in aller Deutlichkeit zu verstehen, daß die Deutschnationalen aufgrund ihres antisemitischen Charakters nicht zu den potentiell wählbaren Parteien gehörten.

Das Erscheinungsbild der Deutschen Volkspartei war ambivalent. In jüdischen Zeitungen wurde der Partei in Wahlkampfzeiten Raum gegeben, eigene Positionen zu präsentieren, und es gab Vorstandsmitglieder im Centralverein, die zugleich Mitglieder der DVP waren. Andererseits haftete dem Erscheinungsbild

der DVP immer ein Makel an. Antisemitische Ausfälle auf lokaler Ebene wurden besorgt beobachtet und registriert.

Die Resultate der Datenanalyse widerlegen bisherige Äußerungen aus der Literatur<sup>1</sup> über einen angeblich nicht unerheblichen jüdischen Stimmenanteil für das rechte Parteienspektrum und bestätigen vielmehr die zeitgenössische Einschätzung des Israelitischen Familienblatts, das 1927 folgerte, „die Wählerschaft der rechtsgerichteten Parteigruppen setzt sich zu einem so verschwindend geringen Prozentsatz aus Juden zusammen, daß sie getrost als ‚judenrein‘ gelten können.“<sup>2</sup> Dabei zählte das Israelitische Familienblatt die DVP zu den rechtsgerichteten Parteien.

Die Hypothese, daß Juden vor allem linksliberal gewählt hätten, erfährt durch die Resultate der Wahlanalyse eine Bestätigung. Die Aussage an sich ist nicht sonderlich spektakulär, da sie nie ernsthaft von irgendeiner Seite bestritten wurde. Doch verschaffen ihr die Ergebnisse nunmehr eine empirisch abgesicherte, von anderen nachvollziehbare Basis.

Dennoch wirft die scheinbar unspektakuläre Feststellung die Frage nach dem Bezugsrahmen und den Erklärungsmomenten auf. Warum verlief die Entwicklung so und nicht anders? Inhaltlich wäre es durchaus möglich, einen „totalen Zusammenbruch“ des jüdischen Wählerpotentials in der Reichstagswahl von 1930 für die Deutsche Staatspartei „erklärbar“ zu machen. Schließlich fusionierte die DDP mit einem politischen Partner, dem Jungdeutschen Orden, der knapp sechs Jahre zuvor auf heftigste Art und Weise den Centralverein publizistisch befehdet hatte. Dabei kulminierten die Auseinandersetzungen bis zur Forderung des Jungdeutschen Ordens nach einem Verbot des Centralvereins, da dessen Staatsfeindlichkeit angeblich erwiesen sei. In den Jahren von 1925 bis 1927 schwankten in den jüdischen Zeitungen die Einschätzungen zwischen offener Verurteilung des Antisemitismus der Jungdeutschen und zurückhaltend skeptischer Bewertung in deren Entwicklung. Die Prognose, daß man wenige Jahre später politisch in das gleiche Boot steigen würde, hätte vermutlich nicht wenigen jüdischen Funktionären, Politikern und Wählern Alpträume bereitet.

Trotz „Arierparagraphens“ des Jungdeutschen Ordens und seiner antisemitischen Ausfälle in der Vergangenheit, kommt es aber mit der Nachfolgepartei der Demokraten nicht zum absoluten Bruch. Die analysierten Daten weisen auch noch 1930 einen positiven, wenngleich abgeschwächten Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf das Abschneiden der Deutschen Staatspartei nach.

Bisherige Äußerungen zu dieser Frage waren gekennzeichnet von einer Unsicherheit über die Bedeutung der Gründung der Deutschen Staatspartei und die darauffolgende Reaktion der jüdischen Wählerschaft. Nicht zuletzt deshalb dürfte in den bisherigen Einschätzungen zum jüdischen Wahlverhalten mit

<sup>1</sup> Toury, *Krisenbewußtsein*, op. cit., S. 152.

<sup>2</sup> Eduard Lasker und die Nationalliberale Partei. *Israelitisches Familienblatt*, 10. März 1927, 29. Jg., Nr. 10, S. 1.

Kategorien „before 1930“ und „after 1930“ gearbeitet worden sein, ohne explizit Stellung zum Ausgang der Reichstagswahl von 1930 und zum möglichen Abstimmungsverhalten der jüdischen Bevölkerung zu beziehen.

Das Faktum des positiven Zusammenhangs zwischen dem jüdischem Bevölkerungsanteil und den Ergebnissen der Deutschen Staatspartei in der Reichstagswahl von 1930 bedarf angesichts des Charakters des Jungdeutschen Ordens einer Erklärung. Hierbei könnte die Existenz eines spezifisch ausgeprägten gesellschaftlichen Vorfelds dienen, das nur im jüdisch-liberalen Raum existierte. Im deutschen Judentum hatten sich im Laufe der Zeit strukturelle und organisatorische Formen entwickelt, die im gesellschaftlichen Vorfeld des Liberalismus, und hier vor allem des Linksliberalismus, anzusiedeln sind. Gemeint sind damit Gruppierungen, Vereine, Verbände, Mitteilungsblätter und Periodika, die zwar in keinen direkten parteipolitischen Zusammenhang zu verorten sind, aber aufgrund ihrer Aussagen und Positionen, und schon teilweise durch ihre Namensbezeichnung, eine nicht zu übersehende Affinität zum Liberalismus zeigten. Zusammen läßt sich dies zu der These verdichten, daß die Bindungen des jüdischen Wählerpotentials an die Linksliberalen in einem Spannungsfeld stattfanden, das einerseits durch die Existenz eines gesellschaftlichen Vorfeldes, das nur im jüdisch-liberalen Raum existierte, und andererseits durch die Krise des Liberalismus selbst gekennzeichnet ist.

Die Geschichte des Liberalismus in der Weimarer Republik ist die Geschichte eines schleichenden Niedergangs. Parteipolitisch gespalten, verliefen zwischen den sich eifersüchtig beäugenden Kontrahenten die personellen und institutionellen Gräben. Das Organisationsnetz der liberalen Parteien war schwach. Die traditionell lockere Honoratiorenstruktur der liberalen Parteien verfügte weder über eine Massenbasis noch über eine straffe Organisation. Nur die allerwenigsten Bezirksverbände und Ortsgruppen, sofern sie überhaupt faktisch existierten, arbeiteten effektiv. In den Zwanziger Jahren befanden sich DDP und DVP in einem organisatorischen Niedergang.<sup>3</sup> Inhaltlich schaffte es der Liberalismus nicht, der Suggestionskraft sozialistischer und nationalistischer Konzepte eine gleichwertige, kraftvolle Zukunftsvision entgegenzusetzen. Vielmehr war man bis weit in bürgerlich-liberale Kreise hinein von der Krisenstimmung befangen, das „Ende des bürgerlichen Zeitalters“ zu erleben.<sup>4</sup> Liberale Politiker äußerten nicht erst mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Zweifel an der Lebenskraft des Liberalismus, sondern bereits schon früher.<sup>5</sup>

Von den geschilderten Rahmenbedingungen gewiß nicht abgekoppelt und

<sup>3</sup> Mitgliederentwicklung DDP (eigene Angaben): 1919 ca. 900 000, 1922: 209 530, 1925: 131 794, 1927: 116 873, 1929: 113 323. Lexikon der Parteiengeschichte, Bd. 1, *op. cit.*, S. 575. Über den Mitgliederbestand und die Anzahl der Ortsgruppen der DVP liegen keine zuverlässigen Angaben vor. *Ibid.*, Bd. 2, S. 414; Heß, *Desintegration*, *op. cit.*, S. 103.

<sup>4</sup> Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, *op. cit.*, S. 281 f.

<sup>5</sup> Werner Jochmann, ‚Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus‘, in Rudolf Thadden (Hrsg.), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen 1978, S. 115 ff.

losgelöst, existierten im Judentum jedoch inhaltliche und strukturelle Formen, die weit über den politischen Bereich hinaus das soziale, kulturelle und religiöse Leben der jüdischen Bevölkerung mit liberalen Elementen durchdrungen und somit eine ganz eigene, spezifische Konstellation geschaffen hatten.

Die liberale Ideenwelt hatte tiefe Wurzeln im Judentum geschlagen und zu einer entscheidenden Reform der religiösen Praxis geführt. Das „liberale Judentum“, als religiös-progressives Element, konnte innerhalb der Gemeinden den Großteil der Juden für sich gewinnen. Auf religiös-organisatorischer Ebene saßen in den Gemeindevertretungen Fraktionen, die sich namentlich als „Liberales“ bezeichneten. Mit der „Vereinigung für das liberale Judentum“ hatte sich der jüdische Liberalismus eine organisatorische Form gegeben. Publikationsorgane, wie beispielsweise die „Jüdisch-liberale Zeitung“, traten dezidiert für die Verbreitung und Rezeption liberaler Positionen und Wertvorstellungen ein.

Der Centralverein, die größte jüdische Organisation, postulierte offiziell ein parteipolitisch neutrales Mandat. Subtil, aber durchaus erkennbar war, für welche politische Richtung es Präferenzen gab. Personell war der C. V. eng mit der DDP verbunden, und auch umgekehrt verwiesen die Demokraten auf die guten Kontakte zum Centralverein und setzten selbstverständlich voraus, daß die Mehrzahl der jüdischen Wähler für die DDP stimmte.<sup>6</sup> Ludwig Haas und Georg Bernhard waren Mitglieder im Vorstand des Centralvereins und Abgeordnete der DDP im Reichstag. Auf den nächsten parlamentarischen Ebenen, in den Landtagen und Städteparlamenten, setzte sich die personelle Verzahnung fort. Unter den Beiträgen prominenter Politiker in der C. V.-Zeitung dominierten quantitativ ganz deutlich die der Demokraten. Und nicht zuletzt, wenn der Liberalismus schon nicht mehr in positiver Funktion die visionäre Kraft einer freiheitlichen und toleranten Gesellschaft besaß, entfielen für den größten Teil der jüdischen Bevölkerung wenigstens in negativer Abgrenzung sozialistische oder nationalistische Konzepte. Sie besaßen entweder aus sozialstrukturellen Gründen oder aufgrund antisemitischer Positionen der Protagonisten unter den Juden wenig Chancen.

In dem skizzierten Spannungsfeld stellt sich die Frage nach der Belastbarkeit politischer Bindungen und Traditionslinien unter der jüdischen Wählerschaft. Der Druck und die Belastung, die von der Gründung der Deutschen Staatspartei ausgingen, waren groß. Die Diskussionen und Reaktionen in den ausgewerteten Zeitungen spiegeln das wider. Die Klagen am Ende der Weimarer Republik, daß große Teile des jüdischen Bürgertums geistig und politisch heimatlos geworden seien, zeigen an, daß der Erosionsprozeß des Liberalismus sich nicht allein auf die Frage reduzierte, ob man noch Staatspartei wählen solle oder nicht.

So wie die Erfahrungen des Kulturkampfes prägend für die Ausbildung eines katholischen Lagers waren, so schufen die Erfahrungen des Emanzipationsprozesses Bindungen zwischen Judentum und Liberalismus, die in der historisch

---

<sup>6</sup> Stephan, *op. cit.*, S. 498.

beschriebenen jüdisch-liberalen Weggemeinschaft mündeten. Die für den katholischen Bereich zutreffende Beschreibung eines Lagers mag für die jüdische Bevölkerung problematisch sein. Nach Karl Rohe lebt ein politisches Lager mehr von der Abgrenzung gegen andere als von eigenen politischen Gemeinsamkeiten, im Unterschied zum Milieu, bei dem es sich entgegengesetzt verhält. Ein Lager kann daher auch sehr heterogene Milieus umfassen.<sup>7</sup> Operationalisiert man diese Definition, so lassen sich einige Indikatoren für die Anwendung des Lagerbegriffs finden, doch schwerer wiegen die Einwände. Zwar deutet die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in bestimmten Wohngebieten auf das Bedürfnis hin, sich als Minorität in einem bekannten sozialen Milieu zu bewegen. Demgegenüber aber steht das Streben der meisten deutschen Juden nach möglichst schneller und weitgehender Integration in die deutsche Kultur und Gesellschaft im Zuge des Assimilationsprozesses. Die Abgrenzung verlief bei nicht wenigen Juden innerhalb des Judentums. Dem Wunsch deutscher Juden nach gesellschaftlicher Interaktion mit Nichtjuden und Akzeptanz steht häufig eine distanzierende, ablehnende Haltung zu den Ostjuden gegenüber. Trotz des Willens der Mehrheit zur jüdischen Ehe wuchs die Zahl der Mischehen seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts beständig.<sup>8</sup> Und auch die für das katholische Lager charakteristische positive Wahlnorm ist für den jüdischen Bereich nicht zu finden. Explizit wurde in den jüdischen Zeitungen nur festgelegt, welche Parteien nicht wählbar waren.

Eine passendere Charakterisierung scheint daher die in der Literatur anzutreffende Definition einer politischen Teilkultur zu bieten.<sup>9</sup> Hiervon spricht man, wenn für bestimmte Bevölkerungsgruppen eine nur für diese relevante Deutungskultur gegeben ist. Für einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung lieferte der Liberalismus das Deutungssystem für die politische Wirklichkeit. Der Liberalismus war, wie Ludwig Holländer, der Direktor des Centralvereins, es formuliert hat, eine Weltanschauung, die den Juden die Gleichberechtigung gebracht hatte und auf der man nicht einfach herumtrampelte.<sup>10</sup>

Die Ergebnisse der statistischen Analysen stützen Aussagen über Zugewinne der Sozialdemokraten und des Zentrums unter der jüdischen Wählerschaft ab 1930, doch trotz aller belastenden Umstände, der Einfluß der jüdischen Bevölkerung auf das Abschneiden der Deutschen Staatspartei 1930, teilweise noch 1932, blieb positiv. Insbesondere Zugewinne des Zentrums scheinen kein flächendeckendes, reichsweites Phänomen gewesen zu sein, sondern sind nur dort zu verzeichnen, wo lokale Faktoren dies förderten. Dazu gehörten der

<sup>7</sup> Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen*, op. cit., S. 21.

<sup>8</sup> Maurer, *Minderheit*, op. cit., S. 155.

<sup>9</sup> Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen*, op. cit., S. 19; Michael Schirmer, 'Politische-kulturelle Deutungsmuster: Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik', in Detlef Lehnert / Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage*, Opladen 1989, S. 31.

<sup>10</sup> Ludwig Holländer über „Deutsche Juden in der Krise“. *C. V.-Zeitung*, 9. Juni 1932, 11. Jg., Nr. 24, S. 246f.

besonders in Berlin aktive „Ausschuß jüdischer Zentrumswähler“ ebenso wie das eher dem linken Flügel der Partei zuzurechnende Frankfurter Zentrum, das über personelle Verbindungen, beispielsweise durch den Verein zur Abwehr des Antisemitismus, und explizite Stellungnahmen gegen den Antisemitismus jüdische Wähler glaubhafter ansprechen konnte.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß der Liberalismus nicht für alle Juden der relevante Bezugspunkt war. Der erstaunliche Zusammenhang zwischen jüdischem Bevölkerungsanteil und Gewinnen und Verlusten im Nichtwählerlager beleuchtet einen weiteren Aspekt. Dabei überraschen sowohl Zeitpunkt als auch Niveau. Nicht, wie teilweise vermutet 1932, sondern zwischen 1924 und 1928 ist ein stark positiver Einfluß des Anteils der Juden auf die Veränderungen im Nichtwählerlager zu registrieren. Der überraschend starke Zusammenhang zwischen Gewinnen im Nichtwählerlager, bei gleichzeitigen Verlusten der DDP, und dem jüdischen Bevölkerungsanteil basiert auf einer Untersuchung der Städte Berlin und Hamburg. Die Ergebnisse umfassen mehr als ein Drittel der jüdischen Bevölkerung und stehen im Einklang mit den qualitativen Analyseergebnissen der Arbeit.

Nach den Erkenntnissen der Modernen Wahlforschung kann Wahlenthaltung eine andere Art von Protest bedeuten, dann nämlich, wenn sie Konsequenz eines als unzureichend empfundenen personellen und programmatischen Angebots durch die Parteien ist. Zudem gelten Nichtwähler als in tendenziell geringerem Maße in die Gesellschaft integriert. Im übertragenen Sinne kann das zu der These führen, daß ein Teil der jüdischen Bevölkerung sich durch die im Parteienspektrum vorhandenen Parteien nicht mehr repräsentiert fühlte. Insbesondere der gleichzeitig starke Zusammenhang zwischen den Verlusten der DDP in der Reichstagswahl von 1928, aber auch in der Berliner Kommunalwahl von 1929, und dem jüdischen Bevölkerungsanteil wirft die Frage auf, ob es sich bei den „neuen“ Nichtwählern um Juden handelte, die möglicherweise früher bei den Linksliberalen ihre politische Heimat hatten und sich nunmehr desillusioniert abwandten.

Doch das Erklärungsmodell für den Anstieg der Stimmenenthaltung muß sich nicht zwangsläufig auf die Enttäuschung oder das Versagen linksliberaler Politik reduzieren. Erweitert man das Spektrum möglicher Wahrnehmungsmuster, könnte in einem größeren politischen Kontext die Erkenntnis über das Scheitern der Hoffnungen, die die Gründung der Republik hervorgerufen hatte, der Schlüssel zur Erklärung sein. Die Gründung der Weimarer Republik war, nach dem Ende der Revolutionswirren, unter den Juden begrüßt worden, weil man sich gerechtere Behandlung und größere Chancen in der jungen Demokratie erhoffte und die Verfassung ausdrücklich betonte, daß die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis unabhängig seien. Doch wie sah die Realität nach einigen Jahren aus?

Fast zehn Jahre später mußten die deutschen Juden weiterhin für die Einlösung der proklamierten Gleichberechtigung kämpfen. Der Kampf gegen zahlreiche neue und alte antisemitische Stereotypen glich dem Kampf mit einer

vielköpfigen Hydra. Dabei hatte der Antisemitismus eine neue Qualität erreicht. Anders als im Kaiserreich, wo der Antisemitismus in der innenpolitischen Auseinandersetzung nur kurze Zeit eine Rolle gespielt und niemals das Reich selbst in Frage gestellt hatte, wurde während der gesamten Dauer der Weimarer Republik ohne Hemmungen mit Hilfe ideologisch instrumentalisierter, antisemitischer Stereotypen Fundamentalopposition gegen das bestehende politische System betrieben.

Die Inflation hatte zahlreiche jüdische Mittelständler in ihrer ökonomischen Existenzgrundlage stark beeinträchtigt oder sie ihnen gar genommen. Paradigmatisch sah man anstelle des Berliner Kurfürstendamms, der einst als das Symbol jüdischen Wohlstands und Unternehmertums gegolten hatte, die Gegend rund um den Alexanderplatz mit seinen düsteren Mietskasernen als das neue Wahrzeichen des wirtschaftlichen Niedergangs der jüdischen Deutschen an.<sup>11</sup>

Der Liberalismus, der traditionelle Weggefährte der Juden, verlor fortwährend an Einfluß- und Gestaltungskraft. Von jüdischer Seite sah man den Niedergang des Liberalismus als Weltanschauung als „bedenklich“ und „belastend“ an. Parteipolitisch, so war in der *C. V.-Zeitung* zu lesen, paßten ohnehin Begriff und Programme nicht mehr zusammen.<sup>12</sup> Und als im Januar 1927 die programmatisch antisemitischen Deutschnationalen in die Regierung eintraten, sah es das Israelitische Familienblatt als eine „patriotische Pflicht, den Pessimismus einzudämmen, der von einer Rechtsregierung die radikale Entrechtung der jüdischen Staatsbürger befürchtet.“<sup>13</sup> In der bürgerlichen Regierung besetzten die Deutschnationalen 1928 die Ministerien für Inneres (von Keudell) und Justiz (Hergt), also jene Ministerien, die für die Umsetzung der Gleichberechtigung in der Verwaltungs- und Justizpraxis von entscheidender Bedeutung waren.

Versucht man vor dem Hintergrund der Ergebnisse das Ausmaß der Integration der jüdischen Bevölkerung in die Gesellschaft der Weimarer Republik einzuschätzen, ist dabei in Betracht zu ziehen, daß Integration nicht nur von objektiv meßbaren Faktoren, sondern in einem nicht zu unterschätzenden Maße von subjektiven, mentalen Faktoren abhängt. Der Umstand einer durchaus bewußten Wahrnehmung der defensiven Situation eines Teils der jüdischen Bevölkerung in den stabilen Jahren der Weimarer Republik wurde in der Forschung bisher übersehen oder negiert. Die zeitgenössische Diskussion um die „Berufsumschichtung“ ist ebenso ein Beleg für die angesprochene Registrierung einer krisenhaften Situation wie die Tatsache, daß die jüdischen Zeitungen und Zeitschriften in den sogenannten „ruhigen Jahren“ weiterhin voll von Versuchen sind, die gängigsten antisemitischen Stereotypen zu wider-

---

<sup>11</sup> Kurfürstendamm und Alexanderplatz. *C. V.-Zeitung*, 27. November 1925, 4. Jg., Nr. 48, S. 755.

<sup>12</sup> Individuum oder Masse? Die politische Bedeutung des liberalen Gedankens in der Zeit. *C. V.-Zeitung*, 30. Dezember 1927, 7. Jg., Nr. 52, S. 721 f.

<sup>13</sup> Was haben wir Juden von einer Rechtsregierung zu erwarten? *Israelitisches Familienblatt*, 3. Februar 1927, 29. Jg., Nr. 5, S. 1.

legen. Geradezu ein Aufschrei ist die Äußerung der Zeitschrift der jüdischen Frontsoldaten „Der Schild“ aus dem Jahre 1926: „Das deutsche Judentum befindet sich in einem Kampf, es kämpft nicht nur für seine Anerkennung, es kämpft für seine Existenz.“<sup>14</sup>

Simultane Untersuchungen des Effekts sozialer und mentaler Einflußfaktoren mit Hilfe multipler Regression haben in der Modernen Wahlforschung ergeben, daß Wahlenthaltung hauptsächlich von mentalen Faktoren beeinflusst wird. Der von sozialen Faktoren wie Alter, Schulbildung, Einkommen, Parteien- und Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie Kirchenbindung ausgehende Effekt ist dagegen vergleichsweise gering, wenn nicht sogar vernachlässigbar.<sup>15</sup>

Unter diesen Vorzeichen läßt sich schwerlich allgemein von den „guten Jahren“ in der deutsch-jüdischen Geschichte sprechen. Die angeblich stabilen Jahre der Weimarer Republik waren zumindest für Teile der jüdischen Bevölkerung keineswegs so stabil. Die Geschichte der Juden in der Weimarer Republik verläuft offenbar nicht synchron zu der durch die Geschichtswissenschaft vorgenommenen zeitlichen Kategorisierung der Weimarer Epoche. Zu den Standards der Periodisierung in der Geschichtsschreibung gehört die mittlerweile allgemein akzeptierte Dreiteilung der Weimarer Republik. Zusammengefaßt werden Revolution und Krisenjahre von 1918/19 bis 1923, gefolgt von den Jahren relativer Stabilität bis 1929 und die Auflösung und Zerstörung der Republik 1930 bis 1933. In den Titeln der beiden Standardwerke zur deutsch-jüdischen Geschichte der Weimarer Republik tauchen die genannten Zäsuren wiederum auf:

1. Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923.

2. Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik.

Das erste Werk beginnt aus inhaltlich verständlichen Gründen im Kaiserreich, da ansonsten die Entstehung einer Reihe antisemitischer Stereotypen,<sup>16</sup> die später in der Weimarer Republik eine Rolle spielten, nicht verständlich wird. Das zweite Werk weist in seinem Untertitel darauf hin, daß es nicht allein um das Jahr 1932 geht, und man entdeckt beim Lesen der einzelnen Beiträge des Sammelbandes, daß die zeitliche Eingrenzung der Artikel sich mit der bekannten Kategorisierung zum Ende der Weimarer Republik deckt.

Ausgespart blieb bis heute eine umfangreiche Darstellung über die Juden in den „stabilen“ Jahren der Weimarer Republik. Über die Gründe läßt sich spekulieren. Liegt es daran, daß man stillschweigend die Prämisse des „besten Jahrfünfts“ für die jüdische Bevölkerung übernahm und damit dieser Zeit-

<sup>14</sup> Auf Deutschlands hohen Schulen. *Der Schild*, 13. Dezember 1926, 5. Jg., Nr. 50.

<sup>15</sup> Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann, ‚Der Nichtwähler – Das unbekannte Wesen‘, in Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl*, Opladen 1994, S. 200.

<sup>16</sup> Zum Beispiel die antisemitischen Vorwürfe in Folge der Judenzählung in der Armee 1916.

abschnitt von nachgeordnetem Interesse wurde? Krisen und Umbrüche interessieren Historiker bekanntlich mehr als stabile Jahre.

Der einzige Aufsatz, der sich explizit mit der Disposition der jüdischen Bevölkerung in den mittleren Jahren der Weimarer Republik beschäftigt, stammt von Jacob Toury.<sup>17</sup> Toury verneint, daß es ein allgemeines Krisenbewußtsein unter den Juden während dieser Jahre gegeben habe. Lediglich sogenannte Außenseiter hätten sich in dieser Zeit kritisch und warnend geäußert. Dabei sei zum Ergebnis seiner Untersuchung angemerkt, daß er einen stark biographisch geprägten Ansatz verfolgt und auf die Auswertung zahlreicher Memoiren baut. Hier stellt sich das Problem der Repräsentativität der ausgewählten Memoiren. Wer schreibt überhaupt Memoiren? Aus welchen Kreisen stammen die Verfasser?

Eine Periodisierungsdiskussion in der deutsch-jüdischen Geschichtswissenschaft und eine intensivere Beschäftigung mit der Geschichte der Juden in den „stabilen“ Jahren der Weimarer Republik ist angebracht. Eine schablonenhafte, deduktive Periodisierung verdeckt und verlegt in diesem Fall eher den Zugang zur Analyse und Charakterisierung eines Zeitabschnitts, als daß sie ihn öffnet.

Angesichts der unvorstellbaren Greuel von Auschwitz und der Monstrosität der nationalsozialistischen Verbrechen ist es nicht einfach, eine eigenständige und der Weimarer Epoche angemessene Bewertung der deutsch-jüdischen Geschichte zu finden. Eine Verkürzung der Geschichte der Juden in der Weimarer Republik auf die Vorgeschichte des Holocausts geht ebenso fehl wie die Verklärung zu einer Erfolgsgeschichte bis 1933 oder zumindest bis zum Aufkommen des Nationalsozialismus.<sup>18</sup>

Nicht allein in einer deduktiven Periodisierung und der daraus resultierenden Bewertung liegen die Gefahren für eine fehlgeleitete Argumentation. Was für Zeitabschnitte gilt, gilt auch für konkrete Ereignisse: Der Blick auf die absoluten Zahlen der Reichstagswahlergebnisse des Jahres 1932 hat in zahlreichen Abhandlungen über die Weimarer Republik zu der Bewertung geführt, daß spätestens im Juli 1932 die Verluste der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei es rechtfertigen, von einem Zusammenbruch der liberalen Parteien und einer Abkehr ihrer Wählerschaft zu sprechen. In meist nur implizit angelegten Schlußfolgerungen wurde daraus auf eine Abkehr der jüdischen Wählerschaft von der DStp geschlossen.

Demgegenüber geben die Ergebnisse der Zeitungsanalyse und der empirischen Untersuchung Anlaß zur These, daß es unter den Juden ein strategisches Wahlverhalten am Ende der Weimarer Republik gegeben habe, und daß sich

<sup>17</sup> Toury, *Krisenbewußtsein*, *op. cit.*

<sup>18</sup> Als Vertreter der „Erfolgsgeschichte“ sei Donald Niewyk genannt, der erklärt, daß 1928 der Antisemitismus – das Haupthindernis weiterer jüdischer Integration – auf dem Wege eines schleichenden Todes war und die Ära jüdischer Emanzipation in Deutschland jäh durch den Aufstieg des Nationalsozialismus abgebrochen wurde. Niewyk, *Jews in Weimar Germany*, *op. cit.*, S. 200. Zu den Perspektiven der Betrachtung und weitere Einschätzungen vgl. Maurer, *Minderheit*, *op. cit.*, S. 4 ff.

hinter dem strategischen Wahlverhalten ein mehr als nur noch rudimentär ausgeprägter jüdisch-liberaler Wählerstamm verberge. Die Formulierung einer derartigen These beinhaltet zwei Argumentationslinien, die voneinander abhängig sind. Zum einen muß die Strategie erkennbar sein. Das heißt, Motive und Hintergründe für bestimmtes zielorientiertes Abstimmungsverhalten müssen offengelegt werden. Die einzuschlagende Strategie muß als solche im Vorfeld der Wahl für den in Frage kommenden Wählerkreis offensichtlich sein. Zum anderen müssen sich die Vorgaben auch im Abstimmungsverhalten niederschlagen.

Hinweise auf die Motive und Hintergründe eines strategischen Wahlverhaltens liefern die Zeitungen. Vor der Reichstagswahl im Juli 1932 fand eine Diskussion statt, ob es überhaupt noch sinnvoll sei, der Deutschen Staatspartei in der anstehenden Wahl seine Stimme zu geben. Auslöser der Diskussion waren das Wahlergebnis der DStp in der Landwahltagwahl in Preußen im April 1932 und das geltende Wahlrecht. Die Deutsche Staatspartei hatte in dieser Wahl 332 490 Stimmen erhalten und damit zwei Sitze errungen, die Deutsche Volkspartei mit gut 2 000 Stimmen weniger erzielte sieben Sitze. Angesichts der angespannten politischen Lage im Sommer 1932 und dem allseits befürchteten Durchmarsch der NSDAP lief der Wahlkampf nur auf die Frage hinaus, sind die Nationalsozialisten von der absoluten Mehrheit fernzuhalten oder nicht? Im Wahlkampf ging es daher um jedes einzelne Mandat.

In dieser Situation wurde in Leserbriefen in jüdischen Blättern diskutiert, ob es sinnvoll sei, weiterhin DStp zu wählen. Häufig gemachter Vorschlag war, die Deutsche Staatspartei nur dort zu wählen, wo sie Chancen auf Erringung der für ein Mandat notwendigen 60 000 Stimmen besaß. Ansonsten solle man SPD oder Zentrum wählen. Selbst die jüdisch-liberale Zeitung sah im Juli 1932 in der Stimmabgabe für eine der großen republikanischen Parteien einen „Akt politischer Zweckmäßigkeit“.<sup>19</sup>

Eine parallele Diskussion ist in den drei großen ausgewerteten liberalen Tagesblättern zu beobachten. Dies reicht sogar bis zur dezidierten Auflistung in der Frankfurter Zeitung, welche Wahlkreisverbände der Deutschen Staatspartei gute Chancen auf ein Mandat besäßen, und dem Hinweis, daß es mit Wahrscheinlich möglich sei, auch von außerhalb kommend in diesen Wahlkreisen zu wählen.

Die statistischen Analysen bestätigen die Umsetzung des in den Zeitungen vorgeschlagenen und diskutierten strategischen Wahlverhaltens. Deutlich ist die Scheidelinie entlang der erfolgsversprechenden, präferierten Reichswahlkreise auszumachen. In den „nicht empfohlenen“ Wahlkreisen weisen die statistischen Beziehungsmuster einen deutlichen Zusammenhang zwischen der jüdischen Konfessionsvariablen und den Verlusten der DStp bzw. Gewinnen von Zentrum und SPD in der Juliwahl 1932 aus, während dagegen in den „empfohlenen“ Wahlkreisen der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Ergebnisse der Deutschen Staatspartei sogar wächst.

---

<sup>19</sup> Die Kernfrage. *Jüdisch-liberale Zeitung*, 29. Juli 1932, 12. Jg., Nr. 12.

Während in Frankfurt a.M.<sup>20</sup> die Deutsche Staatspartei völlig einbrach, hielten sich die Verluste der DStp in Hamburg in Grenzen, mit dem Ergebnis, daß Gustav Stolper im Wahlkreisverband Hamburg-Schleswig-Holstein die notwendige Stimmenzahl erreichte und in den Reichstag einzog. Im Volksstaat Hessen fand im Juli 1932 die endgültige Marginalisierung der Deutschen Staatspartei statt. Im Wahlkreisverband Württemberg-Baden gewann Theodor Heuß für die Deutsche Staatspartei das zweite und letzte Mandat für den Reichstag, das nicht über die Reichswahlliste vergeben wurde.

Hinzu kommt, daß bei dieser Wahl ein möglicher Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Gewinne und Verluste des Nichtwähleranteils so gut wie keine Systematik erkennen läßt. In das Bild eines strategischen Abstimmungsverhaltens paßt auch die Entwicklung in der Nachfolgewahl. Im Vorfeld der Novemberwahl 1932 wurde keine derart dezidiert strategische Wahlempfehlung diskutiert. Für das großstädtische Judentum deuten die Ergebnisse auf einen partiellen Rücklauf jüdischer Wählerstimmen zur DStp hin. Dabei ist im Gegensatz zur SPD ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Verlusten des Zentrums und dem Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auszumachen. In den Kontext fügt sich die Tatsache ein, daß im Herbst 1932 Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten stattfanden. Vor der Reichstagswahl im November erhielt das Zentrum bei weitem nicht mehr die positive Presse in den untersuchten Zeitungen, die es noch vor den Wahlen im September 1930 und Juli 1932 bekommen hatte.

In der aufgeheizten politischen Atmosphäre des Sommers 1932 ging es primär um die Verhinderung des totalen nationalsozialistischen Wahlerfolges und die Erhaltung der Republik. Einschätzungen wie diese, „daß das politische Verhalten der Juden nicht ihrer Sozialstruktur und ihrem ‚Klasseninteresse‘ entsprach, weil sie von der antisemitischen Rechten in den linken Teil des Parteienspektrums getrieben wurden“<sup>21</sup>, tragen dem der Stimmabgabe innewohnenden aktiven Element der Unterstützung der Republik nicht ausreichend Rechnung. Schließlich hätte der jüdischen Wählerschaft noch die Möglichkeit der Stimmenthaltung offengestanden, um zu vermeiden, gegen ihre eigenen Klasseninteressen zu stimmen. Doch genau diese Option wurde nicht wahrgenommen.

Hinter der These einer strategischen Stimmenabgabe offenbart sich ein höchst rationales Wahlverhalten. Reduziert man nicht, wie es häufig geschieht, die wahlpolitische Mobilisierung auf die Sozialstruktur und die sich daraus ergebende sozialökonomische Interessenlage der Wählerschaft, sondern setzt man die Perspektive eines, über das Materielle hinausgehenden, umfassenderen Interessensbegriffs, in diesem Fall die Verteidigung der in der Weimarer Verfassung garantierten staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, an, so ergibt sich ein höchst vernünftiges Wahlverhalten.

<sup>20</sup> Frankfurt a. M. gehörte zum Wahlkreis Hessen-Nassau.

<sup>21</sup> Maurer, *Minderheit*, *op. cit.*, S. 116. Das deutsche Zitat ist eine Übernahme der Aussage Arnold Pauckers, *Jewish Self-Defence*, *op. cit.*, S. 58.



## 6. Literatur

### 6.1 Quellen

Abwehr-Blätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus  
Beilagen zum Monatsbericht des Statistischen Wahlamtes der Stadt Köln  
Berliner Tageblatt  
C. V.-Zeitung  
Der Jude  
Der nationaldeutsche Jude  
Der Schild  
Die Front. Jahresbericht 1931, Bezirksverband Groß-Berlin SPD. Berlin 1932  
Frankfurter Generalanzeiger  
Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt  
Frankfurter Zeitung  
Friedenauer Lokalanzeiger  
Grunewald-Echo  
Israelitisches Familienblatt  
Jüdisch-liberale Zeitung  
Jüdische Rundschau  
Jüdische-Telegraphen-Agentur  
Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik  
Jüdische Arbeiter- und Wanderfürsorge  
K. C. – Blätter  
Kölner Verwaltungsstatistik  
Lankwitzer Anzeiger  
Lichterfelder Lokalanzeiger  
Neue Jüdische Monatshefte  
Nord-Berliner Tagespost  
Städtisches Anzeigenblatt Frankfurt am Main  
Statistik des Hamburgischen Staates  
Statistische Jahrbücher der Stadt Köln  
Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt  
Statistische Jahrbücher der Stadt Berlin.  
Statistische Jahrbücher der Stadt Köln  
Statistische Jahrbücher für die Freie Hansestadt Hamburg  
Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat  
Statistik des Deutschen Reiches  
Steglitzer Anzeiger  
Tegel-Hermsdorfer Tagespost  
Vorwärts  
Vossische Zeitung  
Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege

## 6.2 Nachschlagewerke

- Berliner Zeitungen und Wochenblätter in Berliner Bibliotheken.* Katalog der Bestände vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bearbeitet und herausgegeben von Heinz Gillig und Willi Höfig, Berlin 1991
- Degeners Wer ist wer?* Hermann A. L. Degener, Ausgabe 1–10, 1905/1925/1935
- Juden in der deutschen Wirtschaft.* Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1933. Eine Bibliographie zusammengestellt im Auftrag des Leo Baeck Institute Jerusalem von Ursula Hüllbusch, 1972
- Jüdisches Lexikon* Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in 4 Bde., begr. von Georg Herlitz und Bruno Kirschner. Nachdruck der 1. Aufl. Berlin 1927, Frankfurt am Main 1987
- SIEGMUND KAZNELSON: *Juden im deutschen Kulturbereich*, Berlin 1959
- Lexikon des Judentums*, Gütersloh 1967
- Lexikon zur Parteiengeschichte.* Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd.1–4, Leipzig 1983–86
- ERNST G. LOWENTHAL: *Juden in Preußen. Biographisches Verzeichnis. Ein repräsentativer Querschnitt*, Berlin 1981
- M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945.* Eine biographische Dokumentation, herausgegeben und eingeleitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1992
- Neues Lexikon des Judentums*, hrsg. von Julius H. Schoeps, Gütersloh – München 1992
- MARTIN SCHUMACHER: *Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der Wahlen in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1976
- MAX SCHWARZ: *M. d. R. Biographisches Handbuch der Reichstage*, Hannover 1965
- WALTER TETZLAFF: *2000 Kurzbiographien bedeutender deutscher Juden des 20. Jahrhunderts*, Lindhorst 1982
- JOSEPH WALK: *Kurzbiographie zur Geschichte der Juden 1918–1945*, hrsg. vom LBI Jerusalem, München – New York – London – Paris 1988

## 6.3 Zeitgenössische Darstellungen

- GEORG BERNHARD: *Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik*, Prag 1933
- RUDOLF BERTRAM: *Die Ostjuden in Deutschland*, Berlin 1924
- ERNST FEDER: *Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*, hrsg. v. Cécile Lowenthal Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971
- H. HEENEMANN: *Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und ihre Probleme*, Berlin 1929, Phil. Diss. Leipzig 1930
- REINOLD ISSBERNER: *Demokratisches ABC Buch*, Berlin 1920
- RUDOLF KAULLA: *Der Liberalismus und die deutschen Juden: Das Judentum als konservatives Element*, München – Leipzig 1928
- JAKOB LESTSCHINSKY: *Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandlung, Krise, Ausblick.* (Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, VII), Berlin 1932
- FRIEDRICH LEYDEN: *Gross-Berlin. Geographie der Weltstadt*, Berlin 1933
- ALFRED MARCUS: *Die wirtschaftliche Krise des deutschen Judentums*, Berlin 1931
- HUGO PREUß: *Staat, Recht und Freiheit.* Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss, Hildesheim 1964
- JOHANNES SCHAUFF: *Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871*, in: *Das Wahlverhalten der deutschen*

- Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Neuausgabe hrsg. v. Rudolf Morsey, Mainz 1975
- LOTTE SCHLESINGER: *Die wichtigsten jüdischen Zeitungen in Deutschland in der Zeit vom November 1918 bis Januar 1933*, Diss. Köln 1936/37
- HEINRICH SILBERGLEIT: *Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich*, Bd.1 Freistaat Preußen, Berlin 1930
- FELIX A. THEILHABER: *Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie*, 2. Aufl., Berlin 1921
- JACOB WASSERMANN: *Deutscher und Jude. Reden und Schriften 1904–1933*, hrsg. und mit einem Kommentar versehen von Dierk Rodewald, Heidelberg 1984
- KURT ZIELENZIGER: *Juden in der deutschen Wirtschaft*, Berlin 1930

## 6.4 Darstellungen

- SCHALOM ADLER-RUDEL: East-European Jewish Workers in Germany, in: *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957, S. 136–165
- : *Ostjuden in Deutschland 1880–1940*, Tübingen 1959
- LOTHAR ALBERTIN: *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, hrsg. v. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1972
- : Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niederganges, in: Hans Vorländer (Hrsg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 57–89
- (Hrsg.): *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*, Düsseldorf 1980
- GABRIEL ALEXANDER: Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Berlin zwischen 1871 und 1945, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 20 (1991), S. 287–314
- JACOB ALLERHAND: *Das Judentum in der Aufklärung*, Stuttgart-Bad Cannstatt 1980
- WERNER T. ANGRESS: The German Army's „Judenählung“ of 1916 – Genesis – Consequences – Significance, in: *Year Book XXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 117–138
- : Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 137–316
- STEVEN E. ASCHHEIM: *Brothers and Strangers; the East European Jew in German and German Jewish Consciousness 1800–1923*, Madison – University of Wisconsin Press 1982
- : Eastern Jews, German Jews and Germany's Ostpolitik in the First World War, in: *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 351–366
- WILLIAM O. AYDELOTTE: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Geschichte und Soziologie*, 2. Aufl., Königstein 1984, S. 259–282
- ABRAHAM BARKAI: Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Die Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 330–346
- : Sozialgeschichtliche Aspekte der deutschen Judenheit in der Zeit der Industrialisierung, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 11 (1982), S. 237–260
- : *Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt a. M. 1988
- : Zur Wirtschaftsgeschichte der Juden in Deutschland. Historiographische Quellen und Tendenzen vor und nach 1945, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 20 (1991), S. 195–214
- WERNER BECKER: „Demokratie des sozialen Rechts.“ *Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung*,

- der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918–1924*, Göttingen – Zürich – Frankfurt a. M. 1971
- : Die Rolle der liberalen Presse, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 67–135
- KARL HERMANN BEECK: *Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus*, Diss. Köln 1955
- YEHUDA BEN-AVNER: *Vom orthodoxen Judentum in Deutschland zwischen zwei Weltkriegen*, Hildesheim – Zürich – New York 1987
- ESRA BENNATHAN: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 87–131
- HELMUT BERDING: *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988
- VOLKER R. BERGHAHN: *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966
- DIETZ BERING: Geeinte Zwienatur: Zur Struktur politischer Perspektiven im ‚Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, in: Thomas Koebner (Hrsg.), *Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930–1933*, Frankfurt a. M. 1982, S. 182–204
- : *Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels*, Stuttgart 1991
- REINER BERNSTEIN: *Zwischen Emanzipation und Antisemitismus – die Publizistik der deutschen Juden am Beispiel der ‚C. V.-Zeitung‘, Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1924–1933*, Phil. Diss. FU Berlin 1969
- IMMANUEL BIRNBAUM: Juden in der Münchener Räterepublik, in: Hans Lamm (Hrsg.), *Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München*, München – Wien 1982, S. 369–371
- HEINZ BLANKENBERG: *Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918–1933*, Mainz 1981
- KURT BLUMENFELD: *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962
- HANS BOOMS: Die Deutsche Volkspartei, in: Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien*, Düsseldorf 1960, S. 523–539
- MICHAEL BOSCH: *Liberales Presse in der Krise. Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 im Spiegel des ‚Berliner Tageblatts‘, der ‚Frankfurter Zeitung‘ und der ‚Vossischen Zeitung‘*, Frankfurt a. M. 1976
- ERNST OTTO BRÄUNCHE: Die NSDAP in Baden 1928 bis 1933. Der Weg zur Macht, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*, Stuttgart 1982, S. 15–48
- PAUL BREINES: The Jew as Revolutionary – The Case of Gustav Landauer, in: *Year Book XII of the Leo Baeck Institute*, London 1967, S. 75–84
- MICHAEL BRENNER: The Jüdische Volkspartei. National-Jewish Communal Politics during the Weimar Republic, in: *Year Book XXXV of the Leo Baeck Institute*, London 1990, S. 219–243
- OTTO BÜSCH / GERALD D. FELDMANN (Hrsg.): *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914–1924*, Berlin 1978
- WERNER J. CAHNMANN: Der Dorf- und Kleinstadtjude als Typus. Eine typologische Studie, in: *Zeitschrift für Volkskunde*, 2 (1974), S. 169–193
- : Die Juden in München 1918–1943, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, 2 (1979), S. 403–461
- : The Nazi Threat and the Centralverein – A Recollection, in: *Conference on Anti-Semitism. American Federation of Jews from Central Europe*, New York 1969, S. 27–36
- : Village and Small-Town Jews in Germany. A typological Study, in: *Year Book XIX of the Leo Baeck Institute*, London 1974, S. 107–130
- ATTILA S. CHANADY: The Dissolution of the German Democratic Party in 1930, in: *American Historical Review*, 73 (1968), S. 1433–1453
- RENATE CHOTJEWITZ-HÄFNER / PETER CHOTJEWITZ: *Die Juden von Rhina*, Oberellenbach 1988
- ILSEGRET DAMBACHER: *Christian Wilhelm von Dohm. Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen aufgeklärten Beamtentums und seiner Reformbestrebungen am Ausgang des 18. Jahrhunderts*, Bern – Frankfurt a. M. 1974

- Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, hrsg. von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971
- Die Regierung Eisner 1918/19*: Ministerratsprotokolle und Dokumente eingeleitet und bearbeitet von Franz J. Bauer unter Verwendung der Vorarbeiten von Dieter Albrecht, Düsseldorf 1987
- ULRICH DUNKER: *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977
- MARGARET T. EDELHEIM-MUEHSAM: Die Haltung der jüdischen Presse gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: *Deutsches Judentum-Aufstieg und Krise*. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1963, S. 353–379
- : Reactions of the Jewish Press to the Nazi Challenge, in: *Year Book V of the Leo Baeck Institute*, London 1960, S. 308–329
- : The Jewish Press in Germany, in: *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, S. 163–176
- MICHAEL EILFORT: Sind Nichtwähler auch Wähler? in: Karl Starzacher / Konrad Schacht / Bernd Friedrich / Thomas Leif (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992, S. 169–175
- MODRIS EKSTEINS: The Frankfurt Zeitung: Mirror of Weimar Democracy, in: *Journal of Contemporary History*, 4 (1971), S. 23–28
- : *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy*, London – Oxford University Press 1975
- WOLFGANG ELBEN: *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919*, hrsg. von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1965
- YEHUDA ELONI: Die Geburtswehen der „Jüdischen Rundschau“, in: *Qesher*, Sonderheft Mai 1989, S. 31–36
- Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, hrsg. v. Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1965
- RAINER ERB / WERNER BERGMANN: *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989
- JÜRGEN W. FALTER: *Hitlers Wähler*, München 1991
- : Politische Konsequenzen von Massenerwerbslosigkeit. Neue Daten zu kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 3 (1984), S. 275–295
- : Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Karl-Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft*, Bonn 1987, S. 484–504
- : Wählerbewegungen zur NSDAP 1924–1933. Methodische Probleme – Empirisch abgesicherte Erkenntnisse – Offene Fragen, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz*, Berlin 1980, S. 159–202
- : Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts) – extremen Parteien. Ein Forschungsbericht am Beispiel des NSDAP-Aufstiegs 1928–1933 und der NPD-Erfolge 1966–1970, in: Lothar Albertin (Hrsg.), *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*, Göttingen 1980, S. 92–124
- / HARTMUT BÖERMANN: Die unterschiedlichen Wählerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg. Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren? in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): *Parteien und regionale politische Traditionen in Deutschland*, Berlin 1991, S. 283–298
- / DIRK HÄNISCH: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 26 (1986), S. 179–216
- / THOMAS LINDENBERGER / SIEGFRIED SCHUMANN: *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986

- / SIEGFRIED SCHUMANN: Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 11/93, 12. März 1993, S. 36–49
- / SIEGFRIED SCHUMANN: Der Nichtwähler – Das unbekannte Wesen, in: Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl*, Opladen 1994, S. 161–213
- / REINHARD ZINTL: Weltwirtschaftskrise und NSDAP-Wahlerfolge. Ein Erklärungsversuch mit Hilfe eines rationalistischen Ansatzes und ökologischer Regressionsanalyse, in: Jürgen W. Falter / Hans Rattinger / Klaus Troitzsch: *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklungen der Forschung*, Frankfurt a. M. 1989, S. 122–174
- ELLSWORTH FARIS: Takeoff Point for the National Socialist Party: The Landtag Election in Baden 1929, in: *Central European History*, 8 (1975), S. 140–171
- HANS FENSKE: *Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte. Wahlrecht und Parteiensystem vom Vormärz bis heute*, Frankfurt a. M. 1974
- ROLAND FLADE: *Juden in Würzburg 1918–1933*, Würzburg 1985
- PETER FREIMARK (Hrsg.): *Juden in Preußen – Juden in Hamburg*, Hamburg 1983
- EVYATER FRIESEL: A Response to the Observations of Chaim Schatzker and Abraham Margaliot, in: *Year Book XXXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, S. 107–111
- : The Political and Ideological Development of the Centralverein before 1914, in: *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986, S. 121–146
- BRUCE B. FRYE: *Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party*, Carbondale 1985
- : The German Democratic Party and the „Jewish Problem“ in the Weimar Republic, in: *Year Book XXI of the Leo Baeck Institute*, London 1976, S. 143–172
- PETER GAY: *Freud, Juden und andere Deutsche*, München 1989
- : In Deutschland zu Hause . . . : die Juden der Weimarer Zeit, in: *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, hrsg. von Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986, S. 31–43
- GÜNTER GILLESEN: *Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*, Berlin 1986
- WALTER GRAB: *Die jüdische Antwort auf den Zusammenbruch der deutschen Demokratie 1933. Beiträge zum Widerstand 1933–1945*, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin 1988
- HERMANN GREIVE: *Theologie und Ideologie. Katholizismus und Judentum in Deutschland und Österreich 1918–1935*, Heidelberg 1969
- HEINZ MOSCHE GRAUPE: *Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650–1942*, Hamburg 1977
- WALTER GROSS: Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik, in: Hans Tramer (Hrsg.), *Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 536–555
- : Die letzten Jahre der „Jüdischen Rundschau“, in: *Qesher*, Sonderheft Mai 1989, S. 37–41
- BURKHARD GUTLEBEN: Radikaldemokratische Partei – aufrechte Linksliberale ohne Erfolg, in: *liberal*, 1 (1986), S. 65–75
- : Volksgemeinschaft oder zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 259–284
- ERNEST HAMBURGER: *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968
- : Jüdische Wähler und bürgerliche Parteien, in: Otto Büsch / Monika Wölk / Wolfgang Wölk (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933*, Berlin 1978, S. 345–361
- / PETER PULZER: Jews as Voters in the Weimar Republic, in: *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, S. 3–66
- RICHARD F. HAMILTON: Die soziale Basis des Nationalsozialismus. Eine kritische Betrachtung,

- in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert*, Göttingen 1981, S. 354–375
- : *Who voted for Hitler?*, New York 1982
- WALTER HANNOT: *Die Judenfrage in der katholischen Tagespresse Deutschlands und Österreichs 1923–1933*, Mainz 1990
- DONNA HARSCH: Der Sklarek-Prozeß 1929 und die sozialdemokratische Reaktion, in: Ludger Heid / Arnold Paucker (Hrsg.), *Juden und die deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Tradition*, Tübingen 1992, S. 194–213
- HEIKO HAUMANN: *Geschichte der Ostjuden*, München 1990
- DIRK HÄNISCH: Inhalt und Struktur der Datenbank ‚Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches 1920 bis 1933‘, in: *Historical Social Research*, 1 (1989), S. 39–67
- RUDOLF HEBERLE: *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932*, Stuttgart 1963
- LUDGER HEID: Harry Epstein – Ein Anwalt der Ostjuden in der Zeit der Weimarer Republik, in: Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 276–304
- : *Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*, Hildesheim 1995
- : „Mehr Intelligenz als körperliche Kraft“ Zur Sozialgeschichte ostjüdischer Proletarier an Rhein und Ruhr 1913–1923, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 15 (1986), S. 337–362
- ODED HEILBRONNER: The Failure that Succeeded: Nazi Party Activity in a Catholic Region in Germany, 1929–32, in: *Journal of Contemporary History*, 3 (1992), S. 531–549
- HANS-DIETER HELLIGE: Generationskonflikt, Selbsthaß und die Entstehung antikapitalistischer Positionen im Judentum, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 5 (1979), S. 476–518
- EIKE HENNIG / MANFRED KIESERLING: *Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik*, Kassel 1990
- EIKE HENNIG / MANFRED KIESERLING / THOMAS SCHLEGEL-BATTON: Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Zur Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei ländlichen Kreisen, in: Detlef Lehnert / Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 293–334
- JOST HERMAND: Juden in der Kultur der Weimarer Republik, in: Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 9–37
- JÜRGEN C. HEß: „Das ganze Deutschland soll es sein.“ *Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei*, Stuttgart 1978
- : Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik, in: Hans Vorländer (Hrsg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 91–116
- ALFRED HIRSCHBERG: Ludwig Hollaender, Direktor of the CV, in: *Year Book VII of the Leo Baeck Institute*, London 1962, S. 39–74
- DIETER HOFFMANN: „... wir sind doch Deutsche.“ *Zu Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen*, Alzey 1992
- HEINZ HOLECZEK: Die Judenemanzipation in Preußen, in: *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, hrsg. von Bernd Martin und Ernst Schulin, München 1981, S. 131–160
- : The Jews and the German Liberals, in: *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 77–92
- KARL HOLL: Der Austritt Theodor Wolffs aus der Deutschen Demokratischen Partei, in: *Publizistik*, 3 (1971), S. 294–302
- : Die Deutsche Demokratische Partei im Spannungsverhältnis zwischen Wehrpolitik und

- Pazifismus, in: Karl Holl / Wolfgang Wette (Hrsg.), *Pazifismus in der Weimarer Republik*, Paderborn 1981, S. 135–148
- : Ludwig Quidde, in: *liberal*, 3 (1971), S. 224–229
- : Pazifismus oder liberaler Imperialismus? Zur Rolle der Pazifisten in der DDP 1918–1930, in: Joachim Radkau / Imanuel Geiss (Hrsg.), *Imperialismus im 20. Jahrhundert*, München 1976, S. 171–195
- KLAUS HORNING: *Der Jungdeutsche Orden*, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14, Düsseldorf 1958
- HAROLD JAMES: *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Stuttgart 1988
- WERNER JOCHMANN: Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus, in: Rudolf Thadden (Hrsg.), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen 1978, S. 115–128
- : Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 409–510
- LARRY EUGENE JONES: Sammlung oder Zersplitterung? Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1977), S. 265–304
- : *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933*, Chapel Hill N. C. 1988
- : „The Dying Middle.“ Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics, in: *Central European History*, 5 (1972), S. 23–54
- ERNST KAHN: Die Frankfurter Zeitung, in: *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957, S. 228–235
- WANDA KAMPMANN: *Deutsche und Juden: Die Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt a. M. 1979
- MARION A. KAPLAN: *The Jewish Feminist Movement in Germany. The Campaigns of Jüdischer Frauenbund 1904–1938*, Westport – London 1979
- JACOB KATZ: *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft 1770–1870*, Frankfurt a. M. 1986
- ALEXANDER KESSLER: *Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung*. 1. 1928–1930, 2. 1931–1933, 2 Bde., München 1974–76
- BRIGITTE KLEIN: *Die C. V.-Zeitung der Jahrgänge 1925–1935. Zum Problem des Selbstverständnis deutscher Juden*, Diss. Frankfurt a. M. 1969
- THOMAS KLEIN: *Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867–1933*, Marburg 1992
- HANS-HELMUTH KNÜTTER: *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 bis 1933*, Düsseldorf 1971
- : Die Linksparteien, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 323–345
- EBERHARD KOLB: *Die Weimarer Republik*, München – Wien 1984
- KURT KOSZYK: *Deutsche Presse 1914–1945*, Berlin 1972
- WALTER KRÄMER: *So lügt man mit Statistik*, Frankfurt a. M. – New York 1991
- MICHAEL KREJCI: *Die Frankfurter Zeitung und der Nationalsozialismus 1923–1933*, Würzburg 1967
- DIETER LANGEWIESCHE: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988
- DETLEF LEHNERT / KLAUS MEGERLE: Politische Identität und nationale Gedenktage, in: Detlef Lehnert / Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 9–30
- HERBERT S. LEVINE: A Jewish Collaborator in Nazi Germany. The Strange Career of Georg Kareski, 1933–37, in: *Central European History*, 3 (1975), S. 251–281
- HERMANN LEWY: Die jüdische Presse in Deutschland, in: *Handbuch der Publizistik*, Bd. 3, Berlin 1969, S. 508–513
- ROBERT LIBERLES: Dohm's Treatise on the Jews – A Defense of the Enlightenment, in: *Year Book XXXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, S. 29–42
- : The Historical Context of Dohm's Treatise on the Jews, in: *Das deutsche Judentum und der*

- Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London, Sankt Augustin 1986, S. 44–66
- RUDOLF LILL: Zu den Anfängen des Antisemitismus im Bismarck-Reich, in: *Saeculum*, 2 (1975), S. 214–231
- JAN-BERND LOHMÖLLER / HARTMUT BÖMERMANN: Kontingenztafelschätzung aus Aggregatdaten, in: *Historical Social Research*, 4 (1992), S. 3–69
- PETER LÖSCHE / FRANZ WALTER: Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 29 (1989), S. 75–136
- KURT LÖWENSTEIN: Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 349–403
- INA LORENZ: *Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik*. Eine Dokumentation, 2 Bde., Hamburg 1987
- STEVEN M. LOWENSTEIN: The Rural Community and the Urbanization of German Jewry, in: *Central European History*, 3 (1980), S. 218–236
- BRUNO LOWITSCH: *Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung*, Frankfurt a. M. 1980
- ELKANA MARGALITH: The Dilemmas of Gustav Landauer, in: *Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung*. Internationales Symposium, Dezember 1976, hrsg. v. Walter Grab, Institut für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv. Jahrbuch für deutsche Geschichte, Beiheft 2, S. 131–146
- ERICH MATTHIAS: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 101–278
- : / RUDOLF MORSEY: Die Deutsche Staatspartei, in: Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 31–97
- TRUDE MAURER: *Die Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland (1780–1933)*, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 4. Sonderheft, Tübingen 1992
- : *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986
- PETER DE MENDELSON: *Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse*, Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1982
- JOSEF MERAN: *Theorien in der Geschichtswissenschaft. Die Diskussion über die Wissenschaftlichkeit der Geschichte*, Göttingen 1985
- PERETZ MERCHAV: Jüdische Aspekte in der Einschätzung von Rosa Luxemburg, in: *Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung*. Internationales Symposium, Dezember 1976, hrsg. v. Walter Grab. Institut für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Beiheft 2, S. 185–202
- HORST MÖLLER: *Weimar. Die unvollendete Demokratie*, München 1985
- HANS MOMMSEN: Zur Frage des Einflusses der Juden auf die Wirtschaft in der Zeit der Weimarer Republik, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 348–369
- RUDOLF MORSEY: *Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32, Düsseldorf 1966
- GEORGE L. MOSSE: Deutsche Juden und der Liberalismus: ein Rückblick, in: *Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London, Sankt Augustin 1986, S. 173–192
- : *Germans and Jews: The Right, the Left and the Search for a 'third force' in Pre-Nazi Germany*, Detroit – Wayne State University Press 1987
- : German Socialist and the Jewish Question in the Weimar Republic, in: *Year Book XVI of the Leo Baeck Institute*, London 1971, S. 123–151
- WERNER E. MOSSE : Einleitung: Deutsches Judentum und Liberalismus, in: *Das Deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines inter-

- nationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London, Sankt Augustin 1986, S. 15–27
- : German Jews: Citizens of the Republic, in: *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, hrsg. v. Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986, S. 45–54
  - : *Jews in German Economy; the German-Jewish Economic Elite 1920–1935*, Oxford 1987
  - : The Conflict of Liberalism and Nationalism and its Effect on German Jewry, in: *Year Book XV of the Leo Baeck Institute*, London 1970, S. 125–142
- HARALD NEUBER: *Haunetaler Geschichte*, Haunetal 1992
- DONALD L. NIEWYK: The Economic and Cultural Role of the Jews in the Weimar Republic, in: *Year Book XVI of the Leo Baeck Institute*, London 1971, S. 163–173
- : The Impact of Inflation and Depression on the German Jews, in: *Year Book XXVII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 19–36
  - : *The Jews in Weimar Republik*, Louisiana State University Press 1980
- THOMAS NIPPERDEY: Auf dem Weg zur Gleichberechtigung, in: Günter Stemberger (Hrsg.), *Die Juden. Ein historisches Lesebuch*, München 1990, S. 215–224
- / REINHARD RÜRUP: Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs, in: Reinhard Rürup: *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 95–114
- DIETER OHR / ANTON WILD / MICHAEL ZÄNGLE: Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlands. Der Beitrag kleinräumiger Fallstudien zur Erklärung des Aufstiegs der NSDAP, in: *Historical Social Research*, 2 (1992), S. 4–48
- WILHELM ORTH: Ein aufrechter Republikaner – Theodor Wolff und die Deutsche Demokratische Partei, in: *liberal*, 3 (1991), S. 99–107
- FRANZ URBAN PAPP: Aggregatdatenanalyse, in: Jürgen van Koolwijk / Maria Wicken-Maysen (Hrsg.), *Techniken der empirischen Sozialforschung*, Band 7, München 1977, S. 78–110
- ARNOLD PAUCKER: Das Berliner liberale jüdische Bürgertum im ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), *Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien*, Berlin 1995, S. 215–228
- : Der jüdische Abwehrkampf, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 405–499
  - : *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, 2. Aufl., Hamburg 1968
  - : Die Abwehr des Antisemitismus in den Jahren 1893–1933, in: Herbert A. Strauss / Norbert Kampe (Hrsg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Bonn 1984, S. 143–171
  - : Jewish Defence against Nazism in the Weimar Republic, in: *Wiener Library Bulletin*, New Series 26/7, 1972, S. 21–31
  - : Jewish Self-Defence, in: *Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, hrsg. v. Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986, S. 55–65
  - : Searchlight on the Decline of the Weimar Republic – The Diaries of Ernst Feder, in: *Year Book XIII of the Leo Baeck Institute*, London 1968, S. 161–234
  - : The Jewish Defense against Antisemitism in Germany, 1893–1933, in: Jehuda Reinharz (Hrsg.), *Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses*, Hannover–London 1987, S. 104–132
  - : Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, hrsg. v. Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1976, S. 479–548
- DIETMAR PETZINA / WERNER ABELSHAUSER / ANSELM FAUST: *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945*. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Band III, München 1978
- SABINE PFENNIG-ENGEL: Der Streit zwischen CV und ZVfD: die innerjüdische Diskussion am Ende der Weimarer Republik (1928–1933), in: *Tribüne*, 97 (1986), S. 143–154
- RUTH PIERSON: Embattled Veterans – The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, in: *Year Book XIX of the Leo Baeck Institute*, London 1974, S. 139–154

- LUDWIG PINNER: Vermögenstransfer nach Palästina 1933–1939, in: Hans Tramer (Hrsg.), *Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 133–166
- ROBERT A. POIS: *The Bourgeois Democrats of Weimar Germany*, Philadelphia 1976
- STEPHEN M. POPPEL: *Zionism in Germany 1897–1933: The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1976
- HEINZ-JÜRGEN PRIAMUS: *Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1979
- ARTHUR PRINZ: *Juden im deutschen Wirtschaftsleben. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850–1914*, bearb. und hrsg. von Avraham Barkai, Tübingen 1984
- MICHAEL PRINZ: „Ein Bilderbuchverhalten an Mäßigung?“ Kritische Fragen zu den Angestellten in Weimar, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 83–106
- : *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, Bielefeld 1986
- PETER PULZER: Die Juden und die Krisen des deutschen Liberalismus, in: *liberal*, 4 (1986), S. 45–56
- : Jews and the Crisis of Liberalism, in: *Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism*. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London, Sankt Augustin 1986, S. 124–137
- : *Jews and the German State – The Political History of a Minority, 1848–1933*, Oxford – Blackwell 1992
- DIETER REBENTISCH: „Die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratie.“ Linksopposition und kommunale Reformpolitik in der Frankfurter Sozialdemokratie der Weimarer Epoche, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, 61 (1987), S. 299–354
- EVA G. REICHMANN: Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 511–612
- : *Flucht in den Hass. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1968
- : Die Lage der Juden in der Weimarer Republik, in: „Die Reichskristallnacht“. *Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Bonn – Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. 1959, S. 19–31
- JEHUDA REINHARZ: Advocacy and History: The Case of the Centralverein and the Zionists, in: *Year Book XXXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, S. 113–122
- : Deutschtum and Judentum in the Ideology of the Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens 1893–1914, in: *Jewish Social Studies*, 1 (1974), S. 19–39,
- (Hrsg.): *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933*, Tübingen 1981
- CARL L. RHEINS: The Verband nationaldeutscher Juden 1921–1933, in: *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 243–268
- MONIKA RICHARZ (Hrsg.): *Jüdisches Leben in Deutschland – Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte*, Bd. 3: 1918–1945, Stuttgart 1982
- FRITZ K. RINGER: Inflation, Antisemitism and the German Academic Community of the Weimar Period, in: *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 3–10
- KARL ROHE: Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: *Historische Zeitschrift*, 2 (1982), S. 337–357
- : *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1992
- REINHARD RÜRUP: *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur Judenfrage der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1987
- : Emanzipation und Krise – Zur Geschichte der ‚Judenfrage‘ in Deutschland vor 1890, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, Tübingen 1976, S. 1–56
- : Judenemanzipation und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, in: Ernst Schulin (Hrsg.),

- Gedenkschrift Martin Göhring*. Studien zur Europäischen Geschichte, Wiesbaden 1968, S. 174–199
- : Ludwig Quidde, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 124–147
- EBERHARD SCHANBACHER: Das Wählervotum und die „Machtergreifung“ im deutschen Südwesten, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*, Stuttgart 1982, S. 295–308
- : *Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1983
- CHAIM SCHATZKER: Comments on Evyater Friesel's Essay in Year Book XXXI, in: *Year Book XXXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, S. 97–99
- MICHAEL SCHIRMER: Politische-kulturelle Deutungsmuster: Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik, in: Detlef Lehnert / Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage*, Opladen 1989, S. 31–60
- USIEL O. SCHMELZ: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1 (1982), S. 31–72
- TORSTEN SCHNEIDER: *Das Massenmedium Tageszeitung am Ende der Weimarer Republik. Historisch-empirische Analysen zur politischen Ausrichtung beim Leserkreis und dem eventuellen Einfluß dieses Mediums auf die Wahlerfolge der NSDAP 1928 und 1933*, Fachbereich 15 der Freien Universität Berlin 1988
- WERNER SCHNEIDER: *Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, München 1978
- GERSHOM SCHOLEM: Zur Sozialpsychologie der Juden in Deutschland 1900–1933, in: Rudolf Thadden (Hrsg.), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen 1978, S. 256–277
- ERNST SCHULIN: Die Rathenaus. Zwei Generationen jüdischen Anteils an der industriellen Entwicklung Deutschlands, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im Wilhelminischen Deutschland*, Tübingen 1976, S. 115–142
- MARTIN SCHUMACHER: Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weißbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 823–835
- : Jüdische Pressestimmen zum Tode von Friedrich Ebert und zur Neuwahl des Reichspräsidenten 1925, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 4 (1975), S. 339–367
- : *Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933*, Düsseldorf 1972
- HARTMUT SCHUSTEREIT: *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von SPD und DDP 1919–1930*, Düsseldorf 1975
- GOTTHART SCHWARZ: *Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt“. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933*, Tübingen 1968
- CHAIM SEELIGMANN / GIVAT BRENNER: Die Reichstagswahlen des 14. Septembers 1930 im Spiegel der jüdischen Presse, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, 17 (1988), S. 169–192
- JAMES SHEEHAN: *Der deutsche Liberalismus von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770–1914*, München 1983
- ALPHONS SILBERMANN: Deutsche Juden oder jüdische Deutsche? Zur Identität der Juden in der Weimarer Republik, in: Walter Grab / Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986, S. 347–355
- BERND SÖSEMANN: *Das Ende der Weimarer Republik in der Kritik demokratischer Publizisten. Theodor Wolff, Ernst Feder, Julius Elbau, Leopold Schwarzschild*, Berlin 1976
- : Liberaler Journalismus in der politischen Kultur der Weimarer Republik. Der Beitrag des jüdischen Publizisten und Politikers Theodor Wolff, in: Julius H. Schoeps, (Hrsg.), *Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland*, Stuttgart – Bonn 1989, S. 241–268
- : Periode des Übergangs oder „Ende des Systems“? Liberale Publizistik im Weimar der

- Präsidentalkabinette, in: Thomas Koebner (Hrsg.), *Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930–1933*, Frankfurt a.M. 1982, S. 143–181
- : Von Boulanger bis Hitler – Theodor Wolffs Leben und Werk in den Auseinandersetzungen seiner Zeit, in: *Qesher*, Sonderheft Mai 1989, S. 48–57
- HANS SPEIER: *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus*, Göttingen 1977, (Taschenbuchausgabe Frankfurt a.M. 1989)
- WERNER STEPHAN: *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973
- RAHEL STRAUS: *Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933*, Stuttgart 1961
- BARBARA SUCHY: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II) – From the First World War to its Dissolution in 1933, in: *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, S. 67–104
- : Die jüdische Presse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland*, Stuttgart – Bonn 1989, S. 167–191
- HELMUT THOME: Grundkurs Statistik für Historiker. Teil I: Deskriptive Statistik, Köln 1989, (*Historical Social Research-Supplement-Heft 2*)
- : Grundkurs Statistik für Historiker. Teil II: Induktive Statistik und Regressionsanalyse, Köln 1990, (*Historical Social Research-Supplement-Heft 3*)
- JACOB TOURY: *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966
- : Gab es ein Krisenbewußtsein unter den Juden während der „Guten Jahre“ der Weimarer Republik, 1924–1929? in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 17 (1988), S. 145–168
- : Organizational Problems of German Jewry – Steps towards the Establishment of a Central Organization (1893–1920), in: *Year Book XIII of the Leo Baeck Institute*, London 1968, S. 57–92
- HANS TRAMER: Der Beitrag der Juden zu Geist und Kultur, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 317–388
- SHULAMIT VOLKOV: Jüdische Assimilation und jüdische Eigenart im Deutschen Kaiserreich. Ein Versuch, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), S. 331–348
- : *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990
- : The Dynamics of Dissimilation: Ostjuden and German Jews, in: Jehuda Reinharz / Walter Schatzberg (Hrsg.), *The Jewish Response to German Culture. From Enlightenment to the Second World War*, Hannover – London 1985, S. 195–211
- HORST WEISSHAUPT / SUSANNE HAGEMANN: *Die innerstädtische Sozialstruktur im Prozeß der Stadtentwicklung von Frankfurt am Main dargestellt am Beispiel des Arbeiteranteils 1939–1979*, in: Arbeitsmaterialien und Sonderdrucke zur ökonomischen Bildungsforschung, hrsg. v. Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Abteilung Bildungsökonomie, o.J.
- ROBERT WELTSCH: *Die deutsche Judenfrage. Ein kritischer Rückblick*, Königstein 1981
- : Deutscher Zionismus im Rückschau, in: Hans Tramer (Hrsg.), *Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 27–42
- P.B. WIENER: Die Parteien der Mitte, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 290–321
- FALK WIESEMANN: Kurt Eisner. Studie zu einer politischen Biographie, in: Karl Bosl (Hrsg.), *Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen*, München 1969, S. 387–426
- RUDOLF WILDENMANN: *Wahlforschung*, Mannheim 1992
- HEINRICH AUGUST WINKLER: *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Berlin 1984–87, 3 Bde.

- : 1866 und 1878: Der Machtverzicht des Bürgertums, in: Carola Stern / Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, Frankfurt a.M. 1979, S. 37–60
- JÜRGEN R. WINKLER: Sozialstruktur und Parteiensystem in Deutschland, in: *Historical Social Research*, 1 (1992), S. 53–102
- HEINRICH WOLF: *Die Entstehung des Jungdeutschen Ordens und seine frühen Jahre 1918–1922*, München 1970
- : *Der Jungdeutsche Orden in seinen mittleren Jahren 1922–1925*, München 1972
- MOSHE ZIMMERMANN: „Die aussichtslose Republik“-Zukunftsperspektiven der deutschen Juden vor 1933, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte*, 1990, S. 152–183
- HANS-GÜNTER ZMARZLIK: Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, in: Bernd Martin / Ernst Schulz (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, S. 249–270

## 7. Anhang

### 7.1 Datensatzdokumentation

Nachfolgend sind die Quellen der im Rahmen der Arbeit erstellten Datensätze für die Städte Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg und Köln aufgeführt. Die Jahreszahlen beziehen sich auf die Wahljahre. Kommunalwahlen fanden in Berlin in den Jahren 1925 und 1929 statt.

#### *Berlin:*

Datenbasis auf Einteilungen der SPD-Abteilungen:

1929: Vorwärts (enthält gleichfalls die Ergebnisse der Kommunalwahl 1925)

1930: Vorwärts

1932 II: Vorwärts

Datenbasis auf Ortsteilebene:

1925: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1926, S. 225 ff., Vorwärts, Grunewald-Echo, Lichterfelder Lokalanzeiger

1929: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Vorwärts, Grunewald-Echo, Lankwitzer Anzeiger, Lichterfelder Lokalanzeiger

1930: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Vorwärts, Friedenauer Lokalanzeiger, Tegel-Hermsdorfer Zeitung, Lichterfelder Lokalanzeiger

1932 I: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Friedenauer Lokalanzeiger, Grunewald-Echo, Nord-Berliner Tagespost, Steglitzer Anzeiger

1932 II: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Vorwärts, Friedenauer Lokalanzeiger, Grunewald-Echo, Lichterfelder Lokalanzeiger, Nord-Berliner-Tagespost

Konfessionsverteilung: Amtliche Statistik der Stadt Berlin

Datenbasis auf Verwaltungsbezirksebene:

1924: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin

1928: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin

1930: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin

1932: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin

Konfessionsverteilung: Amtliche Statistik der Stadt Berlin

Sozialdaten: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1928, S. 18 ff.

*Frankfurt a. M. :*

Datenbasis für Stimmbezirke:

1928: Frankfurter Zeitung

1930: Frankfurter Zeitung

1932 I: Frankfurter Zeitung, Frankfurter Generalanzeiger (Wahlberechtigte)

1932 II: Frankfurter Zeitung, Frankfurter Generalanzeiger (Stimmbezirke  
265–301)

Aggregation der Stimmbezirke nach: Städtisches Anzeigenblatt 1928, 1930 u.  
1932

Datenbasis für Stadtteilergebnisse:

1928: Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt

1930: Frankfurter Generalanzeiger

1932 I: Frankfurter Generalanzeiger, Stimmbezirksergebnisse aggregiert

1932 II: Frankfurter Generalanzeiger, Stimmbezirksergebnisse aggregiert

Konfessionsverteilung: Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt, 2. Ausgabe,  
Enthaltend die Statistik der Jahre 1906/07 bis 1926/27, Frankfurt 1928, S. 68 f.

*Hamburg:*

Datenbasis auf Stimmbezirksebene:

1928: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1928, Nr. 25

1930: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1930, Nr. 34

1932 I: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1932, Nr. 29

1932 II: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1932, Nr. 30

Aggregation der Stimmbezirke nach:

Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1928, Nr. 22

Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1930, Nr. 25

Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1932, Nr. 28

Datenbasis auf Stadtteilebene:

1924: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat 1924, Nr. 24

1928: Statistisches Jahrbuch für die Freie Hansestadt Hamburg 1927/1928,  
S. 422 f.

1930: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1930, Nr. 34,  
S. 90 f.

1932 I: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, 1932, Nr. 28,  
S. 39 f.

1932 II: Statistisches Jahrbuch für die Freie Hansestadt Hamburg 1932/33,  
S. 240 f.

Konfessionsdaten: Statistik des Hamburgischen Staats. Herausgegeben vom Sta-  
tistischen Landesamt, Heft XXXII, Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung  
vom 16. Juni 1925, 1. Teil: Die Volkszählung, S. 86 ff.

Sozialdaten: Statistik des Hamburgischen Staates. Herausgegeben vom Statisti-

schen Landesamt, Heft XXXIII, Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, 2. Teil: Die Berufszählung, S. 19 ff. u. S. 78 ff.

*Köln:*

1928: Lorenz Huber, Die Reichstags- und Landtagswahl in Köln am 20. 5. 1928, in: Kölner Verwaltungsstatistik 6, 1928, S. 161 ff.

1930: Beilage zum Monatsbericht des Statistischen Wahlamts der Stadt Köln

1932 I: Beilage zum Monatsbericht des Statistischen Wahlamts der Stadt Köln

1932 II: Beilage zum Monatsbericht des Statistischen Wahlamts der Stadt Köln

Konfessionsdaten: Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln, 22. Jg., 1933, S. I. Die Konfessionsverteilung nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 ist nach katholischen Dekanaten und Pfarreien aufgeschlüsselt. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln, 15. Jg., 1925, S. 33.

## 7.2 Tabellen

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten in den Reichstagswahlen 1924 bis 1932 in Berlin

%	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II
KPD	13,6	12,6	19,3	22,1	22,2	25,0
SPD	15,5	23,4	25,7	22,1	22,2	18,8
DDP/DStp	6,8	8,4	6,0	4,3	1,3	1,1
Zentrum	2,9	3,0	2,6	2,9	4,0	3,6
DVP	6,4	5,0	5,0	3,0	0,6	0,9
DNVP	17,2	18,4	13,9	10,5	6,7	9,2
NSDAP*	3,7	1,6	1,2	11,8	23,3	20,9
Sonstige	10,0	4,8	4,5	4,3	0,9	1,1
Nichtwähler	23,9	22,8	21,7	19,0	18,8	19,5

\* RT 1924 I: Deutsch-Völkische Freiheitspartei; RT 1924 II: Nationalsozialistische Freiheitsbewegung

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten in den Reichstagswahlen 1924 bis 1932 in Hamburg

%	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II
KPD	14,6	11,1	13,6	15,3	15,3	18,5
SPD	21,4	24,2	28,9	26,2	26,2	23,2
DDP/DStp	10,2	9,6	9,2	7,1	5,1	4,5
Zentrum	1,2	1,3	1,3	1,2	1,7	1,5
DVP	9,1	9,6	10,4	7,4	1,6	2,7
DNVP	15,1	16,2	9,9	3,3	4,1	7,4
NSDAP	–	–	2,1	15,6	27,6	22,0
Sonstige	6,1	3,5	3,2	6,1	1,4	2,1
Nichtwähler	22,2	24,6	21,5	17,8	17,0	18,3

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten in den Reichstagswahlen 1928 bis 1932 in Frankfurt a. M.

%	1928	1930	1932 I	1932 II
KPD	8,9	11,7	10,9	14,6
SPD	24,1	21,3	20,8	18,6
DDP/DStp	5,9	4,5	0,6	1,1
Zentrum	7,9	8,5	11,1	9,5
DVP	8,5	6,9	1,8	4,3
DNVP	6,9	1,7	2,1	3,1
NSDAP	3,2	16,2	31,0	27,6
Sonstige	6,5	7,6	1,9	2,1
Nichtwähler	29,0	21,7	19,9	19,1

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten in den Reichstagswahlen 1928 bis 1932 in Köln

%	1928	1930	1932 I	1932 II
KPD	8,5	12,1	16,7	16,5
SPD	14,0	13,9	13,5	11,6
DDP/DStp	2,6	3,3	0,3	0,3
Zentrum	17,3	18,3	21,3	18,1
DVP	7,2	5,0	1,1	1,9
DNVP	3,4	1,3	2,4	3,9
NSDAP	1,1	13,3	19,1	14,3
Sonstige	4,4	6,1	1,6	1,1
Nichtwähler	41,7	26,6	24,1	32,4

Relativer Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Stimmenanteile der Parteien unter Kontrolle des Katholikenanteils in den Städten Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln

	RT 1928	RT 1930	RT 1932 I	RT1932 II
KPD	-38	-38	-37	-38
SPD	-48	-46	-35	-28
DDP/DStp	51	48	- 1	8
Zentrum	0	3	12	8
DVP	17	14	16	24
DNVP	31	27	32	32
NSDAP	21	18	13	16
Sonstige	11	-13	-31	-11
Nichtwähler	28	50	56	30

N = 83; Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach Wahlberechtigten;

Relativer Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Prozentpunktveränderungen der Parteien unter Kontrolle des Katholikenanteils in den Städten Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg und Köln

	1930/28	1932/30	1932/32
KPD	-16	10	-21
SPD	40	61	48
DDP/DStp	-34	-72	35
Zentrum	33	46	- 2
DVP	-20	-13	29
DNVP	-16	- 9	24
NSDAP	16	3	4
Sonstige	-20	7	15
Nichtwähler	4	2	-25

N= 83; Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen

Relativer Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Stärke der Parteien unter Kontrolle des Katholikenanteils und des prozentualen Anteils der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen („Gemeindeebene Deutsches Reich“)

%	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1933
DDP/DStp	5	23	29	27	18	35
Nichtwähler	23	13	16	12	23	26
KPD*	- 4	-17	-11	2	- 2	- 4
SPD	-11	-13	- 9	-10	- 9	- 8
Zentrum/BVP	- 3	-13	- 1	- 2	0	0
DVP	0	- 1	-15	-10	- 5	- 2
DNVP•	3	7	8	11	15	5
Sonstige+	- 5	7	0	-14	-18	- 7

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach Wahlberechtigten; 1920: N= 2851; 1924 I: N=2851; 1924 II: N=2960; 1928: N=3234; 1930: N=3372; 1933: N=3372

\* 1920: USPD; • 1933: Kampffront Schwarz-Weiß-Rot; + Sonstige = Sonstige Parteien ohne NSDAP

Relativer Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Prozentpunktveränderungen der Parteien unter Kontrolle des Katholikenanteils und prozentualen Anteils der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen („Gemeindeebene Deutsches Reich“)

%	24/20	24/24	28/24	30/28	33/30
DDP/DStp	16	18	-20	-14	- 9
Nichtwähler	-11	0	- 3	12	-13
KPD*	- 8	22	31	-14	- 3
SPD	- 2	7	- 9	4	9
Zentrum/BVP	8	- 6	0	5	5
DVP	-10	-12	15	10	5
DNVP•	7	1	5	- 3	17
Sonstige+	11	- 7	-14	- 4	9

Standardisierter Regressionskoeffizient ( $\times 100$ ); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 24/20: N=2851; 24/24: N=2960; 28/24: N=3234; 30/28: N=3242; 33/30: N=3372

\* 24/20 Differenz (RT 1920 USPD - RT 1924 KPD)

• 33/30 Differenz (RT 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot - RT 1930 DNVP)

+ Sonstige = Sonstige Parteien ohne NSDAP

Relative Einflußstärke des jüdischen Bevölkerungsanteils auf den prozentualen Anteil der DDP/DStp unter Kontrolle des Selbständigen- und Berufslosenanteils („Gemeindeebene Deutsches Reich“)

% DDP/DStp	% Juden	% Selbständige	% Berufslose	R <sup>2</sup>
1920	15	-15	12	9%
1924 I	34	-21	1	18%
1924 II	42	-23	8	28%
1928	38	-24	11	27%
1930	27	-14	11	13%
1933	46	-16	6	27%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); 1920: N=1182; 1924 I: N=1182; 1924 II: N=1231; 1928: N=1231; 1930: N=1219; 1933: N=1141

Relative Einflußstärke des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Prozentpunktveränderungen der DDP/DStp unter Kontrolle des Selbständigen- und Berufslosenanteils („Gemeindeebene Deutsches Reich“)

% DDP/DStp	% Juden	% Selbständige	% Berufslose	R <sup>2</sup>
1924/20	14	0	-18	4%
1924/24	24	-15	8	9%
1928/24	-29	10	3	10%
1930/28	-15	11	0	4%
1933/1930	-17	11	-12	7%

Standardisierter Regressionskoeffizient (×100); gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten aus beiden Wahlen; 1924/20: N=1182; 1924/24: N=1182; 1928/24: N=1231; 1930/28: N=1219; 1933/30: N=1141

## Personenregister

- Abel, August 170  
Adelung, Bernhard 260  
Adenauer, Konrad 167  
Adler-Rudel, Schalom 66  
Adolph, Arthur 166  
Alexander, Kurt 45, 116  
Angress, Werner T. 16  
Auer, Erhard 17  
Aufhäuser, Siegfried 22
- Balfour, James Arthur 51  
Bamberger, Ludwig 41  
Barkai, Abraham 86  
Barth, Emil 21  
Bäumer, Gertrud 121, 129  
Bebel, August 20  
Becker, Werner 176  
Berger, Alfred 92, 104  
Bernhard, Georg 119, 121, 156, 161–162,  
165, 182, 188, 270, 302  
Bernstein, Eduard 20, 143  
Bernstein, Reiner 55–56  
Bertram, Hans 150  
Blankenberg, Heinz 291  
Blumenfeld, Kurt 43, 134, 171, 173  
Bolz, Eugen 207  
Bornemann, Ernst 126, 193  
Braun, Otto 200  
Brüning, Heinrich 105, 172, 200–201
- Cahnmann, Werner 138, 257  
Carbe, Martin 28–29  
Claß, Heinrich 15  
Colosser, Otto 113
- David, Eduard 22  
Dernburg, Bernhard 165  
Dessauer, Friedrich 290  
Dietrich, Hermann 137, 201  
Dingeldey, Eduard 118  
Dirks, Walter 290
- Dittmann, Wilhelm 21  
Dohm, Christian Wilhelm 32
- Ebert, Friedrich 20–21  
Eisner, Kurt 17–19, 61  
Eksteins, Modris 176  
Elbau, Julius 190  
Epstein, Harry 70  
Erkelenz, Anton 198  
Etscheit, Alfred 157  
Eyck, Erich 207
- Falk, Bernhard 119  
Falter, Jürgen W. 95  
Faris, Ellsworth 263  
Feder, Ernst 28, 185–186, 195, 246  
Fischer, Hermann 187  
Flade, Roland 5  
Frank, Ludwig 20  
Freund, Ismar 55  
Freund, Ludwig 104, 106  
Frick, Wilhelm 113, 117, 164  
Frye, Bruce B. 6–7, 103
- Gay, Peter 45–47, 69  
Goldmann, Felix 94  
Goldstein, Julius 46, 124–125  
Gotheim, Georg 158  
Grab, Walter 47  
Gradnauer, Kurt 17, 21–22, 26  
Graue, Dietrich 101, 207  
Gross, Walter 54
- Haas, Ludwig 103, 119, 121, 132, 144, 166,  
178, 210, 302  
Haase, Hugo 20–21  
Hamburger, Ernest 3, 5, 7, 9, 22, 35, 42,  
107, 236  
Hamilton, Richard F. 7, 87, 95, 288  
Hannot, Walter 5  
Harsch, Donna 7

- Heberle, Rudolf 95  
 Heimann, Hugo 22, 103–104, 133, 152  
 Hellpach, Willy Hugo 121, 190  
 Hennig, Eike 274  
 Hermand, Jost 46  
 Hermann, Georg 49–50  
 Herzfeld, Joseph 20  
 Herzl, Theodor 50  
 Heß, Jürgen C. 5  
 Heuß, Theodor 137, 187, 189, 289, 309  
 Hilferding, Rudolf 22, 26, 207  
 Hindenburg, Paul von 105  
 Hirsch, Paul 21  
 Hitler, Adolf 201, 205  
 Hoff, Curt 207  
 Hoffmann, Johannes 19  
 Holländer, Ludwig 28, 48, 93, 120,  
 123–125, 130–131, 133–134, 155, 173,  
 303  
 Hörsing, Friedrich Otto 173  
 Hugenberg, Alfred 128, 201  
 Hummel, Hermann 198  
  
 Issberner, Reinhold 6  
  
 Jogiches, Leo 17  
 Jones, Larry E. 7  
 Joos, Josef 205  
  
 Kaas, Ludwig 157, 172  
 Kantorowicz, Hermann 270  
 Kareski, Georg 103, 133, 150, 152,  
 168–170, 196, 241  
 Kaufmann, Carl Maria 106  
 Kaulla, Rudolf 28  
 Kautsky, Karl 20, 22, 65  
 Kellermann, Felix 151–2  
 Koch-Weser, Erich 149–50, 180, 187,  
 189–191, 194–95  
 Kohn, Oskar 20  
 Korell, Adolf 147  
 Krone, Heinrich 152  
 Kuntze, Richard 114  
 Külz, Wilhelm 189  
 Künstler, Franz 142  
  
 Landauer, Gustav 19  
 Landsberg, Alfred 66  
 Landsberg, Otto 20–21, 26  
 Lasker, Eduard 148  
 Lauscher, Albert 159  
 Lehmann, Arthur 133  
 Lemmer, Ernst 137  
 Lestschinsky, Jakob 74–76, 81, 86, 91  
  
 Leuschner, Wilhelm 260  
 Levi, Paul 17  
 Leviné, Eugen 19  
 Liebknecht, Karl 16  
 Löwenstein, Leo 97, 101  
 Luxemburg, Rosa 16  
 Lüth, Erich 190  
  
 Mahraun, Arthur 102, 123–131, 149–150,  
 154, 165–166, 170, 192–195, 197, 199  
 Mann, Thomas 108  
 Marx, Wilhelm 139, 178, 185  
 Maurer, Trude 10  
 Meyer, Julie 271  
 Meyer, Oscar 166, 188, 195  
 Moses, Julius 104, 133, 152–153  
 Mosse, George L. 5, 107  
 Mosse, Rudolf 28, 174  
 Mosse, Werner E. 5, 55  
 Mussolini, Benito 130  
 Mühsam, Erich 19  
  
 Naumann, Friedrich 121  
 Naumann, Max 57–58  
 Nell-Breuning, Oswald von 290  
 Neumann, Leopold 203  
 Neurath, Otto 19  
 Niewyk, Donald L. 46, 55, 84, 255  
 Nuschke, Otto 101, 119, 136, 155  
  
 Ossietzky, Carl von 131  
  
 Papen, Franz von 200, 282  
 Paucker, Arnold 3–5, 42, 235  
 Petersen, Carl 187, 205  
 Peyser, Alfred 57–58  
 Pinner, Ludwig 55  
 Preuß, Hugo 21–23, 26, 30, 162  
 Prinz, Michael 87  
 Pulzer, Peter 2–3, 5, 7, 9, 107, 236  
  
 Quidde, Ludwig 195  
  
 Rade, Martin 199  
 Rathenau, Walter 23–24, 26  
 Raulecker, Bruno 188  
 Raumer, Hans von 117, 147  
 Reiber, Julius 156  
 Reichmann, Eva G. 26, 40, 42, 45,  
 131–132  
 Reinharz, Jehuda 55  
 Reinheimer, Max 188  
 Reinhold, Peter 187, 202, 207, 282  
 Richarz, Monika 5–6

- Rohe, Karl 303  
Rosenfeld, Kurt 21–22  
Röder, Adam 138  
Rürup, Reinhard 31, 38
- Schach, Fabius 51  
Schauff, Johannes 7–8  
Scheidemann, Philipp 21  
Schleicher, Kurt von 200  
Scholem, Gershom 46  
Scholz, Ernst 118, 190, 192  
Schult, Otto 186  
Schumacher, Martin 241  
Schweriner, Arthur 115  
Schwering, Leo 138  
Seeckt, Hans von 122–124, 127  
Severing, Carl 108  
Silbermann, Alphons 45  
Sklarz, Leo 69  
Sollmann, Wilhelm 101  
Sonnemann, Leopold 174–175  
Stegerwald, Adam 174, 184  
Stein, Arnold 101  
Stein, Günther 93  
Stolper, Gustav 166, 289, 309  
Stresemann, Gustav 59, 116, 180–182, 184  
Stubmann, Peter Franz 205  
Sulzbach, Walter 44
- Tantzen, Theodor 186  
Thalheimer, August 17  
Theilhaber, Felix 63  
Tietz, Georg 83  
Toller, Ernst 19, 21  
Toury, Jacob 37, 41–42, 234, 255, 307
- Ullstein, Leopold 174–175
- Wadler, Arnold 19  
Wassermann, Jakob 50, 58  
Weber, Alfred 206  
Weber, Max 22  
Weil, Bruno 103, 132–133, 141, 150, 166,  
170, 192  
Weiß, Bernhard 108, 134–135  
Wels, Otto 21  
Weltsch, Robert 52, 67  
Weyl, Hermann 22  
Wiener, Alfred 103, 124  
Wirth, Joseph 22, 108, 139, 168, 185  
Wolff, Leo 46  
Wolff, Theodor 187, 195–196  
Wolffstein, Rosi 17  
Wolfssohn, David 51
- Zucker, Hermann 160  
Zweig, Arnold 161



# Zeugen des Widerstands

Herausgegeben von Joachim Mehlhausen

Die in diesem Band zusammengestellten acht Portraits skizzieren auf der Höhe des jeweiligen Forschungsstandes die Lebenswege von Angehörigen jenes keineswegs homogenen Widerstandskreises, der sich nach langen und intensiven Vorbereitungen zum Attentat gegen Hitler am 20. Juli 1944 entschloß. Dabei wird eine für die Widerstandsforschung sehr wichtige Erkenntnis aufgedeckt: Nicht politische Ziele oder gemeinsame Zukunftsprogramme, nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht oder Gruppe schlossen diese ‚Zeugen des Widerstands‘ zusammen, sondern die Parteinahme für *Recht und Gerechtigkeit*. Jede der vorgestellten Persönlichkeiten war auf unterschiedlichem Weg zu der Einsicht gekommen, daß den nationalsozialistischen Staatsverbrechen ein unüberhörbarer Protest entgegengesetzt werden mußte – auch wenn das Attentat selbst mißlingen sollte. Ergänzende Beiträge über die ‚Frauen der Männer des Widerstands‘ und über die aufschlußreiche Rezeptionsgeschichte der Widerstandsthematik nach 1945 bestätigen diese historische Erkenntnis, die für jede künftige Deutung der Ereignisse um den 20. Juli 1944 von größter Bedeutung ist.

Die Autoren des Bandes sind: Karl-Dietrich Bracher, Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Joachim Köhler, Christoph Marksches, Joachim Mehlhausen, Jürgen Moltmann, Elisabeth Moltmann-Wendel, Jan Rohls, Jörg Thierfelder, Wolfgang GrafVitzthum.

1996. VII, 273 Seiten. Gebunden.

**J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen**

Michael Schenk

## **Soziale Netzwerke und Massenmedien**

Untersuchungen zum Einfluß der persönlichen  
Kommunikation

In der modernen Gesellschaft scheinen sich die sozialen Gefüge aufzulösen. Welche Bedeutung hat die persönliche Kommunikation in dieser Gesellschaft noch? Nimmt – wie immer öfter zu hören ist – der Einfluß der Massenmedien auf die Vorstellungen und die Meinungsbildung zu? Geht die Schutzschildfunktion der sozialen Gruppen und Netzwerke verloren?

Am Beispiel der aktuellen Medienagenda während der beginnenden deutschen Wiedervereinigung wird der Zusammenhang von Massenkommunikation und interpersonaler Kommunikation neu bestimmt: Welche Effekte haben die Massenmedien? Welche Funktion kommt persönlichen Einflüssen und interpersonalem Kommunikationsprozessen zu? Die Untersuchung knüpft an das Meinungsführerkonzept, den Agenda-Setting-Ansatz und die Theorie der Schweigespirale an. Die empirische Grundlage bilden Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung und Umfragen in der Bevölkerung. Die interpersonale Umgebung wird mit dem in den USA entwickelten Konzept der persönlichen bzw. egozentrierten Netzwerke detailliert erfaßt; Schneeballbefragungen in den sozialen Netzwerken runden die Ergebnisse ab.

Persönliche Kommunikation im sozialen Netzwerk erweist sich als wesentliche Determinante für die Entstehung von Themenpräferenzen und Einstellungen. Michael Schenk zeigt, daß Funktion und Wirkung der interpersonalen Kommunikation in Medienwirkungsstudien vielfach unterschätzt werden. Er liefert mit seiner Studie neue Erkenntnisse über den Prozeß der persönlichen Meinungsbildung. Damit ist die Studie für die Politik-, Sozial- und Kommunikationsforschung gleichermaßen interessant.

1995. XV, 285 Seiten. Fadengeheftete Broschur.

**J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen**

# Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts

Alphabetische Übersicht

- Adler-Rudel, Scholem*: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. 1974. Band 29.  
–: Ostjuden in Deutschland 1880–1940. 1959. Band 1.  
*Bach, Hans I.*: Jakob Bernays. 1974. Band 30.  
*Barkai, Avraham*: Jüdische Minderheit und Industrialisierung. 1988. Band 46.  
*Belke, I.* (Hrsg.): Moritz Lazarus und Heymann Steinthal. Band I. 1971. Band 21.  
–: Moritz Lazarus und Heymann Steinthal. Band II/1. 1983. Band 40.  
–: Moritz Lazarus und Heymann Steinthal. Band II/2. 1986. Band 44.  
*Birnbaum, Max P.*: Staat und Synagoge 1918–1938. 1981. Band 38.  
*Feilchenfeld, Werner/Michaelis, Wolf/Pinner, Ludwig*: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939. 1972. Band 26.  
*Fischer, Horst*: Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert. 1968. Band 20.  
*Gilbert, F.* (Hrsg.): Bankiers, Künstler und Gelehrte. 1975. Band 31.  
*Gilchrist, S.*: siehe *Paucker, A.*  
*Graetz, Heinrich*: Tagebuch und Briefe. Hrsg. von R. Michael. 1977. Band 34.  
*Grubel, F.* (Ed.): Leo Baeck Institute New York. Catalog of the Archival Collections. 1990. Band 47.  
*Hamburger, Ernest*: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. 1968. Band 19.  
*Heid, L., und A. Paucker* (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. 1992. Band 49.  
*Hildesheimer, Esiel*: Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. 1994. Band 50.  
*Homeyer, Fritz*: Deutsche Juden als Bibliophilen und Antiquare. 2. A. 1966. Band 10.  
*Kestenberg-Gladstein, Ruth*: Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern. Teil 1. 1969. Band 18–1.  
*Kisch, Guido/Roepke, Kurt*: Schriften zur Geschichte der Juden. 1959. Band 4.  
*Kreutzberger, M.* (Hrsg.): Leo Baeck Institute New York Bibliothek und Archiv. Katalog Band 1. 1970. Band 22.  
–: siehe *Stern, Selma.*  
*Lichtenstein, Erwin*: Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. 1973. Band 27.  
*Liebeschütz, Hans*: Das Judentum im deutschen Geschichtsbild von Hegel bis Max Weber. 1967. Band 17.  
–: Von Georg Simmel zu Franz Rosenzweig. 1970. Band 23.  
*Liebeschütz, H., und A. Paucker* (Hrsg.): Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850. 1977. Band 35.  
*Liepach, Martin*: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. 1996. Band 53.  
*Michael, R.*: siehe *Graetz, Heinrich.*  
*Michaelis, Wolf*: siehe *Feilchenfeld, Werner*  
*Morgenstern, Matthias*: Von Frankfurt nach Jerusalem. 1995. Band 52.  
*Mosse, W.E.* (Ed.): Second Chance. 1991. Band 48.  
*Mosse, W.E., und A. Paucker* (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. 2. A. 1966. Band 13.  
–: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923. 1971. Band 25.  
*Mosse, W.E., A. Paucker und R. Rürup* (Hrsg.): Revolution and Evolution 1848 in German-Jewish History. 1981. Band 39.

- Paucker, A.*, mit *S. Gilchrist* und *B. Suchy* (Hrsg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943. 1986. Band 45.
- siehe *Heid, L.*
  - siehe *Liebeschütz, H.*
  - siehe *Mosse, W.E.*
- Pinner, Ludwig*: siehe *Feilchenfeld, Werner*.
- Prinz, Arthur*: Juden im deutschen Wirtschaftsleben. 1984. Band 43.
- Reinharz, J.* (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus. 1981. Band 37.
- Reissner, Hanns G.*: Eduard Gans. 1965. Band 14.
- Richarz, Monika*: Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. 1974. Band 28.
- Roepke, Kurt*: siehe *Kisch, Guido*.
- Rürup, R.*: siehe *Mosse, W.E.*
- Schmelz, Usiel O.*: Die jüdische Bevölkerung Hessens. 1996. Band 51.
- Simon, Ernst*: Aufbau im Untergang. 1959. Band 2.
- Stern, Selma*: Der Preußische Staat und die Juden. Band 1/1.–2. Abt.: Die Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich I. Band 2/1.–2. Abt.: Die Zeit Friedrich Wilhelm I. 1962. Band 7–8.
- : Der Preußische Staat und die Juden. Band 3/1. – 2. Abt.: Die Zeit Friedrichs des Großen. 1971. Band 24.
  - : Der Preußische Staat und die Juden. Band 4: Gesamtregister zu den sieben Teilen Band 1–3. Hrsg. von M. Kreuzberger. 1975. Band 32.
- Suchy, B.*: siehe *Paucker, A.*
- Susman, Margarete*: Die geistige Gestalt Georg Simmels. 1959. Band 3.
- Täubler, Eugen*: Aufsätze zur Problematik jüdischer Geschichtsschreibung 1908–1950. 1977. Band 36.
- Toury, Jacob*: Die Jüdische Presse im Österreichischen Kaiserreich. 1983. Band 41.
- : Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1683–1938. 1984. Band 42.
  - : Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. 1966. Band 15.
- Turnowski-Pinner, Margarete*: Die zweite Generation mitteleuropäischer Siedler in Israel. 1962. Band 5.
- Wilhelm, K.* (Hrsg.): Wissenschaft des Judentums im deutschen Sprachbereich I/II. 1967. Band 16.